

9. BUNDESPARTEITAG DER

CDU



26.- 29. April 1960

KARLSRUHE



HEIDELBERGER ZEMENT

Werke in Blaubeuren · Burglengenfeld · Kiefersfelden · Leimen
Lengfurt · Nürtingen · Rosenberg · Schelklingen · Weisenau

**PORTLAND-ZEMENTWERKE HEIDELBERG
AKTIENGESELLSCHAFT**

9. BUNDESPARTEITAG DER CDU





Herausgeber: Christlich Demokratische Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle, Bonn,
Nassestraße 2 · **Redaktion:** F. C. Badendieck, Bonn · **Gestaltung des Umschlages:** Sierig,
Bonn · **Fotos:** Bouserath (Sieglar), fpa (Frankfurt/Main) · **Druck:** Walter Pietzsch,
Hamburg 20 · **Verlag und Anzeigenverwaltung:** Sator Werbe-Verlag Hans Günther Imlau,
Hamburg 1, Große Allee 10

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

9. BUNDESPARTEITAG



KARLSRUHE · 26.-29. 4. 1960

SATOR WERBE-VERLAG · HAMBURG 1



Erster Tag: Dienstag, 26. April 1960

Der 9. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands
in der Schwarzwaldhalle in Karlsruhe begann
mit einer

Sitzung des Bundesvorstandes

um 15.00 Uhr im Rathaus

und einer

Sitzung des Bundesausschusses

um 17.00 Uhr im Rathaus.

In den Sitzungen wurden der Verlauf des Parteitages
und politische Fragen besprochen. In einer

Öffentlichen Kundgebung

am Freitag, 28. April, sprachen Bundeskanzler Dr. Adenauer,
Bundesminister Prof. Dr. Erhard, Ministerpräsident Kiesinger,
Frau Dr. Jochmus.

Zweiter Tag: Mittwoch, 27. April 1960

Die Eröffnung des 9. Bundesparteitages

fand um 9.30 Uhr in der Schwarzwaldhalle statt.

Nach der Leonorenouvertüre Nr. 3 von Ludwig van Beethoven, gespielt von der Badischen Staatskapelle unter Leitung des Ersten Kapellmeisters Walter Born, nahm das Wort, von starkem Beifall begrüßt,

Der Vorsitzende der CDU, Bundeskanzler Dr. Adenauer:

Meine Damen und meine Herren! Meine lieben Parteifreunde! Verehrte Gäste! Als Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands heiße ich Sie herzlich willkommen. Ich bin vom Bundesvorstand und vom Bundesparteiausschuß – die gestern getagt haben – beauftragt worden, Ihnen mitzuteilen, daß einstimmig die Wahl von Herrn Dr. Gurk, dem Landesvorsitzenden der CDU Nordbaden, zum Präsidenten des Parteitages vorgeschlagen wird. (Beifall.)

Der Bundesvorstand und der Bundesausschuß schlagen Ihnen ferner folgende Damen und Herren für die Wahl des Präsidiums des Parteitages vor: Frau Brauksiepe, Dr. Fricke, Dr. Even, Bundesminister Lemmer, Landtagspräsident Dr. Neinhaus, Frau Rösch, Herrn Winkelheide. Die Wahl des Präsidiums erfolgt nach § 41 der Geschäftsordnung, wenn kein Widerspruch erhoben wird, durch Handaufheben. – Ich darf feststellen, daß Widerspruch gegen die Wahl durch Handaufheben nicht erhoben wird. Ich bitte Sie jetzt, zur Wahl zu schreiten. Ich darf diejenigen bitten, die dafür sind, daß Herr Dr. Gurk zum Präsidenten des Parteitages und die von mir genannten Damen und Herren in das Präsidium gewählt werden, eine Hand zu erheben. – Ich danke und bitte um die Gegenprobe. – Soweit die Beleuchtung es zuläßt – denn wegen der Jupiterlampen sehe ich schlecht –, kann ich sagen, es erhebt sich kein Widerspruch.

Ich stelle die einstimmige Wahl fest und bitte nunmehr Herrn Dr. Gurk, das Präsidium zu übernehmen.

Präsident Dr. Gurk:

Hochverehrter Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Meine lieben Parteifreunde! Ich danke Ihnen zunächst im Namen des Präsidiums – das ich bitte, hier oben Platz zu nehmen – für das Vertrauen, das Sie uns geschenkt haben. Wir alle wollen diesen 9. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union in der Bundesrepublik Deutschland nach Form und Inhalt seiner Bedeutung und Würde gemäß gestalten.

Die Stadt Karlsruhe beherbergte schon einmal — im Jahre 1951 — unsere Bundestagung. Tagungsort war damals die gegenüberliegende Stadthalle. Sie war nach dem damaligen Stande des allgemeinen Wiederaufbaues beispielhaft. Daß wir jetzt, 1960, in der um ein Vielfaches größeren Schwarzwaldhalle tagen können, möge in gleicher Weise symbolhaft sein sowohl für das innere und äußere Wachstum unserer Partei als auch für die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in unserer Stadt. (Beifall.)

Der erste Gruß dieser Tagung gehört dem hochverehrten Ersten Bundesvorsitzenden der Christlich Demokratischen Union, unserem Parteifreund Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer. (Starker Beifall.) Wir freuen uns, den Herrn Bundeskanzler nach einer so ausgedehnten und anstrengenden Weltreise im Dienste unseres Volkes wie immer frisch und gesund bei uns zu sehen. (Lebhafter Beifall.) Diese Tagung der führenden politischen Partei Deutschlands wird wieder zeigen, daß wir geschlossen hinter unserem Kanzler stehen. (Beifall.)

Nicht minder herzlich begrüße ich die stellvertretenden Bundesvorsitzenden unserer Partei: Bundesarbeitsminister Theodor Blank, (Beifall.) Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier, (Beifall.) Ministerpräsident Kai Uwe von Hassel (Beifall) und Fraktionsvorsitzenden Dr. Heinrich Krone. (Lebhafter Beifall.)

Ich darf an dieser Stelle ein Glückwunschtelegramm unseres lieben Freundes Jakob Kaiser bekanntgeben. Er telegraphiert:

„Leider verhindert, weil erkrankt, in diesem Jahr teilzunehmen. Mit um so tieferer Anteilnahme verfolge ich die Beratungen. Sie kennen meine Sorgen um unser Volk und Land; sie sind heute größer denn je. Möge es der Tagung unserer politischen Gemeinschaft gelingen, die nationale Not unseres Volkes vor der Welt eindringlich darzutun, damit sich die Erkenntnis durchsetzt, daß die Selbstbestimmung unseres Volkes zur Befriedung der Welt führt. Meine Grüße und Wünsche gehören Ihnen allen.

Jakob Kaiser“

(Lebhafter Beifall.)

Voll Freude heiße ich die Herren Ministerpräsidenten deutscher Länder willkommen: Dr. Peter Altmeier aus Rheinland-Pfalz, (Beifall.) Kurt-Georg Kiesinger aus Baden-Württemberg, (Beifall.) Dr. Franz Meyers aus Nordrhein-Westfalen, (Beifall.) Dr. Franz-Josef Roeder aus dem Saarland. (Beifall.) Unseren Freund von Hassel habe ich eben schon als stellvertretenden Parteivorsitzenden begrüßt.

Nun möchte ich in Abweichung vom altspanischen Hofzeremoniell an dieser Stelle den Herrn Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Dr. Gebhard Müller begrüßen, (Beifall.) und zwar an dieser Stelle deshalb, weil hier bei den Ländern die schönsten Erinnerungen seines Lebens liegen. Und wenn ich schon dabei bin, nenne ich gleich den verehrten Herrn Generalbundesanwalt Güde. Nicht minder herzlich begrüße ich die verehrte Witwe unseres verewigten Herrn stellvertretenden Parteivorsitzenden Dr. Ehlers, der bei uns unvergessen ist. (Lebhafter Beifall.) Wir freuen uns der Anwesenheit der Herren Mitglieder des Bundeskabi-

netts, des Herrn Vizekanzlers und Bundeswirtschaftsministers Professor Erhard — (Langanhaltender Beifall.) Herr Vizekanzler, wir alle beglückwünschen Sie freudig zu Ihrer Genesung — ferner der Herren Bundesminister Dr. Heinrich von Brentano, Dr. Gerhard Schröder, Franz Etzel, Franz Josef Strauss, Paul Lücke, Ernst Lemmer, Dr. Franz Josef Wuermeling und Richard Stücklen.

(Alle Bundesminister werden mit starkem Beifall begrüßt.)

Freund Blank habe ich schon begrüßt.

Neu im Kabinett begrüßen wir heute Herrn Bundesminister Dr. Wilhelmi. (Lebhafter Beifall.)

Zu uns sind ferner die Herren Landtagspräsidenten der deutschen Länder, soweit sie der CDU angehören, gekommen: von Heydebreck aus Schleswig-Holstein, Johnen aus Nordrhein-Westfalen, van Volxem aus Rheinland-Pfalz, Dawo von der Saar und Dr. Neinhaus aus Baden-Württemberg. (Lebhafter Beifall.) Ihnen, wie auch allen Landesministern und den Berliner Senatoren, die uns durch ihre Anwesenheit Ehre erweisen, danken wir hierfür freundlichst.

Die Damen und Herren Bundestagsabgeordneten sind erfreulich zahlreich vertreten, an deren Spitze unser Parteifreund Dr. Heinrich Krone, (Beifall.) Dr. Krone, von Beruf guter Geist in manchen Schwierigkeiten. (Lebhafter Beifall.)

Mit besonderer Herzlichkeit begrüße ich unsere Freunde aus der CSU, an ihrer Spitze unseren Freund Franz Josef Strauss. (Lebhafter Beifall.) Ihre Anwesenheit bei unserem Parteitag ist wieder ein Anlaß, dafür zu danken, daß sie so treu mit uns zusammenstehen.

Hohe Gäste aus dem In- und Ausland beehren uns mit ihrem Besuch. Es sind dies — und ich gebe sie besonders gerne bekannt:

Herr Staatsminister Theo Lefèvre als Präsident der Internationalen Union Christlicher Demokraten Nouvelles Equipes Internationales (NEI) und als Präsident der Christlichen Volkspartei Belgiens (Lebhafter Beifall.) weiter den Generalsekretär dieser Partei, Herrn L. Tindemanns. (Lebhafter Beifall.)

Aus Frankreich Herr Senator A. Bohér, Präsident der Christlich Demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments und als Vertreter des Mouvement Républicain Populaire Frankreichs (Lebhafter Beifall.)

Für die Katholische Volkspartei Hollands Herr Generalsekretär van der Sluis, dann Herr Dr. Hahn von der Antirevolutionären Partei Hollands und für die Christlich Historische Union Hollands Herr Professor van Niftrik. (Beifall.)

Für die Konservative Partei Großbritanniens Frau Evelyn Emmet, Vorsitzende des Überseebüros und Herr Ridsdale, Stellvertretender Vorsitzender dieses Büros. (Lebhafter Beifall.)

Für die Högerpartei Schwedens, Herr Abgeordneter Leif Cassel, Stellvertretender Vorsitzender dieser Partei und Herr Chefredakteur Bengt Lundgren. (Beifall.)

Für die Konservative Volkspartei Dänemarks Herr Knud Thestrup, Vizepräsident der Fraktion im Volketing, Herr Jorgen Hatting. (Lebhafter Beifall.)





Bundeskanzler Dr. Adenauer und Parteitagspräsident Bürgermeister
Dr. Franz Gurk, MdL (Landesvorsitzender Baden-Nord).

Für die Konservativ Christlichsoziale Volkspartei Schweiz Herr Nationalrat Dr. Ettore Tenchio, Präsident dieser Partei, und Herr Rosenberg, Generalsekretär. (Lebhafter Beifall.)

Für die Österreichische Volkspartei Herr Nationalrat Dr. Withalm, Generalsekretär, und Herr Kommerzialrat Rudolf Moser. (Lebhafter Beifall.)

Für die Christlich Demokratische Union Zentraleuropas Herr Konrad Sieniewicz, Generalsekretär, und Herr Chefredakteur Bunza. (Lebhafter Beifall.)

Ich darf noch Herrn Staatsminister Lefèvre besonders beglückwünschen dafür, daß er jetzt eben neu zum Präsidenten der Nouvelles Equipes Internationales gewählt worden ist. (Lebhafter Beifall.)

Sie sehen, meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, es sind zu einem wesentlichen Teil gute Bekannte, und es erweist sich, wie sehr die Grundhaltung einer christlich-demokratischen Politik schon europäische und Weltmeinung geworden ist.

Von den supranationalen Behörden sind zu uns gekommen:

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Professor Furler, (Lebhafter Beifall.) über dessen erst vor wenigen Wochen erfolgte Wahl wir uns besonders freuen.

Der Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Professor Hallstein, (Lebhafter Beifall.) und das Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion Herr Dr. Hellwig. (Lebhafter Beifall.)

Ihnen gilt unser Dank und Gruß.

Daß die Vertreter der Kirchen an unserer Arbeit Interesse nehmen und uns besuchen, freut uns besonders. Ich begrüße die Herren

Bischof D. Kunst als Vertreter der Evangelischen Kirche, (Lebhafter Beifall.)

Prälat Dr. Wissing für die Katholische Kirche, (Lebhafter Beifall.)

Generalsekretär Dr. van Dam als Vertreter des Zentralrats der Juden in Deutschland. (Lebhafter Beifall.)

Wie immer, meine lieben Freunde, ist das Diplomatische und das Konsularische Corps zahlreich bei uns versammelt. Die Nähe zum Volk und die Verbindung mit all den Kreisen, die wir auch unseren diplomatischen Vertretern in aller Herren Ländern wünschen, kommt in der Anwesenheit der Damen und Herren zum Ausdruck.

Wir freuen uns der Anwesenheit zahlreicher Vertreter kulturellen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens:

Herr Richter vom Deutschen Gewerkschaftsbund, (Lebhafter Beifall.) Herr Winkelheide von der Christlichen Gewerkschaft Deutschlands, (Lebhafter Beifall.) Herr Schneider von der Deutschen Angestelltengewerkschaft (Lebhafter Beifall.) und Herr Krause vom Deutschen Beamtenbund (Lebhafter Beifall.)

Presse, Rundfunk, Fernsehen und Film sind wir für die Aufmerksamkeit zu Dank verbunden, die sie unserer Tagung widmen. (Lebhafter Beifall.)

Der Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt, Herr Günther Klotz, gibt uns die Ehre seiner Anwesenheit. (Lebhafter Beifall.) Dadurch wird

bestätigt, daß die Gastlichkeit des Jahres 1951 in womöglich noch stärkerem Maße wiederholt werden wird.

In den Dank für die erwiesene Gastlichkeit schließe ich die Badische Staatskapelle unter Leitung des Herrn Staatskapellmeisters Walter Born ein. (Lebhafter Beifall.)

Schließlich darf ich namens des Präsidiums dieser Tagung alle stimmberechtigten und nicht stimmberechtigten Delegierten und Gäste, Damen und Herren, willkommen heißen und erfolgreichen Verlauf der Beratungen wünschen.

Diese Stadt ist Sitz der obersten Gerichte des Bundes und Domizil einer starken industriellen Entwicklung. Hier werden im nahegelegenen Atomreaktor und in der Technischen Hochschule Spitzenleistungen der technisch-naturwissenschaftlichen Behauptung der Bundesrepublik erarbeitet. Ein großzügiger und zeitaufgeschlossener Geist möge in Wechselwirkung von uns auf die Stadt und von der Stadt auf uns zukommen.

Ehe wir an die Arbeit gehen, meine lieben Freunde, wollen wir in Dankbarkeit der Toten gedenken,

(Alle Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

derer sowohl, die in den vorderen Reihen standen, als auch der vielen Unbekannten in Stadt und Land, die durch ihre Treue das Wirken der Führung mittragen. Stellvertretend für alle nenne ich unsere Freunde Josef Gockeln, Egon Reinert und Hermann Lindrath. In dieses Gedenken schließen wir auch die Opfer der neuen furchtbaren Erdbebenkatastrophe in Persien mit ein.

Sie haben sich, verehrte Damen und Herren, zu Ehren der Dahingeschiedenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen und bitte mit Ihnen Gott um Frieden für die Toten.

Für das Land Baden-Württemberg als Gastland wird Herr Ministerpräsident Kurt-Georg Kiesinger sprechen. Bei den Landtagswahlen 1956 hat die CDU im ganzen Lande Baden-Württemberg 42,6 Prozent der abgegebenen Stimmen, in Nord-Baden allein 41,9 Prozent als jeweils stärkste Partei erhalten. Wir hoffen, daß dieser Stimmenanteil sich bei den kommenden Landtagswahlen am 15. Mai mehren wird. Abgesehen von der Landespolitik geht es ja auch darum, daß das Land im Bundesrat eine Stütze für die Politik der Bundesregierung sein muß.

Den Rednern unseres Parteitages darf ich jetzt schon den Dank der Versammlung zollen. Unser sehr verehrter Herr Bundeskanzler und unser Freund, Bundesaußenminister von Brentano, werden heute vormittag über wichtige politische Themen zu uns sprechen. Wir werden aus be-rufenstem Munde ein Gegenwarts- und Zukunftsbild der politischen Entwicklung erhalten. Heute nachmittag wird unser Parteifreund, Ministerpräsident Meyers, durch seinen Vortrag vorstoßen in die Wechselwirkung zwischen der technisch-naturwissenschaftlichen Entwicklung und den gesundheitlichen Lebensverhältnissen der Neuzeit. Ebenso wird für den Bundesvorstand unser Freund Kai Uwe von Hassel den sicher ergiebigen Jahresbericht erstatten. Morgen vormittag und am Freitag werden unsere Freunde Dr. Heinrich Krone, Professor Erhard und Theodor Blank

und Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier das Kerngebiet der Thematik dieses Parteitages ansprechen.

Wir werden zu der zentralen Frage des Menschen in der Neuzeit und in der auf uns zueilenden Zukunft kommen. Um den Menschen und seine Stellung in der Geschichte und im Leben geht ja das weltweite Ringen unserer Tage. Wer anders, meine Freunde, als die Christlich Demokratische Union wäre berufen, den Weg der Menschheit aus den Irrtümern des 19. Jahrhunderts heraus zu neuen Ufern zu bezeichnen? Die Verstrickung des selbstherrlichen und blind fortschrittsgläubigen Menschen einerseits in eine schrankenlose nihilistische Selbstsucht und andererseits in eine totale neuaufgelegte Sklaverei gegenüber Funktionären des totalen Staates, die wir geschichtlich überwunden glaubten, bedarf der Befreiung durch neue, kühn formulierte Ziele. Die Fundamente der Befreiung liegen in der bejahenden Besinnung auf die christlichen Wahrheiten. In dieser Sicht den Standort der Wirtschaft zu zeigen ist ebenso notwendig wie die Auseinandersetzung mit der Verantwortung, mit unserer Verantwortung für die Vertriebenen und Flüchtlinge, über die unser Parteifreund Bundestagsabgeordneter Krüger sprechen wird.

Es fand in diesen Tagen in Stuttgart eine Großkundgebung der CDU statt, die für uns beachtenswert ist, weil zehn Redner des Kabinetts und der Partei gesprochen haben. Dies schien ja geradezu angelegt zu einem Mißerfolg, aber das Wagnis gelang, weil alle Redner sich an die Anordnungen über die knappe Redezeit und das Thema hielten. Sie handelten nach vorhergehender Aussprache und Einigung gemeinsam im Dienste einer gemeinsamen Aufgabe. Der Beispielswert dieser Aktion, die Verpflichtung zur Einheit des Handelns gilt nicht nur für Redner sondern für unser gesamtes Wirken in der Partei und im öffentlichen Leben.

Nehmen Sie es mir bitte ab, daß ich diese Wahrheit und diese Forderung ausspreche. Exoriatur vita nova – neues Leben erblühe! Die Gegenwart mag fast aussichtslos erscheinen, unser Parteitag aber soll von unserer Hoffnung künden, durch Gottes Hilfe und der Menschen Tatkraft dem technischen, dem Atomzeitalter geistigen Inhalt, mit anderen Worten das führende Ideal zu schenken. So bekennen wir vor aller Welt: Wir aber wählen und wirken die Freiheit, die Freiheit in Verantwortung. (Beifall.) Nun schenkt uns die Ehre seines Wortes Herr

**Kurt-Georg Kiesinger,
Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg:**

Hochverehrter Herr Bundeskanzler! Herr Präsident des Bundesparteitags! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich habe die hohe Ehre, Sie als Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg bei uns herzlich willkommen zu heißen.

Ich begrüße die ausländischen Gäste, die uns die Ehre ihres Besuches schenken, die deutschen Delegierten und Teilnehmer dieses Parteitages, an der Spitze Sie, hochverehrter Herr Bundeskanzler, der Sie wieder einmal in beneidenswerter Frische und Rüstigkeit hier erschienen sind. (Starker Beifall.) Wie groß die Gnade ist, die Ihnen in dieser Rüstigkeit geschenkt ist, zeigt ein Blick in die Rednerliste des 2. Bundesparteitages der Christlich Demokratischen Union, der hier in Karlsruhe stattgefunden hat.

Wie viele von ihnen hat der Tod inzwischen, oft allzufrühe, abgerufen. Der Herr Präsident des Bundesparteitags hat Sie, hochverehrte Frau Ehlers, schon begrüßt. Aber ich sehe in der Reihe hinter Ihnen noch Sie, hochverehrte Frau Arnold, und Sie, hochverehrte Frau Lenz, sitzen. Ich möchte auch Sie beide heute in unserer Mitte herzlich willkommen heißen. (Starker Beifall.)

Der Tod, sagte ich, habe allzu viele von jenen Mitarbeitern der Christlich Demokratischen Union, die wir schätzten, verehrten und liebten, abgerufen. Aber die Christlich Demokratische Union selbst lebt in Gesundheit und Kraft, und zwar dank auch Ihres Einsatzes. Ich freue mich, Sie gerade hier in meinem Lande willkommen heißen zu können, das einmal das Herz und Kernland des alten Reiches war und in dem in Stadt und Land eine alte kraftvolle freiheitliche Tradition lebt.

Ich freue mich, daß Sie nach Karlsruhe gekommen sind – der alten Residenz des früheren Landes Baden, die da steht, wo sich die alten Stämme dieses Raumes, der alemannisch-schwäbische Stamm im Süden, der pfälzisch-fränkische Stamm im Norden, berühren. Karlsruhe ist zwar nicht mehr Residenzstadt; aber es ist inzwischen Sitz unserer höchsten Gerichte und so die „Residenz des Rechts“ geworden. Es ist eine Stadt, die mit jugendlicher Kraft aufblüht zu einem wirtschaftlichen und kulturellen Zentrum voller Leben und Eigenart. Auch an der Geschichte dieser Stadt im letzten Jahrzehnt läßt sich ablesen, welche glückliche Entwicklung die Bundesrepublik unter der verantwortlichen Führung der Christlich Demokratischen Union genommen hat.

Nach diesem Grußwort des Ministerpräsidenten lassen Sie mich nun – es läßt sich ja nicht verheimlichen, daß ich ein CDU-Mann bin – auch ein Wort des Parteifreundes sagen. Die CDU war hier in diesem Lande von Beginn an die führende politische Kraft, und wenn nicht alles täuscht, gedenkt sie dies auch in Zukunft zu bleiben. Auf dem letzten Parteitag, der in unserem Lande stattgefunden hat, in Stuttgart, den die Weisheit der Organisatoren auf wenige Wochen nach den Landtagswahlen damals angesetzt hatte, vermochte mein Vorgänger Dr. Gebhard Müller nur als geschäftsführender Ministerpräsident zu erscheinen. Ich bin heute in einer anderen Lage. Damals lagen die Wahlen hinter uns. Heute stehen sie uns am 15. Mai bevor. Sie wissen, daß wir hier im Lande die vergangenen Jahre hindurch eine Allparteienkoalition hatten. Deswegen werde ich jetzt keineswegs versuchen, landespolitische Streitfragen an den Haaren herbeizuzerren. Wir stehen mitten im Wahlkampf schon, in dem wir uns und dem Volke ohne Gift und Galle zwar, aber ungeschminkt die Meinung sagen.

Gerade in einem solchen Augenblick ist es nützlich, ja faszinierend, auf die Wegstrecke zurückzublicken, die die Christlich Demokratische Union zurückgelegt hat. Ich habe mit Fleiß in dem Bericht geblättert, den die Christlich Demokratische Union über den Parteitag von Karlsruhe im Jahre 1951 herausgegeben hat. Man spürt aus den Referaten von damals, wie doch, als unser innen- und außenpolitisches Aufbauwerk erst am Anfang stand, alle Redner die Wucht des Angriffes fühlten, der damals von allen Seiten gegen uns geführt wurde. Noch liebten sich die überwältigenden Siege der Jahre 1953 und 1957 nicht voraussehen und es gab in

jenen Jahren, da wir den Kampf oft genug gegen die öffentliche Meinung führen mußten – das ist nicht allen bekannt, daß es so war –, manche Kleinmütige, die davor warnten, diese Politik, insbesondere diese Außenpolitik weiterzuführen; denn sie sagten, was nützt uns, wenn wir eine richtige Politik machen, aber darüber die Wahlen verlieren.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Christlich Demokratische Union darf auf nichts so stolz sein, als darauf, daß sie der Versuchung, nur nach den Wählern zu schielen, nicht nachgegeben hat, und daß sie in jenen schweren Jahren den Weg gegangen ist, den unser unvergeßlicher Hermann Ehlers einmal vorgezeichnet hat: Man müsse einen Weg gehen, nicht um einer Partei willen, sondern um des Wohles des deutschen Volkes willen. (Beifall.)

Auch heute werden wir gut daran tun, uns dieses Wortes zu erinnern. Wenn wir diesem Gesetz treu bleiben, nach dem wir angetreten sind, wenn wir ebenso unverdrossen und unermüdet unseren großen, alten Grundsätzen nachfolgen, dann bin ich davon überzeugt, daß das Vertrauen, das uns das deutsche Volk in der Bundesrepublik geschenkt hat, auch in Zukunft geschenkt werden wird, zum Wohle unseres Volkes. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Gurk

dankt Ministerpräsident Kiesinger und erteilt das Wort

Oberbürgermeister Dr. Klotz:

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Herr Präsident des Deutschen Bundestages! Meine Herren Ministerpräsidenten! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte hier ein Referat halten über die Finanznot der deutschen Gemeinden. (Heiterkeit.) Ich halte es aber nicht nur deshalb nicht, weil ich gestern in dem Herrn Etzel einen so liebenswürdigen und hilfsbereiten Menschen kennengelernt habe, (Heiterkeit.) sondern weil man mir bedeutet hat, ich solle mich hier auf ein bis zwei Minuten bei der Begrüßung beschränken. Da aber nun einmal die Oberbürgermeister zu den einsichtsvollsten Menschen gehören, (Heiterkeit.) will ich dieser Weisung auch Folge leisten. Die Bedeutung unserer Stadt wurde von Ihrem Tagungspräsidenten Dr. Gurk und vom Herrn Ministerpräsidenten Kiesinger eben schon herausgestellt. Mir bleibt also nur noch übrig, Sie namens der Stadt, des Gemeinderates und der ganzen Bevölkerung dieser Stadt auf das herzlichste zu begrüßen.

Ihnen zu danken, daß Sie uns dieses Vertrauen, den Parteitag der CDU hier abzuhalten, wiederum geschenkt haben, ist mir eine angenehme Pflicht. Wir wissen um die große Bedeutung Ihres Parteitages gerade in diesen weltpolitisch so bewegten Zeiten. Und nun lassen Sie mich die Wünsche der Stadt Karlsruhe zusammenfassen in dem Zuruf: Glückauf für Ihre Arbeit! (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Gurk:

Diese Glückwünsche des Herrn Oberbürgermeisters nehmen wir gern entgegen. Sie sind wohl auch die Glückwünsche unserer Stadt. Nun spricht zu uns als Vertreter der CSU unser Freund

Bundesminister Franz Josef Strauss:

Hochverehrter Herr Bundeskanzler! Herr Parteitagpräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Es ist für mich eine ehrenvolle Gelegenheit und eine Freude, hier ein Wort des Grußes als alter Freund und Mitarbeiter sprechen zu dürfen. Ich darf aber sagen: Leider, denn der erste Landesvorsitzende der CSU ist durch seine schwere und immer noch nicht übersehbare Krankheit daran verhindert, es selbst zu tun. Es ist nicht das Grußwort eines Gastes und Freundes allein, das ich hier spreche, es ist auch das Grußwort eines Mitarbeiters und Mitkämpfers, der dem gemeinsamen Werke und der gemeinsamen Aufgabe zusammen mit seinen Freunden zutiefst verbunden ist. Es sind nicht die wichtigen oder sensationellen Entscheidungen, die diesem Parteitag eine Bedeutung geben sollen, sondern es ist der Ausdruck der Einigkeit und der Geschlossenheit, der Ausdruck der Besinnung und der Zuversicht, der Ausdruck des Verantwortungsbewußtseins und der Initiative, der diesen Parteitag auszeichnen soll. Wir brauchen keine neue Politik oder neue Lösungen, von denen immer oft mehr geistreichelnd als geistvoll die Rede ist, sondern wir brauchen die Kraft, die Beharrlichkeit, den Schwung und die Initiative, unsere alte so erfolgreiche Politik mit immer neuer und beharrlicher Zähigkeit auch weiterhin erfolgreich zu vertreten.

Ein Grußwort ist nicht der rechte Anlaß, um einen zusammenhängenden Gedanken zu entwickeln, aber man muß manchmal doch uns selber und anderen ins Gedächtnis zurückrufen – gerade denen, die heute glauben, sie könnten sieghaft die Jugend gegen zähes Alter setzen, und zwar in Verkennung der wirklichen Gegebenheiten, Voraussetzungen und Tatsachen –, daß es die Christlich Demokratische Union und die Christlich Soziale Union gewesen sind, die seit den Tagen der Währungsreform die materiellen Grundlagen für das Zusammenleben der Menschen durch ihre Politik der Marktwirtschaft überhaupt erst wieder geschaffen und sichergestellt haben.

Ich möchte auch nicht versäumen, ins Gedächtnis zurückzurufen, daß es unsere gemeinsame Politik unter Führung des Bundeskanzlers gewesen ist, die nach dem Zusammenbruch aller materiellen und scheinbar auch moralischen Werte in einem langen, zähen, beharrlichen und zum Schluß doch erfolgreichen Ringen vor unserem Volk den Grundsatz wieder glaubhaft gemacht hat, daß nur derjenige, der Pflichten, Lasten und Opfer auf sich nimmt, den Willen zur Selbstbehauptung zum Ausdruck bringt und damit den Anspruch erwirbt, im internationalen Leben auch die Leistung und die Hilfe anderer, auf die wir heute so sehr angewiesen sind, sich zu sichern und für die Dauer zu erwerben. (Beifall.) Es geht eben nicht ohne die Bereitschaft, selbst Opfer, Aufgaben und Risiken zu übernehmen, denn die Lösung nationaler Probleme, auf die wir angewiesen sind, wird nur demjenigen zuteil, der selbst einen Beitrag aus eigener Kraft mit eigener Bereitschaft zu den gesamten Aufgaben auch seinerseits leistet. (Beifall.)

Ich möchte ein Drittes dazu sagen: Wir haben durch alle die Zeiten hindurch, durch manche Anfeindungen, Spötteleien, neue Pläne hinweg eines bis heute durchgehalten, das jetzt auf einmal wieder neue Anhän-

ger gewinnt, nämlich den Gedanken, daß jedem Volk in der Welt, auch dem deutschen Volke, das Selbstbestimmungsrecht zusteht. (Beifall.) Und das Wort des Selbstbestimmungsrechts kann nicht getrennt werden von dem Begriff Freiheit für ganz Deutschland. (Beifall.)

Ich hoffe, daß die Zeiten, wo die Forderung der freien Wahlen als alte Ladenhüter oder als Hindernis auf dem Wege zur Wiedervereinigung, als eine verstaubte und überstandene Angelegenheit bezeichnet worden ist, ja wo die Forderung der freien Wahlen geradezu als bewußte Sabotage oder als bewußter Widerstand gegen die Lösungen der Vernunft bezeichnet worden ist, nunmehr definitiv der Vergangenheit angehören. (Beifall.) Wenn wir diese Forderungen aufgeben sollten – wie sie im einzelnen vertreten werden können und durchzuführen sind, ist eine Frage – aber wenn wir diese Forderungen aufgeben, geben wir uns selbst auf, und es wird bei uns dasselbe eintreten, was wir heute als Tragödie jenseits dieser künstlichen und unnatürlichen Grenze zu aller tiefst betauern und bedauern. Wir haben in Zusammenfassung dessen eines gemeinsam getan, wir haben – und das war die einzige neue Idee, die in die deutsche Politik seit vielen Jahrzehnten eingeführt worden ist, und sie ist nicht von allen gemeinsam eingeführt worden, sondern von uns im schweren Widerstand durchgesetzt worden – wir haben die deutsche Politik zu einer Funktion der europäischen Politik und zu einem Bestandteil der atlantischen Politik gemacht. (Beifall.)

Heute geht es darum – wenn ich mit diesem Gedanken schließen darf – unser Haus wetterfest und sturmsicher zu machen. Denn die Zeiten, die vor uns stehen, sehen nicht danach aus, als ob wir einer ruhigen, unbewegten und von keinerlei Spannungen getrübtten Periode entgegengehen, weder in der Innenpolitik noch in der Außenpolitik. Schon erheben sich wieder da und dort auch im Innern die alten unheilvollen Stimmen, es müßte einmal jetzt etwas anders werden. Wir sagen es nicht, um Mandate oder Sitze zu erhalten, sondern wir sagen es aus bitterer Erfahrung heraus, daß dieser verhängnisvolle Spruch: „Es muß anders werden, weil es so nicht mehr weitergehen kann“, mit dem sich so verschiedene Vorstellungen und Wünsche verbinden, hoffentlich durch die Vernunft des deutschen Volkes und als Ergebnis der politischen Arbeit, die wir leisten, auch endgültig überwunden ist und der Vergangenheit angehören kann. (Beifall.)

Man hat in den letzten Tagen in einer Reihe von Zeitungsorganen – nicht im Zusammenhang mit CDU und CSU, aber im Zusammenhang mit anderen christlich demokratischen Parteien – gelesen von der Frage, ob die Parteien der Mitte nach einem politischen Naturgesetz der Abnutzung unterliegen, den zentrifugalen Kräften von innen und dem Druck, dem sie von beiden Seiten her von außen ausgesetzt sind. Es ist hier nicht Zeit und Ort, über Parallelen in anderen Ländern zu sprechen, aber wir haben wohl Grund, auf das Vergangene mit Befriedigung zurückzublicken. Wir haben aber keinen Grund auf dem Erreichten stehen zu bleiben oder uns der Täuschung hinzugeben, daß wir hier halt machen könnten. Es sind Kräfte am Werk, die uns dazu bringen wollen, die politische Führung und Verantwortung aus der Hand zu geben. Es sind Kräfte am Werk, die glauben, es gäbe bei uns zentrifugale Möglich-

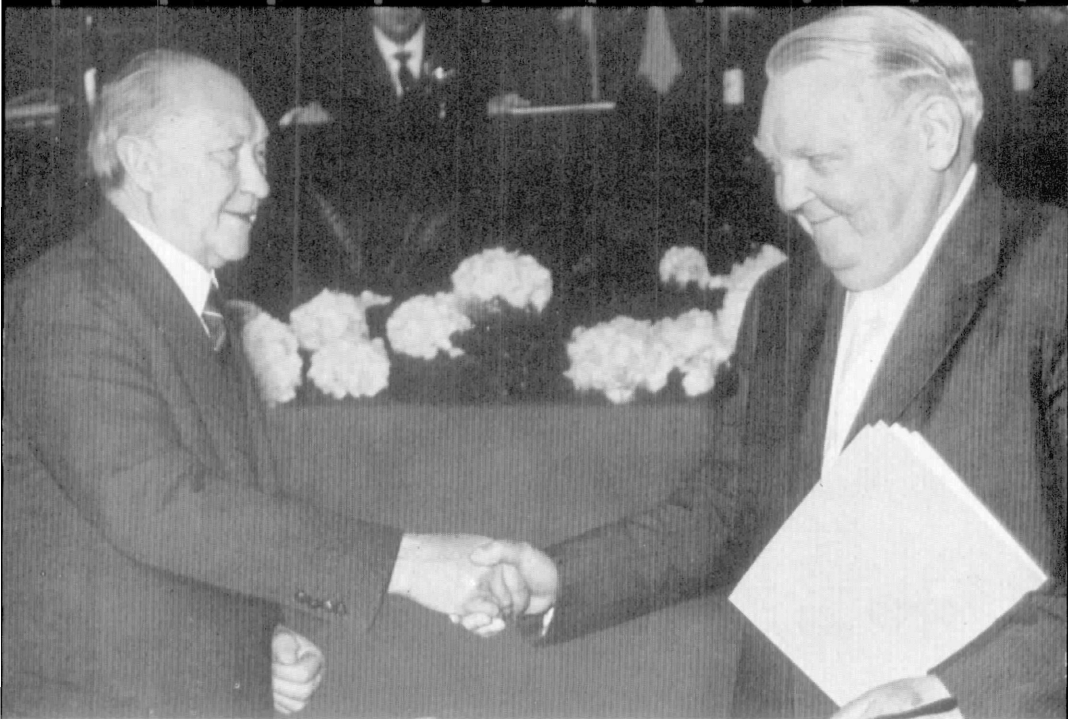
keiten, konfessionelle Gegensätze, wirtschaftlich-soziale Differenzen oder persönliche Gegensätze.

Meine lieben Freunde von der CDU! Wir sind, wie ich eingangs sagte, zutiefst dieser gemeinsamen Aufgabe verbunden, und wir sind, wie es in den letzten 10 Jahren der Fall war, bereit und entschlossen, gemeinsam dafür zu sorgen, daß die Geschlossenheit unserer Politik erhalten bleibt. Wir sind bereit und entschlossen, unseren bescheidenen Teil dazu beizutragen, daß unter dem Zeichen dieser Politik auch in Zukunft die Verantwortung von den christlich-demokratischen und christlich-sozialen Kräften in der Bundesrepublik getragen wird. Wir wissen, daß manche Arbeit noch zu leisten ist. Wir wissen, daß die Fundamente unseres Daseins noch zu sichern sind. Wir wissen es in mancherlei Hinsicht. Wir müssen uns insbesondere der Folgen erwehren, die eine rein materialistische Denkweise heute über unsere Politik allmählich wieder heraufzuführen sich anschickt. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß der materielle Fortschritt, den wir erreicht haben, nichts anderes ist, als ein Ausfluß der Sicherung der Fundamente unseres Daseins. Wenn wir nicht bereit sind, für die Sicherung der Fundamente unseres Daseins die nötigen Opfer zu bringen, dann wird der Kampf ums goldene Kalb sehr bald zu einem sehr unnatürlichen und einem sehr unangenehmen Ende führen. Wir brauchen eine einheitliche Politik in der Christlich Demokratischen und Christlich Sozialen Union zwischen Bund und den Ländern. Es gibt keine Unionsbundespolitik im Gegensatz zu einer Unionslandespolitik. Es gibt eine gemeinsame Politik. (Beifall.)

Wir brauchen Wahrheit und Klarheit in unserer Politik. Unsere Politik ist auf den Tatsachen aufgebaut. Aber wir müssen die Linien unserer Politik gerade angesichts dessen, was sich an Stürmen gegen uns erhebt, draußen wieder deutlicher und sichtbarer machen, als es in der Wirrnis der Geister und im Hin und Her der Argumente manchmal der Fall zu sein scheint. Und deshalb brauchen wir auch – lassen sie mich als alten Parteigeneralsekretär der CSU mit dieser gemeinsamen Frage schließen – eine noch stärkere Organisation, als wir sie, Sie bei Ihnen und wir bei uns, haben. Denn wir haben gerade in Bayern bei den Gemeindewahlen die Erfahrung gemacht, daß wir nicht so sehr unter politischen Schwierigkeiten leiden, sondern daß wir gegenüber den anderen Parteien insbesondere der Sozialdemokratischen Partei mit ihrem straff gegliederten Funktionärskorps in unseren organisatorischen Forderungen nun einmal gewisse Schwächen und Nachteile aufzuweisen haben, die man leider allein durch eine richtige Politik nicht unter allen Umständen und zu allen Zeiten wettmachen kann.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld, mit der Sie mich angehört haben, und ich wünsche Ihnen für Ihren Parteitag einen guten Erfolg. Nachmals darf ich die Versicherung abgeben, daß wir mit Ihnen zusammen um das gemeinsame Ziel ringen und für den gemeinsamen Erfolg arbeiten werden. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Franz Gürk dankt Bundesminister Strauß: Wir werden nun die Ehre haben, einige ausländische Ehrengäste zu kurzen Ausführungen zu hören.



Dr. Adenauer dankt Professor Erhard für die Ausführungen seines Vortrages.

Meinungsaustausch am Vorstandstisch: Dr. Adenauer im Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Bundestag, Dr. Krone, und dem Bundesinnenminister Dr. Schröder.





Kanzler und Bundestagspräsident.

Zunächst hat das Wort:

**Staatsminister Theo Lefèvre,
Präsident der Internationalen Union Christlicher Demokraten,
Nouvelles Equipes Internationales (NEI) und Präsident der
Christlichen Volkspartei Belgiens:**

Lieber Herr Bundeskanzler! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist für mich eine große Ehre und eine ganz besondere Freude, diesen Kongreß, den ich zu der gelungenen Organisation beglückwünsche, begrüßen zu dürfen. Ich tue dies in zweifacher Eigenschaft: Erstens einmal im Namen meiner Partei und aller Christlichen Demokraten meines Landes als Nationalpräsident der Christlichen Volkspartei Belgiens, die durch die Bande der Freundschaft und der Zusammenarbeit mit der CDU verknüpft ist. (Beifall.) Zweitens als erwählter Präsident der NEI im Namen eben dieser Internationalen Union der Christlichen Demokraten.

Ich freue mich, gerade vor der CDU sprechen zu können, die durch ihre Leistungen das glänzende Beispiel dessen gegeben hat, wozu eine Politik, die ihre Wurzeln in der christlichen, demokratischen Lehre und ihre Grundlagen in einem christlich demokratischen Programm hat, imstande ist. Nicht in der Theorie hat sie das gezeigt, sondern gleichsam wie der griechische Weise, der beweist, daß es Bewegung gibt, einfach dadurch, indem er ging. Es hat mich besonders hoffnungsvoll berührt und ich sehe es als ein günstiges Zeichen an, daß die CDU sich auf ihrem Kongreß die christlich demokratische Gesellschaftsordnung zum Thema gestellt hat. Die Aktion darf uns nie so sehr in Anspruch nehmen, daß wir darüber vergessen, uns auf die Grundlagen unserer Politik und unserer Doktrin zu besinnen. Diese Doktrin ist in der Tat die erste Voraussetzung des Erfolges der christlichen Demokratie, denn sie ist eine Doktrin unserer Zeit und nicht, wie die sozialistische, ein Relikt des 19. Jahrhunderts. Unsere Doktrin ist nicht dogmatisch, sondern pragmatisch und daher anpassungsfähig, was in der modernen Zeit mit ihrem schnellen und wechselnden Leben und Denken die größte Bedeutung hat. Sie ist demokratisch und christlich sozial und kommt also den tiefen Aspirationen der heutigen Menschheit entgegen. Sie betont vor allem den Wert der persönlichen Freiheit und Selbstbestimmung und ist daher das festeste Bollwerk gegen den diktoralen und infiltrierenden Kommunismus.

Der Bundeskanzler hat am 31. März in Tokio sehr richtig festgestellt, daß der Kommunismus auch mit geistigen Waffen bekämpft werden muß, daß wir durch unsere Untersuchungen, unsere Forschungen, unsere Feststellungen überzeugend den Nachweis erbringen sollen, daß die kommunistische Ideologie innerlich falsch ist, daß sie unter keinen Umständen weder den einzelnen Menschen, noch die Völker zu Freiheit und zu einem menschenwürdigen Leben führen kann. Und wenn gerade Konrad Adenauer unaufhörlich so verleumderisch von der kommunistischen Propaganda angegriffen wird, geschieht das eben deshalb, weil die Gegner ihn erkennen als die Verpersönlichung jener christlichen Demokratie, von der Sie wissen, daß sie im Bereich der Ideen, die mächtiger sind als jede Kraft und jede Gewalt, ihren Weltherrschaftsplänen erfolgreich entgegentreten kann. (Beifall.)

Die christliche Demokratie steht am Anfang ihrer großen Laufbahn. Eben deswegen haben wir alle zusammen die Verpflichtung, sie auszubauen. Wir müssen dazu kommen, ein gemeinschaftliches Programm aufzustellen in der Perspektive der direkten Wahlen zum Europäischen Parlament, die für 1963 vor auszusehen sind und aus denen die christliche Demokratie, davon bin ich fest überzeugt, als stärkste Formation hervortreten wird. Die Arbeit, welche Sie hier leisten, wird dazu beitragen, und das wünsche ich Ihnen von ganzem Herzen. Diese Wünsche gelten über diesen Kongreß hinaus der CDU selbst, ihrer Wirkung zum Wohle Deutschlands, Europas und der ganzen Welt, und Ihrer Zukunft, die, wie Ihre Vergangenheit gewesen ist und die Gegenwart ist, groß und erfolgreich sein möge. Die prächtige Gruppe von Persönlichkeiten, von der sogar die Gegner erkennen, daß keine andere Partei eine solche hat, wie auch der Enthusiasmus und die Einsatzbereitschaft Ihrer vielen Tausenden Mitglieder, sind die Garanten für diese Zukunft. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Franz Gurk dankt und erteilt das Wort:

Senator A. Pohèr

Präsident der Christlich Demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments und Vertreter des Mouvement Républicain Populaire Frankreichs:

Herr Bundeskanzler! Meine Herren Minister! Meine lieben Freunde von der CDU! Ich spreche zum zweiten Mal vor Ihrem Parteitag, nachdem ich schon das erste Mal in Stuttgart die Ehre hatte, einige Begrüßungsworte an Sie zu richten. Beim ersten Mal war es mir vergönnt, deutsch zu Ihnen zu sprechen, heute aber wollen Sie mich bitte entschuldigen, daß ich französisch zu Ihnen sprechen muß, denn ich bin eben erst hier angekommen und hatte noch keine Zeit, etwas Deutsches für Sie vorzubereiten.

Zunächst einmal möchte ich Ihnen den Gruß der Christlich Demokratischen Fraktion des Europaparlaments überbringen, in dem 21 Mitglieder des Deutschen Bundestages sitzen, u. a. unser hochverehrter Herr Präsident Furler, den hier zu begrüßen ich die große Freude habe. Meine Freunde von der MRP haben mich gebeten, bis der offizielle Vertreter hier seinen Gruß entbieten kann, Ihnen den Gruß der MRP zu überbringen.

Meine lieben Freunde! Europa, das sich im Stadium des langsamen Werdens befand, ist heute zu einer Wirklichkeit geworden. Schon heute läßt sich sicher erkennen, daß diese neue politische Idee das westliche Lager der Freiheit gestärkt hat. Wir stellen es immer wieder fest, auf unseren Tagungen in Straßburg, aber nicht nur dort, sondern auch im täglichen Leben, daß Europa etwa nicht nur entzweit, sondern daß es die Menschen, die ganzen Menschen einander näherbringt. Wir glauben und gehen davon aus, daß dieses Europa für alle offen ist, und daß es keineswegs geschlossen, abgeschlossen und egoistisch ist. Da ich selber Franzose bin, darf ich mit besonderer Freude zum Ausdruck bringen, daß ich erfahren habe, daß unser Staatspräsident, General de Gaulle, in Washington zu Journalisten gesagt hat, daß auch er der Meinung ist, daß Europa nicht etwa nur eine wirtschaftliche Notwendig-

keit ist, sondern daß Europa auch eine politische Notwendigkeit darstellt. (Beifall.)

Ich glaube, daß gerade jetzt, einige Tage, ehe die Ost-West-Gipfelkonferenz beginnt, das, was die Christlich Demokratische Fraktion des Europaparlaments Ihnen hier zu sagen hat, doch wohl das ist: Dank der Entschlossenheit der Europäer, dank der Idee, die wir haben zur Wirklichkeit werden lassen, kann die Jugend nicht nur der sechs Länder, sondern auch der anderen Länder, die eines Tages diesem Europa angehören werden, an den endgültigen Sieg der Sache der Freiheit glauben. Das wurde erreicht dank der Pionierarbeit, die geleistet worden ist – insbesondere von Ihnen, Herr Bundeskanzler, von dem verehrten Herrn Präsidenten de Gasperi und unserem eigenen Präsidenten Robert Schuman. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Franz Gurk:

Herr Senator Pohèr, unseren herzlichen Dank. Grüßen Sie die MRP in Frankreich zugleich unter Hinweis darauf, daß die Freundschaft der beiden Staatsmänner Dr. Adenauer und de Gaulle uns Zeugnis und Gewißheit für die Sicherheit der deutsch-französischen Freundschaft sein und bleiben wird. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben nunmehr die Ehre zu hören:

Frau Evelyn Emmet

Konservative Partei Großbritanniens:

Ich muß Ihnen, Herr Präsident, zunächst herzlich dafür danken, daß Sie uns eingeladen haben, Gäste Ihres Parteitages zu sein. Es hat Herrn und Frau Ridsdale sowie mich sehr gefreut und auch einen großen Eindruck gemacht, daß wir nur zehn Minuten in Karlsruhe waren und uns schon ein alter CDU-Freund begrüßte. Wir waren weiter nur eine halbe Stunde im Hotel, als wir von CDU-Freunden willkommen geheißen wurden.

Ich glaube, daß es sehr wichtig ist, daß unsere zwei Parteien, die Konservative Partei in England und die CDU in Deutschland, sich besser kennenlernen. (Beifall.) Sooft wir uns treffen, sooft haben wir Gelegenheit, uns besser zu verstehen und Mißverständnisse, die von der Presse leider übertrieben werden, zu vermindern und zu lösen.

Mißverständnisse zwischen Freunden sollten nicht andauern, wenn das Ziel dasselbe ist. (Beifall.) Ich bin überzeugt, daß unser Ziel dasselbe ist; es ist das gute christliche Leben. (Lebhafter Beifall.)

Es kann sein, daß zunächst verschiedene Wege zu dem Ziel von uns gesucht und gefunden werden, das hindert aber nicht daran, daß wir einander helfen und unterstützen. Ich will Ihnen sagen, daß wir in unserer Partei in England davon überzeugt sind, daß es absolut nötig ist, daß Europa zusammenarbeitet, wenn wir diese schweren Zeiten überleben wollen. (Lebhafter Beifall.) Es ist schon gut – ich sage, daß es wirklich ausgezeichnet ist – daß Sie selbst einen guten Anfang gemacht haben. (Beifall.) Dabei haben Sie den Weg für die sieben erleichtert. Aller Anfang ist gut, auch schwer, aber das genügt nicht, und wir müssen weiter und weiter zusammengehen. Es muß ein Weg gefunden werden, ein breiter Weg, breit genug und so gut geplant wie Ihre schönen

Autobahnen, so daß alle westlichen Nationen mit Kanada und Amerika zusammen vorwärts laufen können und die Kommunisten können an der anderen Seite vorbeigehen. (Lebhafter Beifall.)

Die Notwendigkeit schafft Freunde, aber dieses werde ich auf Englisch sagen, wie es mir der Herr Bundeskanzler gestern abend geraten hat; es ist schwierig zu übersetzen: „Friendship is a continues“: „Freundschaft muß sich immer ständig neu bewähren.“ (Lebhafter Beifall.) Wenn das nicht gut übersetzt ist, so stellen Sie bitte Herrn Dr. von Brentano und Herrn Dr. von Meier zur Rede. (Heiterkeit.)

Wir müssen uns nicht soviel darum sorgen, wenn manchmal Mißverständnisse aufkommen. Eine enge und feste Freundschaft wird sie klären und beseitigen. Wir, Herr und Frau Ridsdale und ich, sind hier, Sie herzlich von England zu grüßen. Wir sind überzeugt, daß der gleiche angelsächsische Ursprung etwas beizutragen hat. Wir sagen in England, das Blut sei dicker als das Wasser. (Lebhafter Beifall.) Das Blut muß so dick sein, daß das Wasser, das England von Europa trennt, nichts macht. (Lebhafter Beifall.)

So, meine Freunde, schicken Sie uns Ihre Jugend, um unsere Jugend kennenzulernen, und kommen Sie alle zu uns, wie Ihr Herr Dr. Krone und Herr Dr. Birnbach kürzlich gekommen sind und uns eine große Freude gemacht haben.

Zum Schluß nun möchte ich Ihnen herzlich dafür danken, daß Sie uns zu einem so interessanten und schönen Besuch bei Ihnen eingeladen haben. Ich danke schön. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Gurk:

Verehrte Mrs. Emmet, der große Beifall, den Sie erhalten haben, bezeugt Ihnen, wie gerne Sie gehört worden sind. Sie haben in einer geradezu mütterlichen Liebe zu uns gesprochen, daß – wenn wir wirklich böse wären – wir jetzt unmittelbar brav werden müßten. (Heiterkeit.) Wir kennen ja auch das andere England der Kathedralen und der alten Kultur, und wir sind davon überzeugt, daß wir beieinander bleiben, zueinander kommen und gemeinsam die Zukunft meistern werden. Grüßen Sie Ihre Freunde in England von uns, Ihre Freunde, Ihre unverbrüchlichen Freunde. (Lebhafter Beifall.)

Nun habe ich folgenden Vorschlag zu machen: Es sind noch eine ganze Anzahl lieber Gäste als Redner vorgemerkt. Da wir aber unter einem Zeitdruck stehen, möchte ich Ihnen vorschlagen, mit Zustimmung der verehrten Gäste jetzt die Reihe der Begrüßungsansprachen abzubrechen. Ich darf die verehrten Damen und Herren bitten, dann heute nachmittag bei der Vollversammlung zu uns zu sprechen. Wenn Sie dem zustimmen, wenn die Versammlung dem zustimmt, dann hätten wir jetzt die Ehre, unseren verehrten Herrn Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Dr. Adenauer zu hören. (Lebhafter Beifall.)

Sind Sie einverstanden? – Wir begrüßen Sie, Herr Bundeskanzler, und freuen uns auf Ihr Wort. Die Glocken mögen läuten auch draußen in den Vorräumen für die Abwesenden. (Lebhafter Beifall.)

Die politische Lage

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer
Erster Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union
Deutschlands:

Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Als ich gebeten wurde, einen Titel für das anzugeben, was ich auf dem Parteitag sagen möchte, wußte ich mir nicht besser zu helfen, als einfach zu sagen: die politische Lage. Ich dachte mir, daß Sie darüber etwas hören wollten, wie aber die politische Lage heute an dem Tage, an dem ich sprechen würde, ist, das konnte man ja im einzelnen nicht vorhersehen; daher dieser ganz allgemeine Titel. Ich kann natürlich nur über einige Punkte der politischen Lage sprechen, da die Zeit ja bemessen ist, und ich bitte Sie, darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Redner unseres Parteitages, die noch nach mir sprechen werden, auch über ähnliche Aspekte unserer ganzen Lage zu Ihnen sprechen werden. Ich muß natürlich auch vorsichtig sein, daß ich meinem verehrten Freund von Brentano nicht zuviel vorwegnehme, (Heiterkeit) weil er ja nach mir spricht. Ich muß also allerhand Rücksichten nehmen und werde versuchen, das zu tun. (Heiterkeit.)

Ich habe zur Vorbereitung für heute eine Menge Zeitungen gelesen, meine Parteifreunde. Ich habe gute Ratschläge gelesen, ich habe schlechte Ratschläge gelesen; ich habe Lob gelesen, ich habe Tadel gelesen. Ich habe freundliche Kritik, ich habe häßliche Kritik gelesen, und schließlich habe ich mir gesagt, du liest zuviel, hör auf damit, (Heiterkeit) und sprich hier so, wie es dir ums Herz ist, das ist das Allerrichtigste. (Lebhafter Beifall.) Das möchte ich auch tun, und ich möchte in voller Offenheit sagen, was ich gerne sagen möchte.

Ich habe mir vor einiger Zeit eine Zusammenstellung der Entschließungen unserer bisherigen Parteitage geben lassen, und besonders lebhaft stieg da vor meinem Auge auf – ich bitte die Herren aus Karlsruhe, mir das nicht übel zu nehmen, wenn ich sage –Goslar, unser erster Parteitag. Ich dachte sehr lebhaft daran zurück, welche schwierigen internen Auseinandersetzungen wir damals gehabt haben. Wenn ich mich daran erinnere und den Blick dann nach vorwärts gehen lasse, auf die Parteitage, die folgten, und auf das, was wir in der Zwischenzeit gearbeitet und erreicht haben, dann scheint mir doch, daß eine Kritik, die meint, wir wären eine vorübergehende Erscheinung, völlig daneben liegt, (lebhafter Beifall) und ich möchte allen Parteien in Deutschland, aber auch den Parteien und den Staatsmännern außerhalb Deutschlands sagen, daß wir alles andere sind als eine vorübergehende Erscheinung. Und Sie sollten sich auch nicht soviel den Kopf darüber zerbrechen, wer mein Nachfolger wird. Sehen Sie: so eine Kronprinzengeschichte ist immer eine etwas unangenehme Sache, (Heiterkeit) und es ist auch gar keine Angelegenheit von Klugheit. Wenn der Augenblick gekommen ist – davon bin ich, meine Freunde, fest überzeugt! –, dann sind genügend Leute da, die das Steuer in feste und starke Hand nehmen. (Starker Beifall.)

Für mich, meine Freunde, sind solche Parteitage auch immer Tage einer gewissen inneren Betrachtung. Man sucht sich doch dabei Rechenschaft

abzulegen, ob man sich in der Zeit, die hinter einem liegt, selbst treu geblieben ist. Ich glaube, das kann ich für die gesamte CDU und nach den glänzenden Ausführungen des Herrn Kollegen Strauß, den ich in Bonn noch einmal an seine heutige Rede erinnern werde, (große Heiterkeit) auch für die CSU in Anspruch nehmen: Wir sind den Grundlinien unserer Politik in der praktischen Arbeit treu geblieben. (Lebhafter Beifall.) Aber, meine Freunde, die bessernde Hand, die muß doch bald hier bald da angelegt werden.

Der liebenswürdige Oberbürgermeister dieser Stadt, der uns gestern so gastfreundlich empfangen hat, ist mir ein lebendiges Beispiel dafür, daß wir uns zu wenig um die kommunale Politik gekümmert haben. Das ist ein schwerer Fehler gewesen, und wir müssen diesen Fehler wieder gutmachen. (Lebhafter Beifall.) Das wird nicht von heute auf morgen gehen. Das kann nur dadurch erreicht werden, daß wir eine ganz energische, zielbewußte und ausdauernde Arbeit in den Gemeinden leisten. Und das wollen wir tun bei den vielen Kommunalwahlen, die uns dieses Jahr bringen wird. In diesem Lande sind jetzt Landtagswahlen. Es könnte sein, daß die Wahl auf Karlsruhe für diesen Bundesparteitag auch im Hinblick auf diese Landtagswahlen gefallen ist. Denn daß wir unserem Freund Kiesinger für diese Landtagswahl alles, alles Gute wünschen, das möchte ich noch einmal ausdrücklich feststellen. Und daß wir von der Partei aus alle Kraft aufwenden müssen, damit er wieder Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg wird. (Lebhafter Beifall.) Das ist, meine Freunde, für unsere Partei nicht nur eine Ehrensache, das ist auch eine Notwendigkeit für die Politik im Bunde, damit der Bundesrat nicht so sehr eigene Wege geht (Heiterkeit) und dadurch den Bundestag und die Bundesregierung schädigt. (Erneute Heiterkeit.)

Darauf möchte ich nicht zu viel eingehen. Ich behalte mir aber vor, darüber noch ein Wort zu sagen, denn da passieren ja köstliche Dinge. (Heiterkeit – Beifall.) Mancher unserer Wähler draußen versteht das einfach nicht. (Sehr gut! – Starker Beifall.) Wenn ich darauf zurückkomme, dann nicht deshalb, um unseren sehr verehrten Herren Ministerpräsidenten, die der CDU oder CSU angehören, etwas mehr oder weniger Angenehmes zu sagen, sondern es geschieht im Hinblick auf den Wähler draußen, damit man draußen sieht, daß wir eine einzige und geschlossene Partei sind – gleichgültig ob im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden. (Lebhafte Bravo-Rufe – Starker Beifall.)

Dieser Parteitag in Karlsruhe findet statt, nachdem die Bundesrepublik vor zehn Jahren ins Leben getreten ist. Am 21. September 1949 hat die Bundesregierung, dem Grundgesetz entsprechend, vor dem Bundestag den Eid, so wie es das Grundgesetz vorgeschrieben hat, abgelegt. Dann kam nach dem ersten Bundestag der zweite, und dann kam der dritte Bundestag. Wir haben bei alledem unseren Mann gestanden – das wissen Sie. Wir können eigentlich auch mit etwas Stolz auf diese Arbeit, die wir geleistet haben, zurückschauen. (Lebhafter Beifall.) Volle zehn Jahre trägt unsere Partei – die CSU ist immer mit eingeschlossen, Herr Strauß –, (Heiterkeit) trägt die Fraktion der CDU/CSU im Bundestag die Verantwortung für das, was in Deutschland im Inneren, in der Innen- und in der Außenpolitik geschehen ist. (Sehr gut!)

Wir können stolz darauf sein und wir können uns dessen auch freuen. Wir wollen uns dessen freuen. Ich halte es gar nicht für richtig – jetzt werden Sie lachen –, das Licht unter den Scheffel zu stellen. (Heiterkeit.) Das verlangt der liebe Gott von uns gar nicht. Da ist nämlich in der Regel etwas Heuchelei dabei. Wir wollen ganz offen und frei sagen: Wir sind nach neun Jahren jetzt wieder in Karlsruhe, wir haben diese prachtvolle Halle. Der Wandschmuck stammt von uns, darauf komme ich nachher noch zu sprechen. (Heiterkeit.) Wir freuen uns dessen, und wir freuen uns, daß Karlsruhe in diesem Jahre so zu neuem Leben erwacht ist, und auf unser Konto, auf die Arbeit der CDU/CSU im Bund gehört davon ein ganz großer Teil. (Starker Beifall.)

Sie haben von den Rednern, die eben gesprochen haben, von dem Vertreter der belgischen Bruderpartei, vom Vertreter der MRP und mit einer gewissen Nuance auch von der Vertreterin der Konservativen Partei Großbritanniens, gehört, daß unsere Arbeit nicht nur für das deutsche Volk, sondern für Europa und auch für den Frieden und die Sicherheit der Welt von großer Bedeutung geworden ist. (Starker Beifall.) Auch das ist wichtig. Wir wollen uns, gerade weil auch jetzt zehn Jahre ins Land gegangen sind, dessen freuen. Aber das war nicht leicht, auch daran wollen wir denken. Unser Volk – denken Sie bitte einmal an das Jahr des Zusammenbruchs und auch an das Jahr zurück, in dem die Bundesrepublik ins Leben trat – war damals der Paria unter den Völkern: verfehmt und verachtet, und heute, meine Freunde, ist es ein geachtetes und angesehenes Glied der Völkerfamilie. Der deutsche Name, das deutsche Wort, der deutsche Geist und die deutsche Arbeit haben wieder Ansehen in der Welt. Sorgen wir dafür, daß es dabei bleibt! (Beifall.)

Mit Genugtuung darf gerade unsere Partei sagen, daß es unter ihrer Führerrolle gelungen ist, Deutschland aus dem tiefen Fall, der nun einmal da war, wieder emporzuheben und wieder zu einem Mitglied der Völkerfamilie zu machen. Aber ich möchte jetzt anknüpfen an ein Wort, das der Herr Kollege Strauß eben gesprochen hat. Man kann dieses Ansehen und diesen Einfluß in der Welt nur dann behalten und befestigen, wenn man sein Wort hält und seine Pflichten erfüllt, (Beifall) das Wort, das man gegeben hat in den abgeschlossenen Verträgen und die Pflichten, die man übernommen hat auch auf Grund von Verträgen, Pflichten, die auch die anderen übernommen haben. Wir müssen dabei in einer Reihe mit den anderen stehen. Das ist gerade in unserer Zeit erforderlich, unserer Zeit mit ihrem politischen Chaos, mit ihrem geistigen Chaos, mehr als je zuvor. Darum glaube ich, daß wir hier sagen dürfen: so wie wir es in den vergangenen Jahren gemacht haben, werden wir das auch in der Zukunft tun. Die Wahlvorbereitungen für die Bundestagswahl im Jahre 1961 werden in allen Parteien schon begonnen. Das wollen wir zum Hauptgegenstand unseres ganzen Wahlkampfes machen, daß die bisherige Politik weiter fortgeführt werden muß. Wir wollen sehen, ob unsere große Oppositionspartei, die Sozialdemokratische Partei, wirklich die Gewähr dafür bietet, daß sie diese, unsere Politik fortführt.

Sie wissen, daß ich sehr oft mit ausländischen Staatsmännern zu tun habe. Ich darf Ihnen sagen, daß immer dort eine leise Befürchtung mit durchklingt: Wird das dann so bleiben, wie es in den vergangenen zehn

Jahren geschehen ist, wird Deutschland ein Weggenosse und Freund der anderen freien Völker bleiben, oder wird es sich aus irgendwelchen Erwägungen heraus in sich selbst zurückziehen und vielleicht einmal darauf spekulieren, ein Zünglein an der Waage zu sein zwischen Ost und West? Nun, meine Freunde, wenn das so durchklingt, dann sage ich, was ich meine. Aber ich muß Ihnen sagen: ich bin doch erschüttert und betrübt über das, was sich gerade in den letzten Wochen ereignet hat.

Wir stehen vor der Gipfelkonferenz, die am 16. Mai in Paris beginnen wird. Sie wissen, daß sich gerade auch die amerikanische Politik auf die Nato stützt, daß wir ohne die Nato einfach ein Spielball wären, der todsicher in die Hände der Russen geriete. Es war am 8. April im Bundestag, als auf meine Frage an die Sozialdemokratische Fraktion: „Wollen Sie denn jetzt in der Nato bleiben?“ nur ein Echo kam: Nein! Meine Damen und Herren! Es kann jemand einmal einen Irrtum begehen; wer wollte sich davon freisprechen! So würde ich es auch den Sozialdemokraten nicht weiter nachtragen, wenn sie den Irrtum, den sie vor Jahren begangen haben – als wir den Anschluß an die freien Völker des Westens verlangten und sie ihn ablehnten – als solchen erkennen und sich von ihm absetzen. Dann wäre auch die Stellung Deutschlands in der Welt außerordentlich viel stärker. Ich glaube, das brauche ich Ihnen nicht weiter auseinanderzusetzen, wenn man jetzt sieht, daß das gesamte deutsche Volk nun dieselbe Außenpolitik will; aber in einem Irrtum zu verharren, wenn so evident zutage getreten ist, daß die damalige Haltung der Sozialdemokratie falsch und unrealistisch war, daß sie Deutschland ins Elend gebracht haben würde, – das darf sich auch die Sozialdemokratische Partei nicht leisten. (Lebhafter Beifall.)

Es ist doch gelegentlich gut, wieder daran zu erinnern: man hat jetzt auf sozialdemokratischer Seite ein neues Programm gemacht. Sehr viel Arbeit ist darauf verwandt worden, und sehr viel Blech hat man dabei gebraucht, um das tragende Gerüst in der Sozialdemokratie zu verkleiden. Man hat das alles sehr schön gemacht – ich wiederhole – mit viel Arbeit. Aber ich würde viel lieber sehen als neue Programme – denn entweder war das alte Programm schlecht oder das neue ist schlecht oder beide sind schlecht – eine neue Stellungnahme zu unserer Außenpolitik. (Beifall.)

Das können wir verlangen, nicht nur als CDU/CSU-Leute, auch als Deutsche können wir das verlangen; denn es liegt doch ganz klar zutage, namentlich bei dieser Zuspitzung der Dinge in der Welt, daß unsere Freiheit und unsere Sicherheit nur bestehen können in engster Zusammenarbeit mit den freien Völkern des Westens. Unsere geographische Lage und der Expansionsdrang Sowjetrußlands dulden das nicht anders. In der Hinsicht hat nun die Sozialdemokratie ein sehr arges Sündenbekenntnis abzulegen. Einem reuigen Sünder würde ich das nicht vorkommen, aber einem nichtreuigen Sünder gegenüber muß man doch gelegentlich – auch bei der Wahl im Jahre 1961 und im Hinblick auf das, was nach der Wahl kommen wird – daran erinnern.

Leider können wir gewissermaßen urkundlich nur feststellen, wie bei namentlichen Abstimmungen im Bundestag gestimmt worden ist. Ich habe mir einmal notieren lassen, in welchen wichtigsten Fällen die Sozialdemo-

kratie bei namentlichen Abstimmungen immer Nein gesagt hat: Sie war gegen den Eintritt Deutschlands in den Europarat; sie war gegen die Ratifizierung des Montan-Vertrages; sie war gegen das Petersberger Abkommen; sie war gegen den Deutschland-Vertrag; sie war gegen den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft; sie war gegen den Vertrag über die Beendigung des Besatzungsregimes; sie war gegen den Eintritt Deutschlands zur WEU; sie war gegen den Beitritt Deutschlands zur NATO, sie war gegen das Wehrpflichtgesetz; sie war gegen das Saar-Abkommen.

Meine Freunde! Wenn man einmal diesen ganzen Fluß der Entscheidungen, die im Bundestag getroffen werden müssen, so vor sich sieht, und die Stellung, die die Sozialdemokratie dazu eingenommen hat, dann sind wir berechtigt, für das deutsche Volk vor der Wahl von 1961 Gewißheit und Sicherheit von den Sozialdemokraten zu verlangen, daß sie die bisherige Politik, die wir gemacht haben, gradlinig fortsetzen und nicht die falsche Politik, die sie gemacht haben.

Aber, meine Damen und Herren, es gibt ein altes lateinisches Wort: „Quem Deus perdere vult, prius dementat“ (Wen Gott verderben will, dem verwirrt er vorher die Sinne). (Heiterkeit.) Nun, mir kann schließlich recht sein, wenn wir die Mehrheit haben, meine Damen und Herren, dann werden wir sorgen, daß die Geschichte so weitergeht, wie sie jetzt geht. (Beifall.)

Aber ich habe mich doch an den Kopf gegriffen und ich habe meinen Augen nicht getraut, als ich las, daß der erste Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Herr Ollenhauer, in einer Rede in Bielefeld am 24. April 1960, also keinen Monat vor der Gipfelkonferenz, auf den Deutschlandvorschlag der Sozialdemokratie, den sie zuerst ganz clamorlich beraten hatte, wieder zurückkam, und ihn verteidigte. Das war mir unverständlich. Herr Ollenhauer hätte ja schweigen können, wenn es ihm so auf dem Herzen brannte. Denn allein der Deutschlandvertrag der Sozialdemokratie ist bei der Gipfelkonferenz Musik in den Ohren Chruschtschows. (Lebhafter Beifall.) Und, daß so etwas geschieht, gerade nachdem in der Zone diese Beraubung der Deutschen stattgefunden hat, die Beraubung nicht nur ihres materiellen Eigentums, sondern der Raub an dem bißchen Freiheit, das sie noch hatten, daß man da noch mit einem solchen Vorschlag kommt und diesen Vorschlag wieder hinstellt vor seine Partei, ja, meine Freunde, das ist mir unverständlich.

Ich habe von der Zone gesprochen. Es ist ein schwerer Schlag, der die Einzelnen dort betroffen hat, und wer die ländlichen Verhältnisse kennt und weiß, wie tief von innen heraus der Bauer und seine Familie mit dem Grund und Boden verbunden ist, der kann nur tiefstes Mitleid mit all den Betroffenen haben.

Das eine möchte ich noch hier aussprechen, und ich bin davon überzeugt, Sie alle werden dem zustimmen: wenn – so Gott will – bald die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit kommt, dann sollen diese Menschen ihr Eigentum wiederbekommen. (Stürmischer Beifall.)

Aber, meine Freunde, was da in der Zone vor sich gegangen ist, das ist ein weiteres Vorpreschen, gerade jetzt vor der Gipfelkonferenz, des Bolschewismus in seiner abscheulichsten Form in Mitteleuropa, mitten im

Herzen Europas, in Deutschland. Das ist eine Provokation gegenüber jedem Land, das freiheitlich denkt, gegenüber allen Menschen, die die Freiheit, die persönliche Freiheit als ein hohes und unveräußerliches Gut ansehen. (Beifall.) Man versteht es nicht, warum Ulbricht das jetzt machen muß. Nur Provokation ist der einzige Grund. Nun ich denke, man wird ihm auch in Paris entsprechend darauf antworten.

Die Sozialdemokratie wirft uns nun vor, wir machten keine Vorschläge für die Wiedervereinigung, und sie wirft uns weiter vor, daß die Zeit der Wiedervereinigung noch nicht da sei. Was den ersten Vorwurf angeht, so wissen Sie alle, daß die Vorbereitung der Gipfelkonferenz, auf der ja auch die Frage Deutschland eine Rolle spielen wird, von den Westmächten ganz intern getroffen wird, und das ist auch richtig so. Wer sich irgendwie einmal in die Außenpolitik vertieft hat, der muß wissen, daß Außenpolitik und Propaganda ganz verschiedene Dinge sind, und das besonders, wenn man Bundesgenossen und Partner hat, mit denen man in sorgfältiger Weise Schritt für Schritt eine so wichtige Konferenz mit einem so wichtigen Thema vorbereiten muß.

Aber ich möchte der Sozialdemokratie noch etwas sagen. Ich bin felsenfest überzeugt davon, daß, wenn wir uns nicht an den freien Westen angeschlossen hätten, wenn wir nicht in die Nato eingetreten wären, daß es uns schon lange so ergangen wäre, wie es unseren armen Deutschen in Mitteldeutschland ergangen ist. (Stürmischer Beifall.) Schon lange hätten auch wir unsere Freiheit verloren. Und darum ist die einzig mögliche Politik, die im Interesse Deutschlands, im Interesse Europas und im Interesse des Friedens in der freien Welt vertreten werden kann, die von uns verwirklichte Politik, die sich in den zehn Jahren restlos bewährt hat und sich auch in Zukunft weiter bewähren wird.

Nun, meine Damen und Herren, einige Fragen aus der Innenpolitik. Ich möchte sie streifen, weil es Fragen sind, die zur Zeit die Öffentlichkeit sehr beschäftigen, aber nur kurz, um Ihre Geduld nicht zu lange in Anspruch zu nehmen. Ich möchte einige Worte zum Krankenkassengesetz sagen. Die Materie, die in diesem Gesetz geordnet werden soll, ist ungewöhnlich schwierig. Ich glaube, auch unser Minister Blank – er hat das auch öffentlich erklärt – behauptet keineswegs, daß dieser Gesetzesentwurf nun so vollkommen wäre und nicht verbessert werden könnte. Das ist klar. Aber wenn zu einem solchen Gesetzesentwurf über 1200 Abänderungsanträge im Ausschuß gestellt werden, dann fühlt und merkt doch jeder, daß man nichts anderes beabsichtigt, als die Verabschiedung dieses Krankenkassengesetzes vor der Bundestagswahl unmöglich zu machen. Ich hoffe und ich bin davon überzeugt, daß unsere Fraktion schon das Nötige tun wird und von ihrer Mehrheit Gebrauch macht. Denn es gehört zur Demokratie und zum Parlamentarismus, daß man von seiner Mehrheit Gebrauch macht. Auf alle Fälle gibt dieses Gesetz eine große Anzahl von Verbesserungen für die Kranken, und auf das Wohl der Kranken kommt es uns zu allererst an. (Beifall.)

Nun eine andere Sache. Ich dachte eben daran, als ich vom Bundesrat sprach. Ich will versuchen, dieses Thema etwas leicht humoristisch zu behandeln, aber es fällt mir schwer, denn es ist eine sehr ernste Sache: Der Zank und der Streit, der jetzt schon seit Monaten auch in den Län-

dern, in denen wir eine CDU-Mehrheit haben, um Rundfunk und Fernsehen geht. (Bravo-Rufe und lebhafter Beifall.)

Ich habe nicht die Absicht zu versuchen, diese Dinge lächerlich zu machen. Aber ist es nicht lächerlich? Nach meinem Geschmack sind Rundfunk und Fernsehen ein Instrument, das in weite Räume strahlen muß. Nun haben wir aber einen Rundfunk für Bremen, wir haben einen solchen für Hamburg und Umgebung, wir haben einen Rundfunk für hier und auch einen in Köln. So etwas kann wirklich nur in Deutschland passieren! (Lebhafter Beifall.) Nun sitzen wir an dieser Arbeit. Ich muß mich mal nach Kiesinger umsehen. (Heiterkeit.) Er bittet mich, das laut zu sagen. Ich hatte ihm erklärt, er sei relativ vernünftig. (Heiterkeit.) Es ist doch sehr merkwürdig, welche Veränderungen in einem Menschen vorgehen, wenn er auf einem Ministersessel sitzt. (Heiterkeit.) Das gilt vom Landesminister-Sessel und vom Bundesminister-Sessel. Ich beobachte das immer wieder – ich will mich mal so ausdrücken – mit großem Interesse, aber es ist ganz erstaunlich.

Nun lassen Sie mich zum Rundfunk und Fernsehen zurückkehren. In welchen Händen sind denn Rundfunk und Fernsehen? Unsere verehrten Ministerpräsidenten glauben: in ihren Händen. Nichts von dem! (Anhaltender Beifall und Heiterkeit.) Ich habe leider die Nummer einer Zeitung – nicht über unseren Parteitag sondern über eine Untersuchung, die ein englischer Journalist anstellte – nicht bei mir. Es kann sein, daß sie vom „Observer“ war, ich weiß es aber nicht. Sie befaßte sich mit der geistigen Lage in Deutschland. Das, was er da gesagt hat, war sehr gut und wurde allseitig begrüßt. Er hat darin ausgeführt, daß sich in Rundfunk und Fernsehen eine ganz eigenartige Schicht von Menschen entwickelt hätte. Er meinte damit nicht die Ministerpräsidenten oder Minister, (Heiterkeit) sondern er meinte damit die eigentlichen Macher der ganzen Sache. Da schreibt er, daß sei eine Gesellschaft, die sei nicht etwa linksradikal, sie sei auch nicht rechtsradikal, sondern sie sei in einer eigenartigen besonderen Geistesverfassung. Nun, Leute, die in einer eigenartigen, besonderen Geistesverfassung sind, die liegen mir nicht. (Lebhafter Beifall.) Darum glaube ich, wir sollten an die Regelung dieser Frage mit aller Energie herangehen. Dazu rufe ich die ganze Partei auf. Und jetzt Schluß mit der ganzen Geschichte! (Stürmischer Beifall.)

Eine sehr ernste Frage, die mir wirklich besonders am Herzen liegt, wird morgen von Herrn Kollegen Krone behandelt werden, das ist die Frage: Wie ist der Mensch? Und ich möchte hinzufügen: Namentlich wie ist der junge Mensch in der heutigen Zeit in Deutschland? Zwar nicht nur in Deutschland, auch in anderen Ländern, aber wir haben uns in erster Linie darum zu kümmern, wie er in Deutschland ist. Ich glaube, wir müssen davon Notiz nehmen, daß die Familie zwar noch lebt, daß sie aber doch eine schwere Einbuße durch die Arbeit der Frau außerhalb des Hauses erlitten hat. Wir müssen auch davon Notiz nehmen, daß viele Jugendliche doch die schwere Kriegs- und Nachkriegszeit erlebt haben, daß sie dabei auch körperliche Schäden erlitten, Schäden, die sich zum Teil erst jetzt, wie mir Ärzte gesagt haben, bemerkbar machen.

Wir müssen auch von einer sehr bedauernden Tatsache Notiz nehmen: das ist die mangelnde Geburtenhäufigkeit in Deutschland. Ich möchte Ihnen sagen, daß die Bundesrepublik Deutschland zu den vier

geburtensärmsten Ländern der Welt gehört. (Zurufe: hört, hört!) Wir haben auf 1000 Einwohner 17, Belgien 16,9, England 16,8, Schweden 14,6 Geburten. Alle anderen Länder haben zum Teil erheblich höhere Geburtenziffern.

Noch ein weiteres sollten wir berücksichtigen. Wenn nicht eine grundlegende Änderung kommt, dann haben wir im Jahre 1970 nur noch eine Geburtenüberschußzahl von 3,9 und im Jahre 1974 3,1 und in dieser Zeit wird der Anteil der Kinder unter 15 Jahren auf höchstens 23 ansteigen, der Anteil der Bevölkerung über 60 Jahre von 10 auf 14 bis 15 v. H. Das sind sehr ernste Ziffern für jeden, der es gut mit dem deutschen Volke meint, und wir werden – ich befinde mich da in vollkommener Übereinstimmung mit Herrn Dr. Krone von unserer Bundestagsfraktion – möglichst bald etwas beim Kindergeld tun müssen. (Beifall.)

Wir werden aber auch in ganz anderer Weise als bisher etwas für die heranwachsende Jugend tun müssen. Ich nehme an, daß Herr Krone auch darüber sprechen wird. Sie wissen alle, was ein Schlüsselkind ist. Für die, die es nicht wissen: ein Schlüsselkind ist ein Kind, dessen Mutter und Vater morgens zur Arbeit gehen. Das Kind bekommt den Wohnungsschlüssel, es geht zur Schule, kommt nach Hause, macht sich gut oder schlecht etwas zum Essen zurecht oder auch nicht. Das sind die Schlüsselkinder. Was soll aus denen werden? Was soll aus ihnen körperlich, was soll aus ihnen geistig werden? Das ist eine hochwichtige Frage für uns alle. Ich glaube, daß man da das Vorbild, das einzelne gegeben haben, nachahmen sollte. Ich erinnere da an die Siedlungen, die der Sohn unseres verstorbenen Freundes Stegerwald bei Köln erbaut hat. Wir müssen wohl da besondere Häuser für die heranwachsenden Jugendlichen einrichten, wo sie sich beschäftigen können, wo sie wenigstens einen Ersatz finden für das, was ihnen ihre Familie leider heute nicht mehr gibt. (Beifall.)

In den Zeitungen, von denen ich eingangs sprach, fand ich auch das Wort, daß diejenigen, die hier in diesem Kreise etwas zu bedeuten hätten, sich doch sehr ernste Gedanken über die kommende Bundestagswahl machen müßten. Es war darauf hingewiesen, daß die Testzahl für uns in den letzten 12 Monaten ständig etwas gesunken sei. Das ist richtig und eine ernste Sache. Namentlich für uns, die wir hier als CDU-Parteitag versammelt sind und gleichzeitig unser Augenmerk schon auf die Wahl des Jahres 1961 zu richten haben. Das Interessante an dieser Statistik ist, daß das, was wir verloren haben, nicht etwa anderen Parteien zugute gekommen ist, sondern daß der Prozentsatz derjenigen, die unentschieden sind, die nicht wissen, was sie tun sollen, gestiegen ist. Da frage ich doch, ob wir nicht in unserer Partei schuld daran sind, daß das so geworden ist. Nach meiner Meinung ja; wir sind daran schuld! (Beifall.) Wir haben drei Bundestagswahlen gewonnen, das ist richtig, aber das bedeutet noch keine Garantie, daß wir auch die vierte Bundestagswahl gewinnen. Im Gegenteil. Wenn man drei Bundestagswahlen gewonnen hat, dann neigt man zu einer gewissen Sätttheit und Bequemlichkeit, und glaubt, das bleibe immer so, während die große andere Partei, die die Wahl dreimal verloren hat, sich nun mit Zähnen und Klauen anstrengt, jetzt den Sieg zu bekommen. Wir werden da einen schweren Wahlkampf haben. Er darf sich nicht erstrecken auf die letzten Wochen. Wir müssen

die breiteste Öffentlichkeit viel mehr aufklären über das, was wir jetzt Tag für Tag, Monat für Monat, Jahr für Jahr, leisten. (Sehr gut!) Insbesondere die Abgeordneten, seien sie im Landtag oder im Bundestag, müssen ihren Wählern sehr viel mehr Rechenschaft geben. (Lebhafter Beifall.)

Meine Freunde! Ich komme zurück auf das, was ich vorhin sagte. Wir müssen in den entscheidenden Fragen unter allen Umständen das Bild einer großen Geschlossenheit geben. Ich habe es z. B. nicht verstanden, daß die Sozialausschüsse ungefähr unisono sich gegen Blank in den Krankenkassengesetzen aussprachen. Kann man so etwas nicht unter vier Augen ausmachen? Meine Damen und Herren, wenn Sie wüßten, welchen Krach die Sozialdemokraten untereinander haben! Davon kommen nicht 10 v. H. an die Öffentlichkeit. (Sehr richtig.) Bei uns glauben wir, alles auf dem Markte preisgeben zu müssen. (Beifall.) Das ist ganz falsch.

Noch eines: Ich klage mich damit an und möchte keine Anklage nur gegen andere erheben. Ich bin auch der Auffassung, daß die Bundesregierung mit daran schuld hat. Sie müßte eine reife Sache schneller erledigen als sie es tut. (Beifall.) Da kommt bei mir der alte Oberbürgermeister durch. (Heiterkeit.) Ich hasse die Bürokratie, (Beifall) aber die Bürokratie feiert Triumphe wie niemals. (Beifall.) Und was noch schlimmer ist: Auch die Bundestagsabgeordneten sind schon verbürokratisiert. (Heiterkeit.)

Man wird uns, die CDU und CSU, fragen: Ihr hattet die Mehrheit, was habt Ihr während dieser Jahre geleistet? Das werden wir gefragt, und auf diese Frage müssen wir Antwort geben. Von hier aus richte ich – in der Bundesregierung werde ich schon dafür sorgen, (Heiterkeit) das ist mein Recht und meine Pflicht – auch an die Bundestagsfraktion die dringende Bitte, bei den wichtigsten Gesetzentwürfen mit aller Energie vorwärts zu kommen, und sie ohne Rücksicht auf die Versuche der Opposition, die Sache durch Zeitablauf erledigen zu lassen, zu verabschieden und in solchen Fällen von ihrer Mehrheit Gebrauch zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Im kleinen Kreise haben wir einen Gedanken besprochen, den ich Ihnen auch einmal vortragen möchte. Ich finde den Gedanken gut. Stellen Sie sich die Aufstellung der Kandidaten zum Bundestag bei uns vor. Ich habe das Trauerspiel mehrfach mitgemacht. (Heiterkeit.) Es ist ein Trauerspiel. Ich glaube, an die Interessen des Bundes denkt man dabei nicht an erster Stelle, sondern an der soundsovielten Stelle. Daher glaube ich, daß der Gedanke, auch über eine Bundesliste Abgeordnete in den Bundestag zu schicken, ein guter Gedanke ist. Man braucht gar nicht so viele. Wenn insgesamt 50 Damen und Herren mehr kämen, wäre es kein Unglück. Von seiten des Herrn Präsidenten des Bundestages wird es hoffentlich nicht als solches angesehen. Mehr brauchten wir nicht, und die kämen dann zu den jetzigen Bundestagsgeordneten hinzu. (Dr. Gerstenmaier: Ohne Erhöhung!) – Das kriegen Sie im Bundesrat niemals durch. (Ministerpräsident Dr. Meyers: Zuruf.) – Herr Meyers, ich habe Sie doch geschont. (Heiterkeit.) (Dr. Gerstenmaier: Einverstanden, aber ohne Erhöhung.)

Meine Damen und Herren! Wir sind in einem sehr großen Saal mit einer ausgezeichneten Akustik nach draußen hin, und deswegen will ich Ihnen sagen: Ich würde ruhig die Zahl der Bundestagsabgeordneten um 50 erhöhen. Ich war von Anfang an dagegen, daß es so viele wurden, aber man muß sich in manches schicken; ich habe es auch getan, und so wird auch der Bundestagspräsident sich darin schicken müssen. Jedenfalls halte ich diesen Gedanken für erwägenswert, im Interesse des Bundestages und der Arbeit, die dort geleistet wird, im Interesse schließlich aller Parteien im Bundestag. Nicht nur im Interesse unserer Partei. Ich komme nun zu dem letzten Teil meiner Ausführungen und möchte Ihnen zunächst auf die Anrede des Mitglieds der Konservativen Partei Englands sagen: Die EWG hat in erster Linie einen politischen und in zweiter Linie einen wirtschaftlichen Zweck. Ein Mitglied des englischen Kabinetts hat mir in diesen Tagen erklärt, daß auch die englische Regierung die Berechtigung der EWG durchaus anerkenne und den politischen Zweck durchaus bejahe, auch wenn sie selbst daran nicht teilnehme. Darum darf bei diesen Auseinandersetzungen zwischen EWG und EFTA und allem, was da seinen Widerhall – teils in Wirtschaftszeitungen, teils in politischen Zeitungen – gefunden hat, uns unter keinen Umständen etwas abbringen von dem politischen Zweck der Sechs in Westeuropa. (Lebhafter Beifall.) Das ist das hervorstechendste Ziel.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit und von dieser Stelle aus dem französischen Staatspräsidenten General de Gaulle von Herzen für die Worte danken, die er jetzt in Amerika bei mehreren Gelegenheiten für uns Deutsche und für die Bundesrepublik gefunden hat. (Lebhafter Beifall.) Ich glaube wirklich, meine Damen und Herren, daß dieses Zusammengehen, diese Freundschaft zwischen den beiden Völkern – ich betone das – zwischen den beiden Völkern, nicht nur zwischen zwei Männern, sondern zwischen den beiden Völkern, das wesentlichste Aktivum für die Zukunft ist, das wir in diesen ganzen zehn Jahren geschaffen haben. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Aber selbstverständlich wollen wir nicht, daß Europa in zwei Blöcke auseinanderfällt, auch nicht einmal in zwei wirtschaftliche Blöcke. Und deswegen – ich will nicht der Ministerratssitzung, die demnächst stattfindet, vorgreifen; ich will auch nicht Herrn von Brentano vorgreifen, der wahrscheinlich auch darauf zurückkommen wird – wollen wir versuchen und ernsthaft bemüht sein, in Gesprächen mit den Vertretern der EFTA eine auf gegenseitigem Entgegenkommen beruhende Verständigung zu finden. (Sehr-gut-Rufe – Beifall.) Aber lassen Sie mich betonen: In gegenseitigem Entgegenkommen und in gegenseitiger freundschaftlicher Gesinnung. (Beifall.)

Herr Präsident Gurk hat eben von meiner Reise, die ich vor einiger Zeit angetreten habe, gesprochen, und ich glaube, es paßt auch in die ganze politische Übersicht, die ich Ihnen geben möchte, wenn ich einiges dazu sage.

Sie wissen, daß ich zuerst einige Zeit in den Vereinigten Staaten war, daß ich – von New York angefangen bis nach San Francisco – sehr viele politische Gespräche geführt und – wie mir später gesagt worden ist – 22 Ansprachen oder Reden gehalten habe. Ich möchte Ihnen hier folgendes sagen: Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten, wie sie jetzt

ist, wird von der Wahl des neuen Präsidenten nicht berührt werden. Der neue Präsident – es kann Ihnen noch kein Mensch einigermaßen mit Sicherheit sagen, wer es sein wird – wird die gleiche Politik fortführen, wie sie bisher geführt worden ist, weil das amerikanische Volk, weil das Repräsentantenhaus und der Senat in ihren wichtigsten Mitgliedern diese Politik wollen. Das ist eine sehr gute Prognose für die Zukunft. (Lebhafter Beifall.)

Dann ist mir auf dieser Reise auch dort einmal so vor Augen geführt worden, wie ungeheuer die Räume sind, in denen sich dieser Gegensatz zwischen Kommunismus und Freiheit abspielt und wie ungeheuer die Anstrengungen sind, die die Vereinigten Staaten unternehmen, um die Freiheit zu schützen. Ich war tief beeindruckt von dem, was ich an amerikanischen Anstrengungen im Stillen Ozean gesehen habe. Ich war tief beeindruckt von dem, was ich von den Vereinigten Staaten dann nachher in Alaska gesehen habe, und unser Standpunkt muß natürlich auch der sein, daß wir an unserer Westpolitik und an der europäischen Politik, die für die Vereinigten Staaten von größter Bedeutung ist, unter allen Umständen festhalten. (Lebhafter Beifall.)

Ich war dann in Japan, und auch da ist mir klargeworden, wie groß doch die Gefahr ist, die die ganze Erde bedroht. Japan – einige Sätze möchte ich darüber sagen: 90 Millionen Einwohner, Tokio 9 Millionen Einwohner, nur 23 v. H. des Bodens anbaufähig. Die Menschen dort müssen vom Ackerbau leben, der aber – wie gesagt – nur auf 23 v.H. der Bodenfläche möglich ist, und sie müssen leben vom Fischfang, vom Export und Import. Gott verhüte, daß dieses fleißige und intelligente Volk der Japaner in die Hände Rotchinas kommt, und es gibt Kräfte in Japan, die – wie sie sagen – aus ökonomischen Gründen es für unbedingt nötig halten, daß das japanische Volk mit Rotchina in gute Beziehungen tritt, damit es dort hin exportieren kann.

Amerika tut vieles für den Export und Import Japans; Europa tut noch zu wenig. Ich führe das hier an, weil alles damit zusammenhängt, wie die Welt sich gestaltet hat. Wenn in Japan ein Abrutsch nach Rotchina hin erfolgte, das Gewicht der Kräfte auf dem Erdboden würde sich sofort grundlegend verändern. Darum müssen auch wir, wir Europäer, wir Deutschen, uns daran gewöhnen, doch in den großen Maßstäben, in den großen Räumen zu denken, die nun einmal durch Krieg und Technik entstanden sind.

Aber die eine Gefahr – das möchte ich noch zum Schluß hervorheben – die größte Gefahr ist der atheistische Kommunismus. Ich glaube, man sollte jetzt in der Welt nicht mehr davon sprechen – es tut einstweilen nur Herr Chruschtschow noch – daß wir Deutsche eine Gefahr bilden. Nein, es ist lächerlich, so etwas auszusprechen, wenn gleichzeitig vor einem amerikanischen Journalisten, vor Lippmann, gesagt wird: ich scheue die Deutschen nicht, ich kann sie in einer Stunde wegputzen. Es ist also lächerlich, davon zu sprechen. Nein, die Gefahr ist und bleibt der Kommunismus unter der atheistischen sowjetrussischen Führung. Nun, wir Deutschen sind an einem Brennpunkt dieser Gefahr, und dessen müssen wir Tag für Tag und Stunde für Stunde eingedenk sein. Ich habe Ihnen hier eine Karte zeichnen lassen, die Ihnen diese Gefahr vor Augen führen soll. Leider ist Rotchina etwas wenig rot gefärbt, während Rot-

china tatsächlich das stärkste Rot nötig hat, das überhaupt aufzutreiben ist. (Lebhafte Heiterkeit.) Aber, wenn Sie das sehen, wie dort über die ganze Erde hinweg sich dieser Gegensatz zieht und wenn Sie sich weiter klarmachen, meine Freunde, wie groß die Gefahr ist und daß der Feind, der infolge seiner Expansionsucht die Erde unterjochen will, Sowjetrußland ist, dann, glaube ich, folgt daraus mit zwingender Logik die Überzeugung, daß wir alles daransetzen müssen, um gemeinsam mit dem freien Westen dieser Gefahr entgegenzutreten. (Lebhafter Beifall.)

Unter dem Zaren hat Rußland einen ungeheuren Expansionsdrang entfaltet. Dann kam der Umsturz im Jahre 1917. Es wurde damals von Lenin proklamiert, daß diese Expansion jetzt aufhören müsse. Meine Damen und Herren! Ich habe für Sie einmal zusammenstellen lassen, was seit dem Jahre 1919 von Rußland in der Welt annektiert worden ist: Weißrußland, Ukraine, Armenien, Aserbeidschan, Georgien, Ostpolen, ein Teil von Finnland, Bessarabien und Nordbukowina, Estland, Lettland, Litauen, wiederum von Finnland ein Teil, Karpatho-Ukraine, Nordostpreußen, Südsachalin und die Kurilen, und daneben haben die Sowjets ein ganz neues System der Kolonialherrschaft erfunden und hier mit glänzendem Erfolg angewendet. Die schärfste Kolonie ist unsere Ostzone. Aber diese ganzen kolonialen Staaten Sowjetrußlands, die Ostzone, Ungarn, Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Bulgarien, alle vergrößern die Macht Sowjetrußlands.

Wenn Sie sich das einmal vor Augen halten, daß neben diesen unmittelbaren Annexionen dieses System der kolonialen Beherrschung in der russischen Politik so erfolgreich gewesen ist, dann wird Ihnen, glaube ich, doch klar, wie groß die Gefahr für uns alle ist. Aber trotzdem. Ich bin der festen Überzeugung, daß wir dieser Gefahr widerstehen können. Wenn ich sage „wir“, dann meine ich die freien Völker in der Welt. Sie werden widerstehen können, wenn sie einig sind. Es gibt für uns, für die freien Völker des Westens, nur ein Gebot und dieses Gebot heißt: Stark sein, damit man nicht überrannt wird, und einig sein! (Starker Beifall.)

Ich bin überzeugt, daß Chruschtschow keinen Krieg will, weil er weiß, daß darin ein großes Risiko liegt und weil er auch die Schwierigkeiten in Sowjetrußland selbst sieht – die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Aber in dem Augenblick, in dem wir etwa, meinetwegen zusammen mit der Ostzone, uns in diese Unfreiheit begeben würden, wie die Sozialdemokraten in ihrem Deutschlandplan das vorschlagen, würde Sowjetrußland nicht viel Federlesen mit uns machen. Meine Freunde! In dem Augenblick, in dem die anderen Völker, die freien Völker des Westens, an der Spitze die Vereinigten Staaten, nachlassen würden in ihrer Wachsamkeit und in ihrer Bewaffnung, würden alle Entspannungsverhandlungen erledigt sein. Wer eine Entspannung will – und die wollen wir auch, meine Freunde –, und wer infolgedessen Frieden will, der muß für die Stärke sein, denn mit Sowjetrußland und mit Rotchina und allen denen kann man nur verhandeln, wenn man mindestens so stark ist wie sie selbst sind. (Starker Beifall.)

Wir von der CDU/CSU wissen, was wir wollen. Wir werden die Politik, die wir bisher geführt haben, weiter fortsetzen und die, glauben Sie mir

das, zum Zusammenschluß des Westens sehr viel beigetragen hat. (sehr richtig!)

Es ist heutzutage doch so, daß – ich will mich vorsichtig ausdrücken: daß auf unsere Meinung etwas gegeben wird, sowohl in Washington als auch in Paris und in London. Da wird doch schließlich die Politik der freien Völker gemacht. Darum: Vorbereiten auf die nächste Wahl! Zeitig anfangen! Die letzten Monate natürlich in ganz großem Tempo. Aber vorher aufklären und arbeiten. Auch für uns und für unsere Partei gilt das: Einig sein in Bund, Ländern und Gemeinden.

(Starker anhaltender Beifall!)

Präsident Dr. Gurk:

Meine lieben Freunde! Wir durften eben die Subsummierung der Erfahrungen eines wahrhaft großen Politikers entgegennehmen. Dafür danke ich in sehr herzlicher Weise unserem lieben Bundeskanzler und Parteivorsitzenden. (Starker Beifall.) Ich darf ihm das Gelöbnis der Treue zu seiner Person und seinen politischen Zielen in Ihrem Namen ausdrücken. (Erneuter starker Beifall.)

Es wäre töricht, die Bedeutung dieser Ausführungen in einem langen Kommentar zergliedern zu wollen; aber drei Sätze darf ich sagen:

Das erste ist der Dank für die klare Abgrenzung gegenüber der Sozialdemokratischen Partei und ihrem Versuch, durch ein neues Programm Verwirrung zu stiften. Hier muß klar gesprochen werden, und das Studium dieses Programms wird zeigen, daß sich im Grunde nichts geändert hat.

Das zweite ist eine innere Auseinandersetzung mit uns selbst, die wir entgegennehmen wollen in dem Gedanken: Wir alle sind allzumal Sünder. Es war gut, daß das ausgesprochen wurde; denn aus dieser inneren Auseinandersetzung mit uns selbst kommt neue Kraft und Aktivität.

Das dritte war die Aufforderung zur Weite und Größe des Blicks in die Welt hinaus in der außenpolitischen Betrachtung.

Nochmals, verehrter Herr Bundeskanzler und Parteivorsitzender, unseren tiefgefühlten Dank im Namen der ganzen Versammlung, die diese Worte mit großer Aufmerksamkeit und Ehrfurcht – das darf ich auch sagen – aufgenommen hat. (Starker Beifall.)

(Der Bundeskanzler bedankt sich.)

Nun bitte ich unseren lieben Freund,

Bundesaußenminister Dr. Heinrich von Brentano

zu seinem Referat (Starker Beifall.):

Vor der Gipfelkonferenz

Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In seinem Referat hat der Herr Bundeskanzler bereits auf die außerordentliche Bedeutung der Gipfelkonferenz, die vor uns steht, hingewiesen, dieser Gipfelkonferenz, die am 16. Mai in Paris beginnen soll. Ich glaube, es ist gut und richtig, daß wir uns auch hier mit den Vorbereitungen und mit den Aussichten dieser Konferenz beschäftigen. Diese Konferenz soll das nachholen, was bisher nach dem schrecklichen Krieg, der hinter uns liegt,

unterblieben ist; sie soll den Versuch machen, eine friedliche Ordnung zu schaffen, eine Ordnung, in der die Menschen wieder frei von Furcht, frei von Angst und frei von Sorge leben können.

Aber, meine Damen und Herren, wir müssen uns völlig darüber im klaren sein, daß auf dieser Konferenz in allererster Linie über das deutsche Volk gesprochen und über seine Zukunft entschieden werden kann. Deswegen ist es notwendig, daß wir mit unmißverständlicher Klarheit zum Ausdruck bringen, was wir von dieser Konferenz erwarten, aber auch, was wir zu dieser Konferenz beitragen können.

Ich meine, es ist dem größten Toren in Deutschland inzwischen klageworden oder sollte ihm klageworden sein, daß die politischen Fragen, die im internationalen Gespräch sind, soweit sie Deutschland betreffen, nicht von uns allein gelöst werden können. Ich glaube, jeder hat es begriffen, und er muß es begriffen haben, daß wir hier darauf angewiesen sind, mit denen, die wieder unsere Freunde und unsere Partner geworden sind, eng und freundschaftlich zusammenzuarbeiten; denn was sie sagen und was sie tun, wird über unsere Zukunft entscheiden. Deswegen möchte ich den Appell unterstreichen, den der Herr Bundeskanzler auch hier an uns alle gerichtet hat. Es geht darum, das Vertrauen zu sichern und zu festigen, das in langwieriger und mühsamer Arbeit in den letzten Jahren wieder geschaffen werden konnte, das Vertrauen zu dem deutschen Volke, wie es heute ist, aber auch das Vertrauen zu dem deutschen Volk, wie es morgen sein wird.

Darum meine ich, wir haben drei Voraussetzungen zu schaffen, um auf dieser Konferenz bestehen zu können. Die erste Voraussetzung ist: Es sollte kein Zweifel mehr offen bleiben daran, daß sich dieses neue Deutschland heute und morgen eindeutig und unwiderruflich zur freiheitlichen demokratischen Ordnung bekennt. Wir sollten den Mut haben, alle diejenigen, die uns auf diesem Wege entgegenstehen, zurechtzuweisen; denn es geht darum, daß wir die Grundlagen dieses neuen Staates verteidigen, den wir, weiß Gott, mit vielen Mühen geschaffen haben. (Lebhafter Beifall.)

Es gehört zum politischen Rüstzeug unserer Gegner in der Sowjetunion und in anderen Bereichen der Welt, daß sie diese gute Absicht und diesen festen Entschluß des deutschen Volkes in Zweifel ziehen. Wir waren in der Vergangenheit alle Zeugen einer unablässigen und, wie ich Ihnen sagen darf, nicht ganz erfolglosen Kampagne. Man hat alles versucht, um Deutschland unglaubwürdig zu machen und der deutschen Regierung und dem deutschen Volke falsche Absichten zu unterstellen. Man hat an eine traurige, an eine tragische Vergangenheit erinnert. Und wir haben es gespürt, daß die Haut, die über diese Wunden gewachsen ist, noch dünn ist. Deswegen sage ich noch einmal: es darf kein Zweifel daran entstehen in dieser Welt, daß der Weg des deutschen Volkes so wie wir ihn in den vergangenen Jahren gegangen sind, auch fortgesetzt werden wird heute und morgen von der Bundesrepublik und später von einem wiedervereinigten Deutschland; denn wenn wir uns heute in der Bundesrepublik mit dem Wahlzettel zur Freiheit bekennen, dann haben es Hunderttausende und Millionen von Mitteldeutschen getan mit ihren Füßen, da sie ihre Heimat verlassen haben und in die Freiheit geflohen sind.

Und ein zweites, das mir nicht minder wichtig zu sein scheint – auch darüber hat der Herr Bundeskanzler in seinem Referat gesprochen –: wir haben uns entschlossen und wir haben alle Entscheidungen getroffen, um diesen Weg zu verwirklichen, daß Deutschland ein integraler, ein unlösbarer Bestandteil Europas sein und bleiben wird. Ich möchte auch hier die politische Bedeutung der Verträge noch einmal unterstreichen, die der Herr Bundeskanzler erwähnt hat, diese Verträge über den Eintritt Deutschlands in den Europarat, über den Zusammenschluß in der Montan-Gemeinschaft bis zur EWG und zur Europäischen Atom-Gemeinschaft.

Das, was die Bundesrepublik getan hat, ist gültig auch für das wiedervereinigte Deutschland. Wir fühlen uns diesem europäischen Kontinent, seiner Geschichte, seiner Tradition und seiner Kultur so eng und so unlösbar verbunden, daß wir nicht bereit sind, heute oder morgen darüber nachzudenken, ob wir unter irgendwelchen Voraussetzungen uns noch einmal aus dieser neu geschaffenen, uns neu bewußt gewordenen Gemeinschaft lösen könnten oder nicht. (Lebhafter Beifall.)

Und ein drittes: So wie wir uns zur europäischen Gemeinschaft bekennen, zur Zusammenarbeit mit allen europäischen Staaten auf allen Gebieten, die dazu geeignet sind, und auf allen Wegen, die sich dazu anbieten, so bekennen wir uns auch mit der gleichen Eindeutigkeit und Entschlossenheit zu der ständigen und unauflösbaren Zusammenarbeit mit der freien Welt. Und Ausdruck dieser Gemeinsamkeit der freien Welt ist die Atlantische Gemeinschaft, der wir angehören.

Es ist oft mit dem unseligen Wort des Provisoriums ein verhängnisvoller Mißbrauch getrieben worden. Ganz gewiß, wir wissen es alle, diese Bundesrepublik ist und bleibt solange und insoweit ein Provisorium, als Millionen deutscher Menschen sich noch nicht, so wie sie das wollen, wieder mit uns zusammenschließen können, als Millionen von Deutschen noch unter einem von ihnen abgelehnten, von ihnen gehaßten System leben müssen.

Wir werden nichts und keine Anstrengungen scheuen; und ich hoffe, daß das deutsche Volk auch keine Opfer scheuen würde, um diesen unerträglichen Zustand zu beseitigen, der uns ja jetzt wieder so schrecklich in Erinnerung gerufen wurde, da wir die Berichte über die Menschen lesen, die man in den jüngsten Tagen dort von Haus und Hof vertrieben hat, die in die Freiheit geflohen sind, weil sie die Unfreiheit nicht mehr ertragen konnten, weil sie den Zwang, unter dem sie lebten, nicht mehr ertragen wollten. Aber es wäre verhängnisvoll, wenn wir einen Zweifel daran ließen, daß unsere politischen Entscheidungen, unser Bekenntnis zur freien Welt, nicht provisorisch, sondern endgültig sind. (Lebhafter Beifall.)

Das Deutschland von Heute, die Bundesrepublik, ist ebenso wie das Deutschland von Morgen, das wiedervereinigte Deutschland – ich sagte es schon – ein untrennbarer Bestandteil der freien Welt, der wir uns verpflichtet und verbunden fühlen und aus der wir uns unter keiner Voraussetzung, unter keiner Drohung und unter keiner Verlockung loslösen lassen. (Beifall.)

Ich glaube, daß die Klarheit über diese politischen Vorstellungen und Ziele einer der zuverlässigsten, ja vielleicht die wesentlichste Voraussetzung für das ist, was die Zukunft uns bringen wird. Ich sagte, daß diese Gipfelkonferenz sich damit beschäftigen soll, vielleicht die ersten Ansätze zu schaffen, um eine friedliche Ordnung in der Welt aufzubauen. Und wir alle glauben und sind überzeugt, der beste Ansatz dazu wäre, wenn die Welt einmal beginnen würde, die Abrüstungsgespräche ernsthaft weiterzuführen und auf dem Gebiete der Abrüstung erste entscheidende Schritte zu tun. Ich glaube, daß nur dadurch das politische Klima, daß nur dadurch die psychologischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden können, um auch die offenen politischen Fragen mit Erfolg anzugehen. Und wir wissen ja, zu diesen offenen politischen Fragen gehört in allerletzter Linie die Deutschland-Frage und als Teilproblem der Deutschland-Frage die Frage nach der Zukunft der Stadt Berlin.

Aber, wenn ich sagte, daß ein Zweifel an unserer Haltung nicht entstehen darf, daß das Vertrauen zwischen uns und unseren Verbündeten keine Belastungsprobe erleben darf, dann möchte ich dazu auch ein paar Worte sagen über die Kritik, die an unserer Politik laut geworden ist und noch in den letzten Tagen wieder zu hören war.

Der Herr Bundeskanzler hat schon daran erinnert, daß überraschenderweise der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Herr Ollenhauer, vor wenigen Tagen den Deutschlandplan wieder hervorgeholt und seine Vorzüge gerühmt hat.

Meine Damen und Herren! Ich hatte bis gestern eigentlich die Hoffnung, daß wir uns mit diesem Plan nicht mehr beschäftigen müßten, nachdem er vor wenigen Wochen zu unser aller Befriedigung vom Tisch genommen wurde, als der Abgeordnete Wehner die Erklärung abgab, daß dieser Plan heute keine Gültigkeit mehr besitze. Wenn aber die Opposition uns sagt, daß sie noch heute an den Vorstellungen dieses Planes festhält, dann möchte ich hier ebenso offen erklären, daß dieser Plan keine Grundlage ist für eine gemeinsame Politik, (Lebhafter Beifall.) daß dieser Plan von uns abgelehnt wird, weil er auf utopischen Voraussetzungen beruht und weil er uns mit absoluter Sicherheit in die Unfreiheit führen müßte, ohne Rücksicht darauf, ob die Verfasser des Planes das wollten oder nicht. (Lebhafter Beifall.)

Was haben wir davon, wenn später einmal gesagt wird: „Ja diese Entwicklung haben wir uns nicht vorstellen können!“ Wenn das deutsche Volk zugrunde geht, fragt später niemand mehr, ob es aus bösem Willen oder aus Dummheit in den Untergang geführt worden ist. (Lebhafter Beifall.)

Ich möchte hier in diesem kurzen Referat nicht auf Einzelheiten dieses Planes eingehen. Aber ich möchte eindeutig sagen: Wer glaubt, daß ein freies Volk – und wir rühmen uns in der Bundesrepublik, ein freies Volk zu sein – mit den Vertretern einer fremden Diktatur auf eigenem Boden auf der Basis der Gleichberechtigung verhandeln könne, wer der utopischen Vorstellung nachjagt, einen Gerichtshof zu gründen, der sich aus der gleichen Anzahl von Richtern aus der Bundesrepublik und der Zone zusammensetzt, um diesem Gerichtshof die Wahrung der Menschen-

rechte zu übertragen, wer das glaubt, hat merkwürdige Vorstellungen von der freiheitlichen Ordnung, in der wir zu leben wünschen.

Es gibt – und daran sollte auch kein Zweifel sein, und es muß immer wieder von Neuem gesagt werden – überhaupt keine Möglichkeit, einen Kompromiß zu schließen zwischen Freiheit und Unfreiheit, zwischen Recht und Unrecht. (Beifall.) Es ist doch das Verhängnisvolle, daß wir uns angewöhnt haben, absolute Begriffe zu relativieren. Kehren wir doch in dieser Frage wieder zu den absoluten Begriffen zurück, bekennen wir uns zu den absoluten Begriffen von Recht und Freiheit und sagen wir, daß sie in ihrem Bestand nicht angetastet und in ihrem Wesen nicht vermindert werden dürfen. (Beifall.)

Das gilt auch von denen, die uns sagen – und ich las eine Stimme dieser Art in diesen Tagen –, die Bundesregierung müsse neue Pläne machen, und eine der wichtigsten Fragen, die man in der weltpolitischen Diskussion jetzt behandeln müsse, sei der Versuch, für ganz Deutschland den politischen und den militärischen Standpunkt zu bestimmen.

Zunächst einmal scheint mir eine solche Klarstellung wirklich der Ausdruck einer sonderbaren Überheblichkeit zu sein. Wir haben hier eine Karte. Glaubt denn jemand, daß es in der Welt darauf ankomme, den militärischen und politischen Standpunkt dieses kleingewordenen Deutschlands zu bestimmen? Es geht darum, den militärischen und politischen Standpunkt und Standort der freien Welt zu bestimmen, deren Bestandteil wir sind. Und zum zweiten, meine Damen und Herren, den politischen Standpunkt haben wir gewählt: er heißt Freiheit. Und den militärischen Standpunkt haben wir auch gewählt: er heißt Sicherheit, und beide sind unverzichtbare Voraussetzungen für die gesamtdeutsche Zukunft. (Beifall.)

Gewiß – und das hat der Herr Bundeskanzler anklingen lassen und er hat es auch wiederholt gesagt und in allen meinen Gesprächen habe ich es auch immer wieder hervorgehoben – wir sind vielleicht mehr als andere Völker daran interessiert, daß der unselige Spannungszustand beseitigt wird, der auf der Welt lastet. Denn das ist das Schicksal, das unsere Vergangenheit uns bereitet hat, und das Schicksal, das unsere geographische Lage uns auferlegt hat: Wir stehen ja im Schnittpunkt dieser beiden Welten, der freien und der unfreien Welt, die Trennungslinie geht mitten durch den deutschen Volkskörper hindurch und die ganze Tragik wird sichtbar am Schicksal der Stadt Berlin.

Wir wissen, und das sollte man auch in der Welt hören, was ein Krieg bedeutet. Dieser letzte unselige Krieg, der das Ende eines unseligen, miserablen Regimes war, hat ja Deutschland an den Rand des Abgrunds gebracht. Heute noch sind wir geteilt und ich glaube, jeder Mensch in Deutschland, der die Vergangenheit noch in Erinnerung hat, weiß, was es für uns bedeuten würde, wenn es gelänge, eine friedliche Ordnung zu schaffen, in der sich auch unser Volk wieder frei entfalten und frei entwickeln könnte, was es für die Welt bedeuten könnte, wenn diese Spannung und diese Angst und diese Sorge von der Welt genommen würden, die heute ihren Ausdruck und ihre Reaktion finden in der Bemühung, das Verteidigungspotential zu stärken. Deswegen werden wir auch bei jeder Konferenz und an jedem Gespräch teilnehmen, das uns

und die Welt einer solchen friedlichen Ordnung näher führen könnte. Sie werden nicht von mir erwarten, daß ich hier in diesem Kreise über die Vorbereitungen der Gipfelkonferenz im einzelnen berichte. Gespräche dieser Art entziehen sich natürlich der allgemeinen Diskussion. Das sollten auch diejenigen, die uns kritisieren, begreifen. Aber ich darf Ihnen versichern, daß die Bundesregierung zu keiner Stunde, so wie in den vergangenen Jahren und bis heute auch in nächster Zeit nicht, versäumen wird ihren Beitrag zu leisten, um dieser Entspannung näherzukommen, die wir uns wünschen; um einen ersten Schritt zu tun zur Verwirklichung dieser Friedensordnung, in der wir leben wollen. Wir haben es in der Vergangenheit getan, wir haben es getan auf der Genfer Konferenz von 1955, wo wir mit eigenen Vorschlägen an unsere Freunde herangetreten sind. Wir haben es auf der laufenden Abrüstungskonferenz getan, und wir haben es vor der Genfer Konferenz des vergangenen Jahres getan, die sorgfältig vorbereitet worden war. Wir haben jetzt unsere Vorstellungen entwickelt und Beiträge zu den Abrüstungsverhandlungen der Zehnerkommission der Vereinigten Nationen geliefert, auf der wir nicht vertreten sind, an der wir aber als Freunde und Partner der dort vertretenen Westmächte indirekt mitarbeiten. Wir werden das auch in Zukunft tun.

Wenn ich über die Vorbereitungen der neuen Gipfelkonferenz ein Wort sagen darf, dann folgendes: Ich bin mit tiefer Befriedigung und aufrichtiger Dankbarkeit in der vergangenen Woche aus Washington zurückgekommen und ich freue mich, daß ich dem Kanzler berichten konnte, daß die Besprechungen, die wir hatten, sich in einer Atmosphäre abgespielt haben, wie ich sie mir besser gar nicht denken konnte; in einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens, des Verständnisses für die Probleme des anderen, der Bereitschaft zur Zusammenarbeit, der aufgeschlossenen und ehrlichen Freundschaft.

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal daran erinnern, daß wir diese Voraussetzungen, die der Bundeskanzler in seinem Schlußwort ernsthaft beschworen hat, nur erhalten können, wenn auch wir unseren Beitrag leisten, wenn wir in unserer Politik glaubwürdig bleiben, wenn man davon überzeugt ist, daß das Ja einer deutschen Bundesregierung nicht nur heute und morgen gültig ist und nicht nur, solange es uns paßt. (Beifall.)

Alle diese Vorstellungen, daß man diesem Deutschland einen militärischen und politischen Status geben könnte, wie es noch vor wenigen Tagen gesagt wurde, um dann die Besatzungstruppen abmarschieren zu lassen und dieses Deutschland dann unter die Garantie der Großmächte zu stellen: wer das denkt, glaubt wirklich, daß er mit Taschenspielerkunststückchen die Welt überlisten könne. (Beifall.)

Es ist nicht so, daß man Deutschland, das durch seine geographische Lage – Gott sei es geklagt – nun eine ganz besondere Stellung hat, aus dem geschichtlichen Prozeß der Zukunft ausklammern könnte, daß man es – ich sagte es schon einmal – in ein Idyll verwandeln könnte, in dem wir leben, ohne nach Osten und Westen zu schauen. Aber überall an der Ost-, Nord- und Südgrenze ständen dann Menschen, die bereit und verpflichtet wären, unsere Freiheit zu behüten und, wenn uns etwas geschieht, dagegen einzugreifen . . .

Auf eine solche Spekulation wird sich die Bundesregierung ganz gewiß nicht einlassen, schon deswegen nicht – und ich sage es auf die Gefahr hin, daß man uns vorwirft, daß das gegen den Geist der Entspannung sei, – weil das deutsche Volk genug aus der Erfahrung gelernt hat, um auf die Garantie der Sowjetunion für seine Freiheit endgültig zu verzichten. (Lebhafter Beifall.)

Wir wollen auch mit der Sowjetunion in ein gutes Verhältnis kommen. Wir wissen, daß dieses große Land im Osten einer unserer indirekten Nachbarn ist. Ich wäre sehr froh, wenn einmal der Zeitpunkt käme, wo das, was man als Entspannung bezeichnet und was man mit dem Wort Koexistenz dann etwas umschreibt, Wirklichkeit werden würde. Aber der Koexistenz-Begriff, wie er vom Osten geprägt worden ist, genügt uns nicht. Wer von der Koexistenz spricht, muß zunächst einmal bereit sein, die Existenz der anderen anzuerkennen. (Beifall.)

Bis heute fehlt dieses Anerkenntnis. Wer die erschütternde Rede gelesen hat, die der sowjetische Regierungschef, offenbar als Ouvertüre zur Gipfelkonferenz, in Baku gehalten hat, der sollte doch aus dieser Rede entnehmen können, wie man heute noch das Wort Koexistenz interpretiert. Und wer von Entspannung spricht, der sollte zunächst einmal alles unterlassen, was die lebensgefährliche Spannung, die auf der Welt liegt, noch verschärfen könnte. (Beifall.)

In dieser Rede hat aber der sowjetische Ministerpräsident mit unverhüllten Worten einseitige Aktionen angekündigt, die die Freiheit von 2¼ Millionen Menschen in Berlin zerstören würden. Deswegen bedarf diese neue Konferenz einer besonders sorgfältigen Vorbereitung. Wir wissen ja, daß nicht wir allein, sondern alle unsere Partner in einer gemeinsamen Verpflichtung stehen, die sich nach dem Ultimatum der Sowjetunion vom 27. November 1958 in so eindrucksvoller Weise bestätigt hat. Das sehen wir daran, daß die drei Außenminister von Frankreich, Amerika und Groß-Britannien, als wir im Dezember in Paris zusammenkamen, ihre Garantie-Erklärung für Berlin nach Kenntnisnahme dieser Note erneuert haben, und daß wenige Tage darauf die Außenminister der NATO, der Atlantischen Gemeinschaft, auch ihrerseits diese Garantieverpflichtung feierlich bekräftigt haben. Dasselbe ist im Dezember vergangenen Jahres in Paris geschehen, auf der Gipfelkonferenz, auf der sogenannten westlichen Gipfelkonferenz, an der Präsident Eisenhower, der englische Regierungschef Premierminister Macmillan, der französische Staatschef de Gaulle und der Bundeskanzler teilnahmen. Was dort gesagt, gesprochen und erklärt wurde, hat wenige Tage darauf auch wieder der Ministerrat der Atlantischen Gemeinschaft ausdrücklich bekräftigt.

Am Samstag werde ich von hier aus nach Konstantinopel fliegen, wo wir die letzte Sitzung der Außenminister der Atlantischen Gemeinschaft haben werden. In dieser Atlantischen Gemeinschaft haben wir uns gemeinsam verpflichtet, in Fragen von gemeinsamem Interesse zu konsultieren und zu einer gemeinsamen Auffassung zu kommen.

Ich zweifle nicht daran, daß das, was die vier westlichen Außenminister, die in Washington zusammen waren, diesem NATO-Rat vorlegen werden, auch die Billigung der gesamten Atlantischen Gemeinschaft findet. Das ist ein Ausdruck der Solidarität, für die wir dankbar sein sollten.

Aber, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir noch einmal eine Einschränkung: ein Ausdruck der Solidarität, die wir nicht als selbstverständlich kassieren sollten; denn diese Solidarität bleibt nicht eine Stunde länger erhalten, als auch wir uns dieser Solidarität verpflichtet fühlen. (Beifall.) Das möchte ich auch denen sagen, die mit ihren Patentlösungen, mit ihren eigenartigen Vorschlägen – ich habe einen schon genannt – heute an das deutsche Volk herantreten und den Versuch machen, einen anderen Weg zu finden: nämlich die Herauslösung aus dem Osten und aus dem Westen und die Annahme eines eigenen Status. Vergessen wir doch nicht, daß ein Bündnissystem, wie die Atlantische Gemeinschaft, natürlich auch auf Gegenseitigkeit beruht. Und wenn wir erwarten, daß andere unsere Sicherheit garantieren, wenn wir erwarten, daß andere freie Staaten in der ganzen Welt sich mit letzter Entschlossenheit auch für die Frage der Stadt Berlin einsetzen, glauben Sie dann, daß wir uns der gemeinsam übernommenen Verpflichtung entziehen können, auch an die Freiheit der anderen zu denken? Denn die Freiheit der anderen ist ein Bestandteil der gemeinsamen Politik, und es wäre verhängnisvoll, wenn in Deutschland die Meinung aufkäme, daß wir zwar von der ganzen Welt verlangen könnten, zu tun, was uns willkommen ist, daß wir das aber tun können, indem wir uns gleichzeitig lossagen von den Verpflichtungen, die wir ihnen gegenüber übernommen haben.

Dieses Europa, von dem ich sprach, wird nicht in Freiheit leben, wenn Deutschland untergeht. Und weil wir das wissen, haben wir auch eine Verpflichtung, gegenüber den anderen europäischen Staaten, für diese Freiheit einzutreten. Denn ihr Schicksal ist auch das unsere, ihnen gegenüber müssen wir uns ebenso verpflichtet fühlen wie unserem eigenen Volke gegenüber, wenn wir erwarten, daß diese Länder das deutsche Anliegen als eigenes Anliegen mit letzter Leidenschaft und Entschlossenheit verteidigen. (Beifall.)

Über den Verlauf und die Aussichten der Konferenz etwas zu sagen, wäre vermessen. Wir hatten alle die Hoffnung und haben sie wohl auch noch, daß alle diejenigen, die zusammenkommen, sich der ungeheuren Verantwortung bewußt sind, die auf ihnen ruht. Denn die ganze Welt schaut in diesen Tagen nach Paris. Man weiß, daß die Entscheidungen, die dort getroffen oder nicht getroffen werden, vielleicht auf unabsehbare Zeit hinaus nicht nur das eigene Schicksal bestimmen, sondern auch das Schicksal der Nichtbeteiligten. Denn das, was sich in der welthistorischen Auseinandersetzung zwischen der freien und der unfreien Welt vollzieht, das reflektiert auch auf die Staaten, Nationen und Völker, die heute noch glauben, sie könnten neben der Weltgeschichte her leben. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß diejenigen, die dort unsere Sprache sprechen, daß die drei westlichen Staatsmänner, die dort zusammenkommen, sich dieser außerordentlichen Verantwortung bewußt sind und das Letzte, was in ihrer Macht steht, tun werden, um ein Scheitern dieser Konferenz zu verhindern.

Erlauben Sie mir aber, gleich eine Einschränkung zu machen. Die Konferenz darf nicht fortgeführt werden, wenn mit der Fortführung Gefahren verbunden sind. Es darf kein Zweifel entstehen, daß auf dieser Konferenz verhandelt werden kann und muß, daß es aber Bereiche gibt, die sich einer Verständigung auf halbem Wege entziehen. Das gilt insbeson-

dere für die Stadt Berlin. Es darf nichts geschehen, was die Freiheit der Stadt Berlin gefährden könnte. (Lebhafter Beifall.)

Es leben dort 2¼ Millionen Menschen im festen Glauben an die Zuverlässigkeit der Garantien, die ihnen gegeben wurden. Dieses Vertrauen dürfen wir nicht enttäuschen, wenn wir nicht eine Entwicklung einleiten wollen, deren Anfang man kennt, deren Ende man aber nicht absehen kann. Es sind dort 2¼ Millionen Menschen, die in Freiheit leben. Und wenn man 2¼ Millionen Menschen aufgibt, glauben Sie dann nicht auch, daß dann morgen andere Völker fragen werden, wann man sie aufgeben wird? Hier steht die Glaubwürdigkeit der westlichen Politik auf dem Spiel. Daran müssen wir erinnern, und ich hoffe, im In- und im Ausland nicht mißverstanden zu werden, wenn ich das mit großem Ernst sage. Das ist kein Ausdruck mangelnden Vertrauens, das ist nur eine Mahnung, die wir mit auf den Weg geben, weil wir wissen, zu wissen glauben und davon überzeugt sind, daß die freie Welt einen solchen Bruch der Solidarität nicht überleben würde. Es darf nicht noch einmal vorkommen, daß in irgendeinem Teil dieser Welt freie Menschen gegen ihren Willen in den Sog des Bolschewismus geraten. Vielleicht ist es tragisch gewesen, daß die Welt zusehen mußte und zusah, als sie noch mit ihren eigenen Sorgen beschäftigt war, wie sich nach 1945 das Schicksal vieler großer Nationen entwickelt hat.

Erinnern wir uns noch daran, daß man damals den Satellitenstaaten feierlich Friedensverträge gab, daß man ihnen das Recht der Selbstbestimmung einräumte? Den Polen, den Tschechen, den Rumänen, den Bulgaren? Erinnern wir uns daran, daß dort zunächst demokratische Regierungen gebildet wurden, die dann im Wege der subversiven Unterwanderung und mit den Mitteln der brutalen Gewalt abgesetzt und durch kommunistische Parteigänger ersetzt wurden, bis der Prozeß der völligen Integration dieser Länder im sowjetischen Machtbereich vollzogen war? Es war das die Zeit unmittelbar nach dem Krieg. Viele von uns haben es überhaupt nicht miterlebt. Wir befanden uns damals noch in einer dumpfen Benommenheit. Wir wußten kaum, was in unserem eigenen Vaterland vor sich ging. Und große Teile der anderen Welt glaubten – ich meine, wir müssen dafür Verständnis haben –, daß nun dieser mörderische Krieg zu Ende sei und man sich nur den eigenen Aufgaben zu widmen habe. Ausdruck dieses redlichen Vertrauens war doch damals die Entscheidung der freien Welt, nach dem Schluß des Krieges abzurüsten. Mit dieser Abrüstung hat man der Sowjetunion einen Vorsprung verschafft. Man hat ihr in den Gebieten, von denen ich sprach, die Handlungsfreiheit gegeben, in jenen Gebieten, an die ich mich mit Trauer erinnere, weil sie auch Opfer des Bolschewismus sind. Wir haben doppelten Grund, darüber nachzudenken, weil sie das Opfer einer schamlosen Koalition zwischen Herrn Hitler und Herrn Stalin geworden sind. Aber, gerade wenn wir uns dieser Entwicklung erinnern, dann sollten wir uns bewußt sein, daß sich jetzt nicht Ähnliches wieder ereignen darf. Die Garantie der Stadt Berlin darf nicht in Zweifel gezogen werden. Die Freiheit dieser Menschen, die dort im Vertrauen auf die freie Welt diese alte deutsche Reichshauptstadt wiederaufgebaut und lebendig gemacht haben, muß erhalten bleiben; dieses Vertrauen darf nicht enttäuscht werden. Vielleicht setzt das voraus, verlangt das von uns allen, daß wir

in den kommenden Wochen sehr aufmerksam sind, es setzt voraus, daß die freie Welt bereit ist, auch dann hart und entschlossen zu bleiben, wenn die Sowjetunion ihre Drohungen ins Ungemessene steigert. Aber ich habe nicht den geringsten Zweifel: Erfolg oder Mißerfolg dieser Gespräche, die vor uns liegen, und die sich vielleicht dann über Monate und über Jahre erstrecken können, hängt davon ab, ob die Welt im Osten oder Westen, auch die Welt in den Bereichen, die sich weder zum Osten noch zum Westen bekennen, ganz klar davon überzeugt wird, daß es keinen Riß in der Gemeinschaft der freien Völker gibt, daß diese Solidarität der Freien unverbrüchlich ist, und daß die Menschen, die dieser Freiheit dienen, einer guten Sache dienen, einer besseren als der, die wir bekämpfen.

Wenn es uns gelingt, diese Überzeugung in der Welt aufrecht zu erhalten, wenn es uns gelingt, durch unsere eigene Politik das Vertrauen zu festigen und zu vertiefen, das wir in der Welt wiedergewonnen haben, – und hier sage ich aus vollem Herzen ein Wort des aufrichtigen Dankes an unseren Bundeskanzler Adenauer, von dem wir wissen, daß sein Name tatsächlich dieses Vertrauen auf das deutsche Volk wieder zurückgelenkt hat, weil man weiß, daß hier unter seinem Namen und unter seiner Führung eine Politik betrieben wird, an der ein Zweifel nicht zulässig ist, weil sie geradlinig, ehrlich und sauber ist, – (Lebhafter Beifall.) wenn uns das gelingt, dann werden wir auch über diese schweren Wochen und Monate, die vielleicht vor uns liegen, hinwegkommen. Dann werden wir auch, so glaube ich, die Sowjetunion davon überzeugen können, daß der Westen zu jedem ernsthaften, sachlichen Gespräch bereit ist, daß der Westen bereit ist, jede ernsthafte Diskussion über die Abrüstung zu führen, daß der Westen bereit ist, erste und entscheidende Schritte auf dem Gebiete der Abrüstung zu tun, um zur Entspannung beizutragen, daß aber alle diese Bereitschaft voraussetzt, daß auch die Sowjetunion weiß, daß sie Konzessionen nur erhalten kann, wenn sie selbst zu Konzessionen bereit ist. (Lebhafter Beifall.)

Ich würde mich freuen – ich zweifle auch nicht daran, wenn dieser Parteitag der Christlich Demokratischen Union – und daß in diesem Bereich kein Unterschied in der Auffassung zwischen der Christlich Demokratischen und der Christlich Sozialen Union besteht, brauche ich kaum zu unterstreichen – wenn auch dieser Parteitag dazu beitragen würde, dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit die Überzeugung zu vermitteln, daß dieses neue Deutschland, das unter der Führung der Christlich Demokratischen und der Christlich Sozialen Union errichtet und aufgebaut wurde, entschlossen ist, die bisherige Politik ohne jede Einschränkung mit letzter Entschlossenheit und mit klarer Konsequenz fortzusetzen, damit nicht der geringste Zweifel entstehen kann, daß diese Entschlossenheit und Bereitschaft sich auf alle Bereiche erstreckt, in denen wir in den letzten Jahren Fortschritte erzielt haben.

Ich erinnere noch einmal an unsere europäische Zusammenarbeit und möchte hier gleich eines sagen, und morgen wird es sicherlich mein Freund Erhard bestätigen: Es gibt hier keine Meinungsverschiedenheit zwischen uns in unserer Partei, in unserer Fraktion über die politische Notwendigkeit der Einigung Europas, und es gibt auch keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die Verträge, die wir ratifiziert haben, mit letzter Kon-

sequenz und Loyalität erfüllt werden, weil wir überzeugt sind, daß diese Verträge richtig sind und daß der Weg, den wir gehen, der einzig richtige ist und bleiben wird.

Aber die klare Entschlossenheit, diesen Weg weiterzugehen, hindert uns nicht, das zu tun, was auch der Bundeskanzler schon andeutete: mit großer Offenheit und mit einem redlichen Bemühen jeden Weg zu prüfen, der dazu führen kann, wirtschaftliche Schwierigkeiten, die naturgemäß mit der Bildung eines europäischen Gemeinsamen Marktes, einer Europäischen Zollunion verbunden sind, auszuräumen. Denn wir wissen sehr wohl, daß wir keine Aufteilung Europas in zwei einander entgegengesetzte Wirtschaftsblöcke ertragen können, und wir wissen sehr wohl, daß Europa seine Grenze nicht dort findet, wo die Gemeinschaft der Sechs lebt, sondern daß die anderen Nationen, die anderen europäischen Nationen, die diesen Weg der politischen Integration nicht oder noch nicht mitzugehen bereit sind, ebenso zu Europa gehören, und daß wir uns ebenso zu ihnen bekennen wie zu denen, mit denen uns eine noch engere Partnerschaft verbindet. So sollte dieser Parteitag auch keinen Zweifel daran lassen, daß wir entschlossen sind, unsere Verpflichtungen in der Atlantischen Gemeinschaft zu erfüllen, daß wir keinen neuen Standort zu suchen haben, sondern daß wir den für das freie deutsche Volk angemessenen Standort gefunden haben an der Seite der freien Welt, der wir vertrauen und um deren Vertrauen wir bitten. (Langanhaltender Beifall.)

Präsident Dr. Gurk:

Verehrter Herr Bundesaußenminister, auch Ihnen darf ich herzlichen Dank sagen für Ihre grundlegenden Ausführungen, und ich glaube, ich darf hier der Aussprache schon vorgreifen, indem ich ein herzliches Ja der gesamten Versammlung ausspreche zur Außenpolitik der Bundesregierung. (Lebhafter Beifall.) Das dürfen Sie mit Sicherheit von der heutigen Versammlung mitnehmen, daß der ganze Parteitag in dieser Frage klar und einmütig hinter Ihnen steht.

Nun, meine Freunde, stehen wir vor der Frage: Der Materialist geht zum Essen; der Idealist bleibt hier und dient dem Geiste. Da diese Versammlung nur aus Idealisten besteht, bleiben wir alle hier bis zum Schluß der Versammlung.

Es ist nun zunächst folgendes: Es haben sich zwei Sowjetzonenflüchtlinge in der Versammlung eingefunden, die in den letzten Tagen von drüben geflohen sind, ein Handwerksmeister aus Rostock, geflohen am Gründonnerstag, und ein Bauer aus dem Bezirk Chemnitz, geflohen am Karfreitag. Wir haben die beiden Herren gefragt, ob sie vielleicht gewillt wären, kurz zu uns über ihre Erlebnisse und über das, was ihr Herz bewegt, zu reden. (Lebhafter Beifall.)

Ich danke den beiden dafür, daß sie zu uns gekommen und daß sie bereit sind, zu uns aus der Fülle dessen, was sie bewegt, kurz zu sprechen. Ich danke Ihnen im voraus. Den Namen zu nennen, möchte ich mit Ihrer Zustimmung vermeiden. Ich darf zunächst den Freund aus Rostock bitten, zu uns zu sprechen. (Lebhafter Beifall.)

Ein Flüchtling aus Mecklenburg:

Ich bin Mecklenburger aus dem Bezirk Rostock. Ich war 28 Jahre als Elektroinstallateur selbständig. Ich beschäftigte einen Monteur und zwei Lehrlinge. Seit zwei Jahren wurden mir keine Lehrlinge mehr zugeteilt; der Umsatz ging rapide zurück und die Materialversorgung war sehr schlecht.

Zu Weihnachten 1959 beantragten meine Frau und ich einen Paß, um unsere Kinder, die republikflüchtig sind seit 1956 und 1957, zu besuchen. Der Grund ihres Fortgehens war, daß sie nicht zum Studium zugelassen wurden, da ihr Vater Handwerksmeister sei; der Vater arbeite, so sagte man, nicht für die Allgemeinheit, sondern nur für sich. Der beantragte Paß wurde wider Erwarten genehmigt; aber meine Frau mußte ein einhalbstündiges Verhör bei der Volkspolizei über sich ergehen lassen. Ich will hier kurz anführen, was die Volkspolizei meiner Frau gegenüber äußerte: „Ihre Kinder arbeiten im Westen für die Kriegstreiber und den Atomtod, wohingegen sie drüben in der Zone nur für den Frieden arbeiten könnten.“ Auch wurde darauf hingewiesen, daß wir ermordet werden könnten. Es wurde der Fall Kahrman im Hannoverschen angeführt. Wenn wir es fertigbrächten, unsere Kinder zurückzuführen, würden wir sogar eine Prämie erhalten und ein Vorbild für andere sein.

Als nun im März die Sozialisierung der Landwirtschaft durchgeführt wurde, wurden wir Handwerksmeister in den Berufsgruppenversammlungen von den anwesenden Funktionären darauf hingewiesen, uns mit der Gründung der HPG zu befassen. Es war sogar soweit gekommen, daß sich die Handwerker verpflichten mußten, zum Herbst 1960 die Gründung einer HPG vorzunehmen. Berufe wie Stellmacher, Schmiede, Elektroinstallateure sollten in ländlichen Bezirken der großen LPG angegliedert werden. Ich hatte nun nicht die Absicht, meine Selbständigkeit unter derartigen Bedingungen aufzugeben, und ich hatte erst recht nicht die Absicht, Mitglied einer LPG zu werden.

Unter diesen Umständen war es mir und meiner Frau nicht mehr möglich, in der SBZ zu bleiben. Ich ließ mein Grundstück mit Werkstatt und Lagerbeständen zurück, und ich hoffe, hier in Freiheit und Frieden irgendeinem Betriebe meine Berufserfahrung zur Verfügung stellen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Gurk:

Ich danke dem Sprecher aus dem Bezirk Rostock für seine Ausführungen unter dem Gesichtspunkt des Handwerks. Diese Ausführungen zeichnen deutlich das beschlossene Absterben jeglichen freien Unternehmertums und auch des Mittelstandes ab.

Nun darf ich unseren Freund aus dem Bezirk Chemnitz, Bauer von Beruf, bitten, zu uns zu sprechen. Er ist am Karfreitag geflohen.

Ein Bauer aus dem Bezirk Chemnitz:

Werte Anwesende! Ich bin ein Bauer aus dem Kreise Chemnitz. Ich habe mit meiner Familie seit 30 Jahren einen 19 ha großen Hof bewirtschaftet, der schon seit 200 Jahren im Familienbesitz war. Ich habe diesen Betrieb auf das Modernste ausgebaut. Wir waren seit 20 Jahren ein anerkannter Lehrbetrieb. Wir haben das Letzte herausgewirtschaftet. Ablieferungssoll

und dergleichen kannten wir nicht; wir sind jederzeit unseren Verpflichtungen nachgekommen.

Ende März kam aber für uns durch die völlige Zwangskollektivierung der Wendepunkt. Man hatte es nun besonders auf uns abgesehen. Auf unserem Dorf waren ungefähr 50 Funktionäre, die auf uns losgelassen wurden. Tausend Mark Kopfgeld waren dafür ausgesetzt, wenn es die Brigade innerhalb von acht Tagen schaffen würde; sie hatten es Tag und Nacht auf drei Betriebe abgesehen, die zuerst weichen sollten. Ihre Parole war, wenn die Betriebe fallen, dann fällt das ganze Dorf. Mehrmals des Nachts wurde ich aus dem Bette geholt, mit auf die Gemeinde genommen und wegen staatsfeindlicher Äußerungen, die ich getan haben sollte, verhört. Aber das alles nützte nichts. Tag und Nacht kam der Lautsprecher vor meinen Hof und forderte mit lautem Geschrei zum Eintritt in die LPG auf.

Ich habe in den letzten Tagen, um meine Flucht zu verschleiern, den Eintritt in die LPG unterschrieben; denn sie forderten immer wieder auf, wer nicht unterschreibe, sei für Adenauer und den Krieg. In der Nacht zum Karfreitag habe ich mit meiner Familie die Zone verlassen. Ich bin über Westberlin geflüchtet, um in der Bundesrepublik ein paar ruhige Jahre zu verleben. Wir sind mittellos in der Bundesrepublik angekommen, da sämtliche Bauernkonten schon wochenlang an der Bauernbank gesperrt waren. Wir werden trotzdem in der Bundesrepublik ein neues Heim gründen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Gurk:

Auch Ihnen, lieber Freund aus dem Kreise Chemnitz, herzlichen Dank. Es ist gut, daß wir auch einmal hier vor dem ganzen Volke gehört haben, was an wirtschaftlichen, aber noch mehr an seelischen Leiden auf jenen Menschen in der Zone lastet.

Nun darf ich Sie abschließend noch um Aufmerksamkeit für zwei Herren bitten, die Ihnen kurz etwas vortragen möchten. Der erste ist
(Von starkem Beifall begrüßt.)

Bürgermeister Amrehn, Berlin:

Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Der Bundesvorstand legt Ihnen den Entwurf einer außenpolitischen. Entschliebung vor; sie wird eben verteilt. Der Vorstand hat mich gebeten, sie zu verlesen und dann zu erläutern. Der Entwurf lautet folgendermaßen :

„Die Christlich Demokratische Union Deutschlands begrüßt und unterstützt alle Bemühungen der Staatsmänner der Welt um Entspannung, allgemeine Abrüstung und Befriedung.

Gerade in diesem Augenblick muß aber daran erinnert werden, daß in der Mitte Europas Sicherheit und Frieden fehlen und so lange fehlen werden, als dem deutschen Volk die widernatürliche Teilung auferlegt bleibt. Das Recht auf Selbstbestimmung, das heute selbst für die abgelegensten Teile der Welt proklamiert wird, muß 15 Jahre nach Kriegsende endlich auch für die Deutschen Anwendung finden. (Starker Beifall.)

Belehrt durch sein eigenes Schicksal, verlangt das deutsche Volk nichts auf Kosten eines anderen Volkes. Es will nur sein natür-

liches Recht, in allen Teilen seines Landes frei über sein Leben und seine innere Ordnung zu bestimmen.

Auf der Grundlage dieses Rechtes wird ein wiedervereinigtes Deutschland zu jedem Beitrag bereit sein, der für die Gewährleistung einer echten Sicherheits- und Friedensordnung in Europa und der Welt vernünftigerweise erwartet werden kann.

Die Christlich Demokratische Union bekennt sich vor der deutschen Geschichte zu der Pflicht, für die Wiederherstellung der staatlichen Einheit unseres Volkes in Frieden und Freiheit und für die Stärkung und Sicherung Berlins keine Mühe und keine Last zu scheuen. Die freiheitliche Position Berlins muß unter allen Umständen gewahrt werden. Die Freiheit Berlins ist ein Symbol der Freiheit in der Welt. (Lebhafter Beifall.)

Die Christlich Demokratische Union dankt den verbündeten Mächten für ihre entschlossene Abwehr der Bedrohung Berlins und für ihre politische und moralische Unterstützung des gesamtdeutschen Anspruchs auf Selbstbestimmung. Sie bekennt sich zu der Politik gemeinsamer Sicherung der freien Völker durch das atlantische Bündnis und durch die Fortsetzung des Einigungswerkes in Europa. In der Überwindung der verhängnisvollen Gegensätzlichkeiten zwischen Frankreich und Deutschland sieht sie ein Beispiel für die Gestaltung des deutschen Verhältnisses zu allen Völkern auf der Basis gegenseitiger Achtung und bereitwilliger Zusammenarbeit. In dieser Zeit internationaler Verhandlungen, die für unser Land schicksalhaft sind, ruft die Christlich Demokratische Union das deutsche Volk auf, sich durch sowjetische Drohungen und kommunistische Beschimpfungen nicht beirren zu lassen. Es kommt jetzt darauf an, zu zeigen, daß wir Deutschen fähig und gewillt sind, gemeinsam zu widerstehen und unseren gesamtdeutschen Willen so zu bekunden, daß er nirgendwo überhört werden kann."

(Starker Beifall.)

Soweit, meine Damen und Herren, die Entschliebung! Vor wenigen Tagen ist in einer führenden amerikanischen Zeitung aus der Feder eines vielgelesenen Kommentators ein Artikel erschienen, der sich mit der deutschen Frage befaßt. Der Artikel gipfelt in folgenden Behauptungen:

1. In Ost und West herrsche Furcht vor einem wiedervereinigten Deutschland.
2. Moskau glaube, den Lebensstandard der Zone auf einen mit der Bundesrepublik vergleichbaren Stand heben zu können und dadurch den Druck des deutschen Volkes zur Wiedervereinigung entscheidend zu verringern.
3. In der neueren Zeit sei Deutschland nur einmal, nämlich von 1871–1945 vereinigt gewesen. Die Teilung der Deutschen sei also normaler als ihre Einheit
(Hört! Hört! und Pfui-Rufe.)
4. heißt es dort, obwohl alle von der Einheit redeten, wollte sie weder Frankreich noch England, auch die Amerikaner würden sich mit der

Teilung abfinden, und Adenauers Deutschland bekämpfe zwar die Teilung prinzipiell, sei aber durchaus bereit, sie tatsächlich hinzunehmen.

(Pfui-Rufe.)

Meine Damen und Herren! Der Einfluß dieses Kommentators auf die verantwortliche Politik ist gering; nicht geleugnet werden kann aber sein Einfluß auf die öffentliche Meinung. Da sie nicht ohne Wirkung auf die Politik ist, halten wir es für unsere Pflicht, zu solchen Ansichten einige ganz unmißverständliche Feststellungen zu treffen:

1. Es wäre ein gewaltiger und gefährlicher Irrtum, zu meinen, das deutsche Volk ließe sich an den Zustand der ihm aufgezwungenen Teilung gewöhnen, im Gegenteil, mit jedem Tag, den sie andauert und verschärft wird, wächst in allen Deutschen das Verlangen nach Beendigung der unnatürlichen und spannungsgeladenen Spaltung. (Lebhafter Beifall.) Weder das deutsche Volk im ganzen noch irgendeine Regierung der deutschen Bundesrepublik wird jemals die deutsche Teilung hinnehmen. (Beifall.)
2. Der hat die deutsche Geschichte gründlich verkannt, der unsere Teilung für normaler halten will als unsere Einheit. Wer auf solchem geschichtslosen Boden Politik treibt, wird schuldig sein an der Fortdauer der Friedlosigkeit Europas und ihren unübersehbaren Folgen. Wer Politik treibt gegen das natürliche Verlangen einer zwar besiegt, aber nicht rechtlosen Nation, betreibt eine schlechte, eine unverantwortliche Politik. (Beifall.)

Das deutsche Volk verkauft seinen Anspruch auf Selbstbestimmung und auf Wiedervereinigung für keinen noch so hohen Lebensstandard. (Beifall.) Selbst wenn der Standard der Zone höher steigen könnte als bei uns, wollten die Menschen dort von Ulbricht und seinem Terror nichts wissen. Auch in Gold wollen die Sklaven ihre Ketten nicht behalten. (Beifall.)

Und müßten wir alle wieder ganz arm werden und von vorne anfangen, würden wir es gern tun, wenn wir damit die Einheit in der Freiheit wieder erringen könnten. Es ist nicht wahr, wenn gesagt wird, daß das Volk dazu nicht bereit sei. Für die 17 Millionen Landsleute der Zone nehmen die Bewohner der Bundesrepublik in ihrer überwältigenden Mehrheit auch ohne Befehl jede Entsagung auf sich, deren sie fähig sind. (Beifall.)

In der Blockade hat Berlin vor der Frage gestanden, ob es zur Fristung seiner Existenz das ihm dargebotene kommunistische Brot und kommunistische Kohle annehmen sollte. Die Berliner haben lieber weiter gehungert und weiter gefroren, als ihre politische und persönliche Freiheit preiszugeben. (Beifall.) So handeln nicht nur die Berliner. Ihre Haltung steht für die Haltung aller Deutschen.

3. So wie die Berliner für den Wiederaufbau ihrer Stadt und für die Zukunft ihrer Kinder nichts anderes wollen als den Frieden, wollen die Deutschen in ihrer Gesamtheit nur den Frieden; erst recht nach den bitteren Erfahrungen, die sie haben machen müssen.

Wer aber unserem bloßen Wort nicht trauen will, muß wissen, daß wir alle Bindungen eingegangen sind, die eine Bedrohung oder Aggression durch deutsche Kräfte effektiv ausschließen, und daß wir bereit sind, uns allen allgemeinen Maßnahmen militärischer Kontrolle anzuschließen. Es gibt keinen furor teutonicus mehr; – das wäre lächerlich, hat vorhin der Herr Bundeskanzler gesagt –, und zwar auch dann, wenn Deutschland seine Einheit wiedererlangt hat. Ein in der Freiheit vereintes Deutschland kann auch der Sowjetunion mehr Sicherheit bieten als der Kolonialstaat Ulbrichts.

Meine Damen und Herren! Wir haben den verbündeten Mächten unseren Dank abzustatten dafür, daß sie unser Verlangen nach Selbstbestimmung und staatlicher Einheit nachdrücklich unterstützt haben und weiter unterstützen werden. Um Legenden vorzubeugen, stellen wir in aller Bestimmtheit fest: Daß wir auf dem Weg der Einheit noch nicht weiter gekommen sind, liegt ausschließlich in der beharrlichen Weigerung der Sowjetunion, den Deutschen das zu geben, was sie für jeden Stamm außerhalb ihres Machtbereichs selber fordert: das Recht der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. (Stürmischer Beifall.)

Daß wir in der Auseinandersetzung um Berlin leben, hat keinen anderen Grund als den, daß die Sowjetunion unnötig und willkürlich eine ultimative Krise heraufbeschworen hat. Diese und die mehrfach wiederholte Drohung mit einem separaten Unfriedensvertrag sind eine verhängnisvolle Spekulation darauf, daß wir Deutschen und die verbündeten Mächte vor solchen Drohungen zurückweichen und das weitere Vordringen der Sowjetunion nach Mitteleuropa hinnehmen würden. Jede Hoffnung auf den Erfolg solcher Spekulationen muß rechtzeitig und ganz unzweideutig zunichte gemacht werden. Nur Klarheit und harte Entschlossenheit werden von den Sowjets respektiert. Deshalb darf in Berlin kein Zentimeter an persönlicher, an Presse- und an Meinungsfreiheit und an politischer Freiheit verloren gehen. (Beifall.) Sonst geht mehr verloren als Berlin und die Sicherheit der Bundesrepublik.

Wie kein anderer Platz dieser Erde ist Berlin mit allen denkbaren moralischen, politischen und militärischen Garantien der freien Welt ausgestattet. Deshalb ist Berlin zum Prüfstein ihrer eigenen Verbundenheit, Bewährung und Fortexistenz geworden.

Es ist zugleich der Prüfstein dafür, ob die Sowjetunion die Abrüstung in der Welt wirklich will oder nicht. Beides zusammen, Abrüstung und Berlin-Bedrohung, geht nicht. Auch in der Zukunft setzen wir in die Solidarität unserer Schutzmächte für Berlin unser ganzes Vertrauen. Für uns hier aber bleibt Berlin ein Stück unserer selbst. Wie bisher muß dieses Berlin unzertrennbar mit der Bundesrepublik verbunden bleiben, so wie die Bundesrepublik Berlin verbunden bleibt und Berlin weiter als ein Stück der Bundesrepublik behandeln wird.

Geschrieben oder ungeschrieben wird auf der Tagesordnung der kommenden Konferenzen nach der Abrüstung Deutschland stehen. Das ist das Thema, nicht Berlin. Wenn aber über Berlin gesprochen wird, dann kann das nicht bloß Westberlin sein, sondern dann muß über ganz Berlin gesprochen werden. (Stürmischer Beifall.) Auch von westlicher Seite



Gespräch mit dem Außenminister.

Im Gespräch: Die Bundesminister Prof. Erhard und Blank.





Bundesverteidigungsminister
Franz Josef Strauß
überbringt die Grüße und
Wünsche der
Christlich Sozialen Union.

Dr. Johann B. Gradl spricht für die Exil-CDU.



erwarten wir einen offensiven Verhandlungsgeist. Was jetzt auch immer verhandelt wird, das muß unter zwei Bedingungen stehen:

1. Nichts darf geschehen, was die bisherige Teilung konsolidieren könnte oder gar zur Dreiteilung Deutschlands führen würde. Berlin muß immer Verpflichtung der Mächte zur Einigung Deutschlands wachhalten. Ihre originären Rechte sind dafür der adäquate Ausdruck und eine beständige Mahnung.
2. Neue Ergänzungs- oder Durchführungsvereinbarungen über Berlin haben nur dann Sinn, wenn die Sowjetunion endlich darauf verzichtet, Berlin immer wieder als Hebel zur Stiftung neuer Unruhe zu benutzen. Berlin darf nichts anderes mehr sein als der Hebel zur deutschen Einheit.

Aber, meine Freunde, lassen Sie mich hinzufügen: Es gibt keine Einheit ohne Einigkeit. In Berlin bleiben wir zuversichtlich, weil das ganze deutsche Volk sich in der Frage Berlin zusammengefunden hat. Das ganze deutsche Volk muß sich auf dem Boden der bisherigen Festigkeit und Stetigkeit der Politik auch zu einer großen Geschlossenheit in der Deutschen Frage zusammenfinden. Nur so wird der Weg zur staatlichen Einheit frei. In dieser geschichtlichen Auseinandersetzung bleibt Berlin als deutsche Hauptstadt für uns alle das lebendige Zeugnis der unzerstörbaren Einheit des Volkes. In Berlin verkörpert sich das Schicksal der Nation. Mit Berlin fällt oder steht die Zukunft der Nation. (Starker Beifall.)

Präsident Dr. Gurrk:

Lieber Herr Bürgermeister Amrehn! Der starke Beifall, den Sie fanden, war schon der Ausdruck einer Zustimmung der von Ihnen eingebrachten außenpolitischen EntschlieÙung, der bestimmt das ganze Haus zustimmen wird. Nun darf ich aber die Versammlung bitten zum Abschluß noch zuzuhören Herrn

Dr. Gradl (Berlin):

Meine Freunde! Ich habe Ihnen nun eine EntschlieÙung zu den Vorgängen in Mitteldeutschland vorzulegen. Diese EntschlieÙung bedarf keiner Begründung, denn die Härte und furchtbare Wirklichkeit in Mitteldeutschland ist unendlich viel mehr Begründung als Worte sie zu liefern vermöchten. Ich kann mich deshalb auf wenige Sätze beschränken, um den Rahmen abzustecken, in dem diese EntschlieÙung gesehen werden muß. Das freie Bauerntum Mitteldeutschlands wird jetzt in Kolchosenarbeiter verwandelt. Vor 150 Jahren waren in jenen Landesteilen die Bauern befreit worden von Leibeigenschaft und Erbuntertänigkeit. Das war das große Reformwerk des Freiherrn vom Stein. Und heute, eineinhalb Jahrhundert später, werden dort die deutschen Bauern in die Leibeigenschaft des kommunistischen Apparats und seiner Plandiktatur hineingezwängt. (Zuruf, Pfui!)

Die Schicht des Handwerks, die jetzt in die Kollektive genötigt wird, war einstmals die Schöpferin deutschen Bürgersinns. Es ist also wahrhaft eine deutsche Tragödie, die sich unter der Gewalt Ulbrichts vollzieht. Und auch das muß gesehen werden: Die Gewalt, die Mitteldeutschland quält,

wird ausgeübt von fanatischen Kommunisten deutscher Sprache. Aber was sich dort vollzieht, das geschieht im sowjetischen Besatzungsbereich und es wäre nie möglich geworden, wenn nicht die Sowjets wider alle völkerrechtlichen Regeln ihre Besatzungsmacht mißbrauchten. Sie haben von 1945 an die Grundlagen und das Gerüst des Bolschewismus geschaffen. Ihre Panzer waren es, die am 17. Juni 1953 den eigenen Willen der Deutschen in Ost-Berlin und in der Zone im Blut erstickten und nur durch ihre Macht existiert dieses Zonen-Regime auch heute noch.

Überall in der Welt verkünden sie den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse. Wenn aber etwas Einmischung ist, dann ist es die Rolle der Sowjetmacht in Mitteldeutschland von 1945 bis auf den heutigen Tag. Das wollen wir der Welt immer wieder sagen, damit offenbar wird, wie hier in der Mitte Europas die Theorie und die Wirklichkeit sowjetischer Politik zueinander stehen.

Und ein Letztes. Was Ulbricht in der Zone tun darf, das soll den sowjetischen Versuch unterstützen, die Teilung Deutschlands endgültig zu machen. Die wirtschaftliche und soziale Struktur soll so total verändert werden, daß die Wiedervereinigung unmöglich wird. Aber da irrt Ulbricht und da irren die Sowjets! Sie überschätzen den Apparat und sie unterschätzen die Gemeinschaft der Deutschen über die Zonengrenze hinweg, die Gemeinschaft der menschlichen Bindung, der Tradition, der Geschichte, die Gemeinschaft auch und die Stärke des Willens zu einem freien, geeinten Deutschland. (Beifall.)

Was wir tun wollen, können wir nur in Worten ausdrücken. Unser Handeln vollzieht sich nicht zuletzt in der Politik, deren Grundsätze und Ziele wir vorhin gehört haben. Doch auch unsere Worte zählen, denn hinter ihnen steht der Wille und die Kraft, aber auch die Pflicht der größten deutschen Partei. In diesem Sinne will die Resolution verstanden sein, die die Exil-CDU vorgeschlagen hat und die ihnen der Bundesparteivorstand zur Annahme empfiehlt. Sie lautet:

„Im sowjetischen Besatzungsbereich Deutschlands geht eine Welle neuen Unglücks über das Land. Das System Ulbrichts hat Angst vor jedem Rest von Freiheit. Nunmehr ist den breiten Schichten der Bauern, der Handwerker und der freien Berufe die letzte Spur von Selbständigkeit genommen worden, die sie noch hatten bewahren können. Erbarmungsloser Terror, der die Menschen in die Kollektive zwingt und höhnende Lüge von Freiwilligkeit und Begeisterung – es ist schwer zu sagen, was stärkeren Abscheu verdient. Diejenigen aber, die sich noch wehren – denn nicht alle hundertprozentigen Erfolgsmeldungen der kommunistischen Funktionäre treffen zu – und diejenigen, die solange gegen den Zwang angekämpft haben und auch jetzt noch innerlich ungebrochen sind, verdienen die höchste Achtung aller freien Menschen.
(Lebhafter Beifall.)

Tausende und Abertausende von Flüchtlingen sind der unwiderlegbare Beweis, daß in Mitteldeutschland die menschlichen Grundrechte von dem kommunistischen Regime mit Füßen getreten werden. Das geschieht in einem Teil Deutschlands, für den die Sowjet-Regierung als Besatzungsmacht die Verantwortung hat. Die

Praxis der kommunistischen Satelliten-Regierung in Pankow ist ein schreiender Widerspruch gegen die sowjetischen Parolen von Nichteinmischung und friedlicher Koexistenz. Das ganze Deutschland protestiert leidenschaftlich gegen das Geschehen in der Zone. Das, was das Regime Ulbrichts dort unter dem Schutz der Sowjetmacht tut ist Unrecht und wird keinen Bestand haben. Das vereinte deutsche Volk wird einmal darüber das Urteil fällen. Die Welt aber muß heute schon wissen, daß der Fanatiker Ulbricht und seine Clique in jeder Stunde ihres Tuns eine Gefahr für Ordnung und Frieden in der Mitte Europas sind. (Lebhafter Beifall.) Die Christlich Demokratische Union Deutschlands mahnt sich und alle anderen demokratischen Gruppen im freien Teil Deutschlands angesichts der Not der Menschen in der Zone, die Kräfte zusammenzufassen in der politischen und moralischen Unterstützung unserer gequälten Landsleute zwischen Elbe und Oder, in der materiellen Hilfe für den Strom neuer Zonenflüchtlinge, in der Abwehr der kommunistischen Spaltungspolitik und in der Verfechtung des Rechtes auf Freiheit und Selbstbestimmung für die 17 Millionen Mitteldeutschlands.“
(Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Franz Gurk:

Liebe Freunde! Auch Ihnen, Herr Dr. Gradl, herzlichen Dank und volle Zustimmung.

Ehe wir zum Abschluß kommen, darf ich Ihnen mitteilen, daß aus dem Bundesinnenministerium folgende Nachricht kam: Die Grenzkontrolle Herleshausen hat mitgeteilt, daß dort heute 8.50 Uhr die Volkskammerabgeordneten der Ost-CDU Ursula Friedrich, Arnold Bohr und Lothar Sommer eingereist sind unter der Angabe, daß sie vom Hauptvorstand beauftragt seien, dem Bundesparteivorstand der CDU ein mehrseitiges Parteischreiben des Vorstandes der Ost-CDU zu überreichen. Ich denke, wir verzichten auf den Empfang des Schreibens und der Abordnung. Nun, meine lieben Freunde, hätten wir über die beiden Ihnen vorgelegten EntschlieÙungen noch abzustimmen. Sie wissen, der Parteitag hat in ausgedehntem Umfange Gelegenheit zur Aussprache: Heute nachmittag, morgen vormittag, morgen nachmittag – den ganzen Nachmittag –, und noch am Freitag früh. Hier aber glaube ich, in diesen beiden Fällen, wo es sich um die Außenpolitik dreht, speziell um Berlin und die Zone, bedarf es, glaube ich, in unserem Kreise keiner Diskussion. Ich hoffe Sie damit einverstanden. (Lebhafter Beifall.) Ich danke Ihnen. Ich glaube, wir brauchen dazu keine Aussprache, wenigstens nicht in diesem Augenblick. (Lebhafter Beifall.)

Ich schlage Ihnen vor, daß wir diese beiden Resolutionen, diese beiden EntschlieÙungen mit ihrem bedeutungsvollen Inhalt durch Handaufheben der Delegiertenkarte in offener Abstimmung annehmen. Wer zustimmt, wir verbinden beide Dinge, möge die Karte oder die Hand erheben. (Geschieht.) Ich danke schön. – Gegenprobe. – Stimmenthaltung. – Einstimmige Annahme. Ich danke Ihnen allen dafür, daß Sie in einer so verständnisvollen Weise Ihre Treue zu Berlin und zur deutschen

Außenpolitik unserer Bundesregierung und unseres Kanzlers Ausdruck gegeben haben.

Der hochgemuten Stimmung des Vormittags, meine Freunde, und dem, was uns beseelt, wollen wir nun Ausdruck geben. Deshalb schlage ich vor, daß wir diesen wirklich weihevollen Vormittag, den Beginn unseres Parteitages, abschließen, indem wir gemeinsam die 3. Strophe des Deutschlandliedes singen.

Ich danke Ihnen allen nochmals. Wir beginnen wieder um 15 Uhr. (Der Parteitag singt stehend die 3. Strophe des Deutschlandliedes „Einigkeit und Recht und Freiheit . . .“.)

Schluß um 13.30 Uhr

2. Plenarsitzung

Präsident Winkelheide

eröffnet die Nachmittags-Sitzung um 15.15 Uhr:

Wir kommen zu Punkt 1 der Tagesordnung für die heutige Sitzung

Wahl des Redaktionskomitees und der Mandatsprüfungskommission.

Der Bundesvorstand und der Bundesausschuß schlagen dem Parteitag einstimmig die Wahl folgender Damen und Herren für das Redaktionskomitee vor: Vorsitzender: Herr Bundesminister Dr. Schröder; Mitglieder: Herr Bauknecht, Herr Dr. Gradl, Herr Katzer, Herr Dr. Kraske, Herr Dr. Krone, Herr Dr. Pettenberg, Herr Dr. Schiettinger, Herr Dr. Otto Schmidt, Herr Schmücker und Frau Schwarzhaupt.

Zu diesem Vorschlag ist ein Antrag eingegangen:

Der Landesverband Oder-Neiße bittet, zuzüglich in das Redaktionskomitee zu wählen den Herrn Präsidenten Krüger MdB und Herrn Dr. Walter Gerlich.

Vorstand und Ausschuß sind der Meinung, wenn einer hinzukommt, der Präsident Krüger, müßte das auch genügen. Darf ich bitten, diesen Vorschlag des Bundesvorstandes und Bundesausschusses mit der Ergänzung „Herr Dr. Krüger“ zu bestätigen? – Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Ich bitte alle stimmberechtigten Damen und Herren, ihre Stimmkarte zu erheben, damit das Komitee eingesetzt ist. Ich danke. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmige Annahme.

Wir kommen dann zu der

Einsetzung der Mandatsprüfungskommission.

Bundesvorstand und Bundesausschuß schlagen folgende Mitglieder vor: Vorsitzender Herr Adorno, Herr Dullenkopf, Herr Müllenbach und Herr Klauk.

Sind die Damen und Herren damit einverstanden? Ich höre keine gegen-
teilige Meinung. Es sind auch diese vier Herren als Mitglieder der Man-
datsprüfungskommission bestellt. Ich bitte die Mandatsprüfungskommis-
sion, die Arbeit aufzunehmen.

Wir kommen dann, meine Damen und Herren, zu dem Referat

Der Schutz für Gesundheit und Leben in der industrialisierten Welt.

Das Wort hat Herr

MINISTERPRÄSIDENT DR. FRANZ MEYERS:

Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Freunde in der Union!
Wenn Sie einen Einwohner der heutigen Bundesrepublik im Jahre 1945
oder 1946 gefragt haben würden, welche Sorgen ihn bedrängten, dann
würde er von Hunger und Not, von Obdachlosigkeit und Kälte gespro-
chen haben.

Wenn Sie heute – im Jahre 1960 – denselben Einwohner der Bundes-
republik mit der gleichen Frage bedenken, dann werden Sie eine ganz
andere Antwort erhalten. Er wird Ihnen nämlich sagen, daß im Mittel-
punkt seines persönlichen Interesses stehen: die Erhaltung der Gesund-
heit und damit der Arbeitskraft, der eigene Aufstieg im Beruf, die Für-
sorge für die Zukunft der Kinder, die Sicherung des Alters.

Aus diesem Vergleich sehen Sie, daß die Aufgaben, die unsere Politik
heute zu lösen hat, völlig andere sind als vor 14 oder 15 Jahren. Dieser
Sachverhalt bestätigt wieder einmal die alte politische Erfahrung: Die
allgemeinen und großen Ziele einer politischen Partei lassen sich ein für
allemal festlegen. Die Aufgaben aber, die sie zu bewältigen hat, um
diese Ziele zu erreichen, die Wege, die eine Partei beschreiten muß,
um ihren Zielen näherzukommen – das alles wandelt sich mit den Ver-
hältnissen der Gesellschaft und des öffentlichen Lebens. Initiative und
Verantwortungsbewußtsein einer politischen Partei für das Schicksal eines
Volkes lassen sich vor allem daran erkennen, mit welcher Sorgfalt, mit
welchem Reichtum an Ideen, mit welcher Bereitschaft zu einer klaren
und nüchternen Analyse sie an diese Aufgaben herangeht und sie zu
lösen versucht.

Die meisten Probleme, welche die Mehrzahl der Bürger der Bundes-
republik heute für sich als vordringlich ansieht, gehören zur Innenpolitik
und damit zur Sozialpolitik im weitesten Sinne des Wortes. Erschrecken
Sie nicht; denn Sie sehen, daß darin begriffen ist nicht nur die Gesund-
heitspolitik, sondern auch die Arbeitspolitik, daß darin begriffen ist auch
die Kulturpolitik. Und aus diesem Vorgang erklärt sich – nämlich aus
diesem Interesse des Bundesbürgers –, daß in den vergangenen Jahren
kein Bereich des politischen Lebens, die Außenpolitik ausgenommen –
eine solche Bedeutung besessen hat wie dieser Teil der Politik. Und
nirgendwo hat sich in der jüngeren Vergangenheit unsere Union so
schwer getan wie bei der Erarbeitung neuer Wege und eines neuen
Stils. Dabei war schon seit dem Kieler Parteitag nach dem Referat unseres
Freundes Dr. Gerstenmaier und der Diskussion, die sich daran anschloß,

klar, daß die kommende Zeit unsere Union vor die entscheidende Aufgabe stellen würde, eine neue in die Zukunft weisende, auf die veränderten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten bezogene Innenpolitik zu konzipieren und sie im Rahmen des großen Werkes der deutschen Sozialreform konsequent und grundsätzlich in die jetzt gesetzgeberische Tat umzuformen.

Wir haben in vielen, dieses weite Feld berührenden Punkten vieles in Angriff genommen und vieles auch durchgeführt. Dabei zeigte sich allerdings auch uns wieder einmal die alte Weisheit, daß die Sozialpolitik – auch und gerade in der Wirtschaftsepochte steigenden Wohlstandes – derjenige Teil der Politik ist, welcher die politischen Leidenschaften des modernen Menschen am stärksten aufzuwühlen vermag und der tiefe, unter Umständen sogar gefährliche Risse in der Gemeinschaft eines Volkes hervorrufen kann. Wer geglaubt haben sollte, daß mit einer Politik der allgemeinen Wohlstandsvermehrung automatisch auch eine Vermehrung des sozialen Friedens betrieben würde, muß sich angesichts der Ereignisse der letzten Jahre enttäuscht sehen. Er hätte sich allerdings diese Enttäuschung ersparen können, wenn er zuvor von den sehr ähnlichen Entwicklungen in dem ersten Wohlstandsland der freien Welt, den Vereinigten Staaten von Amerika, Kenntnis genommen hätte. Dort hat sich nämlich schon lange gezeigt, daß mit der Steigerung des Wohlstandes nicht nur das am nächsten liegende Bestreben einhergeht, diesen Wohlstand zu erhalten und zu vermehren, sondern daß steigender Wohlstand zugleich auch ein gesteigertes Bedürfnis nach sozialer Sicherheit im allgemeinen hervorruft. Wie Untersuchungen ergeben haben, verbinden sich in diesem Bestreben handfeste wirtschaftliche Überlegungen mit dem psychologischen Trauma vom nicht überwundenen „schwarzen Freitag“, dem unterirdischen Kampf gegen den sozialen Abstieg und damit gegen den Verlust des gesellschaftlichen Prestiges, aber auch die Sorge um Gesundheit und Leben – um eben den Genuß dieses Wohlstandes nicht zu verlieren. Alles das führt zu einer Wohlstandspsychologie voll hintergründiger und schwerwiegender Probleme, deren Kenntnis für jede Partei von entscheidender Bedeutung ist, die sich die Steigerung des Wohlstandes aller Staatsbürger zu einem besonders wichtigen Punkt ihrer Arbeit erwählt hat.

Die Entwicklung in der Bundesrepublik geht sehr ähnliche Wege wie in den Vereinigten Staaten; die teilweise fanatische Erbitterung, mit der Einzelmaßnahmen der Sozialreform des Bundes in den letzten Jahren von den jeweils betroffenen oder auch nur allgemein beteiligten Bevölkerungsgruppen beantwortet wurden, hat uns dies eindringlich vor Augen geführt.

Was haben wir dazu zu sagen? – Das unveränderliche Ziel der Christlich Demokratischen Union ist die Gestaltung und Sicherung einer freiheitlich organisierten Gesellschaft, in der sich jeder Mensch ohne Rücksicht auf Herkunft und Stand nach Maßgabe der ihm von Gott verliehenen Kräfte und Fähigkeiten frei und selbstverantwortlich entwickeln kann. (Lebhafter Beifall.) Dieser Grundsatz ist schon im Jahre 1945 proklamiert worden – in einer Zeit also, als er kaum mehr bedeutete als eine schwache und ferne Zukunftshoffnung. Er hat seine Gültigkeit behalten bis auf den

heutigen Tag; er ist und bleibt ein Kernpunkt christlich demokratischer Politik.

Als es wieder möglich wurde, im freien Teil Deutschlands eine unabhängige Politik zu betreiben, konnte es nicht zweifelhaft sein, wo die Christlich Demokratische Union mit ihrer politischen Arbeit anzusetzen bereit und entschlossen war. Die Aufgaben drängten sich gewissermaßen von selbst auf. Da so gut wie alles zerstört war – Wohnungen und Fabriken, Wirtschaft und Verkehr, Verwaltung und Währung –, war jeder Ansatzpunkt gleich gut und gleich wichtig, wenn dabei nur das Ziel im Auge behalten wurde, den Menschen aus der unwürdigen Situation dieser Zustände zu befreien und seine Kräfte zum Kampf gegen die Not zu mobilisieren. Es wird für immer ein Ruhmesblatt christlich demokratischer Politik bleiben, daß die CDU trotz mancher Gegnerschaft von innen und außen sich nicht von der Not hat übermannen lassen, sondern inmitten eines furchtbaren nationalen Elends weitblickend für eine neue Konzeption künftiger Wirtschaftspolitik den Grund gelegt und sie von Jahr zu Jahr zielstrebig und erfolgreicher durchgesetzt hat. Angesichts des allgemeinen Mangels an Rohstoffen und Verbrauchsgütern mochte es unrealistisch und sogar verwegen erscheinen, der Gewöhnung an das planwirtschaftliche Denken das Ideal einer freien Wirtschaft gegenüberzustellen. Aber gerade die Beharrlichkeit, mit der die führenden Vertreter unserer Union schon im Frankfurter Wirtschaftsrat den Gedanken einer sozialverpflichteten, aber freien Wirtschaft entwickelten und verfochten, zeigt, daß sie die ungeheure Aufgabe des Wiederaufbaues aus der richtigen Perspektive betrachteten.

Die mit der Währungsreform gekoppelte erfolgreiche Aufhebung der Zwangs- und Kommandowirtschaft war die Frucht dieses Weitblicks. Erinnern wir uns: Die Abschaffung der Bezugscheine und des Preisstopps waren unpopuläre Maßnahmen. Es gehörte damals wahrlich Mut dazu, das, was man als zweckmäßig erachtete, aus der Theorie in die Praxis umzusetzen. Aber die CDU besaß trotz aller Angriffe der Sozialdemokraten und trotz Generalstreik-Drohungen diesen Mut, ihrer Überzeugung zu folgen. Sie ließ sich auf keine Kompromisse ein und ist – zum Wohle des Ganzen – gut damit gefahren.

Wir sehen also: Die CDU ist im Bereiche der sozialen Marktwirtschaft ihrer politischen Führungsaufgabe gerecht geworden. Diese Tatsache hat umwälzende Folgen gehabt. Nicht nur im Hinblick auf die wirtschaftliche Erstarkung Deutschlands, nicht nur im Hinblick auf das verhältnismäßig rasche Anwachsen des allgemeinen Wohlstandes, sondern auch im Hinblick auf unsere politischen Gegner. Unter dem Eindruck und dem Druck unserer richtigen Politik ist die Sozialdemokratie gezwungen worden, ihre eigenen wirtschaftspolitischen Dogmen in ihrem neuen Programm über Bord zu werfen. Aus der großen Zahl von Beispielen, die sich für die vorausschauend richtige Politik der CDU geben liessen, habe ich hier absichtlich dieses rein innenpolitische Beispiel ausgewählt, weil auch nachfolgend von einem innenpolitischen Problem gesprochen werden soll, nämlich von der Aufgabe der politischen Führung in der modernen Sozialpolitik.

Mit der sozialen Marktwirtschaft haben wir ja nur einen Teil jener sozialen Ordnung erreicht, der sich die Christlich Demokratische Union aus Wort und Geist ihrer Politischen Grundsätze verpflichtet fühlt. Es bleibt die Aufgabe, uns nun mit besonderem Nachdruck der sozialen Sicherheit unseres Volkes zuzuwenden und der Sozialpolitik mit der gleichen Weitsicht und dem gleichen Mut neue Wege zu weisen, wie wir sie der Wirtschaftspolitik und so manchen anderen Gebieten des öffentlichen Lebens gewiesen haben. Gelegentlich trifft man in unserer Partei auf einen erkennbaren psychologischen Widerstand gegen den Begriff „Sicherheit“. Das ist auch den Beobachtern unserer Union längst aufgefallen; sie haben sich daran gemacht, diese Erscheinung zu untersuchen, und glaubten dabei festzustellen, daß diese Reserve gegenüber dem Begriff „Sicherheit“ angeblich von jenen „großbürgerlichen“ Schichten der CDU genährt werde, die aus ihren wirtschaftlichen Verhältnissen heraus zu dem Gedanken der sozialen Sicherheit keine innere Beziehungen hätten. Das ist sicherlich eine grobe Entstellung der Tatsachen.

Die CDU hat stets anerkannt, daß die große Mehrheit unseres Volkes nach zwei verlorenen Kriegen und zwei Geldentwertungen innerhalb einer Generation zu den Fragen der sozialen Sicherheit naturgemäß ein anderes Verhältnis haben muß als die Angehörigen eines Volkes, das von diesen Ereignissen verschont geblieben ist. Wenn in einer Gesellschaft weite Schichten nur noch vom Ertrag ihrer Arbeit, nicht aber von sonstigem Vermögen leben können, dann muß eine moderne Sozialpolitik diesen Tatbestand in den Mittelpunkt dieser Erwägungen rücken. Vor allem aber verliert das Streben nach Sicherheit unter solchen Gesichtspunkten viel von jenen Bedenken, die bei einzelnen unserer Parteifreunde hin und wieder zu hören sind. Wir sollten – von allen gesellschaftspolitischen und sonstigen politischen Gesichtspunkten abgesehen – als christliche Demokraten das Streben der Menschen nach Sicherheit genauso ernst nehmen wie das nach Freiheit. Beide gehören – gerade auch in christlicher Sicht – zusammen. Soziale Sicherheit ist vielfach die Vorstufe echten persönlichen Freiheitsgefühls; und umgekehrt kann das Freiheitsgefühl dort Schaden nehmen, wo die soziale Sicherheit fragwürdig geworden und der Mensch unüberschaubaren gesellschaftlichen und ökonomischen Mächten ausgeliefert ist. Das bedeutet – darauf möchte ich mit besonderem Nachdruck hinweisen – noch lange keine Anerkennung wohlfahrtsstaatlicher Ideen und Methoden.

Aus den vier Bereichen, denen, wie bereits eingangs erwähnt, das besondere Interesse unserer Mitbürger gilt – die Erhaltung von Gesundheit und Arbeitskraft, der eigene Aufstieg im Beruf, die Fürsorge für die Zukunft der Kinder und die Sicherung des Alters –, wende ich mich nun dem ersten, Schutz von Gesundheit und Leben, zu. Es handelt sich um ein außerordentlich bedeutungsvolles Aufgabengebiet, das jedoch in der jüngeren Vergangenheit in der politischen Erörterung und – wie ich gleich dazu betonen möchte – auch in der propagandistischen Auswertung der hier bereits von der Union geleisteten Arbeit in einer geradezu beklagenswerten Weise zu kurz gekommen ist. Deswegen haben wir dieses Thema auch an den Anfang der Referate gestellt. Mir will scheinen, daß der Versorgungsbereich der Sozialpolitik den Blick für die Bedeutung der Verwirklichung gesundheitspolitischer Forderungen häu-

figer getrübt hat, als dies von der Sache her gerechtfertigt wäre; denn für den Bürger spielen die Fragen der Erhaltung von Gesundheit und Leben eine überragende Rolle. Das dürfen wir keinesfalls übersehen. Wenn ein Volk hungert, muß seine politische Führung dafür sorgen, daß es satt wird; wenn es um die Gesundheit des Volkes schlecht bestellt ist, muß die politische Führung eine konstruktive Gesundheitspolitik betreiben und ihr im Rahmen der gesamten Sozial- und Innenpolitik den Raum schaffen, der ihr gebührt.

Antworten auf eine statistisch repräsentative Bevölkerungsumfrage des Allensbacher Institutes für Demoskopie haben ergeben, daß von unseren Mitbürgern nur 35 v. H. sich als mehr oder weniger gesund bezeichnen. 65 v. H. dagegen als kränklich oder leidend. Nach einer anderen Umfrage ist fast die Hälfte der Bevölkerung – nämlich 47 v. H. unserer Mitbürger – der Meinung, daß man ganz allgemein gesprochen, die Gesundheitsfürsorge in der Bundesrepublik verbessern könnte. Deutlicher kann, wie ich meinen möchte, das Interesse der Bevölkerung für den Schutz von Gesundheit und Leben kaum betont und die Notwendigkeit der Konzentration sozialpolitischer Bemühungen des Staates auf den Bereich der Gesundheitspolitik kaum erwiesen werden.

Das wichtigste Bestreben der gesundheitspolitischen Erwägungen unserer Union muß zunächst auf eine Erkenntnis hinsteuern, welche der Gesundheitspolitische Ausschuß der CDU vor einiger Zeit in dankenswerter Weise herausgestellt hat: Die Gesundheit ist ein Geschenk, auf das jeder einzelne selbst zu achten und für das er persönlich die volle Verantwortung zu tragen hat.

In dieser grundsätzlichen Feststellung steckt sowohl eine gesundheitspolitische Heraushebung wie die einer allgemein-sittlichen Pflicht; letzteres scheint mir fast noch wichtiger als das erste. Mit Recht hat der Gesundheitspolitische Ausschuß unserer Union infolge richtiger Weiterentwicklung dieser Grunderkenntnis die Sorge für die Gesundheit zunächst als Selbstsorgepflicht dem einzelnen bzw. der Familie aufgegeben. Die Vorsorge des Staates soll hier sowohl in die Verpflichtung des einzelnen wie in diejenige der Familie erst dann eingreifen, wenn die Familie und andere freiwillige gesellschaftliche Zusammenschlüsse dieser Aufgabe nicht mehr gewachsen sind. Das allein entspricht dem Grundsatz der Subsidiarität, der uns auch im Bereich dieser Politik oberster gesellschaftspolitischer Leitsatz sein muß.

Der Gesamtkomplex einer christlich-demokratischen Gesundheitspolitik enthält eine solche Fülle von Einzelfragen, daß ich sie hier nur in sehr zusammengefaßter Form vor Ihnen erwähnen kann und Sie bitten muß, wenn ich das eine oder andere nicht erwähne, dafür Verständnis zu haben. Das soll nicht heißen, daß es nicht bedacht werden würde.

Besonders am Herzen liegen sollte uns zunächst die Erkenntnis, daß nach der alten Weisheit vorsorgen besser als heilen ist, daß also die Gesundheitsvorsorge im Rahmen der Gesundheitspolitik gerade in der industrialisierten Welt entscheidende Bedeutung zukommt. Hier ist im einzelnen hinzuweisen auf die Notwendigkeit, ausreichende, gut durchdachte, hygienisch einwandfreie und nicht zuletzt schallgeschützte Wohnungen zu bauen; gleiches gilt auch für den Schulbau, für Arbeitsplätze

und solche Räume, die der Erholung und Freizeit dienen. Was hier in den vergangenen zehn Jahren unter maßgeblicher Anregung, Mitgestaltung und Mitverantwortung unserer Partei geleistet worden ist, darf schon heute als einzigartig bezeichnet werden; Welch' gewaltige politische Arbeit hinter diesen Leistungen steht, vermag nur der zu ermessen, der sich die Fähigkeit zur Rückbesinnung auf den Nullpunkt unseres öffentlichen Lebens, auf das Jahr 1945, noch erhalten hat.

In diesem Zusammenhang gehört aber auch ein Hinweis darauf, daß unsere Arbeit nicht nur der Pflege der physischen Kräfte gegolten hat; in einer Fülle von Gemeinschaftseinrichtungen, welche der geistig-sittlichen Entfaltung der Menschen dienen – vom Jugendheim über Veranstaltungsgebäude der Gemeinden und Organisationen bis hin zum Kirchenbau – haben wir uns bemüht, gute äußere Voraussetzungen für Entfaltung des Geistes und jener seelischen Gesundheit zu schaffen, die nicht weniger wichtig ist als die körperliche. Die besten Einrichtungen vermögen aber nichts zu nützen, wenn der Mensch nicht selbst in seiner Lebensweise den Forderungen der Gesundheitsvorsorge entgegenkommt. Ich denke hier an den Ausgleich für zu wenig Bewegung in der Berufsarbeit durch die Pflege des Sportes und durch die richtige Verwertung der größeren Freizeit sowie eine naturgemäße Lebensweise. Hierher gehört auch eine planvolle und durchdachte Gestaltung von Urlaub und Erholung, die nicht so sehr vom Tempo und vom Reisebetrieb um jeden Preis geprägt sein sollte, sondern von einer der Gesundheit förderlichen Gestaltung der Urlaubswochen die eine der wichtigsten Zeiten für die Erhaltung und Pflege der Gesundheit ist. Einrichtungen der Familienerholung spielen dabei gerade aus unserer Sicht eine besondere Rolle. Wir sollten uns ihrer Förderung noch stärker als bisher annehmen. Wenn wir auch schon viel erreicht haben bei unseren Bemühungen, für einen Volkssport die erforderlichen Einrichtungen und Anlagen zu schaffen, so werden wir unsere Bemühungen auf diesem Gebiet verstärken müssen; denn hier bleibt nach wie vor manches zu tun. Daß der Deutsche Sportbund die Einrichtung eines Gesundheitspasses für Jugendliche erstrebt, um durch Eintragung der Ergebnisse regelmäßiger ärztlicher Untersuchungen, Schäden durch ungeeignete oder übertriebene sportliche Betätigung zu verhüten, scheint mir ein gutes Beispiel von Gesundheitsvorsorge zu sein. Die Ausweitung einer solchen ärztlichen Gesundheitskontrolle auf alle Bürger – selbstverständlich auf freiwilliger Grundlage – halte ich für eine Frage, die unsere nachhaltige Erwägung verdient. Es wäre Sache der politischen Aufklärung, alle Menschen unseres Volkes dazu zu bewegen, freiwillig das zu tun, was viele durch betriebliche oder sonstige Gesundheitsvorsorgemaßnahmen schon lange als Selbstverständnis ansehen: – Die regelmäßige, freiwillige ärztliche Überprüfung des Gesundheitszustandes.

Einen wichtigen, aber leider von der Öffentlichkeit noch nicht genügend gewürdigten Erfolg unserer Gesundheitspolitik haben wir mit der Verabschiedung des Lebensmittelgesetzes und mit der Bereinigung unseres Lebensmittelrechtes erreicht. Wir haben damit dem ständigen geheimen Anschlag auf unser aller Gesundheit durch die mehr oder minder unkontrollierte Beimischung von Fremdstoffen in unsere tägliche Nahrung energisch Widerstand geleistet. Ich bin sicher, daß die Schärfe, mit der

wir unser Lebensmittelrecht zum strengsten der Welt gemacht haben, sich lohnen wird. Wir sollten nun aber auch einen weiteren Schritt tun, und – wie es z. B. in den Vereinigten Staaten von Amerika schon geschieht – diejenigen Lebensmittelhersteller, die sich auf dem Gebiet der Herstellung guter Nahrungsmittel besonders hervortun, durch Verleihung staatlicher Anerkennung, die sie auf die Verpackung ihrer Waren aufdrucken können, nachdrücklich unterstützen.

Der Ausbau der Schwangeren- und Mütterfürsorge und die Verbesserung der Säuglingsfürsorge – das Ruhrgebiet hat die größte Mütter- und Säuglingssterblichkeit des Kontinents – werden uns in Zukunft ebenso am Herzen liegen müssen, wie die Verwirklichung einer noch besseren Seuchenbekämpfung und die Vorbeugung gegen die bekannten großen Volkskrankheiten – Krebs, Tuberkulose, Zucker, Kreislauferkrankungen, Bandscheibenschäden – und alle jene Abnützungs- und Verschleißkrankheiten, die in der industrialisierten Welt, zum vorzeitigen Altern des Menschen führen. Für alle Bereiche der Gesundheitsfürsorge aber werden wir der Einführung und Verbesserung von Erholungs- und Rekonvaleszenzkuren unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Gerade sie stellen in der industrialisierten Welt, die den Menschen soviel stärker körperlich und geistig beansprucht als in früheren Zeiten, neue und wirkungsvolle Methoden der Gesundheitspolitik dar.

Letztlich gilt es, den Menschen unserer Zeit wieder an die Natur heranzubringen. Im Zusammenhang damit gewinnt die Erhaltung walddreicher Erholungsgebiete geradezu lebenswichtige Bedeutung. In Nordrhein-Westfalen stehen wir schon heute vor der Tatsache, daß an den Sonn- und Feiertagen die großen Erholungsgebiete des Landes – die Eifel, das Bergische Land und das Sauerland – von wahren Völkerwanderungen erholungssuchender Menschen überflutet werden. Und es besteht die ernste Besorgnis, daß angesichts des ständig steigenden Bedarfs an Grund und Boden für Straßensiedlungen, Industrien und militärische Zwecke unsere Erholungszentren in einiger Zeit nicht mehr ausreichen und wegen der dann gegebenen Überfüllung auch keine richtige Erholung mehr gewähren. Die Erhaltung dieser Gebiete, vor allem der Schutz der Wälder als natürliche Kraftspender für den überlasteten und gesundheitlich so manchen Gefahren ausgesetzten Großstädter, ist daher ein wichtiges, gesundheitspolitisches Anliegen geworden. Eine zielbewußte Landesplanung wird diese Gebiete nicht nur als solche erhalten, sondern sie auch von allzu starkem Einsickern des Verkehrs an zu vielen Stellen freihalten müssen. In erster Linie muß sich aber die Erkenntnis durchsetzen, daß der Wald mehr ist als eine Einrichtung der Holzgewinnung, nämlich eines der wichtigsten Mittel zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitskraft unseres Volkes.

Christlich-demokratische Gesundheitspolitik muß und wird sich aber auch der Förderung der medizinischen Forschung und Lehre verpflichtet fühlen und ihr in noch stärkerem Umfang wie bisher die sachlichen Möglichkeiten und Voraussetzungen für eine zeitgerechte, der Zukunft zugewandte medizinische Forschung zur Verfügung stellen. Die an mehreren Orten in Deutschland gezeigte Ausstellung „Medizin USA“ hat uns allen eindrucksvoll gezeigt, welche Möglichkeiten hier noch bestehen und was

unbeschadet der zweifellos erfolgreichen Bemühungen, die in den letzten 10 Jahren auch bei uns unternommen wurden, auf diesem wichtigen Gebiet für uns noch zu tun bleibt.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch noch einige Worte zum Krankenhausbau sagen. Ihm hat in den letzten Jahren in besonderer Weise die Hilfe des Staates gegolten, um wenigstens mit der Bevölkerungsvermehrung Schritt zu halten und die dringenden Notstände zu beheben. Dennoch wissen wir alle, daß wir keineswegs über den Berg sind. Vor allem wird es nun darauf ankommen, eine auf lange Sicht berechnete Investitions- und Baupolitik unter exakter Berechnung des wirklichen Bedarfs an Betten für allgemeine Krankenhäuser und Spezialkliniken, unter Ermittlung der bestehenden oder vermutlichen künftigen Schwerpunkte zu betreiben. Das Gleiche gilt für Pflegeheime und Altersheime, damit in den Krankenhäusern der vorhandene Platz, nicht wie es vielfach geschieht, durch Dauerpfleglinge und alte Menschen in Anspruch genommen wird. Von der ersten Sorge des Nachwuchses an Pflegepersonal will ich in diesem Zusammenhang nicht sprechen; sie mahnt uns aber, daß gerade in der industrialisierten Welt die Bereitschaft zu Berufen geweckt und gepflegt werden muß, in denen nicht der Verdienst sondern Nächstenliebe und sittliches Verantwortungsgefühl im Mittelpunkt der Arbeit stehen. (Beifall.)

Gegen gewisse Zivilisationsschäden kann der Mensch mit Disziplin angehen. Gegen andere dagegen gibt es keine Selbsthilfe des einzelnen mehr, hier ist er vielmehr auf den Staat, insbesondere auf den Gesetzgeber angewiesen. Hier liegt eine Aufgabe, die unsere Union seit langem erkannt und auch in Angriff genommen hat. Sie gehört zu den Grundlagen unserer künftigen Sozialgesetzgebung. Auf lange Sicht gesehen, werden dann der einzelne und die Gesamtheit mehr davon haben, wenn wir die Gesundheit der Lebensumstände allgemein verbessern, als wenn wir irgendeine Rente um irgendeinen Betrag im Monat anheben. (Beifall.)

Die Lärmbelästigung des modernen Großstadtmenschen wirkt sich immer mehr zu einer Geißel unseres Jahrhunderts aus. 65 v. H. der erwachsenen Bevölkerung der Bundesrepublik klagen über gelegentliche oder häufige Nervosität als Folgen der Lärmbelästigung. Wer gezwungen ist, Tag und Nacht in einer modernen Großstadt zu leben, ist bei aller Abstumpfung durch den schon normal gewordenen Geräuschspiegel dennoch körperlich und seelisch in einer Weise belastet, die auf die Dauer unzumutbar ist. Ich habe schon in meiner Amtszeit als Innenminister dieses Problem aufgegriffen und eine Verordnung über die Lärmbekämpfung vom 10. Januar 1955 erlassen. Da finden Sie die Benutzung von Rundfunkgeräten und Musik-Instrumenten so geregelt, daß Personen in näherer Umgebung nicht gestört werden dürfen. In der Öffentlichkeit, einschl. der Badeanstalten und Strandbäder, ist der Gebrauch solcher Instrumente überhaupt verboten. Für die Benutzung oder den Betrieb von Kraftfahrzeugen ist angeordnet, daß jedes vermeidbare Geräusch zu unterlassen ist. Die Veranstaltung von Feuerwerk, das Abbrennen von Knallkörpern sind geregelt, ruhestörende Betätigung von 23 bis 7 Uhr untersagt. Die Erfahrungen mit dieser nunmehr über fünf Jahre alten Verordnung sind

für mich allerdings nicht sehr ermutigend. Vielmehr hat der Großstadtlärm, auch der überflüssige, weiter zugenommen. Damit ist auch die Lärmbelästigung durch Straßenverkehr, Flugplätze in Stadtnähe und sonstige Geräusche, vor allem auch aus Industriebetrieben, größer geworden. Und unter den Augen gelegentlich allzu nachsichtiger Polizeibehörden macht sich, vor allem in den Abendstunden, in unseren Großstädten häufig ein jugendliches Rowdytum mit unglaublichem Lärm breit. Dennoch dürfen wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen.

Mit Strafvorschriften ist hier verhältnismäßig wenig zu erreichen. Der Druck muß vielmehr auf die Konstrukteure von technischem Gerät aller Art, auf die Architekten und Ingenieure beim Wohnungsbau, auf die ausführenden Firmen und insbesondere auf ausdrückliche Maßnahmen der Stadt- und Landesplanung gelegt werden. Wir wissen, daß es möglich ist, geräuscharme Fahrzeuge zu bauen, auch Reihenhäuser und große Mietwohnungen mit wirksamen Schallschutzmaßnahmen zu versehen und durch eine zielstrebige Planungspolitik in den Großstädten die Geräuschbelästigung durch den fließenden Verkehr beträchtlich zu reduzieren. Hier ist in der Vergangenheit, auch in der jüngsten, viel gesündigt worden; zumindest wurde im Bestreben, den Wiederaufbau zu beschleunigen, das Problem der Geräuschbelästigung durch Verkehr und Industrie mehr als einmal als zweitrangig betrachtet. Wir werden nicht umhin können, diese Fehlleistungen sobald wie möglich auszugleichen.

Immer deutlicher wird von Jahr zu Jahr die Gefahr, welche uns durch den steigenden Wassermangel und die steigende Verschmutzung der Wasserläufe bedroht. Der Verbrauch an Wasser ist in den letzten Jahrzehnten gewaltig gestiegen, seitdem insbesondere die Industrie große Wassermengen benötigt. Aber auch die vom Menschen für seine persönlichen Zwecke verbrauchte Wassermenge hat wesentlich zugenommen. Auf der anderen Seite genügt ein Blick auf unsere Flüsse, um den schrecklichen Grad ihrer Verschmutzung voll zu erfassen. Über 20 Jahre lang ist für die Reinerhaltung vor allem unserer großen Flußläufe nichts oder nicht viel geschehen. An dieser Hypothek werden wir auf Jahre hinaus zu tragen haben; die Kosten, die von Staat, Gemeinden und Wirtschaft in Zukunft aufgebracht werden müssen, um diesen Übelstand zu beseitigen, sind gewaltig; denn das verunreinigte Wasser ist nur unter Aufwendung großer Kosten und ebenso komplizierter und teurer Einrichtungen wieder als Trink- und Brauchwasser nutzbar zu machen. Ich sehe hier eine der größten Gemeinschaftsaufgaben für die Zukunft, eine Aufgabe, deren Bewältigung nicht nur unsere ganze Energie erfordert, sondern uns zugleich zu neuen Lösungsversuchen und Arbeitsmethoden zwingen wird. Wenn das Wasser, das lebensspendende Element, auch unserer industrialisierten Massengesellschaft nicht mehr in ausreichendem Maße zur Verfügung stünde, so würde dies buchstäblich der Anfang von ihrem Ende sein.

Bezüglich des Wassers, insbesondere auch des Grundwassers, hat sich in jüngster Zeit eine neue Sorge ergeben. Sie rührt von dem steigenden Gebrauch von Heizöl her. Sie sehen in allen Orten und Gegenden der Bundesrepublik, daß große und kleine Heizöltanks sowie kilometerlange Ölleitungen in die Erde gelassen werden. Diese Tanks und diese Leitun-

gen stellen eine erhebliche Gefahr für unser Grundwasser dar. Die Gefahr wird deutlich, wenn Sie bedenken, daß ein Liter Öl eine Million Liter Wasser verdirbt. Nun male ich hier keine Gespenster an die Wand, sondern habe im eigenen Lande den Fall, daß in einer Stadt 40 000 Liter Heizöl aus einem undichten Tank ausgelaufen und in der Erde versickert sind. In der Zeitung las ich weiter, daß in einer Stadt eines anderen Landes 30 000 Liter Öl aus einem Tank ausgelaufen seien. Hier entstehen gewaltige neue Probleme für den Schutz unserer Gesundheit und unseres Lebens. Acht Länder haben die „Vorläufigen Richtlinien für Lagerbehälter aus Stahl für flüssige Brennstoffe“ für verbindlich erklärt. Ob diese vorläufigen Bestimmungen ausreichen, erscheint mir angesichts der Größe der Gefahr zweifelhaft. Auf die Dauer werden wir nicht an der Vorschrift vorbeikommen, daß solche Öllager nur mit einer wasserrechtlichen Genehmigung angelegt werden dürfen, daß sie einzusehen, evtl. sogar zu begehren sind und daß beim Füllen besondere Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden, damit kein Öl ausläuft.

Noch in einer weiteren Beziehung zeichnen sich Gefahren für unsere Gesundheit aus der modernen Industrialisierung ab. Es handelt sich um Schäden, die auch bei der friedlichen Nutzung der Atomkraft und der Radioaktivität entstehen können. Ich denke dabei sowohl an Strahlungsschäden wie auch an die etwaige Verseuchung von Wasser, Erde oder Luft. Die geradezu mustergültigen Schutzmaßnahmen im britischen Atomzentrum Harwell, das ich vor einigen Wochen besucht habe, zeigen, daß umfassende Vorkehrungen zum Schutze unserer Gesundheit und unseres Lebens möglich, aber auch erforderlich sind. Beruhigend mag es dabei wirken, daß in diesem Atomzentrum, das also nur mit Atomenergie arbeitet und Versuche unternimmt, in den ganzen 14 Jahren seines Bestehens niemals ein Unfall zu verzeichnen gewesen ist, der irgendwie auf Radioaktivität oder auf Zusammenhänge mit der Atomforschung zurückzuführen wäre.

Und noch ein weiteres. In einigen Gebieten der Bundesrepublik – z. Z. noch von jeweils etwa 20 bis 30 qkm Größe – hat nun auch der Staubbiederschlag einen Umfang erreicht, der die für den Menschen zumutbare Grenze überschreitet. Die industriellen Unternehmen in den großen Ballungsgebieten unserer Industrie tragen zu dieser Luftverunreinigung im wesentlichen am stärksten bei; der Anteil der Bundesbahn und des Hausbrandes fällt demgegenüber kaum ins Gewicht. Sicherlich hat diese bedrohliche Entwicklung bereits bewirkt, daß viele Firmen freiwillig Entstaubungsanlagen eingerichtet haben; dennoch ist die Belästigung durch die Luftverunreinigung, insbesondere der Staubbiederschlag, immer noch unerträglich. Messungen in Städten des Ruhrgebietes haben ergeben, daß pro Monat in einzelnen Gegenden auf den Quadratmeter über 80 Gramm Staub niedergehen.

Zu der Staubbelästigung tritt die Belästigung durch industrielle Abgase, insbesondere Schwefeldioxyd. Bedeutsam ist, daß dieses vor allem auch bei der Verbrennung von Heizöl entsteht, und zwar in einer Form, die bis heute fast nicht zurückgehalten wird. Man schätzt den Ausstoß von Schwefeldioxyd bei Kraftwerken und Werken der chemischen Industrie auf 3 bis 5 Mio Tonnen pro Jahr. Zu Beginn des Jahres 1959, während der großen Nebelzeit, haben wissenschaftliche Untersuchungen in Nordrhein-

Westfalen ergeben, daß die heute vorliegende Grundbelastung der Atemluft durch meteorologische Umstände soweit erhöht werden kann, daß Behinderungen des Allgemeinbefindens auftreten. Zu diesen Luftverunreinigungen durch Staub und industrielle Abgase kommen aber in den Großstädten noch die Verunreinigungen durch die Abgase der Kraftfahrzeuge, deren gefährlichste sogar geruchlos und daher für den menschlichen Organismus nicht wahrzunehmen sind. Jeder von uns, der an einem schwülen Frühlingstag einmal im brandenden Großstadtverkehr hat warten müssen, wird auch ein körperliches Unwohlsein durch den ständigen Geruch und das Einatmen von Abgasen empfunden haben.

Das alles beweist, daß wir auch die Verunreinigung der Luft nicht weiter tatenlos hinnehmen können. Ich weiß, daß die technischen Geräte zur Beseitigung der Luftverunreinigung teilweise noch nicht allen Ansprüchen genügen und daß sie vor allem außerordentlich kostspielig sind. Ich mache mir deshalb gar keine Illusionen, daß wir auch hier gewaltige Summen in Rechnung stellen müssen, bis wir den bedrohlichen Teil der Luftverunreinigung hintangehalten haben. Dennoch wird uns nichts anderes übrig bleiben; Gesundheit und Arbeitskraft von Millionen arbeitender Menschen in den industriellen Ballungszentren stehen jenseits aller Kostengesichtspunkte.

Auf keinem anderen Gebiet sind jedoch in unserer Zeit Gesundheit und Leben mehr bedroht als auf dem Gebiete des Verkehrs, insbesondere des Straßenverkehrs. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß auf unseren Straßen im Jahre 1958 über 11 700 und 1959 über 13 000 Menschen tödlich verunglückten – das ist also die Einwohnerschaft einer kleinen Stadt –, und wenn wir weiter bedenken, daß 1958 über 350 000 und 1959 fast 400 000 Menschen Körperschäden erlitten haben, dann ist das etwas, das keine politische Führung auf die Dauer hinnehmen kann. Hier sind einschneidende Maßnahmen angebracht. Sie führen vom Straßen- und Fahrzeugbau über Verkehrs- und Geschwindigkeitsbegrenzungen bis zum Einbau von Sicherheitsvorrichtungen und laufender Überwachung der Fahrtüchtigkeit. Dieses Gebiet kann ich hier nur in Umrissen andeuten, weil es so groß und umfassend ist. Eins aber steht fest, daß wir hier über die bisherigen Ansätze hinaus, so dankbar sie anzuerkennen sein mögen, ganze Arbeit leisten müssen.

Zur Bewältigung der vielfältigen Aufgaben der staatlichen Gesundheitspolitik, die ich – wenn auch nur in großen Zügen – behandelt habe, hat unsere Union in den vergangenen Jahren mannigfache und beachtliche Initiativen entwickelt. Sie gehen zu einem wesentlichen Teil auf die Bemühungen verdienstvoller Abgeordneter unserer Union im Bundestag und in den Landtagen zurück; ihre Frucht ist eine Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen und Verwaltungsanordnungen, die ich nicht im einzelnen anführen kann, die wir aber als Erfolge unserer politischen Arbeit stärker als bisher herausstellen sollten. Nun gilt es, die Erkenntnisse, Planungen und Maßnahmen in diesen so weit gespannten Bereichen der Sozialpolitik zu koordinieren, zu intensivieren und sie dann – wie es das Beispiel der sozialen Marktwirtschaft zeigt –, als Gesamtlösung auf weite Sicht zu konzentrieren und durchzusetzen. Sicherlich wird es dabei Widerstände geben; dennoch bin ich überzeugt, daß das deutsche Volk auch hier für an sich unpopuläre Maßnahmen Verständnis haben wird, wenn wir ihm

nur in der richtigen Weise verständlich machen, daß diese Maßnahmen dem Schutz der Gesundheit und des Lebens eines jeden einzelnen von uns und vor allem der uns nachfolgenden Generation dienen.

Bei der Erörterung dieser gesundheitspolitischen Einzelmaßnahmen wird Ihnen allen deutlich geworden sein, daß eine gewisse Schwierigkeit in der jeweiligen Zuständigkeitsfrage liegt. Dennoch meine ich, daß man das nicht zum Anlaß nehmen sollte, mit Verfassungsänderungen zu beginnen, sondern mit der Verteilung der Aufgaben im Sinne einer vertrauensvollen und sinnvollen Zusammenarbeit, zu der heute morgen der Herr Bundeskanzler bereits aufgerufen hat. Jeder sollte von uns an der Stelle beginnen, an die ihn der Wille der Wähler und das Vertrauen unserer Union gestellt hat. Vertrauensvolle Zusammenarbeit – und dazu möchte auch ich uns alle aufrufen – bedeutet aber nicht, daß nun in öder Gleichmacherei alle in allem einer Meinung sein müßten. Sie bedeutet aber, daß es zwischen uns über Bedeutung und Gewicht dieser Probleme keine Meinungsverschiedenheiten und in unserer Entschlossenheit, diese Probleme schnell und gut zu lösen, keine Unterschiede geben darf. Vor allem bin ich der Meinung, daß wir bei den kostenintensiven Plänen einer solchen neuen Sozialpolitik, bei der Reinerhaltung von Luft und Wasser, auf die Dauer neue Verfahrensformen werden entwickeln müssen. Schon heute arbeiten Staat, Gemeinden, private Anlieger und Industrierwerke, zum Beispiel in vielen Wassergenossenschaften, einhellig zusammen, um die entstandene Verschmutzung von Gewässern wieder zu beseitigen. Der Anteil der privaten Hilfe an diesen Maßnahmen wird in Zukunft eher steigen als abnehmen. Wir sollten deshalb solche freien genossenschaftlichen Verbindungen, die zugleich die mitbürgerliche Verantwortung des einzelnen wecken werden, nachdrücklich stärken. Hier kann meines Erachtens das uns so wesentliche Subsidiaritätsprinzip in meisterhafter Weise verwirklicht und persönliche und öffentliche Verantwortung für das allgemeine Wohl können dem gleichen Ziele verbunden werden.

Was die Gemeinden betrifft, so sind vor allem die Großstädte in besonderer Weise die Leidtragenden der erwähnten Zivilisationsschäden und müssen im Interesse ihrer Bürger die größten Opfer für die Beseitigung dieser Schäden bringen. Im Rahmen der gemeindlichen Selbstverwaltung sollten unsere Parteifreunde in den Gemeindeparlamenten und Gemeindeverwaltungen nachdrücklich darauf dringen, daß die zukünftige Stadtplanung den Bedürfnissen der Volksgesundheit in einer ständig größer werdenden, auf engem Raum lebenden und arbeitenden Massengesellschaft Rechnung trägt. Galt es früher als vornehmste Pflicht und größter Ruhm gemeindlicher Selbstverwaltung, heute schon für das Morgen zu sorgen, so wird diese Vorsorge nunmehr angesichts der Geschwindigkeit der Entwicklungen und der Größe der uns drohenden Gefahren für die Volksgesundheit schon auf das Übermorgen gerichtet sein müssen. Für unsere kommunalpolitische Arbeit sollten wir zugleich die Chance erkennen, die in dieser Pflicht zur Sorge für das „Übermorgen“ beschlossen liegt. Wir werden aber auch darüber wachen müssen, daß nicht andere die Ergebnisse dieser unserer Bemühungen im kommunalen Bereich als ihr Verdienst anpreisen. (Beifall.) Das gilt hinsichtlich der sozialpolitischen Maßnahmen in gleicher Weise wie für alle übrigen



Il presidente della Cna, Luigi Cordero, con il suo

gesto di benedizione. Sotto: il presidente della Cna, Luigi Cordero, con il suo

gesto di benedizione. Sotto: il presidente della Cna, Luigi Cordero, con il suo

gesto di benedizione. Sotto: il presidente della Cna, Luigi Cordero, con il suo

gesto di benedizione. Sotto: il presidente della Cna, Luigi Cordero, con il suo



Aenne Brauksiepe, MdB,
Vorsitzende der
Vereinigung der Frauen
der CDU,
am Vorstandstisch.



Dr. Gerhard Stoltenberg,
MdB, Vorsitzender
der Jungen Union.

Bereiche der Kommunalpolitik, denn ohne die grundlegenden Entscheidungen der von der CDU geformten Bundespolitik wäre keine erfolgreiche Kommunalpolitik möglich, für die Gesundheitspolitik aber ganz besonders, weil sie vielfach ihren Niederschlag in den Gemeinden findet. Es nützt uns nichts, wenn wir in Bund und Ländern gute Gesetze machen, wenn sie unten nicht in unserem Sinne ausgeführt werden. (Beifall.) Wir wissen alle, es könnte überhaupt in der ganzen Bundesrepublik keine ordentliche, vernünftige, gute Kommunalpolitik gemacht werden, wenn nicht die grundlegenden Entscheidungen von der CDU getroffen worden wären. (Beifall.)

Der Herr Bundeskanzler hat es heute morgen aus anderer politischer Sicht auch angesprochen, und ich darf es hier wiederholen: Es ist auf die Dauer unmöglich, daß die Gemeinde sozialistisch regiert wird und Länder und Bund von der CDU beherrscht werden!

Daraus ergibt sich für uns in erster Linie die Folgerung, für die jetzt kommenden Kommunalwahlkämpfe zu sorgen, daß wir wieder in die Rathäuser einziehen. (Lebhafter Beifall.) Das bedeutet für uns zunächst einmal – und das ist ein Verlangen der Kommunalpolitischen Vereinigung seit Jahren – daß wir möglichst in allen Gemeinden und Gemeindeverbänden eigene Listen der Christlich Demokratischen Union aufstellen; (lebhafter Beifall) denn wenn wir nicht unsere Wähler und unsere Mitglieder daran gewöhnen, daß sie auf allen Ebenen die Christlich Demokratische Union zu wählen haben, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn in anderen Ebenen auch andere Vereinigungen eindringen und dann eine Verwirrung des Geistes auch dort entsteht. (Beifall.)

Also das ist das Wichtige, und das zweite Wichtige ist: Die Kommunalwahlen sind – wie vielfach auch Bundestags- und Landtagswahlen – schon gewonnen oder sagen wir, wenigstens halb gewonnen oder halb verloren mit der Auswahl der Kandidaten. (Beifall.) Deshalb sollten wir jetzt schon in all den Ländern, in denen Kommunalwahlen sind – soweit sie nicht schon näher herangerückt sind, wo sie im Herbst sind an demselben Tag, also im Oktober – daran gehen, die Kandidaten sorgfältig auszuwählen und vor allem frühzeitig. Wir sollten Frauen und Männer nehmen, die vom Vertrauen der Bevölkerung getragen sind, aber Frauen und Männer, von denen wir überzeugt sind, daß es eigene, eigenständige Persönlichkeiten sind. Die Ja-Sager nützen uns in den Rathäusern überhaupt nichts. (Lebhafter Beifall.)

Dabei sollten wir auch besonderes Gewicht auf die Heranziehung neuer junger Kräfte legen, die mit den älteren und erfahreneren dann als Ratsmitglieder vertrauensvoll zusammenarbeiten können und die demnächst den Nachwuchs auch für die anderen Ebenen darstellen. Denn ich lasse es mir nicht nehmen: Der richtige Politiker wird in der Kommunalpolitik geformt; (lebhafter Beifall) das beste Beispiel ist unser Erster Vorsitzender. (Lebhafter Beifall. – Erster Vorsitzender Dr. Konrad Adenauer: Ich danke schön!) Denn in diesem überschaubaren Bereich kommt sehr bald heraus, wer etwas leistet und wer nur große Töne redet. Da ist ja nicht viel mit Fensterreden zu machen, sondern nur damit, daß man handfeste Politik an Ort und Stelle betreibt, deren Ergebnisse dann auch an Ort und Stelle demnächst zu überprüfen sind.

Ich darf nach diesem Exkurs kommunalpolitischer Art wieder zum Thema zurückkehren und Ihnen sagen, daß angesichts der finanziellen Verpflichtungen von Ländern und Gemeinden die Länderparlamente und -regierungen den Gemeinden und Gemeindeverbänden bei der Planung und Durchsetzung einer zeitgerechten Gesundheitspolitik wertvolle Hilfe leisten können. Auf den Ländern jedoch, als den verfassungsmäßig berufenen Trägern des wichtigsten Teiles der Ausführung der Bundesgesetze und der öffentlichen Verwaltung in der Bundesrepublik, wird der Hauptteil der Verantwortung dafür liegen, daß diese neue zukunftsweisende Sozialpolitik im weitesten Sinne des Wortes verwirklicht wird. Die Bundesrepublik ist heute in Wahrheit der deutsche Kernstaat, von dem allein eine freiheitliche demokratische Ordnung im Herzen Europas ausgehen kann. Unsere Aufgabe muß es sein, diese Bundesrepublik in der *Formung einer von uns geprägten christlich demokratischen Sozialpolitik* zum modernsten freiheitlichen Sozialstaat des Kontinents zu machen. Das ist vor allem eine brennende politische Aufgabe mit Blick auf die deutsche Wiedervereinigung.

Die Machthaber in der sowjetisch besetzten Zone richten mit allen Mitteln – wir haben das heute morgen ja aus verschiedenster Sicht gehört – ein Staatsgebilde auf, das sie als eine sozialistische Mustergesellschaftsordnung auszugeben versuchen. Zugleich verbreiten sie ungehemmt die Behauptung, eine Wiedervereinigung der sowjetisch besetzten Zone mit der Bundesrepublik sei für unsere mitteleuropäischen Landsleute ohne jedes Interesse, ja sogar gefährlich, da eine solche Wiedervereinigung nach westlichem Plan sie um ihre gesamten sozialen Vorteile und Errungenschaften bringen würde. Wir alle wissen, wie unverschämt diese Verdrehungen sind. Zugleich aber sollten wir die ganze Gefährlichkeit erkennen, die hinter diesem Propagandatrick steckt und die vor allem in den überseeischen Ländern, in denen sozialpolitische Probleme größten Ausmaßes bestehen, Eindruck zu machen beginnt. Das größte moralische Kapital, das wir in unserem nationalen Kampf um die Wiedervereinigung besitzen, ist die feste Überzeugung der öffentlichen Meinung, daß nur eine Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik ein Leben in Freiheit, Menschenwürde und sozialer Gerechtigkeit garantiert. Auch um diese öffentliche Meinung werden wir in Zukunft mehr als bisher ringen müssen, weil ein volles Jahrzehnt der Trennung und Entfremdung automatisch seine Wirkungen entfaltet, wenn wir der kommunistischen Lügenpropaganda nicht die Propaganda der Wahrheit und der Tat entgegenstellen. Der soziale Staat, den wir bauen wollen, muß daher auch im Hinblick auf die Wiedervereinigung projiziert werden. Er muß attraktiv und fortschrittlich sein, wobei es darauf ankommen wird, daß wir dem weitgehend sinnentleerten Begriff „Fortschritt“ wieder einen wahren Inhalt geben, wie er ursprünglich ja ein christlicher war.

Hier liegt die große und entscheidende Aufgabe christlich demokratischer Politik in Deutschland für die nächsten Jahre. Bei der Bewältigung dieser Aufgabe muß unsere Union beweisen, daß ihr wirtschaftliche Sicherheit und soziale Sicherheit – und zwar beides in freiheitlicher Gesinnung – gleich wert und gleich wichtig sind. Gelingt es uns, der Epoche neuer Sozialpolitik im weitesten Sinne des Wortes, wie zuvor der Epoche der Wirtschaftspolitik, unseren Stempel aufzudrücken, so wird das nicht nur

ein großer politischer Erfolg unserer Sache sein, sondern zugleich auch die Erfüllung und Verwirklichung jenes sozialen Rechtsstaates bedeuten, für den so viele Männer der christlich sozialen Bewegung in Deutschland gekämpft, gelitten, ja ihr Leben gelassen haben. Ihr Vermächtnis an uns ist klar und eindeutig: Unsere Aufgabe bleibt es, bei der Bewältigung dieser Probleme unserer industrialisierten Welt aus christlich demokratischem Geist ihres Lebens, ihres Wollens, und ihres Sterbens würdig zu sein.

(Lebhafter Beifall.)

BEGRUSSUNGSANSPRACHEN AUSLÄNDISCHER GÄSTE

Präsident Winkelheide:

Wir sind Ihnen, Herr Ministerpräsident Dr. Meyers, für dieses Referat, für den Abriß und den Aufriß dieser vielseitigen Fragen recht dankbar. Das Referat wird morgen ja diskutiert werden.

Bevor wir nun den Bericht des Herrn Ministerpräsidenten Kai Uwe von Hassel hören, wollen wir jene Gäste aus dem Ausland zu Wort kommen lassen, die heute morgen das Wort wegen der vorgeschrittenen Zeit nicht mehr erhalten konnten, und ich darf zunächst bitten, das Wort zu ergreifen

Leif Cassel, stellvertretender Vorsitzender der Högerpartei Schwedens:
von Beifall begrüßt.

Hochverehrter Herr Bundeskanzler! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Konservative Partei Schwedens, die man die Schwedische Rechtspartei nennt, betrachtet es als eine ihrer Aufgaben, politisch und völkerpsychologisch eine gute Nachbarschaft ganz Westeuropa, dem freien Europa gegenüber zu fördern.

Gegen diesen Hintergrund ist es für uns natürlich, die Beziehungen zu der Deutschen Bundesrepublik mit ihren Menschen und mit den politischen Organisationen, zu denen wir besondere Zugehörigkeit fühlen, zu vertiefen, zu stärken und zu verbreitern.

Bei dieser Gelegenheit danke ich deswegen nicht nur für die Ehre und Freude, die die Christlich Demokratische Union meinem Kollegen und mir durch die freundliche Einladung zu diesem Bundesparteitag bereitet hat.

Gleichzeitig möchte ich auch für die Gastfreundschaft danken, die junge Menschen aus Schweden und ganz besonders aus unserer Partei bei ihrem Besuch im Kernlande des freien Europas, in Westdeutschland, genossen haben. Ich bitte, ganz besonders an Sie, Herr Bundeskanzler, einen Gruß und Dank dieser jungen Menschen überbringen zu dürfen. (Lebhafter Beifall.) Sie danken für alles, was sie in der Bundesrepublik gelernt und gesehen haben.

Lassen Sie mich ein Bekenntnis ablegen: Die Konservative Partei meines Landes befindet sich immer noch in Opposition. Wir hoffen aber, bald in verantwortlichere Stellung zu kommen. In unseren Bestrebungen für eine freie Volkswirtschaft mit persönlichem Bestimmungsrecht und mit dem Gefühl der sozialen Verantwortlichkeit hat das westdeutsche Wunder eine wichtige Aufgabe erfüllt. Es hat uns die Möglichkeit gegeben, konkret zu zeigen, was unter persönlicher Verantwortung und Freiheit geleistet werden kann. Wir fühlen daher stärker als andere Leute in Schweden den Anlaß, unsere Freude und unseren Stolz darüber auszusprechen, daß die Bundesrepublik so schnelle wirtschaftliche und soziale Fortschritte unter der Leitung des Bundeskanzlers Dr. Adenauer gemacht hat. Diese Leistungen geben auch uns Mut und Zuversicht für die Zukunft. (Beifall.)

Mit Sympathie und mit Respekt betrachten wir die europäische Idee, die hinter den Versuchen liegt, die Volkswirtschaften und die Politik der

freien europäischen Staaten auf dem Kontinent zu integrieren. Wir fühlen, daß diese organisatorischen Bestrebungen und vor allem ihr ideologischer Grund im Begriff sind, Geschichte in unserem Teil der Welt zu schaffen, daß der große Irrtum, der vor mehr als tausend Jahren begangen wurde, als man das Europa Karls des Großen zertrümmerte, vielleicht in überschaubarer Zeit wiederhergestellt werden kann. Gegen diesen Hintergrund wage ich auch die Hoffnung auszusprechen, daß es sich als möglich erweisen wird, eine Form für eine fruchtbare und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den „äußeren Sieben“ zu finden. (Beifall.) Ich glaube, daß ich Ihnen offen sagen kann, daß wir auf der schwedischen Seite dazu bereit sind, an voraussetzungslosen Besprechungen teilzunehmen und große Anstrengungen zu machen, um einen Weg zu einer west-europäischen Gemeinschaft auf dem wirtschaftlichen Gebiet zu finden. Wir verlassen uns darauf, daß die Bundesrepublik und die verantwortlichen Staatsmänner auch in der Zukunft ihre Möglichkeiten ausnutzen wollen, um Brücken zwischen den beiden Gruppen zu schlagen. Gleichzeitig sind wir uns aber darüber klar, daß diese Arbeit sich Zeit nehmen muß, und sogar längere Zeit, als die Ungeduldigen glauben wollen. In der Bereitwilligkeit der Bundesrepublik, das Zeitschema für die Durchführung des Hallsteinplanes zu erörtern und in den Erklärungen, daß der Handelsvertrag zwischen der Bundesrepublik und Schweden auf dem Gebiet der Landwirtschaft bestehen wird, sehen wir ein Zeichen Ihrer freundlichen Verständigung. Erlauben Sie auch uns, meine Damen und Herren, daran zu erinnern, daß Schweden ein großer Abnehmer der Waren Westdeutschlands ist. Selbstverständlich ziehen wir davon große Vorteile. Uns kommt zugute, was deutscher Fleiß, deutsche Planungsfähigkeit und deutscher Sinn für Qualität leisten kann.

Waren werden aber nicht nur gekauft, sondern müssen leider auch bezahlt werden. Wir in Schweden zahlen Westdeutschland nicht nur mit eigenen Waren und Diensten, sondern auch mit dem Überschuß, den uns unsere Ausfuhr zu anderen Ländern binnen und außerhalb Europas schafft. Deswegen muß es auch ein westdeutsches Interesse sein, daß die Möglichkeiten Schwedens, seine Handelsflagge zu zeigen – sei es auch im Luftverkehr –, nicht begrenzt werden.

Schweden führt mit Rücksicht auf seine geographische Lage, seine Traditionen und seine beschränkten Ressourcen eine allianzfreie Außenpolitik. In dieser Hinsicht herrscht vollkommene Einigkeit zwischen allen demokratischen Parteien in Schweden. Wir sind auch darüber einig, daß diese allianzfreie Außenpolitik mit einer starken Verteidigung ergänzt werden muß. Mit dieser kräftigen Verteidigung geben wir unseren Beitrag zur Stabilität in unserem Teil der Welt. (Beifall.)

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß sagen: Allianzfreiheit heißt nicht Isolationismus. Unsere Stellung dem freien Europa und der freien Welt gegenüber ist positiv und solidarisch. Auch wir wissen, daß Frieden, Freiheit und Menschenwert nicht einmal für ewig gewonnen werden können. (Lebhafter Beifall.) Diese Schätze, die wertvollsten, die uns das Leben schenkt, müssen immer wieder verteidigt werden.

Präsident Winkelheide:

Ich danke Ihnen sehr, Herr Abgeordneter, für Ihre Worte und bitte Sie, die Grüße des Bundestages Ihrem Lande zu überbringen.

Es spricht jetzt

Knud Thestrup, Vizepräsident der Konservativen Volkspartei Dänemarks:

Herr Bundeskanzler! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Indem ich für die Einladung zu dem Bundestag der CDU hier in Karlsruhe danke, überbringe ich einen Gruß an Sie von der Konservativen Volkspartei Dänemarks. Wir haben mit Bewunderung den Einsatz gesehen, den Ihre Partei geleistet hat, um Westdeutschland wieder zum Wohlstand und Einfluß zu bringen und um Frieden und Zusammenarbeit mit den anderen Nationen in Westeuropa herzustellen. Die Konservative Volkspartei in Dänemark beobachtet mit der größten Aufmerksamkeit die politische Arbeit Ihrer Partei, die in vielen Beziehungen dieselben Ideale hat, die wir stets gehabt haben. Genau wie Sie sind wir der Ansicht, daß es erforderlich ist, daß die westeuropäischen Länder zusammenhalten. Genau wie Sie messen wir der westeuropäischen Kulturtradition aus der Christenheit die größte Bedeutung bei. Genau wie Sie halten wir die demokratische Regierungsform für die einzig mögliche. Wie Sie glauben wir an den Wert der Freiheit der einzelnen Menschen, der privaten Initiative und eines Besteuerungssystems, das Fleiß und Sparsamkeit belohnt.

Mein Land hat sich kürzlich dem sogenannten Freihandelsgebiet der äußeren Sieben angeschlossen, während Ihr Land sich den Sechs angeschlossen hat. Infolgedessen gehört jeder von uns zurzeit zu einer der beiden großen Marktorganisationen. In Dänemark hoffen wir, daß diese Teilung Westeuropas in zwei Marktgebiete nicht neue Klüfte schafft oder bereits vorhandene Klüfte erweitern wird. Wir sind der Ansicht, daß die Ziele der Marktorganisation uns zur Vereinigung Europas vorwärts bringen werden; denn wir halten diese für ein großes Ziel der Zukunft. Auch deshalb danken wir Ihnen für Ihre Einladung. Im Namen meiner Partei wünsche ich Ihnen stetigen Fortschritt und erfolgreiche Arbeit zur Lösung der großen Aufgaben, die vor Ihnen liegen.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Winkelheide:

Wir danken Ihnen sehr für Ihre Grußworte und bitten Sie, Grüße des Bundestages mit nach Dänemark zu nehmen.

Nun spricht für die Katholische Volkspartei Hollands, für die Antirevolutionäre Partei Hollands und für die Christlich Historische Union Hollands

Dr. Hahn, Niederlande:

Herr Bundeskanzler! Herr Vorsitzender! Liebe Freunde der Christlich Demokratischen Union! Ich habe den ehrenvollen Auftrag, Ihnen die Grüße der drei Christlichen Parteien der Niederlande, der Christlich Historischen Union, der Antirevolutionären Partei Hollands und der Katholischen Volkspartei Hollands zu überbringen. Unsere Parteien, die seit Jahren mit der CDU im Rahmen der internationalen Union christlicher Demokraten eng zusammenarbeiten, nehmen an der Arbeit Ihrer Partei

und auch Ihres diesjährigen Parteitages lebendigen Anteil und wünschen Ihnen für Ihre Beratungen und Diskussionen den größten Erfolg. Meine holländischen Kollegen und ich haben die freundliche Einladung zu Ihrem Kongreß nicht angenommen, um nur als Außenstehende zuzuschauen, sondern um Ihnen zu bezeugen, daß wir uns mit Ihnen dem Gedanken der christlichen Demokratie eng und bleibend verbunden wissen, (Beifall), daß wir gerade in dieser ernstesten Stunde der europäischen und der Weltpolitik mit Ihnen zusammen für die Gemeinsamkeit und die Kraft der christlichen Demokratie eintreten wollen. Was Sie hier und heute erstreben, erarbeiten und erkämpfen wollen, ist aus demselben Geist geboren und ruht auf denselben Grundsätzen, die auch unsere Arbeit bestimmen. (Beifall.)

Wir sind davon überzeugt, daß wir gerade in dieser neuen und vielleicht entscheidenden Phase der Ost-West-Beziehungen dieser engen Verbundenheit und diesem inneren Zusammenhang aller christlichen und demokratischen Kräfte eine so deutliche und sichtbare Gestalt geben müssen; denn nur in dieser Gemeinsamkeit und Einheit werden wir die Prinzipien unverletzt wahren können, ohne die es eine freie Welt nicht gibt. In dem Bewußtsein, daß die christlichen Demokraten Deutschlands unter der Führung von Dr. Adenauer diese über den nationalen Rahmen weit hinausgehende Aufgabe der christlichen Demokratie wie bisher erkennt und sie weiter mit wachsender Aufmerksamkeit verfolgen wird, wünschen wir Ihnen für Ihren Kongreß Gottes Segen und gute Arbeit.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Winkelheide:

Verehrter Herr Dr. Hahn! Herzlichen Dank für Ihre Grußworte. Nehmen auch Sie die Grüße des Bundesparteitages mit nach Holland.

Nun spricht Herr

Nationalrat Dr. Tenchio, Konservative Christlichsoziale Volkspartei der Schweiz:

Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre und die Freude, dem Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands im Namen aller Gesinnungs- und Parteifreunde der Schweiz herzliche Gefühle der Sympathie und die besten Grüße zum Ausdruck zu bringen. Wir verfolgen in der Schweiz mit großem Interesse und mit gespannter Aufmerksamkeit die Arbeit, die Schwierigkeit und die Erfolge der kraftvollen CDU Deutschlands. Ich möchte gerade von dieser Stelle aus die allgemeine Überzeugung nochmals feststellen und nachdrücklich unterstreichen, daß das gewaltige internationale Vertrauen und die hohe moralische Beachtung sowie das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland unzerstörbar mit der CDU mit dem Namen ihres hervorragenden Vorsitzenden, des Bundeskanzlers Dr. Adenauer, verbunden sind. (Lebhafter Beifall.)

Wir sind tief beeindruckt von der zündenden Stärke und von der richtunggebenden Klarheit Ihrer heutigen Kundgebung. Wir drücken Ihnen unsere lebhafteste Bewunderung aus für Ihre erfolgreiche Tätigkeit und den sozialen Fortschritt. Wir danken Ihnen aber auch für die großen Dienste,

welche Sie durch Ihren furchtlosen und konsequenten Kampf für Freiheit, Menschenwürde und Frieden der gemeinsamen christlich demokratischen Idee der zivilisierten Menschheit geleistet haben und immer noch leisten. Nachdem unsere beiden Länder ihr Bekenntnis zur europäischen Integration auf geistiger Ebene abgelegt haben, möchte ich mir noch gestatten, den Wunsch zum Ausdruck zu bringen – in konsequenter Verfolgung der Gedankengänge, die heute morgen hier auseinandergesetzt worden sind –, daß Deutschland und die Schweiz aufgrund ihrer alten und traditionellen Bande, aufgrund ihrer freundschaftlichen Beziehungen auch in wirtschaftlicher Hinsicht, bald eine konstruktive und befriedigende Verständigung finden mögen, im Sinne einer umfassenden, europäischen Zusammenarbeit zwischen EWG und EFTA.

Wir sind fest davon überzeugt, daß die Mobilisierung und die Aktivierung der christlich demokratischen Kräfte in allen Staaten Westeuropas der beste Garant der rettenden Solidarität und der Front der Freiheit für das christliche Abendland sein wird. Darum unser Wunsch: Möge die CDU Deutschlands im einigenden Zeichen der christlichen Demokratie zum Wohle des deutschen Volkes und der ganzen freien Welt sich weiterhin machtvoll behaupten und entfalten.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Winkelheide:

Wir danken Ihnen für Ihr Grußwort. Bitte nehmen Sie die Grüße des Parteitages mit in die Schweiz hinein.

Nun spricht

Nationalrat Dr. Withalm, Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei:

Herr Bundeskanzler! Herr Bundesvorsitzender! Hoher Bundesparteitag! Es ist mir eine Ehre und eine Freude, Ihnen die Grüße der Österreichischen Volkspartei, die gutnachbarlichen Grüße – wie ich wohl sagen darf – der österreichischen Bruderpartei zu überbringen. Ich spreche hier nicht nur im eigenen Namen als Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei, es hat mich vielmehr auch unser Ehrenobmann, Bundeskanzler Ingenieur Raab, und der neue Bundesparteiohmann, Dr. Burkhard, gebeten, Ihnen ebenfalls herzliche Glückwünsche und Grüße zu übermitteln. (Beifall.)

Die beiden Herren sind leider verhindert, an Ihren Beratungen teilzunehmen, weil wir, nachdem im Februar unser Bundesparteitag stattgefunden hat, und nachdem wir inzwischen in einem kleinen Wahljahr bei verschiedenen lokalen Wahlgängen unsere Position festigen und stärken konnten, nun mit aller Kraft darangehen, das auf unserem Parteitage beschlossene Aktionsprogramm zu verwirklichen, das einen für uns alle verpflichtenden Namen trägt: Österreich für Europa rüsten! Ich habe das Gefühl, als Freund unter Freunden zu sein. (Beifall.)

Bevor mich der Bundesparteitag der österreichischen Volkspartei im Februar dieses Jahres zum neuen Generalsekretär wählte, hatte ich als Staatssekretär im Finanzministerium Gelegenheit zu manchen wertvollen Kontakten mit führenden Herren Ihrer Partei. Wir haben einvernehmlich – und dieser Ausdruck erscheint mir durchaus gerechtfertigt – mit gutem Erfolg das schwierige Problem des ehemaligen deutschen Eigen-

tums in Österreich gelöst. Ein besonders wertvoller Gedankenaustausch verband mich mit Ihrem leider allzu früh dahingeshiedenen Schatzminister Dr. Lindrath, dessen Ableben auch wir in Österreich tief bedauern haben. Ich bin aber überzeugt, daß sein Werk in guten Händen ist. Da ich selbst in Österreich unablässig um die Durchsetzung der Volksaktienidee bemüht bin, hoffe ich, während meines hiesigen Aufenthaltes neue Anregungen zu bekommen und Erfahrungen sammeln zu können. Das gilt nicht nur für die Teilfragen der politischen Praxis, sondern auch für unsere grundsätzliche gemeinsame Arbeit.

Eines der Themen Ihres Parteitages lautet, wenn ich richtig informiert bin: „Wohlstand – und was sonst?“ Gerade diese Frage hat uns in der Österreichischen Volkspartei bei ihrem letzten Parteitag, der als ein Parteitag der Erneuerung bezeichnet werden darf, zutiefst bewegt. Sie entspringt der Erkenntnis, daß gerade dann, wenn das Brot reichlich vorhanden ist, wenn an Nahrung, Bekleidung und allen Bedarfsgütern des täglichen Lebens kein Mangel besteht, der Mensch erst recht nicht vom Brot allein lebt. Die Antwort auf diese Fragen vermögen Marxismus, Materialismus und Sozialismus nicht zu geben. Diese Antwort erwartet man von uns, von den christlich demokratischen Parteien, die ihr Programm aus der ewigen Quelle des Christentums und des Naturrechtes schöpfen. Eine Antwort erwartet von uns aber auch die Frage nach dem weiteren Weg Europas, dieses Jahrtausende alten, alle Bedrohungen überwindenden Kontinents. EWG und EFTA sind für uns politische Realitäten, die wir zur Kenntnis zu nehmen haben und mit denen wir uns in unserer täglichen Arbeit auseinandersetzen müssen. Über diesen Kurzbezeichnungen aus der Managersprache des 20. Jahrhunderts muß für uns aber der unvergängliche Begriff des Abendlandes stehen als der geistigen Gemeinschaft der Völker dieses Kontinents. (Beifall.)

Erlauben Sie mir, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine kurze Anrufung des Genius loci dieser Stadt und dieses Landes. Der Markgraf von Baden, Ludwig-Wilhelm, genannt der Türken-Louis, war einer jener Feldherren, die sich mit ihrer Streitmacht am Morgen des 12. September 1683 auf dem Gipfel des Kahlenberges versammelt hatten, um aus dem Meßopfer die Kraft zu holen für die bevorstehende Entscheidungsschlacht und die Entsetzung der seit Wochen durch den Türkensturm aus dem Osten bedrohten Residenzstadt Wien. Seither ist mehr als ein Vierteljahrtausend vergangen. Doch der Anruf und der Auftrag der Geschichte sind unverändert die gleichen geblieben, immer dann, wenn es gilt, höhere Ziele zu wahren und höhere Güter zu verteidigen, müssen wir einig zusammenstehen, jeder gestützt auf seine eigene Kraft und im Vertrauen auf Gott und seine Gerechtigkeit. (Beifall.)

Ein schönes Dichterwort sagt: „Ehre jeden Mannes Vaterland, das Deine aber liebe.“ Wir Österreicher haben gerade in den letzten Jahrzehnten manches dazugelernt. Wir lieben unser Vaterland wirklich aus ganzem Herzen. Wenn wir in diesem Geist unsere Arbeit fortsetzen, dann werden die christlichen Demokraten jenes Europa bauen, das uns als würdige Heimstätte unserer Kinder und Kindeskinde r vorschwebt, eine enge Gemeinschaft freier und selbstbewußter Völker.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Winkelheide:

Wir danken Ihnen für Ihre Worte und grüßen Sie bitte unsere Freunde in Österreich.

Und nun spricht als letzter unserer Gäste

Generalsekretär Konrad Sieniewicz, Christlich Demokratische Union Zentraleuropas:

(Die Rede erfolgt in englisch, die deutsche Übersetzung lautet:)

Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Herr Ministerpräsident! Meine Damen und Herren! Die Christlichen Demokraten aus Mitteleuropa entbieten den deutschen Christlichen Demokraten ihre besten Grüße und wünschen Ihnen allen Erfolg zu Ihrem 9. Bundesparteitag.

Ich möchte diese Gelegenheit aber nicht versäumen, im Namen derer, die mich hierher geschickt haben, meine Hochachtung dem Herrn Bundeskanzler zum Ausdruck zu bringen. Wir haben mit größtem Interesse die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland verfolgt und sind voll Bewunderung gegenüber der Entwicklung, die in diesem Teil Ihres Landes stattgehabt hat. Jedoch befindet sich ein Teil Deutschlands in derselben Situation wie unsere Länder, und es ist für uns erforderlich, eine gemeinsame realistische Grundlage zu finden, um dieser kommunistischen Bedrohung zu begegnen. Wir befinden uns kurze Zeit vor dem Beginn der Gipfelkonferenz, deren Ergebnisse unsere Zukunft bestimmen werden. Am Vorabend der ersten dieser Gipfelkonferenzen müssen wir die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung in der ganzen Welt auf zwei Dinge lenken:

1. Daß die internationale Spannung das Ergebnis der inneren Spannung in den Ländern ist, die vom Kommunismus beherrscht sind, der inneren Spannung, die sich durch die Unterdrückung des eigenen Volkes durch die kommunistischen Machthaber ergibt,
2. daß, wenn man das Recht der freien Selbstbestimmung den Völkern in Afrika und Asien zugesteht, man es den Völkern Europas nicht verweigern kann. (Beifall.) Den Völkern Europas, die diese Freiheit dazu benutzen werden, um die gutnachbarliche Freundschaft zu fördern.

Die Entwicklung der nuklearen Wissenschaften hat gezeigt, daß der Ausbruch eines weltweiten Krieges eine Tragödie für die gesamte Menschheit werden kann. Wir sehen uns also der unabdingbaren Notwendigkeit gegenüber, all unsere Kraft daran zu setzen, um für Grundsätze zu arbeiten, Grundsätze des Lebens, die die Freiheit und den Frieden in der Welt sichern können. Diese Initiative dazu muß möglichst bald ergriffen werden, und ich glaube, daß es gerade Aufgabe der Christlichen Demokraten ist, diese Dinge in die Hand zu nehmen. (Beifall.)

Präsident Winkelheide:

Für diese Worte möchten wir dem Herrn Generalsekretär unseren Dank aussprechen. Wir fühlen uns tief mit ihm und seinem Anliegen verbunden.

Jetzt folgt nach unserer Tagesordnung der Bericht des Bundesvorstandes, den erstatten wird Herr

MINISTERPRÄSIDENT VON HASSEL

(Von Beifall empfangen.)

Bericht des Bundesvorstandes

Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Gäste! Liebe Parteifreunde! Als unser Freund, Ministerpräsident Dr. Meyers, im September 1958 im Namen des Bundesvorstandes den Rechenschaftsbericht in Kiel erstattete, konnte er auf zwei außergewöhnliche Erfolge unserer Union verweisen: Auf den großen Anstieg der CDU bei den Bundestagswahlen des Jahres 1957 und auf das großartige Ergebnis der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Frühsommer 1958. Dr. Meyers sagte damals, „daß die Union damit einen Höhepunkt der Entwicklung erreicht habe, wie ihn selbst viele von uns nicht zu erhoffen wagten“, und sprach von der großen Verantwortung, die uns damit auferlegt wird und der wir nur mit Fleiß, Tatkraft und Zielstrebigkeit gerecht werden können.

Wenn ich Ihnen heute für den Bundesvorstand den Bericht über die 19 Monate zu erstatten habe, die seit Kiel ins Land gegangen sind, so muß ich Ihnen im Blick auf das Jahr 1961 vorweg mit allem Nachdruck erklären: Ich habe Ihnen kein sanftes Ruhekitzelchen anzubieten, vielmehr ist manches nicht erreicht worden und das muß wie ein Stachel in unserem Fleisch wirken. Wir haben uns gegenüber ständigen Herausforderungen stets und jeden Tag aufs neue zu bewähren und zu behaupten.

Seit wir im Herbst 1958 in Kiel zusammen waren, haben bis heute Landtagswahlen in sieben Ländern stattgefunden, in drei Ländern sind Kommunalwahlen durchgeführt worden. Zwei Ergebnisse sind festzuhalten: Die CDU hat gegenüber vorhergehenden Landtagswahlen mit einer Ausnahme überall zugenommen, gegenüber der Bundestagswahl 1957 aber überall abgenommen. Dieses Bild zeichneter bisher alle Landtags- und Kommunalwahlen gegenüber ihren voraufgegangenen Bundestagswahlen. Man sollte das in der CDU aber nicht als ein Naturgesetz betrachten, nicht glauben, daß das ganz naturnotwendig so sein müßte, sondern man sollte die Ursache für die schlechten Ergebnisse begrenzter Wahlen aufspüren und sie abstellen.

In den letzten sechs Monaten haben Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, in Bayern und in Schleswig-Holstein stattgefunden. – Baden-Württemberg, das schöne Land unserer liebenswürdigen Gastgeber, ist offenbar das klassische Land der freien Wählergemeinschaften. Es darf als bemerkenswert gelten, daß die Stimmengewinne von 2 v. H., den diese Gruppen gemessen an der Wahl vier Jahre vorher erzielen konnten, stärker zu Lasten der SPD gegangen sind als zu Lasten der CDU.

In Bayern hat die SPD insbesondere in den großen Städten größere Gewinne erzielt als die CSU. Dafür mag es eine Reihe regionaler wie auch überregionaler Gründe geben. Gründe, die wir ernst nehmen. Aber was in Bayern das Wählen auf der kommunalen Ebene so unübersichtlich macht, das sind die Möglichkeiten des Panaschierens und des Kumulierens – erstaunlich, daß es dennoch nicht mehr ungültige Stimmen gibt! – und das sind die 16 bis 60 Stimmen, je nach Größe des Wahl-

gebiets, die der einzelne Wähler verteilen kann, und mit denen die bürgerlichen Wähler zweifellos freizügiger umgehen als die an Disziplin gewöhnten Sozialisten.

Und schließlich Schleswig-Holstein: dort hat der Landtag ein neues Wahlgesetz geschaffen. Es kann in diesem Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes nicht meine Aufgabe sein, hier dieses Gesetz zu begründen oder gegen manchen offenbar auf Mißverständnissen oder auf Nicht-Verstehen-Wollen beruhenden Angriff zu verteidigen. Die sogenannten Unabhängigen sind – jedenfalls zu ihrem unbelehrbaren Teil – böse über dieses Gesetz. Die meisten aber von ihnen waren bereit, sich der Einsicht in die engen Zusammenhänge zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik, über die heute morgen unser Freund Strauß von der CSU gesprochen hat, nicht zu verschließen. Sie waren bereit, anzuerkennen, daß die Verantwortung für das politische Geschick auf den verschiedenen Stufen der Politik kaum teilbar ist. Das Ergebnis der Kommunalwahlen vom Herbst 1959 sieht im nördlichsten Bundesland die Union ganz eindeutig an der Spitze vor den Sozialdemokraten.

Wer die Wahlergebnisse im gesamten Bundesgebiet analysiert, findet bestätigt, daß sich fast immer der Wirkungsgrad einer ausreichenden Organisation im Wahlergebnis widerspiegelt. Gute Organisation bedeutet von vornherein besseres Wahlergebnis und größere Stabilität bei aufeinanderfolgenden Wahlen. (Lebhafter Beifall.)

Die Zahl unserer Kreisverbände beträgt 397. In 320 Kreisen haben wir eigene Kreisgeschäftsstellen, von denen 206 durch hauptamtliche Kreisgeschäftsführer betreut werden. Ich muß aber zu meinem Bedauern feststellen, daß das wenig verlockende Bild vom sozialen Status unserer hauptamtlichen Mitarbeiter in den Kreisen, das Herr Dr. Meyers in Kiel zeichnete, infolge der schwierigen materiellen Situation, in der politische Arbeit heute geleistet werden muß, nicht viel heller geworden ist. Es bestehen nach wie vor Nachwuchssorgen, und die zuständigen Gremien werden sich mit diesem Problem beschäftigen müssen. Wir müssen unseren Mitarbeitern, die mit unendlich viel Idealismus ihre Arbeit tun, die Sorge um ihre monatliche Gehaltszahlung von der Hand halten, wir müssen ihnen einen soliden Berufsweg öffnen, ein Weiterkommen ermöglichen. (Beifall.) Wir müssen uns um Mitarbeiter bemühen, die den wachsenden Anforderungen an die Leistungskraft unserer Partei gewachsen sind. Vor fünf Wochen erhielt ich einen Brief eines unserer Bundestagsabgeordneten der mir einen Fall vortrug der ihm unlängst passiert sei. Er schreibt:

„Bei der Wahl eines Kreisgeschäftsführers stand ein Kandidat zur Diskussion, der in mehrfacher Hinsicht zweifellos sehr gut geeignet war. Seine Wahl wurde jedoch schließlich inhibiert auf Grund folgender Tatsachen:

1. Für ihn eintretende Parteifreunde hatten lobend hervorgehoben, daß er imstande sein würde, in den verschiedenen Versammlungen einen guten Beitrag zur Diskussion zu geben.
2. Er selber hatte angedeutet, daß er sich gern auch mit dafür einsetzen würde, für die verschiedenen Versammlungen gute Referenten zu gewinnen.

Auf Grund dieser beiden Punkte also wurde seine Wahl zu Fall gebracht mit der Argumentation, daß beides vollkommen unerwünscht sei, da ein Kreisgeschäftsführer ausschließlich die ihm erteilten Aufträge auszuführen habe. (Heiterkeit.) Es sei der Verdacht gerechtfertigt, dieses Mitglied wolle die Stelle eines Kreisgeschäftsführers als „Sprungbrett“ benutzen, um zu einer weitergehenden oder darüber hinausgehenden Mitarbeit in der CDU zu gelangen.“

Auch wenn dieser Fall sicher ein Einzelfall ist, so sind wir uns doch wohl alle im klaren darüber, daß so eine funktionsfähige Kreispartei vermutlich nicht aufgebaut werden kann. (Lebhafter Beifall.)

Lassen Sie mich zu den statistischen Anmerkungen zurückkehren: Seit dem Kieler Parteitag hat der Bundesvorstand neunmal in seiner Gesamtheit beraten. Der Bundesausschuß ist fünfmal zusammengetreten, die Landesvorsitzenden sind achtmal zusammengekommen, und unsere Landesgeschäftsführer haben acht zumeist zweitägige Konferenzen in Bonn oder als Gäste einzelner Landesverbände durchgeführt. Bei diesen Beratungen haben alle Fragen zur Diskussion gestanden, die unsere Union politisch und organisatorisch berühren.

Meine Damen und Herren! Die CDU ist dank ihrer Entstehungsgeschichte wie auch dank ihrer politischen Grundhaltung eine Partei mit föderativer Struktur. Das ist unsere Stärke, darin liegt aber auch die Schwierigkeit einer schnellen geschlossenen Meinungsbildung. Die Frage ist also: Wie kann die CDU bei Wahrung dieses föderativen Prinzips dennoch ebenso funktionsfähig sein wie eine Partei straff zentralistischer Struktur, also z. B. ebenso funktionsfähig wie die SPD?

Lassen Sie mich an dieser Stelle als ein Landesvorsitzender eines aussprechen: Bei aller Eigenständigkeit unserer Landesverbände gibt es in der CDU keinen Partikularismus. Ich glaube, daß ich für meine Kollegen sagen darf, daß sich kein Landesverband den Erfordernissen der Gesamtpartei, den Bemühungen um eine Aktivierung der Bundespartei verschließt, sondern daß im Gegenteil die Landesverbände eine starke Bundesspitze, einen entscheidungsfähigen Vorstand und eine zügig und zielstrebig, aber auch rationell arbeitende Bundesgeschäftsstelle wünschen. (Beifall.)

Aus den Erfahrungen der letzten Jahre, aus den Bemühungen von Herrn Dr. Meyers in den Jahren 1956 bis 1958, als er seine Koordinierungsaufgabe übernommen hatte, schließe ich, daß die Landesverbände im allgemeinen den Vorschlägen der Bundespartei gefolgt sind, wenn es gelang, sie von dem Sinn der entsprechenden Maßnahmen auch für ihre eigene Arbeit zu überzeugen. Ihre Aufgeschlossenheit gegenüber der Bundespartei war überdies desto stärker, je mehr sie von deren Aktivität überzeugt waren. Kein Landesverband befürchtet, daß die Bundespartei zuviel an politischer Aktivität entfaltet und damit das eigene Wirken im Landesverband einengt. Jeder Landesverband wünscht, daß auf die Organe der Bundespartei im vollen Umfange Verlaß sei und daß der Kontakt nach Bonn so eng wie möglich sein möge. (Beifall.) Die Landesvorsitzenden, die seit dem Kieler Parteitag mit dem geschäftsführenden Bundesvorstand von Fall zu Fall zusammentreten, fühlen sich verantwortlich für die Bundespartei. Sie haben ohne satzungsgemäße

Legitimation aus ihrer Kenntnis der Arbeit auf den unteren Ebenen alle Beschlüsse vorbereitet, die in dieser Zeit Bundesvorstand oder Bundesparteiausschuß gefaßt haben. Um es aber deutlich zu machen: Die Landesvorsitzenden wollen keine Sonderzuständigkeiten, keine Sonderrechte. Sie wollen kein Konkurrenzunternehmen zum Bundesvorstand sein. Sie wollen kein politisches Beschlußgremium neu konstituieren. Sie meinen aber, daß es sinnvoll ist, wenn Landesvorsitzende und Landesgeschäftsführer aus der bei aller Verschiedenheit der Situation innerhalb der Landesverbände doch sehr weitgehenden Gleichartigkeit der Interessen heraus ihre Überlegungen parteiinterner und organisatorischer Art von Zeit zu Zeit miteinander abstimmen. Eine solche Tätigkeit kann nicht zu einer Schwächung, sondern muß im Gegenteil zu einer Stärkung der Bundespartei, aber auch ihrer Glieder führen. So haben alle Gremien der Bundespartei die Fragen der inneren Ordnung der Union behandelt, geregelt oder sie für diesen Parteitag zur Lösung vorbereitet. Eine neue Geschäftsordnung, eine Ehrengerichtsordnung, eine Finanzordnung sind verabschiedet, die Bundesgeschäftsstelle umgestaltet, um den Anforderungen der künftigen Zeit gewachsen zu sein. Es klingt alles dies sehr einfach. Was aber an Überlegungen, an Verhandlungen sich allein hinter dem simplen Wort „Finanzordnung“ verbirgt, wissen diejenigen zu beurteilen, die sich in ungezählten Besprechungen mit der Neuordnung der Finanzen, der Gründung der dazu erforderlichen Gesellschaften usw. beschäftigt haben. Ich darf auf diesen Komplex später noch einmal zurückkommen.

Mit diesen Maßnahmen und den heute vorgelegten Anträgen zur Änderung der Satzung haben wir die organisatorischen Voraussetzungen für die Aufnahme der Wahlvorbereitungen 1961 geschaffen.

Lassen Sie mich noch einmal betonen: Die Arbeit der letzten 19 Monate hat nach der Auffassung der Landesvorsitzenden das Bewußtsein, Glied einer Partei, einer Bundespartei zu sein, außerordentlich gestärkt. Alle Sitzungen von Vorstand und Ausschuß, jene Sitzungen der Landesvorsitzenden, waren von vorzüglichem Geist getragen, einem Geist, der es ermöglicht, sich allein und uneingeschränkt dem großen Anliegen der Union zu widmen: Unserem Staate zu dienen, ihn zu tragen, ihn zu gestalten.

Es darf in diesem Rechenschaftsbericht nicht verschwiegen werden, wie groß die Beunruhigung war, die – ausgelöst durch den Ablauf der Amtszeit des ersten Bundespräsidenten – durch alle Kreise der Union ging; und es ist ganz gewiß ein Zeichen für die Tragfähigkeit des geistigen Fundaments unserer CDU, für das eben dargestellte Zusammenwachsen der Union, daß diese Zerreißprobe die Grundlagen und den Zusammenhalt nicht erschüttert haben. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir dieses heute feststellen können, so verdient das letzte Mitglied der Union draußen im Lande den gleichen Dank für sein unbeirrbares Vertrauen, wie er den verantwortlichen Frauen und Männern an der Spitze gebührt. (Lebhafter Beifall.)

Seit wir in Kiel zusammen waren – ich sagte es – sind unsere Geschäftsordnung, die Finanzordnung und die Ehrengerichtsordnung der Union in Kraft getreten. Sie wissen, daß eine Reihe von Bestimmungen den

Charakter von Satzungsordnungen haben. Aus diesem Grunde beantragt der Bundesvorstand, der gestern darüber einstimmig beschlossen hat, und bestätigt durch den Bundesausschuß, die in Frage stehenden Abschnitte der Geschäftsordnung sinngemäß in das Statut zu übernehmen. Es handelt sich dabei um die Bestimmungen zur Mitgliedschaft, über die Gliederung der Union, um die Charakterisierung und den Aufbau der Vereinigungen, sowie um die Bestimmungen über Wahlen und Abstimmungen; ich glaube, daß sich jede weitere Begründung für diesen Antrag des Vorstandes erübrigt.

Des weiteren hat der Vorstand den Antrag gestellt, die bisherigen §§ 9 und 10 des Statuts zu ändern. Ich verweise darauf, daß ich über die Beratungen des Bundesvorstandes zum Gegenstand dieses Antrages, der auf Mitwirkung aller Landesvorsitzenden zurückgeht, wenn sein Inhalt in Wirklichkeit auch viel weniger dramatisch ist, als es manchen Berichten über unsere Berliner Besprechungen im Juni vorigen Jahres zufolge erscheinen mochte, zum Inhalt bereits auf der letzten Sitzung des Bundesparteiausschusses berichtet habe. Der Antrag sieht im einzelnen vor für den § 9, daß sich der Bundesvorstand zusammensetzen soll aus dem Vorsitzenden, seinen vier Stellvertretern, dem Bundeschatzmeister, dem Bundesgeschäftsführer, dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und seinem Stellvertreter, den Vorsitzenden der Landesverbände und der besonderen Vertretungen, den Vorsitzenden der Vereinigungen der CDU, aus den Regierungschefs, dem Bundestagspräsidenten und den Bundesministern, soweit sie der CDU angehören, sowie aus weiteren 15 Mitgliedern.

Das bedeutet gegenüber der bisherigen Regelung den Wegfall der drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder, aber die Hinzuwahl der CDU-Regierungschefs und der Bundesminister als ordentliche Vorstandsmitglieder. Bisher nahmen die Inhaber dieser sehr herausgehobenen Mandate ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Bundesvorstandes teil. Außerdem soll die Zahl der sogenannten „weiteren Mitglieder“ des Vorstandes nunmehr 15 statt 10 Köpfe betragen. Der Gesamtvorstand wird damit um drei Köpfe stärker. Die Regelung dieses Paragraphens muß aber gesehen werden im Zusammenhang mit dem bedeutsamen Antrag auf Abänderung des bisherigen § 10. Wenn der Parteitag diesem Antrage folgt, so wird der Bundesvorstand künftig aus seiner Mitte einen engeren Vorstand wählen, dem die Vorsitzenden und 16 weitere Mitglieder angehören. Diesem engeren Vorstand soll es obliegen, die laufenden Arbeiten zu erledigen, wie der Bundesvorstand in seiner Gesamtheit den Auftrag hat, die Beschlüsse des Bundesparteitages und des Bundesausschusses durchzuführen. Ich glaube, wir sind uns alle einig in der Feststellung, daß die Partei eine kompetente, mit Autorität ausgestattete, bewegliche und schnell verfügbare Führungsspitze braucht, auf die sowohl unser Vorsitzender, unser verehrter Herr Bundeskanzler, als auch die Gesamtpartei mit all ihren Zweigen und Verästelungen jederzeit rechnen kann. Diesem Anliegen werden also die vorgelegten Anträge Rechnung tragen.

Wie sehr es uns ernst ist mit dem Bemühen um eine präzente Bundes-

wonach ein neuer Paragraph in das Statut aufzunehmen ist und die Pflicht beinhaltet, alle drei Monate eine Sitzung des Bundesvorstandes durchzuführen, während der engere Vorstand mindestens einmal in jedem Monat zusammentreten muß. Der Antrag sieht – ähnlich wie bei dem Gesamtvorstand – vor, daß der engere Vorstand auf Verlangen von mindestens drei seiner Mitglieder innerhalb einer Woche einzuberufen ist.

Wir haben im Laufe des vergangenen Jahres viele Diskussionen über die Straffung der Parteiarbeit geführt, und es gibt wohl kein Gremium der Union – auf welcher Organisationsstufe auch immer –, das über diese Frage nicht beraten hätte. Mir scheint, daß die Anträge, die ich begründen durfte, das gesunde Mittel aus Mindest- und Maximalforderungen, aus berechtigten Wünschen und berechtigten Bedenken darstellen. Ich möchte namens des Vorstandes wünschen, daß der Bundesparteitag diesen Anträgen in möglichst großer Geschlossenheit folgt.

Der Bundesausschuß der CDU wird, wie gestern im Bundesparteivorstand mitgeteilt wurde, im letzten Maidrittel in Bonn zusammentreten und die Aufgaben erfüllen, die ihm der Bundesparteitag überträgt. Das ist im besonderen die Wahl des Bundesschatzmeisters, der Kassenprüfer und der weiteren zehn oder, wenn Sie den Satzungsvorschlägen folgen, der weiteren 15 Mitglieder des Bundesvorstandes. Wir werden Sorge tragen, daß so schnell wie möglich alle Gremien der Bundespartei durch die Wahlen arbeitsfähig werden; denn niemand wird sich im unklaren darüber sein, daß wir in eine Zeit großer Entscheidungen eintreten.

Einer Straffung der Führungsspitze und der davon gewiß ausgehenden Impulse auf die Organisation der gesamten Christlich Demokratischen Union bedarf es um so mehr, als die Mitgliederbewegung bei einer im ganzen positiven Tendenz doch uneinheitlich ist. Im Vergleich zum Ende des Jahres 1957 hatte die CDU am 31. Dezember 1959 einen Zuwachs von rund 10 000 Mitgliedern zu verzeichnen. Das bedeutet eine Steigerung des Mitgliederbestandes um etwa 3 Prozent auf 250 000 – auf 250 001, einen habe ich gestern abend noch geworben. (Heiterkeit, Beifall.) Hinzuzuzählen sind etwa 60 000 Mitglieder der Jungen Union. In der Gesamtpartei von 300 000 sind die Angehörigen unserer Schwesterpartei, der CSU, selbstverständlich nicht mit enthalten.

Mann nennt die CDU so gern eine „Wählerpartei“, und man erweckt oder man duldet den Eindruck, als sei im Gegensatz dazu die SPD eine Mitgliederpartei. Ich sage es bewußt mit dem Ausdruck des Bedauerns: Es gibt in der Bundesrepublik auf keiner Seite eine Mitgliederpartei. Von rund 36 Millionen Wählern in der Bundesrepublik bekennen sich rund 1 200 000 durch die Mitgliedschaft zu einer politischen Partei. Setzt man z. B. die rund 9½ Millionen sozialdemokratische Stimmen bei der Bundestagswahl 1957 in Beziehung zur Mitgliederzahl der SPD, so ergibt sich, daß etwa 6½ v. H. aller SPD-Wähler der Partei als Mitglieder angehören. Der Bericht der vom Bundesinnenminister eingesetzten Parteienrechts-Kommission über die rechtliche Ordnung des Parteiwesens gibt darüber recht aufschlußreiche Darstellungen. Bei einem Vergleich mit totalitären Systemen kommt die Parteienrechts-Kommission zu der Auffassung, daß es beim demokratischen Mehrparteien-System in

Ministerpräsident
Kurt Georg Kiesinger
überbringt die Grüße
des gastgebenden Landes
Baden-Württemberg.



Ministerpräsident
des Saarlandes,
Dr. Franz Josef Röder,
Landesvorsitzender.





Ministerpräsident
von Schleswig-Holstein
Kai-Uwe von Hassel,
erstattet den Arbeitsbericht.

Die Ministerpräsidenten Dr. Peter Altmeier, Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz, und Dr. Franz Meyers, Nordrhein-Westfalen.



Deutschland immer so sein werde, daß alle Parteien in erster Linie notwendigerweise „Wählerparteien“ sein würden. Demgegenüber ist es jedoch bemerkenswert, daß im Jahre 1953 – und diese Zahl dürfte auch heute noch mindestens so gelten – rund 21 v. H. der Wähler, die den Konservativen in England ihre Stimmen gaben, auch Mitglieder der Konservativen Partei waren. Und wenn man die Beziehungen zwischen Labour Party und britischen Gewerkschaften berücksichtigt, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß sogar 49 v. H. aller Wähler der Labour Party auch als Mitglieder dieser Partei zu gelten haben.

Uns ist in diesen Tagen das Ergebnis einer Repräsentativbefragung bekanntgeworden. Diese Befragung kommt zu dem Ergebnis, daß 4,3 v. H. aller Menschen in der Bundesrepublik, soweit sie älter sind als 16 Jahre, einer politischen Partei als Mitglied angehören. Von großer Bedeutung aber ist die Erkenntnis, daß rund 4 v. H. von den 41 Millionen der über 16jährigen, die bisher keiner politischen Partei angehören, bereit sein würden, derjenigen Partei als Mitglied beizutreten, der sie innerlich nächstehen. 4 v. H. von 41 Millionen – das sind rund 1,6 Millionen potentielle Mitglieder der politischen Parteien in der Bundesrepublik – stützen sich bei ihrem Bemühen, das Bewußtsein vom freiheitlich demokratischen und sozialen Rechtsstaat in der Bevölkerung zu verankern und zu vertiefen, bisher erst auf die knappe Hälfte der Kräfte, die ihnen zur Verfügung stehen würden, wenn es gelänge, sie in der rechten Weise anzusprechen. Wenn wir diese Zahlen einmal allein auf die CDU/CSU beziehen und davon ausgehen, daß einerseits nur etwa 2,3 v. H. aller CDU-Wähler unsere Mitglieder sind, daß aber andererseits 4 v. H. aller uns innerlich Nahestehenden nach dieser Befragung zur Mitgliedschaft bereit sein würden, so würde das heißen: wir könnten rund 600 000 Mitglieder in der CDU/CSU mehr haben, als wir effektiv in unseren Listen führen. Es braucht mir niemand entgegenzuhalten, daß das eine Milchmädchenrechnung sei. Ich weiß wie jeder von Ihnen aus der praktischen Arbeit, daß viele theoretische Erwägungen nicht bestehen vor der rauhen Wirklichkeit. Aber ich darf hier einmal darauf verweisen, daß z. B. in Schleswig-Holstein die Zahl der CDU-Mitglieder im Laufe von fünf Jahren um rund 36 v. H. gesteigert worden ist. (Beifall.) Das ist keineswegs dem auf Klarheit bedachten Kommunalwahlgesetz in unserem Lande zu verdanken, vielmehr ist diese seit Jahren steigende Tendenz auf fleißige Arbeit zurückzuführen. In unserem Landesverband sind wir keineswegs aber der Meinung, wir hätten bereits einen Höhepunkt in der Entwicklung unserer Union erreicht. Auch bei uns gilt hier und da noch, was Dr. Meyers vor eineinhalb Jahren anprangerte, als er folgendes ausführte:

„In vielen Kreisparteien ist der Zusammenhalt der alten Mitglieder so eng, daß sich jeder neue Anwärter als Außenseiter fühlen muß und deswegen den Eintritt in diesen geschlossenen Kreis scheut.“

Es gibt eine Reihe von Zeichen auch aus der allerletzten Zeit und aus den verschiedensten Winkeln der Bundesrepublik, die mich veranlassen, hier und heute den Appell zu wiederholen, der in der Rede unseres Freundes Dr. Meyers in Kiel, so nachdrücklich enthalten war: daß die Verbände der CDU nämlich keine geschlossene Gesellschaft sein dürfen, daß die Union sich hüten muß, Honoratiorenpartei zu sein, sondern daß

im Gegenteil der Charakter der CDU als Volkspartei erkennbar sein muß in der Bereitschaft, allen Kräften die Möglichkeit zur Mitarbeit zu eröffnen, die sich christlich demokratischem Gedankengut verpflichtet fühlen. (Beifall.)

Dabei haben wir zu beherzigen, was der Chefredakteur der „Ruhr-Nachrichten“, Robert Schmelzer, unlängst vor der Jungen Union Westfalens über Programm und Wirklichkeit der CDU gesagt hat:

„Die Union sollte nie vergessen, daß ihr Fundament nicht die Bindung materieller, sondern geistiger Interessen ist ... Für die Union, ihre Existenz und ihre Wirkung sind allein ausschlaggebend, daß in ihr die politische Zusammenarbeit der bewußten Christen aller Konfessionen lebendig und für die Zielsetzung verbindlich bleibt ... Sollte“ – so sagte er – „dieser Geist nicht mehr sein, dann ist das Ende wieder das gemeinsame Konzentrationslager. Bleibt dieser Geist, so wird auch die Freiheit bleiben.“

Diejenigen Bürger unseres Staates, die es ablehnen, sich durch die Mitarbeit in einer politischen Partei stärker als nur durch die Stimmabgabe bei Wahlen zu verbürgen für den Bestand unserer Freiheit, haben die verschiedensten Begründungen für ihre Abstinenz. Sie haben keine Zeit, sie wollen von Politik überhaupt nichts wissen, sie halten die Parteien für Interessentenklüngel, sie fürchten Nachteile, sie wollen neutral bleiben, und sie berufen sich auf die bösen Erfahrungen der Vergangenheit. Sie meinen, sie hätten sich einmal die Finger verbrannt, sie hätten sich einmal für Politik interessiert – und dann seien sie dafür bestraft worden. Lassen Sie mich den Brief eines Parteifreundes im Auszuge zitieren.

Er schreibt:

„Wie schön ist dieser Trumpf für alle politischen Drückeberger und Bekenntnislosen. Wie demütigend aber für alle ehrlichen Mitarbeiter innerhalb der Parteien! Der Grundsatz der gleichen Startbedingungen für alle wird verletzt, wenn die einen so tun dürfen, als ob sie parteipolitisch neutral sind, und damit politische Geschäfte machen, die anderen aber, die sich zu einer Partei und ihren Grundsätzen bekennen, nur Mißtrauen begegnen. (Beifall und sehr richtig!) Ich bin überzeugt, daß alle Besserwisser unter neutraler Firma sich gar nicht in den Vordergrund wagen würden, wenn sie Farbe bekennen müßten, wo sie wirklich politisch stehen. Sie hätten sofort wieder Angst vor den geschäftlichen Nachteilen, die sie gerne den Parteimitgliedern überlassen.“ (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wer nicht den Verbände-Staat will – den Verbände-Staat mit all seinen Gefahren, wer es ernst meint mit unserer Verfassung, wer die parlamentarische Demokratie stärken will, der muß mit uns gemeinsam dafür Sorge tragen, daß die politischen Parteien stärker sind. Allmählich sollte es auch dem letzten Träumer klargeworden sein: Wenn wir diese freiheitliche parlamentarische Demokratie verspielen, wenn wir sie nicht vor dem Schicksal der Weimarer Republik bewahren, dann kommt über uns die rote Diktatur. Und Hunderttausende werden ein schreckliches Erwachen spüren. Sie werden sich dann sicher fragen, warum sie nicht mitgeholfen haben, dieses Schicksal von sich

und von unserem Volk fernzuhalten, wieso sie nur meinen konnten, daß Politik sie nichts angehe.

Indessen: Es wächst offenbar auch bei denen, die sich heute noch nicht bekennen wollen zu ihrer Pflicht, als Bürger im Staat mitzuarbeiten – es wächst offenbar auch bei ihnen die Erkenntnis – daß man durch den Eintritt in eine demokratische Partei eigentlich mithelfen sollte, die Wiederholung einer Diktatur zu verhindern, gerade weil wir früher mit der Partei der Diktatur schlechteste Erfahrungen gemacht haben. Es wächst offenbar das Bewußtsein, daß eine politische Tätigkeit außerhalb einer politischen Partei normalerweise wirkungslos bleibt und daß man sich in einer Demokratie aktiv für das politische Geschehen zu interessieren hat.

Doch viele sagen, daß man als einfaches Parteimitglied doch nur seinen Beitrag zahlen dürfe, daß man jedoch nur wenig von dem erfahre, was die Parteiführung tut. Meine Freunde! Sorgen wir dafür, daß die Mitglieder unserer CDU auf allen Organisationsstufen gute Gründe haben, um gegen derart resignierende Behauptungen zu protestieren. Haben wir aber schon alles getan, um die Mitgliedschaft in der CDU attraktiv zu machen? Könnten wir nicht noch besser dafür Sorge tragen, daß unsere Mitglieder wohl informiert sind, daß sie das Gefühl haben, in allen entscheidenden politischen Fragen sachverständiger zu sein als der Nachbar, der nur eine 10-Pfennig-Zeitung liest? (Beifall.)

Lassen Sie mich zusammenfassen: Wenn wir den Anti-Parteienaffekt, der so weit verbreitet ist, überwinden wollen, so dürfen wir nicht nachlassen in den Bemühungen, das Verhältnis unserer Bevölkerung zu den demokratischen Institutionen zu entwickeln, die Kenntnis zu verbreiten von den objektiven Aufgaben der politischen Parteien und die psychologische Sperre zu überwinden, vor der jene stehen, die sich darauf berufen, daß sie oder ihre Brüder oder ihre Väter sich schon einmal die Finger verbrannt hätten. Wenn das im ganzen tatsächlich eine Aufgabe ist, die Arbeit auf ganz lange Sicht und in die weite Zukunft hinein erfordert, so heißt das nicht, daß wir nicht heute anfangen müßten. Welche Methoden wir dazu neu zu entwickeln haben, das mag in allen zuständigen Gremien, insbesondere im Bundesvorstand, in den Landesvorständen und bei den Konferenzen unserer Geschäftsführer im einzelnen erörtert werden.

Auf dem letzten Parteitag wurde dargelegt, daß das Grundgesetz im Art. 21, selbst wenn es nur von der Mitwirkung der Parteien bei der politischen Willensbildung spricht, die politischen Parteien unter den Umständen der modernen Massengesellschaft in eine weitgehende Monopolstellung gebracht hat. Seither ist das Gutachten der Parteienrechtskommission veröffentlicht, das unter anderem von dem Machtanstieg der Interessenverbände spricht. Es sagt wörtlich:

„Diesem gegenüber liegt es namentlich den großen, verschiedene soziale Kräfte in sich vereinigenden Parteien ob, nicht nur in ihren eigenen Reihen einen vermittelnden Ausgleich der Interessen vorzunehmen, sondern sich über partikulare Interessen hinaus am Wohle der Gesamtheit zu orientieren und von dieser Grundlage aus, gleich ob Regierung oder Opposition, ihre Entschlüsse zu fassen.“

Wenn die Parteienrechtskommission dem Bundesgesetzgeber darüber hinaus für ein Parteiengesetz die allgemeine Vorschrift empfiehlt: „Die Tätigkeit der Parteien dient dem Wohle des ganzen Volkes“, so glaube ich, haben die Wissenschaftler dieser Kommission damit einen eindringlichen und berechtigten Appell an die Bürger der Bundesrepublik gerichtet.

Wie steht es nun um die Möglichkeiten der Parteien, eine so hohe Verantwortung für das ganze Volk wirklich wahrzunehmen? Auch auf die Gefahr hin, daß ich manchem unter Ihnen nichts Neues sage, muß ich um Ihre Aufmerksamkeit für einige Zahlen bitten: Alle demokratischen Parteien in der Bundesrepublik zusammen haben im Bundestagswahljahr 1957 etwa 45 bis höchstens 50 Millionen Mark für die Organisations- und Wahlkampfarbeit ausgegeben. Die Machthaber der sowjetischen Besatzungszone, die Herren Ulbricht und Genossen aber setzen jährlich 100 Millionen Westmark – einhundert Millionen Westmark! – ein zu Zwecken der Spionage in der Bundesrepublik, (Hört, Hört!) zum Zwecke der Infiltration, der Unterwanderung. Was Unterwanderung bedeutet, haben wir sogar in unserer eigenen Partei erfahren. Sie haben die Prozesse hier in Karlsruhe verfolgt. Seien sie überzeugt: es gibt niemanden unter uns, keine Orts-, Kreis- oder Landespartei, keine Vereinigung, die nicht das Ziel der Agenten ist.

Eine mittlere Zigarettenfabrik in der Bundesrepublik gibt pro Jahr 30 Millionen DM für Werbung aus. Der Werbeaufwand der gesamten Wirtschaft in der Bundesrepublik belief sich 1958 auf 1,945 Milliarden DM, also auf das 43fache dessen, was alle politischen Parteien zusammen im Wahljahr 1957 ausgegeben haben. Eine Anzeigenseite in der Hamburger 10-Dpf-Bild-Zeitung kostet 98 000 DM und wenn Sie den Gesamtbetrag nehmen, den die Kosmetik-Industrie im Laufe des Jahres für Werbung in den illustrierten Zeitungen ausgibt, dann sind Sie etwa bei den 45 Millionen angekommen, die das Bundestagswahljahr 1957 den politischen Parteien gekostet hat.

Wenn heute ein großes Werk hingeht und seine Produkte auf einer ganzen Anzeigenseite in allen Tageszeitungen der Bundesrepublik anpreist, so gibt es dafür den Betrag von 800 000 DM aus. Und diesen Betrag setzt das Werk selbstverständlich als eine normale Betriebsausgabe von der Steuer ab. Wenn das gleiche Werk es sich einfallen ließe, einer oder mehreren staatstragenden Parteien, die doch wohl in erster Linie dafür eintreten, daß der Hundert-Millionen-Aufwand der Herren Ulbricht und Genossen in der Bundesrepublik nicht zum Erfolg kommt –, wenn das gedachte Werk also den Betrag von 800 000 DM quasi als eine Versicherungsprämie für die politische Freiheit an politische Parteien zur sinnvollen Verwendung zahlen wollte, so würde es dank dem vielbesprochenen Urteil vermutlich den gleichen Betrag noch einmal an Steuern entrichten müssen. (Hört, Hört!)

Wie oft ist in den letzten Jahren auf das Gewicht der Verbände hingewiesen. Allein der Deutsche Gewerkschaftsbund hat 6,3 Millionen Mitglieder und verfügt über rund 300 Millionen DM Beiträge pro Jahr. Die Beitragseinnahmen aller politischen Parteien aber zusammen genommen belaufen sich auf etwa 1 Millionen DM, also rund $\frac{1}{26}$ davon. Kosten zur

Errichtung eines firmeneigenen Golfplatzes können unter den Buchungen „Förderung des Sports“ steuerbegünstigt behandelt werden. Man kann auch steuerbegünstigt für ein Museum spenden. Jeder Richter erwartet es als selbstverständlich, daß die der freiheitlichen Demokratie verpflichteten politischen Parteien in der Bundesrepublik es schon verhindern werden, daß die SED uns eines schönen Tages überrollt. Aber zur Kräftigung der Institutionen im Volk, die der Hort der bürgerlichen Freiheit sein sollen, ist Steuerbegünstigung nicht mehr vorgesehen. (Hört, hört!) Ich darf hier noch darauf hinweisen, wie oft wir die Frage aufwerfen: wie verhält sich eigentlich die finanzielle und organisatorische Stärke der Verbände in der Bundesrepublik zum Auftrag des Artikels 21 unseres Grundgesetzes? (Sehr richtig!) Und wie oft ist in wohl allen Parteien auch die Frage einer gesunden Finanzierung behandelt worden, die die Parteien in die Lage versetzt, ihre Aufgaben zu erfüllen, aber auch dem Steuerzahler die Sicherheit gibt, daß die Parteien seine Leistung respektieren und mit seinen Geldern verantwortungsbewußt umgehen.

Meine Freunde! Der Bundestag hat einen Weg geöffnet, mit dem er für einen Teil der politischen Arbeit eine gewisse Hilfe gibt. Das ist sehr anzuerkennen. Wir alle sind der Meinung, daß die Finanzierung nicht nur aus staatlichen Mitteln erfolgen soll. Aber da die eigenen Beiträge nicht reichen, sollte man Mischsysteme prüfen, daß zusammenfließen können Beiträge und Spenden und Hilfen des Staates. Man sollte aus diesen Fragen die Konsequenzen ziehen und noch einmal das Thema der Chancengleichheit überprüfen, das beim Karlsruher Urteil eine so entscheidende Rolle spielte, und also der Frage der Steuerabzugsfähigkeit noch einmal nachgehen. (Beifall.)

Meine Freunde! Sehen Sie, der Grundgedanke des Richterspruchs von Karlsruhe war die Chancengleichheit der politischen Parteien. Ist diese Chancengleichheit aber heute gegeben? In einer Schweizer Zeitung ist Anfang dieses Monats ein sehr interessanter, offenbar recht fundierter Artikel von Axel Momberger erschienen unter der Überschrift: Die SPD ist reich, die CDU hat reiche Freunde. Unterzeile: Die deutschen Parteien haben ihre Sorgen um das liebe Geld. In diesem Artikel heißt es:

1. „So können denn die beiden großen Parteien – ebenso wie natürlich die kleineren – ohne Spenden nicht leben, wobei die Ausgangspositionen allerdings ungleich sind. Die CDU ist fast ausschließlich auf Spenden befreundeter Wirtschaftskreise angewiesen, die SPD hat ein Vermögen. Die CDU wäre – so schreibt diese Schweizer Zeitung – im landläufigen Sinne eine arme Partei mit reichen Freunden und Wählern, die SPD hingegen eine reiche Partei mit armen Wählern.“
2. Es stellt sich nun heraus, daß keine der westdeutschen Parteien in der Lage ist, ihre Ausgaben allein durch Mitgliedsbeiträge zu finanzieren.“

Und lassen Sie mich ein weiteres Zitat aus dem Artikel von der reichen SPD anfügen. Unter Überschrift „Großes Vermögen der Opposition“ heißt es:

„Denn die SPD hat im Gegensatz zu allen anderen westdeutschen Parteien ein nicht unerhebliches Vermögen, in dessen Besitz sie

sogleich nach dem Kriege in legaler Ausschöpfung der möglichen Wiedergutmachungsansprüche für den Besitz ihrer Vorgängerin zur Zeit der Weimarer Republik kam. Die von ihr erlangte Summe von 110 Millionen RM bestand zu einem nicht unwesentlichen Teil aus Sachwerten, aus Grundstücken, Gebäuden und Druckereien, Maschinen. Diese Rückerstattung gab der SPD Mittel für einen Propaganda-Apparat in die Hand, wie ihn keine andere Partei hat. Die SPD besitzt einen Wirtschaftskonzern unter der Bezeichnung „Konzentration GmbH“, in dem beim 10jährigen Bestehen 1956 zusammengefaßt waren: 26 Zeitungen, 30 Druckereien, 5 Buch- und Zeitschriftenverlage, 8 Buchhandlungen und 8 weitere Unternehmungen. Als Jahresumsatz werden 150 Mio angegeben, wovon ein gewisser Prozentsatz steuerfrei an die Partei fließen kann. Der CDU erscheint dieser Besitz und diese Einnahme-Quelle so ideal“ – schreibt diese Schweizer Zeitung - „daß sie dem Beispiel folgen und ebenfalls Verlage, Druckereien und ähnliches in ihren Besitz bringen möchte.“

Meine Damen und Herren, ich habe richtig vorgelesen: in ihren Besitz bringen möchte!

Bei der ersten Beratung des Parteiengesetzes im Bundestag haben unsere Freunde – Herr Bundesinnenminister Dr. Schröder, Herr Dr. Even, Herr Wacher und schließlich Herr Dr. Barzel – mit ihrer Aufklärung dieser Zusammenhänge und mit der Forderung nach der Offenlegung des Vermögens der Parteien die SPD in einige Verlegenheit gebracht. Es gibt eine Reihe von ausgezeichneten Publikationen über die finanzielle Situation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Wenn sich trotzdem immer noch das Märchen von den Millionen der CDU und von der armen SPD hier und dort behauptet, so liegt das wohl daran, daß wir uns manchmal zu fein dünkten, über anderer Leute Geld zu reden und gegen eine unlautere Flüsterpropaganda zu Felde zu ziehen. Bitte erinnern Sie sich: CDU und CSU haben insgesamt rd. 320 hauptamtliche Mitarbeiter – etwa so viele, wie allein im Bonner Hauptquartier der SPD sitzen. (Hört, hört!)

Günter Triesch zitiert in seinem Artikel den wissenschaftlichen Assistenten der SPD Bundestagsfraktion, Ulrich Drübber, der über den Apparat der SPD einmal schrieb:

„Die SPD hat im ganzen Bundesgebiet bei 6000 Ortsvereinen zusammen mit der Bundesgeschäftsstelle nicht einmal 1000 hauptamtliche Funktionäre!“

Triesch weist im einzelnen nach, daß die SPD, so sehr sie auch versucht, sich als die Mitgliederpartei zu gebärden, selbst bei der straffsten Handhabung ihrer Parteisteuerbestimmungen bei weitem nicht in der Lage ist, aus den Beitragseinkünften den SPD-Apparat zu unterhalten:

„Die Sozialdemokraten scheuen sich durchaus nicht, Geld zu nehmen, wo immer sie es kriegen können, und sich dienstbar zu machen, was immer ihrer Unterstützung dienen kann. Irgendwer hat im Blick auf die deutsche Sozialdemokratie einmal das Bild von der Schleiertänzerin gebraucht, die sehen läßt, was eben verborgen bleiben kann, aber dennoch gut verhüllt bleibt . . .“

Die SPD gebärdet sich in ihren Jahresberichten, als gewähre sie jedem jeden gewünschten Einblick, aber über gar vieles sagt sie nichts aus. Es wird Sie, meine Freunde, gewiß interessieren: Im niedersächsischen Landtagswahlkampf betrugen die Aufwendungen der CDU für die Inseratenwerbung in der Tagespresse 112 326 Mark, die Ausgaben der SPD lagen allein auf diesem einen Sektor der Wahlwerbung um 45 000 Mark höher; sie betrugen nämlich 168 256 Mark. Meine verehrten Damen und Herren – diese gar nicht arme SPD mit ihren doch offensichtlich keineswegs armseligen zusätzlichen Geldquellen war der Hauptgegner der CDU in allen bisherigen politischen Auseinandersetzungen, in allen bisherigen Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen, und wird auch künftig unser politischer Hauptgegner sein.

Fragen wir uns nun nach den Ergebnissen der zurückliegenden Wahlen, so stellen wir fest: Seit 1945 ist die CDU von Kommunalwahl zu Kommunalwahl, von Landtagswahl zu Landtagswahl, von Bundestagswahl zu Bundestagswahl stärker geworden. Ich habe im einzelnen darüber berichtet.

Manchmal kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, als befänden wir uns und als befänden sich neutrale Kommentatoren gegenüber der SPD in der Position des Kaninchens, das gebannt auf die Schlange starrt. Die SPD hat Erfolge, wir bestreiten sie nicht. Wir mäkeln nicht daran herum, wir empfinden sie als Ansporn für uns selbst. Aber wir sollten doch auch unseren Verstand gebrauchen und uns an die Rechenkünste nach Adam Riese erinnern: So wie $2+2=4$ ist, so sind heute die Erfolgszahlen der SPD bei fast allen Wahlen eben im großen und ganzen in etwa so groß wie bei früheren Wahlen die Stimmen der Sozialdemokraten und ihrer Brüder auf der Linken zusammen. Wenn der Trend zum Zweiparteien-System weitergeht, werden wir damit rechnen müssen, daß die Neigung zur Konzentration der Wählerstimmen auf eine Partei bei allen Sozialisten – ob Marxisten oder nicht – größer ist und schneller fortschreitet als bei den sogenannten Bürgerlichen. Ein Grund wohl, um uns anzustrengen. Aber ganz gewiß kein Grund, um in eine Psychose zu verfallen, oder gar zu resignieren.

Die Sozialdemokraten haben für ihre Wahlkämpfe weder Zauberer noch Wunderdrogen zur Verfügung und unsere Art der Wahlkampfführung war bisher wohl zu erfolgreich, um als antiquiert abgetan zu werden. Wenn die SPD heute offenbar der Meinung ist, daß eine permanente Pflege der öffentlichen Meinung mit einer geschickten Publizität in den Großstädten wirkungsvoller ist als Großkundgebungen es dort sein würden, so verlegt sie diese Großkundgebungen eben mehr in die Provinz. Und deshalb wohl macht Willy Brandt, gehüllt in den Mantel der Würde und der Publizität des Berliner Bürgermeisters, vier Termine für seinen Einsatz beim Kommunalwahlkampf der SPD an der Saar frei. Wenn Herr Dr. Vogel seinen Wahlkampf in München führte, indem er bei 90 Verbänden, 60 Versammlungen der verschiedensten Art und 8 Faschingsbällen zu Gast war, so mag das für München das richtige Rezept gewesen sein. Die Zuggpferde der SPD gingen dafür in die Provinzstädte. Die Sozialdemokraten sind in einem Punkt offenbar geschickter als wir: indem sie Willy Brandt und den Münchener Dr. Vogel als Bannerträger

einer jüngeren Generation groß herausstellen, verbergen sie hinter diesen Männern die vielen Rauschbärte und erwecken den Eindruck, eine junge Partei zu sein. (Beifall.)

Die CDU ist eine sehr viel jüngere Partei. Sie schleppt sehr viel weniger Ballast mit sich herum als die SPD. Erinnern Sie sich an das heute mehrfach zitierte Godesberger Programm der Sozialdemokraten – da ist viel Bemühen um moderne Formulierung; da ist alles auf die Öffentlichkeitswirkung abgestellt. Aber da sind doch die alten Grundvorstellungen, die von denselben Leuten vorgetragen werden. Den Sozialdemokraten geht es so wie Wilhelm Busch gereimt hat: Wenn einer, der mit Mühe kaum gekrochen ist, auf einen Baum, nun meint, daß er ein Vogel wär', so irrt sich der. (Heiterkeit, Beifall.)

Dieser Scherz aber, meine Damen und Herren, wird zu einer ausgesprochen makabren Angelegenheit, wenn wir als Zuschauer bei diesen Bemühungen der Sozialdemokraten den Baum zu erklimmen, nun selber der Vorspiegelung erliegen würden, als seien die Propagandisten da oben im Geäst nun tatsächlich in der Lage, zu fliegen.

Ich komme zum Schluß. Der Herr Bundeskanzler hat bei der Sitzung des Bundesparteiausschusses im Januar dieses Jahres mit allem Nachdruck und mit großem Ernst auf die Bedeutung der Kommunalpolitik und der Kommunalwahlen hingewiesen. Ich, als Bürgervorsteher meiner Heimatstadt Glücksburg, kann den Appell unseres verehrten Herrn Bundesvorsitzenden nur mit allem Nachdruck unterstreichen. Auch für die Wahlkämpfe bei Kommunalwahlen gilt, was für jeden Wahlkampf wichtig ist: Mit technischen Mitteln, mit Filmen, mit Plakaten, mit Fernsehen, mit Kundgebungen und Versammlungen, mit Werbemobilen und mit Luftballons ist nichts getan, wenn nicht davor zielstrebig, fleißig und mit großem persönlichen Einsatz in rastloser Kleinarbeit treu gearbeitet worden ist. (Beifall.) Die beste Garantie für Wahlerfolge ist eine erfolgreiche Politik, die der Zustimmung des Volkes in seiner Mehrheit sicher ist. (Beifall.)

Wir sind seit mehr als einem halben Jahr dabei, in einem eigens dazu bestellten Gremium den Bundestagswahlkampf 1961 sorgfältig vorzubereiten. Aber kein Wahlkampf wird durch Wunder gewonnen. Auch die Wahlen von 1953 und 1957 sind für uns Erfolge gewesen, weil wir auf eine gute und erfolgreiche Politik verweisen konnten und weil es uns gelungen ist, diese gute und erfolgreiche Politik den Wählern begreiflich zu machen. Wir waren auch darum erfolgreich, weil die SPD uns nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hatte, und weil sie sich teilweise ausgesprochen töricht verhalten hat. Aber auch die Sozialdemokraten haben Taktik gelernt. Sie propagieren das sogenannte Grundsatzprogramm mit den schönen, soviel Unebenes verhüllenden Worten. Sie haben gelernt, ihre Kandidaten geschickt aufzubauen und wenn sie im Herbst ihr Schattenkabinett präsentieren werden, dann wird das mit einem ungeheuren Propaganda-Aufwand geschehen.

Meine Freunde! Wir bereiten die Wahl vor, wir konzentrieren uns auf den Wahl-Parteitag des Jahres 1961, wir bereiten, diesem vorausgehend, einen kulturpolitischen Kongreß vor, auf dem wir umfassend, nur auf dieses unser großes Anliegen konzentriert, unseren Standort klären, ab-

stimmen, weiter entwickeln. Wir bauen unser großes Vertrauensmännernetz auf, wir verlangen, daß man zeitig – jetzt bereits – die Kandidaten für die Wahl 1961 nominiert und ganz entschieden dort auswechselt, wo die Auswechslung erforderlich ist, und diese neuen, jüngeren, aktiven Frauen und Männer dem Wähler bereits jetzt vertraut macht. Wir begegnen dem Ansturm der SPD, wenn wir uns den Wählern mit unseren Zielen verständlich machen, wenn wir unsere Erfolge nicht schmälern lassen, wenn auch der letzte Vertrauensmann in der täglichen Kleinarbeit an Deck ist, wenn unsere Kandidaten in ihren persönlichen Bereichen mit Fleiß wirken, und wenn wir sichtbar machen, daß jeder, der im Namen der CDU ein Mandat inne hat oder erstrebt, sich persönlich voll und ganz einsetzt.

Die Christlich Demokratische Union und die Christlich Soziale Union sind zur tragenden politischen Kraft in allen Teilen Deutschlands geworden durch ihr Wirken im Sinne des partnerschaftlichen Einstehens für einander, des Sorgetragens für den Nächsten auf christlich-abendländischer Verpflichtung.

Politische Arbeit sollen wir verstehen als das Wirken in der Öffentlichkeit, in die Öffentlichkeit hinein und für die Allgemeinheit – über das noch so wohlverstandene Parteinteresse hinaus. Machen wir uns doch zu eigen, was für die Wirtschaftswerbung gilt:

Schweigen erweckt Mißtrauen und Unbehagen. Und vergessen wir nicht die Lehre aus der Geschichte der Christlich Demokratischen Union, die Lehre nämlich, daß Fleiß die Wurzel des Erfolges ist.

(Anhaltender, lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Gurk:

Ich habe zunächst die Aufgabe, unserem verehrten Freund von Hassel herzlichst zu danken für den umfassenden Bericht und für die dahinter sichtbar gewordene Arbeit. Dem Bundesvorstand, an der Spitze dem verehrten Herrn Parteivorsitzenden, und dem Bundesausschuß möchte ich bei anderer Gelegenheit für die Bewältigung der Fülle von Aufgaben danken.

Ich möchte jetzt noch kurz sagen, daß die erste Hälfte des Nachmittags unser Freund Arbeitersekretär Winkelheide präsiert hat, und es ist jetzt Wachablösung. Jetzt präsiert unser Freund Minister Lemmer. Freund Landgerichtsdirektor Melchner, der uns geschrieben hat, bitte ich, sich vorzuwagen zu einem kleinen Gespräch; ebenso den Parteifreund, der sich mit uns über die Beziehungen der Ortsgruppe zum Kreisverband unterhalten möchte.

Präsident Bundesminister Lemmer:

Ich übernehme die Leitung des Parteitages und schlage dem Parteitag vor, daß wir die Aussprache über das Referat unseres Freundes v. Hassel mit der Beratung der vorliegenden Satzungsänderung verbinden, denn unser Freund v. Hassel ist in seinem Referat in wesentlichen Punkten schon in die Probleme der Satzungsänderung eingestiegen. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, darf ich annehmen, daß der Parteitag mit diesem Verfahren einverstanden ist. – Es erfolgt kein Widerspruch.

Ich bitte um Wortmeldungen sowohl zu dem Referat unseres Freundes v. Hassel als auch zu den vorliegenden Satzungsänderungen. Vorher erteile ich das Wort dem Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission, da der Parteitag jetzt in eine Phase verschiedener Abstimmungen kommen wird, denn es muß vorher geklärt sein, wieviel Delegierte anwesend sind und wieviel Delegierte berechtigt sind, sich an den Abstimmungen und Wahlen zu beteiligen.

Ich erteile das Wort unserem Freund

Vorsitzender der Mandatsprüfungskommission Adorno:

Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Die Mandatsprüfungskommission hat die Aufgabe, zu prüfen, ob die Delegierten ihr Mandat rechtmäßig ausüben. Mit Schreiben vom 16. November 1959 hat die Bundesgeschäftsstelle die Landesverbände aufgefordert, die Wahlen der stimmberechtigten Delegierten nach ihren Landessatzungen vorzunehmen. In diesem Schreiben wurden den Landesverbänden die ihnen nach dem Statut der CDU zustehenden Delegiertenzahlen mitgeteilt.

Für die Entsendung von stimmberechtigten Delegierten zum Bundesparteitag ist § 4 des alten Statuts maßgebend. Danach entsenden die Landesverbände auf je angefangene 75 000 CDU Wählerstimmen der letzten Bundestagswahl 1 Delegierten und auf je angefangene 1000 Mitglieder einen weiteren Delegierten. Die Exil-CDU entsendet 75 Delegierte, der Landesverband jenseits Oder-Neiße 20 Delegierte.

Die Berechnung der Delegierten-Zahlen erfolgte auf der Grundlage des Wahlergebnisses der letzten Bundestagswahl und auf Grund des Mitgliederstandes vom 30. September 1959. Danach ist die Summe der stimmberechtigten Delegierten 533. Die Unterlagen für die Berechnung der Delegiertenzahl wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft und für ordnungsgemäß befunden.

Von den 533 stimmberechtigten Delegierten sind nach Prüfung der Kommission 504 anwesend.

Die Prüfung der Meldungen der Landesverbände und die Prüfung der Anwesenheit der Delegierten ist nach den Unterlagen des Tagungsbüros erfolgt und durch Unterschrift des jeweiligen Landesgeschäftsführers oder Landesvorsitzenden anerkannt worden. Die Landesgeschäftsführer haben die nach dieser Prüfung für ihre stimmberechtigten Delegierten zustehenden Stimmzettelblocks erhalten und an die Delegierten verteilt. Beanstandungen oder Anfechtungen sind nicht vorgebracht worden.

Präsident Bundesminister Lemmer:

Ich danke sehr. Ich bitte nunmehr um Wortmeldungen und mache darauf aufmerksam, daß die Drucksache 1 die Satzungsänderungen enthält. Ich habe den Eindruck, daß zu einer Generalaussprache über das Referat unseres Freundes v. Hassel und die vorliegende Drucksache kein Wunsch besteht.

Das Wort hat unser Parteifreund

Ministerpräsident v. Hassel:

Herr Präsident! Zu der Drucksache 1 mache ich darauf aufmerksam, daß in den §§ 20 und 22 eine redaktionelle Änderung vorgenommen werden

mußte. Das ist leider übersehen worden. Da muß gleichzeitig formuliert sein, was den Landesverband Oder-Neiße und die Exil-CDU angeht. Aber das ist wohl eine rein redaktionelle Änderung.

Abstimmung über die Satzungsänderungen

Präsident Bundesminister Lemmer:

Dieser Wunsch wurde mir schon unterbreitet. Ich nehme an, daß das vom Parteitag als eine redaktionelle Änderung aufgefaßt wird.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, darf ich die Drucksache 1 aufrufen. Ich glaube, der Parteitag teilt mit mir die Meinung, daß die §§ 1–24 einschließlich pauschal durch Abstimmung erledigt werden können, weil sie gegenüber dem bisherigen Zustand keine Änderung darstellen.

Ich höre keinen Widerspruch und bitte die Delegierten, die mit den §§ 1–24 einschließlich einverstanden sind, ihre Stimmkarte zu erheben. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen – Gegen einige Stimmenthaltungen sind die §§ 1–24 einschließlich verabschiedet.

Wir kommen nunmehr zu den Neufassungen, die vor allem in den §§ 25, 26, 27 enthalten sind. Auf die Tragweite dieser Änderungen brauche ich wohl nicht besonders aufmerksam zu machen. Ich rufe auf

§ 25.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ich stelle § 25 zur Abstimmung. Wer § 25 nach der Vorlage akzeptiert, bitte ich die Stimmkarte zu erheben. – Gegenprobe – Stimmenthaltungen – § 25 ist bei einigen Stimmenthaltungen angenommen. Wir kommen zu

§ 26.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Delegierten, die mit § 26 einverstanden sind, die Stimmkarte zu erheben. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen. § 26 ist bei 1–2 Stimmenthaltungen angenommen.

(Widerspruch.)

– § 26 ist bei einigen Stimmenthaltungen angenommen. Wird Auszählung der Stimmenthaltungen gewünscht? – Das ist nicht der Fall. § 26 ist also angenommen. Wir kommen zum

§ 27.

Wird zum § 27 das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme dieses Paragraphen ist, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Auch der § 27 ist angenommen. Wir kommen zu den weiteren

§ 28 – § 41.

also bis zum Ende. Auch hier handelt es sich nicht um materielle Änderungen, so daß ich glaube, auch hier eine pauschale Abstimmung vorschlagen zu dürfen. Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich bitte diejenigen um Erheben der Stimmkarte, die auch den Rest des vorliegenden Entwurfs annehmen wollen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Eine Stimme da-

gegen. Stimmenthaltungen? – Einige Stimmenthaltungen. Eine besondere Auszählung wird nicht gewünscht.

Ich schlage vor, eine Gesamtabstimmung noch einmal über die Drucksache Nr. 1 vorzunehmen. Wer sie annimmt, den bitte ich die Karte zu erheben. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Drei Gegenstimmen. Enthaltungen? – Einige Stimmenthaltungen.

Damit ist das Statut der Partei in der neuen Fassung angenommen und tritt in Kraft.

Wahlen

Nach der Annahme dieser Satzung kommen wir nunmehr zu den nach der Satzung vorgesehenen Wahlen. Die Verfahrensvorschrift ist in der angenommenen Satzung enthalten. Ich bitte um Vorschläge, und zwar zunächst für die Wahl des Bundesparteivorsitzenden.

(Zurufe: Dr Adenauer!)

Das Wort hat

Präsident Dr. Gurk:

Herr Bundeskanzler! Meine lieben Freunde! Ich glaube, wenn wir nun in Vollzug des eben angenommenen Statuts zur Wahl des Ersten Parteivorsitzenden schreiten müssen, anschließend zur Wahl von vier Stellvertretern, so gibt es, was für den ersten Parteivorsitzenden gilt, für uns keine Besinnung. Für uns kommt wohl nur in Betracht unser bisheriger hochverdienter Herr Parteivorsitzender und Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer. (Lebhafter Beifall.)

Der Beifall, der diesem Vorschlag folgte, zeigt schon, wie die Meinung der Versammlung ist, und es bedarf keines näheren Hinweises darüber, welchen Weg die Christlich Demokratische Union und welchen Weg auch die Bundesrepublik Deutschland unter dem Parteivorsitzenden und dem Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer zurückgelegt hat. Ich bin davon überzeugt, daß diese heutige Versammlung, wenn sie zur Wahl des Parteivorsitzenden schreitet, in einem überwältigenden Bekenntnis der Treue sich zu ihrem bisherigen Chef gerne und freudig bekennen wird. Ich darf also bitten, verehrter Herr Vorsitzender, unbeschadet dessen, daß die Möglichkeit zu weiteren Vorschlägen bestehen wird, zur Wahl zu kommen, und ich appelliere – es bedarf ja gar keiner vielen Worte, ich darf aber trotzdem nochmals an Sie alle appellieren – an Sie, ein überragendes Bekenntnis der Treue abzulegen, das in der Partei, für Deutschland und in die Welt hinaus wirken soll und wirken wird. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Bundesminister Lemmer:

Ich darf fragen, ob weitere Vorschläge gemacht werden. – Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist. Dann darf ich auf das Wahlverfahren nach § 35 des neuen Statuts aufmerksam machen:

„Wahlen erfolgen grundsätzlich geheim durch Stimmzettel. Sie können durch Erheben der Stimmkarte erfolgen, falls sich kein Widerspruch ergibt und keine gesetzliche Bestimmung entgegensteht.“

Letzteres ist zweifellos nicht der Fall. Ich stelle die Frage, ob eine geheime Wahl gewünscht wird. (Einzelne Ja-Rufe.) Ich muß hören, ob einige die geheime Wahl wünschen. (Lebhafte Nein-Rufe. – Zurufe: Ja!)

Ich bitte, sich dann zu erheben, damit ich als Parteitageleiter feststellen kann, ob geheime Abstimmung gewünscht wird oder nicht. Ich sehe einige Abstimmungskarten; also muß geheim gewählt werden. (Lebhafter Widerspruch.)

Ich mache darauf aufmerksam, daß die stimmberechtigten Delegierten des Parteitages ja ihre Stimmzettel durch die Landesgeschäftsführer erhalten haben. Die Stimmzettel sind laufend numeriert und verschiedenfarbig gehalten. Für diesen ersten Wahlgang wäre der Stimmzettel Nr. 1 gültig. Ich bitte nunmehr die Ordner, unter Kontrolle der Delegierten- ausweise mit der Einsammlung der Stimmzettel zu beginnen.

Also es genügt, den Namen „Dr. Konrad Adenauer“ als dem des einzigen Kandidaten mit Ja, Nein oder Enthaltung zu kennzeichnen.

Meine Freunde, es muß der Ordnung wegen eine Wahlkommission gebildet werden. Als Tagungsleiter schlage ich vor unsere Freunde Adorno, Dr. Fricke und Winkelheide. – Es erfolgt kein Widerspruch. Wir werden so verfahren.

(Es erfolgt Einsammlung der Stimmzettel.)

Ich bedaure, Ihnen von einem Kurzschluß Kenntnis geben zu müssen, das Präsidium ist nicht dafür verantwortlich: Die vorgesehenen Abstimmungsurnen hat der Hausmeister dieses Gebäudes abgeschlossen, er ist nicht erreichbar. (Heiterkeit. – Zurufe.)

Sie kommen; nunmehr kann das Einsammeln der Stimmzettel beginnen. Darf ich fragen, ob alle Delegierten abgestimmt haben? (Zurufe.) Hier oben muß noch abgestimmt werden. Haben alle Delegierten abgestimmt? – Das scheint der Fall zu sein. Dann erkläre ich die Abstimmung für geschlossen.

Präsident Bundesminister Lemmer:

Meine Freunde! Ich schlage vor, daß wir die Wahlhandlung fortsetzen und nicht erst das Auszählen der Stimmzettel abwarten. Wir kämen also nach § 25 Ziffer b nunmehr zur Wahl der vier stellvertretenden Vorsitzenden der Partei. Ich möchte empfehlen, diese Wahl in einem Abstimmungsverfahren vorzunehmen. Das würde bedeuten, daß vier Namen auf den Stimmzetteln geschrieben werden können. Zunächst bitte ich um Vorschläge. Das Wort hat unser Freund

Dr. Gurk:

Meine lieben Parteifreunde! Der Bundesvorstand und der Bundesauschuß haben sich über die Wahl der Stellvertreter Gedanken gemacht und diese Frage genau und gewissenhaft geprüft. Sie wissen, die vier stellvertretenden Vorsitzenden waren bisher unsere Freunde Blank, Gerstenmaier, von Hassel und Krone. Ich lasse die verschiedenen Amtsbezeichnungen weg, da es sich um Persönlichkeiten handelt, die überall gut und gern bekannt sind. Diese ausgewogene Zusammensetzung der stellvertretenden Vorsitzenden war das Ergebnis ernster Beratungen und

Beschlüsse des Stuttgarter Parteitages. Ich sage wohl nicht zu viel, wenn ich betone, daß dieses Team, diese Zusammensetzung der vier Stellvertreter, nach der Seite der Konfessionen, der Stände und des politischen Gewichts sowie der Landsmannschaften ausgezeichnet ist. Der Bundesausschuß der Partei schlägt Ihnen daher als seine Meinung vor, ohne daß Sie das ohne weiteres zu akzeptieren brauchen, diese vier Freunde wiederum als die vier stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen. Ich will dem Herrn Präsidenten nicht vorgreifen, aber man könnte es vielleicht in einem Wahlgang machen.

(Präsident Bundesminister Lemmer: Das habe ich doch gesagt!)

Erlauben Sie mir noch, im Anschluß daran, den drei Mitgliedern des bisherigen geschäftsführenden Vorstandes – der jetzt nicht mehr sein wird –, den Herren Ministerpräsidenten Kiesinger und Dr. Meyers und dem Bundesminister Dr. Schröder den herzlichsten Dank zu sagen für ihre bisherige Arbeit. Es ziemt sich wohl, bei dieser Gelegenheit auch der Bundesgeschäftsstelle für ihre treue Arbeit in der Stille herzlich zu danken, an der Spitze dem Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Kraske, dem Herrn Organisationsleiter Müllenbach und allen anderen Damen und Herren, die im Lande in der Geschäftsführung wirken.

Ich komme aber nunmehr zurück auf den Vorschlag des Bundesausschusses bezüglich der Wahl der vier Stellvertreter: Blank, Gerstenmaier, von Hassel und Krone, wenn möglichst auf einem Stimmzettel.

Präsident Bundesminister Lemmer:

Ich habe zunächst die Frage, ob weitere Vorschläge gemacht werden. – Das ist nicht der Fall. Wir haben also hier vier Vorschläge für die vier gleichberechtigten stellvertretenden Bundesparteivorsitzenden. Es war meine Anregung, die Wahl in einem Gang durchzuführen, nicht einzeln; das würde bedeuten, daß Sie nun das Recht haben, alle vier, drei zwei oder nur einen aufzuschreiben. Jedenfalls sind diese vier Freunde vorgeschlagen worden. Ich bitte Sie, die Namen, die Sie zu wählen wünschen, auf die Stimmkarte Nr. 2 niederzuschreiben. (Zurufe: Per Akklamation!)

Ich darf noch einmal die Namen wiederholen: Theodor Blank, Eugen Gerstenmaier, Kai Uwe von Hassel, Heinrich Krone. (Mehrere Zurufe: Das kann per Akklamation geschehen. – Weitere Zurufe: Nein! Nein!) Ich frage, ob auf die Stimmzettelwahl verzichtet wird. (Zurufe: Nein!) Wer erhebt Widerspruch? (Einige Zurufe: Wir!)

Es ist Widerspruch erhoben. Wir bleiben also bei dem Verfahren. Ich bitte, nunmehr mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen. – Ich frage, ob alle Delegierten abgestimmt haben. (Zurufe: Nein!)

Präsident Bundesminister Lemmer:

Ich erkläre die 2. Abstimmung für geschlossen.

Das Ergebnis der Abstimmung für den 1. Bundesparteivorsitzenden liegt vor:

Es sind insgesamt abgegeben worden: 441 Stimmen

Davon hat erhalten Dr. Konrad Adenauer: 427 Stimmen. (10 Enthaltungen, 4 Nein)

(Anhaltender, stürmischer Beifall, Bravo-Rufe)

Da sich unser Freund Dr. Konrad Adenauer von seinem Platz erhoben hat, brauche ich ihn nicht mehr zu fragen, ob er die Wahl annimmt. (Heiterkeit.)

Also ich frage in aller Form, so wie es das demokratische Gesetz vorschreibt: „Herr Bundeskanzler, nehmen Sie die Wahl an?“

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer:

Ich nehme die Wahl mit herzlichem Dank an.

(Anhaltender, stürmischer Beifall, Bravo-Rufe)

Präsident Bundesminister Lemmer:

Meine Freunde! Ich glaube, der Dolmetsch Ihrer Auffassungen und Empfindungen in diesem Augenblick zu sein, wenn ich im Namen des Parteitages den Bundesparteivorsitzenden, Dr. Konrad Adenauer, zu seiner Wiederwahl auf das herzlichste beglückwünsche. Ich darf hinzufügen, daß diese Wahl für zwei Jahre erfolgt ist und daß durch diese Wahl entschieden ist, daß – so Gott will – der Bundesparteivorsitzende im Bundeswahlkampf 1961 wieder Dr. Konrad Adenauer heißen wird.

(Beifall und Bravo-Rufe.)

Präsident Bundesminister Lemmer:

Meine Freunde! Ich bin glücklich darüber, daß diese Abstimmung in geheimer Wahl vor sich ging . . . (Beifall und Bravo-Rufe) weil dadurch zum Ausdruck gekommen ist, wie nahezu einmütig die Delegierten des 9. Bundesparteitages unserem bisherigen Parteivorsitzenden ihr Vertrauen so eindrucksvoll wiederbekundet haben. Und wenn es einige Enthaltungen und Nein-Stimmen gegeben hat, ist das beinahe noch schöner, als wenn die Wahl einstimmig erfolgt wäre. (Beifall und Bravo-Rufe.)

Diese Wahl zeigt, daß die CDU entschlossen ist und daß sie mit ihrem Vorsitzenden in die Vorarbeiten für die große Wahlentscheidung des nächsten Jahres eintreten wird und, wie wir fest überzeugt sind, im Jahre 1961 erneut mit Dr. Konrad Adenauer einen Erfolg haben wird. (Beifall.) Weitere Bemerkungen möchte ich nicht machen, weil ich weiß, daß der Herr Bundeskanzler das Pathos nicht liebt. Ich liebe es auch nicht. Wir befinden uns hier in fröhlicher Nüchternheit beieinander und das ist besser, als wenn wir hier große Worte machen würden. Jedenfalls ist eine Entscheidung gefallen, die uns alle glücklich macht. (Beifall.)

Ich schlage dem Parteitag vor, daß wir inzwischen die Zeit nutzen und die satzungsgemäß vorgesehenen Mitglieder des Parteigerichts wählen. Bundesvorstand und Bundesparteiausschuß haben Ihnen folgende Vorschläge zu machen:

Als Vorsitzenden: Oberbürgermeister Dr. Daniels – Bonn

als Beisitzer: Frau Dr. Gantenberg MdB – Trier

und an Stelle von Reichsminister a.D. von Keudell: Herr Dr. Barth – Bremen; Herr Staatssekretär Dr. Strauß – Bonn; Prof. Dr. Süsterhenn – Koblenz

als stellv. Mitglieder: Frau Ackermann MdB – Landau/Pfalz; Rechtsanwalt Henrichs – Hilden (Rhl.); Rechtsanwalt Dr. Kaltenborn – Krefeld; Justizrat Dr. Weber – Koblenz; Oberstaatsanwalt Dr. Wolf – Frankfurt/Main.

Ich möchte den Parteitag dringend bitten, von einer geheimen Wahl abzusehen. – Es erhebt sich kein Widerspruch dagegen, so daß ich berechtigt bin, einen offenen Wahlgang vorzunehmen. Ich bitte die Delegierten, die mit der vorgetragenen Liste für die oberste Parteigerichtsordnung einverstanden sind, ihre Stimmzettelnkarten zu erheben. (Geschicht) Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltung. – Gegen 2 Enthaltungen sind damit die von mir vorgelesenen Damen und Herren als Beisitzer bzw. stellvertretende Mitglieder des obersten Parteigerichts gewählt worden. Ich darf annehmen, daß alle gewählten Damen und Herren mit ihrer Wahl einverstanden sind und daß keiner widerspricht. – Das ist nicht der Fall.

(Kleine Pause)

Meine Freunde! Damit wir nicht beschäftigungslos bleiben – die Auszählung nimmt noch einige Zeit in Anspruch – möchte ich empfehlen, daß die vorliegenden **3 Anträge unserer Kommunalpolitischen Vereinigung** verabschiedet werden. Der Vorsitzende, unser Freund Dr. Bitter, hat auf das Wort verzichtet, um das Verfahren abzukürzen. Wird zu den vorliegenden Anträgen das Wort gewünscht? – Die Anträge liegen Ihnen als Drucksache vor. – Ich sehe keine Wortmeldung. (Zuruf: sie liegen nicht vor!)

Bitte, die Geschäftsführung stellt fest, daß sie schon vor einer Stunde verteilt worden sind. Keine Wortmeldungen. – Ich komme zur Abstimmung. Darf ich über alle 3 Anträge zusammen abstimmen? (Zurufe: Ja!)

Wer die 3 Anträge annehmen will, den bitte ich, das Zeichen zu geben. (Geschicht) – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltung. – Ich sehe eine Stimmenthaltung. Damit sind die 3 Anträge unserer Kommunalpolitischen Vereinigung angenommen.

(Abstimmungspause)

(Glocke des Präsidenten.)

Ich bitte, Platz zu nehmen. – Ich gebe das Ergebnis des zweiten Wahlganges bekannt:

Abgegeben wurden	436 Stimmen
Davon erhielten in der Reihenfolge der Zahlen	
Heinrich Krone	420 Stimmen
von Hassel	418 Stimmen
Gerstenmaier	387 Stimmen
Blank	359 Stimmen
Zersplittert auf sieben Namen	15 Stimmen
ungültig	1 Stimme

Ich stelle hiermit fest, daß mit überwältigender Mehrheit, gleichfalls in geheimer Wahl, unsere Freunde – jetzt darf ich wieder alphabetisch verfahren – Blank, Gerstenmaier, von Hassel und Krone laut § 25 unserer neuen Satzung zu Stellvertretenden Bundespartei vorsitzenden gewählt worden sind.

(Lebhafter Beifall.)

Bürgermeister Franz Amrehn, Berlin,
der für die Reichshauptstadt sprach.



Dr. Wilhelm Fay, MdL, Landesvorsitzender Hessen, macht während der Aussprache eine Mitteilung.





Gespräch in der Pause:
Landesvorsitzender
Erik Blumenfeld, Hamburg,
und Staatssekretär Clausen
vom
Bundesarbeitsministerium.



Landtagspräsident Wilhelm
Johnen, Landesvorsitzender
Rheinland.

Ich darf unsere vier gewählten Stellvertretenden Parteivorsitzenden fragen, ob sie die Wahl annehmen.

(Sie nehmen durch Zuruf die Wahl an.)

Ich danke; alle vier gewählten Freunde haben die Wahl angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Damit hat der Bundesparteitag die ihm nach § 25 aufgegebenen Pflicht, die Parteispitze zu wählen, erfüllt. Der Bundesparteiausschuß wird nach § 23 den Bundesschatzmeister und 15 weitere Mitglieder des Bundesvorstandes auf zwei Jahre zu wählen haben.

Wir stehen damit am Ende der Verhandlungen des heutigen Tages. Ich möchte empfehlen, daß wir die Aussprache über das Referat unseres Freundes Meyers verbinden mit der vorgesehenen Aussprache am morgigen Vormittag und Nachmittag. Wenn sich kein Widerspruch meldet, darf ich annehmen, daß der Parteitag damit einverstanden ist. Ich schließe den zweiten Sitzungstag des 9. Parteitages.

Dritter Tag: Donnerstag, 28. April 1960

3. Plenarsitzung

begann um 9 Uhr 19 Minuten.

Vorsitzender Ministerpräsident Kiesinger

eröffnet die Sitzung:

Wir hören heute vormittag bedeutsame Referate; von unserem Freund Dr. Heinrich Krone das Referat

„Der Mensch in Familie, Staat und Gesellschaft“

und nachher das Referat unserer Freunde Professor Dr. Ludwig Erhard und Theodor Blank über „Die Wirtschaft in der sozialen Verantwortung“.

Ich erteile das Wort zu seinem Referat dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Heinrich Krone:

(Mit starkem Beifall begrüßt.)

Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Unser Parteivorsitzender, der Herr Bundeskanzler, hat uns gestern einiges ins Stammbuch geschrieben. Wer ihn kennt, der weiß, daß Worte des Lobes ihm nicht so liegen. Es ist nur tröstlich, daß er sich selber und sein Kabinett von der Kritik nicht ausgenommen hat.

Er hat von der Fraktion gemeint, sie müsse etwas konzentrierter arbeiten und sie solle von ihrer Mehrheit öfters Gebrauch machen. (Beifall.)

Das Wort nehme ich auf. Nach gründlicher Diskussion in der Fraktion, im Arbeitskreis, nach guter Diskussion in den zuständigen Ausschüssen wird abgestimmt. Das Volk hat uns die Mehrheit gegeben. Wenn wir nach Aussprache, nach Diskussion und Beratung in Ausschuß und Plenum dann von unserer Mehrheit Gebrauch machen, so ist das nur demokratisch; es entspricht den Regeln der Demokratie.

Ich bin dem Bundesparteitag auch ein Wort schuldig über die Arbeit der Fraktion. Ich will gebührend hervorheben die Zusammenarbeit in der Koalition mit der Deutschen Partei und vor allem mit unseren bayerischen Freunden von der CSU; ich kann nur für die ungetrübte, gute Zusammenarbeit mit ihnen herzlich danken.

Die Arbeit in der Fraktion geht nach einem Arbeitsplan vor sich, den wir zu Beginn des Bundestages in Verbindung mit der Regierung aufgestellt und den wir in der Mitte der Arbeitsperiode noch einmal überprüft haben. Entsprechend diesem Arbeitsplan wird die Arbeit fortgesetzt und durchgeführt; wir werden im nächsten Jahr dem Bundesparteitag über unsere Arbeit ausführlich berichten.

Wenn dieses Mal ein eigenes Thema statt eines Berichtes für die Fraktion angesetzt worden ist, so hat das seinen Grund darin, daß sichtbar gemacht werden sollte, aus welchem Geist heraus die Fraktion tätig ist und welche Grundgedanken hinter den oft verwirrend bunten und vielschichtigen Details unsere Fraktionsarbeit bestimmen. Es kommt mir also darauf an, die Leitgedanken unserer Tätigkeit herauszustellen. Ich tue das auch deshalb, damit wir in und außerhalb unserer Partei besser verstanden werden und damit nicht das Märchen Glauben findet, unsere Fraktion sei ein Haufen von Interessenten, eine Mannschaft ohne innere Bindung, sie betreibe Politik fernab weltanschaulicher Klarheit und Zuverlässigkeit, während Sozialisten und Liberale mit fundierten Programmen Politik machten.

Das Gegenteil ist wahr! Auch wir haben unsere Meinungsverschiedenheiten. Wo gäbe es die in der Politik nicht. In den großen Fragen hat aber die Fraktion immer wieder den Weg zueinander, zu Einheit und Klarheit gefunden. (Beifall.)

Das war nicht immer leicht. Wir haben in unseren Reihen schon diesen und jenen, der nicht aus weichem Holz geschnitzt ist. Doch – ist das von Nachteil? Ich meine, nicht. Wir haben auch Differenzen und Spannungen. Ich erinnere mich an den Sommer des letzten Jahres. Es hat sich aber erwiesen, daß das alles nicht ins Fundament geht. (Beifall.) Wäre es anders, so wäre der 1. Juli in Berlin anders verlaufen. Wir waren bei der Wahl des neuen Bundespräsidenten, unseres Freundes Heinrich Lübke, auf keine Absprachen und Angebote von anderer Seite angewiesen. (Beifall.) Ich will gewiß nichts bagatellisieren. Es ging in jenen Sommermonaten schon hart zu. Doch wenn man davon sprechen will, dann muß auch gesagt und hervorgehoben werden, daß gewiß die Spekulationen damals nur so ins Kraut schossen, daß aber keiner der Spekulanten auf seine Kosten gekommen ist. (Beifall.) Es ist nichts zerbrochen, und die Union ist auch nicht auseinandergefallen. Und ich hoffe, ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß der Bundeskanzler und Ludwig Erhard zusammen, und ebenso Kabinett, Fraktion und Partei für das nächste Jahr vor allem vorhaben, die Wahl für den Bundestag, so wie die letzte, zu gewinnen. (Lebhafter Beifall.)

Es lohnt sich wirklich nicht, auf Uneinigkeit in unseren Reihen zu spekulieren. Bei keinem und auch nicht für später. Wir wissen, woher wir kommen; wir wissen, wo die Wurzeln unserer Kraft liegen. Wir finden uns immer wieder in der großen Linie unserer christlichen Verantwortung. Was in der Notzeit der Hitlerjahre an Einsicht und Willen aufbrach, hat den Grundstein gelegt zu einer in der deutschen Politik einmaligen Integration christlicher Verantwortung. Das hat sich tausendfach bewährt. Wir wollen das, wozu in der Notzeit der Grund gelegt wurde, für unser Volk erhalten und festigen. (Beifall.) Das verlangt nicht nur einen durch nichts zu erschütternden Willen zum Zusammenstehen, ebenso auch ein vertieftes Wissen um das Fundament unserer Politik und die klare und nüchtern-sachliche Diskussion um den Weg dieser Politik.

Man sagt heute vielfach, daß die FDP sich um Annäherung an uns bemühe, und daß der Sozialismus der SPD sich läutere und marxistische

Dogmen zu Ladenhütern würden. Ich will hier nicht untersuchen, ob diese globalen Behauptungen stimmen. Ich bin skeptisch. Wenn dem aber so wäre oder wenn es in jene Richtung ginge, hätte dann nicht die Entwicklung in der Welt und in Deutschland uns recht gegeben? Auch bei der Opposition, auch wenn sie das nicht wahrhaben will? Müßte dann nicht unsere Antwort auf diese Entwicklung ein vermehrtes Selbstbewußtsein sein? (Starker Beifall.) Ich sage das nicht, um zum Ausruhen auf irgendwelchen Lorbeeren einzuladen. Ich sage das, um damit darzutun, daß wir uns mehr und noch tiefer um die grundlegenden Fragen unserer Politik zu bemühen haben.

Wir haben in Wort und Schrift die Diskussion um das Godesberger Programm aufgenommen. Ich verweise hier darauf, weil mir die Zeit nicht gegeben ist, im Ganzen darauf einzugehen. Doch zwei Punkte greife ich heraus. Hat nicht der Sozialismus durch sein Godesberger Programm bestenfalls seine antireligiöse Haut abgestreift, wobei ihm das in Gemeinden, wo er die Mehrheit hat, auch noch verteuert schwer fällt? Gut, stellen wir das einmal fest. Genügt das? Wo liegt der letzte Wert, nach dem der Sozialismus seine Politik ausrichtet? Im autonomen Menschen? Wer Christlichkeit bloß toleriert, setzt den Anfang der Entchristlichung. Auch in der Politik. (Beifall.)

Und das Zweite, was ich zu Godesberg hier sagen will. Von Stuttgart bis Godesberg ist ein weiter Sprung, und vom proletarier-stolzen Marxisten bis zum umworbenen Kleinbürger und zum heißumworbenen Intellektuellen nicht minder. Doch bedeutet das für den Sozialismus den Weg nach rechts? Wer das behauptet, darf nicht übersehen, daß der mächtigste Mann in der deutschen Sozialdemokratie auch in Godesberg die Tür nach links offen gehalten hat. Wenn die SPD die Macht hat, gibt es nach Wehner für sie keinen Riegel, der sie hindert, den Marsch wieder nach links anzutreten. (Sehr richtig.)

Und wenn ich die neuen Töne von der FDP höre, so frage ich mich immer wieder: Sind wirklich alle Düsseldorfer Jugendsünden und Jugendträume vorbei? Oder gilt das nur, solange an uns keiner vorbei kann, weil wir die absolute Mehrheit haben? Es muß auch auffallen, daß auf der Tagung der Freien Demokraten in Aachen das Wort vom militanten Liberalismus gefallen ist. Das Wort weckt böse Erinnerungen. Soll es die Wiederkehr überholter, im Grunde antiliberaler Vorstellungen andeuten? Der militanteste Vertreter der Demokraten an der Saar hat weiter gemeint, die liberale Idee allein genüge nicht und hat Ausflüge in den militanten Nationalismus gemacht. Das soll man nicht überhören. Das erinnert an vergangene Zeiten. Ich kann für uns nur sagen, daß wir mit diesem Restbestand aus dem Hitlerregime aber auch gar nichts zu tun haben wollen. (Starker Beifall.) Wir können abwarten, welcher Ton im Hause des deutschen Liberalismus bestimmend sein wird. Ich liebe das Wort militant nicht und könnte mich schon mit dem Liberalen abfinden, wenn darunter Achtung voreinander und echte Toleranz verstanden würde.

Ich bin mir bewußt, wie es in unserem Lande aussieht, wie es in Interessen und Schichten, wie es konfessionell und weltanschaulich gespalten ist. Hier sind Grenzen gezogen, die nicht übersehen werden dürfen, sondern

die in Achtung vor einander anerkannt werden müssen. Das muß auch der Politiker erkennen. Wir tun das. Wir huldigen keinem Unitarismus und keinem Monopolismus. Es gibt stärkere Bande als den Zwang. Es ist uns in diesen 15 Jahren gelungen, starke Kräfte unseres christlichen Volkes für politische Arbeit zu aktivieren. Es geschah in Freiheit und Achtung vor einander. Darin lag unsere Stärke und unser Erfolg. An dieser Freiheit in der Bindung halten wir fest, weil das Stärke bedeutet und uns die Arbeit für unser Volk sichert.

Ich komme auf mein Thema zurück. Vom Menschen soll die Rede sein, von Wert und Würde des Menschen, vom biologischen wie dem Wert nach erstem Sozialbereich des Menschen, der Familie, und vom Menschen und von der Familie in Gesellschaft und Staat. Schon diese Themenstellung enthält eine wichtige Aussage: Die Absage an den totalitären Kommunismus – wie an jede andere Form totalitärer Macht in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Als am 17. Juni 1953 die Arbeiter in Berlin und in der Zone auf die Straßen gingen und die Forderung nach mehr Lohn und besserer Norm in den Ruf nach Freiheit überschlug: „Wir wollen keine Sklaven sein“, – da wurde nicht allein das Elementar-Wesentliche menschlichen Daseins gefordert, da haben sich diese geknechteten Menschen zu einer Ordnung der Werte personaler wie sozialer Existenz bekannt, die im Grunde das Wesen dessen bestimmt, was wir unter Politik aus christlicher Verantwortung zu verstehen haben. Jener Aufstand am 17. Juni war die elementare Forderung nach genügend Brot und menschenwürdiger Existenz. Er war mehr als das; er war die Forderung nach einer am Recht orientierten sozialen Ordnung. Was hier geschah, war im Letzten das Bekenntnis zu Wert und Würde des Menschen, zu Wert und Würde aller Menschen. Im Aufstand gegen das widermenschliche Regime des Kommunismus brach das Bekenntnis zu einer von der Würde des Menschen als Person her bestimmten Politik auf. Die Männer des 17. Juni waren wie die Männer des 20. Juli – ich unterstreiche, was einmal der scheidende Präsident des Bundesgerichtshofs gesagt hat – nicht Brecher, sondern Vollstrecker des Rechtes. Beide haben für jene „rechtliche Ordnung“ gekämpft, die „unabhängig von der menschlichen und staatlichen Rechtsetzung gilt und die auch den staatlichen Machthaber streng bindet.“ Es ist gut, zu wissen, daß die Wahrung des Rechts an dieser hohen Stelle, des Rechtes, das für den gläubigen Protestanten Weinkauff in Gottes Schöpferordnung vorgegeben ist, in die Hand eines neuen Erziehers zum Recht übergeht, der sich mit seinem Tun unter den Schutz und das Gesetz des ewigen Richters gestellt sieht. Wert und Würde des Menschen sind dem Menschen eingeboren. So wahr und richtig das ist, und so wahr und richtig alle Politik ist, die sich diese Wahrheit zur Richtschnur macht und damit alles Totalitäre als widermenschlich und widernatürlich ablehnt, so wahr ist es auch, – und das muß noch hinzugefügt werden – daß die tiefste und letzte Begründung des Wertes und der Würde des Menschen in Gott ruht: der Mensch als für Gott bestimmtes Wesen.

Mit diesem Bild des Menschen steht christliche Politik nicht im Gegensatz zu einer vom Natürlich-Existentiellen her orientierten Politik; sie wird nur ergänzt und geprägt; sie wird durch Gottes Gesetz und Gebot orientiert und gesichert. Politik so gesehen ist nicht ein Monopol des

Christen, wie oft wurde das nicht schon von uns gesagt, Politik wird so aber zu einer Verpflichtung für den Christen, und dies um so mehr, je tiefer der Christ sich seiner Verantwortung vor Gott und seinem Bruder hier und in aller Welt bewußt wird. Als Eugen Gerstenmaier vorletztes Jahr in Kiel über Staatsordnung und Gesellschaftsbild sprach und betonte, daß „der Mensch zur Freiheit berufen sei, daß der Mensch, dem Gewissen und Verantwortung eigen sei, weder vom Staat, noch von der Gesellschaft bewirtschaftet werden dürfe“, da hat er, dessen Referat als Vormarsch des Liberalismus in unsere Reihen mißdeutet wurde, im Grunde das Gleiche gesagt, was auch ich hier zu demselben Thema zu sagen habe.

Es ist schon richtig, in dieser Zeit, in der das Leben immer mehr nivelliert und reglementiert wird, wo der in Bedürfnissen, Ansprüchen und Rechten standardisierte Mensch auch im Bereich des Staates und des Sozialen zur Norm wird, – es ist schon richtig und notwendig, in dieser Zeit mit kräftiger Stimme, ja auch mit einer gewissen Übersteigerung an den Menschen und seine persönliche Verantwortung zu erinnern. Daß Gerstenmaier den Person-Charakter des Menschen in der Verantwortung vor Gott, und nicht in der Autonomie des Individuums sieht, daß das liberale „laissez faire“ für ihn nicht der Weg zum Allgemeinwohl ist, sondern das Verpflichtetsein eben dieses Menschen auch für den Bruder, das zeigten seine Sätze über die sozialpolitische Ausprägung des Bibelwortes „Einer trage des anderen Last“; das zeigten noch mehr seine temperamentvollen Worte über Wichern und Stöcker, über Bischof Ketteler und Kolping bis zu Adam Stegerwald, Max Habermann und Jakob Kaiser: Nicht vom alten oder vom neuen Liberalismus komme er her, auch nicht von Friedrich Naumann, den er hoch verehere, sondern aus der Tradition des christlich-sozialen Protestantismus, – so wie die katholischen Freunde aus der gleichlaufenden katholisch-sozialen Bewegung. „Lassen wir uns doch nichts einreden!“ sagte Gerstenmaier, „es ist wirklich kein substantieller Unterschied in der Sozialtradition des deutschen Katholizismus und in der Sozialtradition des deutschen Protestantismus.“ Doch, so fügte er hinzu, – und darin hat er genau so recht – es genüge nicht, auf die stattliche „Ahnengalerie jener großartigen Sozialpolitiker aus den christlichen Reihen“ stolz hinzuweisen, es komme vielmehr darauf an, aus dem gleichen Geiste den Beweis der Leistung für die Gegenwart zu erbringen. (Beifall.) Jene christlichen Sozialpolitiker seien es, die auch heute weit mehr als alles andere das Staats- und Gesellschaftsbild unserer Union prägen.

Ich war auf dem Christlich Sozialen Arbeitnehmerkongreß in Köln, dem ersten wieder seit langer Zeit. Es ist gut, daß er stattfand. Hier wurde Grundlegendes zur Standortbestimmung des christlichen Arbeiters gesagt. Wir dürfen Köln nicht überhören und werden Köln auch nicht überhören. (Beifall.) Christlichsozial ist das Bekenntnis zu Gottes Gesetz und Ordnung im Bereich des menschlichen Zusammenseins. In diesem Sinne ist christlich soziale Politik konservativ. Doch der ist kein Christlichsozialer, der konservativ mit Reaktion oder gar mit politischer oder sozialer Restauration verwechselt und meint, unsere Wirtschaft und Gesellschaft hätten heute die allgemein gültige und endgültige richtige Verfassung für das Allgemeinwohl erreicht. Als ob es das gäbe! Die

Welt stand nie still und steht auch heute nicht still; weniger denn je heute, wo Technik, Automation und internationale Kommunikation auf der einen Seite, und auf der anderen Seite kommunistischer Aufruhr in der halben Welt für Gesellschaft, Staat und Wirtschaft in allen ihren Faktoren neue, drängende Fragen aufwerfen. Es gilt, sich diesen Fragen nicht zu verschließen, sondern sich ihnen zu stellen. Wir wissen uns mit unseren Freunden Blank und Erhard, jeder auf seinem Gebiet, diesem Anliegen verpflichtet.

Wenn man streiten will, und das kann man, dann ist es die Frage nach den Folgerungen, die aus grundsätzlicher Einstellung und der Erkenntnis der Lage zu ziehen sind. Hier stellt sich dann die Frage, ob in unserer Politik die Grenzen zwischen dem Einzelnen, dem Staat und der Gesellschaft immer richtig gezogen werden. Ob wir dem Menschen und den freien Gliederungen nicht zu viel an Eigenverantwortung nehmen, dem Staat aber Aufgaben aufbürden, die ihm nicht gehören. Hier stellt sich die Frage nach dem hohen Prozentsatz, der vom Lohn und Gehalt von der öffentlichen Hand beansprucht wird, um deren sozialen Aufwand zu finanzieren, ob das alles richtig ist, ob manchmal nicht umgekehrt ein besserer Schuh daraus würde. (Beifall.) Das sind Fragen, die aufgeworfen werden müssen, wenn der freiheitliche und soziale Rechtsstaat Bestand haben soll. Wir dürfen nicht zulassen, daß der Staat seinen Charakter, Hoheit und Schutz der Bürger zu sein, immer mehr verliert, daß er eine Apparatur wird, die soziale Kompetenzen regelt, und der Mensch nichts anderes ist, als ein Funktionär eines Ameisenstaates.

Wir bejahen aus Gründen unserer Sicherheit einen starken Staat, sind aber gegen die Omnipotenz des Staates; auch der Staat muß seine Grenzen kennen. Er darf nicht in Gebiete übergreifen, die Sache der Eigenständigkeit der Person, der Kirchen, natürlicher wie kultureller und sozialer Gliederungen sind. Die Freiheit seiner Bürger ist ihm erstes Anliegen. Die berechtigten Ansprüche aller Volksschichten hat er gegen innere Machtballungen zu schützen. Jede einseitige Machtkonzentration und jeder Monopolismus, er mag kommen, woher er will, ist vom Übel. Diese Aufgabe läßt sich nicht mit der Flucht in die Vergesellschaftung des Staates lösen, von der auf dem Godesberger Parteitag der Sozialdemokraten die Rede war. Das Gegeneinander der verschiedenen Interessen einer freien Gesellschaft läßt sich nicht beheben zum gemeinsamen Wohl, indem man die Gesellschaft verstaatlicht. Gegensätze mag man auf diese Weise zum Verschwinden bringen; von der Freiheit aber bliebe dann eben nichts mehr übrig. Was hier nottut, ist, daß über den Interessengruppen der freien Gesellschaft ein kräftiger Staat steht, dessen Autorität grundsätzlich bejaht wird und der sich diese Autorität in gerechtem Gebrauch der Macht erhält. Wir wissen uns weltanschaulich, nicht staatsrechtlich verpflichtet, das allgemeine Wohl zur Richtschnur unseres Handelns zu machen. Dieses allgemeine Wohl ist uns mehr als das mechanische Ergebnis von Druck und Gegendruck; es ist mehr als das Parallelogramm der innerparteilichen Kräfte. Es ist uns gegeben durch das christliche Bild vom Menschen, durch die christliche Auffassung von Gleichheit und Gerechtigkeit, von Arbeit und Arbeitsruhe, von Eigentum und der sozialen Verpflichtung allen Besitzes.

Hier liegen manche unserer Forderungen begründet. So die einer kräftigen Mittelstandspolitik gegen in der Sache nicht begründete Wirtschaftskonzentration, die Forderung nach beruflicher Sicherung der Mittelschichten, der freien Berufe, nach unserer begonnenen, aber noch nicht beendeten Eigentumspolitik – die Sorge für Wohnung und Eigenheim, die Förderung der Familie, insbesondere mit Kindern und deren Sicherung auch in der modernen Wirtschaft und Gesellschaft. Von da her kommt auch unsere Kritik an mancherlei Auswüchsen unserer wirtschaftlichen Entwicklung und unser Ja zu den neuen Steuervorschlägen unseres Freundes Franz Etzel.

Wenn ich hier von unserer Kritik spreche, muß auch ein Wort zu der Gewerkschaft gesagt werden. Ich habe auf dem Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Stuttgart von dem Recht, aber auch von den Grenzen der Gewerkschaften gesprochen. Ich will hier gar nicht auf die Mitgliederbewegung der Gewerkschaften eingehen, obwohl das auch zu Überlegungen Anlaß gäbe. Wo Gewerkschaften in der Politik ihre Grenzen überschreiten, wo sie in demokratischen Staaten Aufgaben, die den Parteien gehören, an sich reißen, wo sie ihre politische und weltanschauliche Neutralität verletzen oder aufgeben, da finden sie unsere entschiedene Gegnerschaft. (Starker Beifall.) Der Kölner Kongreß der christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft war nicht nur eine Dokumentation des eigenen christlich-sozialen Willens der christlichen Arbeitnehmer, er war auch ein Protest gegen den sozialdemokratischen Monopolismus in den Gewerkschaften, ein Protest, der nicht überhört werden sollte. (Beifall.)

Es kann nicht die Aufgabe sein, die Gesellschaft zu gängeln und durch ein Übermaß an Reglementierung, wie sie der Sozialismus will, praktisch zu verstaatlichen. Es kann aber auch nicht Sinn christlich-demokratischer Politik sein, dem Liberalismus zu verfallen und dem Staat alle gesellschaftlichen Ordnungsfunktionen und Verantwortlichkeit abzuspochen! Ob wir es wahrhaben wollen oder nicht: Unsere Politik, unsere Gesetzgebung bestimmt mit an der Struktur unserer Gesellschaft! Die Steuerpolitik hat Einfluß auf die Chancen der Konzentration und des Mittelstandes, die Einfuhrpolitik begrenzt oder fördert die Möglichkeiten der Landwirtschaft und des heimischen Gewerbes. Ich glaube, es ist an der Zeit, daß wir diesen Fragen noch mehr als bisher unsere Aufmerksamkeit widmen.

Wenn es heute in manchen Kreisen Unbehagen gibt, so hat das nicht zuletzt, sofern diese Kritik nicht böswillig ist, seinen Grund darin, daß es uns noch nicht gelungen ist, auch gesellschaftspolitisch all das zu erreichen, was zu unserem Ordnungsbild gehört. Deshalb muß diesen Fragen unsere verstärkte Wachsamkeit gelten.

In diesem Zusammenhang ein Wort zur Frage des Eigentums: „Eigentum für jeden“ – hieß unsere Wahlparole. Wir stehen zu diesem Wort. Der Arbeitskreis der Fraktion hat bereits gute Arbeit geleistet. Erste Gesetze sind verabschiedet, weitere stehen bevor. Wer Eigentum sagt und Eigentum für jeden will, muß aber auch das bestehende Eigentum wahren und schützen. Unser grundsätzliches Ja zum Eigentum, gerade auch in seiner großen Funktion für den Bestand der Gesellschaft,

und wahrlich nicht zuletzt für die Sicherung und Entfaltung der Familie mit Kindern, dieses unser Ja zum Eigentum gibt uns das Recht zu unserer Eigentumpolitik. Mit dieser Politik stehen wir allein im Bundestag. Der Arbeiter wird schon zur Kenntnis nehmen, daß auch die SPD und der Deutsche Gewerkschaftsbund unsere Eigentumpolitik bekämpfen. (Sehr richtig – Rufe – lebhafter Beifall.) Unsere Arbeiter und Angestellten haben auf ihrem Kölner Kongreß nach dem Grundsätzlichen und nach den Wegen unserer Politik gefragt.

In Mannheim hat der Evangelische Arbeitskreis unserer Union die gleiche Frage nach der Konkretisierung des Prinzipiellen zur Aussprache gestellt. Wenn auch evangelische und katholische Christen die Ordnungsaufgaben mehr oder weniger differenziert begründen, so sind sie sich in deren objektiv verpflichtendem Charakter einig. Wir können hier in Karlsruhe diese Arbeit am Grundsätzlichen nur begrüßen. Sie geschieht in der Freiheit, derer sie bedarf, wenn sie Erfolg haben soll. Wir wissen, daß das Denken und Handeln aus letzter Verantwortung nur bindet und nicht trennt. (Beifall.)

Dem, was ich hier sage, will ich noch einen Gedanken hinzufügen. Gerade aus den Reihen der jüngeren Generation kommen heute die Fragen an die Politik und an die Parteien. Was von ihr gewollt wird, ist ein klares, zeitoffenes Programm, das Festhalten am Grundsätzlichen und weiter eine klare, nicht schwankende Politik. Ich kann zu dem nur sagen: Was hier gefordert wird, wird zu Recht gefordert.

Wer um das Leben und Arbeiten unserer Jugend Bescheid weiß, gerade auch in den weltanschaulich geprägten Jugendverbänden und in deren beruflichen Gliederungen, der weiß, daß sich, wenn auch langsam, die Lücke zu schließen beginnt, die der Krieg und der 20. Juli 1944 in unseren Reihen gerissen haben. Hier wachsen Menschen heran, die auf dem festen Boden grundsätzlichen Denkens stehen, die auch über ein Wissen verfügen, ohne das nun einmal niemand, auch in der Politik, etwas zu leisten vermag. Wir sollten mehr, als das geschieht, jungen Kräften die Tür zur Verantwortung öffnen. (Lebhafter Beifall.) Gerade jetzt auch bei den kommenden Kommunalwahlen. Mir scheint manchmal, es sei leichter Landes- oder Bundesminister zu werden, als Bürgermeister oder Stadtverordneter. (Heiterkeit.)

☆

Der Mensch entstammt der Familie, er lebt in der Familie. Wer sich nur um den Menschen kümmern wollte, aber die Familie vergäße, gäbe Steine statt Brot, denn so könnte er in Wirklichkeit auch dem Menschen selber nicht dienen.

Ich brauche in diesem Kreise nichts über Wert und Würde der Familie zu sagen, was sie für Volk, Staat und Kirche bedeutet. In der Zone drüben ist die Familie schon weithin zur letzten Zufluchtsstätte jenes Lebens geworden, dem Gott, Volk, Vaterland, Freiheit und Einheit höchste, unverzichtbare Werte sind. Diesen Dienst, an Opfern, gerade für die Kinder so schwer, wird Deutschland der Familie in der Zone nie vergessen dürfen. (Lebhafter Beifall.)

Sage ich zuviel, wenn ich sage, unsere Sorge um die Familie muß der Punkt sein, an dem jedermann christlich-demokratische Politik erkennen

kann. Die Lage für die Familie wäre eine weit bessere, wenn nicht zwei Kriege, zwei Inflationen, Bombenschäden und Vertreibung die Grundlage einer Eigentumbildung erschüttert hätten. Das wieder aufzuholen, tun sich die Familien mit Kindern am schwersten. Es kommt hinzu, daß der bürgerliche und der sozialistische Liberalismus des 19. Jahrhunderts mit seinen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturprinzipien die Familie schwer belastet hat. Auch das hat im Denken vieler Leute noch seine Konsequenzen.

Ich kann aus Zeitmangel hier nicht aufführen, was wir an guter Familienpolitik schon getan haben. Das mag meinem Freund Würmeling und der Aussprache überlassen werden. Mir kommt es darauf an, hier zu erklären, daß wir diese Familienpolitik noch in diesem Bundestag fortsetzen und ausbauen werden. (Lebhafter Beifall.) Wir würden uns freuen – und ich äußere diese Bitte in aller Form –, wenn unsere christlichen Experten und Verbände uns zu den Fragen der Familienpolitik ihre Hilfe und Anregungen auch weiterhin gäben. Ich weiß, sie tun das. Überlegungen und Pläne über den weiteren Ausbau dieser Politik sind in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit bekannt geworden; sie wurden auch schon mit den zuständigen Stellen besprochen, auch mit dem Bundeskanzler. Wir werden auch in der Fraktion diese Arbeit fortsetzen. Nicht ohne Einfluß auf diese Erörterung könnte auch ein Entscheid des Bundesverfassungsgerichts werden, mit dem man zu Ende Mai rechnet. Man wird es verstehen, daß das abschließende Gespräch über die Regelung des Kindergeldes erst nach dem Karlsruher Urteil geführt werden kann.

Es ist nicht so, daß es in der Fraktion grundsätzlich Gegner unserer Familienpolitik gibt. Nur stellt sich auch hier wieder die Frage nach dem besten Wege, und das ist nicht die Frage von Interessenten, die nicht wollen, sondern von uns allen, die wir das Beste und den besten Weg wollen. Wir werden uns bei unseren Beschlüssen von der Verpflichtung leiten lassen, daß christlich demokratische Familienpolitik das Ziel haben muß, die Familie, die Familie mit Kindern in die volle Funktion einzusetzen, die ihr in Gesellschaft und Staat und für diese zukommt.

An der Familienpolitik kann man erkennen, ob eine Politik sozialistisch oder liberal oder ob sie christlich begründet ist. (Zurufe: Sehr gut!) An der Familienpolitik soll man erkennen, daß christliche Demokraten die Verantwortung tragen.



Meine Damen und Herren! Wir schreiben heute das Jahr 1960. Was wir in diesem Jahrhundert erlebt haben, hat sich in dieser gedrängten Fülle und in seinen auf fast allen Lebensbereichen revolutionierenden Konsequenzen selten in der Menschheitsgeschichte ereignet. Auf dem Felde der Weltpolitik blieben nur wenige Mächte übrig, die noch mächtig sind. Zwei Weltmächte stehen einander gegenüber, von denen die eine, auch wenn sie von Koexistenz spricht, den kommunistischen Anspruch auf die ganze Welt erhebt.

Das Abendland, das einstmals bei allen Spannungen und Kämpfen als erste Macht der Welt existiert hat, ist dahin. Es ist vor allem an den

Schlägen des europäischen Nationalismus zugrunde gegangen. Kommt eine neue Einheit? Unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten zeichnen sich neue Prägungen europäischer Einheit ab; sie nehmen in Umrissen transatlantische Züge an.

Was hier vor sich geht, ist die Konsequenz einer Erkenntnis, die nach dem letzten Weltkrieg in der ersten Stunde des Sieges lange überdeckt war, die Erkenntnis, daß am Ende dieses Krieges die gesamte freie Welt vor der Herausforderung des Kommunismus steht. Daß es soweit kam, daran trägt der Nationalsozialismus weltgeschichtliche Schuld.

Wir Deutsche hatten es nach 1918 mit der Demokratie versucht. Diese Zeit war besser als ihr Ruf. Wir bauten an einem neuen Staat, doch mit der Hypothek einer nicht verwundenen Niederlage, bis Inflation und Bürgerkrieg, bis dann die Weltwirtschaftskrise mit dem Millionenheer der Arbeitslosen kam und aus dem Untergrund des Diabolischen jener Größenwahn aufstieg, der die Nation zum Gott machte und den Weltbrand entfachte. Was dann kam, wissen wir. Man glaubt es uns noch nicht so recht, daß wir das alles innerlich überwunden haben und weist auf die Hakenkreuzschmierereien hin, mit denen es in Köln zum Weihnachtsfest begann.

Meine Damen und Herren! Was immer an Nationalismus in der Welt vorhanden war und vorhanden ist, – Irrtum und Schuld anderer ist für uns keine Entschuldigung. Wir wissen, was wir noch zu tun haben, um den Bodensatz jener Jahre wegzuschaffen, um vor allem durch Elternhaus und Schule das neue Geschlecht in seinem Willen zu einem anderen, besseren, in seinem Willen zum wahren Deutschland zu bestärken. (Lebhafter Beifall.)

Doch das muß auch gesagt werden: So klar und entschieden wir gegen alles stehen, heute und morgen, was einst zum Feuerbrand in der Welt führte, so eindeutig weisen wir die freie Welt aber auch darauf hin – und das müssen wir aus den gleichen Gründen der Ehrlichkeit und Wahrheit tun –, daß gegen uns gerade jetzt aus dunklem Hintergrund des Ostens Drähte gezogen werden. Man will uns erneut verfemen. Wir sind es uns deshalb selber schuldig, deutlich zu sagen, daß wir nicht bereit sind, uns auf eine neue Entnazifizierungskampagne einzulassen. (Starker Beifall.) Auch wenn es in Deutschland noch einige Schmutz- und Schmierfinken und auch noch einige politische Hinterwäldler gibt – wo gibt es die nicht! Wir wollen jeden, der über vergangene Irrtümer hinweg sich zum demokratischen Staat und seinen Pflichten bekennt, anerkennen, und das ist die überwältigende Mehrheit unseres Volkes. (Beifall.) Zu einer neuen Entnazifizierung sind wir also nicht bereit. Entschlossen sind wir aber, und das geschieht, das Verbrechen und den Verbrecher auch heute noch zu treffen. Doch wenn das geschieht, dann haben wir alle Ursache, sehr klar zu betonen, daß in dieser ganzen Kampagne Moskau seine Finger im Spiele hat, (Beifall) daß wir uns aber das Gesetz des Handelns nicht von dieser Seite vorschreiben lassen. (Erneuter Beifall.) Hier wird gehetzt und denunziert; hier soll gerade jetzt vor der Pariser Konferenz Zwietracht unter den Völkern der freien Welt gesät werden, – und das alles, während Leute, die einstmals Hitler den Steigbügel hielten, heute Ulbricht und Moskau die Stiefel putzen. Es wird hohe Zeit, daß einmal

die Visitenkarten dieser Größen aus dem politischen Wetterhäuschen auf den Tisch gelegt werden. (Sehr richtig.)

Ich muß hier noch einmal auf Berlin und die Zone zurückkommen. Was in Berlin in der Frankfurter Allee – sie heißt jetzt, bis jetzt noch immer Stalin-Allee –, was hier im Osten Berlins unter den Bauarbeitern aufbrach, was in Windeseile in der ganzen Zone tausendfältiges Echo fand, wurde hart und unbarmherzig niedergeschlagen. Drei Jahre später geschah das gleiche in Ungarn. Und die Macht, die so vorging und davon nicht läßt, sagt, daß sie die Freiheit auf ihr rotes Banner geschrieben habe.

Sieben Jahre sind seitdem ins Land gegangen. In der Zone wurde es in diesem Jahre nur noch ärger und härter. Bauern verlassen ihre Höfe, weil man ihnen die eigene Scholle nimmt und sie jetzt auch noch im eigenen Hause zu Zwangsarbeitern macht. Es gibt in Mitteldeutschland keinen freien Bauern mehr. Wo Mittelstand noch vorhanden ist, muß er den gleichen Weg des Kollektivs gehen. Über die Ganztagszerziehung und die Propagierung der Frauenarbeit werden die Aufgaben der Familie ebenfalls dem Kollektiv übertragen. Die Kirchen haben in diesen Wochen wiederum – und dieses Mal so beschwörend wie noch nie –, die Christen aufgerufen, ihrer Überzeugung treu zu bleiben und da zu widerstehen, wo es um Gottes Recht und sein Gebot geht. Was wir Deutsche hier und jenseits des Eisernen Vorhanges zur Stunde zu sagen haben, ist die Antwort der Freiheit auf die Herausforderung des Kommunismus. Der These Moskaus von den zwei deutschen Staaten setzen wir das Recht auf Selbstbestimmung der Völker entgegen und damit unser Recht auf nationale Einheit und Freiheit. (Lebhafter Beifall.) Wir kennen nur ein deutsches Volk. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Diesem in Freiheit geeinten Volk allein steht das verbriefte Recht zu, über seine Grenze im Osten zu bestimmen. Der Bundesaußenminister hat das für die Bundesregierung im Deutschen Bundestag noch einmal erklärt. Es gibt für uns keine von den Sowjets diktierte „Friedensgrenze“. (Lebhafter Beifall.)

Und Berlin – diese hartgeprüfte Stadt, gegen die sich der in nichts begründete Machtanspruch der Sowjets richtet! Was immer die deutsche Politik der Nachkriegszeit für Berlin getan hat, es beruht auf dem unerschütterlichen Willen, daß diese Stadt, in der schützenden Hut der freien Welt, das einmal wieder werde, was sie war: Deutschlands Hauptstadt. (Sehr starker Beifall.)

Wenn wir so handeln, wenn wir so auch für jene sprechen und handeln, die nicht reden, sondern nur leiden und schweigen können, so ist das kein Rückfall in nationalstaatliches Denken des 19. Jahrhunderts oder gar in einen längst überholten Nationalismus. Wir sind keine Romantiker. Wir stehen in der Politik nicht gegen die Zeit. Wir wollen die nationalen Grenzen also nicht mit Stacheldraht verbarrikadieren; wir wollen aber auch nicht, daß der Kommunismus einen Stacheldraht quer durch Deutschland zieht. (Lebhafter Beifall.) Wir bekennen uns zu dem Mut jener Politiker, welche den Sprung über die schweren Schatten der Vergangenheit gewagt haben und Europa sagen. Der Mut hat sich bezahlt gemacht und macht sich weiterhin bezahlt. Wir sagen „Ja“ zur freien Welt, zu Europa,

zum ganzen Europa. Unsere Aufgabe liegt in der Funktion, die wir nach unserer Lage in Europa im Rahmen und in der Sicherheitspolitik der freien Welt mit unserem Beitrag zu ihrer Verteidigung zu leisten haben. (Beifall.)

Das besagt aber auch, daß wir Deutsche uns auf die nationalen Sirenenklänge des Ostens nicht einlassen. Dann möge man aber auch Besorgnisse, die sich auf den Tag nach der Wiederherstellung unserer Einheit beziehen und die immer wieder, so auch in den letzten Monaten und Wochen, auftauchen, nicht weiter hegen. Ein Volk, das mit mehr als 15 Millionen seiner Brüder und Schwestern in Unfreiheit lebt, weiß, was die Freiheit wert ist. Es kennt kein Paktieren mit dem, der einem Drittel unseres Landes die Freiheit vorenthält. (Beifall.)

Man mag es drehen und deuteln, wie man will, es ist aber so, es bleibt der Welt der Freiheit keine andere Wahl als die Politik fortzusetzen, die darauf beruht, daß ohne das Gleichgewicht der Macht der Friede nicht Bestand hat. Diese Politik hat nichts mit Sturheit und kaltem Kriegergertum zu tun; sie ist die Voraussetzung dafür, daß Gespräche über Abrüstung, Entspannung und über die deutsche Frage mit Erfolg überhaupt geführt werden können. Europa stand in seiner Geschichte mehr als einmal in todbringender Gefahr. Heute steht die Welt der Freiheit in einem Existenzkampf. Wir sind Zeugen dieser Stunde.

Ich glaube schon, daß diejenigen recht haben, die sagen, die Welt könne mit den Ideologien des 19. Jahrhunderts nichts mehr anfangen, weder mit dem Sozialismus, noch mit dem Liberalismus. Der Glaube beider an die Autonomie und Selbstherrlichkeit der Welt ist gescheitert. Mit dem Utopismus aller Art ist es vorbei. Die Welt ist nicht so, wie diese beiden Erlösungsideologien sie sahen. Die Menschen sind ganz anders.

Wir lernen wieder – in der Naturwissenschaft fing es an – die Wirklichkeit und ihre Gesetze zu sehen. Das ist von Bedeutung auch für die Fragen, mit denen wir es in der Politik zu tun haben. Nur der Marxismus, der Kommunismus, der in Moskau die Verbindung mit der totalen Macht eingegangen ist, geht an der Welt, wie sie ist und bleibt, und am Menschen, wie er ist und bleibt, vorbei. Der Kommunismus ist es, der die Welt und den Menschen in diabolischer Hybris nach seinem Bilde schaffen will. Wir stehen mitten in diesem Kampfe. Sind wir diesem Kampfe gewachsen?

Ich habe in meinem Referat versucht, von dem zu sprechen, was Fundament und Kraft unserer Arbeit ist, was vordergründig und was unabdngbar ist. Ich weiß, ich müßte noch etwas sagen. Ich höre die Kritik schon, daß über Kulturpolitik so gut wie nichts gesagt worden sei. Nun, darüber wird auf diesem Parteitag noch einiges gesagt werden. Sodann werden wir im Herbst eine besondere Tagung abhalten, die diesen Fragen vorbehalten ist. Seit mehr als einem Jahr laufen in Verbindung mit den Freunden aus den Ländern die Vorbereitungen. Ich schlage vor, daß der Parteitag durch einen förmlichen Beschluß diesen Kulturtag einsetzt. Einer CDU steht Kulturpolitik wohl an! Sie hat hier Wichtiges zu geben! Soll ich aber nun hier mit meinem Referat den Nachweis erbringen, daß wir wissen, was hier an Fragen ansteht, und daß wir ihnen antworten werden? Soll ich von den Aufgaben sprechen, welche Schule, Erziehung

und Bildung, von der Volksschule an über Berufs-, Fach- und höhere Schulen bis zur Hochschule, aufwerfen? Vom Rahmenplan, und was der Christ dazu zu sagen hat? Von unseren Aufgaben in Ländern draußen, besonders bei den jungen Völkern? Was da richtig und was da falsch gemacht wird, und daß man diese Arbeit nicht nur von Staat zu Staat tun, sondern auch erprobte freie Kräfte, so die der christlichen Mission, heranziehen sollte? Was bringen Technik, Verkehr, Automation und Freizeit nicht an Aufgaben an uns heran! Was übernimmt hier Kirche und freier Verband? Was der Staat?

Ich kann darauf nicht weiter eingehen, und muß es in Kauf nehmen, daß die Kritik das rügt. Doch zweierlei sei von der Fraktion aus schon jetzt gesagt: Wir haben vor: den Verkaufserlös der Sozialen Privatisierung des Volkswagenwerkes für kulturelle Zwecke zu verwenden. Ich glaube nicht, daß uns da unser Freund Etzel Schwierigkeiten macht. Und weiter! Wir haben die feste Absicht, mit unseren Freunden in den Ländern uns über das zweite Fernsehen zu verständigen und können nur hoffen, daß es dabei auch um das leidige Geld, um die Verteilung der Fernsehteilnehmergebühren zu einer Verständigung kommt. Auf keinen Fall wollen wir ein zweites Fernsehen rein kommerziell, bei dem das Geld das Programm bestimmt. (Beifall.) Wir sind uns mit den Kirchen hierin ebenso einig, wie in ihrer Kritik an neuerlichen Darbietungen des ersten Programmes. (Beifall.) Wir haben den Ehrgeiz, daß das kommende zweite Programm mit dem ersten in Konkurrenz darüber tritt, wer der willkommenste Gast in unseren Familien ist, und das ist nicht nur eine Frage der künstlerischen Leistung. (Beifall.)

Ich schließe. Was verlangt die Stunde? Daß wir uns nach außen sichern, damit wir frei leben und schaffen können, wir alle, unser Volk in seinen Schichten und Ständen, in seinen Gliederungen mannigfacher Art; auch das Christentum, die Kirchen, auch ihr freies Wirken.

Das Zweite, was not tut, ist die bessere menschliche Ordnung. Wohlstand allein tut es nicht. „Wohlstand, und was sonst?“, das Thema, über das morgen gesprochen wird.

Und dann noch, daß wir in dem, was den inneren Menschen ausmacht, uns stärker erweisen als der Osten. Das wäre doch wohl die Stunde des Christentums und der Christen. Zu wissen, daß die Welt in Gottes Hand ist und alle Geschichte in Seinem Sinne verläuft, ist tröstlich und macht zuversichtlich.

Dem sei noch ein Wort hinzugefügt, das dem Satz vorher nicht widerspricht, sondern es ergänzt. Es stammt von einem Theologen, der nach dem 20. Juli am Galgen starb:

„Wir müssen handeln, sonst werden wir der Geschichte armes Opfer.“

(Langanhaltender starker Beifall.)

Vorsitzender Ministerpräsident Kiesinger:

Meine Damen und Herren! Ich danke unserem Freund Dr. Heinrich Krone für sein umfassendes Referat, in dem er die Probleme mit seiner uns wohl bekannten, ebenso behutsamen wie unterschiedenen Art behandelt hat. Das Referat gewinnt seine Bedeutung besonders dadurch, daß es gehalten wurde von dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im

Deutschen Bundestag. Ich nehme die Gelegenheit wahr, um Ihnen, lieber Freund Dr. Krone, für Ihre unendlich mühsame, unverdrossene und so erfolgreiche Arbeit als Vorsitzender unserer Fraktion des Bundestages unseren herzlichen Dank auszusprechen. (Lebhafter Beifall.)

Ich sehe, daß der Präsident des Deutschen Sportbundes, Herr Daume, unter uns weilt. (Beifall.) Seien Sie uns herzlich willkommen, Herr Präsident Daume. Ich begrüße mit Ihnen die Millionen junger deutscher Menschen, die im Deutschen Sportbund vereinigt sind. Wir freuen uns, daß Ihre Elite bei dem friedlichen, internationalen Wettbewerb zu schönen Erfolgen gekommen ist. Wir freuen uns noch mehr darüber, da Sie das alte, wahre Wort beherzigen, das da besagt, in einem gesunden Körper lebe ein gesunder Geist. (Beifall.)

Wir kommen nun zum zweiten Referat dieses Vormittags. Ich erteile das Wort zu dem Referat:

„Die Wirtschaft in der sozialen Verantwortung“

unserem Freunde

BUNDESMINISTER PROF. DR. LUDWIG ERHARD:

Herr Bundeskanzler! Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Jedes wirtschaftspolitische Programm bedarf vor allem im Zeichen einer dynamischen Entfaltung unseres gesellschaftlichen und sozialen Lebens *trotz offenkundiger Bewährung immer wieder einer kritischer Überprüfung*, um ohne scharfe Brüche und ohne Erschütterungen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft harmonisch zu verbinden. Das bedeutet mit anderen Worten, daß wirtschaftspolitische Leitbilder nicht nur die gesellschaftliche Umwelt prägen, sondern umgekehrt auch von ihr geprägt und durch sie gewandelt werden. Die Wirtschaftspolitik wird im Empfinden eines Volkes eine umso stärkere Resonanz finden, je besser sie es vermag, über die Erfüllung ihrer engeren Aufgabe hinaus zugleich eine zwingende Antwort auf die geistig-seelischen Anliegen einer Zeit zu geben. Selbstverständlich kann ein solches Zugeständnis nicht besagen, daß sie sich in kurzfristigen Rhythmen jedem Einfall des Augenblicks oder romantischen Schwärmereien und unwirklichen Forderungen der verschiedensten Gruppen anzupassen hätte. Die Wahrheit ist nun einmal nicht so wandelbar, daß sie, der Mode gleich jeder Laune gerecht werden könnte, so wenig die Gesetze der Logik sich aus der ihr immanenten Zwangsläufigkeit lösen lassen.

Die Politik der sozialen Marktwirtschaft stand seit dem Tage der Währungsreform unter der Leitidee, auf dem Boden einer freien Wettbewerbswirtschaft persönliche Freiheit, wachsenden Wohlstand und soziale Sicherheit in Einklang zu bringen und durch eine Politik weltweiter Offenheit die Völker zu versöhnen.

Wer erinnert sich denn heute schon noch der alles niederzwingenden Trostlosigkeit, aus der wir uns zu befreien hatten! Elementare Versorgungs- und Produktionsprobleme, die Überwindung der Arbeitslosigkeit, die Bewältigung des Flüchtlingsstroms, die Wiederherstellung eines funktionsfähigen Güter- und Kapitalmarktes, die Schaffung neuen Ver-

trauens in unsere junge Währung und die Eingliederung der Bundesrepublik in eine sich wieder erholende Weltwirtschaft waren die handgreiflichsten Aufgaben, die gelöst werden musten, wenn wir nicht in Mangel, Elend und Not verkommen wollten.

Heute wird auch von den Gegnern der sozialen Marktwirtschaft nicht mehr bestritten, daß es ihr in einem geradezu überraschendem Maße gelang, für die materielle Existenz unseres Volkes wieder feste Grundlagen zu schaffen. Die CDU braucht sich der Früchte ihrer Politik vor dem deutschen Volk wahrlich nicht zu schämen. (Beifall.) Dessen möchten manche Kleinglaubige auch aus unseren eigenen Reihen eingedenk sein, wenn sie dann und wann Unmut, Unbehagen oder Unsicherheit zu befehlen droht.

Wir sind aus tieferen Bindungen heraus dagegen gefeit, daß uns die Freude oder auch der Stolz über ein gelungenes Werk zu eitler Selbstgefälligkeit verleitet oder gar an die Vollkommenheit unserer Arbeit glauben läßt. Wir sind aber nicht bereit, Kritik um jeden Preis von jenen hinzunehmen, die mangels eigener Fantasie und ohne originäre geistige Leistung das Modell der Sozialen Marktwirtschaft kopieren und diesen Abklatsch als Eigenfabrikat unter die Leute bringen möchten. Auch das sollte manchen Zweifel an der Richtigkeit der von uns eingeschlagenen Wirtschaftspolitik zerstreuen, daß unsere politischen Widersacher, alten Traditionen und Ideologien abschworend, sich zu einer freiheitlichen Ordnung unserer Observanz bequemen müssen, um draußen im Lande überhaupt noch anzukommen.

Ich möchte nicht mißverstanden werden und beileibe der Besinnung und vor allem auch der Selbstbesinnung nicht ausweichen wollen, die uns vor unserem Gewissen und vor der Verantwortung vor dem deutschen Volke zu üben aufgegeben ist. Das ist der Sinn dieses Parteitages, zu fragen und zu antworten. Soweit wir auch von der entarteten Gesinnung derer abrücken, die in fuhllosem Egoismus alle sozialen Maße sprengen, wenden wir uns doch mit Entschiedenheit gegen jene destruktiven Elemente, die, den materiellen Gewinn froh genieend, aus einer geistlosen, snobistischen Haltung heraus sich in fade Geistreicheleien über das sogenannte „Wirtschaftswunder“ bzw. die „Wirtschaftswunderkinder“ mokieren zu dürfen glauben. (Beifall.) Sie geben dem Volk Steine, statt Brot. Wir reichen die Hand aber all denen, die, von sittlichem Ernst getragen, selbst bei harter Kritik an manchen Zeiterscheinungen, Besseres zu vollbringen suchen, prüfen und helfen wollen.

Dabei mögen sie es mir nicht verübeln, wenn ich manche Betrachtungen und manches Urteil als in sich höchst widerspruchsvoll, ja geradezu als grotesk empfinde. Während ich in den Zeiten des ärgsten Mangels und der härtesten Not kaum etwas anderes hörte, als daß eine freie Marktwirtschaft zur Lösung der in dieser Situation anstehenden Probleme untauglich wäre, und ich mit meinem Widerspruch meist Haß und Hohn erntete, will man jetzt glaubhaft dartun, daß das freiheitliche Wirtschaftsprinzip gerade der Mangellage gemäß wäre, der Wohlstand und die Fülle aber anderer Ordnungsprinzipien bedürfen. „Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage.“



Regierungspräsident Anton Dichtel, Landesvorsitzender Baden-Süd.



Staatsminister a. D.
Dr. Otto Fricke,
Präsidiender Vorsitzender der
CDU in Niedersachsen.



Dr. J. E. Noltenius,
Landesvorsitzender Bremen.



Johannes Albers, Vorsitzender der
Sozialausschüsse der Arbeitnehmer,
hört der Erwiderung Dr. Adenauers
auf seine Ausführungen in der Aus-
sprache zu.

Nein, was uns nottut, ist die Konsequenz unserer inneren Haltung und die Treue zur Idee. Wenn in den rückliegenden zwölf Jahren Fragen der Versorgung und Beschäftigung eines auf engen Raum arbeitenden Industriestaates mit besonderem Gewicht im Vordergrund standen, so wird doch an vielen Erscheinungen, wie z. B. dem Anstieg der Spartätigkeit, erkennbar, daß es in der weiteren Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft sehr wohl gelingen wird, die mit der Einkommens- und Vermögensbildung zusammenhängenden Probleme immer zufriedenstellender zu bewältigen.

Wer vor sich selbst wahrhaftig ist, wird nach den Erfahrungen der letzten zwölf Jahre kaum noch leugnen wollen, daß das, was heute noch nicht erreicht werden konnte, in der Folgezeit heranreift, und daß jeder weitere technisch-wirtschaftliche Fortschritt gerade den breiten Schichten unseres Volkes zugute kommen wird. So hat sich z. B. das für Konsum und Sparen zur Verfügung stehende Einkommen der privaten Haushalte im Zeitraum von 1950 bis 1958 um 122 v. H. erhöht. Bei den Einnahmen der Selbständigen ist dabei eine Zunahme von 71 v. H. und bei den Masseneinkommen von 142 v. H. zu verzeichnen. Allerdings sind bei diesem Vergleich die Vermögensbildung aus nichtentnommenem Gewinn sowie der Umstand zu berücksichtigen, daß die Zahl der Arbeitnehmer seit 1949 bis zum Jahre 1959 von 13,6 Mill. auf 20,1 Mill. Beschäftigte angewachsen ist. Aber gerade dies scheint mir nicht der geringste Erfolg der deutschen Wirtschaftspolitik zu sein, wie denn überhaupt zu verzeichnen wert ist, daß der in Deutschland wohl am sichtbarsten in Erscheinung tretende Erfolg einer freien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu einer immer stärkeren und immer klareren Hinwendung zu marktwirtschaftlichen Methoden in immer mehr Ländern der freien Welt geführt hat. Ja, man kann sagen, daß sich dieses Leitbild, an dessen Werden Alfred Müller-Armack und Wilhelm Röpke hervorragenden Anteil besitzen, auch geistig durchgesetzt hat und heute als das allgemein anerkannte Prinzip eines weltweiten, freien Handels schlechthin gelten kann.

Was also ist da nicht in Ordnung, daß trotz aller Erfolge und dieses fast grandiosen Siegeszuges der Sozialen Marktwirtschaft aller Erfolg nicht immer auszureichen scheint um die Menschen zu beruhigen, die Gesellschaft zu befriedigen? Woher kommt es, daß die Sicherung der Arbeitsplätze im Zeichen der Vollbeschäftigung und der Zuwachs der Produktion in einer kontinuierlich ansteigenden Konjunktur bei ständig wachsendem Volkseinkommen die Menschen doch nicht ruhig und zufrieden sein lassen? Die allenthalben nur zu spürbare Unruhe in unserer demokratischen Gesellschaft ist – so gesehen – ein bestürzendes Faktum. In den Notzeiten kaum spürbar, tritt sie nunmehr mannigfach hervor und scheint als eine Schwäche der freien Gesellschaft ganz allgemein nur schwer beeinflußbar zu sein. Wo nur zu verständliche Meinungsverschiedenheiten in Erscheinung treten, stoßen diese in einer Atmosphäre der Übererregbarkeit aufeinander, ohne daß wir im Alltag immer über das rechte Rezept der Dämpfung verfügten. Wenn Maßlosigkeit und Unbeherrschtheit Erschütterungen auslösen, ist es gewiß berechtigt, an das Erreichte zu erinnern und auch nicht auf einen sittlichen Appell zu verzichten. Der Grenze der Wirksamkeit solcher Aufrufe bin ich mir wohl

bewußt, und doch vertraue ich darauf, daß das menschliche Gewissen auf die Rückbesinnung, auf die echten Werte des Lebens ansprechbar ist.

So wollen und mögen wir uns denn fragen, ob die Unruhe und Erregbarkeit der öffentlichen Meinung nicht in tieferen Schichten des Bewußtseins – und das kann nur heißen, in noch nicht befriedigend gelösten Fragen einer freien Gesellschaft – wurzeln. Ich glaube zwar nicht, daß das Erreichte bewußt böswillig verkannt wird. Die Verbesserung des materiellen Schicksals ist zu offenkundig, als daß sie bestritten werden könnte. Gerade deshalb mutet es umso überraschender an, daß die nunmehr erreichte materielle Daseinsvorsorge allenthalben eine fast irrational anmutende, ablehnende Reaktion auslöst.

Eine tiefere Überlegung kann uns lehren, daß die durch eine beispiellose industrielle Expansion in Bewegung geratene, durcheinandergeschüttelte demokratische Gesellschaft besondere gesellschaftspolitische Anstrengungen erforderlich macht, um ein neues Lebensgefühl in einer zeitgerechten Form zu wecken. Wahrscheinlich bedarf es vielfach nur einer bewußten Rückbesinnung auf die im Letzten doch nicht verloren gegangenen Bindungen des einzelnen an seine Umwelt, an „seine“ Welt. Erkennen wir aber an, daß als Folge der Industrialisierung, der Verkehrsentwicklung, der Lockerung traditioneller Bindungen an die heimatliche Scholle oder den angestammten Beruf auch der Verlust an Selbständigkeit soziologisch ernstzunehmenden Schaden bewirkt hat.

Man hat unsere Gesellschaftsform in einem übertragenen Sinne als „klassenlose Gesellschaft“ charakterisiert. Dieser historisch gewandelte Begriff kann indessen nicht nur als Zeichen dafür gelten, daß der Aufstieg der Arbeiter zu einem Prozeß der Entproletarisierung führte, der noch immer weiter greift, sondern auch dafür, daß faktisch Vermögens- und Berufsschichtungen flüssig geworden sind, und daß sich bei den modernen Konsumgütern bis hin zum Auto, dem Fernsehapparat und allen Apparaturen zur Erleichterung der Hausarbeit, die familienpolitisch nur erwünscht sein kann, eine Verbreiterung der Verbrauchsmöglichkeiten vollzieht, durch die Privilegierungen eines ständischen Konsums nivelliert wurden und noch weiter dahinschwinden werden. In dieser „klassenlosen Gesellschaft“ sind nicht mehr Stand und Klasse das Problem, sondern der einzelne – es ist der Mensch, der sich dem Ganzen gegenüber unterlegen und unsicher fühlt. Das Problem, wie und wo er im beruflichen und gesellschaftlichen Leben den seiner Wesensart gemäßen Standort findet, ist damit zweifellos schwerer zu lösen, als es in gebundenen oder – besser gesagt – dirigistischen Ordnungen der Fall war. Hinzu kommt, daß Konjunkturen, Marktbewegungen, Umschichtungen der Betriebsformen ihn in Mechanismen einzuspannen scheinen, die anonym wirken und die ihm die Zufriedenheit rauben, weil er diese Kräfte in ihrem Walten nur schwer zu durchschauen vermag. Je mehr solche Unsicherheit zu einer unbestimmten Lebensangst führt, desto weniger scheint es verwunderlich, wenn sich die Menschen aus dem Gefühl der Isolierung heraus in Gruppen und Verbände flüchten, die die innere Unruhe des Einzelnen, dann verstärkt in die Öffentlichkeit hinaus-tragen.

Ein Prozeß, wie der hier aufgezeigte, löst selbstverständlich nicht nur Wirkungen aus, die gleichermaßen die Gefahr der Atomisierung wie der Kollektivierung des Lebens mit sich bringen, sondern er verstärkt auch die Sehnsucht der Menschen nach harmonischer Einordnung in überschaubare Bindungen, in denen er Wärme und Geborgenheit sucht und finden kann. Die tieferen Gemeinschaften der Familie und der Kirche werden dabei ergänzt durch gesellige Formen Gleichgesinnter wie sie in Vereinen, Stammtischen oder Nachbarschaften Ausdruck finden. Fast möchte ich sagen, die menschliche Natur braucht den inneren Ausgleich, das seelische Gleichgewicht, die Versöhnung zwischen den zweckhaften Formen des Berufslebens in der Massengesellschaft und dem Verlangen nach Ruhe und Geborgenheit in geistig-seelischen Zuordnungen. Die Soziale Marktwirtschaft ist überfordert, wenn ihr die Verantwortung aufgelastet werden soll, die äußeren Lebensformen unserer Gegenwart zu sprengen und nach einem Wunschkild zu formen. Wohl aber obliegt ihr *die Verpflichtung, den Geboten einer christlichen Gesellschaftspolitik gerecht zu werden und mit dieser sich zu einer höheren Einheit zu verbinden.*

Von der Wirtschaftspolitik her gesehen wäre das Problem so zu stellen, daß es darum geht, zu einer Vermenschlichung der Umwelt in allen Lebensbereichen und im besonderen innerhalb des Wirtschaftsgeschehens hinzufinden.

Wenn das keine Phrase sein soll, muß dieses Anliegen, zu Leitsätzen für das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Handeln erhoben werden. Ich beziehe mich dabei auf Gedanken, die Alfred Müller-Armack mit mir gemeinsam entwickelt hat und über die demnächst eingehender berichtet werden soll. Der würde mich allerdings falsch verstehen, der diese Aussage dahin auslegen wollte, als ob wir nunmehr den bisher geltenden Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft abschwören müßten. Das Leben vollzieht sich nicht in Brüchen, so wie wirtschafts- und gesellschaftspolitische Fortentwicklungen, nicht als Aktion, sondern immer nur als Prozeß verstanden werden dürfen. Die Soziale Marktwirtschaft ist von ihren geistigen Begründern seit jeher als eine ganzheitliche Wirtschaftspolitik gesehen worden. Aber angesichts der heute erreichten Leistungsergiebigkeit unserer Wirtschaft, der sich ständig verbessernden Einkommenslage unseres Volkes und der hoffnungsvollen Ansätze zu einer breitgestreuten Vermögensbildung wird für die Zukunft immer mehr und Besseres geschehen können, um jene Ganzheitlichkeit in konkreten gesellschaftspolitischen Formen zum Ausdruck kommen zu lassen.

So wenig wir die hier gestellte Frage allein mit dem Hinweis auf eine ethische Haltung beantworten möchten, darf doch die Würde und das Gewicht eines solchen Wertes auch im wirtschaftlichen Leben nicht geringgeschätzt werden. Nur würde die sittliche Aufgabe der Gestaltung unserer Lebensordnung ins Leere stoßen, wenn nicht auch konkrete Wege und Formen aufgezeigt werden könnten, wie die Politik einer Gesellschaft freier Menschen auch im einzelnen zu gestalten sei. So setzte sich die Soziale Marktwirtschaft auch nicht allein kraft der sie tragenden Idee durch, sondern wesentlich durch eine Konzeption, die die Methoden praktischer Wirtschaftspolitik mit der ideellen Zielsetzung

der sozialen Sicherheit in wirtschaftlicher Freiheit in Einklang zu bringen vermochte.

In der geistig labiler gewordenen Situation der von mir skizzierten sogenannten „klassenlosen Gesellschaft“ wird es also des Einbaus gesellschaftlicher Stabilisatoren bedürfen, die geeignet sind, dem in die Vereinzelung gedrängten Menschen unserer Zeit das Bewußtsein, ja sogar die objektive Sicherung seines Seins in einer ganzheitlichen gesellschaftlichen Ordnung zu geben. Daß diese für den einzelnen schwerer durchschaubar ist als ein dirigistisches Prinzip, läßt sich kaum bestreiten; aber das scheint mir auch kein gültiger Wertmaßstab zu sein. Politisch gesehen geht es darum, die mißtrauischen Reaktionen gegenüber einer freien Marktwirtschaft zu überwinden und einzusehen, daß eine nur pädagogisch-geistige Therapie zu fruchtbaren Lösungen der Probleme unserer heutigen Gesellschaft nicht mehr ausreicht. Der Strom ihrer Expansion, ihrer Technik, ihrer soziologischen Umschichtungen ist so stark und trägt uns so schnell fort, daß das entschwindende Bild der alten Ufer die Navigation schwermacht wenn wir uns nicht bewußt auf die Bedingungen der Strömungen einstellen.

Selbstverständlich bleibt es bei der Politik der Sozialen Marktwirtschaft. Umgekehrt möchte ich betonen, daß wir und die westliche Welt in ihrer Gesamtheit allen Grund haben, das Erstgeburtsrecht einer bei weitem besseren Wirtschaftspolitik für uns in Anspruch zu nehmen, die in der Konsequenz der Idee, die Wirtschaft habe primär dem Menschen zu dienen, gerade angesichts des sich verhärtenden Konkurrenzkampfes mit der kollektivistischen Welt nicht verraten und preisgegeben werden darf. (Beifall.)

Eine kollektivistisch-totalitäre Wirtschaftsordnung, die im letzten Grunde immer nur der Verherrlichung und Mehrung staatlicher Macht dient, kann zwar innerhalb der leicht regulierbaren Faktoren der Grundstoffindustrie große Erfolge erzielen, aber sie wird immer unfähig bleiben, dem Menschen zu dienen, d. h. die bunte Fülle von Waren bereitzustellen, die in freier Konsumwahl das individuelle Leben der Bürger bereichern und verschönern. (Beifall.) Das hieße die schlechteste gesellschaftswirtschaftliche Lösung anstreben, wenn wir bereit wären, primitiven Neigungen und Vorstellungen einer auf Gleichmacherei hinielenden Politik zu entsprechen, gleich ob sie aus der Unkenntnis sozialökonomischer Zusammenhänge oder bewußten Kollektivierungstendenzen entspringt, während in der sowjetisch beherrschten Welt möglicherweise Strömungen an Kraft gewinnen könnten, die, wenn auch nur zaghaft, zur Bewußtmachung gottgewollter Menschenrechte führen könnten. Dieses letztere wäre wohl ein Segen, aber die Versöhnung auf halbem Wege bedeutete tiefe Tragik. (Beifall.)

Aus all dem folgt, daß in der künftigen Entfaltung der Sozialen Marktwirtschaft gesellschaftspolitische Probleme gleichrangig neben die ökonomischen treten werden. Die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung unserer Wirtschaftsordnung in dieser Richtung ist im Kreise derer, die sich um diese Fragen bemühen, schon seit Jahren anerkannt worden. Die Frage muß aber in ihrer Ganzheit aufgegriffen werden. Die Bemühungen um die Schaffung neuer Formen von Eigentum bedürfen zweifel-

los stärkster Förderung, aber diese bleiben in ihrer Reichweite insoweit begrenzt, als sie in bezug auf eine befriedigende Lösung der Einkommens- wie auch der Vermögensschichtung in der gesellschaftspolitischen Grundproblematik nur eine Schicht, d. h. eben nur die der materiellen Versorgung anpacken. In der gleichen Richtung bewegt sich der Versuch, die gesellschaftspolitischen Probleme ausschließlicly im Sinne einer mittelständischen Zielsetzung zu beeinflussen. So wichtig es ist, ein Gleichgewicht der verschiedenen Betriebsformen aufrechtzuerhalten, so muß es doch das Anliegen der Gesellschaftspolitik sein, nicht nur vorhandene selbständige Existenzen zu sichern, sondern vielleicht sogar mehr noch neue Selbständigkeiten zu ermöglichen, wenn sie sich nicht in einer nach rückwärts gerichteten Ideologie verfangen will. (Beifall.) Gesellschaftspolitisch verdient das Selbständigwerden in jedweder Form sogar den Vorrang vor der bloßen Bewahrung. Das bedeutet nicht, daß nicht unsere ganze Aufmerksamkeit auf die Frage gerichtet sein müßte, ob die derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen etwa des Steuerrechts oder des Gesellschaftsrechts unbeabsichtigt bestimmten Unternehmungsformen oder Größen einen Vorteil bieten und damit die Chancen anderer benachteiligen.

Eine Gesellschaftspolitik, die über eine bloße Ideologie hinaus aus der aktuellen Situation heraus bewußt gestalten will, muß von den realen Bedingungen unserer wirtschaftlichen Umwelt ausgehen, und das heißt, Zielsetzungen entwickeln, die auch den der modernen Technik adäquaten Großorganisationen der Wirtschaft gerecht zu werden haben. Wir würden unsere Kräfte trotz klaren Willens in einem nur programmatischen Kampf gegen die Machtkonzentration nutzlos verzetteln, wenn wir nicht einzusehen bereit wären, daß auch die unbestreitbaren Leistungen der Großformen unserer Wirtschaft einen wesentlichen Anteil an der Wohlstandsvermehrung für sich beanspruchen dürfen. Es ist nicht das Großunternehmen an sich, sondern der unbeherrschte Machthunger, der in der Richtung einer volkswirtschaftlich schädlichen und sozialpolitisch unerwünschten Konzentration unseren Widerstand hervorruft. (Lebhafter Beifall.) Unser Anliegen geht deshalb dahin, alle restriktiv-monopolistische Marktbeherrschung durch eine Vervollkommnung der Wettbewerbsgesetzgebung und der Steuerpolitik zu hemmen, ja zu unterbinden. (Beifall.) Überall dort aber, wo eine Marktbeeinflussung über Preissenkungen einen wohlthätigen sozialen Effekt erzielt, sollte ihre Unentbehrlichkeit und gesellschaftspolitische Neutralität anerkannt werden. (Beifall.) Es ist dabei selbstverständlich, daß auch Großbetriebe gesellschaftspolitische Verpflichtungen anerkennen müssen, um so mehr, als sie selbst wesentlich dazu beitragen können, den Bereich der Selbständigkeit in der Wirtschaft auszuweiten. In diese Richtung zielt zum Beispiel der Verzicht auf Einbeziehung von Funktionen und Verrichtungen, die durch selbständige Zulieferbetriebe zu besorgen sind. Je mehr sich der wirtschaftliche Raum in einer freiheitlichen Ordnung jedoch weitet, desto mehr werden größere Betriebseinheiten zunehmende Geltung erlangen. Aber das bedeutet gewiß nicht, daß mittelständische Unternehmungen verkümmern müßten. Vergessen wir auch hinsichtlich der Fortgestaltung unserer Sozialpolitik nie, daß wir nicht allein auf der Welt sind, ja, daß sich sogar der Wettbewerb verschärfen wird, was wiederum be-

deutet, daß wir unsere Wünsche mit den realen Möglichkeiten in Einklang zu bringen haben. Da im bürgerlichen wie auch im staatlichen Leben jeder nur geben kann, was er hat, setzen wir nicht nur unsere nationale Zukunft, sondern auch unsere soziale Sicherheit aufs Spiel, wenn wir der Volkswirtschaft mehr abverlangen, als sie zur Bewahrung ihrer Leistungskraft auf weltweiter Grundlage aufzubringen vermag. (Beifall.)

Es ist gerade in den letzten Jahren vielfach versucht worden, durch Teilkorrekturen an steuerlichen Bestimmungen gesellschaftspolitische Wirkungen zugunsten bestimmter Gruppen zu erreichen. Mir will indessen scheinen, daß eine solche, sich im Technischen erschöpfende Gesellschaftspolitik der psychologischen Situation, mit der wir uns auseinandersetzen haben, nicht voll gerecht werden kann. Das gesellschaftspolitische Leitbild, das es zu entwickeln gilt, muß weit über die sinnvolle Anwendung von Einzelmaßnahmen hinaus eine Gesamtansicht auf gesellschaftliche Zielsetzungen freigeben, die von den Menschen der heutigen Massengesellschaft auch innerlich bejaht werden. Was das bedeutet, ist am besten zu ermessen, wenn wir an das schaurige Geschehen im mitteldeutschen Raum denken, das freie Bauern versklavt und selbständige Handwerker ihrer Existenzgrundlagen beraubt.

Niemand wird mehr leugnen wollen, daß die Soziale Marktwirtschaft, vor allen Dingen in der Phase des wirtschaftspolitischen Umbruchs, ein integrierend wirkendes Leitbild dieser Art gewesen ist. Aber dazu gilt es heute als eine neue Aufgabe, die Form einer künftigen Gesellschaftspolitik zu bestimmen, die die Funktion der Sozialen Marktwirtschaft zu ergänzen und fortzugestalten vermag. Ich habe es immer wieder gesagt, daß der Mensch im Mittelpunkt der Wirtschaft steht. (Beifall.) So unbestreitbar richtig dieses Bekenntnis ist, kommt es doch jetzt darauf an, diesem allgemeinen Satz den Charakter einer präzisen Aussage zu verleihen. Dabei kann gerade die durch die Soziale Marktwirtschaft geschaffene wirtschaftliche Basis das Fundament einer fruchtbaren Weiterentwicklung bilden.

Obwohl Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik nicht so sehr als ein Nebeneinander, sondern als ein Miteinander zu verstehen sind, wird gleichwohl eine gewisse Akzentverlagerung dergestalt Platz greifen, daß die Gesellschaftspolitik einen umfassenderen Rahmen setzt, der nicht nur die Arbeit der Ressorts von Bund, Ländern und Gemeinden anspricht, sondern auch alle privaten Kräfte, Verbände, Organisationen und Unternehmungen zur Betätigung aufruft. Das heißt nicht, daß man nun mit allen Mitteln versuchen sollte, aus Prinzip und mit Gewalt von gewonnenen Erkenntnissen abzugehen und um jeden Preis „Neuheiten“ zu ersinnen. Vielfach wird es nur darauf ankommen, schon angebahnte Entwicklungen zu verstärken, Erkanntes und Erschautes in eine ganzheitliche Wertung einzubeziehen und über den Vollzug hinaus den Menschen als Sinn und Zweck eines gesellschaftspolitischen Programms bewußt zu machen.

So ist es zum Beispiel unverkennbar, daß die moderne Wirtschaftsentwicklung eine immer qualifiziertere Arbeitsleistung auf allen Gebieten, wie etwa im Bereich der Technik, der Verwaltung, der Erziehung, der

unternehmerischen Schulung und der Ausbildung freier Berufe erfordert. Dieser fast strukturell anmutende Ausweitungsprozeß von Erziehung, Bildung und Schulung zwingt uns, immer mehr an geistigem Kapital zu investieren, um allen jungen Menschen, die in dieser Gesellschaft ihren Platz finden wollen, den Eintritt ins Berufsleben zu erleichtern und den Aufstieg zu ermöglichen. Der gesellschaftspolitische Wert liegt neben dem materiellen Nutzeffekt vor allem darin, diese Förderung so sichtbar werden zu lassen, daß sie die Sorge des einzelnen, er könne in dieser Massengesellschaft seinen Weg und Platz nicht finden, zu beschwichtigen vermag.

Eine nicht weniger wichtige Aufgabe kommt der Schaffung von Selbständigkeit zu. Dabei genügt es nicht allein, an eine Mittelstandspolitik zu denken, für deren Berechtigung wir immer eintreten werden. Die Aufgabe, Selbständigkeit im weitesten Sinne zu schaffen, kann in einer freien Gesellschaft jedoch nicht auf einzelne Gruppen beschränkt bleiben, und untauglich ist auch ein Prinzip, vorhandene Positionen durch Interventionen sichern zu wollen, die einen echten Leistungswettbewerb nur zu verfälschen oder sogar zu unterbinden geeignet sind. Der Prozeß, durch den Menschen der verschiedensten Berufe selbständig werden, läßt sich kaum institutionalisieren, so wenig uns der Versuch zur Gewährleistung absolut gleicher Startbedingungen tauglich erscheint. Angesichts vieler Hilfen, die bereits vorhandenen Berufspositionen – zum Teil unter Einschränkung des Wettbewerbs – gewährt werden, wie auch angesichts mancher öffentlich rechtlicher Zugangerschwerungen durch Examina und dergleichen sollte im Fortgang der weiteren Entwicklung versucht werden, auch dem nach selbständiger Tätigkeit Strebenden Vorteile zugute kommen zu lassen, die ihn zu solchem Wagnis ermutigen. Eine demgemäße Politik würde zugleich den Wettbewerb erhöhen und in keinem Gegensatz zu unserer marktwirtschaftlichen Grundform stehen. Soweit sich die Chancen für die Selbständigen auf echte Leistung gründen, ist die Selbständigkeit als gesellschaftspolitischer Wert zu erhalten und auszubauen. In diesem Zusammenhang wäre zu prüfen, ob geltende gesetzliche Bestimmungen nicht etwa unbeabsichtigt einerseits Begünstigungen und zum anderen Benachteiligungen schaffen.

Im allgemeinen wird sich zwar das Problem der Selbständigkeit wesentlich auf den Bereich kleinerer und mittlerer Betriebe sowie der freien Berufe erstrecken. Aber von nicht minderer Dringlichkeit scheint es mir zu sein, den Betätigungsmöglichkeiten der formal unselbständigen Angestellten und Arbeiter innerhalb der Großwirtschaft jenen Spielraum zu geben, der sie an einer freien Gesellschaft teilhaben läßt. Diesen Prozeß gilt es, aus schon vorhandenen Ansätzen auf breiter Grundlage weiterzuentwickeln und für die Zukunft alle Möglichkeiten innerhalb der Betriebe selbst auszuschöpfen, durch eine sinnvolle Untergliederung bzw. Organisation der Arbeit für Angestellte und auch Arbeiter Gruppierungen und Verantwortungen zu schaffen, durch die der einzelne zu dem Gefühl relativer, aber doch zunehmender Selbständigkeit gelangen kann. (Lebhafter Beifall.)

Hier ist die große Chance gegeben, in einem modernen Wortsinn einen neuen, echten Mittelstand zu schaffen. Der Staat wird hier geistig an-

regen oder auch sekundär helfen können. Was nach dieser Richtung bisher in erster Linie privater Initiative entsprang, sollte nach einer Phase der Erprobung und Bewährung in das Leitbild unserer Gesellschaftspolitik einbezogen werden. Berücksichtigen wir dabei auch, daß die Vollbeschäftigung eine besonders günstige materielle Grundlage zur Verwirklichung solcher Ideen schafft!

Wenn also im Hinblick auf die Versöhnung von Individuum und Gesellschaft dem einzelnen die Möglichkeit gegeben werden muß, seinen Platz in der Gesellschaft durch eine ihm gemäße Ausbildung und dementsprechende Wirkungsmöglichkeit zu finden, so muß eine solche Politik durch das Bemühen ergänzt werden, dem Menschen seine berechnete oder unberechnete Furcht vor jenen Mechanismen einer freien Wirtschaft zu nehmen, denen er sich mehr oder minder hilflos ausgeliefert fühlt. Dazu gehört vor allem die Sicherung der Währungsstabilität, die gesellschaftspolitisch von immer entscheidender Bedeutung wird. Dem über höheres Einkommen zu Vermögen gelangten Staatsbürger muß die Sorge um das Gewonnene genommen werden. Wenn sich selbst die Länder mit harter Währung dem Trend einer – wenn im einzelnen auch geringen, so doch spürbaren – Geldentwertung nicht vollständig zu entziehen vermöchten, so erwächst daraus für die Wirtschaftspolitik die Verpflichtung, sich künftighin noch stärker und entschiedener diesem Aufweichungsprozeß entgegenzustemmen. (Lebhafter Beifall.)

Es darf immerhin als ein hoffnungsvolles Zeichen gelten, wenn ein so hervorragender Fachmann wie der Präsident des Weltwährungsfonds in solchem Zusammenhang von einer neuen Ära spricht, in der die Welt lernen müsse, ohne Preisinflation zu leben, und dazu ausführt, daß diejenigen, die das am schnellsten lernen, von der Zukunft am meisten profitieren werden.

Aber nur wenn das deutsche Volk in allen Gruppen und Schichten zu der Erkenntnis und Wahrhaftigkeit der Besinnung gelangt, daß Notenbank und Regierung diese Aufgabe nicht allein meistern können, sondern dazu das eigene zuchtvolle Verhalten kommen muß, dürfen wir eines Gelingens sicher sein. Wenn jedoch zum Beispiel die SPD in ihrem Programm die Verpflichtung der Regierung auf ein National-Budget (!) fordert, aber gleichzeitig die Ungebundenheit der Sozialpartner betont, das heißt, die Verpflichtung in der Bindung ablehnen möchte, so stellt sie sich eindeutig gegen eine gedeihliche gesellschaftspolitische Entwicklung. (Lebhafter Beifall.)

In welchem optimalen Verhältnis die volkswirtschaftlichen Investitionen und der private Verbrauch, die Ausgaben des Staates unter Berücksichtigung der Netto-Exporte und der Spartätigkeit zueinander stehen sollen, bedeutet mehr als eine mathematische Gleichung. Das heißt, daß es in dieser Frage keine absolut gültige Aussage über längere Zeiträume, sondern nur ein verantwortungsbewußtes Zusammenwirken aller die gesellschaftliche Ordnung tragenden Kräfte nach Maßgabe der von den Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten eines Volkes her bestimmten Ziele geben kann. Es ist deutlich auszusprechen, daß eine Währungs- und Wirtschaftspolitik, die immer nur die Schäden aus fehlerhaftem Verhalten heilen soll, unbefriedigend bleiben muß. Die Konsequenz lautet nicht

dahin, daß der Staat etwa von sich aus eine Investitionslenkung bzw. die rechte Lohnfindung besorgen sollte, sondern daß durch das Bewußtwerdenlassen dieser Zusammenhänge vor der Wirtschaftsgesellschaft diese zu einem gemäßen Verhalten veranlaßt wird. Wer die sich daran verbergenden Spannungen als unauflösbar bezeichnen möchte, kapituliert in einer falschen Ausdeutung des Begriffs der Freiheit vor der entscheidenden schicksalhaften Frage, von der nicht zuletzt unsere Zukunft abhängen wird. (Beifall.)

Indirekt ist damit auch das Problem der Konjunktur bzw. die Angst der arbeitenden Menschen vor der Krise angesprochen. Der Umstand, daß eine seit zwölf Jahren andauernde Expansion der Volkswirtschaft im ganzen gleichwohl mit Dämpfungserscheinungen in einzelnen Sektoren verbunden war, kann als Ausdruck einer freiheitlichen Ordnung schlechthin, nicht zuletzt der freien Konsumwahl gelten. Der freie Unternehmer muß bereit sein, solche Umstellungs- und Anpassungsprozesse als zu seiner Funktion gehörig zu akzeptieren, wie auch die Arbeitnehmer aller Kategorien von der Gewißheit erfüllt sein müssen, daß dieses Geschehen nicht eine wehrlose Auslieferung an einen anonymen Marktprozeß bedeutet. Das trifft um so weniger zu, als solche Wandlungen mit einer Steigerung der Arbeitsproduktivität verbunden sind und eine solche bewußt auf Expansion abgestellte Wirtschaftspolitik die soziale und menschliche Situation der Beschäftigten stärken und festigen wird. Im übrigen werden derartige Umstellungsprozesse im Zuge der von uns gewollten internationalen Arbeitsteilung notwendig werden, aber sich zugleich auch sinnvoll und segensreich auswirken.

Aus solcher Schau heraus hat die deutsche Initiative in Richtung einer übernational ausgerichteten Konjunkturpolitik auf atlantischer Ebene allgemeine Zustimmung gefunden. So wie wir die Wettbewerbsordnung gleichsam zu einer öffentlichen Aufgabe erhoben haben, sollte im Sinne unseres Freundes Franz Böhm auch die Konjunkturpolitik zu einem legitimen Bestandteil unserer Gesellschaftspolitik werden. Es wird allerdings besonderer Öffentlichkeitsarbeit bedürfen, dabei auch dem einzelnen klarzumachen, daß die freie Gesellschaft des Westens über Mittel verfügt, sich gegen die Wiederholung von Krisen zu wehren, von denen sich seit Lenin alle Kommunisten die Unterminierung der demokratischen Staaten erhoffen. (Lebhafter Beifall.) Immerhin kann schon die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der letzten zwölf Jahre eine empirische Bestätigung dafür sein, daß das Gespenst der Arbeitslosigkeit als wirksam und endgültig gebannt angesehen werden kann. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Was mit alledem erstrebt wird ist eine Gesellschaftspolitik, die von dem Willen getragen ist, zu einem klaren Ordnungsbewußtsein hinsichtlich der Gestaltung der Umwelt hinzufinden, in der der einzelne ein freies und gesichertes Leben führen soll. Diese Aufgabe steht im Zeichen einer besseren Überschaubarkeit aller unserer Lebensbereiche. Während in der Aufbauphase unserer Wirtschaft die dräuende Not materiellen Fragen zwangsläufig einen Vorrang gab, werden sich – ohne deren Vernachlässigung – mit dem Blick auf die Zukunft die Wertakzente mehr auf

eine menschenfreundlichere Gestaltung der Umwelt verlagern. Wir sind dabei nicht willens, die Führung im Ausbau unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung an eine Partei abzugeben, die gerade jetzt erst in Ansätzen begriffen hat, was wir vor zwölf Jahren gegen ihren Widerstand gewollt und durchgekämpft haben. (Starker Beifall.)

Dem Leben des Berufstätigen im Betriebe kommt dabei ein so großes Gewicht zu, daß unsere intensiven Bemühungen der Umgestaltung der Verhältnisse innerhalb dieses konkreten Daseinsbereichs zu gelten haben. Bisher standen Rechtsfragen der Betriebsverfassung an erster Stelle. Nur stichwortartig kann hier angedeutet werden, daß zum Beispiel Fragen der Unfallverhütung, des Gesundheitsdienstes, der Entstaubung und Entlüftung und anderes mehr, angesichts der Nerven beanspruchenden Intensität wachsende Bedeutung zukommt. Die erhobene Forderung dürfte in etwa dem Wunsche nach einer Vital-Politik im Sinne von Alexander Rüstow entsprechen –, einer Politik, die jenseits des Ökonomischen auf die vitale Einheit des Menschen ausgerichtet ist. Wir können diese Einheit der menschlichen Umwelt nicht allein durch das Leben in der Familie sichern, so große Bedeutung dieser Frage auch zukommt. Der Mensch unserer Zeit lebt zwangsläufig in einer viel weitergreifenden Umwelt, aus der seine berufliche Existenz an der Arbeitsstätte nun einmal nicht fortzudenken ist. Die Gesetzgebung der Zukunft wird die Einsicht fortzugestalten haben, daß dabei strengere Normen zu setzen sind als sie für eine Zeit galten, in der man den Betrieb in erster Linie als Stätte eines mechanischen Produktionsablaufs ansah. Die Richtigkeit der Sozialen Marktwirtschaft wird darin noch einmal bestätigt, daß in so vielen ihrer Prinzipien sich auch hinsichtlich der inneren Form des Betriebes das Produktionsziel mit der gesellschaftspolitischen Norm in Einklang befindet.

So festigt sich in mir immer mehr die Überzeugung, daß das Problem der sozialen Umwelt gegenwärtig in einem möglichst konkreten und auf den Menschen bezogenen Sinne angepackt werden muß. Im letzten Jahrzehnt haben wir im Zuge einer großartigen Industrie- und Verkehrsentwicklung zwei gleichsam nur von der Logik ihrer eigenen Leistungssteigerung bestimmte Bewegungen freigegeben, durch die die natürliche Form des Lebens nachhaltig beeinträchtigt wurde. Trotz langer wissenschaftlicher und praktischer Bemühungen ist es – von Glücksfällen abgesehen – der Raumordnung und Raumplanung noch nicht gelungen, auch nur die Umrisse einer sinnvollen Lösung sichtbar zu machen. Romantische Ideale, wie die der Entballung von Industrieräumen, haben das ihre dazu beigetragen, das echte Anliegen einer Raumordnung in Mißkredit zu bringen. Gerade die jene Grundsätze vertretende Wissenschaft ist der Auffassung, daß, je mehr der Staat in der aktiven wirtschaftlichen Betätigung entbehrlieh erscheint, er sich auf seine spezifische Aufgabe der Setzung einer konkreten Umweltordnung besinnen sollte. Das beste Beispiel in dieser Richtung bietet die Wettbewerbsordnung als ein staatlich gesetztes Rahmengebilde für das Funktionieren der Gesellschaft freier Menschen. In einer sehr interessanten Analyse der Soziologie unserer Verstärkerung ist gerade in jüngster Zeit überzeugend dargestellt worden, daß zwar die Städter die Lebensform der Städte bejahen, aber die Stadt-

zentren selbst meiden, weil sie nicht mehr die Voraussetzungen für ein geordnetes öffentliches Leben bieten.

So wird der Zug in die Vorstädte und aufs Land nicht von Menschen getragen, die primär die Segnungen der Natur finden wollen, sondern von wesensmäßigen Städtern, denen die Stadt ihre erstrebte Lebensform versagt. So entsteht ein sinnloses, die Nerven strapazierendes Pendeln der Bevölkerung, das die Unrast des Menschen erhöht und jene Erregbarkeit schafft, die in bestürzendem Gegensatz zur allgemeinen Wohlstandssteigerung steht. (Beifall.)

Hier stellen sich Aufgaben, die nicht dem Zufall im einzelnen überlassen werden sollen. Es geht darum, unsere Städte und Landschaften nach ihren Grundfunktionen großzügig aufzugliedern. Die Gliederung der Städte in Geschäfts- und Verwaltungszentren, in Mittelpunkte der Bildung und der Kunst, in Wohngebiete und Verkehrslinien, kann nicht von den örtlichen Instanzen her allein gelöst werden, sondern bedarf einer Gesamtanstrengung, für deren Bewältigung auch zentrale Finanzmittel nicht zu entbehren sein werden. Dabei ist es wohl selbstverständlich, daß angesichts der dynamischen Kräfte unserer Technik eine sinnvolle Ordnung der räumlichen Umwelt der Menschen herzustellen, nicht statisch im Sinne einer nur restaurativen Raumplanung aufgefaßt werden darf. Daß gerade in der Städteplanung der natürlichen Bewegung des Menschen als Fußgänger ein gleicher Raum gegönnt werden sollte wie dem technischen Verkehr, scheint mir eine wichtige Aufgabe im Lebensgleichgewicht der Städte zu bilden.

Wer die von mir aufgezeigten Aspekte einer freien Gesellschaft richtig wertet, wird zu der Überzeugung kommen, daß die Wirtschaftspolitik von morgen nicht nur ihre bisherigen Aufgaben behält, sondern neue hinzugewinnt. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird sich der Elan unserer Produktionsentwicklung noch verstärken und damit zwangsläufig zu einer verschärften Auseinandersetzung zwischen der überkommenen und einer neuen Vorstellung von einer sinnvollen und harmonischen Umweltgestaltung führen. Die sich rasch wandelnde Technik der industriellen Produktion wird diesen Trend noch verstärken. Auch in der Sozialpolitik wird neben der Fortsetzung ihrer seitherigen Funktion jene Wandlung in der Gesamtlage zu bedenken sein, denn mit zunehmender Expansion gewinnen mehr Menschen und immer breitere Schichten eine materielle Lebensgrundlage, in der ihnen ein höheres Maß an Selbsthilfe zugemutet werden kann. Im Zuge einer solchen Entwicklung können dann die echten Fälle der Hilfsbedürftigkeit großzügig und menschenwürdig behandelt werden.

Die moderne Gesellschaftspolitik der freien Welt darf indessen nicht nur nach innen blicken. Unser ökonomisches und soziales Sein beruht wesentlich auf der weltweiten Verflechtung unserer Wirtschaft und demzufolge hat sich die Beurteilung und Formung unserer inneren nationalen Struktur der Konsequenzen der außenwirtschaftlichen Verbundenheit immer bewußt zu sein. Aus dieser Sicht kommt der europäischen Integration auf allen Ebenen und in allen Formen eine fast schicksalhafte Bedeutung zu. Wir ringen, wie bekannt, gerade im Augenblick um eine Lösung, die eine einheitliche, nichtdiskriminierende Behandlung der europäischen

Länder sicherstellt, die Freundschaften pflegen will, ohne Freundschaften trüben zu müssen. An früherer Stelle habe ich schon erwähnt, daß es dabei wesentlich darum geht, in möglichst weitem Verbunde der freien Welt unserem Lande selbst jene sichere Form der wirtschaftlichen Umwelt zu geben, die erforderlich ist, um soziale Schäden auszuschließen.

So wichtig noch ein anderes Problem, nämlich das der Hilfe für Entwicklungsländer, auch sein mag, kann es in diesem Zusammenhange doch nur gestreift werden. In jenen Ländern und Räumen steht das Versorgungsproblem im Vordergrund. Der Wunsch und die Bereitschaft zu helfen, beherrschen die Weltöffentlichkeit immer mehr. Dabei gilt es, Formen und Methoden zu entwickeln, die den Lebensstandard auf eine jenen Völkern angemessene Weise zu erhöhen geeignet sind. Im besonderen scheint es mir auch darauf anzukommen, die Zusammenarbeit der Hilfe leistenden Völker so zu ordnen, daß von dieser Seite her nicht noch einmal eine Aufspaltung der Welt in Interessen- und Einflußgebiete Platz greift.

Es kam mir darauf an, zu zeigen, wie wenig sich die Aufgabe der als Stil einer freien Gesellschaft geprägten Sozialen Marktwirtschaft in dem bisher Erreichten über die Zeiten erschöpfen kann. In dem Maße, in dem unter Berücksichtigung einer breitgestreuten, steigenden Spartätigkeit die Produktions- und Investitions-Notwendigkeiten unserer Wirtschaft von dieser selbst besorgt werden können, sollte parallellaufend die Tätigkeit des Staates von jenen vielfältigen Hilfen für die private Wirtschaft befreit werden, die gegenwärtig noch eine so erhebliche Finanzbelastung ausmachen. In dem Maße dieser Entlastung und unter gleichzeitiger Berücksichtigung der aus der wirtschaftlichen Expansion dem Staate zuströmenden Mittel müßte der Bereich der öffentlichen Dienste entsprechend dem hier vorgeschlagenen Leitbild sowohl quantitativ wie auch qualitativ umgestaltet und ausgebaut werden. Dieser Bereich bestimmt maßgebend die Umweltform, in der wir über unseren privaten und betrieblichen Kreis hinaus leben.

Zusammenfassend kann heute wohl festgestellt werden, daß die Leistungen der öffentlichen Dienste dem, was produktionswirtschaftlich erreicht wurde, nicht zu folgen vermochten. Gegenüber den Sonderanforderungen einzelner Interessenten werden die für eine Umweltgestaltung unerläßlichen Mittel auf die Restposten der Etatüberschüsse verwiesen und vermögen sich selbst an dieser Stelle um so weniger zu behaupten, als Gruppeninteressen im allgemeinen für sie einzutreten nicht bereit sind. Das Unbehagen der Menschen trotz ständig steigender Konsumverbesserung und Konsumausweitung kann als Beweis dafür gelten, daß sich dieser unbestreitbare Wert abnützt, wenn sich das individuelle Leben nicht organisch in eine vom Menschen und der Gesellschaft gleichermaßen bejahte Umwelt einzufügen vermag.

Natürlich ist es mit einer nur quantitativen Steigerung der für öffentliche Dienste obiger Art bestimmten Finanzmittel nicht getan. Es bedarf vielmehr im Sinne der hier angedeuteten Ziele einer qualitativen Umorientierung, die nach einem konkret gefaßten Leitbild neue Dringlichkeiten

nach neuen Maßstäben einer ausgewogenen Gesellschaftsstruktur setzt. Es wird die Aufgabe unserer Partei sein, dieses Leitbild den Menschen so deutlich und einprägsam nahezubringen, daß sie es nicht nur mit dem Kopf erfassen, sondern auch mit dem Herzen erleben und es als erstrebenswertes Ziel innerlich bejahen. Das Vakuum auszufüllen, das wir spüren, ist die eigentliche Aufgabe der inneren Integration unserer Gesellschaft. Wie die Soziale Marktwirtschaft nur aus einem Fundament gemeinsamer Werte und Überzeugungen her möglich war, so bedarf unsere Gegenwart wieder eines idealistischen Realismus, der über die konkreten Verwirklichungsmöglichkeiten möglichst bestimmende Aussagen zuläßt und der alle Gruppen der Gesellschaft zu einem gemeinsamen Willen zusammenschließt.

Jede freiheitliche Ordnung muß davon ausgehen, daß die Freiheit ein Ganzes und Unteilbares ist, bei der sich zur politischen, religiösen, wirtschaftlichen und geistigen Freiheit die ursprünglich menschliche Freiheit in allen Lebensbereichen gesellen muß. Die Strategie des kollektivistischen Denkens geht immer in der Richtung der Aufspaltung dieses höchsten, allumfassenden Wertes, um damit einen Einbruch in die freie Ordnung zu erzielen. Ihre Sicherung erfordert daher, daß wir das gesellschaftswirtschaftliche Leben in jeglicher Ausstrahlung und in weitestem Umfange als Ausdruck eines bestimmten geistigen Willens und Vollbringens dem deutschen Volke nahebringen. Eine so verstandene Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik wird einen wesentlichen Beitrag zu einer wahren Friedensordnung zu leisten vermögen und damit der Sehnsucht der Menschen nach harmonischer Einfügung in ein ganzheitliches Leben entsprechen können.

(Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Ministerpräsident Kiesinger:

Meine Damen und Herren! Ich danke unserem Freund Professor Ludwig Erhard für sein großes Referat. Ich habe vor ein paar Tagen den Bericht über eine Wahlrede, die der Kandidat einer anderen Partei während des gegenwärtigen Wahlkampfes im Lande Baden-Württemberg gehalten hat, gelesen. Da hieß es, der Kandidat habe gesagt, die Wirtschaftspolitik des Professors Erhard sei auch ihre Politik; sie bekennen sich dazu, nur ohne die CDU-Schnörkel daran. Das sollte doch wohl heißen: Marktwirtschaft ja, soziale Marktwirtschaft – nein.

Das hat mich an Uhlands Gedicht „Schwäbische Kunde“ erinnert, wo der Ritter Lobesam bekanntlich einen Türken entzwei gespalten hat. Jene FDP-Leute wollten nun für ihre Zwecke wohl sagen: Zur Rechten sah man wie zur Linken einen halben Ludwig Erhard heruntersinken! (Heiterkeit.) Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, sie sollen uns den ganzen Ludwig Erhard lassen und ihn nicht halb für diesen Wahlkampf ausleihen. (Beifall.)

125 Ich erteile nunmehr das Wort zum gleichen Thema dem Herrn

Bundesminister Theodor Blank:

Meine lieben Parteifreunde! Wenn nach dem Wirtschaftsminister der Arbeitsminister das Wort ergreift, dann erwarten Sie von ihm, daß er unter den Aspekten seiner Arbeit die sozialen Fragen behandelt, die uns gegenwärtig bewegen. Da ich aber bereits der dritte Redner des heutigen Morgens bin, muß ich und werde ich mich kurzfassen und nur einige Gedanken vortragen. Die verbleibenden Lücken müssen in der Diskussion geschlossen werden. Nun lassen Sie mich noch eine Vorbemerkung machen. Man kann nicht über soziale Verantwortung in der Wirtschaft reden, ohne zugleich auch von der sozialen Verantwortung des Staates und erst recht von der aller Staatsbürger zu sprechen.

Zu allen Zeiten war es die Aufgabe der Sozialpolitiker, sich um die soziale Ordnung zu bemühen. Das heißt, daß alle Fragestellungen in der Sozialpolitik hinielten auf den Menschen und auf dessen Verhältnis zu den Gemeinschaften, in denen er lebt. Es ging immer darum, dem Menschen seine personale Entfaltung zu ermöglichen, seine Menschenwürde und sein Recht zur Geltung zu bringen und seine Freiheit und Sicherheit zu wahren und notfalls zu erkämpfen. (Beifall.)

Im geschichtlichen Ablauf erwachsen solche Gefahren für Menschenwürde, für Recht und Freiheit und für Sicherheit mit besonderer Härte für den Menschen, der in abhängiger Arbeit stand. Sie erwachsen aus den Wirtschaftsverhältnissen der Frühindustrialisierung, aber, meine Damen und Herren, vergleichen Sie bitte die Rechtsstellung dieser damaligen Menschen, ihre Rechtsposition mit der heutigen und Sie werden den Weg des Erfolges der Sozialpolitik messen können.

Nun haben wir gar keine Ursache zur Selbstzufriedenheit. Aber – das muß ich auch einmal im Angesicht von Wahlen sagen – es besteht kein Anlaß, unsere Leistungen geringer einzuschätzen als sie es verdienen. (Beifall.) Die Leistungen der Bundesregierung und der sie tragenden CDU sind so groß, daß unser Gegner, die SPD, in Erinnerung an frühere Unkenrufe heute gern über diese Leistungen schweigt. (Beifall.) Und wir bescheidenen CDU-Leute leisten ihnen dabei noch Hilfe, weil wir aus Höflichkeit ebenfalls schweigen. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben seit Jahren die Vollbeschäftigung erreicht. Das größte aller sozialen Übel, die Massenarbeitslosigkeit ist beseitigt. Statt dessen drückt uns heute der Arbeitskräftemangel. Das Sozialprodukt des Jahres 1959 und 1960 ist doppelt so groß als das des Jahres 1950. Die Realeinkommen der Arbeitnehmer sind laufend gestiegen. Der wirtschaftliche und soziale Effekt der sozialen Marktwirtschaft ist größer geworden als wir das bei ihrem Beginn zu hoffen wagten. Es ist gut, sich daran zu erinnern, daß die Basis jeder Sozialpolitik eine ertragfähige Wirtschaft ist. Ich bedauere auch heute noch nicht, zu den wenigen Männern gehört zu haben, die das Glück hatten, als Männer, die aus der Arbeiterschaft kamen, im Frankfurter Wirtschaftsrat mitgeholfen zu haben, daß diese Entscheidung getroffen werden konnte. (Beifall.)

Und daß die Wirtschaft ertragsfähig bleibt, ja sogar ihre Leistungen noch steigert, das ist es, was ich – zwar nicht ausschließlich – aber zu-

nächst als die soziale Verantwortung aller in der 'Wirtschaft Tätigen, aber auch aller Wirtschafts- und Sozialpolitiker bezeichnen möchte. (Beifall.)

Neben diesen Leistungen können wir darauf hinweisen, daß Arbeitsschutz und Arbeitsrecht erneuert und erweitert und Mitbestimmung und soziale Selbstverwaltung gesetzlich begründet wurden. Ich möchte den Herren Kritikern auch aus dem DGB einmal in aller Klarheit wieder ins Gedächtnis zurückerufen: Die Mitbestimmung verdanken sie ausschließlich unserem Bundeskanzler und unserer Fraktion. (Beifall und Bravo-Rufe.) Aufsichtsratposten haben die Arbeiter, die sich zu uns bekennen, dafür weniger inne. Aber vielleicht haben sie dafür dann mehr Freiheit.

Auf dem Gebiete der sozialen Sicherung haben Wirtschaft und Staat in dauernder Aktivität einen Leistungsstand geschaffen wie nie zuvor. Aber die Entwicklung zwingt dauernd zu neuen staatlichen Entscheidungen. Und in der Wirtschaft sind noch längst nicht alle Möglichkeiten sozialpolitischer Pionierarbeit ausgeschöpft. Dem guten Willen sind hier keine Grenzen gesetzt und Hinweise können genügend gegeben werden. Wir sind bereit, jedem, der danach sucht, solche anzubieten. Unser Gegner, die SPD, hat versucht, die sozialpolitischen Ziele der Bundesregierung mit böswilligen Schlagworten zu diskreditieren. Ich muß deshalb, und wenn sich „der Vorwärts“ noch so sehr ärgert, wieder daran erinnern, daß es zu allen Zeiten Christen beider Konfessionen gewesen sind, die im Kampf um soziale Gerechtigkeit in vorderster Linie standen.

Es ist nichts als die historische Wahrheit, wenn ich sage, daß die Sozialpolitik nicht im Marxismus wurzelt. (Beifall.) Es ist nichts als die historische Wahrheit, wenn ich sage, daß die Sozialpolitik ihre entscheidenden Impulse von Männern hat, die aus christlichem Denken und Wollen gehandelt haben. Lassen Sie mich Namen nennen wie Ketteler und Kolping, Stöcker und Wichern, Hubert und Stegerwald, und wie sie noch alle heißen. Diesen Männern, meine Freunde, sind wir heute noch verpflichtet. Ihr Werk fortzusetzen, das ist unsere Aufgabe.

Diese Männer haben nicht die Herrschaft des Kapitals gewollt, aber sie haben auch nicht die Herrschaft einer Klasse gewollt, sondern sie haben die Freiheit des Menschen gewollt. (Beifall.) Sie wußten, daß Gerechtigkeit unter den Gliedern der Gesellschaft uns nicht in den Schoß fällt; daß die Schutzbedürftigen einer gesetzlichen Garantie bedürfen und daß auch die Sicherung derer, die nicht mehr arbeiten können, mit staatlichen Mitteln verwirklicht werden muß.

So legitim das Bestreben des Wirtschaftlers ist, Gewinne zu erzielen, so wenig gewährleistet es aus sich heraus schon, daß sich die Abhängigkeit des Menschen in der Arbeit und von der Arbeit vermindert und seine Freiheit zunimmt, wie es das Ziel der christlichen Sozialpolitiker ist. Wir sind deshalb in der Bundesrepublik nicht nur auf die Förderung des wirtschaftlichen Fortkommens aller bedacht gewesen, sondern wir haben auch sozialpolitisch regulierend, schützend und helfend eingegriffen, und darum weil wir das Wort „sozial“ ernst genommen haben, ist es zu der stolzen Bilanz des sozialen Fortschritts gekommen, die unser junger Staat heute schon vorweisen kann. (Beifall.) Und keine herabsetzende

Kritik schafft das Wort des Generaldirektors der Internationalen Arbeiterorganisation, das Wort meines Freundes Morse aus der Welt, der uns in Deutschland erklärt hat, daß wir schon wieder mit unseren sozialen Leistungen führend in der Welt dastünden. (Beifall.)

Aber, und dabei werde ich manchmal auch von meinen eigenen Freunden nicht verstanden, sprechen wir es aus, dafür sind wir hier: wir wissen doch oder sollten es wissen, daß dem Staat keine wundertätige Allmacht verliehen ist. Was der Mensch versäumt, aus eigener Kraft, aus eigenem Entschluß und unter Einsatz seiner ganzen Person zu leisten und zu vollbringen, das ersetzt keine institutionelle Regelung und keine gesetzgeberische Neuschöpfung. Man kann das schönste Gebäude sozialer Wohlfahrt entwerfen, in dem jeder Teil lückenlos sich zum anderen fügt; wenn es nicht von sittlichem Wollen und von einem lebendigen Miteinander erfüllt ist, dann taugt es nichts und wird für die personale Entfaltung eher schädlich als nützlich sein. Die Leistungen unserer staatlichen Sozialpolitik, imponierend und anerkannt in der Welt, legitimieren uns deshalb, heute das Personale mit größerem Nachdruck zu betonen als das bisher geschehen ist. Das liegt im Sinne der Männer, deren Namen ich oben schon genannt habe. Sie sahen im Menschen nicht ein Objekt der Betreuung und Bevormundung; sie waren sich darüber klar, daß wirklicher und dauerhafter Fortschritt nur erzielt wird, wo der Mensch unter seine persönliche Verantwortung tritt. (Beifall.)

Hier, am Bilde des Menschen, nicht an der Höhe der Sozialleistungen scheiden sich die Geister. (Beifall.) Wer nur immer ein Mehr an staatlicher Sozialleistung verlangt und darüber den Eigenanteil des Menschen an der Besserung der sozialen Verhältnisse nicht zur Geltung kommen läßt, verliert den Maßstab und wird unfähig, die Wirklichkeit des Geschehenen vernünftig zu beurteilen.

Man muß den Menschen ernst nehmen. Das sage ich mit vollem Bedacht. Wir haben ein ausgebautes System sozialer Rechte und Einrichtungen. Nun bitte ich aufzumerken. Die Bundesregierung denkt nicht daran, an diesem System sozialer Rechte und Einrichtungen irgendetwas abzubauen. Die Bundesregierung wird sogar bemüht bleiben, im Gegenteil dort noch Verbesserungen anzubringen, wo sie uns notwendig erscheinen. (Beifall.)

Ausgebaute Sozialsysteme gibt es auch in totalitären Staaten. Aber dort ist der Mensch nur Arbeitsfunktionär. Im Hinblick auf seine sozialen Rechte befindet er sich in völliger Abhängigkeit vom Staate. Er genießt nur solange soziale Sicherheit, wie er auch politisches Wohlverhalten an den Tag legt. Von seinem Eigenwert, von seiner Würde und Freiheit ist nicht mehr die Rede. Und das, meine Freunde, ist die Folge der falschen Wertung, die den Staat und die Gesellschaft über die Person stellt. Diesen Irrweg wollen wir Christlichen Demokraten niemals beschreiten! (Lebhafter Beifall.)

In unserer Sozialpolitik ist der Mensch weder Arbeitsfunktionär noch anonymer Beitragszahler. Wir haben individualisiert, wo andere kollektiviert haben. Der beste Ausweis dafür – ich halte das heute noch für das Kernstück sozialer Pionierarbeit, die die zweite Regierung unter Dr. Kon-

rad Adenauer geleistet hat, und für das Kernstück des sozialen Wollens der Christlich Demokratischen Union – ist die neue Rentenversicherung, die den Versicherten und seinen Angehörigen an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung nach Maßgabe seiner beruflichen Lebensleistung auch dann noch angemessen beteiligt, wenn Invalidität oder Alter ihnen verwehren, sich von ihrer eigenen Hände Arbeit zu ernähren. Hier kommen die Persönlichkeit und die persönliche Leistung zu ihrem Recht. Und zur Persönlichkeit gehört untrennbar die Selbstverantwortung. Ich glaube auch nicht daran – und das ist ein Bekenntnis – daß die Menschen alle nur vom Staat die Erleichterung und Verbesserung ihres Daseins erwarten.

Kollege Erhard hat eben in seinem Vortrag auch auf die Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft hingewiesen. Ja, meine Damen und Herren, woher kommen sie denn? Die Menschen haben Gebrauch gemacht von den Möglichkeiten der Freiheit, die unsere Politik ihnen anbot, und aus diesem Verhalten resultieren die Erfolge. Und hätten die Leute nicht so gehandelt, könnten wir nicht auf die stolze Bilanz hinweisen, wie wir es heute vermögen. Vielen Menschen unbewußt hat sich hier vollzogen, was christlicher Auffassung entspricht.

Deshalb sollte der Staat auch in Zukunft nur regeln, das sage ich mit gutem Bedacht –, was für ein gedeihliches Miteinander notwendig ist, was die Kräfte des einzelnen und der Gesellschaftsglieder ersichtlich übersteigt. Persönliches und, folgend, gesellschaftliches Handeln aber haben vor dem staatlichen Eingriff unbedingten Vorrang. Daß sich personale Freiheit, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit entfalten können, muß der Staat durch seine Rechtsordnung ermöglichen, aber sie werden vom einzelnen und durch ihn in der Gesellschaft verwirklicht.

Ich glaube deshalb, daß wir von einer Sozialpolitik, die sich christlich nennt, erwarten müssen, daß sie den Willen zur Selbsthilfe ermutigt und das Gefühl für Verantwortung und Gemeinsinn lebendig bleiben läßt und auf jede Weise unterstützt. Ich habe genau denselben Satz wortwörtlich auf dem Christlich Sozialen Arbeitnehmerkongreß in Köln ausgesprochen, und ich habe mich darüber gefreut, daß dieser Gedanke dort einen solchen Widerhall gefunden hat. Verantwortungsbewußtsein läßt sich nicht ersetzen durch rechtliche Regelungen oder finanzielle Manipulationen. Unsere ganze soziale Sicherung beruht auf dem großartigen Gedanken der Solidarität, aber Solidarität kann nicht sinnvoll werden ohne Verantwortungsgefühl. Das gilt in einigen Bereichen der Sozialpolitik mehr als in anderen. Es gilt besonders schwerwiegend dort, wo nicht objektive Tatbestände eine soziale Leistung auslösen, sondern wo der einzelne persönlich darüber entscheiden kann, ob die Solidargemeinschaft eine Leistung zu vollbringen hat. Denn es geht nicht nur darum, ob überhaupt genügend Mittel vorhanden sind, es geht mehr noch um die Verwirklichung des Grundsatzes der Gerechtigkeit, d. h., daß wir die Gemeinschaft nicht mit solchen Ansprüchen belasten sollen, die wir aus eigener Kraft befriedigen können. Täglich muß darüber neu entschieden werden. Wir dürfen zu keiner Stunde dieser Entscheidung ausweichen. Es geht darum, daß die Sozialpolitik auch in Zukunft auf das christliche Menschenbild verpflichtet wird. (Beifall.)

Lassen Sie mich noch einen Satz sagen, der nicht in meinem Konzept steht, der sich aber jetzt nach draußen drängt. Freunde! Glaube man doch nicht, man könne wirken nach draußen, indem man den Versuch macht, mit den Sozialdemokraten in sozialdemokratischen Vorstellungen zu konkurrieren. (Lebhafter Beifall.) Es geht darum, meine Freunde, daß wir unsere Politik draußen vertreten. Oder haben vielleicht wir in Godesberg ein neues Programm erfinden müssen? (Sehr gut!) Und sollte es unter uns Törichte geben, die sich jetzt auf das Stühlchen setzen wollten, das die Sozialdemokraten gerade wegen völliger Erfolglosigkeit freigegeben haben! (Lebhafter Beifall.)

Ich bin davon überzeugt, daß die Einsicht in die Richtigkeit unserer Auffassung von weitesten Volkskreisen geteilt wird. Wir sind hier in einer großen Versammlung von hervorragenden Politikern, die alle täglich im politischen Leben stehen. Freunde! Sie empfinden doch genau wie ich und wissen doch, daß die Mehrheit unseres Volkes gar nicht Politiker haben will, die sich dauernd mit neuen Forderungen populär zu machen versuchen (Beifall), statt zur Besinnung auf die sittlichen Kräfte im einzelnen Menschen aufzurufen. Sie wissen genauso gut wie ich, daß die Bevölkerung gar nicht geködert sein will durch Versprechungen, die sich nur bei unbegrenzter staatlicher Verfügungsmacht über die Einkommen und mit ungewissen Folgen für die Zukunft erfüllen lassen. Der Bevölkerung ist im Zweifelsfall ein mutiges Hartbleiben lieber als ein willfähriges Nachgeben. (Lebhafter Beifall.) Sie weiß dann, daß sie sich auf uns, auf die Christlichen Demokraten verlassen kann. Nur der, der sittlich fundierte Grundsätze hat, wir haben sie doch – und danach handelt – das wollen wir doch – ist im Letzten auch in der Politik vertrauenswürdig. Wir haben heute die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür, daß jeder, der gesund und schaffensfreudig ist, sein Leben mit Erfolg selbst in die Hand nehmen kann. Wenn dieses Vertrauen in die eigene Kraft sich weiter durchsetzt und wir die Stabilität der wirtschaftlichen Entwicklung aus Unverstand und Leichtfertigkeit selbst gefährden, dann werden wir unsere gegenwärtige Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherheit überhaupt und darüber hinaus – nun komme ich zu meinem zentralen Sozialanliegen – allen denen großzügig und umfassend helfen können, die unserer Hilfe bedürfen. Das wäre dann Sozialpolitik aus christlicher Verantwortung.

Wie sich die Bundesregierung die Verwirklichung dieser Grundsätze praktisch vorstellt, darf ich an Hand ganz weniger Beispiele erläutern: In der Unfallversicherung wollen wir, wie in der Rentenversicherung, die Anpassung der laufenden Renten an die wirtschaftliche Entwicklung gewährleisten, damit der Rentenbezug nach Möglichkeit nicht zu einem sozialen Abstieg führt. Wir wollen die Leistungen für Schwerverletzte stärker als bisher hervorheben. Von dem gleichen Grundgedanken ist der Entwurf zur Neuregelung des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung erfüllt. Den von schwerer und langdauernder Krankheit Betroffenen wollen wir besser helfen, als das bisher geschah, und zwar durch Beseitigung der vielgefürchteten Aussteuerung und durch Erhöhung des Krankengeldes bei längerer Arbeitsunfähigkeit, das ja nach dem geltenden Recht nach der 6. Woche erheblich abfällt. Wir wollen

die Vorsorgehilfe ausbauen und verbessern und den Krankenversicherungsschutz der mitversicherten Familienangehörigen auf den gleichen Stand bringen wie für den Versicherten selbst. Und dafür lobt mich sogar mein Freund Wuermeling.

Und wir, wir lassen uns durch ein paar läppische Flugblätter, deren falsche Behauptungen spielend zu widerlegen sind, derart ins Bockshorn jagen, daß wir schon die Flucht überlegen, bevor wir recht begonnen haben, anzufangen. (Beifall.) Es gibt keinen Politiker, der nicht auch einmal eine Fehlentscheidung trifft. Es gibt keine politische Fraktion, die nicht auch einmal Fehler macht. Glauben Sie, daß der Wähler uns das so hoch ankreiden würde? Aber eines, eines rächt sich mit tödlicher Sicherheit: Wenn man nach draußen – ich lasse die Motive völlig beiseite – das Bild der Zerrissenheit über eine Fachfrage gibt, (Sehr richtig-Rufe.) von der ich gesagt habe, daß ich mir noch nicht einmal beschämt vorkäme, wenn beim Nachdenken, Prüfen und Untersuchen dem Parlament Besseres einfiele, als mir eingefallen ist.

Meine Freunde, schauen Sie auf den lachenden Dritten (Sehr gut-Rufe.) dieser Auseinandersetzung! (Lebhafter Beifall.) Wir brauchen die deutsche Sozialdemokratie und auch deren Godesberger Programm nie und nimmer, auch nicht in Auseinandersetzung im Wahlkampf, zu fürchten. (Beifall.) Haben eigentlich wir dreimal nacheinander verloren, oder war das so, daß wir dreimal nacheinander – weil gestern Fußballspiele waren, darf ich mich in diesem Jargon ausdrücken – haushoch gewonnen haben? Das waren wir doch? Und warum waren wir es? Weil wir den Wählern darstellen konnten eine Politik aus einem Guß und eine politische Gemeinschaft, geeint im gleichen Willen. Freunde, wenn wir das sind, wenn wir so wieder hier von Karlsruhe weggehen, glauben Sie mir: Es gibt im politischen Leben Dinge, die doch nicht nur mit dem Verstand zu erfassen sind; sie sind wie etwas Geistiges. Sie gehen auch durch die Herzen, und der Schlüssel des Geheimnisses heißt: Klares politisches Willen und Einheit im Vertreten der Auffassungen nach draußen. (Bravo-Rufe. – Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Ich bin ein wenig abgewichen; ich bitte um Entschuldigung. Soweit es sich bei der sozialen Sicherheit um Geldleistungen handelt, müssen sie von der Gesamtheit aufgebracht werden. Jeder zahlt mit, ob arm oder reich, ob er will oder nicht, und wir müssen diese Zusammenhänge, die unmittelbar auf die Einkommen, auf die Preise und auf die Festigkeit unserer Währung Einfluß haben, der gesamten Öffentlichkeit so eindringlich wie möglich vor Augen führen. Wir dürfen die Freiheit der Verfügung des einzelnen über das von ihm erarbeitete Einkommen nicht ohne zwingenden Grund weiter einschränken. Wenn aber aus Gründen des Altersaufbaus an einer Stelle des Systems der sozialen Sicherung unter Umständen Beitragserhöhungen unvermeidlich werden, sollte man umso schärfer mit einer Erhöhung der Abgabenbelastung dort zurückhalten, wo sie nicht zwingend erforderlich ist.

Die öffentlichen Sozialleistungen, im wesentlichen Renten und Unterstützungen, beliefen sich im Jahre 1958 auf über 35 Milliarden DM. Sie sind seit 1949 auf rund das Dreieinhalbfache gestiegen. Zu ihrer Finan-

zierung mußte jeder Erwerbstätige – im statistischen Durchschnitt – im Jahre 1 430 DM oder 120 DM im Monat beitragen. Das sind Größenordnungen, die man – wenn man von Sozialpolitik spricht – sich vor Augen halten muß, und ein so hoher Sozialaufwand kann sehr wohl der Ausdruck wachsenden Wohlstandes sein. Er ist auch ein Beweis für den hohen Stand der sozialen Sicherheit, aber man muß sich zu jeder Zeit klarmachen, was hinter diesen Ziffern an wirklichen Vorgängen steckt. Die großen Summen, die zur Finanzierung der öffentlichen Sozialleistungen erforderlich sind, können nur dadurch herbeigeschafft werden, daß auch der kleine Mann durch Beiträge und Steuern erheblich dazu beiträgt. Das beruht einfach auf der Tatsache, daß wir nicht nur für eine erheblich größere Menge soziale Leistungen zu erbringen haben, als zu dem Zeitpunkt, da man die klassische Sozialversicherung einführte, sondern daß auch fast rund die Hälfte unseres Volkes heute Erwerbspersonen sind und infolgedessen mithelfen müssen, diesen Aufwand zu betreiben. Wer das kennt, der wird mir doch mindestens zugestehen, daß Gedankenlosigkeit gegenüber dieser Entwicklung sittlich unvertretbar ist.

Und nun wartet eine sozialpolitische Entscheidung auf uns, auf die christlichen Demokraten. Ich meine die Entscheidung für eine neue Eigentumspolitik. Sie darf nicht länger verzögert werden, sie darf erst recht nicht verhindert werden. Es ist unsere unerschütterliche Überzeugung, daß zum Menschen als Person Eigentum gehört und daß man ihn davon nicht ausschließen darf. Leider haben uns die sozialistischen Gralshüter der Sozialpolitik auf diesem Gebiete bis heute im Stich gelassen. Kein konstruktiver Gedanke ist zu diesem Zentralproblem unserer Gesellschaftsordnung von den Sozialisten beigesteuert worden. Wiederum stehen die Christen hier, wie zu allen Zeiten der Sozialpolitik in der vordersten Linie der geistigen und der politischen Auseinandersetzung. Es muß jetzt gehandelt werden, und für die christlichen Demokraten ist es unverrückbare Überzeugung, daß der Zustand, daß die Massen der Gesellschaft ausschließlich von ihrem Arbeitseinkommen abhängig sind, nur eine Übergangsperiode in der sozialen Entwicklung sein kann. (Lebhafter Beifall.)

Wir sind bereit – und ich glaube, wir sind auch fähig – diesen Weg modernster Sozialpolitik zu gehen auf der Basis des Systems sozialer Sicherheit, das wir ausgebaut haben, und, wie ich sagte, verbessern werden, wo es notwendig ist, jetzt den Menschen weiterzuführen, ihn auszustatten mit Eigentum, um ihm die wahren Möglichkeiten personaler Entfaltung und damit auch sozialer Sicherheit zu geben. In dem Maße, wie den Menschen Eigentum zuwächst, auch Eigentum an Produktionsmitteln, nimmt die Gesellschaft die Strukturen an, die wir als christlich soziale Politiker nur wünschen und begrüßen können. Denn, was ist Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand anderes als ein Beitrag zu jener Gesellschaftsordnung, von der wir glauben, daß sie dreierlei verwirklicht:

Mehr persönliche Freiheit mehr soziale Gerechtigkeit und mehr soziale Sicherheit. Es gibt kein idealeres Feld für die Verwirklichung christlicher sozialer Ziele, als dieses. Wir sind überzeugt davon, daß die Arbeitnehmerschaft nicht länger eigentumslos bleiben will.

Nun bitte ich die Herren von der Wirtschaft: Meine Herren! Jetzt hätte ich gerne Beifall von Ihnen für meine Freunde aus der Arbeiterschaft; denn die Arbeitnehmerschaft hat einen legitimen Anspruch, an der sich ständig vollziehenden Vermögensbildung in der Wirtschaft beteiligt zu werden. (Lebhafter Beifall.)

Ich erkläre – und keiner meiner Freunde wird mich, dessen bin ich sicher, Lügen strafen –: Wir denken nicht daran, eine neue Eigentumpolitik damit einzuleiten, daß wir irgend jemand etwas wegnehmen wollen. Aber wir sind der Meinung, daß das Bewegende unserer Tage sein muß: die wahre Partnerschaft Arbeitgeber und Arbeitnehmer im gemeinsamen Bemühen und auch in dem Teilhaben der Arbeitnehmer an der sich vollziehenden Vermögensbildung. Es gibt keinen durchschlagenden Einwand gegen die Möglichkeiten einer sozialpolitisch orientierten Eigentumpolitik. Man braucht nur eines: Man muß sie nur wollen! Das ist die Grundvoraussetzung. (Beifall.) Ich hoffe, daß von unserem Parteitag weitere starke Impulse in dieser Richtung ausgehen.

Ich bin glücklich, daß der Herr Bundeskanzler und mit ihm das ganze Kabinett – aber der Herr Bundeskanzler in dieser Diskussion an der Spitze – mir den ehrenvollen Auftrag gegeben haben, einmal als Beratungs- und Verhandlungsgrundlage einen solchen Gesetzentwurf auszuarbeiten und ihn vorzulegen. Ich bin dabei; das Werk ist in Kürze fertig. Aber was mich freute, war folgendes: Ich darf heute hier sagen, daß ich einen Brief des Bundesverbandes der deutschen Unternehmerverbände bekommen habe, in dem man mir mitteilt, daß man bereit sei, dieses mein Werk und meine Absichten zu unterstützen. (Bravo-Rufe. – Lebhafter Beifall.)

Damit hier kein falscher Eindruck entsteht: Natürlich heißt das noch nicht – dazu hatten wir noch gar nicht Gelegenheit –, diese einzelnen Positionen zu beraten und miteinander zu vergleichen; aber ich bin im Besitze des Briefes, von dem ich eben sprach. Wenn es uns gelingt, Arbeiter und Unternehmer auf dieser Basis zueinander zu führen, dann haben wir das, was wir wollen.

Nun lassen Sie mich zu meinem Gedanken nur drei Sätze sagen: Wir wollen den Modellfall gesellschaftspolitischer Aufbauarbeit. Wir unterstellen in unserem Entwurf, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer übereinkommen, eine Beteiligung der Belegschaften am Betriebsertrag zu vereinbaren, den sie durch gemeinsame Anstrengungen auf eine größtmögliche Höhe bringen. Wenn sie so verfahren und die Arbeitnehmeranteile für eine gewisse Dauer vermögenswirksam angelegt werden, dann greift der Staat fördernd ein durch steuerliche Entlastung auf der einen und Befreiung von den Sozialversicherungsabgaben auf der anderen Seite. Auf diesem Wege hoffen wir weiterzukommen, auch wenn wir noch Widerstand überwinden müssen. Und ein bißchen Widerstand, meine Freunde, ist ja auch ganz gut, das regt dazu an, die Dinge immer wieder erneut mit aller Vehemenz, der man fähig ist, anzugreifen und aufzugreifen. (Starker Beifall.) Wer keinen Glauben und wer kein Vertrauen hat, der kann das auch nicht ausstrahlen.

Christlich-soziales Wollen heißt nicht Verharren in überholten Zuständen; aber es heißt – und davon gebe ich kein Jota preis –: An fundamentalen Wahrheiten vom Menschen, von der Gesellschaft und vom Staate aus Glauben und Vernunft festhalten und mit Unbeirrbarkeit dafür eintreten.

Christlich-soziales Wollen heißt: Diese unwandelbaren Wahrheiten immer neu in der jeweils gegebenen Situation anzuwenden und die soziale Wirklichkeit aus ihnen zu formen.

Christlich-soziales Wollen richtet sich auf die Freiheit der Person; aber nicht im liberalistischen Sinne, sondern im Sinne der Freiheit, die ihre Rechtfertigung findet in verantwortlichem Handeln vor Gott und gegenüber dem Mitmenschen. (Lebhafter Beifall.)

Freiheit und Verantwortung gehören zusammen, und kein größeres soziales Ziel kann uns vor Augen stehen, als daß sie beide sich voll entfallen.

(Bravo-Rufe. – Stürmischer anhaltender Beifall.)

Präsident Kurt-Georg Kiesinger:

Ich danke auch unserem Freunde, dem Bundesminister Theodor Blank, für sein ebenso klares, entschiedenes wie temperamentvolles Referat. Theodor Blank führt einen nicht immer leichten Kampf; er verdient dabei unsere Freundschaft und unsere Sympathie. Daß er sie besitzt, haben Sie ihm eben durch Ihren überaus herzlichen und nachhaltigen Beifall bewiesen.

Nun, meine Damen und Herren, haben wir noch etwa eine Dreiviertelstunde Zeit zur Aussprache. Mir liegen bereits 15 Wortmeldungen vor. Ich werde versuchen, diese Wortmeldungen in der Reihenfolge der Referate zu bringen, zu denen sie abgegeben worden sind, soweit sich eine solche Begrenzung erkennen läßt.

Mit Ihrem Einverständnis würde ich also jetzt versuchen, die Diskussion bis kurz vor 13 Uhr weiterzuführen – bis 12.45 Uhr können wir sagen. Sind Sie damit einverstanden? (Allgemeine Zustimmung.) – Das ist der Fall.

Außerdem liegt mir eine Mitteilung einiger Delegierter vor, die der Vorbereitung eines Entschlußentwurfs dienen soll; diese Mitteilung wird dem Redaktionskomitee zugeleitet werden.

Aussprache

Ich eröffne nunmehr die Aussprache und erteile das Wort Herrn

Bundestagsabgeordneter Müller-Hermann (Bremen):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich hatte nicht geahnt, daß ich die Ehre haben sollte, hier heute die Aussprache zu eröffnen. Aber ich nehme die Gelegenheit wahr und möchte kurz eingehen auf das Referat, das unser verehrter Herr Bundeskanzler am gestrigen Tage gehalten hat. Er hat – meines Erachtens sehr begründet – die Partei und die Bundestagsfraktion aufgefordert, ein größeres Bild der inneren Geschlossenheit nach außen zu zeigen. In diesem Zusammen-

hang wurde auch ein freundliches Wort speziell an die Adresse der Bundestagsfraktion gerichtet, und zwar mit den Worten: Die Bundestagsabgeordneten sind auch schon verbürokratisiert. Er richtete an uns Abgeordnete im Bundestag die Aufforderung und die dringende Bitte, bei den wichtigsten Gesetzentwürfen mit mehr Energie vorwärtszukommen. Meine Freunde! Ich glaube, daß dieser gute Wille zu einer zügigen und präzisen, dem Ganzen dienenden Gesetzgebungsarbeit in der gesamten Bundestagsfraktion vorhanden ist.

Wenn ich an diese Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers eine Bemerkung anknüpfen darf, dann ist es die, daß vielleicht bei dem Wort des Ansporns zu einer größeren Geschlossenheit und stärkeren Koordinierung der Arbeit auch ein zweites freundliches Wort an die Adresse der Bundesregierung angebracht gewesen wäre.

(Bundeskanzler Dr. Adenauer: Das habe ich ja gesagt!)

Vielen Dank! Der Herr Bundeskanzler bestätigt also, daß auch von seiten der Bundesregierung den Gesichtspunkten der Koordinierung und eines geschlosseneren Auftretens gegenüber der Öffentlichkeit vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.

Ich habe noch einen zweiten Punkt, den ich hier in diesem Kreise ansprechen möchte, auf den der Herr Bundeskanzler auch schon in seinem gestrigen Referat kurz eingegangen ist. Ich glaube, daß es nötig ist, daß sowohl die Bundesregierung als auch unsere Partei eine verstärkte und wirksamere Öffentlichkeitsarbeit als bisher leisten müssen. (Beifall.) Das gilt einmal für die Arbeit auch im Ausland. Wenn wir spüren und erfahren, mit welcher Energie und Rücksichtslosigkeit, mit welchem Einsatz aller nur möglichen finanziellen und technischen Mittel die Sowjetunion und der östliche Machtblock gegen die Bundesregierung, gegen die Bundesrepublik und ihre maßgeblichen Vertreter eine Kampagne entfalten, wenn wir zugleich immer wieder feststellen müssen, (lebhaftete Unruhe im Saal, Glocke des Präsidenten) daß über die politische Situation –

Vorsitzender Ministerpräsident Kiesinger bittet, die Gesprächsgruppen hinten im Saale aufzulösen und die Gespräche außerhalb des Saales zu führen, da sonst der Redner im Saale nicht zu hören ist.

Bundestagsabgeordneter Müller-Hermann:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir zugleich feststellen, wie weit auch in den Teilen des Auslandes, das uns gegenüber freundschaftlich eingestellt und mit uns durch Verträge und durch ein vertrauensvolles Verhältnis verbunden ist, Unkenntnis herrscht über die deutsche Problematik, dann meine ich, daß wir – Bundestag und Bundesregierung – ganz erheblich stärkere Anstrengungen machen müssen, um im Ausland eine Aufklärungsarbeit im Sinne unser aller Interessen zu betreiben.

Auch die Aufklärungsarbeit seitens der Bundesregierung und der Partei im Inland muß noch ganz erheblich verstärkt werden. Ich habe immer wieder den Eindruck – ich nehme an, das wird Ihnen allen auch so gehen –, daß die ständigen Aufbauerfolge in weitesten Kreisen unserer Bevölkerung mit einer Selbstverständlichkeit hingenommen werden, wie

man es kaum noch verantworten kann. Überall dort, wo nur der kleinste Anlaß zur Kritik – vielleicht auch berechtigter Kritik – besteht, wird davon weitestgehend Gebrauch gemacht; und die Opposition nutzt diese schwachen Stellen aus. Ich möchte nur auf ein typisches Beispiel hinweisen. Als wir in den letzten Monaten des vergangenen Jahres auf dem Preissektor infolge der sommerlichen Dürre gewisse Aufwärtstendenzen festzustellen hatten, war die Presse voll davon. Nachdem sich aber die Preisverhältnisse wieder einreguliert und wir zum Teil sogar auf wichtigen Konsumgütergebieten Preise vorzuweisen haben, die einem Vergleich mit den Vorjahren sehr wohl standhalten können, wird davon keine Notiz genommen, und wir verstehen nicht genug, auf diese Ergebnisse der Bundespolitik und der Arbeiten der Bundesregierung hinzuweisen. (Beifall.)

In diesem Zusammenhang auch ein freundliches Wort an die Adresse des Bundespresse- und Informationsamtes, das über einen riesigen Apparat, zum Beispiel zum Abhören von Sendern in allen Teilen der Welt, verfügt, das aber da, wo es sich um Aufgaben der Innenpolitik und um die Vertretung der Bundesrepublik in den Augen der Öffentlichkeit handelt, auch personell nur außerordentlich schwach besetzt ist. Auch hier scheint mir eine stärkere Koordinierung in den Reihen der Bundesregierung und eine intensivere Arbeit mit neuen Ideen im Bundespresse- und Informationsamt notwendig zu sein. Gerade die letzten Kommunalwahlen – ich darf auf die letzten Landtagswahlen in Bremen hinweisen, die sich mit dem Ergebnis in Bayern in etwa decken – sollten uns doch auch darüber eine neue Einsicht bringen, daß nämlich die SPD im kommunalen Bereich ständig den Versuch macht, die Aufbauleistungen und Aufbauertolge in den Städten und Gemeinden als ihr Verdienst in Anspruch zu nehmen, ohne daß der Öffentlichkeit und jedem einzelnen Staatsbürger genügend klagemacht wird, daß diese kommunalen Aufbauertolge letzten Endes auch der Politik der Bundesregierung zu verdanken sind.

(Ministerpräsident von Hassel: Auch? – Nur!)

Herr Ministerpräsident! Wir wollen die kommunalen Anstrengungen durchaus nicht verkleinern, aber sie sind nur möglich auf der Basis der von der CDU und der Bundesregierung getragenen Bundespolitik. Ich meine also, daß wir auf dem Gebiete der Öffentlichkeitsarbeit mit neuen Überlegungen und mit dem Einsatz neuester, moderner Publikationsmittel und ansprechender Werbemethoden – die leicht verständlich gehalten und nicht nur akademischen Inhalt haben – sehr viel stärker als bisher arbeiten müssen.

Ich glaube, wir sind uns auch alle darüber klar, die nächsten Bundestagswahlen im Jahre 1961 werden nicht entschieden in den vier Wochen des Wahlkampfes vor dem Wahltermin, sondern sie werden letzten Endes entschieden in dem vor uns liegenden Jahr, in dem sich der Durchschnitts-Staatsbürger ein Urteil darüber bildet, ob er dem bisherigen Kurs der Bundesregierung auch für die Zukunft eine Chance einräumen oder ob er der Opposition die Gelegenheit zur Bewährung vermitteln soll. Deshalb scheint es mir notwendig zu sein, daß wir mit dieser verstärkten Öffentlichkeitsarbeit unverzüglich beginnen. Es wäre gut, wenn dieser Bundesparteitag der Partei, der Bundesregierung und auch der

Bundestagsfraktion hier einen Ansporn gäbe. Jeder Tag, den wir hier nicht nützen, ist ein Tag, der uns und unserer allgemeinen guten Sache schadet, die wir vor dem deutschen Volke vertreten. (Beifall.)

Ministerpräsident Kiesinger:

bittet noch einmal, weder weite Wanderungen durch den Saal anzustellen, noch Gesprächsrunden zu bilden:

Nun erteile ich das Wort Herrn Dr. Frerichs vom Landesverband Rheinland. Dr. Frerichs scheint nicht hier zu sein. Dann erteile ich das Wort Herrn

Johannes Albers:

Herr Präsident, sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich will zu den einzelnen Referaten von heute morgen nicht im einzelnen Stellung nehmen. Ich darf nur eine erfreuliche Feststellung treffen. Das Referat unseres verehrten Freundes Dr. Krone, das Referat des Herrn Professor Dr. Erhard und auch das Referat meines Kollegen – und ich sage meines Freundes – Theodor Blank haben mir in manchen Dingen das vorweggenommen, was ich zu sagen beabsichtigte. Aber das schließt nicht aus, daß ich doch zu einzelnen Punkten, die insbesondere gestern der Herr Bundeskanzler angeschnitten hat, kurz Stellung nehme. Der Herr Bundeskanzler hat gestern zu der Frage der Krankenversicherung – und diese Frage wird im Laufe des heutigen Tages noch mehr als einmal zur Diskussion gestellt werden – auch Stellung genommen und hat dabei erklärt – und ich bin ihm dankbar dafür – daß die Vorschläge des Gesetzentwurfes nicht der Weisheit letzter Schluß seien. Der Herr Bundeskanzler hat weiter gesagt – jetzt muß ich meinem verehrten Alt-Oberbürgermeister von Köln – dem heutigen Herrn Bundeskanzler – unter dem ich als Stadtverordneter gedient habe und dem ich deshalb auch wohl etwas sagen darf ...

(Heiterkeit und Zurufe: u n t e r i h m !)

Ja, weshalb soll man nicht unter einem so großen Mann dienen? Der Herr Bundeskanzler hat gestern weiterhin gesagt, daß die Sozialausschüsse uni-sono gegen den Minister Blank ständen und uns, den Mitgliedern der Sozialausschüsse, vorgeworfen, daß die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Kollegen Blank und uns bestehen, nicht intern ausgemacht worden sind. Dazu will ich nur einige wenige Sätze sagen. Die Sozialausschüsse stehen nicht gegen Theodor Blank. Theodor Blank ist ein Mann der Sozialausschüsse. (Beifall und Bravo-Rufe.) Er ist – und ich will es ganz eindeutig sagen – unser Mann. Das schließt aber nicht aus, verehrter Freund Gerstenmaier, daß wir auch gelegentlich eine andere Meinung haben können als Theodor Blank. (Heiterkeit.)

Sehen Sie mal, Theodor Blank ist einige Jahre jünger als ich – ich glaube 15 Jahre – und hat die Geschichte der Christlichen Gewerkschaften in der Zeit nach 1919 nicht so lebendig erlebt, wie ich diese erlebt habe. Da gab es auch Meinungsverschiedenheiten, zwischen unserem großen Chef Adam Stegerwald und Heinrich Imbusch und gelegentlich einiger anderer Leute. Diese Meinungsverschiedenheiten haben wir sowohl offen als auch intern ausgetragen. Und, meine verehrten Damen und Herren, und lieber Herr Bundeskanzler – ich schließe Sie jetzt ganz besonders

ein – weswegen sollten wir nicht auch Meinungsverschiedenheiten zwischen Theodor Blank und uns sowohl intern als auch, wenn es notwendig ist, bei Gelegenheit öffentlich austragen? Das dient der Sache. Ich will ganz offen sagen, daß wir zu seinem Entwurf über die Neuordnung der sozialen Krankenversicherung eine andere Meinung haben als er selbst, wenigstens in einigen Punkten. Dazu aber wird noch im Laufe des heutigen Tages dieser oder jener meiner Freunde noch seine Meinung vortragen.

Wir stehen also nicht gegen Theodor Blank. Und er ist ja auch vernünftig genug, anzuerkennen – und das hat er ja sowohl am heutigen Morgen als auch in etwas verdeckter Form bei anderen Gelegenheiten klar und eindeutig erklärt – daß der Gesetzentwurf, der vorliegt, nicht der Weisheit letzter Schluß zu sein braucht. Und das, meine ich, sollten wir heute früh auch herausstellen.

Ich muß mich jetzt wieder an den sehr verehrten Herrn Bundeskanzler wenden mit der Frage: Wenn Sie uns da vorgehalten haben, wir wären doch in der Öffentlichkeit in diesem Augenblick etwas zu weit gegangen, dann frage ich Sie, Herr Bundeskanzler, ob es nicht bestimmte Gruppen in den sogenannten akademischen Berufen gibt, die gegen diesen Regierungsentwurf von Theodor Blank mit Mitteln vorgegangen sind, gegen die unsere Kritik wirklich eine leichte Angelegenheit war. Das hat gerade auch uns in der Arbeitnehmerschaft so außerordentlich empört. Und das müssen Sie ja auch wohl bestätigen, Kollege Theodor Blank.

Ich hätte deshalb, verehrter Herr Bundeskanzler, gern gehört, wenn Sie auch diesen Gruppierungen hier in einer bestimmten Form Ihre bestimmte Meinung über ihre Überbetriebsamkeit gesagt hätten. (Zuruf: Bravo.)

Der Herr Bundeskanzler sprach von den Sozialausschüssen, daß sie insgesamt gegen Theodor Blank ihre Bedenken und auch ihre eigene Auffassung und Kritik zum Ausdruck gebracht hätten. Ich will in diesem Zusammenhang nur darauf aufmerksam machen, daß gerade die Sorge für einen guten Wahlausgang uns veranlaßt hat, daß wir unsere Meinung in dieser Frage einmal klar und deutlich zum Ausdruck gebracht haben.

Ich glaube, alle werden daraus auch gute Schlußfolgerungen ziehen können. Niemand von uns bildet sich ein, daß er im Besitz der letzten Weisheit ist, und Theo Blank wird sich hoffentlich auch nicht einbilden – und das hat er ja auch heute morgen erklärt –, daß er den Schlüssel zur letzten Weisheit in den Händen hätte. Wenn wir also in Sorge um die Partei und in Sorge um das Verhalten der breiten Wählerschichten zur Partei, unsere Stellungnahme dabei beachten, dann werden Sie wohl Verständnis dafür haben, daß wir aus einer großen und tiefen Verantwortung heraus zu dieser Frage der sozialen Krankenversicherung unsere Meinung zum Ausdruck gebracht haben.

Lassen Sie mich noch einige wenige andere Worte sagen. Ich gehöre ja mittlerweile zu den älteren Leuten, die noch aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung der früheren Zeit stammen. Was haben wir in der Christlich Demokratischen Union seit 1945 fertiggebracht? Wir haben es fertiggebracht, daß die breiten Arbeitnehmerschichten in stärkster

Front zu dieser Partei gestoßen sind; wir haben es durch die Politik des Bundeskanzlers fertiggebracht, durch die Politik, die die Partei gemacht hat, durch die Männer und Frauen, die die christliche Arbeitnehmerschaft repräsentierten und die leider Gottes nicht mehr unter uns weilen, daß durch die Politik dieser Männer auch die Christlich Demokratische Union in den breitesten Arbeitnehmerschichten Resonanz und Unterstützung, ja positive Unterstützung gefunden hat. (Lebhafter Beifall.) Das wollen wir in der Zukunft gesichert sehen und das wollen wir alle wünschen.

Bitte denken Sie über eines nach. Mehr als 60 v. H. unserer Wählerschaft kommen aus der Arbeitnehmerschaft mit ihren Familienangehörigen. Und wo hat es 1945 geschrieben gestanden, daß die Arbeitnehmerschaft zur SPD gehen muß, um ihre berechtigten Interessen in der Politik und in der Gesellschaft wahrzunehmen oder wahrgenommen zu sehen? Diese Aufgabe haben wir erfüllt und darauf sind wir stolz. (Beifall.)

Das wollen wir und wir wollen diese Ziele gesichert haben. Für diese Christlich Demokratische Union sind die besten Kräfte aus der früheren christlichen Arbeiterbewegung bei der Gründung und vor der Gründung gestanden, auch für Ihre Ideen, Kollege Gerstenmaier, und Sie wissen haargenau, was ich jetzt sagen will, sind sie aufs Schafott gegangen und gehenkt worden. Doch das Wollen dieser Männer soll nicht allein in der Vergangenheit gesichert sein, sondern auch in der Zukunft gesichert werden. (Beifall.)

Ihre freundliche Bemerkung, Herr Bundeskanzler, gab mir Veranlassung, zu diesen Fragen noch meine Meinung zu sagen. Ich nehme an, daß Sie das so aufnehmen, wie sie aus einem ehrlichen Herzen kommt. Wo steht es geschrieben, daß die Arbeitnehmerschaft zur SPD gehen muß, wenn sie ihre berechtigten Interessen wahrgenommen wissen will? Wo steht es geschrieben, daß die christlich demokratische Arbeitnehmerschaft, die christlich soziale Arbeitnehmerschaft nicht in dieser Partei ihr echtes Heimatrecht findet? Sie hat dieses Heimatrecht, und dieses Heimatrecht will auch die christlich demokratische Arbeitnehmerschaft auch in Zukunft gesichert haben.

Verehrter Freund Krone! Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie in Ihrem Referat zu diesem Christlich sozialen Arbeiter-Kongreß, der vor vier Wochen in Köln stattgefunden hat, positiv Stellung genommen haben. Sie haben u. a. gesagt: „Es war nicht nur gut, daß er stattfand, sondern daß auch hier Grundlegendes zu dem Standort des christlichen Arbeiters gesagt wurde. Wir dürfen Köln nicht überhören und werden Köln auch nicht überhören.“

Christlich-sozial, das ist das Bekenntnis zu Gottes Gesetz, zur Ordnung und im Bereiche des menschlichen Zusammenseins, alles das, was wir in Köln propagiert haben. Meine Damen und Herren! Wenn wir es in Köln fertigbrachten, daß eineinhalb Millionen der christlich-sozialen Arbeiterbewegung durch etwa 1200 Delegierte vertreten waren, dann meine ich, sollte die Partei auf diese Tatsache, daß es in Deutschland noch eine so mächtige und starke christlich-soziale Arbeitnehmerschaft gibt, stolz sein und sich auch freuen. (Beifall.)

139 Was wir in Köln angeregt haben, das werden wir fortsetzen. Wenn wir

von Köln aus den Anfang zu einer neuen Lebendigmachung christlich-sozialer Auffassungen im gesamten gesellschaftlichen und politischen Bereich gemacht haben, soll das nicht nur der Anfang sein, sondern das wird auch fortgesetzt werden.

Noch ein Schlußsatz. Verehrter Freund Theodor Blank! Unsere Kritik an Deinem Gesetzentwurf kommt aus ehrlichem Herzen und aus der Sorge, daß das, was wir gemeinsam zu erstreben versuchen, in diesem Gesetzentwurf nicht entsprechend genug respektiert ist. Das, was notwendig ist, und das, was auch die breiten Schichten unseres Volkes – denn 80 v. H. unseres Volkes sind mehr oder weniger in der sozialen Krankenversicherung erfaßt – wünschen, ist die Leistungsverbesserung und die Leistungssteigerung. Ich möchte wünschen, daß sich die Fraktion bald zu diesem ganzen Fragenkomplex eine Meinung bildet und daß diese Sache noch vor den Wahlen von unserem Tisch kommt, denn wir können diese innere Unruhe nicht weiter ertragen.

Die Sozialausschüsse sind, waren und bleiben eine der besten Stützen auch dieser Christlich Demokratischen Union, auch wenn sie gelegentlich von dem Recht einer besonderen Meinungsäußerung Gebrauch machen und auch in der Zukunft Gebrauch machen werden. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Kiesinger:

Das Wort hat Herr

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer:

(Von lebhaftem Beifall empfangen.)

Meine lieben Parteifreunde! Und ich möchte hinzusetzen, mein lieber alter Freund und Mitarbeiter Albers! (Beifall.)

Sehen Sie, Herr Kollege Blank ist wirklich in einem Kesseltreiben drin, in einem solchen von Berufenen und Unberufenen, von Interessenten wie von politischen Gegnern. Deswegen habe ich geglaubt, – Herr Albers, im Grunde denken wir dasselbe –, daß wir einen solchen Familienstreit, wie er da nun zum Ausdruck gekommen ist, einmal versuchen sollten, in der Familie zu besprechen und zur Ruhe zu kommen. (Lebhafter Beifall.) Und wenn man sieht, daß man damit nicht fertig wird, dann geht man zu einem älteren Verwandten (große Heiterkeit) und fragt ihn, ob er nicht bereit sei, einmal an einer solchen Besprechung teilzunehmen.

Ich meine nun, man sollte nicht sofort an die große Öffentlichkeit und an die Presse gehen. Davon komme ich nicht weg, lieber Albers. Man sollte erst einmal alle anderen Möglichkeiten versuchen, das habe ich zum Ausdruck bringen wollen. Gerade deshalb, weil er – nehmen Sie das wörtlich – der Gegenstand, das Opfer eines wahren Kesseltreibens ist, müssen wir versuchen, Meinungsverschiedenheiten unter uns aus der Welt zu schaffen. (Lebhafter Beifall.)

Herr Albers hat eben davon gesprochen, daß er unter mir als Oberbürgermeister gedient habe. Das ist nichts als blanke Renommage. (Heiterkeit.) Er hat niemals gedient, das ist gar nicht wahr. Ich weiß noch, wie er zuerst auftrat. Da fing es mit einem großen Krach an. (Heiterkeit.) Ich sehe das ganze Bild noch vor mir. Aber warum auch nicht? Ich freue mich über sein heutiges Temperament und darüber, daß er die Leitung der Sozialausschüsse, als Herr Kaiser sie nicht mehr führen konnte, so

kraftvoll in seine Hände genommen hat. Und als er eben so sprach, da kam mir der Gedanke, den ich einmal zum Ausdruck bringen möchte: Er soll doch in den Bundestag! (Heiterkeit.) Herr Albers, auf Bundesliste; das ist doch so ein Fall. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Sie haben ihn doch selbst eben alle bewundert, und die kurze Pause, die er außerhalb dieses Gefängnisses, das sich Bundestag nennt (Heiterkeit), verbracht hat, hat ihm gut getan. Ich führe diesen Fall als ein Argument für die Bundesliste an (Heiterkeit) und bitte Sie, sich das wohl zu überlegen, meine Freunde in der Bundestagsfraktion. Wir können solche Leute gebrauchen, auch dann, wenn sie einmal unbequem sind. Im Grunde genommen ist er ein Kamerad und ein guter Freund, ein Mann, der für die Partei und für unsere Ideale lebt und stirbt. Ich kenne ihn seit vielen Jahren, und ich kann ihm hier vor der ganzen Welt bezeugen, daß es so ist. Sind wir jetzt alle wieder zufrieden? (Lebhafter Beifall.)

Ministerpräsident Kiesinger

erteilt das Wort

Johannes Albers:

Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Bundeskanzler! Ich bin für die freundlichen Worte des Herrn Bundeskanzlers sehr dankbar, muß aber doch sagen, daß ich dabei bleibe: ich habe unter ihm gedient. Ich habe von ihm sehr viel gelernt, und es ist sehr wichtig, daß man im Leben einen guten Lehrmeister hat. Als Oberbürgermeister von Köln hat er uns Stadtverordneten immerhin vorgehalten, was unsere Pflicht wäre, nämlich: Arbeiten für das Gemeinwohl und arbeiten für das, was wir aus christlicher Verantwortung gegenüber unserem Volk und gegenüber unserer Wählerschaft zu tragen haben.

Verehrter Herr Bundeskanzler und verehrter Herr Altoberbürgermeister Dr. Adenauer! Wir wollen zusammenbleiben und zusammenstehen!

(Bundeskanzler Dr. Adenauer: Sie kommen also wieder! – Heiterkeit.) – Nein. – Wir wollen unsere Sache in der Öffentlichkeit vertreten. Wir wollen ermöglichen, was unser Ziel ist: eine christliche Politik, eine soziale Politik, aber eine Politik, die aufgebaut ist auf den Grundsätzen der Freiheit und der Menschenwürde. (Lebhafter Beifall.)

Ministerpräsident Kiesinger:

Meine Damen und Herren! Nach diesem Zwiesgespräch denke ich, sollten wir für heute morgen die Aussprache unterbrechen. Vorher habe ich aber noch einige Mitteilungen zu machen.

Ich sehe, daß jetzt unser Freund Minister Lemmer unter uns ist. Ich darf dem Parteitag mitteilen, daß er heute seinen 62. Geburtstag feiert. (Lebhafter Beifall.) Ich darf Sie dazu, Freund Lemmer, herzlichst beglückwünschen. Der beste Glückwunsch, den ich für Sie habe, ist der, daß Sie es möglichst bald erleben möchten, daß die Sache, für die Sie besonders eintreten, nämlich die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, erfüllt wird. (Lebhafter Beifall.)

In der Zwischenzeit sind drei Entschließungsentwürfe eingegangen, sie werden dem Redaktionskomitee zugeleitet.

Wir unterbrechen jetzt die Sitzung und setzen sie heute nachmittag um 15 Uhr fort.

4. Plenarsitzung

Fortsetzung der Aussprache

Präsident Dr. Neinhaus

eröffnet um 15 Uhr die Nachmittagssitzung:

Die Diskussion, die heute morgen begonnen hatte, wird fortgesetzt. Ich werde so verfahren, daß ich immer zwei Sprecher, die sich gemeldet haben, zusammen aufrufe, um auf diese Weise dem zweiten, der aufgerufen wurde, Gelegenheit zu geben, schon etwa aus den hinteren Reihen des Saales sich hierher begeben zu können; wir sparen dadurch Zeit. Ich erteile zunächst das Wort Herrn Bauknecht, Landesverband Südwürttemberg-Hohenzollern; (Beifall.)
der nächste Redner wird sein Herr Katzer, Landesverband Rheinland.

Bauknecht (MdB):

Herr Bundeskanzler! Meine lieben Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Wenn ich mich jetzt zu einem Thema, das heute früh bei der Betrachtung der Probleme der Wirtschafts- und der Sozialpolitik nur ganz am Rande erwähnt worden ist, zum Worte melde, so glaube ich, daß ich das der großen Sparte Landwirtschaft schuldig bin. So sehr wir durchaus mit den Ausführungen unseres Herrn Bundeswirtschaftsministers und unseres Herrn Bundesarbeitsministers einverstanden sind, so glaube ich doch, daß es völlig verfehlt wäre, wenn das große Sachgebiet Landwirtschaft, die Agrarpolitik hier in diesem Lande Baden-Württemberg, nicht angesprochen werden würde.

Wir sind hier in einem Lande mit kleinen und kleinsten bäuerlichen Familienbetrieben. Die Familienbetriebe, deren Besitzgrößen die kleinsten neben Rheinland-Pfalz im ganzen Bundesgebiet sind, 90 Prozent der Betriebe unter 10 ha, die mit der großen Hypothek der Vergangenheit belastet sind, sie schauen mit großer Sorge, aber auch mit Zuversicht auf die Partei, der sie bisher in erdrückendem Maße ihre Stimme gegeben haben: die Christlich Demokratische Union.

Der Landwirtschafts-Ausschuß der Bundes-CDU hat am Dienstag zwei große Sitzungen abgehalten, am Nachmittag und am Abend; er hat in eingehender Weise gerade die Fragen, die hier in diesem Raume so brennend sind, nicht nur mit seinen Mitgliedern, sondern darüber hinaus mit den Bauern und Landwirten dieser Gegend durchgesprochen. Zum Schlusse hat dann der Landwirtschafts-Ausschuß eine Entschliebung gefaßt, die wir heute dem Parteitag zur Beschlußfassung vorlegen.

Diese Entschliebung deckt sich im Grunde mit der Auffassung des Bundesernährungsministeriums und mit der unseres Fraktionsfreundes Werner Schwarz, des Herrn Bundesernährungsministers. Wir bedauern natürlich außerordentlich, daß gerade dieser unser Minister heute an diesem Parteitag nicht selber anwesend sein kann; man hat ihn im Auftrag der Bundesregierung in den Urwald geschickt. (Heiterkeit.)

Ich will das aber keineswegs so ausdeuten, daß man ihn auf die Seite geschoben hat; aber offenbar fand man in ihm den richtigen Repräsentanten dafür, daß die Dinge in Togo von vornherein in Ordnung gehen und damit es nicht wieder so verläuft wie in Guinea. Wir danken unserer-

seits für das große Vertrauen, das man unserem Bundesernährungsminister hier gezollt hat. Aber für unseren Parteitag ist es natürlich bedauerlich, daß er nicht anwesend sein kann. Ich glaube, daß der Herr Bundesernährungsminister das selber auch bedauert.

Meine lieben Parteifreunde! Wir stehen vor etwas grundlegend Neuem in der Entwicklung der Wirtschaft in Europa. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft wird von uns – das sage ich ausdrücklich – aus politischen Gründen voll bejaht, nur durch den wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß können die Hoffnungen Moskaus zerstört werden, daß es je einmal wieder gelingt, die freie westliche Welt auseinanderzubringen. Aber diese Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bringt für einen Berufsstand, der in langer Entwicklung zu dem geworden ist, was er heute ist, große Gefahren mit sich. Weil wir diese Gefahren erkennen und weil wir uns mit ihnen beschäftigen, wäre es verfehlt, wenn wir heute an diesem Tage nicht darauf hinweisen und nicht alle Möglichkeiten ausschöpfen würden, damit bei der Verwirklichung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft diese Gefahrenquellen ausgeschlossen werden.

Die Stimmung in der Landwirtschaft hier in diesem Lande, wie auch in der übrigen Bundesrepublik, ist zur Zeit nicht gerade die rosigste. Im Zuge der Aufwärtsentwicklung der gewerblichen Wirtschaft und der sich abzeichnenden und auch verwirklichten Hochkonjunktur hat man im vergangenen Herbst geglaubt, man müsse hier dämpfende Maßnahmen zur Durchführung bringen, und man hat seitens der Bundesregierung zunächst dafür gesorgt, daß Mittel und Wege gefunden wurden, die Preisentwicklung in der Landwirtschaft zurückzustauen.

Der Rückstau ist aber zu weit gegangen. Dieser Rückstau hat sich so ausgewirkt, daß wir heute gegenüber der Zeit vor einem Jahre zurückgeworfen sind, und was man dabei gehofft hatte, daß man nämlich dadurch verhindern könnte, daß eine allgemeine Lohnbewegung in Gang käme – das wurde nicht erreicht. Diese Tatsachen beunruhigen heutzutage die Landwirtschaft.

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat in einer Entschließung bei der Beratung des Grünen Plans bereits dieser Auffassung Rechnung getragen. Dort wurde die Bundesregierung aufgefordert, nach § 1 des Landwirtschaftsgesetzes mit allen Mitteln die Dinge in Ordnung zu bringen. Wir dürfen nun hier nicht zögern, daß seitens der Regierung das getan wird, wozu sie der Bundestag aufgefordert hat. Dazu soll auch diese Entschließung dienen.

Aber noch ein weiteres: Gerade die bäuerlichen Familienbetriebe sind durch die Neuentwicklung in besonders bedrohliche Gefahren gekommen, weil in diesen bäuerlichen Familienbetrieben die Sonderkulturen und die tierische Veredelungsproduktion voranstehen. Es ist nicht gängig, daß zu Lasten dieser Betriebe nun die Wirtschaftspolitik so fortgesetzt wird, denn die Lohnerhöhungen gehen in der Landwirtschaft weiter. Es ist unverkennbar – das haben alle Grünen Berichte gezeigt –, daß wir noch einen weiten Abstand zu den Einkommensverhältnissen haben, die man heute in der gewerblichen Wirtschaft hat.

Wenn diese Einkommensverhältnisse aber nun durch die neue Entwicklung wiederum gebessert worden sind und die unseren verschlechtert, so glaube ich, daß es wirklich an der Zeit ist, uns Gedanken darüber zu machen, diese Dinge zu beheben. In dem römischen Vertrag, der ja neue Gefahren für die Landwirtschaft in sich birgt, sind Möglichkeiten der Übergänge geschaffen; und es wäre nun an der Zeit, daß auch die deutsche Bundesregierung von dieser Möglichkeit Gebrauch machen würde. In unserer EntschlieÙung sind die Einzelheiten aufgeführt; ich brauche sie im einzelnen hier nicht zu nennen. Ich möchte aber sagen, daß gerade unsere bäuerlichen Abgeordneten, die wir in das Europäische Parlament geschickt haben, dort zugunsten der Landwirtschaft eine ausgezeichnete Arbeit leisteten. Ich möchte Ihnen hiermit den Dank des Landwirtschaftsausschusses zum Ausdruck bringen. Sie sagten in diesen Tagen zu uns: wir warten darauf, daß die Bundesregierung von diesen Ausnahmemöglichkeiten Gebrauch macht. Wir stehen ja nicht allein. Von diesen Möglichkeiten machen auch die Franzosen, die Belgier und die Italiener Gebrauch, gegenüber den Maßnahmen, die das andere Land, das in die Sechs integriert werden soll, nämlich Holland, zu verwirklichen versucht.

Ich möchte die dringende Bitte an Sie, meine Damen und Herren, richten, dieser EntschlieÙung, die wir Ihnen vorlegen, auch zuzustimmen. Wenn der Herr Bundeskanzler gestern in seiner Rede darauf hingewiesen hat, daß alles getan werden muß, um den nächsten Bundestagswahlkampf zu gewinnen, dann wäre es verfehlt, wenn wir diese Möglichkeiten nicht ausschöpften, und den Landtagswahlkampf, der in Baden-Württemberg bevorsteht, verlieren würden.

Herr Bundeskanzler! Wenn es so ist, daß der Bundesrat einen solchen Einfluß auf die Politik der Bundesregierung hat, dann sind diese Landtagswahlen mindestens von einer gleichrangigen Bedeutung wie die Bundestagswahl. Ich bitte aus diesem Grunde, hier dieser EntschlieÙung zuzustimmen und sie auch zu verwirklichen.

Nun noch ein letztes Wort! Sie wissen, daß zur Zeit – gewissermaßen als schamhaftes Feigenblatt für die unerhörten Vorgänge in der sowjetisch besetzten Zone – ein Generalangriff von Seiten des Herrn Ulbricht auf die Agrarpolitik der Bundesregierung erfolgt. Gerade wir sollten heute den Beweis dafür liefern, und zwar durch die Annahme der EntschlieÙung, daß wir eine Agrarpolitik verfolgen, die eine freie bäuerliche Agrarverfassung mit selbständigen, eigenverantwortlichen Familienbetrieben garantiert. Das ist das große Ziel, das wir uns und das sich auch die anderen freien Länder Europas gestellt haben. Wenn wir das erreichen wollen, müssen wir entsprechend handeln. (Beifall.)

Präsident Dr. Neinhaus:

Meine lieben Parteifreunde! Ich schlage vor, den Antrag, der von Herrn Bauknecht soeben begründet worden ist, dem Redaktionskomitee zu überweisen, das um 16 Uhr mit seinen Beratungen beginnt. Ich werde dafür sorgen, daß der Antrag noch rechtzeitig in das Sitzungslokal gebracht wird. Darf ich Ihr Einverständnis dafür feststellen? – Das ist der Fall. Es erhebt sich kein Widerspruch.



Für die Vertriebenen und Flüchtlinge spricht Hans Krüger, MdB.

Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard mit Kurt Schmücker, MdB, Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Mittelstand der CDU/CSU.



Prälät Dir. Wilhelm Wissing,
Beauftragter der Katholischen Kirche
bei der Bundesregierung.



Prof. Erhard begrüßt Frau Jutta Ehlers,
hinter ihr Prälät D. Hermann Kunst,
Beauftragter der Evangelischen Kirche
bei der Bundesregierung.



Ich erteile nunmehr das Wort, dem Herrn

Bundestagsabgeordneten Katzer (Rheinland):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Herr Dr. Krone ist in seinem heutigen Referat mit Recht noch einmal auf den Kieler Parteitag eingegangen. Er hat dabei noch einmal auf die Rede verwiesen, die Herr Präsident Dr. Gerstenmaier in Kiel gehalten hat. Mit Freude konnte ich dabei feststellen, daß nicht nur das Referat, sondern insbesondere auch das Schlußwort vom Herrn Präsident Dr. Gerstenmaier zitiert worden ist.

Zwischen dem Referat und dem Schlußwort lag die Diskussion. Ich begrüße es dankbar, daß das Referat, die Diskussion und das Schlußwort als eine Einheit angesehen wurden. Dies begrüße ich umso mehr, als der Kieler Parteitag mit dem Referat vom Herrn Präsident Dr. Gerstenmaier eine solche nachhaltige Diskussion in der Partei hervorgerufen hat, wie das – soweit ich mich erinnern kann – seit zehn Jahren noch nicht der Fall gewesen ist. Wir können auch nachträglich dafür dankbar sein.

Herr Dr. Krone hat mehrfach den christlich sozialen Arbeitnehmerkongreß zitiert. Dieser Kongreß hat sich nicht zuletzt um die Kennzeichnung des geistigen Standortes der christlich sozialen Arbeitnehmerschaft bemüht. Darüber hinaus hat er sehr konkrete Vorstellungen für die Gestaltung unserer gesellschaftlichen Ordnung entwickelt. So habe ich gerne zur Kenntnis genommen, daß Herr Dr. Krone ausdrücklich betonte: „Wir dürfen Köln nicht überhören.“ – Er hat verstärkend dann noch hinzugefügt: „Wir werden Köln nicht überhören.“

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang zum „C“ in unserem Namen eine Bemerkung wiederholen, die, ausgehend von der Kieler Diskussion, in Köln gemacht wurde. Ich glaube, das dient der Klärung unseres Standortes. Parteitage sind ja wohl da, um Standorte zu klären.

Wir bekennen uns zu einer Politik aus christlicher Verantwortung. Wir haben es bedauert, Anzeichen feststellen zu müssen, auch bis in unsere eigenen Kreise hinein, daß man die Gestaltung des politischen Lebens nicht mehr allein vom Christlichen her vollziehen will. Dazu möchte ich meinen, die christlichen Demokraten haben weder einen äußeren noch einen inneren Grund, den Sozialdemokraten nach ihrem Godesberger Programm oder den Freien Demokraten in die Unverbindlichkeit zu folgen. Ich möchte meinen, wir sollen ein verbindliches Programm haben. Und dieses verbindliche Programm ist das „C“ in unserem Namen, übersetzt als „christlich“ und nicht als „konservativ“.

Meine Freunde! Ich will hierzu ein ergänzendes Wort zur Klärung sagen. Konservativ sein, heißt bewahren. Der christliche Demokrat ist insoweit konservativ, als er an den unveräußerlichen sittlichen Wertvorstellungen festhält. Er huldigt nicht einem blinden Fortschrittsglauben. Der Christlich Soziale weiß aber auch, daß es eine ständige Aufgabe der Politik ist, in Anpassung an die Entwicklung in der Gesellschaft die Gemeinwohl-gerechtigkeit in möglichst vollkommener Weise zu verwirklichen. So, meine politischen Freunde, verbindet der Christlich Soziale eine echt konservative Haltung im Grundsatz mit einer seiner Tradition entspre-

chenden evolutionären Beweglichkeit in der Politik. (Beifall.) Und damit, meine Freunde, grenzt er sich scharf ab, sowohl vom Liberalismus als auch vom Sozialismus, als auch von einem politischen System des Konservatismus, das nur darauf abzielt, den gesellschaftlichen Status quo zu konservieren. Ich freue mich, den Ausführungen von Herrn Dr. Krone entnehmen zu können, daß wir in dieser Auffassung übereinstimmen. Das ist für mich etwas Befriedigendes, daß eine Diskussion, auf dem Parteitag in Kiel begonnen, über eineinhalb Jahre mit Leidenschaft, Überzeugung und ehrlichen Argumenten geführt wurde und wenigstens in diesem Teilbereich zu einer, wie wir glauben möchten, zufriedenstellenden Beantwortung der ganzen Christlich Demokratischen Union geführt hat.

Nun, meine Freunde, im Zusammenhang mit dem Arbeitnehmerkongreß hat Herr Dr. Krone auch ein Wort zur Gewerkschaftsfrage gesprochen. Herr Dr. Krone! Nur der Redlichkeit halber muß ich es hier sagen: Nach dem Willen der Beteiligten war die Gewerkschaftsfrage – das wissen Sie – aus dem Kongreß ausgeklammert. Ich möchte mich dagegen wehren, daß man nachträglich eine Interpretation des Kongresses gibt, die von dem Kongreß selbst in dieser Frage nicht gewollt war. Dabei muß ich aber – und ich tue das gern – ausdrücklich bemerken, daß die von Herrn Dr. Krone gemachten Ausführungen ihre volle Berechtigung haben und ich muß hinzufügen: Leider, ihre volle Berechtigung haben.

Lassen Sie mich nun, meine Freunde, etwas sagen zu dem ausgezeichneten Referat von Herrn Prof. Erhard. Der von ihm geprägten These von der Übereinstimmung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik kann man ebenso die volle Zustimmung geben, wie dem Satz, daß in der künftigen Entfaltung der sozialen Marktwirtschaft gesellschaftspolitische Probleme gleichrangig neben die ökonomischen treten werden. Und lassen Sie mich das hier einmal freimütig sagen – und vielleicht klingt das aus meinem Munde etwas anders, als wenn dies ein anderer sagt – diese Sätze, von Herrn Prof. Erhard hier ausgesprochen, entsprechen bester christlich sozialer Tradition. Und es ist für die Arbeitnehmerschaft ein Akt der Dankbarkeit, Herrn Prof. Erhard dafür hier den Dank auszusprechen. (Beifall.)

Die Aussagen von Prof. Erhard zur Frage der Machtkonzentration, die er unter dem bemerkenswerten Stichwort „Gegen unbeherrschten Machthunger“ zusammenfaßte, kann ich nur unterstützen. Ich kann nur unterstreichen, wenn es heißt: „Es ist nicht das Großunternehmen an sich, sondern der unbeherrschte Machthunger, der in der Richtung einer volkswirtschaftlich schädlichen und sozial-politisch unerwünschten Konzentration unseren Widerstand hervorruft.“

Diesem Konzentrationsprozeß, meine Freunde, kann und darf ein Staat nicht tatenlos zusehen. Erst recht nicht dürfen – so nennen wir es – ungeschickte Gesetze, die einen solchen Prozeß ermutigen, weiterhin Gültigkeit behalten.

Ich meine das Umwandlungsgesetz und seine dem Geist des Gesetzes widersprechende Ausnutzung wie sie in der Vergangenheit geschehen ist. Ich weiß mich hier einig mit vielen Freunden unserer mittelständischen

Wirtschaft, und ich bin Herrn Wirtschaftsminister Erhard dankbar, daß er in begründeter Art und Weise auf diese gesellschaftspolitischen Zusammenhänge zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik hingewiesen hat. Ich werde das Gefühl nicht los, daß in der praktischen Anwendung dieser Erkenntnis mehr als notwendig vor Sonderinteressen kapituliert wird. Ich möchte hierzu feststellen, was auch der christlich soziale Arbeitnehmerkongreß in Köln bekundet hat: „Das machtvorteilende Prinzip ist und bleibt wesentlicher Bestandteil einer gesellschaftspolitisch orientierten Wettbewerbswirtschaft, wenn sie zu recht den Namen soziale Marktwirtschaft tragen will.“ (Beifall.)

Und schließlich, meine Freunde – ich kann es nicht anders nennen – möchte ich Herrn Prof. Erhard beglückwünschen zu dem Absatz seines ausgezeichneten Referates „Der Mensch im Mittelpunkt“.

Wenn Prof. Erhard sagt: „Obwohl Gesellschaftspolitik und Wirtschaftspolitik nicht so sehr als ein Nacheinander sondern als ein Miteinander zu verstehen sind, wird gleichwohl eine gewisse Akzentverlagerung dergestalt Platz greifen, daß die Gesellschaftspolitik einen umfassenderen Rahmen setzt, der nicht nur die Arbeit der Ressorts von Bund, Länder und Gemeinden anspricht, sondern auch alle privaten Kräfte, Verbände, Organisationen und Unternehmungen zur Betätigung aufruft.“ Das ist genau das, Herr Prof. Erhard, was wir auf unserem Kölner Kongreß ausgesprochen und gewünscht haben. Und ich füge heute hier hinzu, ich wäre glücklich, wenn die Gewerkschaften gerade diesen Anruf von Ihnen verstehen, aufgreifen und mit uns verwirklichen würden. (Beifall.)

Darf ich, meine Freunde, noch ein Wort sagen zur Frage der Eigentumsbildung, um die ich mich, wie Sie wissen, besonders bemühe, insbesondere zur Frage der Eigentumsbildung der Arbeitnehmerhand. Ich meine, gerade hier in Karlsruhe ist ein klares Wort notwendig, hier, wo 1951 unser unvergessener Freund, Karl Arnold, auf dem Parteitag die Initiative für ein Programm der breiten Eigentumsstreuung entwickelte. Manches, meine Freunde, ist sicherlich erreicht, aber die entscheidende Frage steht noch aus. Und ich stimme hier mit dem Vorsitzenden des Eigentumskreises der Fraktion, dessen Stellvertreter ich bin, vollkommen überein, wenn er in der Denkschrift hier zum Kongreß in Ziffer 8 sagt: „Ein Staat, der es zutreffend für richtig gehalten hat, die Mittel der Finanz- und der Prämienspolitik und anderer Unterstützungen dem Aufbau der Wirtschaft und der Vollbeschäftigung mit Erfolg zuzuwenden, darf nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Er muß mit den gleichen Mitteln nunmehr Gesellschaftspolitik im besten Sinne des Wortes treiben. Und das bedeutet in diesem Falle, den Zuwachs an nationalem Vermögen der kommenden Jahrzehnte in die Personenhand zu leiten und diese Entwicklung zu fördern.“

Dieses auf vielen Parteitagen gegebene Versprechen, meine Freunde, haben wir einzulösen, wenn die Glaubwürdigkeit der Union nicht Schaden leiden soll.

Und nun meine Freunde, eine kurze Bemerkung zur Frage der Krankenversicherung, die heute morgen angesprochen worden ist. Ich habe mit

großem Interesse in dem Referat von Ministerpräsident Dr. Meyers gelesen, wir sollten – von allen gesellschafts- und sozialpolitischen Gesichtspunkten abgesehen – als christliche Demokraten das Streben der Menschen nach Sicherheit genau so ernst nehmen wie das nach Freiheit. Beide gehören gerade auch in christlicher Sicht zusammen. Soziale Sicherheit, so meinte Ministerpräsident Dr. Meyers, ist vielfach die Vorstufe echten, persönlichen Freiheitsgefühls, umgekehrt kann das Freiheitsgefühl dort Schaden nehmen, wo die soziale Sicherheit fragwürdig geworden ist. Eine bemerkenswerte Ausführung gerade aus dem Munde des Ministerpräsidenten des größten und volkreichsten Landes der Bundesrepublik!

Und der nördliche Kollege dieses Ministerpräsidenten, Herr von Hassel, schrieb einer dpa-Meldung vom 4. Februar zufolge, niemals werde die CDU gegen das Votum der Ärzte einem Gesetz zur Krankenversicherung zustimmen. Nun, meine Freunde, ich halte das für einen recht ordentlichen Gesichtspunkt, daß man bei der Verabschiedung von Gesetzen auf die hört, auf die die Gesetze Anwendung finden. Deshalb möchte ich hier die bescheidene Bitte aussprechen, daß man auch hört auf die Stimme der Versicherten, die von diesem Gesetz betroffen werden. (Beifall.)

Lassen Sie mich ein letztes Wort aussprechen. Gestern wurde lebhaft, ja leidenschaftlich gesagt, wir dürften nicht tatenlos zusehen, wie die SPD Rathaus auf Rathaus erobere. Wir können das alle aus eigener bitterer Erfahrung nur unterstreichen. Lassen Sie mich aber, meine Freunde, heute hinzufügen, was bisher auf diesem Parteitag noch nicht angesprochen wurde. Es besteht eine genau so große Gefahr, daß die SPD Betrieb auf Betrieb erobert. Ich möchte deshalb von diesem Parteitag her die nachdrückliche Bitte aussprechen, daß die gesamte Partei die christlich soziale Arbeitnehmerschaft in ihren harten Auseinandersetzungen im Betrieb besser unterstützt, als das bisher der Fall gewesen ist. (Lebhafter Beifall.)

Die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus auf dem Parkett der Politik in den Parlamenten ist etwas vornehmer geworden. Aber unten, an der Werkbank – unsere Freunde in den Betrieben, die wissen ein Lied davon zu singen, was dort passiert, wo die Sozialdemokraten die Macht in den Händen haben, und wie sie die Macht anwenden. (Lebhafter Beifall.) Dagegen brauchen nun einmal unsere Freunde in den Betrieben die solidarische Hilfe und Unterstützung der gesamten Union der Christlichen Demokraten. Darum bitte ich Sie herzlich und nachdrücklich. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Gurk

erteilt das Wort Herrn

Bundestagsabgeordneten Simpfendörfer (Nord-Württemberg):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin glücklich, daß dieser Parteitag unter der Thematik um den Menschen in der heutigen Zeit steht. Es ist eine eigentümliche Erscheinung, daß bei steigendem Lebensstandard, selbst bei hohem Bildungsgrad, bei dem spezialisierten Menschen im Zeitalter der Technik und des Absurden oft die

Zusammenhänge verloren gehen, so daß das Wesentliche gegenüber dem Unwesentlichen hervortritt, daß die Oberfläche des Alltags das Elementare überdeckt und verschüttet. Es ist ein großes Verdienst von Herrn Ministerpräsident Dr. Meyers, daß er in seiner gestrigen Rede auf die Dinge so eindringlich hingewiesen hat.

Die Masse der Konsumgüter ist fast unbegrenzt vermehrbar. Der Boden, die Luft und das Wasser, diese elementaren Dinge sind nicht vermehrbar. Und wie wird mit diesen Schätzen umgegangen? In geradezu beängstigender Weise ist die Gefahr der Wasserverseuchung durch die steigende Verwendung von Öl gewachsen. Die Verseuchung des Grundwassers ist eine akute Gefahr von beängstigendem Ausmaß, die viel zu leicht genommen wird. Die Aufgabe der Bundes- wie der Landesgesetzgebung muß es sein, diesem Problem ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken, ehe wir an der Ölpest sterben. Der Weltenschöpfer hat diese Schätze nicht umsonst so tief in die Erde gelegt. Der Biß in den Apfel kostete uns das Paradies, der Griff nach dem Öl könnte bei unvernünftiger und unvorsichtiger Handhabung uns die Wüste bringen.

Ein zweites Wort über eine weitere Verseuchung auf einem anderen Gebiete darf ich noch kurz ansprechen. Diese Problematik der Verseuchung und Vergiftung unserer Jugend liegt mir wirklich am Herzen. Es ist dies eine Gewissensfrage an die Partei, an die größte, an die verantwortlichste und die Partei, die das „christlich“ an der Spitze stehen hat. Dies darf nicht nur eine Deklamation, sondern muß eine Verpflichtung sein. Es geht hier um das höchste irdische Gut, um unsere Kinder, um unsere Jugend und um deren körperliche wie geistige Gesundheit. Wenn man den Millionenausstoß und die Ausfuhr gewisser Druckerzeugnisse ansieht und feststellt, dann erschrickt man zunächst über die rücksichtslose Geschäftigkeit gewisser Kreise, aber auch über die ungeheure Gefahr, die durch diese laufende Vergiftung unserer Jugend droht. Die Eltern und Erziehungsberechtigten verlangen und fordern Abhilfe. Hier gilt es zu fordern und nicht nur bei den alltäglichen, oberflächlichen Dingen. Wir sind berufen, zu fordern und zu verlangen, selbst wenn Berufene und Unberufene dagegen Zeter und Mordio schreien. Wohl bietet die Bundesgesetzgebung die Gewähr und die Möglichkeit des Eingreifens, wo aber bleibt die Mitwirkung der Bevölkerung, der Eltern und wo auch die der Länderinstanzen an diesem Problem? Ich verweise noch auf ein Wort Alexis von Tocqueville. Er sagt zu dieser Problematik im Hinblick auf Frankreich, auf den Zustand Frankreichs in der damaligen Zeit: „Die blühendste Epoche der alten Monarchie war unter Ludwig dem XIV., die die Revolution beschleunigte. Frankreich war längst zugrunde gerichtet, lange bevor es aufgehört hatte zu siegen.“ Helfen wir mit, daß unsere Jugend gesund bleibt und nicht vergiftet und zugrunde gerichtet wird. Das ist eine Aufgabe, die uns gestellt ist. (Beifall.)

Präsident Dr. Gurk

erteilt das Wort Herrn Dr. Fritz (Landesverband für Rheinland-Pfalz), nach ihm Frau Dr. Teusch (Landesverband Rheinland).

Dr. Fritz (Rheinland-Pfalz):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Parteitag mit seinen Referaten zeigt deutlich, wie notwendig es im Augenblick ist, daß wir uns auf unsere wirtschaftspolitischen und gesellschaftspolitischen Grundsätze besinnen.

Es wurde heute manches gesagt, was wir uns selbstkritisch in das Stammbuch schreiben sollten. Ich war deshalb erfreut, daß vorhin mein Kollege Katzer schon einiges zu den Grundbegriffen unserer Politik sagte, was manches klarstellt, das zuvor vielleicht als Mißverständnis hätte gedeutet werden können. Ich kann jetzt mit meinem Kollegen Katzer durchaus übereinstimmen, daß die soziale Marktwirtschaft weder eine liberale noch eine sozialistische Form der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung darstellt. Eine liberale, prästabilisierte Harmonie ist dem Wesen nach genau so unchristlich wie das sozialistische Lebensbild, weil beide einen vollkommenen Menschen als Voraussetzung ihres Ordnungsbildes setzen. Unser Mensch, der im Mittelpunkt unserer christlichen Politik steht, ist ein freiheitlicher Mensch. Er ist aber auch ein unvollkommener Mensch. Er ist ein Mensch, der Gott verantwortlich ist. Unsere soziale Marktwirtschaft, die einer zügellosen Konkurrenzwirtschaft Grenzen setzt, soziale Grenzen, und nicht nur, wie es schon hieß, lediglich „soziale Verzerrungen“ anbringt, betrachtet den Staat auch nicht als Nachtwächter. Der Staat, d. h. Regierung und Parlament, haben in dieser Wirtschaftsordnung ordnende Funktionen.

Unsere realen Ziele, meine Damen und Herren, können deshalb in der sozialen Marktwirtschaft in drei Punkten kurz ausgedrückt werden:

1. Schaffung und Erhaltung einer Prosperität, (damit verbunden die Erhaltung der Währung und der Vollbeschäftigung).
2. Schaffung und Erhaltung eines notwendigen sozialen Netzes kollektiver Sicherheit. (Dies wäre etwa der Inhalt unserer Sozialpolitik).
3. Schaffung und Erhaltung von individuellem Eigentum in der vollen Verantwortung des einzelnen Menschen.

Alle diese Ziele, darüber sollten wir uns ausdrücklich im klaren sein, können nur in gegenseitiger Abhängigkeit verwirklicht werden. Alle diese Zielsetzungen sind dem Ordnungsgedanken der Sozialen Marktwirtschaft untergeordnet. Sie haben keine Eigengesetzlichkeit. Wenn wir diesen Grundsatz der Unterordnung der Teilbereiche der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik verlassen, dann meine lieben Parteifreunde, wird uns auch der Erfolg verlassen, der uns bisher getragen hat.

Wenn heute alle Parteien mehr oder weniger marktwirtschaftliche Lippenbekenntnisse abgeben, wenn die Sozialdemokratie im Godesberger Programm durch eine Art Taschenspielertrick mit scheinmarktwirtschaftlichen Gedanken uns gewissermaßen die Schau vor der nächsten Bundestagswahl stehlen möchte, dann sollten wir als die verantwortlichen politischen Träger dieser Marktwirtschaft im jetzigen Augenblick besonders auf der Hut sein. Wir sollten vor allem in der jetzigen Situation das brandmarken, was uns Schaden zufügen kann, nämlich einsichtsloses

und maßloses, allein interessengerichtetes Fordern. Unser Volk sollte durch Schaden klug geworden sein. Maßlosigkeit hat uns, vor allem die sozial Schwachen, schon immer ins Elend geführt.

Vergleichen wir uns einmal mit einer großen Familie. Wollte ein Hausvater ohne Rücksicht auf die Finanz- und Wirtschaftskraft seiner Familie jedem Kind das gewähren, was es vielleicht ohne ausreichenden Sinn für das Ganze fordert, so wäre dies sicherlich nicht gut. Die Fürsorgepflicht des Hausvaters besteht auch darin, Nein sagen zu können. Wenn aber alle Kinder in dieser Familie viele Wünsche haben, dann kann es geschehen, daß vielleicht ein Fremder oder ein „wohlmeinender“ Freund kommt, und den Kindern sagt: „Fordert doch mehr! Ihr seid nicht genügend berücksichtigt. Die Verteilung ist einseitig erfolgt. Der Alte hat Geld, er kann noch etwas geben. Warum braucht er beispielsweise in seinem Hausgang mehrere Knüppel zur Verteidigung? Die sind doch nicht notwendig. Einen kann er doch verkaufen und dafür vielleicht Bücher anschaffen und sie euch geben.“ So lauten die Gründe für Forderungen. Das sieht, wenn man das Familienbeispiel auf die gesamte Volkswirtschaft überträgt, etwa so aus, wie in Versammlungen oder Gesprächen oft zu hören ist: „Wir fordern (und dabei möchte ich die einzelnen Forderungen gar nicht als despektierlich behandelt wissen) weniger Arbeit, mehr Geld, niedrigere Preise, gesicherte Arbeitsplätze, größere und vollkommene soziale Versorgung, breite und weite Eigentumsbildung, größeres Maß an Freiheit, garantierte Aufstiegsmöglichkeiten und weniger Steuern.“ Dieser Katalog der Wünsche und Forderungen kann natürlich je nach Berufsstand variiert werden. Er kann auch lauten: „Geringere Löhne, mehr Arbeit, hohe Preise, keine Konkurrenz usw.“

So werden dann diese Kinder, um zu dem Beispiel der Familie zurückzukehren, doch allmählich unruhig bzw. von Außenstehenden, die Interesse daran besitzen, unruhig gemacht. Dann hat der Herr Papa oder der für das Gemeinwohl Verantwortliche alle zu beruhigen. Wenn er aber da und dort nachgibt, dann sollte er sich darüber klar sein, um wieder beim Beispiel der Familie zu bleiben, daß dann zu leicht seine Autorität leidet, daß dann das Vertrauen schwindet, das alle, die von ihm abhängig sind, in ihn setzen; ebenso wie Kinder ein Vertrauen in den Vater setzen – auch dann, wenn er ihnen etwas verweigert, oft unbewußt, weil eben der Vater die Gesamtverantwortung zu tragen hat, und weil man dieses Tragen der Gesamtverantwortung von ihm erwartet.

Das deutsche Volk, meine lieben Parteifreunde, sollte im Augenblick einen guten Sinn dafür bewahren, was ihm insgesamt nützt. Es sollte, durch Schaden klug, wissen, daß es immer schon in der Geschichte Scharlatane, Demagogen und „Radikalinskis“ links und rechts gegeben hat, und daß durch das Blendenlassen von deren Maßlosigkeit immer bei uns Not und Elend entstanden sind.

Wenn wir als Parlament und als Regierung in der Hausvaterpflicht zu weich sind, dann werden auch unsere Ziele als CDU verfälscht und der Erfolg wird gefährdet. Zu leicht geraten wir in die Gefahr, aus einer „Sozialen Marktwirtschaft“ eine Art verwirrenden „Sozialen Staatsinter-

ventionismus“ zu machen, (Sehr richtig!) einen Staatsinterventionismus, in dem, um auf das Verteilungsprinzip einzugehen, keiner weiß, in welcher Tasche er seine Hand hat und welche Hand sich in seiner eigenen Tasche befindet. (Beifall.)

Aus diesen Gründen hat der Wirtschaftspolitische Ausschuß der CDU mich gebeten, einen gemeinsam verfaßten Beitrag für die Schlußresolution vorzutragen, der einen Teil der aufgeworfenen Fragen zum Inhalt hat.

Wenn Sie gestatten, Herr Präsident, lese ich diesen Beitrag kurz vor:

„Das deutsche Volk ist reif genug für die Einsicht, daß wir nicht laufend mehr verbrauchen oder investieren können, als wir erarbeitet haben. Von der Substanz zu leben, ist im privaten Bereich gefährlich, im Leben der Völker selbstmörderisch.

Die Bundesregierung hat sich nicht auf den Weg drängen lassen, diesen Erkenntnissen mit finanzpolitischen Tricks auszuweichen. Die CDU fordert die Bundesregierung auf, in dieser konsequenten Haltung fest zu bleiben.

Die staatliche Investition, der Verbrauch des Staates – dazu gehören auch die Sozialleistungen, weiterhin die privaten Investitionen, der Verbrauch aus privaten Einkommen und Leistungen an das Ausland, insbesondere an die Entwicklungsvölker – kurzum: Alle unsere Bedürfnisse werden aus ein und derselben Quelle, nämlich unserer nationalen Produktionskraft gespeist. Die nationale Produktion ändert sich aber nicht kurzfristig. Nur entsprechend ihrer Zunahme können neue Ansprüche ohne Preiserhöhungen begründet werden.

Wer darüber hinaus einen Anspruch vermehrt, muß sich darüber im klaren sein, daß ohne inflationären Effekt seine Befriedigung mit Gütern nur möglich ist, wenn ein anderer Anspruch dementsprechend zurückgedrängt wird.

Die staatliche Finanzpolitik muß diese Zusammenhänge deutlich machen. Die Gesetzgebung muß den Mut zu einer politischen Entscheidung haben, welchen Bedürfnissen sie Vorrang geben will und welche sie dementsprechend für weniger dringend hält und danach handeln.

Jeder Gruppe bevorzugt mehr geben zu wollen, als das Sozialprodukt herzugeben vermag, bedeutet, alle zu betrügen.“

(Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Neinhaus:

Das Wort hat Frau Dr. Teusch, Landesverband Rheinland, nach ihr Herr Ministerpräsident Dr. Röder, CDU-Saar, zunächst aber Frau Dr. Teusch. Auf Herrn Dr. Röder folgt Herr Dr. Burgbacher, Landesverband Rheinland.

Frau Dr. Teusch (Rheinland):

Herr Präsident! Sehr verehrte Herren und Damen! Wenn wir die Referate des Herrn Dr. Meyers und des Herrn Dr. Krone am gestrigen Tage auf

uns haben wirken lassen, dann können wir eigentlich die Sätze, die sie in ernster Sorge gesprochen haben, nicht vergessen: Den Hinweis aus Dr. Meyers Referat, seine Sorge um den pflegerischen Nachwuchs in unseren Kranken- und Pflegeanstalten, der nach seiner und gewiß auch unserer Meinung in erster Linie behoben werden sollte mit dem Wiedergewinnen einer echten Nächstenliebe und einer sittlichen Verantwortung, und den Satz aus dem Referat von Herrn Dr. Krone, der da gesagt hat, das Sichkümmernwollen um einen Menschen und nicht gleichzeitig in der eigenen Familie wurzeln, birgt letzten Endes auch die Besorgnis, den Menschen selber nicht helfen und dienen zu können.

Was besagen diese beiden Aussprüche? Zeigen sie nicht eine ganz große Geisteshaltung auf, die leider auch in der heutigen Zeit der industrialisierten Welt und der demokratischen Gesellschaft uns auf Schritt und Tritt begegnet? Leiden wir nicht – wie Herr Bundeswirtschaftminister Erhard heute morgen ausgeführt hat – geradezu an einer Kontaktarmut unter den Menschen? Haben wir bei dieser Kontaktarmut das Berufsethos all der dienenden und pflegerischen Berufe – und Sie werden es mir gewiß auch nachfühlen, wenn ich dazu auch rechne der lehrenden Berufe am kleinen und am heranwachsenden Kind – vergessen?

Warum ist das der Fall? Sind die tiefsten geistigen Wurzeln dieser Kontaktnahme, das Mensch-zu-Mensch sein, das urtümlich in der Zelle des Menschseins, der Familie, zu wurzeln hat, nicht in weiten Kreisen durch Technisierung, Rationalisierung, Industrialisierung durch die leichtere und reinlichere Arbeit verlorengegangen?

Ich weiß, daß man diese Kräfte und Kreise ansprechen könnte mit besseren Lebensbedingungen, mit erhöhten Besoldungen, mit besseren Wohnmöglichkeiten in unseren Heimen, besonders auch für das Pflegepersonal in den Heimen, aber ich meine, ein Parteitag der CDU in Deutschland in der heutigen Zeit hätte einen ganz besonderen Grund, den vielen zehntausenden Kräften, die freiwillig aus einem Berufsethos heraus dienen, helfen und pflegen, hier einen besonderen Dank auszusprechen. (Sehr-gut-Rufe. – Lebhafter Beifall.)

Ich sage das nicht allein hier als Frau für die Frauen des Parteitages, sondern ich möchte das eigentlich für das gesamte Volk sagen und nicht allein für das christliche Volk, denn die letzten und tiefsten Kräfte, die wir da notwendig haben, müssen wieder im ganzen Volk lebendig werden. Damit sie aber lebendig werden, genügt es nicht – wie Herr Meyers gesagt und wie es Herr Krone angedeutet hat – nur die äußeren Voraussetzungen zu schaffen. Es wurde hier schon mehrfach angesprochen: Wir stehen vor entscheidenden Kommunalwahlkämpfen. Wenn jetzt im Kommunalwahlkampf nicht in der untersten menschlichen Ebene das praktiziert wird, was Herr Lücke mit seinem Wohnungsbau für kinderreiche Familien, was Herr Erhard mit seiner Intensivierung der Wirtschaft, was Herr Würmeling mit seiner Familienpolitik gewollt und gefördert hat, dann ist alle Bundespolitik und alle Landespolitik vergebens gewesen. (Sehr-richtig-Rufe. – Lebhafter Beifall.)

Deshalb möchte ich Sie doch bitten, einzelne schöpferische Beispiele – so möchte ich sie nennen, und der Ausdruck ist gewiß nicht zu hoch

gegriffen – schöpferische Beispiele dieser Familienpolitik gerade unseren weiblichen Kommunalpolitikern doch als Vorbild zu geben. Wir können ja nicht alle hier zum Rednerpult treten, besonders wo wir verhältnismäßig wenige weibliche Delegierte sind, aber ich möchte gerade unserer rheinischen und kölnischen Kommunalpolitikerin, die darin führend ist, der Ratsherrin Frau Sybille Hartmann, hier einmal öffentlich ein großes Lob für diese wegweisende familiengerechte Kommunalpolitik gegeben haben. (Lebhafter Beifall.)

Und so könnte ich es mir in vielen, vielen Gemeinden und Städten innerhalb der Bundesrepublik denken. Gehen wir in die letzten Zellen unserer sittlichen Verantwortung! Tragen wir wieder hinein das Berufsethos für unsere pflegerischen sozialen Berufe! Nichts gegen die Inspektorenlaufbahn, nichts gegen gute Besoldung der Lehrer und Fürsorger, beileibe nicht, meine verehrten Herren besonders aus dem Beamtenstand, aber in diese Berufe zuerst – so haben es die Jahrzehnte und Jahrhunderte vor uns gerade hier in Deutschland geschaffen: Das **Berufsethos** zu der dienenden und pflegenden Arbeit am armen und armseligen, kleinen, hilfsbedürftigen und kranken Menschen. (Sehr-gut-Rufe. – Lebhafter Beifall.)

Wenn ich das sage mit dem Dank für das Geleistete, dann darf ich wohl als die erste Frau, die hier in der Aussprache vom Herrn Präsidenten das Wort erhalten hat, auch eine kleine Bitte damit verbinden:

Verehrte Anwesende! Vor 41 Jahren in der Nationalversammlung in Weimar haben wir wenigen Frauen damals, ich war die jüngste, mit viel Sorge in Art. 109 der Verfassung von Weimar das Wort „Grundsätzlich haben die Frauen die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“ verankert. Ich durfte diese Formulierung damals bei meiner Jungfernsrede vertreten. Gerade aus der mütterlichen Sorge der Frau nicht nur für die Familie, nicht nur in der ihr gemäßen Berufsarbeit, sondern in der Volksfamilie für die Öffentlichkeit durfte ich das begründen. (Sehr gut!)

Heutzutage, wo wir die Frau gerade in der Christlich Demokratischen Union nicht nur als Wählerin, sondern als mittragende Gestalterin in der Kommunalpolitik – ich deutete das schon an –, in der Landes- und Bundespolitik im letzten Jahrzehnt und in den letzten 15 Jahren, also in Bund und Ländern, kennengelernt haben, ist es unsere ganz große Bitte an die Partei, an die Parteileitung, daß das, was wir gestern im Statut grundsätzlich beschlossen haben, „der Jungen Union und den Frauen den gebührenden Anteil in den einzelnen Organen der Partei zu verschaffen“, nicht nur eine platonische Erklärung bleibt – Liebeserklärung will ich nicht sagen. (Lebhafter Beifall.) Denn mit diesem „gedruckten Wort“ möchte ich nicht ohne weiteres eine Liebeserklärung verbinden. Manchen Herren geht das doch etwas sauer herunter. (Heiterkeit.)

Ich darf auch bitten, bei der Aufstellung der Kommunalpolitikerinnen diese Sorge nicht zu vergessen. Ferner bitte ich, in Ihre Familien wieder den Sinn und die Geisteshaltung hineinzutragen, daß die Töchter mehr für den Nachwuchs, ob freiwillig oder besoldet oder ehrenamtlich – das verbietet die kurze Redezeit hier im einzelnen zu erklären – für diese Berufe herangeholt werden wollen.

Wir begrüßen es deshalb, daß sowohl Herr v. Hassel als auch Herr Dr. Krone uns in Aussicht gestellt haben – ich hörte, es ist ein Antrag an den Parteitag –, daß um dieser geistigen Grundhaltung unserer Partei willen, nicht allein wegen der Fragen um Schule, Erziehung und Bildung, im Herbst ein Kulturkongreß der Christlich Demokratischen Union in Deutschland vorbereitet wird. (Lebhafter Beifall.)

Wir hoffen, auf einem solchen Kulturkongreß nicht nur die Koryphäen aus Forschung und Wissenschaft – und darüber wird dann schon genug zu reden sein –, sondern auch die Stillen im Lande zu sehen, (Sehr gut! – Zustimmung) die treu und fürsorglich Kind und Familie, Schule und Erziehung gefördert und gerettet haben in diesen Zeiten des Durchbruchs der letzten anderthalb Jahrzehnte.

In dem Sinne wünschen wir auch hier in unserem Gastlande Baden-Württemberg unseren Freunden einen reichen und schönen Erfolg für die Landtagswahlen im nächsten Monat. (Bravo-Rufe! – Starker Beifall.)

Präsidentin Frau Roesch:

Ich danke Frau Minister Teusch ganz besonders für ihren wertvollen Beitrag, der so sehr die Belange der Frau und besonders die Aufgaben der Frauen innerhalb der CDU herausgestellt hat. Ich danke Ihnen allen dafür, daß Sie diesen wertvollen Beitrag mit einem so lebendigen Beifall begleitet haben.

Das Wort hat nunmehr Herr

Ministerpräsident Röder (Saarland):

(Mit lebhaftem Beifall begrüßt)

Frau Präsidentin! Meine lieben Parteifreunde! Ich bin meiner Vorednerin, Frau Dr. Teusch, sehr dankbar für die Gedanken, die sie über die Aufgaben der Familienpolitik der Christlich Demokratischen Union vorgetragen hat.

Der Herr Bundeskanzler hat gestern seinerseits sehr ernste Ausführungen über die Gefährdung der Familie gemacht. Er hat dabei beunruhigende Zahlen über den Geburtenrückgang genannt und zum Ausdruck gebracht, daß die Bundesrepublik im Augenblick zu den vier geburtenärmsten Ländern der Welt gehöre. Er hat dann wörtlich gesagt:

„Das sind sehr ernste Ziffern für jeden, der es gut mit dem deutschen Volke meint, und wir werden – ich befinde mich da in vollkommener Übereinstimmung mit Herrn Dr. Krone und unserer Bundestagsfraktion – möglichst bald etwas beim Kindergeld tun müssen.“

Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, unser Parteifreund Dr. Krone, hat ausgeführt:

„Wir werden uns bei unseren Beschlüssen von der Verpflichtung leiten lassen, daß christlich demokratische Familienpolitik das Ziel haben muß, die Familie mit Kindern in die volle Funktion einzusetzen, die ihr in Gesellschaft und Staat für diese zukommt. An der Familienpolitik kann man erkennen, ob eine Politik sozialistisch oder liberal oder, ob sie christlich begründet ist. An der Familienpolitik soll man erkennen, daß christliche Demokraten die Verantwortung tragen.“

Die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers sowohl als auch die Ausführungen unseres Parteifreundes Dr. Krone haben starken Beifall des Bundesparteitages gefunden. Ich bin überzeugt, daß sie auch bei der gesamten Bevölkerung unseres Landes einen starken Widerhall finden werden.

Der Landesverband der Christlich Demokratischen Union an der Saar hat auf seinem letzten Delegiertentag einstimmig beschlossen, dem Bundesparteitag einen Beschlußantrag vorzulegen, der Ihnen bereits in der Drucksache vorliegt, und er hat mich gebeten, diesen Antrag hier vor Ihnen zu begründen. Ich darf dabei auf einen Ausdruck hinweisen, der zu Mißverständnissen Anlaß geben kann und den ich vorab erläutern möchte. Es handelt sich dabei um die Bezeichnung des familiengerechten Lohnes. Auch wir im Landesverband Saar sind der Auffassung, daß die Leistung gewertet werden muß, daß aber der verheiratete Arbeitnehmer mit Kindern darüber hinaus seinen Lohn durch Familienzulagen ergänzt haben sollte.

Die Resolution unseres Parteitages lautet wie folgt:

„Der Landesverband Saar der Christlich Demokratischen Union lenkt die Aufmerksamkeit des Bundesparteitages auf die dringend notwendige Verbesserung des bestehenden Familienlastenausgleiches hin. Nach der christlichen Gesellschaftslehre hat der verheiratete Arbeitnehmer mit Kindern einen Anspruch auf einen familiengerechten Lohn. Der Staat hat die Aufgabe, im Rahmen von Gesetzen, dieses Recht zu garantieren. Das ist um so mehr der Fall, wenn die Regierungspartei die christliche Gesellschaftslehre als das wesentliche Element ihrer Sozialordnung anerkennt. Wir bitten die Delegierten des Bundesparteitages, der Bundesregierung zu empfehlen, alles zu tun, damit möglichst bald eine Verbesserung des Familienlastenausgleiches erfolgt.“

Die Christlich Demokratische Union Saar legt besonderen Wert darauf, daß dieses Problem einer baldigen Regelung entgegengeführt wird, weil im Saarland bereits seit Jahren ein Familienlastenausgleich bestand, der von der gesamten Bevölkerung als vorbildlich empfunden wurde.“

(Lebhafter Beifall.)

Ich darf Sie darum, meine lieben Parteifreunde bitten, unserem Antrag zuzustimmen.

Präsidentin Frau Roesch:

Die soeben von Herrn Ministerpräsident Dr. Röder begründete Entschliebung wird alsbald der Redaktionskommission zugeleitet.

Das Wort hat nun Herr Professor Burgbacher, nach ihm folgt Herr Abgeordneter Schmäcker vom Landesverband Oldenburg und Herr Abgeordneter Elbrächter vom Landesverband Niedersachsen.

Professor Burgbacher (Rheinland):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Namens von Mitgliedern und Freunden des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik möchte ich

einen weiteren Beitrag zu der Gesamtschließung, die das Redaktionskomitee bearbeitet hat, vorschlagen, ich bitte Sie freundlichst, ihn in diesem Sinne anzunehmen. Er lautet:

„Die CDU erkennt dankbar die erfolgreichen Bemühungen der Bundesregierung an, die D-Mark zu einer Währung höchsten internationalen Ansehens zu machen.

Die CDU fordert die Bundesregierung auf, ihre Anstrengungen auf diesem Gebiet fortzusetzen und darüber hinaus bei allen wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischen Maßnahmen darauf zu achten, daß ihre Durchführung die Kaufkraft der D-Mark nicht gefährdet. Dieselbe Mahnung gilt für die Wirtschaft, insbesondere die Sozialpartner, deren Tarifautonomie zur staatspolitischen Verantwortung verpflichtet. Es gibt keinen Erfolg auf einem Teilgebiet des politischen oder des sozialen Wollens, der um den Preis einer Geldwertverschlechterung erkaufte werden dürfte. Inflation würde Vernichtung von Eigentum wirtschaftlich Schwacher und darüber hinaus die Zerrüttung des Staates bedeuten.

Die CDU betreibt die Bildung von Eigentum in breiter Streuung. Dieser Politik würde ihre Berechtigung entzogen, wenn bestehendes Eigentum durch währungsgefährdende Maßnahmen oder Unterlassungen angetastet würde.“

Soweit der Wortlaut! Nun gestatten Sie mir einige wenige Worte der Begründung und Ergänzung.

Zunächst zur Währungsfrage! Wir sind der Auffassung, daß es die Aufgabe unserer Politik ist, die Voraussetzungen zu schaffen für eine stets stabile Währung. Diese Voraussetzungen bieten sich an. Ich kann im Rahmen eines Diskussionsbeitrages nur wenige Möglichkeiten andeuten, so zum Beispiel die wertgleiche Verwendung von Exportüberschüssen zu langfristigen Krediten etwa an entwicklungsfähige Länder. Oder bei allzu stark steigender Nachfrage und zurückbleibendem Angebot die weitere Liberalisierung von Importen dieser Warenklasse oder bei zu starker Überspannung der Vollbeschäftigung die besondere Förderung arbeitssparender Investitionsanlagen und auch die kluge Handhabung der Aufträge der öffentlichen Hand zur Ausschließung vermeidbarer konjunktureller Überhitzungen.

Damit es keinen Irrtum gibt: Wir sehen die Vollbeschäftigung als einen erfreulichen Zustand auf Grund des Erfolges unserer Wirtschaftspolitik an. Wir müssen uns aber etwas einfallen lassen, um etwaige Überhitzungen rechtzeitig durch Maßnahmen freiheitlicher politischer Gesetze auszugleichen. Trotz allem genügt nicht die Verantwortlichkeit des Parlaments und der Regierung, sondern es muß auch die Disziplin aller Bürger aufgerufen werden. Freiheit ohne Disziplin gibt es überhaupt nicht. Ich darf sinngemäß an das Wort meines Mainzer Landmannes, des Bischofs Ketteler, erinnern, der einmal im Jahre 1886 geschrieben hat, die Religion bedürfe der Freiheit, aber die Freiheit bedürfe noch viel mehr der Religion. Das bedeutet in übertragenem Sinne, die Freiheit bedarf der Disziplinierung der Gewissen. Das gilt auch für alle, die in der Wirt-

schaft tätig sind, wenn – was wir alle wünschen – die konjunkturregelnde Politik der CDU und der Bundesregierung einen vollen Erfolg haben soll.

Nun wenige Bemerkungen zu der Eigentumsfrage. Wir sind sehr glücklich, von unserem Freund Professor Ludwig Erhard heute in formvollendeter Weise ein Referat gehört zu haben, das die Synthese von Wirtschaftspolitik und Gesellschaftspolitik klar herausstellte. Für viele von uns waren das immer zwei Worte für dieselbe Sache. Zu dieser Gesellschaftspolitik gehört die Förderung der Eigentumbildung in Personenhand in breiter Streuung. Ich darf Sie erinnern, was auf diesem Gebiet bereits geschehen ist. Ich erwähne: Die Steuerreform, vor allem die unseres Freundes Etzel, hat den Weg frei gemacht zu der Sparentwicklung, die wir nun erlebt haben. Das Bauspar-Prämiengesetz, die Kleine Aktienrechtsreform, die Privatisierung der Preußag, die bevorstehende Privatisierung des Volkswagenwerks, die Förderung von Vermögenswertanlagen aus dem Lastenausgleichsgesetz und schließlich auch die in der Debatte und vom Kabinett grundsätzlich gut geheißenen Ergebnis-Lohnbeteiligung.

Über die Grundsätze unserer Eigentumspolitik will ich hier nicht sprechen; Sie können sie in der Festschrift nachlesen. Diese Eigentumspolitik ist keine Frage für die Wahltaktik des Jahres 1961; denn die Eigentumspolitik ist eine politische Aufgabe und Arbeit von mindestens zehn Jahren. Sie ist aber real. Wer 500 DM 15 Jahre lang spart, hat danach bei 5 Prozent Zinsen 11 000,- DM, und wer es 30 Jahre lang tun kann, hat 35 000,- DM. Daß der Aufruf und die Möglichkeiten von unserem Volke richtig verstanden werden, beweist die Entwicklung. Vom Netto-Einkommen des deutschen Volkes waren im Jahre 1949 3 v. H. in die Vermögensbildung gegangen mit rund 2 Md. DM. Im Jahre 1959 waren es 8,5 v. H. mit 17 Md. DM. Wir sind also in einem Prozeß des organischen Wachstums begriffen, und wir betreiben das nicht als eine – wie uns schon gelegentlich ironisch vorgehalten wurde – utopische Wunschträumerie, sondern das ist eine absolute Realität wie die bisherige Entwicklung beweist. Und die Bildung des Personeneigentums liegt nicht nur im Interesse der Personen, wenn auch in erster Linie, sondern auch im Interesse der gesamten Volkswirtschaft, weil nur so der Kapitalmarkt funktionsfähig gemacht werden kann und weil nur bei einem intakten Kapitalmarkt die Finanzierung über den Preis auf ein Minimum automatisch zurückgehen kann. Somit ist diese Politik auch in Wahrheit ein Beitrag zur Preis- und Währungsstabilität.

Wir sollten die Eigentumspolitik gerade in diesen Zeiten, in denen wir im Osten die Enteignung der Bauern und der Handwerker in vollem Gang sehen, betonen, verfolgen, fördern und empfehlen. Wir wollen dem sogenannten volkseigenen, anonymen das personeneigene, individuelle Eigentum bewußt gegenüberstellen als einen Beitrag zur freiheitlichen Demokratie, ja, zum freiheitlichen Leben überhaupt. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Ich möchte hier auch sagen: spekuliere niemand innerhalb und außerhalb der Partei darauf, daß er bei der Frage der Eigentumspolitik die verschiedenen Gruppen unseres Volkes oder

unserer Partei, wie etwa Wirtschaft, Mittelstand und Sozialausschüsse, gegeneinander ausspielen könnte. Wir arbeiten im Unterausschuß „Eigentum“ der Fraktion mit den Vertretern aller Berufsgruppen und – wenn ich so sagen darf – auch mit den Vertretern der Opposition in dieser Frage. Und ich versichere Ihnen, wir raufen uns dort, und es ist, glaube ich, ganz bewußt so, daß der eine Vorsitzende aus der Wirtschaft und der andere aus den Sozialausschüssen kommt, damit jeder innerhalb und außerhalb der Partei weiß, daß die Eigentumpolitik der CDU und der Bundesregierung nicht die Frage eines Standes, sondern die politische Frage eines ganzen Volkes ist, das in Freiheit leben will. (Beifall.)

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung. Bei Unterhaltungen über diese Frage, die wir natürlich sehr reichlich führen, beginnt der Gesprächspartner, gleich welcher Art und Güte, immer damit, daß er ganz grundsätzlich diese Politik bejaht. Und wenn es an das Konkrete geht, da gelten die Bedenken. Meine Damen und Herren! Eine Eigentumpolitik, die sich in weltanschaulichen Deklarationen erschöpft, wäre eine Irreführung der Öffentlichkeit. Wir wünschen eine Eigentumpolitik, die real durchgeführt wird, so wie wir einen Teil schon durchgeführt haben. Und ich versichere Ihnen, wir werden auf diesem Wege weiterschreiten und werden die Eigentumpolitik, die darin besteht, daß jedem, der guten Willens ist, eine echte Chance geboten wird, zu bescheidenem Vermögen zu kommen, fortsetzen. Wir werden unsere Mitbürger aufrufen, und wir werden die Förderungsmaßnahmen, die wir mit Erfolg in den rückliegenden Zeiten angewandt haben, auch für diesen Teil der Gesellschaftspolitik, der unserem Herzen genauso nahesteht wie die eigentliche Wirtschaftspolitik, einzusetzen wissen. Ich möchte nun vor allem diejenigen, die bei dem einen oder anderen Weg Bedenken haben, fragen, warum es auf dem Gebiet der Eigentumpolitik plötzlich Gesetze geben sollte, die völlig frei von Bedenken sind. Ich kenne kaum ein Gesetz, das völlig frei von Bedenken ist oder gewesen ist. Aber denen, die sehr nachdenklich sind, möchte ich doch sagen: man bedenke, daß nur das Eigentum vieler, das Eigentum aller auf die Dauer zu schützen in der Lage ist. (Beifall.) Es gehört zur Freiheit.

Erwarten Sie von uns keinen Perfektionismus, befürchten Sie keine Gleichmachereien. Wir haben die Etappen des Aufbaus der Wirtschaft, der Vollbeschäftigung und der Regelung der Altersversorgung durchlaufen. Wir sind jetzt auf der Etappe der Eigentumpolitik als einem Teil unserer Gesellschaftspolitik.

Bitte helfen Sie uns alle, daß Tatsachen geschaffen werden und damit die Glaubwürdigkeit unserer Politik für alle bewiesen wird. Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Präsidentin Frau Roesch:

Ehe ich das Wort weitergeben kann an den Herrn Abgeordneten Schmücker, möchte ich darauf hinweisen, daß wir der Vereinbarung von heute vormittag gemäß in Arbeitsgebiete getrennte Diskussionen führen. Wir sind immer noch bei der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Leute, die sich zur Sozialpolitik gemeldet haben, warten, und deshalb bitte ich sehr,

sehr herzlich, in den Diskussionsbeiträgen sich so kurz wie möglich zu fassen. Ich bitte Herrn

Bundestagsabgeordneten Schmücker:

Herr Präsident; meine Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte der Aufforderung der Frau Präsidentin gern folgen. Denn ein Diskussionsbeitrag kann ja nur kurz sein. Und ich will dann ohne Umschweife zu der Frage kommen, die ich wegen ihrer Bedeutung in diese Debatte werfen möchte.

Unter den Experten lautet diese Frage: Funktioniert die soziale Marktwirtschaft noch? Und es wäre reizvoll im Sinne dieser Formulierung zu sprechen, weil man dann der Sorge enthoben ist, alle Gruppen zu erwähnen und weil man dann den Eindruck vermeiden kann, daß nun eine Gruppe nach der anderen zu Wort kommt. Aber, meine Damen und Herren, dem Abgeordneten, der in ständiger Aussprache mit dem Wähler, und d. h. mit den Sorgen unserer Menschen steht, stellt sich die Frage komplizierter. Er muß fragen: Wie ist das Unbehagen zu erklären, daß sich in den letzten Monaten ausgebreitet hat, obwohl wir einen höheren Lebensstandard für unser Volk erreicht haben, als er je vorhanden war?

Die Versammlungserfahrung lehrt, daß dieses Unbehagen gewiß vielfältige Ursachen hat. Ich muß mich auf die wirtschaftlichen Überlegungen beschränken, betone aber ausdrücklich, daß sie nur einen Teil ausmachen, vielleicht nicht einmal den wichtigsten Teil. Und wir müssen alle diese Stimmungen von allen Seiten untersuchen und bei dieser Untersuchung darauf achten, wie die anderen Parteien – die Sozialdemokraten oder Freien Demokraten – darauf ausgehen, dieses Unbehagen bewußt zu schüren und zu einer Unzufriedenheit zu steigern. Es ist ja eine allbekannte Taktik der SPD stets mehr zu fordern als gegeben werden kann und Probleme, die ganz natürlicherweise nach der Überwindung von Sorgen neu entstehen, als Versagen anzuprangern. Dieser Spekulation müssen wir durch eine sachliche Argumentation entgegentreten. Ich meine, unser Volk ist viel klüger und aufgeschlossener als es offenbar diejenigen glauben, die mit halben Wahrheiten Parteigeschäfte machen wollen. (Beifall.)

Wo liegt das Problem? Wir haben die Vollbeschäftigung erreicht und viele haben geglaubt, mit dieser Vollbeschäftigung würden wir in ein sorgenfreies Leben treten können. Wir haben das nie gesagt, denn wir wissen, daß es uns Menschen verwehrt ist, das Paradies hier auf der Erde zu erleben. Wir sagen aber ganz bewußt, daß wir nach Überwindung der Not und Sorge die Vollbeschäftigung, die wir erreicht haben, zur Grundlage unserer Marktwirtschaft machen wollen.

Wir wissen, daß diese Vollbeschäftigung neue Sorgen bringt, und ich glaube sogar Sorgen, die in ihrer Überwindung viel mehr Schwierigkeiten bieten als etwa der Kampf gegen die Not, gegen Hunger und Kälte. Denn, meine Damen und Herren, Sie können an das Volk appellieren, daß es sich zusammenschließt, um eine Not zu überwinden. Aber wenn Sie diese Not überwunden haben und das Volk in der Vollbeschäftigung steht, dann nutzt es nichts, mit emotionalen Vorstellungen zu kommen, dann müssen Sie sachlich Punkt für Punkt sorgsam überlegen, wie Sie nun



Drei Vertreter der Landwirtschaft: Die Bundestagsabgeordneten (von links nach rechts) Dr. Walter Pflaumbaum, Bernhard Bauknecht, Heinrich Wehking.



Treffende Antwort auf jede Frage: Dr. Adenauer auf der Pressekonferenz.

die Schwierigkeiten meistern. Darf ich ein Beispiel bringen: Sprechen Sie einmal – ich sagte es ja, man muß mit den Menschen sprechen – mit einem Handwerker, wenn er 95 v. H. seiner Kapazität ausgenutzt hat. Dann ist er leidlich zufrieden und vielleicht geniert er sich sogar ein wenig, zu sagen, daß es bis zu den letzten 5 v. H. nicht mehr gelangt hat. Er ist zufrieden oder muß zumindest so tun. Aber derjenige, der erlebt, daß er zu 100 v. H. ausnutzt und mögliche 10 oder 20 v. H. nicht mehr ausnutzen kann, weil der Arbeitsmarkt, der Kapitalmarkt oder die Investitionen es ihm nicht erlauben, der ist verärgert. Es ist viel schlimmer für einen Unternehmer, Aufträge zurückgeben zu müssen oder, meinetwegen sagen Sie es auch so, einen möglichen Gewinn nicht erzielen zu können als knapp unter der Grenze zu bleiben. Das ist stimmungsmäßig und auffassungsmäßig ein ganz erheblicher Unterschied. Und ich meine, wir sollten unsere wirtschaftspolitischen Überlegungen nicht aus der Mentalität etwa sogar der 30er Jahre oder nur des Wiederaufbaus anstellen, sondern wir sollten ganz bewußt diese Schwierigkeiten, die sich in der Vollbeschäftigung herausgebildet haben, erkennen, ansprechen und sie unseren Menschen darstellen, ihnen die Aufgabe geben, sich mit ihnen auseinanderzusetzen.

Ich bin davon überzeugt, daß, wenn das richtig begriffen wird, zu einem Großteil das Unbehagen abgebaut wird. Ich sagte ein Großteil, denn wenn Sie diese Überzeugung erreicht haben und erklärt haben, daß neue Schwierigkeiten mit der Vollbeschäftigung auftreten mußten, dann fragen Sie: Treffen diese Schwierigkeiten auf alle an der Wirtschaft Beteiligten in gleicher Weise zu? Sie selber kennen dann die vielen Hinweise, die gegeben werden, auf große Konzerne, die sich bilden. Aber ich will hier keine Beispiele anführen, sonst würde es eine Spezialdebatte geben. Wir hatten es einmal in Hamburg versucht. Der Hinweis bezog sich auf die Energie und dann haben wir eine halbe Stunde lang eine Energiedebatte gehabt, in die sogar der Herr Bundeskanzler eingriff. Ich will das vermeiden und muß nun versuchen, trotzdem verständlich darzustellen, worum es mir geht. Es kommt mir darauf an, daß man ein Verständnis dafür aufbringen muß, daß in einer vollbeschäftigten Wirtschaft die Gerechtigkeit, die gleiche Behandlung, viel wichtiger ist als in einer aufstrebenden Wirtschaft. Denn eine vollbeschäftigte Wirtschaft, die bis zum letzten rationalisiert ist, die auf Heller und Pfennig und auf ein Prozent rechnen muß, ist darauf angewiesen, daß die Menschen alle vom Gesetz gleich betroffen werden, weil der geringste Unterschied den Wettbewerb bereits so erheblich verfälschen kann, daß der eine ausscheidet und der andere in große Expansion gehen kann.

Untersuchen wir diese Frage kurz. Wir bekommen gegenwärtig viel zu hören, daß eine angebliche Konjunkturüberhitzung bestehe. Herr Prof. Erhard hat schon dargestellt, wie wir die Dinge sehen. Aber sprechen Sie mit den Betroffenen, dann wird man Ihnen sofort und mit Recht antworten, daß ein solches Gerede töricht sei, denn man kann eine allgemeine Erscheinung oder ein summarisches Ergebnis nicht jedem einzelnen anpassen. Wir müssen uns darum bemühen, etwas mehr in die Einzelheiten zu gehen und sind der Auffassung, daß die gegenwärtigen größeren Schwierigkeiten keineswegs alle Wirtschaftsbereiche in gleicher Weise

berühren, sondern daß es sich um Gefahrenherde handelt, um lokale Erscheinungen. Und wenn wir uns die Maßnahmen ansehen, die unabhängig von der Politik die Bundesbank trifft, dann werden diese Menschen untersuchen: Sind diese Maßnahmen global angelegt und gehen sie an die Gefahrenherde heran? Sind sie global angelegt, dann werden sie möglicherweise im Endergebnis den Erfolg gesamtwirtschaftlich oder besser gesamtkonjunkturpolitisch erzielen, der angestrebt worden ist. Aber der Gerechte wird genauso betroffen wie der Ungerechte, und unter solchen Maßnahmen kann die Struktur ganz erheblich leiden.

Der Herr Bundeskanzler hat ja schon vor einigen Jahren einmal das Wort von dem Fallbeil gebraucht. Ich will es nur zitieren. Mir kommt es nur darauf an, darzutun, daß es nicht damit getan ist, eine Maßnahme zu treffen, die formaljuristisch alle gleich trifft, in Wirklichkeit aber durchaus unterschiedlich und, wie ich behaupten möchte, schädlich wirkt.

Das zweite ist, daß die Bundesregierung nicht in der Lage ist, rasch zu handeln. Die Gesetzgebung ist so kompliziert – und sie muß es sein, damit alle Instanzen eingeschaltet werden können –, daß konjunkturelle Maßnahmen viel zu spät zur Auswirkung kommen. Ich erinnere daran, was vor einem Jahr für den Stahl getan worden ist und wie heute dort die Lage ist. Wir müssen uns also dazu bekennen, daß die notwendigen konjunkturpolitischen Maßnahmen schneller getroffen werden. Das heißt aber nicht ohne Einschaltung des Parlaments. Es wäre dumm, so etwas zu tun. Denn das Parlament ist das beste Mittel, das Volk anzusprechen. Aber das Parlament müßte sich in kürzeren Fristen entscheiden, und ich meine, damit würden wir der Demokratie keinen Abbruch tun. Im Gegenteil, wir schalten das Parlament viel aktueller und damit viel wirkungsvoller in die Aufgaben ein. Ich bin davon überzeugt, daß der Wirtschaftspolitische Ausschuß hier mit dem Bundeswirtschaftsminister zusammen gute Arbeit leisten kann.

Darf ich noch einmal kurz auf das Problem der lokalen Überhitzungserscheinungen eingehen. Ich wiederhole, ohne Beispiele zu nennen, weil das doch wohl etwas gefährlich ist. Wir müssen sehen, woher diese Gefahren kommen. Es ist vielfach so, daß die Nachfrage das Angebot erheblich übersteigt und daß selbst bei großen Investitionen die Werke nicht nachkommen können. Hier sind echte Schwierigkeiten. Es wird wohl nicht möglich sein, diese Dinge durch Patentlösungen zu bereinigen. Vielleicht sollte man aber hier etwas mutiger an die Gesetzgebung oder deutlicher gesagt, an Zollsenkungen, herangehen. Die Wirkung ist viel entscheidender. Denn derjenige, der es sich leisten kann auf Grund der Marktlage jede Lieferfrist und jeden Preis zu nehmen und mit jedem Grundkapital zum Zuge zu kommen, der hat alle Hände frei und kann sich auf dem Arbeitsmarkt, auf dem Kapitalmarkt wie im sozialen Wettbewerb so benehmen, als sei er der alleinige Bewerber.

Ich will damit nicht sagen, daß diese Vorteile nur den Großen an sich zugute kommen. In allen Bereichen und allen Größenordnungen gibt es diese Erscheinungen. Aber wo sie auftreten, sollte man der Sache auf den Grund gehen. Wir wissen, daß ein Hauptgrund die wettbewerbsfeindliche Umsatzsteuer ist. Aus der Beratungserfahrung weiß ich, wie

schwierig die Dinge sind und daß es einige Zeit dauert, bis man alle Möglichkeiten berücksichtigen kann.

Aber ein zweites Problem ist noch nicht ausreichend untersucht und steht in der Regierung wie im Parlament noch nicht in dem Umfang zur Debatte, wie es notwendig ist: Das sind die Auswirkungen der sozialen Belastung, die unterschiedlichen Auswirkungen auf lohnschwache und lohnintensive Bereiche. Die Bundesregierung hat ein Gutachten angefordert. Das Ergebnis ist nicht sehr ermutigend. Aber wir müssen erkennen, daß in der Sozialbelastung eine unterschiedliche Behandlung in der Wirtschaft erfolgt und daß wir damit zu Verschiebungen kommen, die wir auf die Dauer nicht ertragen können.

Ein weiterer Punkt ist, daß wir heute eine Vielzahl von Unternehmen haben, die eine unverhältnismäßig hohe Rendite auf das eingesetzte Kapital abwerfen. Natürlich sind die meisten Betriebe unterkapitalisiert. Aber es ist nicht so, daß derjenige, der 100 oder 200 v. H. seines eingesetzten Kapitals verzinsen kann, es gar nicht nötig hat, auf irgendwelche restriktiven Maßnahmen zu reagieren. Nun kommt es darauf an, die dämpfenden Maßnahmen dort einzusetzen, wo sie geboten sind, – aber nicht generell und überall.

Nun zu der Abstimmung in der Gesetzgebung und der Verwaltung. Ich kleide mein Beispiel in eine Frage:

Was hat es für einen Zweck, daß wir seit 10 Jahren durch Bundes- und Landesmittel in Nordwestdeutschland 300 Mill. DM ausgegeben haben, um das Emsland zu kultivieren, daß wir aber eine Verkehrsgesetzgebung besitzen, die es einfach ausschließt, daß sich dort ein Industrieunternehmen ansiedelt. Sie kennen die 50 km-Grenze für LKW. In diesem Bereich erreichen Sie in der Provinz kaum einen Markttort. Was soll es also bedeuten, daß man hier große Programme durchführt, aber die Folgemaßnahmen, die allgemeine Gesetzgebung nicht Schritt halten läßt! Es wurde vorhin auch das Kindergeld genannt. Sie wissen, daß das in Mittelstandsversammlungen besonders beliebt ist, und ich werde gleich noch ein paar Sätze dazu sagen.

In der Sozialpolitik möchte ich dem Kollegen Burgbacher beistimmen: Es hat gar keinen Sinn, irgendwie einen Gegensatz zwischen unseren Sozialausschüssen, Mittelstandsausschüssen und Wirtschaftsausschüssen konstruieren zu wollen. Das ist dummes Zeug. Und wenn ich die Verabschiedung des Volkswagengesetzes und andere Maßnahmen als Beispiel anführe, die wir erarbeitet und zum Teil auch verabschiedet haben, so mag das genügen, um denjenigen, die darauf spekulieren, wir würden auseinanderfallen, die notwendige Antwort zu geben.

Aber wo – ich sprach ja von dem Unbehagen – liegt wirklich ein Problem, das wir hier noch gar nicht richtig angesprochen, geschweige denn diskutiert haben? Das ist einmal die unterschiedliche Auswirkung der Sozialbelastung, das ist aber vor allem der mangelhafte Einblick in die tatsächlichen sozialen Verhältnisse. Ich muß leider sagen, daß 70 v. H. der etwa 6–7 Millionen beruflich Selbständiger und ihrer mithelfenden Familienangehörigen einkommensmäßig nicht besser leben als die beruf-

lich Unselbständigen. Da scheint es mir töricht zu sein, daß sich die Sozialpolitik auf einen Stand, auf eine Gruppe, auf ein äußeres Merkmal beschränkt. Ich muß dafür sorgen, daß diejenigen, die in den gleichen Verhältnissen leben, auch den gleichen Anteil haben können. Ich sage, sozialer Fortschritt im Rahmen der Ausführungen von Dr. Fritz, soweit wir es verkraften können, aber für alle und nicht für irgendwelche Bevorrechtigte. (Beifall.)

Dasselbe gilt für die Familienpolitik. Ich habe Herrn Würmeling gestern gesagt: Wenn du weiterkommen willst, dann kümmere dich darum, daß die Verteilung der Lasten gerecht wird, dann hast du hundertprozentige Verbündete in uns. Sehen Sie sich doch einmal die Zahlen an. Gottseidank, möchte ich sagen, daß 50 v. H. der Drittkinder- und Mehrkinder-Familien Selbständige, Bauern, Handwerker und Gewerbetreibende sind. Und da sollte ein Mittelständler sagen, er sei gegen die Familienpolitik? Das wäre geradezu Wahnsinn. Es kommt aber darauf an, daß ich mich auch darum kümmere, daß das, was aufgebracht werden muß, gerecht verteilt und gerecht aufgebracht wird.

Ich darf zusammenfassend sagen: Wir müssen also, wenn wir dem verbreiteten Unbehagen auf den Grund gehen wollen, die Probleme ansprechen und den Mut haben, in Einzeldebatten einzusteigen. Ich möchte es so aufgreifen, wie es Prof. Erhard gesagt hat: Wir müssen eine bewußte Strukturpolitik treiben, die nicht ein Resultat unserer Wirtschaftspolitik ist, sondern tragender Faktor unserer Wirtschaftspolitik. Es wurde viel darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, sein wirtschaftliches Handeln an Grundsätzen auszurichten. Wenn man das draußen sagt, dann kann man nicht richtig wagen, sich so deutlich auszudrücken, wie man es meint. Dann wird das ungefähr so umschrieben: Also, wir müssen uns ausrichten an philosophischen und ethischen Grundsätzen.

Meine Damen und Herren! Warum eigentlich so zaghaft? Wir müssen uns ausrichten an christlichen Grundsätzen, denn wir sind eine Christlich Demokratische Union (Beifall.) und wissen als Christen, daß wir nicht nur in der Kirche, sondern im Leben uns zu bewähren haben. Und der Großteil des Lebenskampfes spielt sich für den Unternehmer, für den Arbeitnehmer, für die Verbände usw. nun einmal im Bereich der Wirtschaft ab. Das alles sind nun keine neuen politischen Grundsätze; das alles ist keine neue Politik. Ich möchte sagen, unsere Parole sollte sein: Mehr soziale Marktwirtschaft, mehr Freiheit, mehr Verantwortung! Ich habe das Zutrauen, daß uns unsere Bevölkerung hierin versteht. Ich hätte jetzt gern eine Karte zur Hand, so wie der Herr Bundeskanzler bei seinem außenpolitischen Referat eine Karte zur Hand gehabt hat. Sehen Sie sich einmal die Karte an, in welchen Kreisen die Christlichen Demokraten die Mehrheit haben, auf welche Kreise wir uns am besten verlassen können. Es sind durchweg die ärmsten Kreise in Deutschland. (Beifall.) Wir können uns deswegen auf sie verlassen, weil sie das Vertrauen zu uns haben, daß wir auch sie in eine besser gesicherte Zukunft führen. Darum von mir aus die Anregung, auch im wirtschaftspolitischen Bereich Mut zu haben, das christliche Sittengesetz offen als Fundament zu vertreten. Toleranz heißt ja nicht, daß man alles verschweigen soll, sondern daß man Mut haben soll, sich zu bekennen.

Ich habe die Ehre, Ihnen zum Schluß ebenfalls einen kurzen Beitrag zur EntschlieÙung vorzutragen. Dieser Beitrag wurde erarbeitet vom Bundesarbeitskreis Mittelstand in Gemeinschaft mit dem WirtschaftsausschuÙ der Partei. Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, daÙ dieser Absatz ebenfalls dem Redaktionskomitee überwiesen wird. Ich hoffe, daÙ Sie mit mir der Meinung sind, daÙ diese Sätze in der Schlußresolution des Parteitagés erscheinen sollen. Dieser Absatz hat folgenden Wortlaut:

„Eine gesunde Struktur der Gesellschaft ist eine der wesentlichen Grundlagen für die freiheitliche, politische Ordnung. Die Wirtschaftspolitik muß unablässig darum bemüht sein, jedem die Möglichkeit zu geben, das Leben nach eigener Entscheidung zu gestalten und entsprechend seinen Leistungen am Wirtschaftsertrag teilzunehmen. Die selbständige Ausübung seines Berufes muß jedem, der dazu den Mut und die Fähigkeit hat, ohne Erschwernisse erreichbar sein. Die CDU verlangt eine bewußte Strukturpolitik auf der Grundlage gleicher Start- und Wettbewerbsbedingungen. Je größer die Zahl der am Wirtschaftsablauf beteiligten Selbständigen ist, umso besser funktioniert die Soziale Marktwirtschaft. Unsere Regierung und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, diesen Grundsätzen stärker als bisher Rechnung zu tragen.“

(Lebhafter Beifall.)

Präsidentin Frau Roesch:

Ich bitte nochmals dringend, sich kürzer zu fassen. Wir haben noch 15 Wortmeldungen.

Das Wort hat Herr

Bundestagsabgeordneter Dr. Elbrächter (Niedersachsen):

Meine lieben Freunde! Ich glaube, ich bin der letzte im Kreise der Diskussionsredner, der zu Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik sprechen soll, mit Ausnahme des Herrn Bundesfinanzministers, und den Letzten beißen bekanntlich die Hunde. Ich will es daher so kurz wie möglich machen.

Ich darf Ihnen gleich vortragen, was der BundeswirtschaftsausschuÙ Ihnen vorzutragen mich gebeten hat, und zwar als Beitrag zur BeschlußentschlieÙung. Ich bitte Sie schon jetzt, auch diesen Beitrag dem Redaktionskomitee als Material zu überweisen.

Ich darf vorweg noch bemerken, daÙ sich der Beitrag im Gegensatz zu den Problemen, die Kollege Fritz, Kollege Burgbacher und Kollege Schmücker vorgetragen haben, nicht so sehr mit Fragen des Individuums und seines Verhältnisses zur Gesellschaft beschäftigt, sondern er befaÙt sich mit der Frage der Finanzverfassung und der Ausgabegebarung von Bund, Ländern und Gemeinden.

Dieser Antrag soll folgendermaßen lauten:

„Das deutsche Volk erwartet selbstverständlich von Bund, Ländern und Gemeinden beste Leistungen. Eine gesunde Regionalstruktur in allen deutschen Ländern ist eine der Voraussetzungen einer freiheitlichen politischen Ordnung. Die Erfahrung aus den letzten

Jahren hat aber gezeigt, daß die starre Aufteilung der Finanzquellen und die zersplitterte Verantwortung in der Ausgabenbearbeitung eine lebensnahe und den anerkannten wirtschaftspolitischen Zielen dienende Finanzpolitik behindert.

Es ist die Aufgabe einer alle Bevölkerungskreise umfassenden und in allen Parlamenten vertretenen großen Volkspartei, den regionalen Egoismus zu überwinden und den Durchbruch zu einer Finanzverfassung zu finden, die den Anforderungen eines dicht besiedelten Staates des 20. Jahrhunderts im Herzen Europas entspricht. Dazu rufen wir die CDU auf."

Nun lassen Sie mich nur ganz wenige Worte zur Begründung sagen. Ich glaube, feststellen zu können: Wie ein roter Faden hat sich durch alle öffentlichen Diskussionen, sowohl hier als auch in der Vergangenheit, draußen die Sorge gezeigt um die Stabilität unserer Währung und um die Gesunderhaltung unserer Kaufkraft. Dazu gehört selbstverständlich auch – das ist eine der Quellen der Sorge –, daß die Ausgabebearbeitung, die Ausgabengestaltung der öffentlichen Hand aufeinander abgestimmt wird. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß unsere föderale Struktur eine zentrale Verwaltung, eine zentrale Ausgabengestaltung nicht zuläßt. Umsomehr glaube ich, sagen zu dürfen, hat eine Partei wie die unsere, die – wie es in dem Entwurf zu der Resolution heißt – in allen Parlamenten sitzt, zum großen Teil erfreulicherweise mit Mehrheit sitzt, die Aufgabe, diese Koordinierung herbeizuführen, und Sie werden mir recht geben, daß das eine Aufgabe ist, die leider in der letzten Vergangenheit nicht so sehr gut gelöst war. Ich bin allerdings auch überzeugt, daß wir institutionell zu einer anderen Lösung kommen müssen, und ich bin persönlich der Auffassung, daß eine gemeinsame Finanzverwaltung nicht dem politischen Föderalismus widerspricht.

Lassen Sie mich jetzt einmal als konservativen Politiker sprechen, denn ich bekenne mich im Gegensatz zum Kollegen Katzer – ich werde gleich dazu noch einiges sagen – dazu. Ich bin stolz darauf, konservativ zu sein. Ich glaube nämlich, daß der konservative Politiker einen großen Vorzug hat, daß er die Wirklichkeit nämlich so sieht, wie sie ist. Und Wirklichkeit in unserem Leben ist doch, daß erstmals unser Volk heute in einer Dichte lebt – Herr Ministerpräsident Dr. Meyers hat das zum Thema unserer politischen Aufgabe gemacht – daß wir 200 Menschen auf dem Quadratkilometer haben, Menschen, die letzten Endes aus einer Wirtschaft heraus ihr tägliches Brot gewinnen müssen, aus einer Wirtschaft, die derart verflochten ist, nicht nur innerhalb unseres Vaterlandes, sondern letzten Endes auch außerhalb mit anderen Wirtschaftsbereichen, so daß wir dort in eine Abhängigkeit geraten, die wir nun nicht immer nur allein mit den überkommenen Mitteln steuern können. Ich glaube also, daß es notwendig ist, daß wir diese Wirklichkeit des 20. Jahrhunderts erkennen und ihr Rechnung zu tragen versuchen. So lange es aber nicht möglich ist, institutionell dieses Problem zu lösen, solange geht der Appell an unsere Partei, durch eine persönliche Koordinierung auf allen Ebenen, in allen Parlamenten dafür zu sorgen, daß hier kein Unheil geschieht. Nun noch ganz wenige Worte zum Begriff „konservativ“. Das gehört eigentlich jetzt hier nicht mehr herein. Da ich aber hier oben stehe – ich

verspreche aber, es kurz zu machen – möchte ich doch einiges dazu sagen. Es gehört im Grunde genommen in die Diskussion, die jetzt über die Fragen der sozialen Politik kommt.

Sehen Sie, ich kann nicht verhehlen, daß mir doch Bedenken gekommen sind, als Kollege Katzer vorhin versucht hat, das „C“ als konservativ abzutun und im Grunde genommen jetzt das „konservativ“ gleichsetzte mit – was es ja nicht bedeutet – „restaurativ“, mit „reaktionär“ womöglich und dann den Unterton gibt: Rückschrittlich, fortschrittsfeindlich; so ist es ja nicht. Konservatismus, meine Damen und Herren, ist ja letzten Endes keine politische Richtung, kein politisches Programm. Der Begriff entstammt der politischen Ideengeschichte und bedeutet eine gesellschaftliche Haltung.

Konservatismus und Sozialreform schließen sich keineswegs aus. Im Gegenteil: Einer der bedeutendsten Theoretiker des Konservatismus, der Engländer Edmond Burke, setzt praktisch konservativ mit Reform gleich, und ich darf daran erinnern, als Ergänzung, daß einer der jetzt noch lebenden bedeutenden Engländer, der Premier Macmillan, einmal gesagt hat, für den konservativen Politiker bedeutet, daß die Beweislast für Neuerungen bei dem liegt, der die Neuerungen einführen will. Er ist nicht grundsätzlich gegen Neuerungen. Im Gegenteil, lassen Sie mich nur ein Beispiel sagen. Es gibt wohl nur wenige Veränderungen in unserer deutschen Geschichte, die derartige Auswirkungen gehabt haben wie die konservative Reform des Freiherr von und zum Stein. Ich glaube, Sie sind mit mir darin einig: Überhaupt – und das lassen Sie mich bitte als ganz simple Erkenntnis des gesunden Menschenverstandes sagen – entsprechen überkommene Kategorien der politischen Klassifizierung in keiner Weise mehr dem ihnen fälschlicherweise zugeordneten Begriffsinhalt. Ich sagte vorhin schon, Konservatismus ist eine innere Einstellung, mit der man keineswegs eine praktisch-politische Entscheidung diffamieren darf, vor allem dann nicht, wenn man dem Begriff konservativ unlogischerweise den Begriffsinhalt „reaktionär“ unterschiebt. Vergessen wir doch nicht, welche Erfolge die CDU mit ihrer Parole gehabt hat: Keine Experimente! Es wird wohl andererseits keiner entgegenhalten können, daß wir trotz dieser Parole etwa fortschritts- oder reformfeindlich gewesen seien.

Meine Bemerkungen gelten gleichermaßen dem Vorwurf, die CDU sei in Wirklichkeit eine verkappte liberale Partei. Ich will es kurz machen: Auch dieser Begriff entstammt ja im Grunde genommen einer Zeit, die nicht mehr da ist. Ein politischer Liberalismus hat doch praktisch den Inhalt verloren in dem Augenblick, als sein großer Gegenspieler, der absolute Staat, nicht mehr da ist. Aber in des Wortes wortwörtlicher Bedeutung interpretiert gilt selbstverständlich auch, daß die CDU insofern liberal ist, als sie die Freiheit des Individuums in den Mittelpunkt aller politischen Betrachtungen stellt.

Ich glaube also, diese überkommenen Begriffe gelten in der politischen Wirklichkeit des 20. Jahrhunderts nicht mehr. Ich halte es für – sagen wir einmal – „leicht demagogisch“, wenn man sie aus der Mottenkiste in diesem Zusammenhang hervorholt. Ich betone: Ich mache diese Auseinandersetzung, um die vom Kollegen Katzer gewünschte Klarheit zu

haben. Ich habe den Eindruck, daß er da Fronten aufrichtet, die einfach gar nicht mehr da sind, die eine Fiktion darstellen. Deswegen gebe ich hier meinen Beitrag.

Ich möchte nun noch eines sagen: Wir sollten doch erkennen, daß die Politik gemessen werden soll an ihren Handlungen, und ich darf Sie bitten zu prüfen, ob das reaktionär oder fortschrittsfeindlich ist, was die CDU in den letzten 10 Jahren gemacht hat: Darf ich es ganz kurz in Stichworten sagen: Dynamische Rentenreform, vielmustritten, ich glaube, heute ein großartiger Erfolg sozialer Leistungen, der Lastenausgleich, die Freistellung eines großen Teils der werktätigen Bevölkerung von der Lohnsteuer, schließlich die Mitbestimmung, bei der ich allerdings ganz anderer Meinung bin als Kollege Katzer, ob sie sinnvoll ist oder nicht, aber dafür haben wir das Betriebsrätegesetz, das ich wieder für sehr vernünftig halte, Verzeihung, das Betriebsverfassungsgesetz. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wird ein Problem sein, das wir lösen werden. Ich bin auch überzeugt, daß die Krankenkassenreform von uns in einem sehr positiven fortschrittlichen Sinne gelöst wird. Ich glaube, reaktionär sind wir nie gewesen. Das sollten wir uns als Leitschnur dienen lassen und uns nicht diffamieren lassen von Leuten, die nicht unsere Freunde sind.

Ich betone nochmals, Kollege Katzer steht dazu, aber er kämpft gegen Windmühlen, gegen Dinge, die einfach nicht mehr da sind.

Nun zum „C“ in der CDU: Das hat ja einen großen Wirbel in der Öffentlichkeit, in der öffentlichen Diskussion ausgelöst. Lassen Sie mich dazu etwas sagen. Das „C“ in der CDU soll nicht die Scham einer fortschrittsfeindlichen Politik verdecken. Vielmehr ist es der Schlüssel, von dem aus unsere politischen Bemühungen erst ihren Sinn und ihre Zielrichtung erhalten. „Christlich“ heißt nicht nur, sondern ist unsere Partei, weil sie das Individuum in seiner Gottbezogenheit in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellt. Sorgen wir dafür, daß es diesen Platz nicht zugunsten eines namenlosen Kollektivismus verliert, eines Kollektivismus, dessen gespenstische Fratze gerade in diesen Tagen wieder von jenseits der Elbe zu uns herüberblickt. – Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Präsidentin Frau Roesch:

Das Wort hat der Herr Bundesfinanzminister; auf ihn folgt Herr Dr. Fay, Vorsitzender des Landesverbandes Hessen, zu einer kurzen Erklärung.

Bundesfinanzminister Etzel:

(Von starkem Beifall begrüßt)

Meine Damen und Herren! Über dieser Stunde steht der Satz „Fasse Dich kurz!“

Eine von mir sehr verehrte Dame unserer Fraktion hat zwar zu mir einmal gesagt, ein ausgewachsener Mann verzichtet eher auf eine schöne Frau als auf eine wohl vorbereitete Rede. (Heiterkeit.) Haben Sie keine Befürchtung, daß ich hier stehe, weil mich dieser Trieb beherrscht. Ich möchte nämlich nicht sehr lange und sehr viel sprechen. Ich meine nur,

in einer Auseinandersetzung, wie wir sie heute morgen hier erlebt haben, nach drei so ausgezeichneten Referaten, wie wir sie hören konnten, sollte der Vorsitzende des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Partei und auch zugleich der, der als Bundesfinanzminister vor die Aufgabe gestellt wird, einen großen Teil dessen zu bezahlen, was hier als Wünsche auf den Tisch gekommen ist, doch ein paar Worte wenigstens vor Ihnen sagen.

Die Diskussion des heutigen Tages habe ich schon charakterisiert als das Ergebnis von drei ausgezeichneten Referaten. Ich meine das Referat von Herrn Kollegen Dr. Krone, ich meine das Referat von meinem Freund und Kollegen Erhard und ich meine das Referat von Theodor Blank, der ebenfalls mein Kollege ist. Sie alle drei haben die Problematik unserer Zeit in so ausgezeichneter Weise dargestellt, daß es sicherlich *gar keinen Sinn hat, noch einmal das alles zu wiederholen*, was sie viel besser gesagt haben als ich es könnte. Ich meine aber, ich sollte ein volles Ja sagen.

Ich schulde vor allen Dingen dieses volle Ja in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses meinem Kollegen Erhard, der heute der sozialen Marktwirtschaft eine neue Deutung aus soziologischer Sicht heraus gegeben hat. Darin liegt, Herr Erhard, die Bedeutung Ihres Referates und wir können Sie dazu beglückwünschen. Einen großen Eindruck hat heute morgen auf mich und auf uns alle das gemacht, was unser Freund und Kollege Theodor Blank Ihnen vorgetragen hat. Dieser Mann, der in der Bundesregierung gewissermaßen das soziale Gewissen zu repräsentieren hat, zeigte hier, daß er nicht nur ein Mann mit hervorragenden Kenntnissen über das Wesen der Sozialpolitik und ihrer Zusammenhänge ist, sondern daß er auch den Mut hat, nicht nur das Populäre zu verlangen. Meine Damen und Herren – das darf ich vielleicht in dieser Stunde sagen –, das sollte doch das Wesen des Politikers ausmachen, daß er in einer Rangordnung der Werte nicht immer nur ja zu den Dingen sagt, sondern daß er auch den Mut hat, zu Forderungen, die in einer individuellen Sicht vielleicht zu bejahen wären, der größeren Zusammenhänge wegen aber mindestens jetzt nicht gut-zuheißend sind, nein sagen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Ich darf das hier sagen: Was uns in dieser Zeit Sorgen macht, ist, daß mit der Begründung, es sei ein Politikum, Wünsche vorgetragen und zum Teil realisiert werden, die eigentlich bei einer Rangordnung der Werte noch nicht dran wären, – so will ich mich einmal vorsichtig ausdrücken. Wenn die Vernunft vor der Wahlurne abdankt, so liegt darin eine Korruption des Staates, die nur gefährlich werden kann.

Theodor Blank hat sich gegen diese Versuchung immer gewehrt. Daß er heute morgen hier demonstriert hat, wie er auf den Kern der Dinge geht, das war, glaube ich, das Charakteristikum dieses Tages. Wenn Sie mir in den paar Minuten, die ich hier sein darf, erlauben, eine Sorge vorzutragen, die ich nicht nur in der Eigenschaft als Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Bundespartei habe, sondern auch als Finanzminister, dann ist es die Sorge, daß das, was Herr Kollege Dr. Krone heute morgen hier vorgetragen hat, doch vielleicht von uns

nicht realisiert wird. Er hat gewarnt vor der Omnipotenz des Staates, und er hat die Frage gestellt, ob diesem Staat nicht ein Zuviel auferlegt werde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben den Ausführungen von Herrn Dr. Krone, und ich nehme an, auch diesem Teil der Ausführungen Ihre Zustimmung gegeben. Darf ich Sie nun in Ihrem Gewissen fragen und erforschen, ob Sie nicht auch in den Dingen, die Sie vertreten und hier repräsentieren, von sich aus immer wieder den Versuch machen, die Omnipotenz des Staates auszudehnen?

Ich habe in meiner Haushaltsrede im Bundestag im Dezember vorgetragen, daß der Staat in allen seinen Erscheinungsformen – also Bund, Länder und Gemeinden – und auch im Sozialsektor 40 v. H. des Sozialprodukts bereits für sich in Anspruch nimmt. Überlegen Sie: Wenn 100 Teile produziert werden, kommt die Öffentliche Hand in der Umverteilung und sagt: 40 v. H. an mich! Ich bin mir natürlich völlig darüber klar, daß der alte Staat, der für den Verwaltungsaufwand 1 bis 2 v. H. nahm, heute keine Existenzberechtigung mehr hat. Ich weiß, daß die Umverteilung gerade zur Beseitigung der großen sozialen Gegensätze eine Notwendigkeit ist, und ich sage dazu ein Ja. Ich meine aber: Wenn 40 v. H. umverteilt oder vom Staat verbraucht werden, dann sollte es damit genug sein – nicht mehr! (Sehr gut! Sehr richtig! – Lebhafter Beifall.)

Wenn ich Ihnen daher sage, daß ich meinen Teil der Politik darin sehe, als der, der das bezahlen muß, den Versuch zu machen, zumindest nicht über diese 40 v. H. hinauszukommen und es bei diesen 40 v. H. zu belassen – meinerwegen am wachsenden Sozialprodukt – ich glaube, dann ist das etwas, was das Verlangen von Herrn Krone, nämlich die Omnipotenz des Staates nicht auszuweiten, in der Schrift der nüchternen Zahlen realisiert. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie als die politisch Verantwortlichen unserer Partei für diese Gedankengänge draußen im Lande Sinn und Verständnis entwickeln würden. Das ist das eine Anliegen, das ich hier vorbringen möchte.

Damit kommen wir gleichzeitig auf eine zweite Problematik: Hier ist gesprochen worden von der Unruhe, die im Volke sei. Herr Kollege Erhard hat gewissermaßen den Ton angeschlagen, und in der Diskussion ist diese Unruhe immer wieder aufgeklungen. Sie besteht. Man hat eine Menge dagegen gesagt, ja man hat eine Menge dafür gesagt.

Lassen Sie mich zu einem Element, das hier diskutiert worden ist, als Finanzminister ein Wort sagen. Es wurde hier bedeutet, daß ein Teil dieser Unruhe aus der Sorge um die Stabilität der Währung sich entwickle. Wenn das richtig ist, dann möchte ich eindeutig sagen, daß die Bundesregierung, die ganze Bundesregierung, der Wirtschaftsminister, der Sozialminister, der Wohnungsbauminister und was es alles für Ressorts gibt, aber auch der Finanzminister ihre erste und oberste Sorge darin sehen, diese Stabilität der Währung zu wahren und nicht etwa den Eingang in eine dritte inflationäre Entwicklung zu eröffnen. (Lebhafter Beifall.)

Der einzelne, der Lohnempfänger, der Gehaltsempfänger, der Unternehmer hat gar nichts davon, wenn er immer mehr verdient und die Kaufkraft dieses Verdienstes immer kleiner wird. Wir sollten das A und O unserer Arbeit im Maßhalten sehen, in der zuchtvollen Handhabung unserer Politik.

Meine Damen und Herren! Es ist nicht möglich, daß alle Wünsche realisiert werden. Das ist ja gar nicht anders als in der Familie. Hier sind ja viele Familienvorstände oder Hausfrauen. Sie wissen auch, daß jedes Kind noch zusätzliche Wünsche haben kann, und keiner kommt auf die vermessene Idee, alle Wünsche gleich realisieren zu wollen. Das geht nicht. Nur wenn wir diese Zucht halten, nur wenn wir dieses Maß üben, nur wenn wir hier vernünftig sind, haben wir die Chance, daß alles das, was heute morgen an vielen guten Vorsätzen vorgetragen worden ist, realisiert werden kann.

Ein letztes, was ich hier vorbringen wollte, ist folgendes: Theodor Blank hat heute morgen gesagt, die hier anwesenden Vertreter der Wirtschaft möchten ihm die Frage beantworten, ob nicht das Volk in seiner breiten Streuung einen legitimen Anspruch darauf habe, an der Vermögensbildung beteiligt zu werden. Lieber Freund Blank! Ich möchte Ihnen auch von mir aus bestätigen: Ja, ja, ja, dieser legitime Anspruch besteht! (Lebhafter Beifall.)

Es ist aber eindrucksvoll, wenn ich Ihnen ein Bild zeige. An dieser neuen Vermögensbildung waren die privaten Haushalte – also das breite Volk – im Jahre 1950 noch mit rund 17 v. H., also knapp einem Fünftel, beteiligt. Im Jahre 1958 hatten wir diese Entwicklung bereits dahin gestoßen, daß nunmehr 34 v. H. – also das Doppelte der Vermögensbildung – im breitgestreuten Eigentum lag.

Meine Damen und Herren! Das ist eine Leistung! Man soll nicht immer sein Licht unter den Scheffel stellen; das ist auch eine Leistung der Bundesregierung; denn um Vermögen bilden zu können, muß man zunächst einmal die Möglichkeit haben, zu sparen, um etwas zu erübrigen. Ich glaube, daß die Dinge, die Freund Burgbacher hier vorgetragen hat – ich nenne einmal die große Steuerreform, die 2½ Milliarden DM jährlich freigegeben hat, ich nenne die Fülle der kleineren und größeren Gesetze, die wir gemacht haben – die entscheidende Grundlagen dafür gebracht haben, daß im Herzen Europas in letzter Zeit nicht besitzlose Proletarier leben, sondern daß dort mehr und, wenn auch kleinbesitzende, aber Vermögen habende deutsche Bürger leben. Und mit diesem Besitz und Eigentum werden wir den entscheidenden geistigen und moralischen Wall gegen die Idee der Bolschewisierung, gegen all die Schrecken, die wir im Augenblick im Osten sehen, aufrichten. Damit lassen Sie mich es genug sein lassen mit der Fülle der Problematik.

Ich bin tief beglückt, daß es der Christlich Demokratischen Union, wie sich aus den Referaten gezeigt hat, wieder einmal gelungen ist, aus ihrer christlichen Substanz her die Probleme, die uns im Menschlichen und im Ethischen bewegen, nicht nur aufzuzeigen, sondern sie auch auf den Weg zu einer Lösung zu bringen. Es war wieder einmal eindrucksvoll – das ist für mich immer eindrucksvoll in meiner Arbeit in der Partei –

aus diesem verpflichtenden Du, sei es nun der Herr Kollege Katzer, der hier für die Sozialausschüsse stand oder sei es ich, der ich hier stehe für den Wirtschaftspolitischen Ausschuß, auf eine gemeinsame Linie zu kommen, nämlich aus diesem Du heraus den anderen zu sehen und damit ein gesellschaftspolitisches und ein Strukturbild – bei allen Gegensätzen im einzelnen – aufzubauen, von dem Deutschland und die Bundesrepublik leben. Das scheint mir beglückend zu sein. Ich jedenfalls gehe mit dem Eindruck von diesem Parteitag fort, daß diese CDU aus der sittlichen Kraft des Christentums heraus lebt, lebt in der Vergangenheit, lebt in der Gegenwart und auch in der Zukunft leben wird. (Lebhafter Beifall.)

Präsidentin Frau Roesch:

Es spricht nunmehr der Herr Landesvorsitzende

Dr. Fay (Hessen):

Meine lieben Parteifreunde! Ich bin sehr dankbar, daß ich außer der Reihe Ihnen eine kurze Mitteilung machen darf über einen Vorgang, der sich morgen in Hessen ereignen wird. Ich habe darüber mit unserem Parteifreund von Brentano gesprochen, der das Erforderliche bereits veranlaßt hat. Wir haben uns gestern in den Resolutionen mit den Zuständen in der Zone befaßt. Ich will Ihre Aufmerksamkeit auf Zustände in der Bundesrepublik hinweisen, die uns nicht gefallen. Ich darf Ihnen kurz meine Mitteilung verlesen:

„Am 29. April 1960, 20 Uhr, findet im Hotel Adler in Langenselbold

- das liegt zwischen Hanau und Gelnhausen –
eine Veranstaltung der Interessengemeinschaft Jahrgang 1922 Hanau-Offenbach, des Bundesvorstandes Jahrgang 1922 und der Gemeinschaft der kriegserfahrenen Jahrgänge statt. Thema: „Braucht die Welt Soldaten? Die Großmächte antworten.“ Es spricht
- nun hören Sie bitte zu –
der Presseattaché der Botschaft der UdSSR, Herr Sergejew.“
(Lebhafte Pfui- und Hört!-Hört!-Rufe.)

Von dieser Stelle aus hat gestern unser Freund von Brentano ein Wort geredet für die gute Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Das war unser heißester Wunsch. Meine Freunde! Wenn das die Antwort darauf ist, dann haben wir Zweifel über die Bonität dieser kommenden Zusammenarbeit. (Zurufe: Sehr richtig!)

Wir fragen – und damit will ich schließen –, gibt es etwa in der Sowjetunion oder in ihren Satellitengebilden eine Gemeinschaft, die sich mit dem Selbstbestimmungsrecht der geknechteten Bevölkerung befaßt? (Zurufe: Sehr richtig!) Und besteht etwa die Möglichkeit, daß der Presseattaché der deutschen Botschaft in Moskau dort das Hauptreferat halten kann? (Sehr starker Beifall.)

Präsidentin Frau Roesch:

Herr Präsident Dr. Gurk möchte dazu eine Frage stellen.

Präsident Dr. Gurk:

Meine lieben Freunde! Wir haben mit Entrüstung die Ausführungen unseres Freundes Fay aufgenommen, aber ich hätte gerne die Gewißheit, daß nun von den anwesenden Stellen des Bundes – in erster Linie käme das Innenministerium in Betracht – jemand diese Sache aufgreift und amtlich betreibt. Es ist eine Frage, ob das so sein darf, daß die russische Botschaft in Deutschland schon Reden halten darf, wir aber in Rußland mit unseren diplomatischen Vertretern auf 40 km Umkreis um Moskau beschränkt sind. (Beifall.)

Ich weiß nicht, ob jemand von der Regierung da ist, der das aufgreift und amtlich in Arbeit nimmt.

(Zuruf: Ist bereits geschehen!)

Präsidentin Frau Roesch:

Das Wort hat Herr

Bundestagsabgeordneter Schepmann (Rheinland):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor der Mittagspause hat der sehr verehrte Herr Bundeskanzler hier zum Ausdruck gebracht, man solle Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten in der Familie austragen. Ich bin ganz seiner Auffassung, daß man so verfahren sollte. Das bedingt aber, daß dann alle Familienmitglieder guten Willens sind und nicht, daß man dann vorher Dinge der Öffentlichkeit unterbreitet, über die eine Entrüstung entsteht, und wir dann hinterher gezwungen sein sollen, zu diesen Dingen Stellung zu nehmen.

Es wäre sicher nicht richtig, wenn dieser Bundesparteitag beendet würde, ohne ein Wort zu der Krankenkassenversicherungsreform zu sagen. Ich denke nicht daran, zu den Einzelheiten, die im Gesetzentwurf stehen, hier Stellung zu nehmen. Dafür reicht einmal die Zeit nicht aus und wir würden die Dinge doch nicht hier ausdiskutieren können. Ich glaube, das muß an einer anderen Stelle geschehen. Ich möchte also daher nicht in die Einzelheiten einsteigen. Es wäre jedoch falsch, an der Tatsache vorbeizugehen, daß im ganzen Bundesgebiet bei allen Arbeitnehmern über den zur Zeit in der Beratung stehenden Gesetzentwurf zur Neuregelung der Krankenversicherung eine große Aufregung besteht und daß sehr heftig draußen in den Versammlungen und vornehmlich in den Betrieben diskutiert wird. Wir sind willens, in allen diesen Situationen unsere Auffassung als christliche Demokraten nach jeder Richtung hin zu vertreten.

Die Arbeitnehmer-Delegierten dieser Tagung waren am letzten Dienstagabend zusammen und haben, neben anderen Fragen, ebenfalls zu diesem Thema gesprochen. Sie kamen einstimmig zu der Auffassung, ihre Meinung zur Krankenversicherungsreform schriftlich in einer Entschliebung diesem Bundesparteitag vorzulegen. Sie fühlen sich dazu berechtigt, und ich möchte sagen geradezu verpflichtet, um das große Vertrauen der breiten Arbeitnehmerschichten der Christlich Demokratischen Union zu erhalten, wenn es darum geht, die Stimmen an der Wahlurne wieder abzugeben. Mehr als je, meine verehrten Freunde, ist alles zu tun, um das Vertrauen zu fördern, ja ich darf hier einmal ganz offen sagen, das

Vertrauen unserer eigenen Freunde draußen, das dort sehr stark erschüttert ist, wieder herzustellen. Entscheidend für das Fortbestehen der Politik unserer Bundesregierung und unserer Partei ist doch die Notwendigkeit, daß wir die Wahlen gewinnen. Das ist doch die Voraussetzung. Das kann man nicht nur mit schönen Worten und mit genug durchdachten Gesetzentwürfen erreichen, sondern hier hat etwas anderes zu geschehen.

Wenn wir diese EntschlieÙung gefaÙt haben und in dieser EntschlieÙung die Punkte aufgeföhrt haben, die Ihnen schriftlich unterbreitet worden sind, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich namens der Arbeitnehmerdelegierten Sie herzlich darum bitten, dieser EntschlieÙung Ihre Zustimmung zu geben: Wir sind willens, mit dem Bundesarbeitsminister, unserem Kollegen Blank, jeden Weg zu gehen und mit ihm zu streiten, wie das in der Vergangenheit gewesen ist. Aber der Inhalt des Gesetzentwurfs muß dann auch so sein, daß wir diesen Gesetzentwurf in jeder Hinsicht vertreten können. Und ich hoffe zuversichtlich, daß bei den Beratungen, die nun im parlamentarischen Raum stattzufinden haben, erreicht wird, daß dieser vorliegende Gesetzentwurf das beinhaltet, womit die Gesamtheit des deutschen Volkes zufrieden sein kann. (Beifall.)

Präsident Dr. Neinhaus:

Das Wort hat nun Herr

Bundestagsabgeordneter Mick (Rheinland):

Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Herr Dr. Etzel! Ich habe eine schöne Frau, meine Frau, und ich verzichte nicht auf sie. Deshalb habe ich aber auf ein vorbereitetes Manuskript verzichtet!

Was dankenswerterweise in Kiel von Herrn Dr. Gerstenmaier begonnen worden ist und was uns ein Jahr beschäftigt hat, ist heute in einer Art fortgesetzt worden, über die wir alle erfreut sein können. Wir haben nicht nur in praktischer Tagespolitik uns bewegt, sondern auch versucht, uns auf die Grundlage zu besinnen, von der aus wir diese praktische Tagespolitik zu gestalten haben. Ich bin unserem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Dr. Krone, sehr dankbar, daß er ganz konkret unseren Bereich herausgestellt hat, den Bereich der Mitte, und daß er uns gezeigt hat, daß wir es nicht notwendig haben, nach rechts oder links auszubrechen, sondern daß diese Mitte so viel Spielraum läÙt, daß wir unsere Aufgaben in dieser Mitte und von dieser Mitte aus erfüllen können.

Ich möchte nicht, daß ein Stand in dieser Union jemals Angst davor haben könnte, an den linken oder an den rechten Rand der Union gedrückt zu werden, weil wir diese Mitte aus den Augen verloren haben. Vielleicht haben wir in der Vergangenheit noch zu viel gefragt: Was tun die anderen? Ich meine, daß unsere Politik noch stärker darauf ausgerichtet sein muß: Was tun wir und von welchen Grundsätzen aus, tun wir es.

Herr Krone hat uns dankenswerterweise daran erinnert, daß eine Ahnengalerie kein Beweis der Leistung für die Gegenwart ist, und daß uns Aufgaben stets neu gestellt sind. Wenn uns Aufgaben stets neu gestellt sind, dann möchte ich auch bei uns das Wort von den Grenzen der

Sozialpolitik nicht mehr hören. Und wenn ich sage, ich möchte dieses Wort von den Grenzen der Sozialpolitik nicht mehr hören, dann heißt das nicht, daß unsere Sozialpolitik darin zu bestehen hat: Mehr, mehr und noch mehr. Das kann nicht der Hauptinhalt unserer Sozialpolitik sein. Inhalt unserer Sozialpolitik hat zu sein, in den stetig wechselnden Situationen schnell eine Diagnose zu stellen und die Therapie unmittelbar folgen zu lassen.

Es wurde vom Eigentum gesprochen und es wurden dazu sehr gute Worte gesprochen. Ich habe schon beim Parteitag in Kiel ausgeführt, daß es mir die größte Eigentums- und gesellschaftspolitische Tat zu sein scheint, wenn wir unseren Menschen die 300 qm unter die Füße geben, auf denen sie sich frei entwickeln können, und ich bin gerade dem Herrn Bundeswirtschaftsminister sehr dankbar, daß er Fragen der Städte und Landschaften und der Raumplanung hier angeschnitten hat, die eine derartige Politik allein auf die Dauer möglich machen können.

Herr Minister Blank sprach davon, daß wir zur CDU-Sozialpolitik allzuviel und allzugern schweigen. Nun, dieser Vorwurf trifft mich nicht, denn das, was wir in den vergangenen Jahren geleistet haben, damit können wir uns überall sehen lassen. Das haben die vergangenen Wahlen bewiesen, die wir gewonnen haben. Es kommt aber auch darauf an, daß wir die zukünftigen Wahlen gewinnen. Es ist möglich, daß Herr Kollege Blank von seinen Freunden manchmal nicht verstanden worden ist. Ich glaube, dann wird es Zeit, daß wir uns über Mißverständnisse unterhalten und daß dann beide Partner über ihre Anschauungen in aller Offenheit reden. (Beifall.)

Mein Großvater war Weber und er stand gegen den marxistischen Sozialismus, mein Vater war Holzarbeiter und er war im Angriff gegen den sozialistischen Marxismus. Glauben Sie nicht, daß der Enkel sich durch Flugblätter der SPD in die Flucht schlagen lassen wird.

Ich bin dem Kollegen Blank dafür dankbar, daß er hier Grundsätze herausgestellt hat, auf denen wir alle stehen können. Ich möchte aber nicht, daß, wenn wir im Detail zu verschiedenen Lösungsmöglichkeiten kommen, der eine ein besserer Christlich-Sozialer scheint als der andere. Dazu dürfen wir uns nicht verführen lassen.

Und nun, Herr Bundesminister, lieber Kollege Blank, etwas Persönliches. Sehen Sie, es kommt sehr oft darauf an, wie man etwas sagt. Ich entsinne mich, daß einmal vor dem Bundeshaus in Bonn die Mannéquins demonstriert haben, weil sie irgendwelche Sorgen hatten, die sie dem Bundesarbeitsminister nahe bringen wollten. Ich weiß auch, daß der Kollege Blank sehr charmant auf diese Demonstration der Mannequins reagiert hat. (Heiterkeit.) Vielleicht, lieber Kollege Blank, sollten Sie auch einmal etwas charmanter reagieren, wenn man einmal in einem Detail verschiedener Meinung ist. Davon geht die Welt nicht unter und davon wird sie auch nicht schlechter werden. Dabei gebe ich zu, daß z. B. ein ausgewachsener Metallarbeiter beileibe kein Mannequin ist. Ich meine, wenn man persönlichen Kontakt hat, dann lassen sich auch die sachlichen Dinge besser regeln.

Lieber Kollege Blank! Wenn die Truppe schon unzufrieden ist, dann sollte man sie nicht allein lassen, das weißt Du als Offizier aus dem

2. Weltkriege. Man sollte sie auch dann nicht allein lassen, wenn sie an einem so sicheren Platz wie dem Kolpinghaus in Karlsruhe versammelt ist. (Beifall.)

Präsident Neinhaus:

Das Wort hat Herr

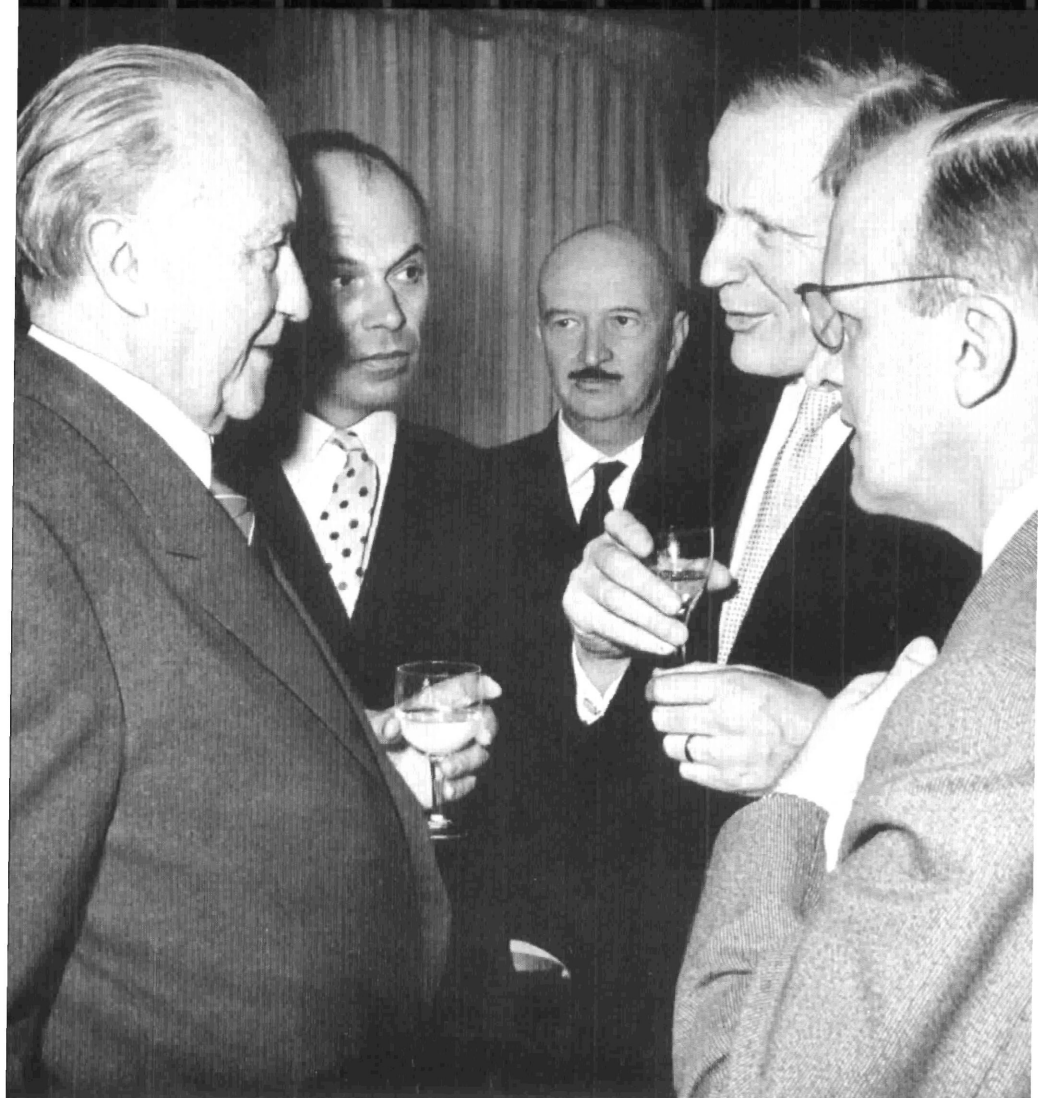
Bundesminister a. D. Storch, MdB (Hannover):

(Von Beifall empfangen)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Ich habe mich heute morgen beim Vortrag unseres Wirtschaftsministers Prof. Erhard sehr darüber gefreut, daß er noch einmal auf die Zeit zurückgekommen ist, als wir anfangen, in Deutschland die Not zu bekämpfen. Das war im Wirtschaftsrat in Frankfurt, und Herr Prof. Erhard hat vollständig richtig gesagt, wir hatten damals die Aufgabe, ein vollständig in sich zusammengebrochenes Volk einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Er hat darüber hinaus gesagt, daß die Zahl der Arbeitnehmer in diesen 10 Jahren von 13,5 auf 20,5 Millionen Menschen gestiegen ist und hier kommen wir zu dem allergrößten Problem, das wir uns als Christliche Demokraten immer und immer wieder vor Augen halten müssen. Wir haben heute in unserem 55-Mill.-Volk 26 Mill. Menschen, die entweder als Selbständige oder als mithelfende Familienangehörige oder als Geschäftsleute oder als Arbeitnehmer tätig sind. Von diesen 26 Millionen sind heute 20,5 Millionen Arbeitnehmer, d. h. Menschen, die nicht Eigentümer oder Miteigentümer von Produktionsmitteln sind, d. h. wir sind zu einem Volk geworden, bei dem die Selbständigen weit in den Hintergrund getreten sind. Diese Arbeitnehmer, die keinerlei Eigentumsrechte an Produktionsmitteln haben, haben ein Recht darauf, daß sie für die Wechselfälle des Lebens gesichert sind.

Als England während des Krieges in gewissen Schwierigkeiten war, da hat der damalige Premierminister zu den Arbeitern in England gesagt: Wir können Euch momentan mit dem besten Willen kein echtes Äquivalent für die Arbeit geben, die Ihr heute leisten müßt. Aber wir versprechen, Euch dafür nach dem Kriege eine gerechtere Sozialordnung zu geben, als sie seither in England war. Und man hat damals schon während des Krieges Lord Beveridge, den großen englischen Sozialpolitiker, damit beauftragt, in Verbindung mit anderen dafür zu sorgen, daß die notwendigen Unterlagen bei der Beendigung des Krieges fertig waren. Und dann hat man die Sozialordnung, die aus dem Beveridge-Plan erwachsen ist, zur Wirklichkeit für die englischen Arbeitnehmer werden lassen; ein Fortschritt, den die Arbeitnehmer vorher nicht für möglich gehalten haben.

Kollege Erhard hat es heute morgen gesagt, wir standen nach dem Kriege vor einem Trümmerhaufen, unser Volk hat gehungert in all den Gebieten, wo nicht die Agrarwirtschaft noch eine größere Bedeutung hatte. Und zu welchen Bedingungen haben denn die Arbeitnehmer dann die Arbeit aufgenommen? Zu welchen Bedingungen haben sie ihre Arbeitskraft zur Verfügung gestellt? Es ist bestimmt so, daß wir damals im Wirtschaftsrat die ersten Voraussetzungen dafür schufen, daß wieder Freiheit für den Unternehmer wie für die Arbeitnehmer geschaffen



Im Gespräch mit ausländischen Gästen: Von links neben Dr. Adenauer Nationalrat Dr. Withahn und Generalsekretär Kommerzialrat Moser, Abgeordneter Cassel, Stellvertretender Vorsitzender der Högerpartei Schwedens, Staatsminister Lefèvre, Präsident der NEI und der Christlichen Volkspartei Belgiens.

Bundesgeschäftsführer Dr. Kraske mit Dr. Krone.



wurde. In der ersten Zeit haben dann unsere arbeitenden Menschen für Löhne gearbeitet, die eine so geringe Kaufkraft hatten, daß damit nicht einmal das primitivste Leben in Ordnung finanziert werden konnte. Diesen Menschen muß man, wenn man in der Zukunft die breiten Schichten unseres Volkes politisch bei den Christlichen Demokraten halten will, eine Sozialordnung geben, die die Arbeitnehmer in allen Wechselfällen des Lebens vor Not schützt. Wenn wir das nicht fertigbringen, dann werden wir diese Menschen nicht mehr im Glauben an uns erhalten.

Nun haben wir in der Zeit, und das hat Herr Kollege Blank auch dargelegt, auf sozialpolitischem Gebiet sehr viel geleistet. Wir haben mit dem Ansteigen des Wirtschaftsproduktes auch diejenigen wieder zu einer anständigen Lebensgrundlage gebracht, die nicht mehr oder nicht mehr ganz ihre Arbeitskraft in der Wirtschaft zur Verfügung stellen können.

Nun sehen wir schon seit einer gewissen Zeit in unserem Volke an den verschiedensten Stellen immer wieder die Frage auftauchen: Tun wir auf sozialpolitischem Gebiet nicht zu viel? Man spricht davon, daß 35 Milliarden DM allein für den sozialen Sektor verbraucht werden. Nun ja, man kann das sagen, wenn man alle Beitragszahlungen an die Sozialversicherungsträger mitrechnet. In den 35 Milliarden DM sind aber auch alle Kriegsfolgelasten enthalten, die wir heute bezahlen müssen. Ist es denn in Wirklichkeit im alten Sinne eine sozialpolitische Angelegenheit, daß wir in der Zukunft 4 Milliarden DM für die Kriegsoffer ausgeben müssen? Ist es eine sozialpolitische Angelegenheit, die sich daraus ergibt, daß wir den Menschen, die als Vertriebene und Flüchtlinge zu uns gekommen sind, eine anständige Lebensgrundlage geben müssen? Das sind Dinge, die man in anderen Gebieten der freien Welt, wo man die sozialen Fürsorgemaßnahmen hat, richtig als Kriegsfolgelasten bezeichnet.

Wenn man von 35 Milliarden DM Soziallasten spricht, dann gibt es bei uns in Deutschland sehr viele Leute, die meinen, der Staat müsse aus seinem Budget 35 Md. DM für die Aufrechterhaltung unserer Systeme der sozialen Sicherheit ausgeben. Das ist ja gar nicht wahr! Wir geben insgesamt und rund gerechnet heute für die soziale Sicherheit unserer Arbeitnehmer 26 Milliarden DM aus. Davon werden aber von den Arbeitnehmern und ihren Arbeitgebern 21 Milliarden DM als Beiträge aufgebracht, und aus dem Staatsbudget sind es sage und schreibe 5 Milliarden DM, die da hineinfließen. So soll man die Dinge sehen.

Und die Christlichen Demokraten haben es durch eine gesunde Wirtschaftspolitik und durch eine gesunde soziale Anpassung an die jeweiligen Möglichkeiten letzten Endes so weit gebracht, daß etwa die Hälfte unserer deutschen Arbeitnehmer bei der letzten Wahl der Christlich Demokratischen Union ihre Stimme gegeben hat. (Lebhafter Beifall.) Das dürfen wir doch nicht vergessen! In dem Moment, – das sage ich in aller Offenheit – wo in den breiten Volksschichten der Glaube an uns und unser soziales Wollen zu stagnieren beginnt oder zurückgeht, werden wir diese Leute, die uns gewählt haben, in der Zukunft nicht mehr als Wähler für uns haben.

Wir haben im vergangenen Jahr die Frage vor uns gehabt, inwieweit wir die Kriegsopferversorgung verbessern sollten. Man hat gedruckt und hat schließlich mit 550 Mill. DM Angebot angefangen, sich nachher auf 700 Mill. DM hinaufsteigern lassen, und unter dem Druck der Verbände stehen wir heute bei 1,2 Milliarden DM. Das sind Dinge, die uns zwar nachher die Zahlungsverpflichtungen bringen, wo aber die anderen sagen, das wäre nie gekommen, wenn wir nicht Spektakel gemacht und gesagt hätten, wir marschieren nach Bonn und werden denen das beibringen.

Wir stehen momentan in der großen Debatte über die Krankenversicherungsreform. Darauf ist von meinen Kollegen schon hingewiesen worden. Was wird hier eigentlich gewollt? Ganz bestimmt Vorbildliches, nämlich ein Ausgleich zwischen der Zeit der Krankheit und der Invalidität. Das ist in dem uns vorgelegten Gesetzentwurf bestimmt eine großzügige Regelung. Aber dieser Gesetzentwurf enthält Bestimmungen, wonach der Kranke in der Zukunft einen wesentlichen Teil der Unkosten, die seine Krankheit verursacht, neben seinem Beitrag zur Krankenversicherung bezahlen soll. Kollege Blank hat mir bei einer Gelegenheit gesagt: Nun ja, das sind ja gar nicht ganz und gar meine Gedanken; in Deiner Vorlage von 1955 war die Selbstbeteiligung auch enthalten. Jawohl, aber damals hatten wir einen Krankenkassenbeitrag von etwa 5,5 v. H. der Lohnsumme. Heute sind es 8,5 v. H.

(Bundesarbeitsminister Blank: Also umso notwendiger!)

Mein lieber Kollege Blank, wenn in dem Gesetzentwurf Bestimmungen enthalten wären, die uns die Gewißheit geben, daß der Beitrag wieder auf die frühere Höhe gebracht wird, dann wäre ich mit Dir weitgehend einer Meinung. Aber der heutige Beitrag von 8,5 v. H. bedeutet doch letzten Endes, daß der Arbeitnehmer, der in der Woche 100 DM verdient, pro Woche selbst DM 4,25 und sein Arbeitgeber noch einmal DM 4,25 bezahlen müssen. Das ist letzten Endes eine Beitragshöhe, bei der m. E. Privatversicherungsgesellschaften auch die Leistungen mit finanzieren, die heute der Kranke bezahlen soll. Und da fängt die Sache an, für uns äußerst gefährlich zu werden. Man hätte das alles noch ertragen können, wenn diese Bestimmungen des Entwurfs nicht weitgehend damit begründet worden wären, daß die Arbeitnehmer hinsichtlich ihrer Krankenversicherung nicht verantwortungsbewußt wären. Ich sage Ihnen in aller Offenheit, daß dadurch, daß wir in den Zeiten der Überbeschäftigung Menschen in die Wirtschaft hineinnehmen mußten, die sonst auf Grund ihres Gesundheitszustandes nicht in Frage gekommen wären, die Krankenziffern steigen mußten. Das ist für mich so klar, wie nur irgend etwas. Aber es ist eine Beleidigung für unsere Arbeitnehmer, wenn man sagt, das bekommt ihr oktroyiert, weil ihr in euren Versicherungsträgern nicht verantwortlich genug seid. (Beifall.)

Ich gebe gerne zu, daß es Menschen gibt, die gegenüber einer Gemeinschaft, zu der sie gehören, nicht genügend verantwortlich sind. Das treffen wir aber in allen Gruppen unseres Volkes an; darüber wollen wir uns klar sein. 95 v. H. unserer gewerblichen Arbeitnehmer sind ihren Versicherungsträgern gegenüber mindestens so verantwortlich wie alle anderen Gruppen in unserem Volk. Und wenn nun 5 v. H. dazu über-

gehen, auf diesem Gebiet mit ihren Versicherungsträgern Schindluder zu treiben, dann gibt es, um das auszuschalten, andere Möglichkeiten, denn niemals hat der Kranke eine Bescheinigung über Arbeitsunfähigkeit selbst ausgestellt, sondern das hat der Arzt getan. (Unruhe.) Darüber müssen Sie sich vollständig im klaren sein. Man kann sich über die hier aufgeworfenen Probleme sehr wohl unterhalten. Wir müssen aber dafür sorgen, daß die erkrankten Arbeitnehmer nicht die Befürchtung bekommen, daß eine Krankenversicherung der Zukunft zum Teil schlechter wie in der Vergangenheit ist. Briefe, die diese Befürchtungen enthalten, haben wir ja wohl alle bekommen. Wir müssen unseren Arbeitnehmern, und insbesondere den christlichen Arbeitnehmern, wieder das Bewußtsein beibringen, daß sie auf sozialpolitischem Gebiet bei uns gut aufgehoben sind. (Lebhafter Beifall.)

Wenn heute morgen der Kollege Blank mit Recht gesagt hat: Wer war es denn, der in den letzten 80 oder 100 Jahren die Sozialpolitik bei uns entwickelt und nach vorn getrieben hat? Das waren nicht die Sozialisten, sondern das waren die christlichen Politiker. Damit hat er hundertprozentig recht, aber dieser Glaube an uns darf in der heutigen Zeit nicht verlorengehen, sondern wir müssen dafür sorgen, daß wir unseren Menschen draußen wieder sagen, unsere Sozialpolitik wird weiter in dem notwendigen Umfang fortgesetzt, soweit das also für den Arbeitnehmer eine Notwendigkeit ist.

Nun, in einer Zeit der Überkonjunktur geschieht allerlei, und ich will nicht von dem Pult weggehen, ohne noch etwas ganz anderes zu sagen: Wir bemühen uns zur Zeit darum, ausländische Arbeiter nach Deutschland zu bekommen, weil unsere Wirtschaftsbetriebe nicht mehr über die nötige menschliche Arbeitskraft verfügen. Darüber hinaus wissen wir, daß heute eine ungeheure Zahl von verheirateten Frauen, die in ihre Familien gehören, in die Betriebe gebracht wird, und ich habe den Gewerkschaftlern schon vor zwei Jahren, als sie das Plakat mit einem Kind herausbrachten, das da sagte: „Samstag gehört Papa mir!“ gesagt, ich würde mich freuen, wenn ich in der nächsten Zeit an den Plakatsäulen ähnliche Plakate sähe, auf denen das Kind sagt: „Mutti gehört die ganze Woche mir!“ (Lebhafter Beifall.)

Nur dann haben wir unsere Pflicht erfüllt, wenn wir, gleichgültig wo wir stehen, ob im Deutschen Gewerkschaftsbund oder in den Standesorganisationen, immer wieder den Grundsatz aufstellen: Es ist ungerecht, wenn man dem Familienvater eine kürzere Arbeitszeit gibt und dafür die Frau und Mutter zur Arbeit in den Industriebetrieben zwingt. Diese unsere Meinung sollten wir jedenfalls in der nächsten Zukunft sehr stark in unserem Volke sichtbar werden lassen. Dann brauchen wir nicht mehr darüber zu klagen, wie es der Herr Bundeskanzler in seinen Ausführungen gestern getan hat, daß wir die vielen „Schlüsselkinder“ haben. Nein, ich bin der Meinung, der Mann ist an erster Stelle verpflichtet, für die Sicherheit der Familie zu sorgen; er darf sich nicht auf den Standpunkt stellen, ich mache mir das Leben bequemer und angenehmer auch auf die Gefahr hin, daß dafür die Frau nicht mehr die Mutter der Kinder sein kann. (Lebhafter Beifall.)

Auf diesem Gebiet sollten wir in der Zukunft ebenso klar und deutlich unsere Meinung zum Ausdruck bringen. Dann bin ich der Überzeugung, daß unser deutsches Volk wieder daran glaubt oder weiter daran glaubt, daß es auf allen diesen Gebieten bei den Christlichen Demokraten eine sehr gute Unterkunft gefunden hat, und daran mitzuarbeiten, ist unser aller Aufgabe. Ich danke Ihnen vielmals. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Neinhaus:

Das Wort hat der Herr

Bundesarbeitsminister Theodor Blank:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe die Verpflichtung übernommen, heute abend um 20 Uhr in einer Wahlkundgebung in Heilbronn zu sprechen. Das zwingt mich, spätestens um 18.30 Uhr hier abzufahren. Ich sage das deshalb, damit nicht der Eindruck entsteht, ich würde dieser Diskussion ausweichen.

Herr Kollege Storch hat eben gesagt, die im Gesetzentwurf vorgesehene Selbstbeteiligung sei deshalb so schlecht in der Öffentlichkeit angekommen, weil man ihre Notwendigkeit mit dem Mißbrauch, den die Arbeitnehmer trieben, begründet habe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie, meinen Gesetzentwurf und seine Begründung daraufhin zu untersuchen, ob das stimmt. Ich zitiere aus „Grundgedanken zur Gesamtreform der sozialen Leistungen“, April 1955, folgenden Satz, Herr Kollege Storch:

„Um auch im Interesse der in der Versichertengemeinschaft Zusammengeschlossenen die Gewährung der Leistungen auf das Notwendigste zu beschränken und einen Mißbrauch zu vermeiden, sollen die Versicherten an den Kosten der Krankenpflege, ärztlicher Behandlung und Versorgung mit Arznei und Arzneimitteln in einem sozial tragbaren Maße beteiligt werden.“

(Bravo-Rufe. – Lebhaftes Heiterkeit.)

Präsident Dr. Neinhaus:

Das Wort hat nunmehr Herr Arndgen, Landesverband Hessen, nach ihm Herr Dr. Poepke, Landesverband Rheinland, danach Herr Ruf, Landesverband Nordwürttemberg.

Bundestagsabgeordneter Arndgen (Hessen):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Herr Bundeskanzler hat gestern in seinen Ausführungen davon gesprochen, daß die erfolgreiche Politik, die wir als Christlich Demokratische Union im Bundesgebiet seit dem Jahre 1959 geführt haben, nur dann auf die Dauer fortgesetzt werden könne, wenn wir auch im Jahre 1961 die Wahl gewinnen.

Er hat in seinen Ausführungen auch eine ganze Reihe Notwendigkeiten angesprochen, die recht bald und energisch in Angriff genommen werden müssen, wenn wir diese Wahl gewinnen wollen. Ich meine, daß zu diesen Notwendigkeiten, die wir beachten müssen, auch die Frage der Gesetzgebungsarbeit gehört.

Der Herr Bundeswirtschaftsminister hat schon heute morgen in seinen Ausführungen diese Dinge angesprochen, indem er auf die gefährliche Konzentration in der Wirtschaft verwies. Er hat angedeutet, daß in dieser Beziehung in der Gesetzgebung auch das eine oder andere zu geschehen hat, und der Kollege Katzer sprach in seinen Ausführungen davon, daß das sogenannte Umwandlungsgesetz, das geschaffen worden ist, um Schäden der Entflechtung zu beseitigen, von gewissen Machtsstrebern ausgenutzt worden ist, um damit ganz andere Ziele zu erreichen. Aber auch Gesetzentwürfe, die in der Diskussion stehen, müssen in der Beratung und der Durcharbeitung so behandelt werden, daß sie zumindest von dem Gros der Bevölkerung anerkannt und als gerecht angesehen werden.

Wenn nun, meine sehr verehrten Parteifreunde, jetzt die Diskussion um die Neuordnung der Krankenversicherung hier in diesem Saale stattfindet, dann kann man nicht sagen, daß alle Bestimmungen dieses Entwurfs von dem Gros der Bevölkerung als gerecht anerkannt werden. Wir befinden uns nicht von ungefähr hier in Karlsruhe. Wir sind mit unserem Parteitag nach Karlsruhe gegangen, um mit unserem Parteitag und mit den Ausstrahlungen, die von diesem Parteitag ausgehen, auf den Wahlkampf hier in Baden-Württemberg einzuwirken. Ich verrate Ihnen wohl kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, daß ich im Verlauf der beiden letzten Tage von einer ganzen Reihe Parteifreunde dieses Landes angesprochen und gebeten worden bin, dafür zu sorgen, daß auf diesem Parteitag ein Wort zur Neuordnung der Krankenversicherung gesagt werde. Dieses Verlangen ist nicht nur während der letzten Tage hier in Karlsruhe an mich ergangen, sondern, meine verehrten Parteifreunde, ich stehe an jedem Wochenende in Unterhaltungen mit den Versicherten, und auch die Versicherten, soweit sie unserer Partei angehören und die tagein tagaus an der äußersten Front des Kampfes um das politische Geschehen stehen, haben mich gebeten, dafür zu sorgen, daß hier ein ernstes Wort zu diesen Dingen gesprochen werde, damit unseren Menschen ein Instrument in die Hand gegeben werde, mit dem sie in der Lage sind, die wüste Wahlagitation, die draußen von der Sozialdemokratischen Partei und zum Teil auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund gegen die Christlich Demokratische Union geführt wird, abwehren zu können. Ich bin der Meinung, daß die Entschließung, die unser Parteifreund Scheppmann hier vorgetragen und begründet hat, auch von unseren Delegierten angenommen werden sollte. Denn dann ist ein Gegengewicht geschaffen gegen die Propagandawelle, die von seiten der SPD gegen uns in die Wege geleitet worden ist.

Der Herr Bundeskanzler – leider ist er nicht hier – ist auch eingegangen auf die rund 1200 Anträge, die im Ausschuß für Sozialpolitik eingebracht worden seien. Ich weiß nicht, der Herr Bundeskanzler hat es nicht näher erläutert, was mit der Nennung dieser Zahl gemeint ist. Aber ich glaube, daß es notwendig ist, zu dieser Zahl 1200 noch etwas zu sagen. Wir wissen alle, daß rund 80 v. H., etwas über 40 Millionen unserer Bevölkerung, irgendwie mit der sozialen Krankenversicherung zu tun haben. Es sind eine Unzahl von Organisationen, die sich berechtigt glauben, um die Interessen dieser rund 80 v. H. unserer Bevölkerung bemüht zu sein.

Es ist daher ganz natürlich, daß diese Organisationen mit Wünschen und Stellungnahmen an die Stellen herangehen, von denen sie glauben, daß sie Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben können.

Zum weiten hat ein sogenannter Referentenentwurf über ein Jahr lang in der Diskussion gestanden, und zwar in der Diskussion um die Neuordnung der Krankenversicherung. Wenn ich genau unterrichtet bin, ist diese Diskussion gewollt gewesen, um aus der gesamten Bevölkerung heraus Stellungnahmen und Anträge zu diesen Dingen zu bekommen. Wenn sie nun in einer derart großen Zahl eingelaufen sind, dann sollte man sich darüber freuen, weil man daraus die Anteilnahme der Bevölkerung zu diesem Thema erkennen kann.

Lassen Sie mich nun am Schluß – der Herr Bundeskanzler ist leider nicht mehr hier – noch auf ein Wort eingehen, das der Herr Bundeskanzler heute selber gebraucht hat, als er davon sprach, wenn jüngere Familienmitglieder sich in einer Sache nicht einig werden könnten, daß man dann an ein älteres Familienmitglied herangehen sollte. Diesen Gedanken habe ich besonders in mein Gedächtnis eingepreßt. Wenn der Herr Bundeskanzler hier wäre, würde ich ihm sagen, daß wir dies Wort als eine Einladung betrachten und daß wir zu gegebener Zeit, wenn notwendig, von dieser Einladung eingehend Gebrauch machen würden. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Neinhaus:

Das Wort hat Herr Dr. Poepke, Landesverband Rheinland. Nach ihm spricht, wie schon, wenn ich mich recht erinnere, angekündigt, Herr Ruf. Ich darf im Anschluß hieran bekanntgeben die Wortmeldung von Frau Berta Ebersoldt vom Landesverband Westfalen.

Dr. Poepke (Rheinland):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde!

Der Herr Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen hat gestern in sachlich und menschlich liebenswürdiger Weise der Sozialpolitik ein modernes Verständnis vom Psychologischen her gegeben, und er hat uns verständlich gemacht, warum der Mensch, der Arbeitnehmer, heute mit einem Mal, so scheint es uns, so viel Erwartung in die Soziale Politik setzt, und weshalb sie von ihm jetzt bis zum Fanatismus durchgeboxt und verteidigt wird. Offensichtlich sieht der Arbeitnehmer immer wieder, wie er durch die Sozialpolitik den Weg zur Gleichachtung, den Weg zu seinem Recht gehen konnte. In dem Fanatismus steckt aber nun noch ein bißchen mehr drin; der Arbeitnehmer hat noch nicht die objektive, die sachliche Freiheit gefunden, er hat noch nicht den sicheren Weg eingebahnt, den er im gesellschaftlichen Gefüge hat. Es gilt, ihm die ausreichenden Mittel zu gewähren, sich zu betätigen, und diese Mittel zu handhaben.

Der alte Marx hat dazu viel beigetragen. Das ist noch nicht bewältigt in ihm. Die Reste des Mißtrauens gegenüber Volk und Staat sind noch nicht überwunden. Ein anderes: Er kommt gar nicht in das schützende Gebäude, in das sichere Haus, in das tragende Mauerwerk, weil die ungeheure Mobilität der Gegenwart ihn nicht zur Ruhe kommen läßt und er

seinen Standpunkt nicht einnehmen kann, zumindest nicht in Ruhe. Die Tatsache, daß in dieser Stadt der erste Atomreaktor errichtet worden ist, sagt, daß wir aus einer Epoche industrieller Entfaltung in eine andere einrücken und eigentlich kein Ende abzusehen ist und damit auch nicht der gesellschaftliche Ruhepunkt. Diese ständig weitergehende technische Entwicklung setzt immer neue Bedingungen und bringt sie nicht zu dem notwendigen Ruhepunkt, der für eine gesellschaftliche, staatliche und politische Entwicklung für jedes Volk unentbehrlich ist.

Ich darf in diesem Zusammenhang an die Äußerungen des Herrn Dr. Krone von heute morgen erinnern, der den Begriff des „conservare“ – der in Köln negative Antwort gefunden hat – hier ins Plenum gebracht hat. Ich darf wohl meine Freunde von Köln so interpretieren, daß sie meinen: Wenn eine liberale oder konservative Konstruktion vergangener Epochen, vielleicht durch die Machtzusammenballung oder was sonst, sich bedrohlich im gesellschaftlichen Gefüge abzeichnet, und die Oberhand gewinnen könnte, dann opponierten sie dagegen.

Ich darf aber nach den Äußerungen, die Freund Katzer heute gemacht hat, es doch so sehen: Das Bewahren, was ewig richtig ist, lehnt kein Christlich Sozialer ab. Die Kräfte des Christentums, das was geschichtlich geschaffen hat, wird auch weiter als unentbehrlich für den christlich sozialen Arbeitnehmer angesehen. So wird es denn auch in der Zukunft weiter seine Bedeutung haben. Das, was uns geformt, getragen und uns den Glauben gegeben hat, das wird uns auch weiter die Kraft für den täglichen Arbeitskampf geben können.

Es wird ein wenig viel von der Persönlichkeit, die zur Freiheit berufen ist, geredet. Wir hören es als Christen gern. Wir haben uns die Frage zu stellen: Wieweit können wir das personale Leitbild in der technischen Gestaltung unseres Zeitalters etwa noch im Wirtschafts- und im Betriebsleben durchsetzen? Wären wir auf eine Insel gedrängt, niemand würde mir den Auftrag geben, einen Altar zu schnitzen, eine Kanzel herzustellen, wie das einmal so bewundernswert mit Seele und ganzer Kraft, mit persönlicher Hingabe geschah. Die Technik läßt dergleichen nicht zu und wir können nicht zurück, aber auch das, was technisch heute hergestellt wird, führt uns zur Andacht, zum Gebet, zu Gott.

In jedem modernen Gotteshaus ist es herausgestellt worden, daß wir es einigermaßen mit der Sicherheit zu tun haben, und der Wohlstand bringt uns noch stärker dahin. Leben wir nur dem Gedanken der Sicherheit, ist die Arbeitnehmerschaft nicht bereit, Opfer zu bringen in steuerlicher Leistung und Beitrag, auch für das, was auf dem Gebiete der Sozialversicherung verlangt wird? Gerade die Erklärung, die in Düsseldorf von den Sozialausschüssen herausgebracht worden ist, die hier auf diesem Parteitag eine Bedeutung hat, sagt doch, daß sie zur Erhöhung der Leistung bereit sind. Die Forderung „Panem et circenses“ – Brot und Spiele – ist noch von keinem geistig gesunden Arbeitnehmer heute oder gestern erhoben worden. Er will sich auch nichts schenken lassen. Das wäre auch nicht gut möglich; denn er selber ist ja Teilhaber der modernen Produktion in den Fabriken.

Freilich sind wir nicht erfreut über die hohen Leistungen, die ich heute in den öffentlichen Umverteilungsdruck zu bringen habe. Die Berech-

nung lautet: ein Facharbeiter gibt 42 v. H. seines Lohnes dafür her. Ist das nun die äußerste Grenze? Komme ich in den totalen Versorgungsstaat, wenn es 43 v. H. sein sollten? So labil ist nun unsere Gesellschaft und geistige Verfassung doch nicht, daß das unseren Zustand zu sehr ändern würde. Mehr als Kuriosum, aber es sei doch gesagt: Diejenigen, die so sehr die Selbstverantwortung, die Selbstbeteiligung des Arbeitnehmers fordern, – er selber läuft ja nicht auf diesem Wege –, sind eigentlich Beamte, leben selber in gesicherter Position. Es nimmt sich das so ein wenig neckisch aus, aber sachlich ist es jedem Menschen heute unmöglich, das Steuer um 180 Grad zu wenden. Das geht sachlich nicht, das geht psychologisch nicht. Die Politik ist immer die Kunst des Möglichen gewesen. Wir können nur Annäherungswerte erreichen, wenn wir der Meinung sind, eine Wendung wäre erforderlich. Stünde hier ein Arbeitnehmer aus dem Betriebe – das ist von dem Herrn Vorredner auch schon gesagt worden –, würde er erklären, wir können den Druck im Betrieb von der Gegenseite nicht aufhalten. Ich soll keinen Menschen überlasten. Die Klugheit müßte mir sagen, daß ich darauf Rücksicht nehmen muß.

Damit wird dieser ganze Bereich ein Politikum, eine politische Angelegenheit. Ich muß in einer demokratischen Situation mit meiner Politik beim Wähler ankommen; denn der Erfolg entscheidet. Und ein Wahlausgang wird mir sagen, ob ich richtig gehandelt habe. Der Verlierer scheidet aus, und wir wollen nicht verlieren. Ergo muß eine volkstümliche Politik getrieben werden, die uns den Sieg auch fernerhin garantiert. Der verehrte Herr Bundesminister Blank – er hat den Platz verlassen – hat heute gesagt, wir verstünden ihn manchmal nicht. Da ich nun vorhatte, das zu sagen, erkläre ich folgendes, wenn er auch nicht hier ist: Es ist eine dramatische Spannung in dem Problem entstanden, das uns längere Zeit bewegt, nämlich in der Krankenversicherungsreform. Auch seine nächsten Freunde ziehen nicht mit ihm. Ich müßte ihm also sagen, daß es zumutbar gewesen wäre, sich mit seiner Nachbarschaft zu unterhalten, wie er mit seinen Plänen durchkommt; denn wenn die ihm schon nicht den Mitgang gewähren können, wieviel schlimmer ist dann der Kampf draußen.

Ein zweites: Der Herr Minister hat gesagt, der Versuch, mit der Sozialdemokratie mit immer neuen Forderungen zu konkurrieren, sei falsch. Ich weiß nicht, auf welchen speziellen Fall er damit gezielt hätte. Ich für meinen Teil muß sagen, ich habe mit solchem Bezug nichts zu tun, und meine christlich sozialen Freunde haben das als eine empörende Angelegenheit von ihm empfunden. Seit wann sind Forderungen, wenn sie von christlicher Seite kommen und stark sind, denn zu vergleichen mit dem, was aus dem geistigen Wesen des politischen Gegners kommt. Oft genug waren christlich soziale Politiker scharf in ihren Forderungen. (Beifall.) Die Geschichte hat ihnen recht gegeben, und sie sind Sieger geblieben. Sollte etwa das revolutionär sein, daß für den Arbeiter im Falle der Krankheit die Lohnfortzahlung verlangt wird? Der Arbeiter will sich nicht zurückgestellt fühlen, will nicht zurückgestellt sein. Offensichtlich wird das einmal verwirklicht. Das Erstaunlichste dürfte aber dabei sein, daß wir eine Wirtschaftsform, ein Wirtschaftssystem und Menschen ha-

ben, die darin tätig sind (Beifall und Unruhe), daß auch dieser – offensichtlich einer der letzten – Schritte gelingen wird. Dann aber sollen wir das nutzen, was wir Kräftiges und Gutes getan haben, sollen in die Wählerschaft, in das Volk gehen (Beifall und Unruhe) und um die Seele dieses Volkes ringen, damit wir die politische Mehrheit gewinnen und die CDU auch weiter verantwortlich für Volk und Staat wirken kann. (Unruhe, Glocke des Präsidenten, Beifall.)

Präsident Dr. Neinhaus:

Meine Damen und Herren! Ich hatte die Glocke deswegen ertönen lassen, weil ich von meinem Platz aus sehen konnte, daß Herr Dr. Poepke am Ende seiner Ausführungen angelangt war und ich Sie bitten wollte, noch die 2 Minuten im Zuhören auszuharren. Es ist aber nicht mehr notwendig gewesen.

Nun möchte ich das Wort weitererteilen an Herrn

Dr. Witten (Hamburg):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will in dieser späten Stunde auf alles verzichten, was ich zu dem Thema „Soziale Krankenversicherung und ihre Reform“ zu sagen hätte und nur auf den wesentlichsten Punkt meines Anliegens eingehen.

Alles was der Herr Bundesarbeitsminister Blank heute morgen gesagt hat, kann man für mein Gefühl Wort für Wort unterschreiben, und man sollte wünschen, daß das, was er gesagt hat, auch in den Gesetzestexten, die aus seinem Hause kommen, ihren Niederschlag so finde, wie er gemeint hat, es uns hier vortragen zu sollen. Ich bin überzeugt, wenn der Geist, der hier aus seinen Worten heute morgen sprach, auch der Geist und der Inhalt des Gesetzestextes der Reform der sozialen Krankenversicherung wäre, gäbe es diesen Widerstand, mit dem unser Freund Blank sich jetzt zu beschäftigen hat, nicht.

Nun wäre auch noch einiges zu sagen zu den Ausführungen von Herrn Storch, aber ich will mich beschränken auf den Antrag, der von einigen Freunden der Sozialausschüsse hier vorgelegt worden ist und dem zuzustimmen, Sie gebeten wurden. Meine Damen und Herren, ich würde Sie sehr herzlich bitten, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Denn in der feinen Verpackung aller der Dinge, um die man herumgeht, fordert dieser Antrag von Ihnen eine Zustimmung zu einer ganz bestimmten Form einer Selbstbeteiligung in der Neuregelung der sozialen Krankenversicherung, die mit einer Krankenscheingebühr bezeichnet ist. Die Inanspruchnahmegebühr aus dem Gesetz des Bundesarbeitsministeriums ist dasjenige gewesen, was in der Vergangenheit den stärksten Widerstand gegen den Gesetzentwurf hervorgerufen hat. Alle die Argumente, die gegen die Inanspruchnahmegebühr des Gesetzentwurfes gelten und galten und weiterhin gültig sind und deren Bedenken ich voll unterstütze, sprechen mit gleicher Schwergewichtigkeit auch gegen eine Krankenscheingebühr. Jede pauschale Gebühr, die am Beginn der ärztlichen Behandlung steht, hat eine Unzahl von gesundheitspolitischen Bedenken und jede pauschale Gebühr wird nicht das nach sich ziehen, was nach der Meinungsbildung des Arbeitsministeriums und all der Freunde, die heute und ge-

stern zu diesem Thema gesprochen haben, notwendig ist: Der Erziehung des Menschen zu einem höheren Selbstverantwortungsgefühl in der sozialen Krankenversicherung.

Ich habe Ihnen vorzutragen, daß wir einen Antrag eingebracht haben, der sich stützt auf eine Meinungsbildung und Beschlußfassung im gesundheitspolitischen Ausschuß der CDU, ein Antrag, der Ihnen vorgelegt werden wird und verarbeitet werden wird. Dieser Antrag sagt in seinem entscheidenden Punkt: Pauschalgebühren werden dieses Ziel, nämlich die Hebung der Selbstverantwortung des Versicherten, niemals erreichen können.

Nun noch einige wenige Worte zu der weiteren Behandlung dieses Themas. Ich glaube, wenn wir die Worte des Bundesarbeitsministers, so wie er sie heute gesagt hat, in allem Ernst und in aller Eindeutigkeit in uns aufnehmen, dann ist das, was der Bundesarbeitsminister uns hingestellt hat, eine Reform der sozialen Krankenversicherung, an deren Endziel eine Situation stehen könnte, die etwa gleich ist der Situation des Privatpatienten in der Praxis. Ich frage mich, warum man, wenn man offenbar einen Leitstern hat, dem man nachstrebt, einem solchen erstrebungswerten Ziel, dem jeder deutsche Bürger zustimmen würde, warum man dann nicht auch die politischen Konsequenzen daraus zieht und politisch einmal dem Volke genau sagt, wohin man will und nicht zuläßt, daß das Volk sich mit Paragraphen herumzuschlagen hat, die aus dem Zusammenhang gerissen, von keinem Menschen verstanden werden. Wenn wir als Partei der Meinung des Bundesarbeitsministers zustimmen und ihr nachgeben – und ich hatte aus Ihrem Beifall den Eindruck –, daß das der Fall ist – dann wollen wir als politische Partei den Menschen in Deutschland sagen: Wir wollen eine Reform der sozialen Krankenversicherung, in der jeder Deutsche, ganz gleichgültig wo er steht, in die Nähe des Status oder in den Status eines Privatpatienten gebracht wird. Das versteht ein jeder Mensch, und es gibt Systeme, die durchaus geeignet sind, die Sozialversicherten in eine solche Situation hineinzusetzen. Es gibt das System der Kostenerstattung und es gibt das System der Kostendeckung, die in ihrer Wirkung den einzelnen Sozialversicherten dahinbringen, wo unser allgemein proklamiertes Ziel ihn hinbringen sollte. Ich weiß, daß der Bundesarbeitsminister und sein Haus im Grunde ihres Herzens solchen Systemen sehr wohl zustimmen würden und glücklich wären, wenn sie ein solches System erreichen könnten, daß sie nur die Sorge und die Befürchtung haben, daß politisch solche Ziele nicht zu erreichen sind. Ich glaube, wenn wir als Partei mit dem Bundesarbeitsminister, dem Kabinett und seinen Freunden einmal ganz eindeutig sagen würden, daß wir als Partei einen solchen Weg, der eine echte Reform in sich bergen würde oder ein echtes Vorwärts im Sinne einer freiheitlichen Gestaltung innerhalb der sozialen Krankenversicherung nach sich ziehen würde, unterstützen würden, dann würden sie auch den Mut haben, wirklich zu einer echten Reform zu kommen und nicht an Vorschriften hängen zu bleiben, die sehr viel Widerstand in der Bevölkerung nach sich ziehen.

Ich glaube, die Diskussion um dieses Problem wäre dann am besten gelöst, wenn durch unsere Zustimmung zu den Ausführungen von Herrn Blank es nicht bei Deklamationen bleibt, wie er sie heute uns sehr schön

vorgetragen hat, sondern wenn diese Meinungsbildung, die wir alle unterstützen, auch ihren gesetzgeberischen Niederschlag findet und wirklich den Weg zu einer freiheitlichen Gestaltung der Sozialversicherung bringt.

Präsident Neinhaus:

Ich darf zunächst sagen, daß der Antrag, soweit ich unterrichtet bin, heute vormittag dem Redaktions-Komitee überwiesen worden ist. Falls das etwa nicht der Fall sein sollte, wird die Überweisung sofort erfolgen. Es haben sich nunmehr noch 2 Sprecher zum Wort gemeldet und zwar Herr Dr. Dittmar von der Exil-CDU, ferner Herr Johannes Müller vom Landesverband Berlin.

Ich darf den Bundesparteitag sehr bitten, die vorbildliche Aufmerksamkeit, die er nach den großen 3 Referaten des heutigen Vormittags, am heutigen Nachmittag dann den Ausführungen der Diskussionsredner, hat zuteil werden lassen, nun noch für die beiden letzten Redner, mit denen dann die Rednerliste für heute geschlossen sein wird, auch noch zu widmen. Wir werden dann, schätze ich, kurz nach 19 Uhr fertig sein.

Ich erteile nunmehr das Wort Herrn

Dr. Dittmar (Exil-CDU):

Meine Damen und Herren! Heute sind sehr viele Dinge, meist reichlich kritischer Art, zu dem ausgeführt worden, was unser verehrter Freund Blank heute morgen unter großem Beifall gesagt hat. Darunter befanden sich wohl auch einige Blumen. Für eine Sache jedenfalls verdient unser Freund Blank wirklich, daß ihm ein Kranz überreicht wird, und zwar dafür, daß er erklärt hat, die Bundesregierung denke nicht daran, etwas von den vorhandenen sozialen Einrichtungen abzubauen. Er erwähnte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Rentenversicherungsreform, die ja das Kernstück der Sozialversicherungsreform 1957 gewesen ist. Damit ist natürlich vor allem das System der Rentenanpassung gemeint gewesen. Ich meine, wir sollten für diesen Willen, der hier zum Ausdruck gekommen ist, besonderen Dank dafür sagen, daß die CDU klar zum Ausdruck gebracht hat, daß für sie die Rentner keine konjunkturpolitische Manövriermasse sind. Demzufolge können wir also die Sicherheit haben, daß trotz der in absehbarer Zeit zu erwartenden finanziellen Schwierigkeiten die auftretenden Probleme gelöst werden, und daß alle Kunst der Finanzpolitik aufgewandt werden wird, um dieses Kernstück der Sozialreform zu sichern.

Nun möchte ich, unter Weglassung anderer Dinge, die ich glaubte zu den marktwirtschaftlichen Fragen sagen zu müssen, ein Wort zu dem ausführen, was Herr Dr. Elbrächter hier gesagt hat. Er führte aus, daß der konservative Politiker die Realitäten so sähe, wie sie seien. Der Parteitag ist sich wohl darüber einig, daß es kaum zu Recht besteht, wenn man sagen wollte, daß diejenigen, die sich nicht als konservative Politiker verstehen, die politischen Gegebenheiten weniger real ansehen. Denn es ist eine Tatsache, daß viele von unseren Leuten – insbesondere diejenigen, die in der Sozialpolitik stehen – die Realitäten deshalb genau kennen, weil sie genau am Mann, am Arbeiter und Angestellten stehen. Das ist wohl eine der entscheidendsten Sachen, die wir als politische Aufgabe mit zu verwirklichen haben.

Ich möchte sagen, es ist ein historischer Irrtum, anzunehmen, daß der konservative Politiker allein die Realitäten sieht. Das beweist die Zeit der Konservativen Partei vor 1914 und auch die Konservative Partei, etwa die Deutschnationalen aus der Zeit nach 1918. Wir haben, daß darf ich als einer der Gründer der CDU in Thüringen erklären, damals nicht daran gedacht, eine Konservative Partei zu gründen. Wir wissen auch, daß uns das Konservative nicht aufgegeben ist, höchstens in der Form, daß konservativ das Bewahren guter, alter geistiger Gehalte sein kann, nicht aber das Bewahren von Formen, die heute nicht mehr realistisch sind. Wir leben in der Bundesrepublik nach einem Grundgesetz, das uns aufgibt, ein sozialer Rechtsstaat zu sein. Das beinhaltet ein dynamisches Prinzip. Und dieses dynamische Prinzip – ich verweise etwa auf die Ausführungen von Prof. Süsterhenn bei verschiedenen Gelegenheiten dazu, z. B. in „Civis“ 51/52/1959 – dieses Prinzip verlangt direkt von uns, ständig den Geist des Fortschritts in sozialpolitischer Beziehung zu wahren. Altüberkommene Werte wollen wir bewahren, überlebte Formen jedoch abstreifen, wo immer wir können und müssen. Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Präsident Neinhaus:

Das Wort hat nunmehr als letzter Sprecher Herr

Johannes Müller (Berlin):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte angesichts der vorgerückten Stunde zu den vielen Diskussionsbeiträgen nicht noch einen weiteren hinzufügen, sondern nur noch einen Abänderungsantrag zu der bereits von meinem Vorredner behandelten EntschlieÙung stellen. Im Absatz 2 dieser EntschlieÙung steht am Schluß: „Die Leistung der Sozialen Krankenkassenversicherung soll aus Beiträgen und, soweit notwendig, aus Rezept- und Krankenscheingebühren gedeckt werden.“ Ich möchte nun folgenden Abänderungsantrag dazu stellen:

„Die Leistungen der sozialen Krankenversicherung sollen aus Beiträgen gedeckt werden. Eine Kostenbeteiligung darf nur im Rahmen eines sozial vertretbaren Maßes in Erwägung gezogen werden.“

Lassen Sie mich dazu kurz eine Begründung geben. Heute vormittag ist von Herrn Minister Blank und auch von anderen Rednern in diesem Zusammenhang gesagt worden, daß in der Regierungsvorlage nicht der Weisheit letzter Schluß enthalten sei. Die hier geforderte Krankenschein- und Rezeptgebühr ist nach meiner Ansicht auch nicht der Weisheit letzter Schluß, und nicht geeignet, um das zu erreichen, was eigentlich mit dieser Vorlage bezweckt ist. Ich kann mich nicht des Eindrucks erwehren, daß der Gesetzentwurf der Krankenversicherungsreform nicht immer richtig verstanden wird; gerade auch von unseren Gegnern nicht richtig in den Betrieben vorgetragen wird. Hier ist davon die Rede gewesen, daß Unruhe in die Betriebe kommt, eben weil nicht richtig vorgetragen wird. Es ist hier schon auf den § 187 der Regierungsvorlage hingewiesen worden. Wer ihn genau studiert, der ersieht daraus, daß es nicht in erster Linie darauf ankommt, mit der Selbstbeteiligung eine weitere Einnahme zu erzielen, sondern daß ein anderes Verhalten und Verhältnis sowohl

der Versicherten als auch der Ärzte angestrebt werden soll, das nicht durch eine Krankenschein- oder Rezeptgebühr, auch wenn sie noch so hoch ist, erreicht wird. Ich will hinzufügen, daß ein besseres Verhältnis der Versicherten zum Arzt hergestellt werden sollte. Der Patient soll endlich einmal erkennen, was seine Krankheit kostet und wie wertvoll eigentlich die Gesundheit ist. Deshalb bedarf es eben auch der Möglichkeit, daß der Versicherte eine Rechnung erhält bzw. erfährt, was seine Behandlung kostet. Hieran anknüpfend möchte ich in Übereinstimmung mit Herrn Scheppmann verlangen, nur in anderem Sinne: Nicht nur schöne Proklamationen, sondern auch einmal die christliche Soziallehre oder auch die christliche Sozialethik in der Praxis anzuwenden. Davon haben wir mehr, als wenn wir immer nur diesen Dingen Beifall zollen, in der Praxis aber daran vorbeireden. Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Präsident Dr. Neinhaus:

Meine sehr verehrten Parteifreunde!

Wir sind am Ende der Diskussion angelangt. Ich möchte allen denen, die in der Diskussion gesprochen haben, herzlichst danken. Ich bin überzeugt, wir alle sind es, daß die wertvollen, lebendigen und fruchtbaren Diskussionsbeiträge ihren Niederschlag finden werden in der weiteren politischen Arbeit, insbesondere in der gesetzgeberischen Arbeit unserer CDU im Bundestag, oder wo es sonst sein möge.

Ich darf Ihnen allen für das Aushalten und die Aufmerksamkeit danken und schließe für heute die Beratungen des Bundesparteitages. (Beifall.)

Schluß: 18.52 Uhr

4. Tag, Freitag, 29. April 1960

Schlußsitzung (5. Plenarsitzung)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Präsident Dr. Even

eröffnet die Schlußsitzung des 9. Bundesparteitages:

Ich habe zunächst die Ehre, noch einen weiteren europäischen Gast zu begrüßen, der erst heute eintreffen konnte. Es ist Herr Abgeordneter Seitlinger, neu gewählter Generalsekretär der Internationalen Union Christlicher Demokraten. (Lebhafter Beifall.)

Ich bitte Sie, Herr Präsident, die herzlichsten Wünsche entgegenzunehmen und die besten Grüße des Bundesparteitages mit nach Hause zu nehmen.

Ich habe dann weiterhin ein Telegramm bekanntzugeben, das uns zugegangen ist vom politischen Sekretär der Democrazia Christiana Italiens, Aldo Moro. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

„Wollen Sie bitte den herzlichen Wunsch der Christlich-Demokratischen Partei Italiens für eine erfolgreiche Arbeit Ihres Parteitages und zugleich den Wunsch entgegennehmen, daß durch die Bekräftigung Ihres Bekenntnisses zu den christlichen Grundsätzen im öffentlichen Leben Ihre Partei gestärkt aus diesem Parteitag an die Arbeit gehen möge für eine weitere erfolgreiche Politik der Freiheit, des Friedens und des Fortschritts für das deutsche Volk.“

(Lebhafter Beifall.)

Ich glaube, wir dürfen diese Glückwünsche erwidern mit dem zutiefst gefühlten Wunsch für das italienische Volk im allgemeinen und der Democrazia Christiana im besonderen, daß es ihr gelingen möge, so schnell wie möglich ein weiteres stabilisierendes Element in Italien zu bilden und die Schwierigkeiten so schnell wie möglich zu überwinden, die im Augenblick die italienische Politik kennzeichnen. (Lebhafter Beifall.)

Wir kommen damit, meine sehr verehrten Parteifreunde, zum Referat des Bundestagspräsidenten über das Thema

WOHLSTAND – UND WAS SONST?

Darf ich bitten, das Wort zu nehmen, Herr

(Von starkem Beifall begrüßt)

Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier:

Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren!

In seinem Buch „Der Sowjetmensch“ erzählt Klaus Mehnert, wie er nach einjähriger Pause 1932 wieder nach Moskau kam und dabei auf einen neuen politischen Begriff von großer Bedeutung für die künftige Entwicklung des kommunistischen Staates stieß, nämlich den des Wohlstandes. Das Wort war an die Stelle eines sozialistisch-kommunistischen Bekenntniswortes von grundlegender Bedeutung getreten, nämlich an die Stelle der Gleichheit.

Am 23. Juni 1931 hat Stalin in einer umwälzenden Rede dem historischen Leit- und Lieblingsgedanken des Sozialismus von der Kommune und Gleichheit den Abschied gegeben und den Akkordlohn und die Ungleichheit in der kommunistischen und sozialistischen Gesellschaft proklamiert. Ich zitiere Stalin aus jener Rede; er hat gesagt:

„Es darf nicht geduldet werden, daß ein Walzstraßenarbeiter in der Eisenhüttenindustrie denselben Lohn erhält wie ein Aufräumer. Es darf nicht geduldet werden, daß ein Lokomotivführer denselben Lohn erhält wie ein Schreiber . . . Die Gleichmacherei führt dazu, daß der unqualifizierte Arbeiter kein Interesse daran hat, sich zum qualifizierten Arbeiter fortzubilden . . .“

So Stalin im Jahre 1931. Wie ein Sturm fuhr diese Rede Stalins in die ideologische Märchenwelt des Weltkommunismus. Sie zerfetzte mehr als hundertjährige marxistisch-sozialistische Lieblingsträume und setzte an ihre Stelle den auch noch rigoros gehandhabten und hart, ja brutal gestaffelten Leistungslohn. Einige Jahre später wurde ein Wort der Heiligen Schrift, zwar ohne Quellenangabe, aber doch buchstäblich in die Verfassung der Sowjetunion von 1936 aufgenommen. Es ist meines Wissens das einzige Bibelwort, das es auf diese Weise in der Sowjetunion zu Ansehen brachte. Es stammt aus dem 2. Thessalonicherbrief des Apostel Paulus und heißt schlicht: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ So Artikel 12 der Verfassung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Es ist möglich, daß der von Marx und Lenin erzogene Doktrinär Stalin sich nicht gerne dergestalt von der Vorstellung des revolutionären Marxismus trennte, daß der Mensch in dem Augenblick nämlich ganz von selbst freudig arbeiten werde, in dem er nicht mehr für den fremden Kapitalisten, sondern für die Wohlfahrt der sozialistischen Gesellschaft tätig sei. Von dieser Wahnvorstellung hieß es Abschied nehmen, wenn sich Rußland, wenn sich der sozialistische Sowjetstaat behaupten wollte. Stalin hat mit allen anderen als sanften Methoden dafür gesorgt. Rücksichtslos hat er Arbeit und Leistung verlangt, und rücksichtslos hat er durch ein scharf differenziertes Lohnsystem mit niedrigen Grundlöhnen und hoher Leistungszulage – dem sogenannten Bonus – das individuelle Erwerbsstreben angestachelt

Was zu Stalins Zeiten schon als nackte Selbstbehauptung des kommunistischen Staates gegenüber dem närrisch-tödlichen Erbe einer kommunistischen Lieblingsidee notwendig war, das hat Chruschtschow übernommen und eine neue Epoche des Weltkommunismus darauf begründet. Stalin war es trotz Leistungslohn und Prämien nicht gelungen, die privaten Bedürfnisse der Bevölkerung auch nur annähernd zu befriedigen. Der Umbau Rußlands aus einem Agrar- in einen modernen Industriestaat, eine phantastische Rüstung, der Krieg, die Propaganda, die Kosten spektakulärer Experimente, der Sputnik und eine weltweite subversive Tätigkeit – das alles hat das russische Volk, hat den russischen Arbeiter bis jetzt um die Früchte seines Lohnes und Fleißes gebracht. Es gibt indessen Anzeichen dafür, daß Chruschtschow erkannt hat, daß Rußland mitsamt seinen Sputniks und Atombomben den Ländern der freien Welt erst dann nicht mehr unterlegen ist, wenn es die Bedürfnisse der breiten Masse in

ähnlicher Weise befriedigen kann, wie die Vereinigten Staaten von Amerika, England oder – ich sage das mit Bescheidenheit – auch wir. Ich glaube, daß wir uns mit einiger Vorsicht darauf einstellen müssen, daß diese Erkenntnis die Weltpolitik der Sowjets und die Ausrichtung ihrer Wirtschaft so tiefgreifend bestimmt, daß man von einer neuen Epoche des Weltkommunismus reden darf. Auch die Sowjets haben erkannt, daß der Krieg, jedenfalls der große Krieg, sowohl als Mittel der nationalen Politik wie der Weltrevolution, bei dem bestehenden Gleichgewicht des Schreckens sinnlos geworden ist. Militärische Stärke wird zwar schon zur Behauptung des Gleichgewichts nach wie vor für notwendig gehalten, aber militärische Stärke allein genügt nicht mehr, um den Kampf um die Welt zu gewinnen. Wer die steigenden Bedürfnisse der rasant wachsenden Massenwelt am ehesten befriedigt, wer sich ihren Organisationsproblemen am sichersten gewachsen zeigt, der hat Aussicht auf die Weltherrschaft. Und so wird der Wohlstand aller auch für den Kommunismus schließlich zu einer Notwendigkeit der nationalen Stabilität und, was uns angeht, zur Waffe im Kampf um die Welt.

Vorsicht ist angebracht. Aber ich denke doch, daß vor diesem Hintergrund auch wir Deutsche davon ausgehen dürfen, daß Sowjetrußland sowohl in Europa wie in Asien zwar nicht davor zurückscheut, auch mit dem Krieg zu drohen, daß es sich aber dennoch sehr vor ihm in acht nehmen wird. Ja, es wird sich einer – natürlich risikolosen – militärischen Entlastung zu stellen bereit sein, weil sie ihm vermutlich allein die Möglichkeit bietet, sich mit hinreichender Kraft umzustellen auf die Befriedigung unabweisbar gewordener Konsumbedürfnisse der Massen unter Beibehaltung seiner ehrgeizigen Sputnik-Experimente und ähnlicher Vorhaben. Das Feld, das weite Feld, auf dem dieser Kampf ausgetragen wird, ist für den Kommunismus bis auf weiteres keineswegs sein eigenes nationales Staatsgebiet, sondern die Welt der Entwicklungsländer. In seinem eigenen Staatsgebiet und Wirtschaftsraum kann nämlich der kommunistische Staat ja mit Zwangsmitteln dafür sorgen, daß sich bei ihm aus seiner gänzlich unbefriedigenden Erfüllung der Konsumgüterwünsche bis auf weiteres keine allzu großen Schwierigkeiten ergeben. Aber überall dort, wo der Kommunismus außerhalb seiner eigenen Staatsgebiete mit der freien Welt konkurriert, da muß er eben unter allen Umständen auch entsprechend materielle Leistungen erbringen.

Die große Kampffrage unserer Zeit ist also nicht mehr nur: Wer hat die größere Kanone? Sondern sie heißt: Wer bietet der Masse mehr, die freie Welt und ihre Wirtschafts- und Gesellschaftsformen oder der Kommunismus? Diesem Thema stellen wir uns. Chruschtschow rüstet sich darauf, über die starrenden Wände der Atomwaffen hinweg den Kampf um die Welt zu gewinnen mit einem energisch angestrebten größeren und billigeren Kapital- und Konsumgüterangebot des Kommunismus. Die Parole unseres Freundes Erhard „Wohlstand für alle“ ist damit zur Kampfparole um die Welt geworden. (Lebhafter Beifall.)

Ich sage noch einmal, damit ich dabei nicht mißverstanden werde, daß es dabei nicht nur um die Entwicklungsländer geht. Aber es geht einstweilen vordringlich um sie. Wir können es nur begrüßen, daß ihre Bedeutung für die weltpolitische Entwicklung auch in Deutschland erfaßt

wurde. Und noch mehr ist nahezu alles zu begrüßen, was das Parlament und die Regierung für die Entwicklungsländer Asiens und Afrikas sowie für die Investitionsländer Lateinamerikas tun und getan haben. Es darf unter uns kein Schatten eines Zweifels darüber bestehen – es ist ein goldenes Märchen, dem man immer wieder begegnet, wenn man durch die Welt reist, daß wir Deutschen unseren Wohlstand von den Apfelbäumen schüttelten –, daß wir mit unserem mühsam erworbenen Wohlstand eine unmittelbare Verpflichtung haben, der Freiheit und der Wohlfahrt nicht nur innerhalb unserer eigenen Staatsgrenzen, sondern darüber hinaus auch dort, wo Not am Manne in der Welt ist, zu dienen. (Lebhafter Beifall.)

Wir sind zwar keineswegs verpflichtet – das möchte ich denen unter uns sagen, die zurückhaltend sind bei diesem Thema – überall in der Welt Walzwerke zu bauen, wo wir darum angegangen werden. (Beifall.) Aber wir müssen uns ernsthaft darüber im klaren sein, daß es keineswegs Humanitätsduselei ist – wie manche immer noch denken, wenn sie es auch vorsichtigerweise nicht sagen – wenn wir über dieses Thema sprechen. Das ist es nicht; denn bei diesem Thema handelt es sich darum, daß wir es unserer eigenen Einsicht in den Wert und die Situation der Freiheit in der Welt und damit schließlich unserer eigenen Existenz schuldig sind, über die Entwicklungshilfe nicht nur zu reden oder sie den Amerikanern zu überlassen, sondern nach dem Maße unserer Kraft plan- und wirkungsvoll daran teilzunehmen. (Beifall.) Wir brauchen dafür nicht nur Geld, sondern auch geeignete Menschen und das ist ein Ruf an die deutsche Jugend. (Beifall.)

Vor allem aber brauchen wir, wie in allen Fällen ernster Not, nüchterne Einsicht und Besonnenheit. Zur Besonnenheit rechne ich in diesem Fall auch den Willen, sich nicht politisch erpressen zu lassen. Wir sollten z. B. ruhig davon ausgehen, daß die wenigsten Staaten, die jetzt ihre Unabhängigkeit erlangt haben, ernsthaft bereit sein werden, sie alsbald wieder an Moskau zu verlieren. Wenn wir das zu hurtig denken, dann unterschätzen wir den Freiheitswillen und die Moralität dieser unabhängig gewordenen Staaten. (Beifall.) Und zur nüchternen Einsicht rechne ich die in Deutschland meist verschwiegene Tatsache, – ich würde davon lieber nicht sprechen, bin es aber der Sache schuldig – daß trotz aller Entwicklungshilfe das Mißverhältnis zwischen Produktionssteigerung und Bevölkerungsvermehrung in den meisten Entwicklungsländern einseitig zu weitläufigen Grenzen hin zu vergrößern ist.

Das wird nicht gesagt, um die Bemühungen für die Entwicklungshilfe zu schwächen, sondern um vor Illusionen und Enttäuschungen zu bewahren. Wir richten unsere Blicke damit auf die „Herausforderung“; ich nehme den Toynbeeschen Begriff auf; die das Massenproblem unserer Zeit nicht nur für den Wohlstand der freien Völker bedeutet, sondern auch für einige ihrer sittlich-religiösen Überzeugungen. Diese „Herausforderung“ – das zeigt ihr Wetterleuchten im beginnenden amerikanischen Wahlkampf – wird auch von uns noch mehr verlangen als einen beträchtlichen Griff in unseren nationalen und privaten Geldbeutel.

193 Nun, meine Damen und Herren, schon der Ernst dieser Situation im Blick über die Welt müßte vor jenem billigen Snobismus bewahren, der

sich so oft in der an sich gewiß nicht unberechtigten deutschen Kritik des sogenannten Wirtschaftswunders breitmacht. Ich halte jedenfalls nicht dafür, daß es eine ausreichende Dokumentation des persönlichen geistigen Ranges ist, sich mit einer mehr oder minder herablassenden Kritik über die Tatsache hinwegzusetzen, daß uns in dem vergangenen Jahrzehnt mehr, weit mehr, als wir uns vor 10 oder 15 Jahren erträumt haben, zuteil geworden ist. (Beifall.)

Mein Thema ist überhaupt mißverstanden, wenn es als eine Geringschätzung des Wohlstandes gedeutet wird, des Wohlstandes jedenfalls, um den sich so viele in unserem Volke so bittere Mühe gegeben haben. Wer erlaubt uns, ihren Fleiß auf diese Weise gering zu achten, wer gestattet uns, über die Hilfen und Ansichten anderer, insbesondere Amerikas, hinwegzusehen, und wer ist berechtigt, unsere Regierung und ihre Wirtschaftspolitik dafür auch noch zu schelten? (Beifall.) Nein, das Thema dieses Vormittags ist für uns kein Symptom des Überdrusses. Aber es ist eine Gewissensfrage, der sich die größte politische Kraft Deutschlands – und das ist die CDU – heute mit Willen und Bewußtsein stellt auf ihrem Weg in die Zukunft.

Wohlstand – und was sonst? Das heißt für uns: Wo stehen wir heute mit dem, was Gott in den vergangenen 10 Jahren uns wiedergegeben hat, und was wollen wir damit machen? Die CDU Deutschlands steht damit freilich sogleich vor einer Frage, deren Beantwortung über ihr Wesen und Selbstverständnis radikal und programmatisch entscheidet. Es gibt in unserer Union – unbeschadet der Tatsache, daß wir uns als eine christliche und soziale Partei verstehen – bemerkenswerte Verschiedenheiten. Ich halte sie für bemerkenswerter, als sie auf diesem Parteitag in der Diskussion in Erscheinung getreten sind. Wir sind kein gußeisernes Gebilde, aber wir sind auch etwas profund anderes als eine bloße Koalition von Interessengruppen. Die CDU Deutschlands ist die politische Heimat vieler, die ein eigenes Gesicht und eine eigene Geschichte haben. (Beifall)

Selbstverständlich – sprechen wir es doch ruhig aus – hat uns die Einsicht in die zwingenden Notwendigkeiten deutscher Politik zusammengeführt, aber es gibt bei uns auch einige, über die bloße politische Zweckmäßigkeit weit hinausgreifende Gemeinsamkeiten. Und sie reichen bis in die Tiefen des Glaubens. Wir glauben z. B., daß der Wohlstand nicht der Zweck und das Ziel der menschlichen Existenz, sondern nur ein Mittel und eine Hilfe zur Freiheit und Unabhängigkeit des Menschen ist. (Beifall.)

Selbstverständlich handelt es sich hier um den Kernsatz dessen, was ich zu sagen habe. Alles andere wird nur noch eine Probe darauf sein: Der Wohlstand ist im Bewußtsein der CDU Deutschlands nicht der Zweck und das Ziel der menschlichen Existenz, sondern nur ein Mittel und eine Hilfe zur Freiheit und Unabhängigkeit des Menschen.

Der Materialismus, und zwar der kommunistische wie der bürgerlich-säkulare, mag in der maximalen Befriedigung der materiellen Bedürfnisse schließlich die letzte Bestimmung des Menschen sehen. Wir in der CDU widersprechen dem bis in die Realitäten der tagespolitischen Entscheidungen hinein. (Beifall.) Und wir werden alles tun, um die Vorstellung unseres Volkes von seiner Wirtschaft, von seinem Staat und der menschlichen Gesellschaft davon so weit wie immer möglich freizuhalten,

daß die maximale Befriedigung der materiellen Bedürfnisse die letzte Bestimmung des Menschen sei. Dagegen treten wir an.

Noch ein anderer, *profunder Unterschied trennt uns freilich mindestens von dem kommunistischen, möglicherweise aber auch von dem sozialistischen Sinn des Wohlstandes für alle.* Die Praxis des Kommunismus läuft nämlich eindeutig darauf hinaus, den angestrebten materiellen Wohlstand völlig auf den Staat zu gründen und durch ihn zu kontrollieren. Zwar schaffen der russische Leistungslohn und Bonus sehr differenzierte Einkünfte. Sie würden bei den geringen sowjetischen Einkommen- und Erbschaftsteuern auch binnen kurzem zu einer differenzierten und insoweit alles andere als kommunistischen Gesellschaft führen. Aber das alles wird von dem Überdruck des totalen Zwangsstaates um seine entscheidende persönliche Auswirkung gebracht. Denn der innere Sinn und die personenhafte Bedeutung des materiellen Wohlstandes beruht ja eben nicht nur darin, den Menschen von der Sorge um seine materielle Existenz zu befreien. Mindestens ebenso wichtig ist die ihm damit ermöglichte Freiheit des Werdens und die Unabhängigkeit der persönlichen Entscheidung. (Beifall.)

Und sie, gerade sie, wird der totale Staat immer verweigern, ganz gleichgültig, wie hoch oder niedrig das materielle Niveau ist, das er seinen Bürgern gestattet. In der Vernichtung des freien Bauerntums in Mitteldeutschland erleben wir die jüngsten trostlosen Beweise für diese Grundverfassung des manchem seltsamen Zeitgenossen so umgänglich und honett erscheinenden Kommunismus.

Wie ansprechend klingt dagegen jener Ruf aus Godesberg: Die Sozialpolitik unseres Staates habe „wesentliche Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich der einzelne in der Gesellschaft frei entfalten und sein Leben in eigener Verantwortung gestalten kann.“ Ich bekenne, daß mich dieser Satz aus dem Godesberger Grundsatzprogramm der SPD schon wegen seiner Erinnerung an die Hohe-Meißner-Formel der Jugendbewegung anzieht. Ja, ich habe mich daraufhin gefragt, ob sich in diesem Satz nicht so etwas wie der große Durchbruch des deutschen Sozialismus ankündigt, auf den zu hoffen wir um Deutschlands und um der Würde des Menschen willen nicht müde werden sollten. Ich kann dem Godesberger Programm auch nur zustimmen, wenn es fordert: „Das System sozialer Sicherungen muß der Würde selbstverantwortlicher Menschen entsprechen.“

Wir Christlichen Demokraten sollten unbefangen genug sein uns zu fragen, ob das nicht der Ton ist, der uns nach den erbitterten politischen und ideologischen Auseinandersetzungen eines ganzen Jahrhunderts am Ende auf eine breite, gemeinsame Grundlage der Gesellschafts-, der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland hoffen läßt? Haben wir Christlich Sozialen nicht seit einem Jahrhundert ein System der sozialen Sicherung angestrebt, das der Würde des selbstverantwortlichen Menschen entspricht? Haben sich die Sozialdemokraten inzwischen zu den gleichen Zielen und Vorstellungen durchgerungen? Haben Sie sich von dem Gedanken getrennt, daß die Wohlfahrt des einzelnen und seiner Familie auf die sozialisierte Gesellschaft, auf die Versorgung durch das

Massenkollektiv Staat gegründet werden müsse? Und wir haben dem von eh und je widersprochen. (Beifall.)

Denn wir sahen den Weg zu Wohlfahrt und Freiheit nie in der immer engeren kollektiven Verflechtung des einzelnen, nie in seiner sozialen Auslieferung an den Staat oder in seinem Verfallensein an mächtige Gesellschaftsgruppen. Wir sahen den Weg dazu ganz im Gegenteil in der Förderung alles dessen, was seine Unabhängigkeit, seine persönliche Verfügungsgewalt und seine Familie zu stärken vermochte. Das bescheidene, aber eigene Familienheim war nicht nur unserem Freund Lücke, sondern auch uns allen immer unvergleichlich viel wichtiger für den einzelnen wie für das Volk als das Miethaus einer noch so großen und mächtigen Genossenschaft. (Lebhafter Beifall.)

Deshalb – und es ist dem protestantischen Theologen eine Lust, das auszusprechen – sagten wir mit Quadragesimo anno: „Eigentum für alle!“ (Lebhafter Beifall.)

Ob dieses Eigentum, wie es nun die Sozialdemokraten mit ihrem Godesberger Programm wollen, „aus steigendem Einkommen“, also über den Lohn, oder ob es, wie unsere Sozialausschüsse wollen über eine produktive Ertragsbeteiligung, über die Förderung der Familie, über die Volksaktie und ähnliches gebildet wird, diese methodischen Verschiedenheiten halte ich zwar für bedeutend, aber ich bin mir nicht ganz sicher, ob sie unter allen Umständen ausschließende Gegensätze sein müssen.

Ich weiß, daß es ohne die Öffentliche Hand in Deutschland bis auf weiteres nicht möglich ist, jenes Maß von Daseinsvorsorge zu realisieren, auf das der redlich Arbeitende, der Arbeitsunfähige und der Rentner im sozialen Rechtsstaat einen Anspruch haben. Ich bekenne mich damit zu dem Grundsatz der Subsidiarität und der Solidarität. (Beifall.) Aber ich kehre damit zu meiner Frage von Kiel zurück, wenn ich die SPD des Godesberger Programms frage, wie sie denn die eigene Vermögensbildung – auch bei steigenden Löhnen – und die Selbstverantwortung des Menschen, von der sie so beredt spricht, durchgreifend ermöglichen will, wenn erstens ein unvertretbar großer Teil des individuellen Arbeitsertrages durch die öffentliche Hand weggenommen wird und zweitens das Sozialprodukt am Ende nicht entsprechend steigt? Und drittens, meine Damen und Herren, ich muß Sie fast um Nachsicht bitten, aber ich bin bestärkt durch ein Plakat, das ich gestern Abend gelesen habe. Ich bin eigentlich altmodisch genug hinzuzufügen: Und wenn nicht ernstlich gespart wird. (Sehr gut! – Beifall.)

Ich weiß, daß es Leute gibt, die sagen, das ist eine altbackene württembergische Weisheit. Ich habe also gestern Abend nicht im alten Württemberg, sondern im klassischen Baden ein Plakat gelesen, das Plakat für die Bezirkssparkasse Ettlingen: „Mit sparen fängt Dein Wohlstand an!“ Man sollte das Plakat prämiieren! (Beifall.)

Nun, meine Damen und Herren, der Deutsche Industrie- und Handeltag hat kürzlich erklärt, daß das gute Verhältnis zwischen Privatwirtschaft und öffentlicher Hand als gestört angesehen werden müsse, weil bei einem Bruttosozialprodukt von 260 Milliarden DM heute 40 Prozent

in die öffentlichen Haushalte gingen. Ich habe in Hamburg und in Kiel gesagt, und das hat mindestens die Diskussion der letzten 1½ Jahre in der CDU befruchtet, daß wir im wesentlichen die Grenzen des sozialen Rechtsstaates erreicht hätten. Inzwischen hat der Bundesarbeitsminister, unser tapferer Freund Blank (lebhafter Beifall), bündig bewiesen, daß das Rezept der sozialistischen Sozialpolitiker – in meinem Manuskript habe ich hingeschrieben: dem wir am Ende immer wieder Zugeständnisse gemacht haben – zu einer Überlastung der Arbeitseinkommen führt, und zwar zu einer Überlastung, die einfach nicht mehr vertretbar ist. (Beifall.)

Vor diesem Zustand und seinen Konsequenzen zu warnen, darauf kam es mir mit jenem Wort in Hamburg und in Kiel an. Ich wollte und will damit – das möchte ich noch einmal meinen Freunden von den Sozialausschüssen (ich bin um ein faires gegenseitiges Verstehen bemüht) versichern, damit sie sich auch öffentlich darauf berufen können – sagen, daß ich mit meinem Wort von den Grenzen des Sozialstaates nicht sagen wollte und nicht sagen will, daß z. B. die für die soziale Sicherung im Bundeshaushalt 1959 ausgeworfenen Beträge von 13,9 Milliarden DM nicht mehr überschritten werden dürfen. Das will ich gar nicht sagen. Dieses Überschreiten ist aber nur dann möglich, wenn mit dem steigenden Sozialprodukt sich auch die Staatseinnahmen erhöhen, und wenn man nicht nur die altbackene Weisheit hat: Schreibt mehr Steuern aus, immer mehr Steuern! Das ist kein Rezept für uns. Wenn sich mit dem steigenden Sozialprodukt auch die Staatseinnahmen erhöhen, dann können auch die für die soziale Sicherung im Staatshaushalt ausgeworfenen Zuschüsse erhöht werden. Wir haben 1959 13,9 Milliarden DM aufgebracht. Ich bitte um die Erlaubnis meines Freundes Eitzel, wenn ich sage, daß die Schätzung für 1961 sich auf 16,5 Milliarden DM beläuft. Die Beträge steigen also. Die Grenzen des sozialen Rechtsstaates sind also nicht mit absoluten Zahlen zu ziehen. Das sollte klar sein. Aber ich bleibe dabei, daß eine Belastung des individuellen Arbeitsertrages des Lohn- und Gehaltsempfängers, die z. Z. etwa 30 Prozent beträgt, oft aber mit der Steuer 40 Prozent übersteigt, sicherlich die von der CDU, aber auch hoffentlich die von der reformierten SPD angestrebte selbstverantwortliche Eigentumsbildung praktisch unmöglich macht. (Beifall.)

Ich sage noch einmal: Wenn unser Wort „Eigentum für alle“ nicht leer bleiben soll, dann müssen wir dafür eintreten, daß ein vertretbar gerechter maximaler Anteil des Lohn- und Gehaltsempfängers am Arbeitsertrag stattfindet. (Beifall.) Ich würde dankbar sein, wenn auch meine Kritiker dies nicht überhören würden. Aber wir können und dürfen auch keinen Augenblick davon abgehen, daß dieser individuelle Anteil auf die persönliche Leistung gestellt und denkbar geschützt bleiben muß. Ich vermisste in dem Godesberger Programm der SPD jede klare, verbindliche Aussage darüber. Man kann ein vorsichtiges Ja dazu allenfalls der Formulierung entnehmen, daß der einzelne sein Leben „in eigener Verantwortung gestalten kann“. Nach unserem Verstand dürfte das gar nichts anderes heißen, als daß die soziale Existenz des Bürgers im wesentlichen eben nicht auf den Staat, sondern auf ihn selbst gegründet bleibt. Aber vor solchen Verdeutlichungen und Unmißverständlichkeiten haben

sich die Väter des Godesberger Programms der SPD offensichtlich mit allem Bedacht gehütet. (Beifall.)

Statt dessen ist von der staatlichen Mindestrente aller Bürger von der Gesundheitssicherung als staatliche Aufgabe, von der kategorischen Ablehnung der Reform der Krankenversicherung – die ja mit dem Gedanken der eigenen Verantwortlichkeit steht und fällt – und von der fortschreitenden Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Ausgleich des Einkommens die Rede, mit dem vagen Zusatz allerdings: „wie es die Entwicklung der Wirtschaft ermöglicht.“

Das sind Beispiele für den in vielem sehr unverbindlichen, schwebenden Charakter dieses jüngsten Programms der SPD. Es ist nicht zu übersehen, daß darin eine außerordentliche Reduktion der überkommenen marxistisch-sozialistischen Begrifflichkeit vollzogen ist. Es ist auch nicht zu übersehen, daß Text und Gedankenführung so etwas wie eine Infragestellung des herkömmlichen sozialistischen Kollektivdenkens verraten. Das Programm zeigt die Einbrüche, die unser sozial aktiver Personalismus auf dem Boden der heutigen Sozialdemokratie erzielt hat. (Beifall.) Insofern ist dieses Programm auch ein Ergebnis unserer Politik. Aber es wäre töricht, zu übersehen, daß seine wohlbedachten Formulierungen eben noch lange mindestens zwei sehr verschiedene Wege der politischen Praxis in der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Sozialpolitik zulassen. Trotz einiger bezaubernder Formulierungen schließt das Godesberger Programm der SPD eine sozialistisch versorgungsstaatliche Praxis nicht aus; aber es will anscheinend – wie lange? – auch über eine andere mit sich reden lassen.

Es ist im Interesse Deutschlands und der freien Welt, daß der Wandlungsprozeß im deutschen Sozialismus entschieden weitergeht und auch dort zu der programmatischen Anerkennung der Einsichten führt, denen wir uns in unserer Politik verpflichtet fühlen: daß am materiellen Wohlstand jeder nach dem vollen Maße seiner Leistung teilhaben muß, daß der Faulpelz und der Drückeberger nach dem Worte der Heiligen Schrift hingegen nicht mit ausgehalten werden, wohl aber der sozial Schwache, der Arbeitsunfähige und Rentner solidarisch daran teilhaben sollen. (Bundesarbeitsminister Blank: Sehr gut.) Insofern, meine Damen und Herren, stehe ich auch heute nach wie vor zu den Motiven, die uns veranlaßt haben, der dynamischen Rente zuzustimmen. Und ich halte das nicht für revisionsbedürftig. (Beifall.)

Trotz einiger Meinungsverschiedenheiten über die zweckmäßigsten Methoden ist die CDU Deutschlands in der Zielstellung einig. Sie ist aber auch darin einig, daß der materielle Wohlstand uns nicht in eine gesteigerte Abhängigkeit von der Großmacht des Staates oder anderer Kollektive bringt, sondern daß er uns die gesicherte Freiheit und innere Unabhängigkeit eines in eigener Verantwortung gestalteten Lebens ermöglicht. Dies wird nach der Sicherung der angemessenen Anteilnahme der Arbeitnehmer am materiellen Ertrag unserer Wirtschaft die entscheidende Bewährung der christlich-sozialen Gesellschaftspolitik sein. Dazu gehört gewiß auch der nachdrückliche Schutz vor der Großmacht des modernen Wirtschaftskollektivs. Bei allem Respekt vor der Freiheit der wirtschaftlichen Bewegung ist es deshalb unerläßlich, der fortschrei-

tenden Konzentration zum Anonymen nicht mehr überschaubarer Mammutunternehmen Grenzen zu setzen. (Beifall.)

Meine Damen und Herren, ein Parteitag wie der unsere sollte die Regierung, sollte seine Parlamentarier darin ermuntern, so etwas nicht nur Lippenbekenntnisse sein zu lassen. (Lebhafter Beifall.)

Ich stimme jedenfalls einem Satz zu, der kürzlich in Köln gesagt wurde: „Jeder wirtschaftliche Fortschritt muß zugleich auch einen Fortschritt hin auf eine gerechte Gesamfordernung bedeuten.“ (Lebhafter Beifall.)

Nun, wer wie wir den „Wohlstand für alle“ in dem persönlich verantworteten und verfügbaren Eigentum für alle sieht, der darf vor der breiten Eigentumsstreuung, vor der Kräftigung und Erhaltung des Klein- und Mittelbetriebes und damit vor der energischen Begrenzung der Konzentration unter keinen Umständen zurückschrecken. Das ist nämlich auch Personalismus. (Bravo-Rufe. – Lebhafter Beifall.)

Wir haben dies alles schon hundertmal gesagt, und wir haben uns bemüht, danach deutsche Politik zu machen. Gestern morgen haben wir eine Symphonie davon erlebt. Wir haben unsere Referate in keiner Weise aufeinander abgestimmt. Ich wußte nicht, was unser Freund Krone sagen würde. Ich konnte mir einigermaßen ausrechnen, was unser Freund Erhard programmatisch hier vortragen würde, und ich habe mich darüber gefreut, wie Blank mannhaft und tapfer seine Überzeugung hier vertreten hat. Ich möchte mich für das bedanken, was Heinrich Krone vor allem in Würdigung und Erklärung meines eigenen Standortes hier vortragen hat. Ich kann nur sagen, ich bin mit den drei Rednern von gestern soweit in so voller Übereinstimmung, daß ich mich gefragt habe, wozu soll ich darüber hier überhaupt noch ein Wort sagen. Nun, ich möchte heute auch nur die programmatische Bedeutung unseres personal und sozial verantworteten christlich-sozialen Begriffs vom materiellen Wohlstand für unsere Politik dokumentieren. Man kann nämlich nicht fragen: „Wohlstand – und was sonst?“, wenn man nicht zunächst den Begriff des Wohlstandes, wie wir ihn verstehen, klar und wirklich scharf zum Ausdruck gebracht hat. Das war meine Aufgabe bis jetzt.

Ein äußerstes Gegenstück zu diesem hier dokumentierten Grundbegriff des Wohlstandes, ein äußerstes Gegenstück zu dieser Dokumentation hat vor einigen Jahren Erich Kuby geliefert mit seiner Geschichte vom Mädchen Rosemarie. Es wird vielleicht einige Leute schockieren, daß so etwas auf einem Parteitag der Christlich Demokratischen Union angesprochen wird. (Heiterkeit.) Meine Damen und Herren, nehmen Sie daraus eine Bekundung dessen, daß wir uns bewußt sind, in einer nüchternen Welt zu leben, und daß wir gesonnen sind, uns dieser Welt, so wie sie ist, zu stellen. (Lebhafter Beifall.)

Nun, es gibt Leute genug, in Deutschland jedenfalls und neuerdings auch darüber hinaus, die jene Bilder des tristen Verfalls an Geldmacherei, technischem Komfort und Sexualität, wie sie Erich Kuby in seinem Mädchen Rosemarie vor uns hinstellt – für ganz besonders charakteristisch für unsere Zeit und für „den Staat von Bonn“ halten. Dafür halte ich jene Kubysche Dokumentation des dumpfen Gewissens nicht. (Lebhafter Beifall.)

Es gibt auf der anderen Seite Moralisten, die nicht müde werden, vom Staat, von der Regierung, vom Parlament eine Leistung zu verlangen, die einfach jenseits ihrer Möglichkeit und Kompetenz liegt. Persönliche Gesinnung läßt sich von staatswegen nun einmal weder verordnen noch erzwingen. (Lebhafter Beifall.) Der Staat kann und muß mit der Schule, mit der Pflege der Kultur und mit der Qualität seiner Sozial- und Rechtsordnung – ich nehme meinen Hut ab, weil wir hier in Karlsruhe sind, vor den hohen Rechtsinstitutionen, die in dieser Stadt wirken – Beispiel geben und normativ an der Bildung des öffentlichen Gewissens mitwirken. Aber er hat darauf, ebenso wie auf das nationale Bewußtsein, nur einen begrenzten Einfluß. Wer das nicht wahrhaben will, der bewegt sich in Illusionen, im freiheitlichen Rechtsstaat jedenfalls. (Lebhafter Beifall.)

Viele wohlgemeinte Forderungen und auch Kritiken sind einfach schon deshalb in den Wind geredet, weil der Einwirkung des freiheitlichen Staates auf den Personkern, das heißt auf das persönliche Denken und das Gewissen seiner Bürger grundsätzlich und praktisch Grenzen gezogen sind.

Ich sehe nicht, wie sich ohne diese Vergegenwärtigung von der kulturellen Verpflichtung unseres Staates und von der kulturellen Verpflichtung des materiellen Wohlstandes nüchtern reden läßt. Zwar ist der Mensch keineswegs nur im Wohlstand der Kultur verpflichtet. Sicher aber ist, daß steigende Wohlfahrt auch steigende kulturelle Verpflichtung bedeutet.

Nun können wir zwar beweisen, daß entsprechend unserem steigenden Volkseinkommen und Steueraufkommen auch die staatlichen Leistungen für kulturelle Aufgaben im weitesten Sinne sehr erheblich gestiegen sind. Hier sitzen eine Reihe von Kultusministern unserer Länder. Es wäre ihnen ein leichtes, das zu dokumentieren. Hier sitzt der Bundesinnenminister. Er kann das an einer Hand vorrechnen. Es ist mir zuwider, mit einer solchen materiellen und organisatorischen Dokumentation in diesem Zusammenhang auf einen Bereich einzutreten, der – wie ich meine – im besonderen dem Geist und der Seele der Deutschen vorbehalten ist. Selbstverständlich zielen wir mit dem Einsatz großer öffentlicher materieller Mittel für kulturelle Zwecke nicht nur auf die großzügige, zeit- und sachgerechte Lösung schulischer und wissenschaftlicher Aufgaben, wir zielen nicht nur auf die Heranbildung eines erstklassigen Nachwuchses, auf die Festigung der Gesundheit unseres Volkes, auf seine Konkurrenzfähigkeit. Das alles auch, aber wir möchten damit darüber hinaus auch alles Menschenmögliche für die Geistes- und Charakterbildung der Deutschen tun. Unsere Kulturpolitik und ihre materielle und ideelle Leistung möchte, um es kurz zu sagen, dazu helfen, daß unser Volk begreift, daß der Mensch von oben stammt und daß er sein Schicksal, seine Geschichte und Zukunft daraus begreift. (Lebhafter Beifall.)

Der Kongreß für die Freiheit der Kultur hat sich kürzlich dem interessanten Thema gestellt: „Der Intellektuelle zwischen Arroganz und Zerknirschung.“ (Heiterkeit.) Nun, auch wenn wir nicht glauben, daß diese Selbstbeschreibung der geistigen Situation des deutschen Intellektuellen erschöpfend ist, so möchten wir von dem materiellen Wohlstand doch

einen solchen Gebrauch gemacht sehen, daß davon die geistige Existenz in unserem Volk einen Gewinn hat und die Seele unseres Volkes davon nicht noch mehr bedroht wird. (Lebhafter Beifall.)

Das ist nun kein Fragezeichen, das wir hinter den Fleiß und die Leistung setzen. Nein, alles was für die Entlastung menschlicher Mühsal durch die modernen Hilfsmittel der Technik geschehen soll – dazu sagen wir energisch und großzügig ja. Ein Beispiel dafür: unsere Bemühung im Grünen Plan, nicht nur das und jenes zu tun, sondern auch alles zu ermöglichen, was der schwer bedrängten Bauersfrau hilft, ihre Situation zu bestehen. Aber es ist nicht nur erlaubt, sondern es ist geradezu notwendig, ein energisches Fragezeichen zu setzen hinter die Tendenzen zum Robotertum, hinter die Jagd nach dem Mammon, die auch nicht gerechtfertigt wird mit einer noch so hohen Wertschätzung des persönlichen Eigentums. Wir sind mißverstanden, wenn unsere unablässige Betonung, unsere unablässige Verfechtung des Eigentums für alle als eine Aufforderung oder gar als ein Freibrief zur Jagd nach dem Mammon verstanden wird. (Starker Beifall.)

Und wir heiligen diese Jagd nach dem Mammon erst recht dann nicht, wenn sie eigentlich nur so hochideale Ziele hat wie den neuen Fernseher, das noch bessere Auto, die noch größere Auslandsferienreise usw. usw. Das alles, meine Damen und Herren, sind Dinge, die man billigen kann. Wir sind keine Moralisten und Weltfremdlinge, die irgend jemand so etwas nicht gönnen. Im Gegenteil! Aber es sind auch alles Dinge, die nach unserer Überzeugung das Glück des Menschen so wenig ausmachen wie der Flug nach dem Monde. (Lebhafter Beifall.)

Daher, meine Damen und Herren, alles dagegen, daß sie erkauf werden mit dem schlichten Glück der Familie! (Sehr gut! – Starker anhaltender Beifall.) Alles dagegen, daß sie am Ende mitbezahlt werden mit dem Heil, auch mit dem Seelenheil unserer Kinder (erneuter starker Beifall), daß sie bezahlt werden mit einer unverantwortlichen Überarbeitung der Frau und der Kräfte, die aus idealen Motiven, nicht zu sagen aus christlichen Motiven, sich in unerläßlich notwendigen Dienstleistungsberufen verzehren. (Lebhafter Beifall.)

Ich nehme auf, was Frau Dr. Teusch uns gestern hier gesagt hat: das muß die CDU im ganzen hören, das darf keinen Augenblick überhört werden in dieser Situation unseres Volkes.

Wir haben alles dagegen, daß dieser ganze schöne Komfort zur technischen Zivilisation, von dem wir Gebrauch machen und Gebrauch machen möchten, bezahlt wird mit der Verödung der persönlichen Sphäre menschlicher Gemeinschaft. Dagegen haben wir alles. (Erneuter starker Beifall.)

Es ist an der Zeit, daß wir uns besinnen, welche Riegel vorgeschoben werden können, gegen die geradezu sinnlose, rigorose Überflutung mit den oft sehr zweischneidigen Reizen und Gaben nicht nur der technischen Zivilisation, sondern auch einiger grandioser „Kunstprodukte“, die jede Woche ganz billig an den deutschen Kiosken zu haben sind. Was für ein Spießbürgertum ist das, zu glauben, seinem eigenen Sozialprestige dies und das und jenes einfach schuldig zu sein!

Ich finde nicht, daß das eine billige Moralisierung ist; ich bin weit entfernt davon. Aber die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist es sich und unserem Volke einfach schuldig, weil es hoch an der Zeit ist, dagegen energisch Front zu machen, und zwar so Front zu machen, daß es ins öffentliche Bewußtsein dringt. Deshalb reden wir davon! (Lebhafter Beifall.)

Nun, ich kann mich hier nicht weiter in eine Auseinandersetzung über die geistige Situation und die kulturelle Qualität unserer Zeit oder – was in diesem Zusammenhang noch interessanter wäre – vielleicht unseres Staatsbewußtseins einlassen. Ich muß mich hier auf einige praktische Dinge beschränken. Die Christlich Demokratische Union ist in den vergangenen Jahren in steigendem Maße belastet worden von einer unerfreulichen Entwicklung des Verhältnisses von Bund und Ländern, und zwar besonders im Bereich der Kultur und der öffentlichen Meinungsbildung.

Ich habe mich nach den schönen und ergreifenden Worten unseres Ersten Vorsitzenden bei der Eröffnung gefragt, ob ich diesen Punkt überhaupt noch berühren sollte. Ich möchte es vor allem tun im Blick auf die Herren Ministerpräsidenten, weil ich glaube, daß wir ihnen ein differenziertes und sachliches Sprechen über diesen Punkt schuldig sind.

Im Bereich dieses Bildungswesens, und zwar der Schulen, der Hochschulen und der Forschung, sind Wünsche, ja Notwendigkeiten lautgeworden, die bei allem Respekt vor der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes, wie ich meine, auch von den Bundesorganen einfach nicht mehr ignoriert werden konnten und nicht mehr ignoriert werden durften. Insofern trifft nach meiner Überzeugung den Herrn Bundesinnenminister kein Vorwurf. (Beifall.)

Ich freue mich, daß durch das Zustandekommen und die Arbeit des Wissenschaftsrates, durch die Forschungsgemeinschaft und eine Reihe anderer zentraler Einrichtungen im Einvernehmen von Bund und Ländern Fortschritte gemacht worden sind. Ich freue mich, daß auch die Herren Kultusminister, jedenfalls von unserer Seite, offensichtlich derselben Meinung sind. Ich bedanke mich jedenfalls für die Unterstützung meines Freundes Storz, der mir Mut gemacht hat, das hier zu sagen. Aber es ist alles andere als ein Machtanspruch des Bundes gegenüber den Ländern, wenn darüber hinaus nach bundeseinheitlichen Regelungen gerufen wird, so zum Beispiel nach einem durchgreifenden bundeseinheitlichen Schul- und Hochschulplan und dergleichen. Ich glaube, daß die Bundesrepublik einfach zu klein ist, um solche Wünsche auf die Dauer zu ignorieren. (Lebhafter Beifall.)

Sicher, die Frage des Fernsehens hat nicht nur Bund und Länder, sondern auch die CDU in Mitleidenschaft gezogen. Es erübrigt sich, zu versichern, meine Damen und Herren, daß wir eine Verfassungspartei sind. Wie oft hat mein Freund Dufhues mir das in die Ohren geblasen. Wir sind eine Verfassungspartei, ich kann ihm darin nur zustimmen, das heißt, wir stehen mit Bewußtsein auf dem Boden des Grundgesetzes. Aber auch die strenge Achtung vor dem Grundgesetz kann uns nicht von den Pflichten entbinden, die der Wandel des Tages und der geschichtlichen Situation uns aufgeben. (Lebhafter Beifall.)

Vor allem aber kann und darf unser Respekt vor der Verfassung nicht bedeuten, daß wir nun auch innerhalb der Partei selbst nach der Kompetenzverteilung verfahren, die das Grundgesetz zwischen Bund und Ländern vorgekommen hat. (Sehr gut! – Starker Beifall.)

Es kann gar keine Rede davon sein, daß sich die Bundespartei, also wir, so wie wir hier zusammen sind, von den Kulturfragen von Bedeutung etwa mit der Begründung distanzieren dürfte, daß es sich dabei um Angelegenheiten der Länder handele und sie deshalb den Landesorganen der Partei ausschließlich vorbehalten bleiben müßten. (Sehr starker Beifall.) Die Bundesorgane der Partei – das müssen auch meine Kritiker aus den Bundesländern mit zugeben – haben sich zwar, solange ich mir denken kann, in Kulturfragen eine Abstinenz auferlegt, die nach meiner Überzeugung niemandem genützt hat. Es gab damals noch ganz schönen Krach zwischen Bund und Ländern, auch noch innerhalb der CDU-Politiker. Das hat keinen Zweck. (Lebhafter Beifall.) Also, diese Abstinenz hat sich nicht auszubezahlt. Ich glaube darum, daß spätestens von diesem Parteitag an die Bundespartei sich darüber im klaren sein muß, daß sie sich – unbeschadet des Respekts vor dem Grundgesetz und seiner Kompetenzverteilung im Staat – den großen Fragen der deutschen Kultur klar und entschieden stellen muß. (Lebhafter Beifall.)

Darum begrüße ich es, daß unser Freund Krone gestern morgen davon gesprochen hat, daß wir für den Herbst dieses Jahres einen besonderen Kultur-Parteitag vorsehen. Die Partei muß sich jedenfalls mehr als seither bewußt darauf einstellen, so etwas wie eine Entstörungshilfe zu leisten für das hin und wieder doch nicht nur zufällig getrübt Verhältnis zwischen Bund und Ländern. Wir sollten also diese Störungen nicht noch komplizieren, sondern eine Art Entstörungshilfe, eine Bereinigung, eine Erleichterung jedenfalls, schaffen. Die überzeugten Föderalisten in der CDU werden im übrigen nicht nur mit Zustimmung, sondern gelegentlich wahrscheinlich auch mit Befremden den zuweilen wunderlich forcierten Föderalismus der SPD beobachtet haben. Man muß es immerhin verstehen, wenn sich darüber der und jener fragt, ob das noch ein Ausdruck der musterhaften Treue der SPD zum Grundgesetz und zur föderalistischen Gliederung Deutschlands ist, oder ob am Ende lediglich eine Funktion der Oppositionsstellung der SPD in Bonn erscheint. (Lebhafter Beifall.)

Ich glaube übrigens, daß sich in der immer ungeduldiger werdenden Kritik und dem Ruf nach bundeseinheitlichen Regelungen auch im Bereiche der Kultur eben nicht nur organisatorische und finanzielle Notwendigkeiten zu Worte melden. Es drücken sich darin auch die immer unabweisbarer gewordenen Bedürfnisse aus, die seitherigen Schutzvorschriften zugunsten der naturhaften Beziehung des Menschen zu verbessern. Der Schutz der Natur und die Bewahrung des Menschen vor der brutalen Unterwerfung unter die Reiz- und Scheinwelt der technischen Zivilisation ist heute eine Kulturaufgabe ersten Ranges auch für den Gesetzgeber. (Beifall.) Deshalb war es richtig, daß auf diesem Parteitag, und zwar gleich am Anfang, ein sehr grundsätzliches und lebendiges Referat unseres Freundes Meyers zu diesem Punkt gehalten wurde. Das gehört in

den Sinnzusammenhang und die Themenstellung dieses Parteitages. Deshalb bin ich dankbar, daß er darüber gesprochen hat.

Im übrigen glaube ich, daß in der unzweifelhaft bestehenden Malaise unseres Föderalismus sich nicht nur soziale und soziologische Tatbestände von nicht mehr umkehrbarer Mächtigkeit auswirken, sondern auch die Tatsache, daß die herkömmlichen Kulturkreise in Deutschland immer machtvoller und unwiderstehlicher von der deutschen Nationalkultur überhöht und übergriffen werden.

Es ist gar kein Zweifel, daß es eine solche Nationalkultur der Deutschen nach wie vor gibt. Ich glaube sogar, daß die Einheit der Nation, selbstverständlich neben dem gehärteten Willen zur nationalen staatlichen Einheit, heute mehr in ihr ruht als in der Staatsstruktur unserer Provisorien. Bücher, Gedanken, mächtige Gedanken, moralische und politische Impulse, wie sie von diesem Parteitag ausgehen müssen, wirken Gott sei Dank noch immer über die Zonengrenze hinweg hinein zu den 17 Millionen in ihrer Gefangenschaft und Sklaverei. (Starker Beifall.)

Dafür sollten wir Gott danken. So wie die Dinge im zweigeteilten Deutschland im übrigen stehen, hat das Wort vom unteilbaren Deutschland neben dem Einheitswillen unseres Volkes vor allem in unserer nationalen Kultur, die von keiner Gewaltgrenze durchschnitten werden kann, einen festen Grund. An ihrem Bestand können die Sklavenhalter in Ostberlin zwar rütteln, und sie tun es jeden Tag –, aber sie können sie weder mit List noch mit Gewalt einfach auflösen. (Beifall.) Es bedarf deshalb keines Wortes, daß wir mit allem unserem materiellen Wohlstand der sorgsamsten Pflege dieser unserer nationalen Kultur und damit unserer nationalen Einheit uneingeschränkt verpflichtet bleiben.

Wohlstand – und was sonst? Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß folgendes sagen: 25 Jahre nach der Einführung des Leistungslohnes und des Wohlstandsbegriffes in der Sowjetunion erschien in Moskau das Buch von Vladimir Dudinzew „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“. Es ist ein Beleg dafür, daß auch die gewaltsame Unterwerfung des Menschen unter die Diktatur des Materialismus den Menschen nicht völlig davon abzubringen vermag, seiner eigentlichen Berufung eingedenk zu sein und sich immer wieder zu fragen, was denn daraus folge. Wohlstand – nun gut! Aber was sonst? Diese Frage ist nicht etwa provozierend, wie ein FDP-Journalist gemeint hat. Nein, sie ist nur menschlich, wahrhaft menschlich und darum auch notwendig, wie wir meinen. Gewissenhaft auf sie zu antworten, halten wir immer wieder für eine Pflicht. Wir sind weder Opportunisten noch bloß Techniker der Macht. Aber wir sind auch keine Doktrinäre und weltfremde Ideologen. Vorwürfe an uns kommen nun von beiden Seiten. Dem einen leiden wir unter der notorischen „Überbetonung des ideologischen Elements im deutschen Parteiwesen“, dem anderen sind wir noch nicht grundsätzlich genug. Die Presse-Korrespondenz der FDP hat uns z. B. soeben die „wohl materialistischste und konzeptionsloseste politische Vereinigung in der ganzen Bundesrepublik“ genannt. Es wäre zuviel der Ehre, darauf einen Ton zu sagen. (Lebhafter Beifall.)

Ich möchte vielmehr meine Freude darüber ausdrücken, daß unsere Union, von den Frühjahrstagen des Jahres 1945 bis zur Gegenwart, es

sich angelegen sein ließ, unser politisches Tun und Lassen nicht nur vor dem Horizont der Zeit, sondern auch vor der Ideengeschichte unserer Vergangenheit zu begreifen. Seit Kiel war die Auseinandersetzung vor allem in historischer und begrifflicher Hinsicht innerhalb der Union reger als zuvor. Ich habe nicht gefunden, daß die Lebhaftigkeit dieser Debatte unserer Sache einen Schaden zugefügt hat. Ich hätte allerdings lieber gesehen, wenn diese oder jene Überspitzungen unterblieben wären. Dazu rechne ich zum Beispiel den Versuch, Wilhelm Roepke, dem der deutsche Wiederaufbau in gedanklicher Hinsicht immerhin einiges verdankt, wenig ehrerbietig mit dem Liberalismus des letzten Jahrhunderts in einen Topf zu werfen. Das hat keinen Sinn. (Beifall.)

In dieser Debatte hat sich allerdings auch gezeigt, daß wir uns über einige Grundbegriffe im Interesse der Klarheit des Gesprächs noch besser verständigen könnten. Ich habe gestern die Bemühungen mit Freude verfolgt, z. B. die Bemühung um die Verständigung über das Wort „konservativ“. Es ist keineswegs Allgemeingut in unserer Partei, daß darunter nicht die reaktionäre oder restaurative Verteidigung eines besitzbürgerlichen Status quo verstanden werden darf, sondern daß dieser Begriff als Grenz-begriff zum Liberalismus das bekundet, was den (übrigens geschichtlich von den Konservativen herkommenden) Christlich Sozialen so wichtig, ja heilig, ist, nämlich sittliche Bindungen zu bejahen und sich eben nicht über Familien-, Geschichts- und Glaubensbindungen hinwegzuheben. (Beifall.)

Während nach Kiel bei uns munter diskutiert wurde, erschien bei Herder in Freiburg die deutsche Übersetzung des Buches von Michael Fogarty über „Die Christliche Demokratie in West-Europa“. Dieser englische Katholik hat uns ein Werk geliefert, dessen historischer Gehalt beachtlich und dessen Begrifflichkeit völlig korrekt ist. Fogarty charakterisiert die katholischen und die protestantischen christlich sozialen Parteien Europas wie folgt: erstens, als personalistisch und nicht individualistisch; zweitens, als pluralistisch und nicht als kollektivistisch; drittens, als konservativ, aber nicht traditionalistisch. Ich finde, daß Michael Fogarty damit den Nagel auf den Kopf getroffen und zugleich die einleuchtendste Erklärung dafür gegeben hat, daß wir zu unserer Freude auf unseren Parteitag die Vertreter der konservativen Parteien Europas bei uns sehen. (Beifall.)

Sie sind ebenso wie die anderen christlich sozialen und christlich demokratischen Parteien Europas einfach unsere politischen Konfessions-Verwandten.

Wichtiger aber als der abstrakte Begriff und das formulierte Wort ist für uns und unser Volk schließlich die Antwort der Tat, der Bewährung in der Mühsal des Alltages und in dem darin schließlich doch sichtbar werdenden praktischen Bekenntnis – und darauf kommt es für eine politische Partei und für Christen, die sich in der Welt bewähren wollen, an – zu den Grundlagen christlicher, freiheitlicher, deutscher und europäischer Existenz. Wohlstand – und was sonst? Die Christlich Demokratische Union Deutschlands antwortet darauf mit dem § 1 ihres Statuts:

Dienst für Deutschland in christlicher Verantwortung auf der Grundlage der persönlichen Freiheit!

(Anhaltender, stürmischer Beifall.)

Präsident Dr. Even:

Der stürmische Beifall hat Ihnen, Herr Bundestagspräsident, gezeigt, wie dankbar der Parteitag Ihnen für Ihr eindrucksvolles Grundsatz-Referat ist.

Dr. Gerstenmaier hat klar nachgewiesen, daß für uns der Wohlstand niemals Selbstzweck, sondern nur Mittel zur Freiheit und Unabhängigkeit des Menschen ist, daß der Wohlstand nach unserem Menschenbild nur Diener zur freien Entfaltung der dem Menschen von Gott gegebenen Anlagen und auferlegten Verantwortung ist. Dadurch hat er unsere dynamischen Forderungen nach Eigentum und Wohlstand für alle unter die verpflichtende persönliche Verantwortung und sittlich gebundene Freiheit gestellt. Er hat damit die geistigen und sozial ethischen Kräfte gekennzeichnet, welche die freiheitliche Gesellschaftsordnung befähigen werden, die weltweite Herausforderung des Kollektivismus zu überwinden. Wir danken ihm, daß er diese neuen Impulse in uns geweckt hat. (Beifall.)

Aussprache

Wir treten nunmehr in die Aussprache ein.

Es hat sich als erster Diskussions-Redner gemeldet

Herr Dörpinghaus (Rheinland):

Hochverehrter Herr Bundeskanzler! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde!

Nach dem Referat von Herrn Dr. Krone, sagte ich zu meinem Nachbarn: „Sehen Sie, das ist eine Rede, wie man sie eigentlich nur auf einem Parteitag der Christlich Demokratischen Union hören kann. Bundestagspräsident, Dr. Gerstenmaier, sprach von einer Symphonie. Und wenn ich die Reden anführe und in Ihr Gedächtnis zurückrufe, von Bundesminister Erhard, von Bundesminister Blank und die von Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, dann muß ich sagen, wem ist nicht die Brust weit geworden vor Stolz und Zuversicht, da wir nicht nur der Zahl nach eine mächtige Partei sind, sondern auch im grundsätzlichen und geistigen Bereich des Lebens ein Fundament besitzen, mit dem es uns wohl ansteht die Umwelt zu formen. Dieses Weiträumige der Konzeption und unserer Weltanschauung, das zur Sprache kam, kann uns gewiß Mut machen. Aber nicht zu verhehlen brauche ich hier, daß wir auch zusammen sind, um über Sorgen und Gefahren zu sprechen. Ich erinnere an das, was Dr. Meyers mit der Überbewertung des Lebensstandards meinte. Ich erinnere weiter daran, daß draußen in den Ländern oft die Meinung zu hören ist, ob nicht doch liberales Gedankengut und materialistische Auffassungen allzuweit in unsere Reihen eingebrochen sind.“

Wir haben hier erfahren können, wie man in der Spitze unserer Parteileitung gewillt ist, nach klaren Vorstellungen und klaren Richtlinien das künftige politische Handeln zu bestimmen. Selbstverständlich – und nicht zu Unrecht – hat man es immer wieder als eine Stärke der CDU ansehen

können, daß sich ihre verantwortlich handelnden Personen auf das Fundament der 10 Gebote beziehen. Das ist wirklich ihre Stärke, aber wir haben ja noch viel mehr. *Wir, meine Freunde, haben etwas, was keine andere Partei hat, eine Grundlage für unser Denken und Handeln, die ich umschreiben und benennen möchte als Christliches Ordnungsbild.* Erlauben Sie mir, den Kern dieses christlichen Ordnungsbildes zu umreißen.

Das christliche Ordnungsbild setzt die Schöpfung der ganzen Welt, der physischen wie der metaphysischen, durch Gott, die Ursache allen Seins, und die Erlösung der Menschheit durch Jesus Christus, seinen Sohn, voraus. Daher sind in ihm die höchsten Güter unseres Lebens, Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde, nach der Wertung eingestuft, die der christliche Glaube gebietet. Daher ist uns aufgetragen, unser Handeln an die in uns unüberhörbar sprechende Stimme des Gewissens zu binden. Durch dieses Ordnungsbild ist uns die Möglichkeit gegeben, für alle Formen unseres Daseins, also in allen ihren Äußerungen geistiger Art, handle es sich um wissenschaftliche Erkenntnisse, Denksysteme, geistige Strömungen, Bewegungen einerseits, in allen Äußerungen des realen Lebens, seien es Staatsordnung und Staatsauffassung, Politik – verstanden als Behauptung im Lebenskampf – insbesondere Kulturpolitik, Wirtschaft, Verteidigung, Technik und Arbeit andererseits eine Wertung und Einordnung in das universal gesehene Ganze vorzunehmen, die einer sinnvollen Rangordnung gerecht wird. Denn in ihr dominiert der Primat des Geistes vor aller Materie. In ihm wird zwar auch mit vulgär nützlichen, in erster Linie aber mit ethisch-moralischen Maßstäben gemessen.

Denn so wie wir bereits die Doppelnatur der Materie in der modernen Physik in die Berechnungen einbeziehen, so wie wir heute mit zwei Aussagen des Begriffes der Zeit, der nicht umkehrbar gerichteten und der in der mathematisch-physikalischen Gleichung vertauschbaren, als 4. Dimension operieren, so hat nach dem christlichen Ordnungsbild jede Äußerung unserer Daseinsformen zwei Aspekte: Einmal die Aussage über ihren realen Wert an sich und zum zweiten die Aussage über diese Werte selbst gegenüber dem Ganzen und damit ihre Einstufung in eine Wertordnung, die alle Formen umfaßt. So gesehen, ist dieses Ordnungsbild nicht nur ein christliches, sondern ein höchst modernes, weil es geeignet ist, die geistesgeschichtliche Epoche subjektivistisch orientierten Denkens endgültig abzuschließen.

Wenn wir dieses Ordnungsbild, in dem die Fülle des Daseins offengelegt wird, in uns tragen, wenn wir es in dieser Betrachtungsweise erleben, sind wir bewahrt vor der Gefahr, uns im Gestrüpp irgendeiner Ideologie zu verlieren. Wenn wir es in uns tragen, dann ist erklärlich die Kraft, mit der wir alle Schichten und Stände unseres Volkes in einer Partei zusammengefaßt haben. Aus der Sicht des christlichen Ordnungsbildes heraus wird verständlich, warum unverbindlicher Liberalismus und atheistisch fundierter Sozialismus einer subjektivistisch orientierten Epoche zuzurechnen sind und Denksystemen angehören, die ihr Ende erreicht haben. *Sie sind kein Boden mehr für eine Idee, die die Zukunft Europas formen könnte.* In einer Zeit, da für viele Mitbürger unseres Volkes die Mitte des Daseins, das Fundament einer verbindlichen Ordnung verloren gegang-

gen ist, da die Angst um eine ungewisse Zukunft ihr Leben überschattet, sind wir aufgerufen, ihnen auf ihre Fragen Antwort zu geben, und wir können sie geben.

Wir wollen doch einen Staat, so wie er in der Rede von Dr. Krone vor-gezeichnet wurde, also einen Staat, der zwar als Ganzes über uns steht, aber trotzdem ein Staat ist, der für uns da ist und nicht wir für ihn. Wir wollen eine Politik, in der die Existenz des gesamten Volkes vor den Interessen der einzelnen Gruppen steht, und wir stellen die soziale Ordnung, die für uns in der Sorge um den Menschen gipfelt, gegen die drohende Vermassung und gegen das Heraufkommen eines Termitenstaates östlicher Art. Wir werden uns nicht von Technik und Automation überrollen lassen, sondern dem Menschen die Führung behalten, auch angesichts der Erfindungen von Elektronenhirnen und der Atombomben. Wir brauchen neue Forschungsergebnisse der modernen Physik nicht zu fürchten, weil wir etwas haben, was stärker ist, nämlich den Glauben an einen vernünftigen Sinn des Daseins, eines Daseins, in das wir gestellt wurden, um uns zu bewähren. Wir haben eine Einstellung zum Lebensstandard, die ihn nicht zu einem Götzen emporhebt. Unsere Vorstellung über die Kulturpolitik erschöpft sich nicht in der Schaffung eines Bundeskultusministeriums, wie dies eine andere Partei vorschlägt und ihren Wählern in Aussicht stellt. Denn wir wollen die geschichtlich bedingte Eigenart der Landesteile erhalten und trotzdem das, was allen gemeinsam ist, einheitlich regeln. Wir werden versuchen müssen, den fragenden Mitbürgern unser Verhältnis zum Staat, unsere Auffassung von der Sicherung der Existenz des Volkes klarzumachen, den Sinn des Lebens zu deuten, um so Antworten zu geben, die der Zeit, in der wir leben, gerecht werden. Selbstverständlich sprach Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier von den Grenzen, die uns durch das Gewissen gezogen sind. Aber wir dürfen nicht überhören, daß Tausende und Abertausende uns fragen und von uns eine Antwort über die Gestaltung der Zukunft haben wollen.

Ich komme zum Schluß meiner Ausführungen und möchte sagen, das Größte, zu dem wir in unserer Zeit aufgerufen sind, ist die Auseinandersetzung mit dem Osten, dessen Staatssysteme die Antireligion des dialektischen Materialismus verkünden. Wir stehen in dieser Auseinandersetzung und erkennen, wie sie fortlaufend schärfere Formen annimmt. Aber eines ist ganz gewiß: die Entscheidung über Sieg oder Niederlage in dieser Auseinandersetzung wird auf der geistigen und der moralischen Ebene ausgetragen. Darum ist es für uns als Christliche Demokraten eine notwendige Forderung, dafür zu sorgen, daß die Werte des Charakters, das Verantwortungsbewußtsein, der Wille, einer großen Aufgabe zu dienen, die Treue zu einer Sache wieder an die Stelle gesetzt werden, wo sie als Tugenden und vornehme Gesinnungen hingehören, nachdem sie jahrelang durch Ansichten und Auffassungen eines angekränkelten Zeitgeistes ausgehöhlt worden sind.

Lassen Sie mich, meine sehr verehrten Parteifreunde, mit dem schließen: Gewiß mag es dem einen und anderen ankommen, daß das, was ich Ihnen sagte, als in höheren Regionen und Bezirken beheimatet, anzusehen ist und mit der Tagespolitik wenig zu tun habe. Man machte mir gewissermaßen diese Einwände schon anläßlich meiner damaligen poli-

Dr. Bruno Heck mit Ministerpräsident Kiesinger.





Bundesfinanzminister Franz Etzel und Prof. Dr. Walter Hallstein, Präsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

fischen Tätigkeit. Aber glauben Sie mir, ich bin auch ein Mann der politischen Praxis und sehe genau die Möglichkeiten, die uns gegeben sind, um unsere Ansichten und Auffassungen in einer Welt, die weitgehend anders denkt, durchzusetzen und zur Geltung zu bringen. Und wenn ich von den Sorgen auf der nüchternen Ebene der Wirklichkeit nur eine nenne, dann ist es die: Möge es der Christlich Demokratischen Union doch möglich sein, all das Großartige und Wertvolle, was in diesen Tagen gesagt worden ist, an die Masse des Volkes heranzutragen; möge es möglich sein, den Wählern die Überzeugung zu geben, daß sie mit uns getrost in die Zukunft gehen können und daraus die Kraft schöpfen, mit uns in diesem Sinne zu wirken. Wenn das geschieht, brauchen wir um den Ausgang der Wahlen nicht besorgt zu sein. Die Zukunft gehört uns, weil ein gütiges Geschick uns den Auftrag gab, die Neuordnung unseres Lebensraumes vorzunehmen. Wir haben uns durch Leistungen dieser Aufgabe würdig gezeigt. Das ist ein Aktivposten, auf den wir gewiß nicht zuletzt setzen dürfen. (Beifall.)

Präsident Dr. Bert Even:

Nunmehr hat das Wort Herr Gerster vom Landesverband Hessen. Nach ihm spricht als letzter Diskussionsredner Herr Kultusminister Osterloh. Ich darf bei dieser Gelegenheit bitten, soviel Selbstdisziplin aufzubringen, daß auch der Diskussion ruhig zugehört wird.

Herr Gerster (Hessen):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Bundestagspräsident hat uns in so anschaulicher Weise erläutert, daß die Jagd nach dem Mammon nicht mit dem Glück der Familie erkaufte werden darf, und der Herr Bundeskanzler hat am gestrigen Tage auch auf die Sorge um die heranwachsende Jugend hingewiesen.

Ich glaube, wir können dem Herrn Bundeskanzler nur sehr dankbar sein, daß er dabei gerade das Problem der Schlüsselkinder in so eindringlicher Weise herausgestellt hat und dabei betonte, daß dies eine hochwichtige Frage für uns alle ist. Als einen etwaigen Ersatz für das, was diesen Schlüsselkindern leider heute in der Familie nicht mehr gegeben wird, hat der Herr Bundeskanzler die Einrichtung von besonderen Häusern für die heranwachsende Jugend vorgeschlagen.

Zweifelsohne soll dabei erreicht werden, daß die Schlüsselkinder erst einmal von der Straße hinwegkommen und eine Bleibe finden, wo sie sich beschäftigen können. Doch kann dies doch nur als eine ausgesprochene *Notlösung angesehen werden, die unsere große Sorge um diese Kinder in keiner Weise ausräumt* und unter Umständen sogar gefährlich werden kann. Gefährlich deshalb, weil sie all den Frauen, die heute noch in ein Beschäftigungsverhältnis drängen, nur um durch eine lukrative Einnahme ihren Bedürfnissen auf erhöhten Lebensstandard nachzukommen, neuen Auftrieb geben, da sie ja ihre Kinder in guter Obhut wissen und der Erziehung entzogen sind.

Die Fundamente Elternhaus, Schule und Kirche, die seit eh und je Eckpfeiler unserer christlichen Weltanschauung sind, müssen unter allen Umständen das A und O unserer Jugenderziehung sein und bleiben. Aufgabe nur eines Eckpfeilers dieser Fundamente würde unausweichlich den

Zusammenbruch unserer Jugenderziehung im christlichen Ethos bedeuten. Die Bundesregierung, insbesondere aber der Herr Familienminister, sollte die Unterbringung der Kinder in eigenen Häusern von Elternpaaren, die beide berufstätig sind, nur als eine Notlösung ansehen, die uns keineswegs befriedigen kann und mit der wir uns, auch auf weite Sicht gesehen, nicht abfinden können. (Beifall.)

Präsident Dr. Bert Even:

erteilt das Wort Herrn

Kultusminister Osterloh (Kiel):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich bitte, es mir nicht übel zu nehmen, wenn ich zunächst einfach meine Enttäuschung darüber zum Ausdruck bringe, daß offenbar der kulturpolitische Teil dieser Aussprache keine größere Aufmerksamkeit und Beteiligung findet als kulturpolitische Aussprachen im Deutschen Bundestag, trotz der Verdienste des Herrn Bundesinnenministers um ein vertieftes Verständnis für die Besonderheit der kulturellen Anliegen, die in den Ländern wahrgenommen werden müssen.

Ich möchte hier als Kultusminister eines Landes keine Verteidigungsrede für die Zuständigkeit der Länder auf dem Gebiet halten, sondern möchte dem Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier dafür danken, daß er die von meinen Kollegen und mir wiederholt geäußerten Bestrebungen unterstützt hat, nämlich, zu erreichen, daß innerhalb der Bundespartei der CDU eine Sprachregelung und eine Sachorientierung für die zentralen kulturpolitischen Belange angestrebt werden, die in der Gegenwart und in der Zukunft gelöst werden müssen. Man kann die Verfassung nicht nur unangetastet lassen, sondern sie auch respektieren und in ihrem Sinne erfüllen. Man kann sich in den Ländern bemühen, seine Pflicht und Schuldigkeit gegenüber den Kindern und Eltern in überzeugender Weise zu tun; man kann aber in einer so großen Partei wie der CDU nicht darauf verzichten, sich für den kommenden Bundestagswahlkampf auch dadurch zu rüsten, daß man Rede und Antwort steht auf eine merkwürdig gespaltene Front des Gegners.

Auf der einen Seite hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands den Plan Z entwickelt, der mit Phantasiezahlen den Eindruck erweckt, als ob man durch finanzielle Großleistungen des Bundes die eigentliche Frage der Schule, der Erziehung, der Bildung, der Hochschule und der Forschung lösen könnte. (Sehr gut.) Auf der anderen Seite überschlägt man sich aber in einem Formalföderalismus, der nicht nur unfruchtbar ist, sondern auch bei der Mehrheit der deutschen Bevölkerung, der Wahlberechtigten, keinerlei Verständnis findet. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wird, wenn wir den Angriffen auf diesem Gebiet standhalten wollen, wenn wir in überzeugender Weise eine eigene Konzeption verwenden wollen, notwendig sein, daß wir in diesem Jahre nicht einen kulturpolitischen Parteitag halten – das wäre verfehlt und der Sache nicht angemessen –, aber einen kulturpolitischen Kongreß der CDU, auf dem in Freimut die entscheidenden Probleme, über die auch schon einmal Entscheidungen getroffen worden sind, noch einmal durchdiskutiert werden. (Beifall.)

Es geht nicht an, daß wir uns in entscheidenden Fragen ganz konkreter Art gegenseitig bekämpfen. Es muß deutlich sein, daß auch die evangelischen Mitglieder der Christlich Demokratischen Union und ihre Wähler *uneingeschränkt eintreten für das Elternrecht in bezug auf die Mitgestaltung des inneren Schulwesens in allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland.* (Lebhafter Beifall.) Das ist heute keine Selbstverständlichkeit mehr. Der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen hat einen Rahmenplan mit der Vorstellung einer Förderstufe entwickelt, der im Ergebnis eine ganz erhebliche Einschränkung, wenn nicht Aushöhlung oder gar Vernichtung der entscheidenden Verantwortung der Eltern, nämlich für die Schulwahl, zur Folge hat. (Sehr richtig-Rufe. – Lebhafter Beifall.)

Wir werden dem Rahmenplan des Deutschen Ausschusses nur begegnen können, wenn das Vorhaben der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder der Bundesrepublik Deutschland – ich bitte dabei zu bedenken, daß wir in ihr gegenwärtig von 11 Kultusministern doch 7 von der Christlich Demokratischen Union stellen – gelingt, den Rahmenplan durch eine Rahmenvereinbarung für das deutsche Schulwesen zu überwinden, in der das *landschaftlich Gegliederte, das eigentümlich Gewachsene, das Gesetz der Bodenständigkeit* des Pädagogisch-Methodischen berücksichtigt und verwirklicht wird, in der aber zugleich die zufälligen anstößigen Unterschiede überwunden werden. Wenn wir aber als Mitglieder der Christlich Demokratischen Union in dieser Ständigen Konferenz der Kultusminister zugleich etwas für das Ansehen der Christlich Demokratischen Union tun wollen, dann müßten wir uns in der Bundespartei über große Sachfragen einigen, und ich spreche nun noch einige heiße Eisen an: Obwohl wir Länder haben – Schleswig-Holstein gehört dazu – in denen die *Christliche Gemeinschaftsschule die Regel* darstellt, ist es nicht angängig, daß evangelische Mitglieder der Christlich Demokratischen Union gegen die Möglichkeit der Konfessionsschule polemisieren (Lebhafter Beifall), sondern es ist notwendig, daß auch wir als evangelische Mitglieder der Christlich Demokratischen Union herausstellen, daß für uns der christliche Charakter einer Schule sich nicht erschöpft im bloßen Religionsunterricht (Bravo-Rufe – Lebhafter Beifall), sondern daß wir uns darunter vorstellen – ich darf das ganz schlicht sagen –, daß die Schule nicht als ein von öffentlichen Steuermitteln lebendes *Instrument mißbraucht werden kann zur weiteren Säkularisierung unserer Familien und unseres Volkes.* (Lebhafter Beifall.)

Das wird aber nur möglich sein, wenn wir uns einen Überblick verschaffen über die auch im Gefühl, im Gemüt, in der Stimmung unseres Volkes sehr differenzierte Situation in den verschiedenen Ländern. Wir werden die Länder behalten, in denen gleichberechtigt – wie ich es als Ideal empfinde – wie in Nordrhein-Westfalen zum Beispiel, Konfessionsschulen, Christliche Gemeinschaftsschulen und Gemeinschaftsschulen nebeneinander bestehen. Wir werden aber auch den Zustand bejahen müssen, daß es Länder gibt, in denen die Konfessionsschule die Regelschule ist und daß es Länder gibt, in denen die Christliche Gemeinschaftsschule die Regel ist.

Darf ich aber darauf aufmerksam machen: Damit sind die Probleme der zukünftigen, bereits in Gang gesetzten Schulreform nicht erledigt und gelöst, (Zurufe: Sehr wahr!) sondern es gibt eine Reihe von wesentlichen weiteren Fragen, über die wir uns einigen sollten. Es ist nicht damit getan, allgemein eine Verlängerung der Schulpflicht anzustreben, allgemein darüber zu klagen, daß die Oberstufe der Volksschule ausgeblutet ist und nicht mehr den Anforderungen von Wirtschaft und Industrie entspricht, sondern es müssen in den nächsten Jahren, von uns verantwortet, sichtbar in Erscheinung tretend, konkrete Schritte unternommen werden – und nun kommt mein eigentliches Anliegen –, die uns vor dem Vorwurf schützen, wir hätten als Bundespartei nur etwas getan für Wissenschaft und Forschung, für die Universitäten. Daß wir dafür etwas getan haben und tun werden, wird in den nächsten Jahren unübersehbar in Erscheinung treten.

Dazu ein kurzes Wort: Ich danke der Bundestagsfraktion, daß sie sich zu dem Antrag aufgerafft hat, sicherzustellen, daß der Fünfjahresplan des Deutschen Wissenschaftsrates zur Förderung von Wissenschaft und Forschung dadurch verwirklicht werden kann, daß der Bund in dieser Zeit insgesamt 1 Milliarde DM zur Verfügung stellt. Im Deutschen Wissenschaftsrat haben die Vertreter der Länderverwaltungen, der Bundesverwaltung, die Vertreter der Universitäten und des freien wirtschaftlichen Lebens, Persönlichkeiten der Forschung in vorbildlicher Weise zusammengewirkt, und sie haben jetzt einen Plan erarbeitet, der sicherstellt, daß von diesem Jahre ab bis 1964 zusätzlich 400 Millionen DM für den Bau von Universitätsinstituten eingesetzt werden, wovon die Hälfte vom Bund und die andere Hälfte von den Ländern aufgebracht wird. Das wird das deutsche Volk zur Kenntnis nehmen und honorieren. Das ist die entscheidende Voraussetzung dafür, daß die deutsche Universität in der herkömmlichen Einheit von Forschung und Lehre ihre führende Stellung in der Welt zurückgewinnt.

Aber es darf nicht übersehen werden, daß es unsere Professoren, die führenden Forscher selbst sind, die darauf aufmerksam machen, daß auf lange Sicht auch die Spitze der Forschung, die Universitäten, die Hohen Schulen, auf ein leistungsfähiges allgemein-bildendes und weiterführendes Schulwesen angewiesen sind. Darum bitte ich, daß wir als Bundespartei das Anliegen des kommenden Kongresses ernst nehmen und uns auf diesem Kongreß real den konkreten Problemen des allgemein-bildenden Schulwesens zuwenden. Es wäre etwas gewonnen, wenn wir sagen könnten, wir verlangen als Bundespartei in allen Ländern, sobald es möglich ist, die Verlängerung der allgemeinen Schulpflicht auf neun Jahre. Wir lehnen aber die Verlängerung auf 10 Jahre als illusionär ab und sind der Ansicht, daß demgegenüber das berufsbildende Schulwesen verstärkt werden muß. (Beifall.) Es wäre etwas gewonnen, wenn wir sagen könnten, als Bundespartei treten wir dafür ein, daß die Vokabel „Zweiter Bildungsweg“ mit einer Reihe konkreter Vorstellungen gefüllt wird, so daß der einzelne begabte Handwerkerbub erkennen kann, auf welchem Wege er durch das begleitende berufsbildende Schulwesen, durch die Fach- und Ingenieurschule auch noch eine besondere Hochschulreife erlangen kann.

Ich möchte damit abschließen, daß ich die Hoffnung habe, daß ein solcher Kongreß für die Kulturpolitik der Bundes-CDU noch in diesem Jahr stattfindet und uns die Möglichkeit gibt, daß dann das „Wofür eigentlich den materiellen Wohlstand erkämpfen, erringen und verteidigen?“ auch auf diesem Gebiet eine Antwort findet.

Ich möchte ein letztes sagen, ich bin allerdings der Überzeugung, daß sich diese Antwort nicht nur erschöpfen kann in dem Hinweis auf Ausbildungsmöglichkeiten, auf Institutionen, daß sie sich auch nicht erschöpfen kann in dem Hinweis auf pädagogische und methodische Probleme, sondern wir werden erkennen müssen, daß zur Bildung des Menschen auch emotionale Werte dazu gehören. Ich bejahe uneingeschränkt die europäische Integration. Ich bejahe uneingeschränkt die Notwendigkeit einer Hilfe der Bundesrepublik und ihrer mitverantwortlichen Beteiligung für die entwicklungsfähigen Länder, aber gerade deshalb setze ich mich leidenschaftlich dafür ein, daß in unserer Bildungsarbeit nicht nur in den Familien, nicht nur in den organischen Gruppen, sondern auch in den Schulen bedacht, berücksichtigt, verwirklicht wird, daß wir als Europäer, als Bürger dieser Welt, unseren Aufbaubeitrag nur werden leisten können, wenn wir zugleich ein vertieftes Verständnis der deutschen Geschichte und der geschichtlichen Aufgabe des deutschen Volkes und damit ein vertieftes Verständnis des Begriffes und der Wirklichkeit „Vaterland“ als echte Bildungsaufgabe bejahen und verwirklichen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Even:

Ich danke Ihnen, Herr Minister, für Ihre Ausführungen.

Als letzte Diskussionsrednerin hat nunmehr das Wort

Frau Dr. Teusch, Kultusminister a. D. (Rheinland):

Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Ich hatte mich vor den Ausführungen des Herrn Ministers Osterloh gemeldet und kann hier vor der gesamten Öffentlichkeit des Parteitages erklären, daß ich Wort für Wort und Satz für Satz des Herrn Osterloh an dieser Stelle gleicher Art gesagt hätte. (Lebhafter Beifall.)

Ich danke einem amtierenden Kultusminister für diese seine Ausführungen, und ich möchte, um Ihre Geduld nicht zu lange in Anspruch zu nehmen, nur noch gerade als Frau sagen dürfen: Unsere ganze Synthese, wie ich gestern hier ausgeführt habe –, wenn auch nur andeutungsweise –, mit der Familie, mit der Heimat, mit der Landschaft, würde nicht verwirklicht werden können, wenn wir nicht auch die pädagogische Apperzeption stützen in Heimat und Familie, und sie auch in Schule und Erziehung bejahen wollten. (Lebhafter Beifall.)

Herr Minister Osterloh hat zuletzt den großen Ausblick auf die europäische Integration gegeben. Dort wissen wir ja, daß die alte Kulturtradition Europas, wie wir so oft leicht hinzusagen pflegen, des sogenannten „christlichen Abendlandes“, nicht in Nationalstaaten, sondern in den geprägten Landschaften der Tradition liegt. Wenn wir nun schon Europa sagen, das aus Landschaften und geistesgeschichtlicher Tradition gewachsen ist – gerade die kirchlichen und die religiösen Traditionen besonders

angesprochen –, dann müssen wir im eigenen Hause – das darf ich ergänzend zu der Rede des Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier sagen – anfangen, dem schleswig-holsteinischen Fischerkind, um Herrn Osterloh zuerst zu nennen, und dem bayerischen Alpenkind von der Heimat und der Familie aus alles das zu geben, was zur geistigen Entwicklung der Kinder in Schule und Erziehung notwendig ist. (Lebhafter Beifall.)

Ich glaube, diese Ergänzung nach der methodisch-pädagogischen Seite, Herr Bundestagspräsident Gerstenmaier, werden Sie auch verstehen, und daß es notwendig ist, sie hier in diesem Raume anzusprechen.

Im übrigen habe ich auch gestern schon von unserer Seite den Bundeskulturkongreß begrüßt, den wir hoffentlich jetzt im Herbst zustande bringen – nicht als einen gelegentlichen Appendix an irgendeine Parteitagung, sondern bildungsträchtig und bildungsschöpferisch für unsere gesamte deutsche CDU. (Bravo!-Rufe. – Starker Beifall.)

Präsident Dr. Even:

Ich danke Frau Minister Dr. Teusch:

Nummehr hat zum Thema „Wohlstand – und was sonst?“ das Schlußwort

Bundestagspräsident D. Dr. Gerstenmaier:

Meine Damen und Herren! Ich kann mich kurz fassen: Ich bedanke mich für diesen Beitrag. Mein Referat sollte nichts anderes sein als eine Eröffnung des Gesprächs.

Ich möchte nur sagen, daß ich natürlich mißverstanden wäre, wenn aus meinen Darlegungen der Schluß gezogen würde, ich sei der Meinung, daß der Besitzstand der Länder nach dem Grundgesetz in irgendeiner Weise angetastet werden sollte. Der Meinung bin ich nicht! (Starker Beifall.) Der Besitzstand der Länder nach dem Grundgesetz soll unangetastet bleiben. Ich bekenne mich dazu, daß wir in diesem qualitativen Sinn eine Verfassungspartei sind. (Sehr gut!) Es besteht aber darüber *kein Zweifel, daß wir als Christlich Demokratische Union nicht davon entbunden sind, uns mit Kardinalproblemen unserer nationalen Kultur konstruktiv und kritisch zu beschäftigen.* (Starker Beifall.) Lassen Sie mich zum Schluß folgendes sagen: Vor 30 Jahren schrieb einer meiner verehrten Lehrer eine kleine Broschüre: „Die Säkularisierung als Grundproblem unserer Zeit.“ Das war um die Wende 1929/30. Einige Jahre später haben wir eine Dokumentation des pursten und rasantesten Säkularismus in unserem Jahrhundert erlebt: den Aufmarsch des totalen Staates in Deutschland – eine Folge radikaler Säkularisierung! Wenn wir uns hier im Gebiet der Kultur und des Geistes dem widersetzen, dann widersetzen wir uns Erscheinungsformen der Zeit, von denen wir meinen, daß sie den Völkern nur zum Unheil und nicht zum Heile werden können. (Lebhafter Beifall.)

Die Säkularisierung als ein Grundproblem unserer Zeit ist nach wie vor eine Kampfaufgabe für die CDU. Indem wir das sagen, möchte ich ausdrücklich darum bitten, daß wir nicht wieder den Kommentar bekommen: die sind eben doch klerikal.

Meine Damen und Herren! Dieses Kapitel und dieses Problem sind keine Themenstellung des Klerikalismus, sondern sie sind ein Ruf an die Christen, ja an alle humanen Menschen, sich in dieser Welt zu bewähren, nicht nur im Sinne und im Geiste eines christlichen Gewissens und der christlichen Verantwortung, sondern in der Berufung des Menschen über den Stoff hinaus. Das ist das zweite.

Das dritte: An uns selber würde ich zum Schluß doch gerne ein Wort der Ermutigung richten. Ich finde nur, in einem so großen Kreise macht man sich gegenseitig Mut, da ist es nicht sehr schwierig. Sehr viel schwieriger aber ist es, wenn Menschen von uns auf vorgeschobenem Posten gegen die Gewalt und Großmacht des Materiellen in unserer Zeit stehen müssen mit ihrem Charakter und ihrem christlichen Zeugnis. Ihnen möchte ich sagen, daß es für mich selber ein Trost war, (ich nehme das nicht als ein Monopol für die CDU in Anspruch, es gilt wiederum für Christen und Juden) heute morgen das Wort, in den Losungen der Bürgergemeinde zu lesen. Es ist ein Wort aus dem Propheten Daniel; und es heißt: „Die vom Volk so Ihren Gott kennen, werden sich ermannen und es ausrichten.“ Wir sind keine Defaitisten.

(Starker Beifall.)

Präsident Dr. Even:

dankt Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier:

Wir kommen nunmehr zum Referat des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Hans Krüger, über

DIE VERANTWORTUNG DER CDU FÜR DIE VERTRIEBENEN UND FLÜCHTLINGE.

Bundestagsabgeordneter Hans Krüger:

Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Parteifreunde! Es ist mir heute die Aufgabe gestellt, über die Verantwortung der CDU gegenüber den Vertriebenen und Flüchtlingen zu sprechen. Ich komme diesem Auftrage in dem Bewußtsein nach, vor Ihnen zugleich auch als Vertreter dieser großen Bevölkerungsgruppe zu stehen, die etwa 25 v.H. der Bevölkerung der Bundesrepublik umfaßt; einer Gruppe, die sich trotz ihrer Kennzeichnung als Vertriebene oder Flüchtlinge als Bürger unseres Staates mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten fühlt, an seinem Aufbau mitwirkt und sein Schicksal teilen will, einer Gruppe zugleich, die nicht vergessen kann, sogar mit allen Fasern ihres Seins daran hängt und hängen wird, daß Mittel- und Ostdeutschland unverzichtbarer Teil des gesamten Vaterlandes und der deutschen Heimat ist. (Starker Beifall.)

Der Umfang dieser Bevölkerungsgruppe macht deutlich, daß es einer Partei, die zudem seit fast elf Jahren die Verantwortung für die Bundesrepublik und seine Bevölkerung trägt, nicht gleichgültig sein kann, wie diese Menschen zu ihr selbst stehen.

Dabei ergibt sich zugleich eine Zweiteilung der Erörterung, nämlich dahin, ob es gelungen ist, diesen Bevölkerungsteil in den verflochtenen 15 Jahren so einzugliedern, daß er an der allgemeinen wirtschaftlichen

Entwicklung teilnehmen kann und teilgenommen hat, und daß seine soziologische Eingliederung mit dem Ziel der Gleichberechtigung ebenfalls gelungen ist. Die weitere Frage, die sich dann ergibt, ist diejenige, wie sich die Christlich Demokratische Union zu den heimatpolitischen Fragen dieser Bevölkerungsgruppen gestellt hat.

Hinsichtlich des ersten Teiles befinden wir uns sofort mitten in dem Problem, das schon in den letzten beiden Jahren immer wieder erörtert worden ist. Es geht darum, ob im Zeichen der allgemeinen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik und im Zuge der wirtschaftlichen wie sozialen Eingliederung das Vertriebenenproblem nunmehr als erledigt angesehen werden kann. Es geht heute dabei nicht darum, Ihnen hier zahlenmäßig einen Überblick darüber zu geben, was auf allen Gebieten durch Gesetzgebung, durch Verwaltungsanordnungen, durch die Schaffung von Beziehungen untereinander nach dieser Richtung hin getan worden ist. Der Deutschland-Union-Dienst hat im letzten Jahr zu den verschiedenen Gebieten sehr aufschlußreiche und, ich möchte meinen, sehr erfreuliche Angaben gemacht, die beweisen, wieviel im einzelnen geschehen ist. So wichtig eine solche Gesamtdarstellung ist, läßt doch die zur Verfügung gestellte Zeit eine solche nicht zu. Es geht vielmehr darum, die allgemeinen Grundsätze der CDU zu diesem Problem in der Vergangenheit festzustellen und die sich daraus ergebenden Schlüsse für die Zukunft zu ziehen.

Nur eine Zahl möchte ich hier an dieser Stelle erwähnen, weil sie gerade in den letzten Tagen in der Presse herausgebracht worden ist, nämlich, daß der Gesamtaufwand für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte seit der Währungsreform aus dem Lastenausgleichsfonds neben den sonstigen Leistungen sich auf 35 Milliarden DM beläuft. Es kann dahingestellt bleiben, wie sich dieser Betrag im einzelnen aufteilt. Eine Feststellung ist aber darauf gerechtfertigt, nämlich die, daß diese Leistungen ohne die Initiative und die entscheidende Mitwirkung der CDU niemals möglich gewesen wären. (Lebhafter Beifall.) Diese Leistungen sind umso beachtlicher, als naturgemäß eine die Regierung und damit die Verantwortung tragende Partei auch die Frage der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge nur unter Berücksichtigung des Gesamtwohls prüfen und entscheiden darf und muß. Diese Tatsache muß einmal herausgestellt werden, weil sie den Schlüssel für das Verständnis darstellt, das man der Haltung der CDU den einzelnen Fragen gegenüber aufbringen muß; denn eine Politik, die durch ihre Gesetzgebung das Ganze gefährdet, würde nicht im Interesse der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge selbst liegen. Auf der anderen Seite wird deutlich, daß die Probleme, die mit der Eingliederung der Angehörigen dieser Bevölkerungsgruppe zusammenhängen, so gewaltig sind, daß ihre endgültige Lösung sich zwangsläufig über einen langen Zeitraum verteilen muß.

Eines dürfen wir aber nicht vergessen: Wenn wir mit vollem Recht unsere bisherige Hilfe positiv unterstreichen, so müssen wir uns auch stets gegenwärtig sein, wie unermeßlich die Heimatvertriebenen und Zonenflüchtlinge zum sogenannten deutschen Wirtschaftswunder beigetragen haben. Dieser ausgesprochen materielle Beitrag ist in Zahlen

nicht zu erfassen. Die Not der Lage und die antikommunistische Haltung waren und sind das ideologische Rüstzeug. Diese Gewähr verpflichtet. Unter diesem Gesichtspunkt der vorher genannten Schwierigkeiten muß die Lastenausgleichsgesetzgebung gesehen werden. Bei dem Lastenausgleichsgesetz war hinsichtlich der Leistungsseite der erste Bundestag sich darüber klar, daß in dem damaligen Zeitpunkt eine endgültige Lösung nicht möglich war. Daraus ergibt sich die stete Novellierung zu diesem Gesetz, die zweifellos durch das weitere Hereinströmen der Aussiedler und Flüchtlinge den Gesetzgeber immer wieder vor neue Situationen stellt. Es kommen monatlich mehrere Tausend neue in die Bundesrepublik.

Die Leistungen auf dem Gebiete des Wohnungsbaus zu Gunsten der Vertriebenen und Flüchtlinge sind gerade in den letzten Jahren derart gewachsen, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit die Unterbringung der neu Hinzugekommenen möglich geworden ist. Trotzdem müssen noch zahlreiche Altvertriebene untergebracht werden. Die soziale Sicherung bei dem Lücke-Plan, so wie er in der Ausschlußberatung vorgesehen ist, trägt auch den berechtigten Belangen der Vertriebenen und Flüchtlinge Rechnung.

In diesem Zusammenhang muß aber eine Tatsache besonders hervorgehoben werden, nämlich die Zurückführung der Belegung der Lager in den letzten beiden Jahren von 210 000 auf 130 000. Die weiteren Maßnahmen auf diesem Gebiet lassen erwarten, daß in spätestens drei Jahren diese Wohnlager endgültig geräumt sein werden. Die Gesetzgebung zum Art. 131 und vor allen Dingen das Fremdentengesetz müssen an dieser Stelle auch erwähnt werden; denn gerade das letzte Gesetz, das vor wenigen Monaten Gesetzeskraft erlangt hat, hat eine große Beruhigung bei allen Vertriebenen und Flüchtlingen aus den Teilen außerhalb des alten Reichsgebietes gebracht.

Trotz dieser umfassenden Maßnahmen auf allen Gebieten müssen wir aber feststellen, daß noch viele Fragen offen sind, daß noch große Teile der Vertriebenen und Flüchtlinge weiterhin der Betreuung bedürfen, daß also von einer vollzogenen Eingliederung nicht gesprochen werden kann. (Vereinzelter Beifall.) Diese Feststellung ist nötig, weil im In- und Ausland verschiedentlich die Eingliederung schon als abgeschlossen angesehen wird. Wir sehen aber, daß wir auf der einen Seite die Eingliederung im Materiellen schlechthin, die Eingliederung im kulturellen Leben, die geistige Situation der Vertriebenen und Flüchtlinge mit dem Ziel, die Alleinstellung und die Vereinsamung zu überwinden, allein nicht schaffen können.

Die gesellschaftliche Eingliederung kann erst dann als vollendet angesehen werden, wenn entsprechend der Größe des Bevölkerungsanteils der Vertriebenen und Flüchtlinge eine Beteiligung und Einspannung, eine Mitarbeit und Anerkennung im privaten und öffentlichen Bereich vorhanden sind. Diese Bindungen zwischen Einheimischen und Vertriebenen zu fördern, den Vertriebenen und Flüchtling teilhaben zu lassen an all diesen Dingen, ist eine besondere Aufgabe der CDU. Auch bei der Mitarbeit im politischen Bereich auf der kommunalen, der Landes- und Bun-

desebene sind diese Dinge von entscheidender Bedeutung für die Zukunft. Möge dieser Umstand gerade von unserer Partei, insbesondere von unseren Landes- und Kreisparteien im kommenden Jahr entsprechend berücksichtigt werden. (Beifall.)

Die Bundesregierung hat der Betreuung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigten 1949 durch die Einrichtung eines besonderen Ministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte Rechnung getragen. Die Koordinierung der Aufgaben für diesen Personenkreis in einem Ministerium hat sich in den vergangenen Jahren bewährt.

Die Einrichtung dieses Ministeriums war zunächst eine entscheidende politische Frage, weil dadurch die Betreuungs- und die Fürsorgepflicht für diese Bevölkerungsgruppe besonders anerkannt wurde. Auch heute ist die Erhaltung dieses Ministeriums aus politischen Gründen erforderlich. Ich hebe diese Auffassung besonders deshalb hervor, weil in den letzten Wochen und Monaten verschiedentlich die Auffassung vertreten wurde, daß die noch zu erledigenden Aufgaben von anderen Ressorts übernommen werden können. Ich glaube, daß die dabei zum Ausdruck kommenden wirtschaftlichen Gründe der Tatsache nicht Rechnung tragen, daß es sich hier um ein Ministerium handelt, das sich mit besonderen Aufgaben für ein Viertel der Bevölkerung der Bundesrepublik zu befassen hat (Beifall), daß also allein die Tatsache des Bestehens dieses Hauses für jeden Vertriebenen, Flüchtling und Kriegssachgeschädigten wichtig ist, weil nämlich unabhängig von der wirtschaftlichen Eingliederung auch die Frage der gesellschaftlichen Eingliederung mehr und mehr in den Vordergrund tritt und der Lösung harrt. Das Bestehen eines solchen Ministeriums bezeugt auch dem oft nicht orientierten Ausland, welche Bürde die Bundesregierung zu tragen hatte und noch weiter zu tragen hat. Diese Last ist auch ein Beweis für die Notwendigkeit einer außenpolitischen Lösung.

Es gibt nun bei der wirtschaftlichen Eingliederung zahlreiche Dinge, die noch einer positiven Lösung entgegengeführt werden müssen. In erster Linie ist dabei an die heimatvertriebenen und geflüchteten Bauern und Landwirte zu denken. Wir werden vor neue Probleme gestellt, wenn wir nur an das Bauernlegen in der Zone denken. Wir haben wiederholt zu den unmenschlichen Maßnahmen gegenüber den Bauern, dem freien Handwerk und den anderen freien Berufen, auch von seiten der Parteiinstitutionen Stellung genommen. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß gerade bei dieser Frage es mit Worten allein nicht getan ist, sondern daß hier auch Taten folgen müssen, wenn nun neue Flüchtlingsströme, wie es auch wieder zu Ostern geschehen ist, gerade aus diesen Bevölkerungskreisen zu uns kommen. Und aus diesem Grunde müssen wir uns eine besondere Mühe geben, den 5-Jahres-Plan, sowie er vom Bundestag beschlossen ist, durchzuführen und die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. (Beifall.)

Dies ist um so selbstverständlicher, weil es den Grundsätzen auf dem Gebiet der Schaffung von Eigentum, der Mittelstandsförderung und der Wahrnehmung sozialer Belange entspricht. Die Partei muß sich dafür

einsetzen, daß im Rahmen des Möglichen Voraussetzungen für die Wiederherstellung des alten Besitzstandes geschaffen werden.

Die Altershilfe der ehemals Selbständigen, die bei der Godesberger Tagung 1958 von dem Herrn Bundeskanzler in Aussicht gestellt wurde, bedarf dringend einer gesetzlichen Regelung. Die Verbesserungen und Leistungen des Lastenausgleichs werden Gegenstand einer Novelle sein und werden bereits von den Ressorts geprüft.

Im Lastenausgleichsrecht wird es notwendig sein, dabei die Verbesserung der Entschädigung mittlerer Schadensbeträge und der Entschädigungsrente vorzunehmen. Darüber hinaus müssen aber Maßnahmen ergriffen werden, um eine beschleunigte Auszahlung der Hauptentschädigung zu ermöglichen, damit insbesondere die älteren Vertriebenen noch in den Besitz der Hauptentschädigung kommen können. Die Gleichberechtigung der Flüchtlinge bei allen Hilfen des Härtefonds muß durchgesetzt werden und die Voraussetzungen für eine Registrierung der Werte durch die Beweissicherung müssen durch entsprechende Gesetzesmaßnahmen geschaffen werden. Auch sonstige Härten im Vertriebenen- und Flüchtlingsrecht werden Veranlassung zur sorgfältigsten Beratung sein.

Die angeführte Gesetzgebung auf den verschiedensten Gebieten, die durch weitere Hinweise ergänzt werden kann, zeigt, wie sehr durch die Mitwirkung der CDU die Interessen dieser großen Bevölkerungsgruppe wahrgenommen worden sind. Die CDU ist sich aus ihrer ethischen, moralischen und christlichen Haltung heraus der Tatsache bewußt gewesen, daß den durch den Verlust der Heimat Entwurzelten die Möglichkeiten zu einem neuen Start gegeben werden mußten. Wenn ich nun vorhin darauf hingewiesen habe, welche weiteren Aufgaben noch zur Vollendung der Eingliederung durchgeführt werden müssen, so rechtfertigt die bisher gezeigte Haltung den Schluß, daß auch in der Zukunft die Probleme der Vertriebenen und Flüchtlinge gerade durch die CDU angepackt und einer gerechten Lösung entgegengeführt werden. (Beifall.)

Im außenpolitischen Raum ist die Haltung der Partei die ganzen Jahre hindurch konsequent geblieben. Schon auf dem 1. Bundesparteitag am 22. Oktober 1950 hat die Union in einer Entschließung sich zu dem von Gott gegebenen Recht des Menschen auf seine Heimat bekannt und gegen die Massenvertreibung deutscher Menschen aus ihren angestammten Heimatgebieten protestiert. Auch in den nachfolgenden Jahren sind die Erklärungen der Fraktionen im Bundestag und auch die Erklärungen der Bundesregierung gleichgeblieben. Zuletzt hat der Herr Bundesaußenminister bei den beiden außenpolitischen Debatten die Grundsätze dargelegt, die der Auffassung der CDU und der Bundesregierung entsprechen. In dieser Erklärung vom 5. Nov. 1959 ist der am 28. Juni 1956 und am 31. Januar 1957 eingenommene Standpunkt der Bundesregierung hinsichtlich der Frage des Heimatrechts und der Frage des Selbstbestimmungsrechts ausdrücklich aufrechterhalten. Es ist aus diesen Erklärungen wörtlich zitiert worden:

„Die Bundesregierung hat sich niemals mit der Teilung Deutschlands abgefunden. In voller Übereinstimmung mit dem erklärten Willen des ganzen deutschen Volkes hat sie immer wieder darauf

hingewiesen, daß das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 fortbesteht und daß einseitige Entscheidungen, die in den Jahren nach dem völligen Zusammenbruch getroffen wurden, vom deutschen Volke nicht anerkannt werden.“ (Beifall.)

Die Entschließungen dieses Parteitages, die am ersten Tage gefaßt wurden, haben diese von Anfang an bestehende Auffassung wiederum bestätigt.

Die Bundesregierung hat gleichzeitig versichert, daß sie ihren Rechtsanspruch niemals mit Mitteln der Gewalt, sondern ausschließlich auf dem Wege einer friedlichen Verständigung verwirklichen will. Zuständig für Vereinbarungen dieser Art kann nur eine gesamtdeutsche Regierung sein, die das Mandat des ganzen deutschen Volkes besitzt. (Beifall.) Und eine solche Regelung kann nur in einem Friedensvertrag gefunden werden, der das Ergebnis freier Verhandlungen sein muß. Diese Auffassungen werden auch von den Vertriebenen und Flüchtlingen voll und ganz anerkannt.

Ich bin der Überzeugung, daß nur durch Geduld und Mäßigung, durch Festigkeit und Mut diese Probleme zu unseren Gunsten gelöst werden können, weil es diejenigen Faktoren sind, durch die wir die Zustimmung der gesamten freien Welt für uns erwarten dürfen.

Sicher ist, daß auf dem Gebiete der Öffentlichkeitsarbeit in der Vergangenheit manches versäumt worden ist. Wir müssen dabei leider feststellen, daß die Ostblockstaaten für die Propaganda in der Vergangenheit viel mehr Mittel aufgewandt haben, und es wird unsere Aufgabe sein, dies aufzuholen und dabei auch neue Methoden zur Anwendung zu bringen.

Ich möchte an dieser Stelle dem Herrn Bundeskanzler besonders dafür danken, daß er die Frage des Selbstbestimmungsrechts, wenn auch zunächst nur in bezug auf die Hauptstadt Berlin, bei seinem letzten Amerikabesuch angeschnitten hat. Ich glaube, daß dadurch der Bann gebrochen sein wird, der hinsichtlich der Frage der Zuerkennung des Selbstbestimmungsrechts gegenüber dem deutschen Volk in der westlichen Welt bestanden hat (Beifall), obwohl sonst nach 1945 die Selbstbestimmungsidee in das Völkerrecht in einem Maße Eingang gefunden hat, wie wir es vor mehreren Jahrzehnten noch nicht erwartet hatten.

Diese Grundsätze, die die CDU hinsichtlich der Vertreibung der Flucht und der Heimatgebiete verfolgt hat, entsprechen in vollem Umfange den Interessen nicht nur der Vertriebenen und Flüchtlinge, sondern des ganzen deutschen Volkes.

Dieser Einsatz der CDU für die Interessen der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge war nur möglich durch das Vertrauen, das zwischen den Parteifreunden aus Vertriebenen- und Flüchtlingskreisen einerseits und den einheimischen Parteifreunden andererseits sich im Laufe der Jahre herausgebildet hat. Nur dadurch war es möglich, auf der einen Seite das Verständnis für die Belange der Vertriebenen und Flüchtlinge zu erreichen und damit die genannten Maßnahmen auf breiter Basis durchzusetzen.

In den letzten Monaten ist hier und da der Gedanke ausgesprochen worden, daß die Interessen der Vertriebenen und Flüchtlinge nur durch eine

ausgesprochene eigene Partei richtig wahrgenommen werden könnten. Es mag sein, daß bei Beginn der politischen Willensbildung der Bundesrepublik solche Momente besondere Augenblickserfolge hätten mit sich bringen können. Sie würden auf der anderen Seite aber diese Bevölkerungsgruppe in eine Isolierung hereingebracht haben, die sich in jeder Beziehung für diese nur nachteilig hätte auswirken müssen.

Daß es zu einer solchen Sonderbildung nicht gekommen ist, muß daher als ein besonderes Glück bezeichnet werden. Es kann nur gewünscht werden, daß die nüchterne und reale Betrachtung, mit der die Vertriebenen und Flüchtlinge die politische Situation sehen, solchen Bildungen keinen nennenswerten Raum gibt. Gerade die Erfahrungen, die durch das Zusammenwirken zwischen Einheimischen, Vertriebenen und Flüchtlingen in unserer Partei gemacht wurden, unabhängig von der Tatsache, daß hier und da in der politischen Mitarbeit einem breiteren Kreise die Wege geöffnet werden müßten, zeigen, daß die CDU die Interessen der Vertriebenen und Flüchtlinge weitgehend wahrgenommen hat und auch in Zukunft wahrnehmen wird.

Mögen die Vertriebenen und Flüchtlinge erkennen, daß ihre Interessen allein durch die Grundsätze, wie sie die CDU in diesen Fragen entwickelt hat, wirksam zu einer positiven Lösung gebracht werden können, und daß daher ihre politische Heimat in der CDU verankert ist. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Gurk:

Wir danken unserem Freund, Präsident Krüger, für seine Grundsatzausführungen zu dem Problem der Vertriebenen und Flüchtlinge. Wir wünschen ihm auch für seine Wirksamkeit als Präsident des „Bundes der Vertriebenen“ Glück und Erfolg, und wir werden uns freuen, sein Wirken gerade in der parteipolitischen Hinsicht – wie er so richtig darstellt – in Baden-Württemberg in den nächsten Wochen nachdrücklich zu spüren.

An sich ist eine Aussprache zu diesem Vortrag nicht vorgesehen. Es hat sich aber ein Redner gemeldet, und ich schlage Ihnen vor, ihm das Wort zu geben, nämlich

Herrn Kisters (Rheinland):

Hochverehrter Herr Bundeskanzler! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir haben soeben die Ausführungen des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, des Bundestagsabgeordneten Dr. Krüger, gehört. Kollege Krüger hat als Heimatvertriebener zu den Dingen gesprochen, die ihn, seine Landsleute, seine Schicksalsgefährten als Heimatvertriebene, Vertriebene, Flüchtlinge und Spätaussiedler betreffen.

Gestatten Sie mir nun als Einheimischen, der jahrelang aus beruflichen Gründen sich mit diesem Personenkreis beschäftigen durfte, hierzu etwas zu sagen: Das Weltflüchtlingsjahr 1959 hat in aller Eindringlichkeit das zum Himmel schreiende Unrecht aufgezeigt, daß über 40 Millionen Menschen in der Welt wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Nation, Rasse oder Religionsgemeinschaft unter Anwendung brutaler Methoden aus der Wahlheimat oder der angestammten Heimat vertrieben wurden.

Gerade wir Menschen in Westdeutschland haben trotz aller eigener durchlebter Not ein Gespür dafür, wie groß die seelische und materielle Not dieser Heimatlosen und entrechteten Menschen sein kann. Trotz der eigenen großen Not und der Vielzahl der noch nicht gelösten eigenen Probleme haben die westdeutschen Menschen große finanzielle Opfer für die in Not und Elend lebenden Menschen in der Welt gebracht.

Wir in der Christlich Demokratischen Union haben bei all unseren Betrachtungen und Lösungsversuchen immer den Menschen in den Mittelpunkt all unseres Handelns gestellt. Hätten wir das nicht getan, dann hätten wir auch das Recht auf das „C“ in unserem Namen verwirkt. (Beifall.) Wir sehen nach christlicher Grundhaltung in den Mitmenschen den Bruder, für den jeder sich mitverantwortlich fühlen muß und dann erst recht, wenn der Mitmensch und Bruder in materieller oder seelischer Not ist.

Ich will hier nicht im einzelnen von der geistigen, seelischen und materiellen Not reden. Der materiellen Not der Heimatvertriebenen und Entrechteten soll durch eine vernünftige aber auch maßvolle wirtschaftliche Hilfe gesteuert werden. Ich darf nur noch einige Dinge anführen und will dabei nicht den Kollegen Krüger wiederholen:

Mittel für den Wohnungsbau ländlicher Siedlungen, Ausbildungsbeihilfen, Eingliederungskredite für handwerkliche Gewerbetreibende, da diese auf den Stand der Lohnempfänger abgesunken sind, Bereitstellung von Bau- und Siedlungsland, Höfe für die Bauern, gerechte Verteilung des landwirtschaftlich genutzten Grund und Bodens, Altersversorgung, Eigentumsbildung, Wohnungseigentum, Hilfe für Flüchtlinge aus der sowjetisch besetzten Zone, und zwar wirtschaftliche Hilfe sowie Durchführung der vorgeschlagenen Kanzlerlösung: Sonderbauprogramm für Sowjetzonen-Flüchtlinge.

Es kann dabei aber nicht angehen, daß, weil ein gewisses Einkommen erreicht ist, der § 13 des Bundesvertriebenengesetzes angewandt und erklärt wird, die wirtschaftliche Wiedereingliederung sei als vollzogen anzusehen und die Betreuung als beendet. Vielmehr kommt es darauf an, die gesellschaftliche und politische Eingliederung stärker zu beachten, da sonst die Gefahr der Verproletarisierung besteht, denn der soziale Abstieg ist ein ernstes Hindernis für gesellschaftliche Eingliederung. (Beifall.)

In vielen Gesprächen mit Heimatvertriebenen habe ich die Worte gehört: „Wir sind müde“ – „Wir werden die Rückkehr in die angestammte Heimat doch nicht mehr erleben“. Ja, auf den Häuptern der Alten liegt Schnee. Die Verantwortung aber für das Weitertragen des Gedankens an das unverbrüchliche Recht auf Heimat liegt bei Euch und uns! Träger dieser Idee ist unsere deutsche Jugend in der Gesamtheit. Haltet in ihr den Gedanken an die Heimat wach! Hier liegt für die deutschen Erzieher eine große Aufgabe, nämlich den Gedanken an den deutschen Osten und die kulturelle Arbeit in dem Unterricht an allen Schulen wachzuhalten. (Beifall.)

Leider erlaubt die Zeit keine weiteren Ausführungen. Lassen Sie mich aber, meine Freunde, mit einem Appell an Sie schließen: Nutzen Sie die

vor uns liegende Zeit bis zu den Wahlen in Gemeinde, Land und Bund. Sprechen Sie die Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und die Spätaussiedler an, daß ihre echte Heimat zur Zeit in der großen christlichen politischen Partei der CDU ist, die bis heute und in der Zukunft aus christlicher Verantwortung ihr Schicksal gestaltete und weiter gestalten wird. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Gurk:

Meine lieben Freunde! Damit ist die Aussprache zu dem Vortrag des Herrn Präsidenten Krüger, unseres Parteifreundes, geschlossen, die Reihe der Vorträge auch.

Wir kommen nun zur

VERABSCHIEDUNG DER ENTSCHLIESSUNGEN

Die EntschlieBungen sind der Extrakt, der Niederschlag aus den Vorträgen, aus den – wie ich sagen darf – bedeutungsvollen Vorträgen dieses Parteitages, und zugleich aus der Aussprache.

Das Redaktionskomitee des Parteitages unter dem Vorsitz unseres Freundes, des Herrn Bundesinnenministers Schröder, hat in eingehender Arbeit die Anträge und vorliegenden EntschlieBungsentwürfe geprüft, und unser Parteifreund Schröder wird sie nun einzeln vortragen.

Zur Geschäftsordnung schlage ich vor, daß wir über jeden Antrag besonders, und – wenn nicht anders gewünscht wird – öffentlich abstimmen. Vielleicht wäre es möglich, auf eine Aussprache zu den einzelnen Entwürfen zu verzichten. Jedenfalls bitte ich, wenn Wortmeldungen zur Aussprache kommen, nur wesentliche Punkte zu besprechen, und nicht etwa redaktionelle, etwa ob das „die“ auf der ersten oder dritten Zeile stehen muß.

Ich darf noch einmal sagen, daß die Entwürfe das Ergebnis, die Zusammenfassung der Vorträge und der Aussprache sind.

Darf ich nun unseren Parteifreund Schröder bitten, die EntschlieBungen einzeln vorzutragen, damit wir über jede EntschlieBung einzeln abstimmen können.

Bundesinnenminister Schröder, MdB:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten, lieben Parteifreunde!

Ich habe die Aufgabe, Ihnen im Namen des Redaktionskomitees die EntschlieBungen vorzulegen. Erlauben Sie mir vorher zu bemerken, daß das Redaktionskomitee es nicht ganz leicht gehabt hat. Es hat bis vor wenigen Minuten tätig sein müssen, und so können die EntschlieBungen und so kann ihre Vervielfältigung sicherlich keinen Anspruch darauf erheben, eine Art akademische Arbeit zu sein. Ich hoffe aber, daß sie eine genügend praktische Arbeit darstellen.

Ich darf daran erinnern, daß wir in den vorausgegangenen Tagen bereits zwei EntschlieBungen zur Außenpolitik verabschiedet haben, auf die wir also jetzt nicht zurückzukommen brauchen. Und am Abend eines Tages sind bereits drei EntschlieBungen zur Kommunalpolitik verabschiedet worden, die jetzt ebenfalls außer Betracht bleiben können.

Was Ihnen jetzt vorliegt, meine lieben Parteifreunde, sind insgesamt neun Entschlieungen und eine Schluentschlieung. Ich nehme an, daß alle Entschlieungen verteilt sind. Wenn noch eine fehlen sollte, so kommt sie sicher noch im Laufe dieser Ausfurungen zu Ihnen.

Ich werde mir erlauben, die Entschlieungen jeweils vorzulegen, um sicherzustellen, daß die Texte, die Sie in Händen haben, mit dem übereinstimmen, was formuliert wurde.

Die erste Entschlieung lautet:

„Der 9. Bundesparteitag wolle beschließen:

Der Bundesvorstand wird beauftragt, im Herbst 1960 eine Bundestagung zu veranstalten, deren Thema die Kulturpolitik der Christlich Demokratischen Union ist.“

Herr Präsident, ich schlage vor, zunächst diese Entschlieung zu behandeln.

Präsident Dr. Gurk:

Sie haben den Text gehört. Ich nehme an, daß Ihnen diese Entschlieung und die anderen Entschlieungen schriftlich vorliegen. Ich frage, ob das Wort gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Entschlieung Nr. 1 ist, bitte ich die Stimmkarte zu erheben. – Ich danke und bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Die Entschlieung Nr. 1 ist einstimmig angenommen.

Bundesinnenminister Dr. Schröder:

Wir kommen nunmehr zur Entschlieung zur Agrarpolitik. Dazu darf ich sagen, daß diese Entschlieung nicht aus irgendwelchen systematischen Gründen oder sonst einem versteckten Motiv an vorderer Stelle steht, sondern einfach deswegen, weil unsere agrarischen Freunde mit ihrer Arbeit früher fertig geworden sind. Dem ist das Redaktionskomitee gefolgt. Ich darf die Entschlieung zur Agrarpolitik vorlesen:

„Die Sicherung einer agrarpolitischen Weiterentwicklung nach den Zielen des Landwirtschaftsgesetzes muß als erstrangige Aufgabe von allgemeinpolitischer Bedeutung angesehen werden. Die Erhaltung unserer freien bäuerlichen Agrarverfassung mit selbstständigen und eigenverantwortlichen Familienbetrieben in ihren mannigfaltigen Formen und Größen muß bei uns und im ganzen freien Europa gewährleistet bleiben.

Im Sinne dieser Zielsetzung wird die Bundesregierung aufgefordert, sich von folgenden Grundsätzen leiten zu lassen.

1. Die rechtlichen Möglichkeiten des EWG-Vertrages auszuschöpfen, die geeignet sind, schädliche Auswirkungen des Zoll- und Kontingentabbaus und wettbewerbsverfalschende Ausfuhrpraktiken anderer Länder auszugleichen. Hierzu gehören insbesondere die Einführung von Mindestpreisen gemäß Art. 44 EWG-Vertrag, der weitere Abschluß langfristiger Verträge gem. Art. 45, bei Marktordnungswaren die Festsetzung von Ausgleichsbeträgen gem. Art. 46 und die Inanspruchnahme der

- Schutzklausel des Art. 226 in den Fällen, in denen die anderen Mittel nicht zu dem notwendigen Erfolg führen.
2. Vor dem Zeitpunkt eines späteren Zollabbaus in der Landwirtschaft auf dem Verhandlungswege mit den EWG-Partnern die Exportsubventionen in Wegfall zu bringen.
 3. Die Land- und Ernährungswirtschaft aus dem Beschleunigungsplan des Zollabbaus und der Kontingenterweiterung auszuklammern, solange die Voraussetzungen unter 1. und 2. nicht erfüllt sind.
 4. Die Einfuhr aus Drittländern auf die Agrareinfuhr aus den EWG-Ländern so abzustimmen, daß die Eigenproduktion in ihrer natürlichen Entwicklung nicht beeinträchtigt wird.“

Präsident Dr. Gurk:

Sie haben den Vortrag von Parteifreund Dr. Schröder gehört. Auch diese EntschlieÙung liegt Ihnen schriftlich vor. Ich frage, ob das Wort gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung! Ich bitte diejenigen, die für die EntschlieÙung sind, die Stimmkarte zu erheben. – Ich danke und bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Es sind 5 Stimmenthaltungen. Die EntschlieÙung ist bei 5 Stimmenthaltungen angenommen.

Bundesinnenminister Dr. Schröder:

Wir kommen zur EntschlieÙung zur Gesellschaftsstruktur. Ich glaube, wir können jetzt etwas abweichen vom Verfahren und die EntschlieÙung Nr. 3, 7 und 9 zusammenfassen, weil sie innerlich mehr oder weniger zusammengehören und in der Vorlage nur aus Zeitgründen und Vielfältigungsgründen in einer anderen Reihenfolge erscheinen.

Ich darf die EntschlieÙung zur Gesellschaftsstruktur vorlesen:

„Eine gesunde Struktur unserer Gesellschaft ist eine wesentliche Grundlage freiheitlicher politischer Ordnung.

Die Wirtschaftspolitik muß unablässig darum bemüht sein, jedem die Möglichkeit zu geben, das Leben nach eigener Entscheidung zu gestalten und entsprechend seinen Leistungen am Wirtschaftsertrag teilzunehmen.

Die selbständige Ausübung seines Berufes muß jedem, der dazu den Mut und die Fähigkeit hat, ohne Erschwernisse erreichbar sein. Das erfordert die Herstellung gleicher Start- und Wettbewerbsbedingungen. Je größer die Zahl der am Wettbewerb beteiligten Selbständigen ist, umso besser funktioniert die Soziale Marktwirtschaft. Bundesregierung und Bundestagsfraktionen werden aufgefordert, dem verstärkt Rechnung zu tragen.“

Präsident Dr. Gurk:

Sie haben den Vortrag und den Text der EntschlieÙung gehört. Ich frage, ob das Wort gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diese EntschlieÙung? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Die EntschlieÙung ist einstimmig angenommen.

Bundesinnenminister Dr. Schröder:

Herr Präsident, ich schlage vor, jetzt zur Entschließung Nr. 7, zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, überzugehen. Ich darf diese Entschließung vorlesen:

„Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung hat die Deutsche Mark zu höchstem internationalen Ansehen gebracht. Das erkennen wir dankbar an.

Wir fordern die Regierung auf, ihre Politik der festen Währung – zugleich auch als Grundlage der Eigentumspolitik – unbeirrt weiter zu verfolgen und dafür zu sorgen, daß folgende Erkenntnisse Allgemeingut werden:

1. Man kann nicht mehr Güter verteilen, als hergestellt werden. Mehr Geld bedeutet also nicht ohne weiteres bessere Versorgung mit Gütern, und darauf kommt es doch an.
2. Allen fordernden Gruppen und den unmittelbaren Staatsinteressen mehr geben zu wollen, als vorhanden ist, bedeutet Schädigung aller durch Kaufkraftverfall.
3. Die Bildung neuen Eigentums in weiter Streuung würde sinnlos, wenn auf der anderen Seite altes bestehendes Eigentum durch währungsgefährdende Maßnahmen oder Unterlassungen wieder aufgehoben würde.
4. Die Finanzgebarung in Bund, Ländern und Gemeinden muß unter der Mitverantwortung für die Währungspolitik stehen. Sich dieser Verpflichtung entziehen, hieße Vorteile einzelner zum Schaden der Allgemeinheit erkaufen.“

Präsident Dr. Gürk:

Ich frage, ob das Wort gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung: Wer für die Entschließung ist, wolle die Stimmkarte erheben. – Ich danke und bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Die Entschließung ist einstimmig angenommen.

Bundesinnenminister Dr. Schröder:

Erlauben Sie mir dann, Herr Präsident, zur Entschließung zur Eigentumspolitik Nr. 9 überzugehen. Sie ist, glaube ich, meine Damen und Herren, mit als letzte verteilt worden; also, Nr. 9, oben rechts steht: 49.

„Der Parteitag begrüßt die bisherigen Maßnahmen zur Verwirklichung des Zieles ‚Eigentum für alle‘. Die Erfolge bestätigen die Richtigkeit dieser Politik.

Die Mittel der Wirtschafts- und Finanzpolitik sollten verstärkt in Richtung auf eine gesunde Gesellschaftspolitik angesetzt werden. Der Zuwachs des Nationalvermögens der kommenden Jahre sollte in möglichst gerechter Weise zur Bildung persönlichen Eigentums der breitesten Schichten unseres Volkes verwendet werden.“

Präsident Dr. Gürk:

Vielen Dank, Parteifreund Schröder! Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir stimmen ab. Wer für die Entschließung ist, möge

das bezeugen. – Ich danke schön. – Ich bitte um Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? –

Die Entschließung ist einstimmig angenommen.

Bundesinnenminister Dr. Schröder:

Wenn Sie erlauben, Herr Präsident, würde ich vorschlagen, daß wir dann übergehen zur Entschließung Nr. 6: Entschließung zum Familienlastenausgleich. Sie paßt in etwa in den Gesamtbereich hinein, der mit den vorausgegangenen Entschließungen angesprochen worden ist. Ich darf sie vorlesen:

„Die christlich-demokratische Familienpolitik hat das Ziel, die Familie mit Kindern in die volle Funktion einzusetzen, die ihr in Gesellschaft und Staat und für diese zukommt. Zur Verwirklichung dieses Zieles sind wesentliche Schritte getan worden.

Auf Antrag des Landesverbandes Saar lenkt der Bundesparteitag die Aufmerksamkeit der Bundesregierung und des Bundestages auf den notwendigen alsbaldigen weiteren Ausbau des Familienlastenausgleichs.“

Wenn Sie mir dazu eine Bemerkung erlauben, so diese: Wir haben nur an zwei Stellen sozusagen die Anreger und Initiatoren besonders genannt. Dies entsprach einem Wunsch unserer Freunde, und wir hielten es für vertretbar, diesem Wunsche unserer Freunde von der Saar, in der Entschließung auch genannt zu sein, zu entsprechen.

Präsident Dr. Gurk:

Vielen Dank für den Vorschlag! – Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt mit Ja? – Ich danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Auch diese Entschließung fand Ihre einmütige Billigung. (Lebhafter Beifall.)

Bundesinnenminister Dr. Schröder:

Ich möchte dann vorschlagen, meine verehrten Freunde, daß wir zu dem Entschließungsentwurf Nr. 8 übergehen. Nr. 8 ist, glaube ich, mit einem Deckblatt verteilt worden: oben rechts steht: 48. Ich darf die Entschließung vorlesen:

„Entsprechend den Beschlüssen des Stuttgarter Bundesparteitages 1956 soll die wirtschaftliche Sicherung des Arbeiters im Krankheitsfalle weiter verbessert werden. Auf Anregung der Sozialausschüsse der christlich demokratischen Arbeitnehmerschaft beschließt der Bundesparteitag, die Bundestagsfraktion aufzufordern, sich für eine baldige Regelung im Sinne der Stuttgarter Parteitagsbeschlüsse von 1956 einzusetzen.“

Der Stuttgarter Beschluß von 1956 lautet:

„Die Sicherung des Lebensunterhaltes für den Versicherten und seine Familie im Falle der Krankheit darf keine unterschiedliche Behandlung und Bewertung der Arbeiter gegenüber den Angestellten erfahren. Die CDU fordert daher die Lohnfortzahlung oder aber eine Ersatzleistung, die in ihrer Höhe der Lohnfortzahlung entsprechen soll.“

Präsident Dr. Gurk:

Ich danke schön. Das Wort wird wohl nicht gewünscht? – Wir stimmen ab. Ich bitte zunächst um Zustimmungserklärungen. – Ich danke schön. Gegenprobe? – Ich sehe eine Stimme dagegen. Stimmenthaltungen? – Das Büro stellt 5 Enthaltungen fest.

Im übrigen ist diese EntschlieÙung mit überwältigender Mehrheit angenommen worden. – Ich danke schön. (Lebhafter Beifall.)

Bundesinnenminister Dr. Schröder:

Außer der Schlußentschließung, meine Freunde, verbleiben uns dann noch die Entschließungen Nr. 4 und 5. Ich glaube, systematisch wird es am besten sein, wenn wir zunächst die EntschlieÙung Nr. 5 nehmen: EntschlieÙung zum Lastenausgleich, eine EntschlieÙung – das möchte ich besonders hervorheben – die auch unsere Kriegssachgeschädigten einschließt. Der Entwurf lautet folgendermaßen:

„Im Rahmen einer Lastenausgleichs-Novelle sollte beschleunigt in Angriff genommen werden:

- a) Die Verbesserung der Entschädigung vor allem für mittlere Schadensbeträge,
- b) die Verbesserung der Entschädigungsrente,
- c) die Ermöglichung einer Altersversorgung für vertriebene Landwirte und ehemals Selbständige,
- d) Maßnahmen zur beschleunigten Auszahlung der Hauptentschädigung.“

Präsident Dr. Gurk:

Vielen Dank, Freund Schröder. Liegen Wortmeldungen vor? – Das ist nicht der Fall. Zustimmungserklärungen, bitte! – Ich danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung wird festgestellt keine Nein-Stimme; im übrigen überwältigende Zustimmung. Ich danke schön.

Bundesinnenminister Dr. Schröder:

Wir kommen dann, meine Freunde, zu dem EntschlieÙungsentwurf Nr. 4. Er ist überschrieben: Flüchtlingshilfe und -betreuung. Ich darf den Entwurf vorlesen:

„Der Bundesparteitag möge beschließen:

Zur Verbesserung der Flüchtlingshilfe und zur Flüchtlingbetreuung werden folgende Maßnahmen empfohlen:

1. Die immer stärker um sich greifenden Enteignungen in der SBZ und die damit verbundene Vernichtung der Beweisunterlagen machen eine beschleunigte Verabschiedung des ‚Beweissicherungs-Gesetzes‘ für die SBZ-Flüchtlinge erforderlich.
2. Die Hilfen für die Flüchtlinge aus dem Härtefonds des Lastenausgleichs sollten ihrer Höhe nach den entsprechenden Leistungen für die Vertriebenen angeglichen werden.

3. Um eine gerechte Beurteilung der Fluchtgründe zu erleichtern, sollten den entscheidenden Behörden für die Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft Sachverständigen-Ausschüsse beigegeben werden.
4. Der Wohnungsbau zum Zwecke der Räumung der Flüchtlingslager bleibt angesichts der neuen Fluchtbewegung aus der Zone besonders dringlich.“

Präsident Dr. Gurk:

Vielen Dank! Sie haben die EntschlieÙung gehört. Auch diese liegt Ihnen sicher schriftlich vor. Wird das Wort begehrt? – Das ist nicht der Fall. Wir stimmen ab. Zunächst Zustimmungserklärungen, bitte! – Ich danke schön. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Keine Gegenstimme. – Stimmenthaltungen? – Keine.

Die EntschlieÙung fand einstimmige Annahme. (Lebhafter Beifall.)

Bundesinnenminister Dr. Schröder:

Ich darf dann, meine Freunde, den Entwurf der S c h l u ß e n t s c h l i e ß u n g vorlesen. Sie ist – rechts oben, – unter der Nr. 42 verteilt worden:

SCHLUSSENTSCHLIESSUNG

„Christliche Männer und Frauen schufen vor fünfzehn Jahren in der größten Not des deutschen Volkes die Christlich Demokratische Union. Aus christlicher Verantwortung begann die Union ihre Arbeit für den Menschen in Familie, Gesellschaft und Staat, für seine Würde und seine Freiheit. Was die Christlich Demokratische Union erreichte, ist für jedermann sichtbar. Dies sagen wir demütig vor Gott und dankbar vor dem ganzen deutschen Volk in all seinen Schichten.

Unsere Kraft und unsere Einheit ruhen auch in der Zukunft auf unserem christlichen Fundament.

Der 9. Parteitag der Christlich Demokratischen Union in Karlsruhe hat sich den neuen Aufgaben gestellt. Wohlstand ist ein Mittel, nicht das Endziel christlich demokratischer Politik.

Das Endziel unserer Politik ist die Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit. Soziale Sicherheit und Eigentum geben Freiheit und Selbständigkeit. Aus der Familie lebt unser Volk.

Der Staat hilft, wo es not tut, er schützt die Schwachen, er ordnet die Mächtigen ein. Christlich-demokratische Politik will weder Staatsallmacht noch Staatsohnmacht.

Wir rufen die Gewissen der Welt: gegen Terror, Sklaverei und Kolonialismus im Herzen Europas! Wir rufen das deutsche Volk: Sei stark für die Einheit, sei durch Einigkeit stark, ruf mit uns die Welt für die Freiheit!“

Präsident Dr. Gurk:

Meine lieben Freunde! In dieser sehr bedeutungsvollen Schlußentschließung gipfelt das Wollen unseres Parteitages.

Wünscht zu diesem Entwurf jemand das Wort? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung: Wer dieser Schlußentschließung zustimmt, möge dies durch Handaufheben zeigen. – Vielen Dank. – Wir kommen zur Gegenprobe! – Keine Gegenstimmen. Wir kommen zu Stimmenthaltungen. – Keine Stimmenthaltungen.

Diese Haupt- und Schlußentschließung fand also die einmütige Zustimmung aller Delegierten und des ganzen Parteitages.

(Erneuter starker Beifall.)

Es bleibt mir nur noch übrig, unserem verehrten Parteifreund Dr. Schröder und den Mitgliedern des Redaktionskomitees für die schnelle, klare und wirklichkeitsnahe, genau den Kern der Vorträge und der Aussprache treffende Arbeit herzlichst zu danken. (Beifall.)

Indem wir dem Komitee danken, danken wir auch uns selbst, allen Rednern und allen Delegierten dafür, daß sie in den ganzen Arbeiten des Parteitages zielklar ein Ergebnis, den Menschen nämlich, herausgestellt haben.

Mit der Verabschiedung dieser Entschließungen ist eigentlich das Programm des Bundesparteitages erledigt; aber eine bedeutungsvolle Aufgabe steht uns noch bevor: Wir dürfen nämlich jetzt das Schlußwort unseres verehrten Herrn Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers hören. (Starker anhaltender Beifall.)

Anschließend an das Schlußwort des Herrn Parteivorsitzenden, unseres verehrten Herrn Bundeskanzlers, gönnen Sie dem Präsidium noch einige mehr geschäftsordnungsmäßige Schlußworte.

Darf ich Sie, verehrter Herr Bundeskanzler, bitten, zu uns zu sprechen.

SCHLUSSWORTE

Bundeskanzler Dr. Adonauer:

(Von starkem Beifall begrüßt.)

Meine lieben Parteifreunde! Ich muß das Schlußwort mit einer sehr traurigen Nachricht beginnen.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Heute früh ist unser lieber Freund, das treue Mitglied unserer Partei, Herr Oberkirchenrat Cillien, aus dem Leben geschieden.

Wir alle haben ihn geschätzt, verehrt als einen Mann von großer Lauterkeit, von tiefer Prinzipientreue und von innerer Verbundenheit mit unserer Partei. Ich habe ihn vor nunmehr 15 Jahren zuerst kennengelernt. In dieser ganzen Zeit habe ich niemals und bei keiner Gelegenheit irgendwie auch nur im kleinsten diese Eigenschaften vermissen müssen, die ich Ihnen gekennzeichnet habe. Sie wissen, daß er seit geraumer Zeit krank war. Seine Kraft war offensichtlich verbraucht.

Noch gestern sprachen wir im kleinsten Kreise über ihn und wie man irgendwie versuchen könnte, ihn aus der Teilnahmslosigkeit, in die er

allmählich gesunken war, wieder herauszubekommen. Unser Herrgott hat es anders gefügt.

Wir werden ihm mit echter Trauer immer treu sein und seiner gedenken.
(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Nun, meine verehrten Parteifreunde, lassen Sie mich zu dem Schlußwort übergehen, das zu halten ich auf diesen Platz gerufen worden bin:

Sie haben während dieser Tage eine ganze Anzahl von wirklich bedeutungsvollen Vorträgen und Reden gehört – bedeutungsvoll ihrem Inhalt nach, bedeutungsvoll im Hinblick auf die Persönlichkeiten, die sie gehalten haben, bedeutungsvoll auch durch die Aufnahme, die diese Reden bei Ihnen gefunden haben.

Ich glaube, es würde nicht richtig sein, wenn ich jetzt noch irgendein Resümee ziehen wollte, das Resümee dieses Parteitags hat seinen Niederschlag in den Beschlüssen, die Sie eben mit seltener Einmütigkeit gefaßt haben, gefunden.

Ich möchte ganz wenige Worte nur zu den Einzelbeschlüssen und zu der Diskussion sagen: Ich habe mich sehr über die Rede unseres Parteifreundes Blank gefreut und über die Antwort, die er vom Vorsitzenden der Sozialausschüsse, Herrn Albers, bekommen hat, über die Geschlossenheit, die sich trotz mancher Meinungsverschiedenheiten, die in der Natur der Sache liegen, zwischen ihm und den Vertretern der Arbeitnehmerschaft in unserer Partei gezeigt hat.

Darf ich bei dieser Gelegenheit – ich glaube, ich bin das dem Herrn schuldig, den ich Ihnen jetzt nennen werde – sagen, daß ich mich im Namen vergriffen habe, als ich von der vorbildlichen Tätigkeit auf dem Wohnungsbaugebiete gesprochen habe. Es handelt sich um Herrn Stegerwald, den Sohn des früheren Reichsministers Stegerwald. Herr Stegerwald hat – das ist, glaube ich, in der ganzen Bundesrepublik, vielleicht überhaupt, beispieldios – aus eigener Kraft und mit seinen Gedanken, mit den Einfällen, die er gehabt hat, Mustergültiges auf dem Wege des Wohnungsbaus geschaffen.

Ich möchte jeden, der irgendwie die Zeit dazu findet, bitten, seine Siedlungen, – namentlich die große rechtsrheinische Siedlung bei Köln – sich einmal anzusehen, weil er da, so glaube ich, den richtigen Weg gefunden hat, um für die Familie, deren Erhaltung uns ja allen so am Herzen liegt, etwas zu schaffen, und weil er, meine Freunde, durch die Gedanken, die er da verwirklicht hat, auch richtungsweisend gewesen ist für die Jugend, die in diesen Siedlungen wohnt. Es ist ihm gelungen, dort ein Gemeinschaftsgefühl und das Gefühl der Freiheit zu schaffen. Das ist das Werk eines Mannes, der voll und ganz auf dem Boden unserer Partei steht. Ich hielt mich für verpflichtet, weil gerade hier ein einzelner ein so großes soziales Werk geschaffen hat, seiner mit diesen Worten zu gedenken. (Beifall.)

Meine Freunde! Was sollte ich Ihnen sagen über die einzelnen Vorträge? Sie haben sie alle gehört und erlebt. Ich nehme bestimmt an, daß sie wenigstens den wesentlichsten Inhalt aller dieser Vorträge nach Ihrer Rückkehr in die Heimat dort unseren Anhängern zur Kenntnis bringen werden.

Drei Dinge liegen mir noch am Herzen. Das eine ist die Kritik unserer Gegner, aber hier ist das „es liegt mir am Herzen“ ganz falsch ausgedrückt, es liegt völlig neben meinem Herzen. (Heiterkeit.)

Ich habe immer Angst, wenn der Gegner einen lobt, dann hat man den sicheren Beweis, die sichere Quittung, daß man auf dem falschen Wege ist. (Heiterkeit.)

Also, es hat uns kein Gegner gelobt. Die Sozialdemokratie hat uns in Grund und Boden verdonnert. Nun, wenn meine Partei dreimal eine Bundestagswahl verloren hätte, würde ich dasselbe tun. Diese Kritik ist so menschlich, daß man sie keinem Menschen übelnehmen kann, auch nicht der Sozialdemokratie. Aber trotzdem findet sich da ein Satz, den ich noch einmal unter die Lupe nehmen möchte. Es heißt da „die Angriffe gegen die SPD würden durch ständige Wiederholung nicht wahrer“. Ja, meine Damen und Herren, sie sind wahr, sie können gar nicht wahrer werden, als sie schon sind. (Sehr starker Beifall.)

Wir wollen ja doch nur unseren Anhängern und der Bevölkerung draußen, aber auch dem Ausland unseren Willen und unser Wollen zeigen. Jetzt muß ich unseren Freund Gerstenmaier – ich werde ihn nicht tadeln, ich werde mich nicht erkühnen, das zu tun, aber ich komme auf seine Rede noch zurück – doch bitten, nicht mehr von dem reformierten Programm der SPD in Godesberg zu sprechen. Reformieren heißt verbessern. Ich habe von Verbesserung in dem Programm wahrhaftig nichts gemerkt und nichts gespürt, und ich weiß nicht, ob viele von Ihnen das für eine Verbesserung halten. Es ist hier und da, ich will vorsichtig sein, eine nicht so ganz ungeschickte Tarnung dessen, was man will, aber das nenne ich kein Programm, und deswegen wollen wir den Ausdruck „ein reformiertes Programm“ aus unserem Wortschatz streichen. (Beifall.)

Die SPD kritisiert auch an meinen Ausführungen die Feststellung, daß, wenn die SPD ans Ruder käme, das heißt, die Bundesregierung im Jahre 1961 bilden würde, daß dann für Deutschland der Anfang vom Ende gekommen sei. Nun, wenn Sie sich vorstellen, wie es heute – wenn wir überhaupt noch diesen Tag erlebt hätten – um uns stünde, wenn wir nicht diesen Kurs von Anfang an eingeschlagen hätten, den die SPD immer als falsch bezeichnet hat, dann halte ich mich geradezu für verpflichtet, im Interesse des deutschen Volkes, auch gegenüber dem Ausland und unseren Freunden im Ausland zu sagen, wo wir stehen, wo die Mehrheit des deutschen Volkes steht; denn wir haben die Mehrheit hinter uns! (Sehr starker Beifall.)

Manchmal wird auch eine Tarnung durchbrochen. So hatte ich, ich glaube, es war am 8. April, eine Aussprache mit Herrn Erler im Bundestag. Es war keine Aussprache unter vier Augen, sondern vor dem ganzen Bundestag, und sie verlief heiter. Das muß wenigstens, soweit ich in Frage kam, festgehalten werden. Ich glaube nicht, daß sie sehr heiter für den Herrn Erler verlief. Aber da habe ich, als ich die Sozialdemokratie fragte, was Sie denn bisher für Deutschland getan und geleistet habe und ihr gleichzeitig vorhielt, daß sie gegen den Eintritt Deutschlands in die NATO gewesen ist, folgenden Test gemacht und gefragt: Sind Sie denn jetzt für die NATO? Und da kam die Antwort auf der ganzen Linie: Nein. –

Nun, ich weiß bestimmt, der eine oder andere führende Sozialdemokrat hat dieses Nein nicht gerne gehört, aber keiner von ihnen hat es dann, nachdem ich geendet hatte, gewagt, nun aufzustehen und etwa zu sagen: wir sind jetzt für die NATO. – Das hat keiner gewagt! Und wenn ich die außenpolitische Situation betrachte, – das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit wird und muß es uns danken, daß wir diesen außenpolitischen Weg von Anfang an konsequent gegangen sind und auch weiter gehen werden. (Stürmischer Beifall.)

Ich habe eben gesagt, ich käme noch einmal auf die Rede des Kollegen Gerstenmaier zurück. Bei den Reden von Herrn Gerstenmaier ist es so, man muß sie ganz lesen, man darf aber nicht einen einzelnen Satz herausnehmen und ihm den etwa ankreiden, zum Beispiel den Satz, mit dem er hier einen großen Beifall gefunden hat, Wohlstand für alle sei die Parole im Kampf um die Welt. Er hat sich nachher selbst korrigiert, indem er mit glänzenden Worten gesagt hat, daß der geistige Kampf die Hauptsache wäre und nicht der materielle Besitz. (Beifall.) Das ist auch unsere Meinung, das ist seine Meinung, das weiß ich.

Zur FDP möchte ich ein Wort sagen. Ich habe nicht davon gesprochen, weil wir in einem Lande tagen, in dem – untereinander haben die Badener und die Württemberger etwas Krach – im allgemeinen doch eine fühlbare und angenehme Ruhe sowie gegenseitige Respektierung herrscht. Wenn ich zum Beispiel nach Nordrhein-Westfalen komme, so ist da ein ganz anderes Klima als in Baden-Württemberg. Ich möchte deswegen auch dem Herrn Oberbürgermeister von Karlsruhe, der uns in sehr freundlicher Weise behandelt hat – hoffentlich wird ihm das nicht übel genommen – (Heiterkeit) und auch den anderen Damen und Herren, die an der Vorbereitung des Parteitages beteiligt waren, herzlichst danken; denn sie sind uns alle, wie ich vom Herrn Kollegen Gurk gehört habe, immer sehr entgegengekommen.

Aber, ich wollte auf das Klima Rücksicht nehmen, und ich tue das auch, soweit es mir irgendwie mein Gewissen erlaubt (Heiterkeit), mein politisches Gewissen, ich spreche hier nicht von meinem persönlichen Gewissen, das hat damit verhältnismäßig wenig zu tun, das ist da. (Heiterkeit.)

Wenn es nach mir persönlich ginge – das möchte ich Ihnen einmal sagen – würde ich mit keinem Menschen Krach anfangen. Warum denn? (Beifall und Heiterkeit.) Ich stehe da auf dem Standpunkt: Leben und leben lassen. Aber in der Politik ist das ja nun einmal etwas anders. Da muß man ständig kämpfen und ständig kampfbereit sein. Ich möchte Ihnen zum Schluß davon noch ein Wort sagen: Aber hören Sie mal die FDP. Ein Sprecher der Freien Demokraten hat nach dpa erklärt, daß die Rede des Bundeskanzlers denkbar unglücklich sei, sie habe erneut die Auffassung weiter Kreise bestätigt, daß der Kanzler weder an einer innenpolitischen Entspannung, noch an einer konstruktiven Ost-Europa-Politik interessiert und nicht bereit sei, aus einer krisenhaften Entwicklung in- und außerhalb der Bundesrepublik die Konsequenzen zu ziehen. Ja nun, warum sollen wir denn unsere Politik unseren Kritikern zuliebe ändern? Wir haben doch Erfolg damit gehabt. Wir haben im Inland damit Erfolg gehabt; Sie haben ja die Reden über die Wirtschafts- und Außenpolitik gehört.

Ich lese anderswo, unser Parteitag sei langweilig verlaufen. Das steht auch in der Presse. Nun, ich schätze die Presse sehr und werde auch gleich mit ihr sprechen. Aber ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß unser Parteitag dazu da ist, um große Balkenüberschriften in die Zeitungen zu bringen. Nein, der Parteitag ist für uns. Und er ist dafür da, den Geist, der uns beseelt und dem wir treu bleiben und treu bleiben wollen, in Erscheinung treten zu lassen und jedem von uns etwas mit nach Hause zu geben. (Lebhafter Beifall.) Und ich versichere Ihnen, meine Freunde, ich nehme aus diesem Parteitag viel mit nach Hause. Ich glaube, ich nehme mehr aus diesem Parteitag mit nach Hause als je bei einem anderen Parteitag, mit Ausnahme des Goslarer Parteitages. Es sind ja hier so viele neue Töne erklungen, neu, weil sie bisher auf einem Parteitag nicht angesprochen waren, nicht neu für unser Empfinden und für unser Denken. Aber so viel neue Töne, daß jeder von uns, glaube ich, wenn er zu Hause angekommen ist und in Ruhe darüber nachdenkt, sich freut, daß dieser Parteitag so, in einem solchen Einklang verlaufen ist. (Beifall.) Es liegt mir wohl ob, all denen, die an der Vorbereitung dieses Parteitages teilgenommen haben, herzlich im Namen von allen Mitgliedern für die Mühe und die Arbeit zu danken, die Sie sich gemacht haben, auch den Herrschaften, die hier oben sitzen und insbesondere Herrn Präsidenten Gurk, der sich die größte Mühe um die ganze Veranstaltung gemacht hat. (Lebhafter Beifall.)

Nun, meine Freunde, möchte ich noch ein Wort zur Gipfelkonferenz sagen. Am 16. Mai beginnt sie, und das werden sehr ernste Tage sein. Seien wir uns darüber vollkommen klar, daß, nachdem Chruschtschow diese Rede in Baku gehalten hat, auch die Optimisten, diejenigen, die diesem Gipfeltreffen mit Hoffnungen, mit relativ viel Hoffnungen entgegensehen, doch nach dieser Rede sehr ernst und sehr besorgt sind. Wenn die Rede vor 2-3 Monaten gehalten worden wäre – nun gut. Sie wissen, Herr Chruschtschow ist ein sehr temperamentvoller Mann und dann und wann macht er sich Luft und hält dann eine donnernde Rede. Das kennt man allmählich. Ich will mich sehr vorsichtig ausdrücken. Aber, daß er diese Rede in Baku so kurz vor dem Zusammentreffen auf dem Gipfel, vor dem 16. Mai, gehalten hat, das verleiht doch dieser Rede ein besonderes Gewicht. Und wenn er sich auf der Gipfelkonferenz nicht von den drei anderen überzeugen läßt, daß man auf diese Weise nicht das, was die Welt so beunruhigt und in Spannung versetzt, herauschaffen kann, dann fürchte ich, daß wir unruhigen außenpolitischen Zeiten entgegengehen, noch unruhiger als sie es schon sind. Eine solche außenpolitische Konferenz und auch eine Auseinandersetzung gerade mit Vertretern Sowjet-Rußlands ist mir nicht unbekannt. Ich habe ja auch einmal sechs Tage lang morgens, mittags und abends in Moskau mit Chruschtschow und Bulganin am Tisch gesessen und wir haben miteinander gekämpft. Es kam auch dazu, daß man sich gegenseitig einmal die Faust entgegenhielt, wörtlich genommen, nicht nur bildlich! Dann sind wir nachher doch zu einer gewissen Verständigung gekommen. Eine Gipfelkonferenz, überhaupt eine solche Aussprache, wie sie da stattfindet, ist ganz wesentlich eine Nervensache. Und wir wünschen allen Vertretern der drei Westmächte, insbesondere den führenden Staatsmännern, den Prä-

sidenten Eisenhower und de Gaulle und Premierminister Macmillan recht gute Nerven. Denn in dieser Auseinandersetzung wird die Gipfelkonferenz ja nur ein Anfang sein, wenn sie die Möglichkeit aufweist, daß man doch auf diesem Wege in der Entspannung weiterkommt.

Diese Gipfelkonferenz erfordert wahrhaftig einen festen Standpunkt, die Einigkeit des Westens, die absolute Einigkeit des Westens – lassen Sie mich das mit dem allergrößten Nachdruck hier betonen – und gute Nerven. Wenn das der Fall ist, dann zweifle ich nicht, daß auf dieser Konferenz doch wenigstens ein Anfang zu einer Entspannung gemacht werden wird. Aber den Weg, der dann kommen wird, den können wir jetzt vor der Gipfelkonferenz noch gar nicht überschauen. Wir müssen abwarten, was Chruschtschow macht und was er will. Aber von einem bin ich überzeugt: Die drei Vertreter der Westmächte, die ich eben genannt habe, werden sich nicht von Chruschtschow diktieren lassen, was sie tun sollen. (Stürmischer Beifall.)

Diese drei Herren wissen auch eines ganz genau, daß es sehr darauf ankommt, nach welcher Richtung der erste gemeinsame Schritt geht. Ich habe von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden, den auch de Gaulle jetzt in Washington im Presse-Club vertreten hat, daß die Hauptsache die Abrüstung ist, und daß alle anderen Spannungserscheinungen auf der Welt, einschließlich der deutschen Frage, nicht in guter Weise gefördert werden können, wenn nicht in der Frage der Abrüstung ein entscheidender Schritt nach vorn getan wird. (Beifall.)

Meine Freunde, ich weiß sehr wohl, daß eine UNO-Kommission von zehn Staaten den Auftrag bekommen hat, Vorschläge zu machen wegen einer kontrollierten Abrüstung und ich weiß ja genau so gut wie Sie, daß jetzt in Genf die Sachverständigen – ich weiß nicht seit wieviel Monaten – zusammensitzen oder auseinandersitzen, anwesend sind oder nicht anwesend sind und keinen Schritt weiterkommen. Das beweist ganz klar und eindeutig, daß die Frage der kontrollierten Abrüstung eine hochpolitische Frage ist und daß die maßgebenden Politiker dieser Länder einen kraftvollen Anstoß geben müssen. Dann kommen auch die Sachverständigen und dann kommt auch die UNO-Kommission weiter.

Aber wenn dieser Anstoß von den maßgebenden Staatsmännern der Welt nicht gegeben wird, dann ist alles andere – fast möchte ich sagen – Zeitvergeudung. Und darum möchte ich von diesem Platze aus an diese 3 Staatsmänner Eisenhower, Macmillan und de Gaulle, die herzliche und dringende Bitte richten, auf dem Gebiete der Abrüstung Chruschtschow dazu zu bringen, mit ihnen zusammen einen wahrhaften Anfang zu machen. (Beifall.)

Die Welt will endlich Frieden haben. Nachdem wir im Jahre 1945 zusammengebrochen sind, will sie Frieden haben, und die Welt hat auch – das gilt für alle Völker – ein Recht darauf, endlich einmal frei zu werden von der ewigen Furcht. Das ist kein menschliches Leben mehr, wie es jetzt auf der Erde geführt wird. Da kann auch der Fortschritt, der echte, der wirkliche, der geistige Fortschritt dabei nicht gedeihen. Kein Volk kann dabei Fortschritte machen, wenn nicht diese Last – nicht nur die finanzielle, die materielle Last –, wenn nicht dieser geistige Druck endlich von

der Welt genommen wird. Daher tragen die Herren, die auf dieser ersten Gipfelkonferenz nach 1955 – sie kamen damals nach dem Zusammenbruch Deutschlands in Genf zusammen – mit einer solchen Tagesordnung zusammentreten, vor der Geschichte eine ungeheure Verantwortung. Ich habe diese Karte da oben entwerfen lassen,

(der Bundeskanzler verweist auf eine große Weltkarte an der Stirnwand der Schwarzwaldhalle)

um jedem von Ihnen klar sichtbar zu machen, wie groß der Zerfall der Gemeinschaft auf der Erde ist. Wie stark auch die kommunistischen Völker sind und wie die nichtkommunistischen Völker nur in der Einigkeit die Möglichkeit, ja die Gewißheit eines Erfolges erblicken können. (Beifall.)

Diese Gipfelkonferenz wird bestenfalls ein wirklicher Anfang sein. Aber die Verhandlungen und die späteren Verhandlungen über die Teilfragen – auch die deutsche Frage ist, ich scheue mich nicht, das zu sagen, eine Teilfrage des Ganzen – werden noch lange, lange Zeit erfordern, eine Zeit ruhiger, geduldiger Verhandlungen.

Sorgen wir dafür, meine Damen und Herren, daß während dieser Zeit, während der kommenden Jahre, die Bundesrepublik Deutschland dieselbe Meinung im Kreise der Völker und im Kreise der Staatsmänner vertreten kann, wie sie sie bisher vertreten hat. Es wäre für die Sache der Freiheit in der Welt geradezu nicht ausdenkbar, wenn da im Jahre 1961 ein Kurswechsel eintreten würde. (Beifall.)

Man hat in der Presse gesagt, ich sei Einpeitscher für die Wahl. Nun gut, mit Vergnügen, wenn es sein muß. Aber was ich viel lieber bin, das ist, mit anderen zusammen dafür zu sorgen und einzutreten durch Arbeit, jeden Tag und jeden Tag, und durch zielbewußte Arbeit, durch Kleinarbeit, durch große Arbeit dafür einzutreten, daß das deutsche Volk wie bisher den Weg geht, der auf die Dauer allein uns, Europa und der Welt den Frieden bringen kann. (Bravorufe – stürmischer Beifall.)

Das müssen wir im September 1961 zeigen. Dann müssen wir vom deutschen Volk in seiner Mehrheit wieder das Mandat bekommen, die bisherige Politik, die zum Frieden führen wird und die dann auch zur Wiedervereinigung in Freiheit führen wird, weiterzuvorführen.

Darum bitte ich Sie von ganzem Herzen: Lassen wir uns jetzt keine Mühe, lassen wir uns arbeiten, wie ich Ihnen eben schon gesagt habe, lassen wir für uns werben, lassen wir unsere Erfolge für uns sprechen, klären wir unser Volk auf, was diese Partei in den zehn Jahren getan hat. Ich bin sicher, daß unser Volk uns am Wahltag dann dafür danken wird.

(Lang anhaltender, lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. Gurk:

Hochverehrter Herr Bundeskanzler und Parteivorsitzender! Meine lieben Freunde! Wir sind stolz und glücklich darüber, daß wir diese, so wesentlichen zeitgeschichtlichen Worte unseres verehrten Kanzlers und Vorsitzenden hören durften. Ich darf in Ihrer aller Namen unserem verehrten Chef – ich darf den Ausdruck gebrauchen – sagen, daß wir ihm stehen, heute und immer. (Lebhafter Beifall.)

Wie wir wird auch das deutsche Volk zu ihm stehen und mit ihm und uns den Weg in die Zukunft beschreiten.

Wir vertrauen auch auf Sie, verehrter Herr Bundeskanzler und Vorsitzender, das wissen wir, daß wir in allen Lagen auf Sie vertrauen können.

Und nun lassen Sie mich noch ein ganz kurzes Wort des Dankes an den Herrn Parteivorsitzenden und Bundeskanzler, aber auch ein Wort des Stolzes auf die übrige Führungsschicht unserer Partei sagen (Beifall):

Wir sind stolz auf die Herren Redner, die wesentlich Neues gesagt haben; die Herren Ministerpräsidenten der Länder; die Herren Kabinettsmitglieder und alle anderen, die in der Führung stehen, aber nicht minder aber auch auf Sie alle. Wir dürfen stolz und glücklich über unsere Delegierten sein, wie auch auf unsere Wähler. Ich danke Ihnen allen herzlich für die erhebenden Stunden dieses Parteitages, der Wesentliches geboten hat. In dieses Wort des Dankes an die Führungsschicht darf ich auch diejenigen einschließen, die in der Stille arbeiten, etwa vom Landesverband Nord-Baden, Herrn Dullenkopf, MdL, den Landesgeschäftsführern vom Kreisverband, Herrn Stadtrat Schwarz und Herrn Bucher, aber ganz besonders die Damen und Herren der Bundesgeschäftsführung, Herrn Kraske und Herrn Müllenschmidt sowie die vielen Unbekannten, die draußen gewirkt haben und wirken. (Beifall.)

Ich danke auch der Presse, Film und Fernsehen.

Meine lieben Freunde! Herr Ollenhauer hat jetzt leider davon gesprochen, daß dieser Parteitag nur Plattitüden gebracht habe. Wenn Sie heimkommen, werden Sie keine Plattitüde wissen. Ich will Ihnen daher eine liefern, damit Sie eine Plattitüde heimzubringen haben: Es ist eine goldene Kravattennadel abzuholen.

Meine lieben Freunde! Nehmen Sie bitte die Beschlüsse ernst! Werben Sie für diese Beschlüsse und tragen Sie sie hinein in das Bewußtsein des Volkes.

Noch ein Wort zum Schluß. Das Programm der SPD zeigt schon in seinem Vorspruch die Tatsache, daß sich der Geist dort nicht gewandelt hat. Es heißt dort nämlich: „Nur durch eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft öffnet sich für den Menschen der Weg in seine Freiheit.“ Das ist genau der alte materialistische Geist, und unser Parteitag hat wohl mit Deutlichkeit bewiesen, daß der Weg der Union der richtige ist. Und dieser Weg besagt: Nur durch die Kraft des Geistes und den Willen der Menschen öffnet sich der Weg für eine neue und bessere Ordnung und für die Freiheit. Das sind fundamentale Unterschiede, die Sie bitte beachten wollen. Ich bitte auch die Presse, das, was aus den Reden unserer Sprecher hervorging, klar herauszustellen.

Noch einmal allen herzlichen Dank.

Heute abend werden wir die schöne, gewiß erhebende Schlußkundgebung mit Frau Dr. Jochmus, dem verehrten Herrn Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Kiesinger, Vizekanzler Erhard und zum Schluß mit dem Chef, mit der Krone der Partei, dem Herrn Bundeskanzler, haben.

Ich darf Sie einladen, heute abend noch zu dieser Schlußkundgebung zu kommen.

Ich hoffe, daß Sie auch mit der Gastlichkeit dieser Stadt zufrieden waren. Wenn dies nicht in allen Teilen der Fall sein sollte, dann breiten Sie bitte den Mantel des Verzeihens über etwaige graue Punkte; schwarze hoffe ich nicht zu erfahren.

Reisen Sie glücklich nach Hause in dem Bewußtsein, große Stunden einer Partei erlebt zu haben, die sich ansichert, Zeitgeschichte wie jetzt auch in der Zukunft zu machen.

Damit schließe ich diesen Parteitag. Wir singen zum guten Schluß die dritte Strophe des Deutschlandliedes.

(Starker Beifall. Die Versammlung singt das Deutschlandlied.)

(Schluß: 12.55 Uhr.)



Seit 1858

BAD NEUENAHR

Das schöne Heilbad im Ahrthal

gegen Zucker-, Magen-, Darm-, Gallen-, Leber-, Nierenleiden
sowie Herz- und Kreislaufkrankungen

Ganzjährige Trink- und Badekur mit alkalischem-erdigen Thermen (36° Celsius)

Ganzjähriger Kurbetrieb

Haustrinkkuren mit „Bad Neuenahrer Sprudel“

Prospekte durch Kurverwaltung Bad Neuenahr, Ruf 291-295

WARUM KRAFTWAGEN- GÜTERFERNVERKEHR?

Vorteile,
die Ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern:
Individuelle Bedienung
Haus-Haus-Verkehr ohne Umladung
Verpackungersparnis
Schonung der Güter
Geringe Lagerhaltung
Volle Deckung bei Güterschäden
Erleichtertes Zollverfahren im Europaverkehr
Spezialfahrzeuge aller Art

**Der Fernlastzug
bringt Ihre Güter schnell und sicher
im In- und Ausland ans Ziel**

Die Entschließungen des 9. Bundesparteitages

I.

Wir rufen das deutsche Volk

Christliche Männer und Frauen schufen vor fünfzehn Jahren in der größten Not des deutschen Volkes die Christlich Demokratische Union. Aus christlicher Verantwortung begann die Union ihre Arbeit für den Menschen in Familie, Gesellschaft und Staat, für seine Würde und seine Freiheit. Was die CDU erreichte, ist für jedermann sichtbar. Dies sagen wir demütig vor Gott und dankbar vor dem ganzen deutschen Volk in all seinen Schichten.

Unsere Kraft und unsere Einheit ruhen auch in Zukunft auf unserem christlichen Fundament.

Der 9. Parteitag der Christlich Demokratischen Union in Karlsruhe hat sich den neuen Aufgaben gestellt. Wohlstand ist ein Mittel, nicht das Endziel christlich demokratischer Politik.

Das Endziel unserer Politik ist die Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit. Soziale Sicherheit und Eigentum geben Freiheit und Selbständigkeit. Aus der Familie lebt unser Volk.

Der Staat hilft, wo es not tut, er schützt die Schwachen, er ordnet die Mächtigen ein. Christlich demokratische Politik will weder Staatsvollmacht noch Staatssohnmacht.

Wir rufen die Gewissen der Welt: gegen Terror, Sklaverei und Kolonialismus im Herzen Europas! Wir rufen das deutsche Volk: Sei stark für die Einheit, sei durch Einigkeit stark, ruf mit uns die Welt für die Freiheit!

II.

Unser Recht auf Selbstbestimmung

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands begrüßt und unterstützt alle Bemühungen der Staatsmänner der Welt um Entspannung, allgemeine Abrüstung und Befriedung.

Gerade in diesem Augenblick muß aber daran erinnert werden, daß in der Mitte Europas Sicherheit und Frieden fehlen und so lange fehlen werden, als dem deutschen Volk die widernatürliche Teilung auferlegt bleibt. Das Recht auf Selbstbestimmung, das heute selbst für die abgelegensten Teile der Welt proklamiert wird, muß 15 Jahre nach Kriegsende endlich auch für die Deutschen Anwendung finden. Belehrt durch sein eigenes Schicksal, verlangt das deutsche Volk nichts auf Kosten eines anderen Volkes. Es will nur sein natürliches Recht, in allen Teilen seines Landes frei über sein Leben und seine innere Ordnung zu bestimmen. Auf der Grundlage dieses Rechts wird ein wiedervereinigtes Deutschland zu jedem Beitrag bereit sein, der für die Gewährleistung einer echten Sicherheits- und Friedensordnung in Europa und der Welt vernünftigerweise erwartet werden kann.

Kultusminister Edo Osterloh,
Kiel, im Gespräch.



Klaus H. Scheufelenz,
Landesvorsitzender
Nord-Württemberg.



Präsidiumstisch, am Rednerpult Dr. Krone. Von links: Dr. Fricke, Frau Roesch, Dr. Gurk, Dr. Neinhaus, Frau Brauksiepe, Abgeordneter Winkelheide.



Die Christlich Demokratische Union bekennt sich vor der deutschen Geschichte zu der Pflicht, für die Wiederherstellung der staatlichen Einheit unseres Volkes in Frieden und Freiheit und für die Stärkung und Sicherung Berlins keine Mühe und keine Last zu scheuen.

Die freiheitliche Position Berlins muß unter allen Umständen gewahrt werden. Die Freiheit Berlins ist ein Symbol der Freiheit in der Welt.

Die Christlich Demokratische Union dankt den verbündeten Mächten für ihre entschlossene Abwehr der Bedrohung Berlins und für ihre politische und moralische Unterstützung des gesamtdeutschen Anspruchs auf Selbstbestimmung. Sie bekennt sich zu der Politik gemeinsamer Sicherung der freien Völker durch das atlantische Bündnis und durch die Fortsetzung des Einigungswerkes in Europa. In der Überwindung der verhängnisvollen Gegensätzlichkeiten zwischen Frankreich und Deutschland sieht sie ein Beispiel für die Gestaltung des deutschen Verhältnisses zu allen Völkern auf der Basis gegenseitiger Achtung und bereitwilliger Zusammenarbeit.

In dieser Zeit internationaler Verhandlungen, die für unser Land schicksalhaft sind, ruft die Christlich Demokratische Union das deutsche Volk auf, sich durch sowjetische Drohungen und kommunistische Beschimpfungen nicht beirren zu lassen. Es kommt jetzt darauf an zu zeigen, daß wir Deutsche fähig und gewillt sind, gemeinsam zu widerstehen und unseren gesamtdeutschen Willen so zu bekunden, daß er nirgendwo länger überhört werden kann.

III.

Unrecht wird keinen Bestand haben

Im sowjetischen Besatzungsbereich Deutschlands geht eine Welle neuen Unglücks über das Land. Das System Ulbrichts hat Angst vor jedem Rest von Freiheit. Nunmehr ist den breiten Schichten der Bauern, der Handwerker und der freien Berufe die letzte Spur von Selbständigkeit genommen worden, die sie noch hatten bewahren können. Erbarmungsloser Terror, der die Menschen in die Kollektive zwingt, und höhnende Lüge von Freiwilligkeit und Begeisterung – es ist schwer zu sagen, was stärkeren Abscheu verdient. Diejenigen aber, die sich noch wehren – denn nicht alle hundertprozentigen Erfolgsmeldungen der kommunistischen Funktionäre treffen zu – und diejenigen, die so lange gegen den Zwang angekämpft haben und auch jetzt noch innerlich ungebrochen sind, verdienen die höchste Achtung aller freien Menschen.

Tausende und aber Tausende von Flüchtlingen sind der unwiderlegbare Beweis, daß in Mitteldeutschland die menschlichen Grundrechte von dem kommunistischen Regime mit Füßen getreten werden. Das geschieht in einem Teil Deutschlands, für den die Sowjetregierung als Besatzungsmacht die Verantwortung hat. Die Praxis der kommunistischen Satellitenregierung in Pankow ist ein schreiender Widerspruch gegen die sowjetischen Parolen von Nichteinmischung und friedlicher Koexistenz.

Das ganze deutsche Volk protestiert leidenschaftlich gegen das Geschehen in der Zone. Das, was das Regime Ulbrichts dort unter dem Schutz der Sowjetmacht tut, ist Unrecht und wird keinen Bestand haben. Das vereinte deutsche Volk wird einmal darüber das Urteil fällen. Die Welt aber muß heute schon wissen, daß der Fanatiker Ulbricht und seine Clique in jeder Stunde ihres Tuns eine Gefahr für Ordnung und Frieden in der Mitte Europas sind.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands mahnt sich und alle anderen demokratischen Gruppen im freien Teil Deutschlands, angesichts der Not der Menschen in der Zone die Kräfte zusammenzufassen, in der politischen und moralischen Unterstützung unserer gequälten Landsleute zwischen Elbe und Oder, in der materiellen Hilfe für den Strom neuer Zonenflüchtlinge, in der Abwehr der kommunistischen Spaltungspolitik und in der Verfechtung des Rechtes auf Freiheit und Selbstbestimmung für die 17 Millionen Mitteldeutschlands.

IV.

Zerstörung des Gewahrsam in der Zone

Nachdem das kommunistische System in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands die Zwangskollektivierung der Bauern durchgeführt und die der Handwerksbetriebe und der freien Berufe in die Wege geleitet hat, soll ein weiterer Weg zur Entwurzelung der Menschen und zu ihrer restlosen Auslieferung an die kommunistische Diktatur beschritten werden. Der SED-Chef Ulbricht hat vor dem Anfang April in Ost-Berlin tagenden SED-Zentral-Komitee ein Zukunftsbild von „Landstädten“ mit großen Verarbeitungsbetrieben, Flugplätzen, Warenhäusern, Theatern, Kinos usw. entworfen. Das sowjetzonale Innenministerium soll beauftragt sein, die gesetzlichen Bestimmungen über die Zusammenlegung bisher selbständiger Gemeinden zu „sozialistischen Großgemeinden“ auszuarbeiten. Die historischen Namen der alten Gemeinden sollen verschwinden und die Gemeinde- und Kreisgrenzen so verändert werden, wie es dem Stand der „gesellschaftlichen“ Entwicklung entspricht.

Die Christlich Demokratische Union protestiert gegen diesen Versuch, die natürlich gewachsenen Gemeinden zu beseitigen und an ihre Stelle Verwaltungseinheiten des kommunistischen Zwangsstaates zu setzen.

Die Christlich Demokratische Union ruft die Weltöffentlichkeit auf, sich dieser erneuten Gewaltmaßnahme der Machthaber der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands entgegenzustellen.

V.

Gleiche Behandlung im Krankheitsfalle

Entsprechend den Beschlüssen des Stuttgarter Bundesparteitages 1956 soll die wirtschaftliche Sicherung des Arbeiters im Krankheitsfalle weiter verbessert werden. Auf Anregung der Sozialausschüsse der christlich

demokratischen Arbeitnehmerschaft beschließt der Bundestag, die Bundestagsfraktion aufzufordern, sich für eine baldige Regelung im Sinne der Stuttgarter Parteitagebeschlüsse von 1956 einzusetzen.

Der Stuttgarter Beschluß von 1956 lautet:

„Die Sicherung des Lebensunterhaltes für den Versicherten und seine Familie im Falle der Krankheit darf keine unterschiedliche Behandlung und Bewertung der Arbeiter gegenüber den Angestellten erfahren. Die CDU fordert daher die Lohnfortzahlung oder aber eine Ersatzleistung, die in ihrer Höhe der Lohnfortzahlung entsprechen soll.“

VI.

Kulturpolitische Tagung

Der Bundesvorstand wird beauftragt, im Herbst 1960 eine Bundestagung zu veranstalten, deren Thema die Kulturpolitik der Christlich Demokratischen Union ist.

VII.

Sicherung der agrarpolitischen Entwicklung

Die Sicherung einer agrarpolitischen Weiterentwicklung nach den Zielen des Landwirtschaftsgesetzes muß als erstrangige Aufgabe von allgemeiner politischer Bedeutung angesehen werden. Die Erhaltung unserer freien bäuerlichen Agrarverfassung mit selbständigen und eigenverantwortlichen Familienbetrieben in ihren mannigfaltigen Formen und Größen muß bei uns und im ganzen freien Europa gewährleistet bleiben.

Im Sinne dieser Zielsetzung wird die Bundesregierung aufgefordert, sich von folgenden Grundsätzen leiten zu lassen:

1. Die rechtlichen Möglichkeiten des EWG-Vertrages auszuschöpfen, die geeignet sind, schädliche Auswirkungen des Zoll- und Kontingentabbaus und wettbewerbsverfälschende Ausfuhrpraktiken anderer Länder auszugleichen. Hierzu gehören insbesondere die Einführung von Mindestpreisen gemäß Art. 44 EWG-Vertrag, der weitere Abschluß langfristiger Verträge gemäß Art. 45, bei Marktordnungswaren die Festsetzung von Ausgleichsbeträgen gemäß Art. 46 und die Inanspruchnahme der Schutzklausel des Art. 226 in den Fällen, in denen die anderen Mittel nicht zu dem notwendigen Erfolg führen.
2. Vor dem Zeitpunkt eines späteren Zollabbaus in der Landwirtschaft auf dem Verhandlungswege mit den EWG-Partnern die Exportsubventionen in Wegfall zu bringen.
3. Die Land- und Ernährungswirtschaft aus dem Beschleunigungsplan des Zollabbaus und der Kontingentserweiterung auszuklammern, solange die Voraussetzungen unter 1. und 2. nicht erfüllt sind.
4. Die Einfuhr aus Drittländern auf die Agrareinfuhr aus den EWG-Ländern so abzustimmen, daß die Eigenproduktion in ihrer natürlichen Entwicklung nicht beeinträchtigt wird.



**Hier reißt ein
anspruchsvoller
Zeitungsleser ...**

... denn die unabhängige und überparteiliche Süddeutsche Zeitung ist die meistgelesene Tageszeitung Süddeutschlands. Was aber sehr viel mehr besagt: Sie ist ein Blatt, das aufgrund richtungweisender Leitartikel, freimütiger Kommentare und eines überdurchschnittlich hohen Niveaus im Inland wie im Ausland Ansehen besitzt und viel beachtet wird. Deshalb zitieren Rundfunk und Weltpresse so häufig die Meinung der Süddeutschen Zeitung zu politischen und wirtschaftlichen Fragen. Wollen Sie die SZ einmal kennenlernen? Dann brauchen Sie nur eine Postkarte an den Süddeutschen Verlag, Abt. VW, München 3, Sendlinger Straße 80, zu schreiben und unter Bezugnahme auf diese Anzeige eine Probelieferung anzufordern. Kostenlos und unverbindlich erhalten Sie dann drei Tage lang die

Süddeutsche Zeitung

VIII.

Gesunde Gesellschaftsstruktur

Eine gesunde Struktur unserer Gesellschaft ist eine wesentliche Grundlage freiheitlicher politischer Ordnung.

Die Wirtschaftspolitik muß unablässig darum bemüht sein, jedem die Möglichkeit zu geben, das Leben nach eigener Entscheidung zu gestalten und entsprechend seinen Leistungen am Wirtschaftsertrag teilzunehmen.

Die selbständige Ausübung seines Berufes muß jedem, der dazu den Mut und die Fähigkeit hat, ohne Erschwernisse erreichbar sein. Das erfordert die Herstellung gleicher Start- und Wettbewerbsbedingungen. Je größer die Zahl der am Wettbewerb beteiligten Selbständigen ist, um so besser funktioniert die soziale Marktwirtschaft. Bundesregierung und Bundestagsfraktion werden aufgefordert, dem verstärkt Rechnung zu tragen.

IX.

Verbesserung der Flüchtlingshilfe

Zur Verbesserung der Flüchtlingshilfe und zur Flüchtlingsbetreuung werden folgende Maßnahmen empfohlen:

1. Die immer stärker um sich greifenden Enteignungen in der SBZ und die damit verbundene Vernichtung der Beweisunterlagen machen eine beschleunigte Verabschiedung des „Beweissicherungs-Gesetzes“ für die SBZ-Flüchtlinge erforderlich.
2. Die Hilfen für die Flüchtlinge aus dem Härtefonds des Lastenausgleichs sollten ihrer Höhe nach den entsprechenden Leistungen für die Vertriebenen angeglichen werden.
3. Um eine gerechte Beurteilung der Fluchtgründe zu erleichtern, sollten den entscheidenden Behörden für die Anerkennung der Flüchtlings-Eigenschaft Sachverständigenausschüsse beigegeben werden.
4. Der Wohnungsbau zum Zwecke der Räumung der Flüchtlingslager bleibt angesichts der neuen Fluchtbewegung aus der Zone besonders dringlich.

X.

Verbesserter Lastenausgleich

Im Rahmen einer Lastenausgleichsnovelle sollte beschleunigt in Angriff genommen werden

- a) Verbesserung der Entschädigung, vor allem für mittlere Schadensbeträge;
- b) Verbesserung der Entschädigungsrente;
- c) die Ermöglichung einer Altersversorgung für vertriebene Landwirte und für ehemals Selbständige;
- d) Maßnahmen zur beschleunigten Auszahlung der Hauptentschädigung.

XI.

Familien-Lastenausgleich

Die christlich demokratische Familienpolitik hat das Ziel, die Familie mit Kindern in die volle Funktion einzusetzen, die ihr in Gesellschaft und Staat und für diese zukommt. Zur Verwirklichung dieses Zieles sind wesentliche Schritte getan worden.

Auf Antrag des Landesverbandes Saar lenkt der Bundesparteitag die Aufmerksamkeit der Bundesregierung und des Bundestages auf den notwendigen alsbaldigen weiteren Ausbau des Familien-Lastenausgleichs.

XII.

Aktive Kommunalpolitik

1. Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands hat im Jahre 1956 Leitsätze verabschiedet, die den Delegierten des Parteitag überreicht worden sind.

Die Ziele einer christlich demokratischen Kommunalpolitik können nur verwirklicht werden, wenn den Vertretungskörperschaften der Gemeinden und Gemeindeverbände Mitglieder der Christlich Demokratischen Union angehören und sich zu Fraktionen zusammenschließen haben.

2. Der Bundesparteitag der CDU fordert daher die Landesverbände auf, stets dafür zu sorgen, daß in allen Gemeinden und Gemeindeverbänden CDU-Listen aufgestellt und eingereicht werden. Die CDU muß als politische Partei bis in die kleinste Gemeinde hinein vertreten sein. Der Bundesparteitag bekennt sich zu dem Grundsatz, daß Kommunalpolitik nur von solchen Vertretern sinnvoll gestaltet werden kann, die sich zu den Grundsätzen einer politischen Partei bekennen und ihr angehören.
3. Entscheidend für den Ausgang der Kommunalwahlen ist die Aufstellung der Kandidaten. Die zuständigen Parteiorgane werden auf ihre Pflicht hingewiesen, frühzeitig die Auswahl befähigter und vom Vertrauen der Bevölkerung getragener Frauen und Männer vorzubereiten. Besonderes Gewicht muß auf die Heranziehung jüngerer Kräfte gelegt werden, die mit den älteren und erfahreneren Ratsmitgliedern vertrauensvoll zusammenarbeiten können.
4. Der Bildungsarbeit für alle Mandatsträger und Nachwuchskräfte kommt eine besondere Bedeutung zu. In den Ländern, in denen noch keine oder nicht ausreichende Bildungsmittel bewilligt worden sind, werden die CDU-Landtagsfraktionen gebeten, entsprechende Anträge einzubringen.
5. Weitgehende Öffentlichkeit der Ratsarbeit dient der Selbstverwaltung und der Demokratie. Die gewählten CDU-Mandatsträger müssen engen Kontakt mit ihrer Partei, mit der Wählerschaft und der Presse halten.



SABA

Jubiläumsmodelle

Fernsehgeräte mit Voll-Automatik · Telerama-Fernsehprojektion
Kombinations- und Musiktruhen in Stereophonie
Rundfunkgeräte mit Automatik · Transistorgeräte
Tonbandgeräte in Doppel- und Vierspur-Technik und Stereophonie

125 Jahre

Schwarzwälder Präzision



Rheinland Versicherung

Neuß am Rhein Marienkirchplatz 4

Feuer-, Hausrat-, Haftpflicht-, Unfall-, Einbruchdiebstahl-, Glas-, Leitungswasser-, Sturm-, Kraftfahr-, Reisegepäck-, Einheits-, Weidetter-, Diebstahl- und Transport-Versicherungen.

Bezirksdirektionen in: Berlin, Bielefeld, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Frankfurt a.M., Hagen, Hamburg, Hannover, Koblenz, Köln, Mannheim, München, Neuß, Stuttgart.

6. Ehrenamtliche und hauptamtliche Träger der kommunalen Selbstverwaltung stehen gleichberechtigt nebeneinander. Nur durch ihre enge Zusammenarbeit kann erfolgreich Kommunalpolitik geleistet werden.

XIII.

Aufgaben der Verkehrspolitik

Die CDU betrachtet mit Sorge die Entwicklung des motorisierten Straßenverkehrs. Sie wird mit Nachdruck darauf hinwirken, daß ihre Verkehrspolitik folgende Ziele anstrebt:

1. Erhöhung der Verkehrssicherheit auf den Straßen mit allen möglichen und geeigneten Mitteln,
2. eine für die gesamte Volkswirtschaft richtige Koordinierung der verschiedenen Verkehrsmittel,
3. die Beteiligung aller Baulasträger – also auch der Gemeinden und Kreise – an den Abgaben des Kraftverkehrs entsprechend ihrem Anteil am Gesamtstraßennetz.

KAUTEX

WELTMARKE FÜR KUNSTSTOFF-ARTIKEL

Flaschen · Ballons

Fässer · Kanister

technische Hohlkörper

Platten · Schläuche

KAUTEX - WERKE

Reinold Hagen

Hangelar über Siegburg



Liste der ausländischen Ehrengäste

Herr Staatsminister Theo Lefèvre
als Präsident der **Internationalen Union Christlicher Demokraten
Nouvelles Equipes Internationales (NEI)**
und als Präsident der **Christlichen Volkspartei Belgiens**

Herr L. Tindemanns
Generalsekretär der **Christlichen Volkspartei Belgiens**

Herr Senator A. Pohér
als Präsident der **Christlich Demokratischen Fraktion des Europäischen
Parlaments**
und als Vertreter des **Mouvement Républicain Populaire Frankreichs**

Für die **Katholische Volkspartei Hollands**: Dr. K. J. Hahn

Für die **Antirevolutionäre Partei Hollands**:
Herr Generalsekretär van der Sluis

Für die **Christlich Historische Union Hollands**: Herr Prof. van Niftrik

Für die **Konservative Partei Großbritanniens**: Frau Evelyn Emmet
Vorsitzende des Überseebüros der Konservativen Partei

Herr Ridsdale
Stellvertretender Vorsitzender des Überseebüros der Konservativen Partei

Für die **Högerpartei Schwedens**: Herr Abgeordneter Leif Cassel
stellvertretender Vorsitzender der Högerpartei
Herr Chefredakteur Bengt Lundgren

Für die **Konservative Volkspartei Dänemarks**: Herr Knud Thestrup
Vizepräsident der Fraktion der Konservativen Volkspartei im Folketing
Herr Jorgen Hatting

Für die **Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei Schweiz**:
Herr Nationalrat Dr. Ettore Tenchio
Präsident der Konservativ-Christlichsozialen Volkspartei
Herr Dr. M. Rosenberg
Generalsekretär der Konservativ-Christlichsozialen Volkspartei

Für die **Österreichische Volkspartei**: Herr Nationalrat Dr. Withalm
Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei
Herr Kommerzialrat Rudolf Moser

Für die **Christlich Demokratische Union Zentraleuropas**:
Herr Konrad Sieniewicz
Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union Zentraleuropas
Herr Chefredakteur Bunza

249 Generalsekretär der NEI: Jean Seitlinger

I N H A L T

<i>Erster Tag</i>	Sitzung des Bundesvorstandes und Bundesausschusses	5
	Erste Plenarsitzung	
<i>Zweiter Tag</i>	Eröffnung des 9. Bundesparteitages durch Dr. Adenauer und Dr. Gurk	6
	Begrüßungsansprachen Ministerpräsident Kiesinger	11
	Oberbürgermeister Dr. Klotz	13
	Bundesminister Strauß für CSU	14
	Begrüßungsansprachen ausländischer Gäste	17 . 20
<i>Bundeskanzler Dr. Adenauer: Bundesaußenminister Dr. von Brentano:</i>	Die politische Lage	21— 33
	Vor der Gipfelkonferenz	33— 43
	Zwei Flüchtlinge aus der Sowjet- zone	44— 45
	Bürgermeister Amrehn, Berlin	45 . 49
	Dr. Gradl, Berlin	49 . 51
	Zweite Plenarsitzung	
	Wahl des Redaktionskomitees und der Mandatsprüfungskommission.	52
<i>Ministerpräsident Dr. Franz Meyers:</i>	Der Schutz für Gesundheit und Leben in der industrialisierten Welt	53— 67
	Begrüßungsansprachen ausländischer Gäste	68— 74
<i>Ministerpräsident von Hassel:</i>	Bericht des Bundesvorstandes	75— 89
	Bericht der Mandatsprüfungs- kommission	90
	Abstimmung über die Satzungs- änderungen	91
	Wahlen	92

Dritter Tag

Dr. Heinrich Krone:

*Bundesminister
Prof. Dr. Erhard:
Bundesminister
Theodor Blank:*

Dritte Plenarsitzung

Der Mensch in Familie, Staat und Gesellschaft	98—110
Die Wirtschaft in der sozialen Verantwortung	111—125
Zum gleichen Thema	126—134

Aussprache

Müller-Hermann, MdB	134—137
Albers	137—140
Dr. Adenauer	140
Albers	141

Vierte Plenarsitzung

Aussprache

Bauknecht, MdB	142—144
Katzer, MdB	145—148
Simpfendorfer, MdB	148—149
Dr. Fritz	150—152
Frau Dr. Teusch	152—155
Ministerpräsident Röder	155—156
Professor Burgbacher	156—159
Schmücker, MdB	160—165
Elbrächter, MdB	165—168
Bundesfinanzminister Etzel	168—172
Dr. Fay	172
Scheppmann, MdB	173—174
Mick, MdB	174—176
Storch, MdB	176—180
Bundesminister Blank	180

Arndgen, MdB	180	–182
Dr. Poepke	182	–185
Dr. Witten	185	–187
Dr. Dittmar	187	–188
Johannes Müller	188	–189

Vierter Tag

*Bundestagspräsident
D. Dr. Gerstenmaier:*

Fünfte Plenarsitzung (Schlußsitzung)

Wohlstand — und was sonst?	190	206
----------------------------------	-----	-----

Aussprache

Dörpinghaus	206	–209
Gerster	209	
Kultusminister Osterloh	210	–213
Frau Dr. Teusch	213	–214
D. Dr. Gerstenmaier	214	–215

*Bundestagsabgeordneter
Hans Krüger:*

Die Verantwortung der CDU für die Vertriebenen und Flüchtlinge	215	–221
Kisters	221	–223
Verabschiedung der EntschlieBungen	223	–229

Schlußworte

Bundeskanzler Dr. Adenauer	230	–236
Präsident Dr. Gurk	236	–238

EntschlieBungen	240	–248
------------------------------	-----	------

Ausländische Gäste	249	
---------------------------------	-----	--

Erfahrene Fachleute beraten Sie bei der Herstellung von
Werbefilmen, Industrie-, Dokumentar- und Fernsehfilmen,
die wir in den leistungsfähigen, modernen Hamburger
Ateliers nach Ihren Wünschen produzieren

SATOR^{**}**FILM**
GMBH

HAMBURG 1 · GROSSE ALLEE 10 · RUF 24 94 55

Produktionsbüro:

Realfilm - Atelier Hamburg-Wbk., Tonndorfer Hauptstr. 90



liefert für die
CHEMISCHE INDUSTRIE

für die
ERDÖLINDUSTRIE

für die
**NAHRUNGSMITTEL-
INDUSTRIE**

GLASEMAIL-APPARATE

in Stahl und Gußeisen, hochsäurefest

»SCHÜTZ« KOLBENKOMPRESSOREN

zur Verdichtung aller, auch aggressiver Gase
für Synthese und ähnlicher Prozesse
Leistung bis 15000 m³/h, bei Drücken bis zu 1500 at0

VAKUUMPUMPEN

für Leistungen bis zu 3000 m³/h
in ein- und zweistufiger Ausführung

KOHLensäURE- UND TROCKENEISANLAGEN

modernste Konstruktion nach neuem Verfahren
Gewinnung aus Rauch- und Abgasen,
sowie aus Quellsäuren

H.W. GEHLEN KG

EISENWERKE KAISERSLAUTERN

